

Die Beurteilung der deutschen Note in Amerika.

Raum für eine weitere Entwicklung. Eine neue Note Lansing's über die Stellung Amerikas.

Berlin, 15. April.

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in Newyork meldet durch Funkpruch:

In Besprechung der Depesche aus Berlin, die in großen Zügen die deutsche Antwort auf die amerikanische Note über die „Sussex“ und die anderen Fälle enthält, stellt eine Depesche der Associated Press aus Washington fest:

Die Erklärung Deutschlands über die Zerstörung der vier Frachtdampfer bringt, wie man hier meint, den Streit über den Unterseebootkrieg zwar einen Schritt weiter, bringt ihn aber, so weit die Vereinigten Staaten in Frage kommen, der Lösung nicht näher. Immerhin bringt sie jedoch einige neu zu erörternde Gesichtspunkte in die Lage, die die Frage aufwerfen, ob die deutschen Zusicherungen über die Führung des Unterseebootkrieges auch Frachtschiffe einschlossen. Das Zugeständnis, daß ein Unterseeboot in der Nachbarschaft der „Sussex“ war, wird als wichtig angesehen. Die Feststellung, daß Anhaltspunkte dafür da sind, daß das torpedierte Schiff nicht die „Sussex“ war, wird hier als ein Umstand angesehen, der für eine weitere Entwicklung der Dinge Raum läßt.

Staatssekretär Lansing kündigte bei seiner letzten Unterredung mit dem deutschen Botschafter Grafen Bernstorff an, er werde den Gegenstand mit ihm besprechen, wenn alle Nachrichten im Besitze der Vereinigten Staaten sein werden.

„Evening Post“ meldet aus Washington: Präsident Wilson ersuchte Lansing, eine Note zu entwerfen, die Deutschland gesandt werden soll und die Grundzüge der Politik enthalten wird, die die amerikanische Regierung gegenüber den neuesten Unterseebootangriffen einzuschlagen beabsichtigt.

Kriegskalender.

9. April. Bei Felahie im Traf werden die Engländer nach einer zweitägigen Schlacht unter großen Verlusten geschlagen.

10. April. Die Italiener beschließen unsere Stellungen an der ganzen Front. An der Ponalestraße entwickeln sich heftige Kämpfe. — Die Deutschen besetzen Bèthincourt. — Der russische Armeekommandant General Ewerth tritt zurück.

11. April. Die Italiener beschließen planmäßig die Orte hinter unserer Front. — Die Deutschen machen bei Douaumont im Osten Verduns weitere Fortschritte.

12. April. Die italienischen Angriffe bei Riva werden vollständig abgeschlagen. — Die Deutschen weisen französische Angriffe bei Verdun und russische bei Dünaburg ab. — Deutschland richtet wegen der in jüngster Zeit torpedierten feindlichen Handelschiffe eine Note an Amerika.

13. April. An der Ponalestraße entwickeln sich neue Kämpfe. — Minister des Neuhern

Baron Durian reist nach Berlin, um mit dem Reichskanzler zu konferieren.

14. April. Unsere Front an der unteren Strypa, am Dnjestr und bei Czernowik wird heftig von den Russen angegriffen. — Unsere Artillerie beschießt lebhaft die italienischen Stellungen am Monzo. An der Tiroler Front gehen die Italiener zum Angriff über. — In Salona werden neue italienische Truppen gelandet. — Griechenland lehnt energisch das Verlangen der Entente, serbische Truppen von Korfu über Patras mit der Bahn nach Larissa zu befördern, ab.

15. April: Sieben feindliche Flugzeuge versuchen einen Angriff gegen Czernowik, werden jedoch nach zweistündigem Kampfe in die Flucht geschlagen. Ein feindliches Flugzeug wird abgeschossen. — Ein englischer Vorstoß bei Saint-Eloi und französische Gegenangriffe bei Verdun werden abgeschlagen. — Das englische Kabinett lehnt die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ab.

16. IV. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 15. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

13. April. Im Vedrotale gelang es dem Feinde in der Nacht auf den 12. d., durch einen überraschenden, heftigen Angriff in einen Teil der von uns eroberten Gräben am Monte Sperone einzudringen. Am Abend des 12. d. machten unsere Truppen nach intensiver Artillerievorbereitung einen Gegenangriff, der es ihnen nach erbittertem Ringen ermöglichte, die Stellungen wieder zu nehmen und an den Abhängen des Monte Sperone neue Fortschritte zu machen. Im Val Sugana nahm unsere Infanterie in Kleinen, glänzend verlaufenen Gefechten dem Feind 22 Gefangene, darunter zwei Offiziere, ab. Im Becken von Plitsch griff der Feind in der Nacht auf den 12. d. unsere Stellungen bei Ravrilaz heftig an, wurde aber durch unser Feuer zum Stehen gebracht und schließlich durch einen Gegenangriff zurückgeworfen. Gleiches Schicksal hatte ein feindlicher Angriffsversuch auf den Javorcel. Am Karstplateau näherten sich unsere Höhen Abteilungen den feindlichen Schützengräben zwischen San Michele und San Martino und zerstörten sie mittels Explosivbomben. An der ganzen Front dauert das Artillerieduell an. Unser Geschützfeuer verursachte im Fort von Luserna neuerdings schweren Schaden, rief im Abschnitt von Caldonazzo Brände hervor und zersprengte eine feindliche Kolonne im Lepenjatal (Fonzo).

Frankreich.

15. April, 3 Uhr nachmittags. Nördlich von Rohe wurde eine feindliche Erkundungsabteilung, die sich unsern Gräben in der Gegend von Parvillers zu nähern versuchte, durch Gewehrfeuer zerstreut. In der ganzen Gegend von Verdun fand während der Nacht keine Infanterieunternehmung statt.

Westlich der Maas ziemlich lebhaft Beschießung unserer Stellungen zwischen dem Walde von Malancourt und der Höhe 304. Unsere Batterien waren auf diesem Teile der Front sehr tätig, namentlich westlich vom Rabenwald und gegen einige Uebergangsstellen des Forgesbaches.

Ostlich der Maas und in der Woebvre zeitweilige Beschießungen.

In den Vogesen fanden einige Zusammenstöße zwischen Patrouillen statt. Südlich der Schlucht bei Markkirch wurde eine deutsche Erkundungsabteilung infolge unsres Feuers stark mitgenommen.

Der Eindruck der Kanzlerrede in Amerika.

Berlin, 15. April. Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in New-York meldet durch Funkpruch: In Besprechung der Rede des deutschen Reichskanzlers sagt „New York American“ im Leitartikel: Es ist nichts Doppelsinniges in der Rede. Sie ist eine Erklärung an die Welt, daß Deutschlands Friedensbedingungen viel härter sein werden als diejenigen, die es vor einigen Monaten anzubieten versuchte. Die Rede und ihre Aufnahme in Deutschland sind Beweis genug dafür, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk volles Vertrauen haben, imstande zu sein, all das zu halten, was sie eroberten, und die Feinde abzuwehren.

Eine starke Majorität im englischen Kabinett gegen die allgemeine Dienstpflicht.

Rotterdam, 15. April.

Der „Rotterdamsche Courant“ meldet aus London: Der parlamentarische Mitarbeiter der „Times“ meldet, daß der Bericht der Kabinettskommission unbesriedigend war. Nach Untersuchung der Zahlen gelangten vier Minister zu dem Schlusse, daß kein Grund bestehe, die Dienstpflicht auf alle Männer militärischen Alters auszu dehnen. Sie gelangten aber zu der Ansicht, daß die gegenwärtigen Rekrutierungskommissionen den Bedürfnissen der Nation nicht entsprechen und daß gewisse Reformen nötig sind, um für eine ausreichende Vermehrung der Mannschaften zu sorgen.

Im gestrigen Kabinettsrate war die Debatte lebhaft und man war durchaus nicht einer Meinung. Zum Schlusse ergab sich, daß das Kabinett nicht beabsichtige, eine nähere Untersuchung anzustellen.

Heute wird sich das Kabinett neuerdings versammeln.

Der parlamentarische Berichterstaten der „Daily News“ schreibt: Obwohl gestern kein Beschluß gegen die allgemeine Dienstpflicht gefaßt wurde, steht es jetzt außer Zweifel, daß eine starke Majorität im Kabinett dagegen ist.

Graf Szögyény-Mariich über die Friedensmöglichkeiten.

— ehemalige österreichisch-ungarische Botschafter am Berliner Hofe Graf Ladislaus Szögyény-Mariich, der sich gegenwärtig auf seinem Esórer Gut aufhält, hat sich einem Mitarbeiter des „Nyolczórai újság“ gegenüber anlässlich der Rede des deutschen Reichskanzlers Bethmann-Hollweg in folgender optimistischer Weise geäußert:

— Reichskanzler Bethmann-Hollweg hat im Gefühl und im Bewußtsein des sicheren Sieges seine Friedensrede gehalten; der Ton derselben war außerordentlich männlich und energisch. Ich stimme mit ihm vollständig überein, denn nur der kann den ersten Schritt zum Frieden machen, der siegt hat. Die Rede des Kanzlers konnte Jedermann beruhigen, da er ja klipp und klar ausgesprochen hat, daß wir trotz unseres unzweifelhaften Sieges überflüssiges Blutvergießen vermeiden wollen. In vielen Punkten stimmt mit den Worten des Kanzlers jene Rede überein, die der englische Ministerpräsident Asquith vor den französischen Deputirten gesprochen hat. Asquith hat in seiner Rede ungefähr jene Bedingungen umschrieben, welche die Grundlage für die eventuell einzuleitenden Friedensverhandlungen bilden können. Weder der Kanzler noch Asquith haben die Bedingungen präzisirt, was ja auch nicht möglich gewesen wäre, sondern nur die Grundlage angedeutet, auf welcher die mit Vermittlung einer neutralen Macht anzubahrenden detaillirten Friedensverhandlungen begonnen werden könnten. Meiner Ansicht nach sind beide Reden von großer Bedeutung. Die wichtigste Frage des Krieges ist der Frieden. Es ist das daher schon an und für sich ein großes Resultat, wenn die Leiter zweier kriegführenden Staaten gleichzeitig erklären, daß sie sich nicht weigern, dem Kriege ein Ende zu machen. Ich glaube, daß wir dem triumpheichen Frieden niemals so nahe waren, wie in diesen Tagen. Die Frage ist nun die, welche neutrale Macht die Vermittlung beginnen solle. Aus den Zeitungen lese ich, daß sich an dieser Arbeit auch der Papst betheiligen wolle, doch glaube ich, daß der europäische Frieden hauptsächlich im Interesse der Schweiz und Schweden läge.

Baron Burian in Berlin.

Berlin, 15. April. Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern Baron Burian setzte heute die Konferenzen mit dem Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg fort. Mittags gab Staatssekretär von Jagow zu Ehren des Ministers ein Frühstück.

Berlin, 15. April. An dem Frühstück, das Staatssekretär Jagow zu Ehren des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern Baron Burian gab, nahmen von deutschen Staatsmännern teil: Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg, der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann, der Unterstaatssekretär des Reichsamtes des Innern Dr. Richter und der Direktor der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Dr. Johannes. Minister des Aeußern Baron Burian reist abends nach Wien zurück.

16. IV. 1917

**Die Einberufung des Jahrganges 1917
in Rumänien.**

B. Bukarest, 15. April. Die Kammer hat den Gesetzentwurf betreffend die Einberufung des Jahrganges 1917 angenommen.

Der Durchbruchplan gegen Metz.

B. Berlin, 15. April. Wie gemeldet, haben schon im Jänner französische Flieger Proklamationen abgeworfen, worin sie die Lothringische Landbevölkerung ermahnten, die Dörfer zu verlassen, da eine größere französische Offensive gegen Metz unternommen werden sollte. Auch aus Aussagen französischer Gefangener geht hervor, daß ein Durchbruch gegen Metz geplant und der 15. April als Zeitpunkt für den Beginn des Vorstoßes in Aussicht genommen war. Der Verlauf des Krieges machte jedoch den Franzosen einen grausamen Strich durch die Rechnung. An Stelle des geplanten Angriffes trat die notgedrungene Verteidigung Verduns gegen den deutschen Anprall. Man kann sich leicht die Bestürzung der Franzosen vorstellen, als trotz der ungeheuren Opfer, welche die mit unermesslichem Material und 1½-jährigen riesigen Anstrengungen von der Woivre-Ebene bis zur Maas hergestellten Befestigungen erfordert hatten, der deutsche Ansturm unaufhaltsam erfolgreich vorwärtsging.

**Türkische Diplomaten in der Schweiz.
Falsche Meldungen über Friedensbesprechungen.**

S. R. Bern, 15. April. Die großbritannische Gesandtschaft und die französische Botschaft lassen folgende gleichlautende Erklärung veröffentlichen:

„Das Blatt „La Suisse“ hat eine Mitteilung veröffentlicht, wonach türkische Diplomaten in Bern eingetroffen seien und mit Vertretern der französischen und der großbritannischen Regierung Unterredungen über Friedensvorschläge gehabt hätten. Soweit die französische und die grobritannienische Regierung in Betracht kommen, entbehrt dieses Gerücht jeder Begründung.“

Aus der Sozialdemokratie.

Sozialdemokraten gegen Liebknecht. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Mannheim, Ged, erörtert die Frage, ob es nötig und angebracht ist, gegen das Gebahren Liebknechts im Reichstage neue geschäftsordnungsmäßige Mittel zu ergreifen. Er stellt die parlamentarische Redefreiheit als unverrückbare Forderung in den Vordergrund, aber eine Einschränkung macht er:

„Ich möchte einmal „denjenigen Politiker an irgendwie verantwortlicher Stelle sehen, der es mit seinen Pflichten und seinem Gewissen vereinbaren zu können erklärte, dazu beitragen zu helfen, daß in einem Parlament der Sache des Landes von einem einzelnen schwerster Schaden zugefügt werden darf, lediglich deshalb, weil die formelle Handhabe fehlt, um es zu verhindern.“

Die sozialdemokratische „Schwäb. Tagwacht“ stimmt diesen Ausführungen in allen wesentlichen Punkten zu und sagt:

„So wenig es im Kriege dem einzelnen Bürger gestattet ist und gestattet sein kann, durch unbeschränkten Gebrauch seiner persönlichen Freiheit die Interessen des Landes zu schädigen, so wenig kann der einzelne Abgeordnete bei seinem parlamentarischen Auftreten das Recht in Anspruch nehmen, jede Rücksicht auf die Wirkung desselben im Ausland beiseite zu setzen. Und wenn beispielsweise die Dinge so liegen, daß durch eine parlamentarische Aktion die Gefahr einer Verlängerung des Krieges heraufbeschworen werden müßte, so ist es gar keine Frage, daß die große Masse des Volkes mit Einschluß der Arbeiterschaft sich einen solchen Gebrauch der parlamentarischen Rechte widersetzen würde.“

Abg. Ged kommt übrigens zu dem Schluß, daß die vorhandenen Ordnungsbestimmungen der Geschäftsordnung auch gegen Liebknecht ausreichen.

150 Dumamitglieder für den Frieden.

Sofia, 16. April. (Privat.)

Die bulgarischen Blätter veröffentlichen den Wortlaut der Eingabe von 150 Mitgliedern der Rechten der russischen Duma, die durch den Deputierten von Kiew A. J. Sawenko in der Duma verlesen wurde. Dieses Schriftstück, das nach dem „Rusloje Slowo“ große Sensation erregt, enthält folgenden Schlüsselpassus:

„Wir haben lange die Frage nach Zweckmäßigkeit des Krieges erwogen und können nicht mit gewissenhaftem Rat sagen, daß das Volk die Fortsetzung des Krieges wünscht. Wir sind nicht ermüdet, aber der frühere Enthusiasmus ist nicht mehr vorhanden. Wir sind weit davon entfernt, die deutschen Wünsche ergeben zu erfüllen, aber wir weisen nicht die Möglichkeit einer freundschaftlichen Verständigung von der Hand, sobald sie sich als notwendig erweist. Wir erkennen die Gefahr, die infolge des ökonomischen Druckes heranwächst. Wenn nicht die festeste Zuversicht auf einen nahen und vollen Sieg vorhanden ist, dann ist es Pflicht der Staatsmänner, die Geduld des Volkes nicht auf eine weitere harte Probe zu stellen.“

Aus der Sozialdemokratie.

Sozialdemokraten gegen die Erbschaftsteuer. Wir haben berichtet, daß im Haushaltsausschuß des Reichstages der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft — Eduard Bernstein — am 13. April nicht für den sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Erbschaftsteuern gestimmt hat. Er sagte: Grundsätzlich sei er natürlich auch dafür, der Entwurf sei auch sehr gut ausgearbeitet, aber er trage Bedenken, ob man der Regierung Steuern entgegenbringen dürfe, die sie gar nicht verlangt habe, und eben deswegen schließlich und endlich — behalte sich seine Fraktion ihre endgültige Stellungnahme zum sozialdemokratischen Erbschaftsteuerantrag vor.

Söhnisch schreibt die sozialdemokratische „Münch. Post“ dazu:

„Hat man so was je erlebt? Vor vier Wochen zog die „Arbeitsgemeinschaft“ aus dem sozialdemokratischen Fraktionszimmer aus, um der staunenden Welt zu zeigen, wie man wirklich gute, echte, alte, prinzipienfeste sozialdemokratische Politik macht. Und nun, bei der ersten wichtigen grundsätzlichen Entscheidung zieht sich der Vertreter dieser Fraktion auf den entsagungsvollen Standpunkt zurück: „Wir sagen nicht so und nicht so, denn wenn wir so oder so sagten, könnte man sagen, wir hätten so oder so gesagt“. . . . Man hat eben Angst vor den „Ganzfesten“ und „Stellklaren“, die da sagen: „Es ist eine klägliche Halbheit, Kredite zu verweigern und Steuern zu bewilligen. Ihr müßt alle Steuern ablehnen, auch die im sozialdemokratischen Programm geforderten: Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer!“

Die „Münchener Post“ will es nicht glauben, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Fraktion in den Rücken fallen könnte und Heydebrand damit einen „neuen, sehr wertvollen Bundesgenossen“ erhalte: „So können die alten Genossen, die sich in die sogenannte „Arbeitsgemeinschaft“ verrannt haben, das ABC der sozialdemokratischen Politik nicht verlernt haben, daß sie sich zu solchen Narrenspößen verleiten lassen können! So plump können alte erfahrene Fische nicht in die Falle tappen!“

Die radikale „Bremer Bürgerzeitung“ dagegen ruft: „Recht so, Bernstein“. Schließlich solle die Annahme des sozialdemokratischen Erbschaftsteuerantrages „den sozialdemokratischen Staatsmännern doch nur die schnellst erwünschte Möglichkeit bieten, erneut für den Reichsetat stimmen zu können.“ Dazu komme noch, „daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft die gegenwärtigen Steuervorlagen um ihres Zweckes willen insgesamt ablehnen muß, will sie nicht inkonsequent handeln und sich um den Kredit bringen, den sie bei den Massen erlangen will.“

„**Verleumder“ wider „Volksverräter“.** In Dresden haben am Mittwoch über die neuen Steuern der sozialdemokratische Reichstagsabg. Gradnauer, der Vertreter des Wahlkreises, und der „wilde“ Sozialdemokrat Reichstagsabg. Rühle gesprochen. Bei Gradnauers Rede entstand nach dem „Vorw.“ im ganzen Saale ein solcher Tumult, daß es dem Redner zehn Minuten lang nicht möglich war, zu sprechen.“ Diese Szenen wiederholten sich noch öfter.“ Dann wollte Rühle sprechen. „Ihm wurde jedoch — so schreibt der „Vorw.“ — zunächst durch lebhaften Zwischenrufe der Mehrheitsanhänger das Sprechen unmöglich gemacht. Als er dann einige Worte sagen konnte und mit der Feststellung der Tatsache begann, daß am 4. August 1914 unsere Fraktion durch Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien die Bahn des Sozialismus verlassen habe, sprang in großer Erregung Genosse Gradnauer auf und schrie Rühle zu: „Sie sind ein Verleumder!“ Rühle antwortete ihm: „Und Sie sind ein Volksverräter!“ Die Versammlung geriet in eine ungeheure Erregung, und der überwachende Beamte glaubte die Gelegenheit gekommen, die Versammlung auflösen zu müssen.“

„**Zur Sicherung der Reichstagsrechte**“ hat die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft zum Etat des Reichstags zwei Anträge eingebracht, von denen der eine Vorlesungen dagegen verlangt, daß die parlamentarische Redefrei-

heit beeinträchtigt wird, während der zweite die Sicherstellung wahrheitsgetreuer Berichte über die Reichstagsverhandlungen gegenüber der Zensur verlangt.

Das deutsch-rumänische Abkommen.

Meldung des Wolffschen Büros.

Bukarest, 16. April.

„Bictorul“ veröffentlicht den Wortlaut des Abkommens zwischen Deutschland und Rumänien über den Warenaustausch zwischen den beiden Ländern.

Mit dem Zweck, daß die Schwierigkeiten beseitigt werden, die sich in letzter Zeit als die Folge des europäischen Krieges in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien einstellten, wurde zwischen den beiden Ländern ein Abkommen getroffen, wonach beide Länder in den Grenzen der Möglichkeit gegenseitig die Ausfuhr jener Waren erlauben werden, die sie entbehren können; Kompensationen werden abgeschafft.

Für die Durchführung des Abkommens wird folgendes bestimmt: Die rumänische Zentralkommission für Einfuhr errichtet in Berlin ein Büro, das mit der Zentraleinlaufs-Gesellschaft arbeitet. Die Z. E. G. errichtet in Bukarest ein besonderes Büro unter dem Namen Deutsche Ausfuhr Z. E. G., das mit der rumänischen Zentralkommission Fühlung haben soll.

Der Interessent in Rumänien, welcher Waren aus Deutschland beziehen will, wird sich vorerst bei der Zentralkommission oder dem rumänischen Büro in Berlin erkundigen, ob diese Waren für die Ausfuhr frei sind; darauf kann er unmittelbar bei deutschen Lieferanten bestellen. Die Verkäufer verlangen sodann von der Z. E. G. die Bewilligung zur Beförderung. Das rumänische Büro in Berlin gibt die Bewilligung zur Einfuhr nach Rumänien. Rumänische Industrielle und Kaufleute, die Waren ausführen wollen, erhalten die Ausfuhrbewilligung von der rumänischen Zentralkommission für die Einfuhr. An diese können sich auch die deutschen Importeure durch Vermittelung der Z. E. G. oder deren Büro in Bukarest wenden. Die Transportbewilligung wird von dem Büro der Z. E. G. in Bukarest erteilt. Die Zentralkommission und die Z. E. G. senden sich zeitweise die Listen der Waren, die für die Ausfuhr verfügbar sind, zu.

Um die Beförderung zu beschleunigen, wird ab 1. Mai im Einvernehmen mit den österreichisch-ungarischen Eisenbahnen ein besonderer Eisenbahndienst zwischen Deutschland und Rumänien eingerichtet werden. Die Absendung und Verteilung der Waren und die Erledigung der Zollformalitäten liegt der Zentralkommission der Z. E. G. ob. Kriegsmaterial bildet im Sinne dieses Abkommens keinen Handelsgegenstand.

Es fand eine Beratung statt, in der beschlossen wurde, daß täglich 35 bis 40 Wagen mit deutschen Waren über Predeal eintreffen und mit rumänischen Waren gefüllt, jedoch nicht mit Getreide, wieder abgehen werden. Für Rumänien bestimmte deutsche Waren werden in Ratibor, Pirna und Regensburg gesammelt. Für die „Carmin“ genannten Warenausfuhrzüge aus Deutschland wird ein direkter Tarif eingerichtet.

Erzberger gegen die Petrusblätter.

Ein Inserat über das Luther-Jubiläum.
in Berlin, 18. April. (Priv.-Tel.)

Der Abg. Erzberger veröffentlicht in der Germania folgende Erklärung:

In den Petrusblättern vom 4. d. findet sich eine große, bildgeschmückte Anzeige folgenden Inhalts:

Zum Luther-Jubiläum im Jahre 1917 empfohlen wird Richard v. Kralitz „Johannes Scheffler (Angelus Silesius) als katholischer Apologet und Polemiker“, 1 Marl. „Oft scharf in der Form, immer siegreich in der Beweisführung, kann das Schriftchen auch heute noch als wichtige Waffe gegen die Widersacher der katholischen Religion verwendet werden.“ Augsburg. Post-Ztg. vom 20. August 1915. In allen Buchhandlungen zu haben und auch direkt zu beziehen von der Petrus-Buchhandlung, Trier, Saarstraße Nr. 118.

Es ist aufs Lebhafteste zu bedauern, wenn auch nur im Inseratenteil eines katholischen Blattes eine derartige Anzeige mitten im Weltkriege erscheint. Dieses Bedauern wird um so stärker, wenn man, wie der Unterzeichnete, auf das Bestimmteste weiß, daß an der maßgebenden Stelle, die die Interessen des Katholizismus zu wahren hat, der lebhafteste Wunsch besteht, daß aus Anlaß des Luther-Jubiläums von katholischer Seite alles vermieden werden soll, was in evangelischen Kreisen verbitternd und verstimmend wirken muß. Der Verfasser der genannten im Jahre 1913 erschienenen Broschüre hat aber in seinem Vorwort selber erklärt: „Wohlwollende Freunde hätten ihm geraten, sich die Worte Schefflers, die er wiedergebe, nicht ganz zu eigen zu machen, besonders was die scharfen und derben Ausprüche gegen den Protestantismus betrifft, die heute ein Katholik nicht mehr so wagen dürfte wie im siebzehnten Jahrhundert.“

Dies öffentlich festzustellen, halte ich für meine vaterländische Pflicht.

M. Erzberger, M. d. R.

Berichte der feindlichen Generalkübe.

Wien, 17. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Russland.

16. April. Feindliche Artillerie beschoss den Brückenkopf von Nersissl. In der Gegend nördlich von Smorgon griffen die Deutschen am 15. d. bei Tagesanbruch an. Alle ihre Versuche, vorzugehen, wurden durch unser konzentrisches Feuer vereitelt und waren erfolglos. Während der Artillerievorbereitung zum Angriff verwendete der Feind Geschosse mit erstickenden Gasen. Südlich vom Bahnhof von Dlyla gingen wir an einzelnen Stellen vor.

Frankreich.

17. April, 3 Uhr nachmittags. Auf dem linken Maasufer wurden unsere Stellungen im

Gehölz von Avocourt und an der Front Toter Mann-Cumieres von der feindlichen Artillerie kräftig beschossen. Auf dem rechten Ufer verlief die Nacht verhältnismäßig ruhig, ausgenommen in der Gegend südlich des Gehölzes von Gaudimont, wo die Artillerietätigkeit ziemlich lebhaft blieb. Es kam zu keiner Infanterietätigkeit.

Von der übrigen Front ist außer dem gewöhnlichen Geschützfeuer nichts zu melden.

Luftkampf. In der Nacht zum 17. d. führte eines unserer Geschwader, aus neun Flugzeugen bestehend, trotz dichten Nebels wichtige Bombardements in den Gegenden von Conslans, Bagny, Arnville und Ronbach aus. Es wurden Geschosse abgeworfen: 12 auf den Bahnhof von Arnville, 11 auf die Bahnhöfen von Bagny und Ars. In der Nacht zum 16. d. feuerte eines unserer Kampfflugzeuge bei einem Fluge über die Nordsee aus einer Höhe von hundert Meter 16 Kanonenschüsse auf ein feindliches Schiff, von welchen die Mehrzahl traf.

Aus der Sozialdemokratie.

Zum Kampf um den „Vorwärts“ nehmen jetzt der Zentralvorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend sowie die Pressekommision das Wort. Die Pressekommision stellt sich, dem „Vorwärts“ zufolge, auf den Standpunkt der gemäßigten Redaktion. In ihrer Resolution heißt es:

„Die Pressekommision erklärt es ferner für eine Selbstverständlichkeit, daß der Geschäftsführer der Vorwärts-Druckerei, Genosse Fischer, keinerlei Befugnis hat, sich in die Redaktionsführung zu mischen.

Die Redaktion wird aufgefordert, sich allen mit dem Organisationsstatut in Widerspruch stehenden Eingriffen in ihre Rechte zu widersetzen.“

Der Zentralvorstand billigt diese Resolution und schließt seine Erklärung mit folgenden Worten:

„Der Zentralvorstand richtet an die Berliner Genossen die dringende Bitte, durch die Beeinträchtigung ihrer Rechte durch den Parteivorstand und durch den Genossen Fischer sich nicht etwa dazu hinreißen zu lassen, aus der Organisation auszutreten oder das Abonnement auf den „Vorwärts“ aufzugeben. Der Zentralvorstand ersucht vielmehr eindringlichst die Berliner Parteigenossen: Laßt Euch eure Rechte nicht rauben, erfüllt eure Parteipflicht, bleibt in den Organisationen, bleibt Abonnenten des „Vorwärts“ und werbet neue Anhänger unseres Parteiorgans!“

Diese Resolution wurde mit 34 gegen 16 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. 14 Mitglieder waren abwesend. Ein weiterer Antrag, der besagte, Richard Fischer seine Stellung als Geschäftsführer der „Vorwärts“-Druckerei zu kündigen, wurde mit 44 gegen 5 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Gegen den Abg. Stolle. Der Vertreter für Zwickau, Reichstagsabg. Stolle, ist aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgetreten. Eine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Zwickau des sozialdemokratischen Wahlvereins hat über die Spaltung der Fraktion lebhaft bedauert und gelobt, etwaige Versuche, die Spaltung in die Fraktionen zu tragen, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen.

Baron Burian in Berlin.

Berlin, 17. April. (Privattelegramm.) Zum Besuche des Herrn von Burian in Berlin erfährt die „Tägliche Rundschau“, daß den Hauptbestandteil der Verhandlungsfragen die wirtschaftlichen Angelegenheiten gebildet haben, und zwar vor allen diejenigen, die sich auf den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Centralmächte beziehen, dann jene Maßnahmen, welche der Abwehr des vom Feinde geplanten wirtschaftlichen Krieges gelten. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist es, daß an dem Frühstück, welches der Staatssekretär v. Jagow zu Ehren des Barons Burian gab, auch der Reichsschatzsekretär sowie Unterstaatssekretär Doktor Richter und Dr. Johannes teilgenommen haben. Dr. Richter hat eine wichtige Stimme bei den Entscheidungen, die im Reichsamt des Innern über die wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande getroffen werden. Dr. Johannes ist der Leiter der handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 17. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

15. April. In den eroberten Stellungen im Adamelloabschnitt bemächtigten sich unsere Truppen eines zweiten Maschinengewehres; ein drittes wurde durch unser Geschützfeuer zerstört. Im Frontabschnitt zwischen Juditarven und Val Sugana dauert das Artillerieduell an; feindliche Granaten verursachten Brände in der Ortschaft Brezzo (Ghiese). Im Val Sugana nahmen unsere Truppen durch einen glänzend geführten Angriff die Stellungen bei St. Oswald westlich vom Largazabach. Hier wurden dem Feind 74 Gefangene, darunter 3 Offiziere, abgenommen. Am 13. d. wurde die Stellung trotz des heftigen Feuers der feindlichen Artillerie von uns verstärkt. Am Isonzo und auf dem Karstplateau geringere Artillerietätigkeit. In der Nacht auf den 14. d. wurde ein kleiner feindlicher Angriff auf den Javorcek von uns sofort abgeschlagen. Unser Geschützfeuer zerstörte eine feindliche

Befestigung auf den Gipfeln des Monte San Michele.

16. April. Artillerietätigkeit und feindliche Truppenverschiebungen im Frontabschnitt zwischen Lagarina- und Suganatal. Kleine feindliche Angriffe gegen unsere Stellungen bei Soglio d'Alvio und Millegrobo (oberes Uffizotal) wurden abgewiesen. Im Suganatal zwangen wir den Feind, seine Stellungen am Monte Carbotille, die wir andauernd unter Sperrfeuer hielten, zu räumen. In Karnien Artillerieduell im Frontabschnitt vom oberen Degano bis zum oberen Gut. Am Urzli überschüttete der Feind in der Nacht auf den 15. d. die Stellungen, die er am 13. d. vergeblich angegriffen hatte, mit Maschinengewehr- und Infanteriefeuer. Am Karstplateau setzte sich unsere Infanterie durch kühne Vorstöße östlich von Selz und Monfalcone in den Besitz neuer vorgeschobener Stellungen; hierbei wurden dem Feinde etwa zwanzig Gefangene sowie Munitions- und Bombenverschlüsse abgenommen.

Rußland.

15. April. In der Gegend von Düna- burg griffen unsere Schützen in der Nacht zum 14. d. im Abschnitt Garbumowka an. Südlich von Garbumowka zerschnitten unsere Schützen vier Linien Drahthindernisse und besetzten zwei Hügel südwestlich des Dorfes. Der Feind richtete konzentrisches Artillerie- und Gewehrfeuer auf die Hügel und machte alsdann mehrere Gegenangriffe, wurde aber jedesmal zurückgewiesen. Das Schlachtfeld zwischen den beiden besetzten Hügeln und die angrenzenden feindlichen Gräben waren mit deutschen Leichen besät. An der Enge zwischen dem Miadziol- und Marocz-See sowie in der Gegend von Smorgon Artilleriekämpfe. Nach Artillerievorbereitung griffen feindliche Truppen in der Gegend nordöstlich von Smorgon an und wurden durch unser Feuer abgewiesen. In der Gegend südlich des Bahnhofes von Dyka gingen unsere Truppen vor und verschanzten sich trotz des feindlichen Feuerregens. In der Nacht zum 13. d. näherten sich im Laufe des Kampfes Desterreicher östlich von Trubuchowce (6 Kilometer südöstlich von Buczacz) mit aufgestellten Gewehren und mit Dolchen unsern Gräben, warfen die Gewehre weg, hoben die Arme hoch und riefen, daß sie sich ergeben. Nahe herangekommen, gebrauchten sie die Dolche. Am 14. d. warfen 14 unserer Flugzeuge fünfzig Bomben auf den Bahnhof von Buczka (zwei Kilometer nordöstlich von Czernowiz) und den nördlichen Teil von Czernowiz. Alle Flieger kehrten unverfehrt zurück. Nach ergänzenden Nachrichten machten wir bei der sogenannten „Grab des Popow-Höhe“

(Strophamündung) 5 Offiziere, 238 un-
berwundete und 30 verwundete Soldaten zu
Gefangenen.

Frankreich.

16. April, 3 Uhr nachmittags. Nachts dauerte am linken Maasufer im Abschnitt Avocourt-Caurettewald der Artilleriekampf fort. Am rechten Ufer machten wir gestern abend einen lebhaften Angriff auf die deutschen Stellungen südlich von Douaumont. Das Unternehmen gelang vollständig und ließ uns einige feindliche Grabenabschnitte besetzen und 200 Gefangene machen, darunter zwei Offiziere. In der Woivre-Ebene Beschießung unserer ersten Linie mit Unterbrechungen. Auf der übrigen Front außer dem üblichen Geschützfeuer nichts Wesentliches.

16. April, 11 Uhr nachts. Auf dem linken Maasufer beschloß der Feind heftig unsere Stellungen am Wald von Avocourt und auf der Höhe 304.

Auf dem rechten Maasufer Tätigkeit der beiden Artillerien in der Gegend von Douaumont und in der Woivre in den Abschnitten Moulainville, Haudiomont und Sparges.

Auf der übrigen Front war der Tag verhältnismäßig ruhig.

Belgischer Bericht.

Ziemlich lebhafter Artilleriekampf in der Gegend nördlich Steenstraate und Rams-
capelle. Wir zerstörten einen feindlichen Beobachtungsposten und betonierete Unter-
stände.

Paschitsch über Balkanfragen

Von St. Dimitroff, Bern

Die griechische Zeitung „Neue Methia“ veröffentlicht eine Unterredung des serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch mit dem Athener Korrespondenten der „Ruskoje Slowo“. Wir geben hier den wichtigsten Teil davon wieder.

„Wir haben bei unseren mächtigen Verbündeten häufig hervorgehoben, wie absolut notwendig es sei, uns möglichst rasch Hilfe zu senden, um uns von der drohenden Katastrophe zu retten. Unglücklicherweise haben sie uns nicht erhört. Sie haben uns wahrscheinlich nicht helfen können, weil sie den Effektivbestand auf den andern Fronten nicht herabsetzen konnten.

Jetzt ist Serbien total vernichtet und befindet sich vollständig in den Händen unserer Feinde. Serbiens Verbündete müßten jetzt ungeheure Opfer an Menschen und Geld bringen, um die Unabhängigkeit des Königreiches und den Status quo im Balkan wieder herzustellen.

Während der Kriegsoperationen haben wir mehr als 50,000 Mann verloren und während des Rückzuges sind mehr als 100,000 Mann umgekommen. Das letztere war für uns das größte Unglück. Unser gegenwärtiges Schicksal ist sehr hart; die Verbannung trifft uns schwer, sie ist fast unerträglich. Noch immer glauben wir fest an den endlichen Sieg des Biververbandes und daß Serbien wieder seine alte Stellung im Balkan einnehmen werde. Wir wünschen die Vereinigung aller Südslaven und glauben, dies auch erreichen zu können. Diese Vereinigung ist notwendig, nicht nur für Rußland, sondern auch für die andern Staaten des Biververbandes, als Gegengewicht gegen die Durchdringung des Balkans und Kleinasiens durch die Deutschen. Für die Zukunft wird das Schicksal Serbiens untrennbar verbunden sein mit demjenigen seiner jetzigen Verbündeten. Niemand wird mehr imstande sein, Serbien von diesen Verbündeten zu trennen.

Bulgarien, sagte Paschitsch, hat uns den Todesstoß versetzt. Es hat damit einen Verrat begangen nicht nur uns gegenüber, sondern auch gegenüber Rußland, denn wenn die Zentralmächte siegen würden, dann werde Bulgarien eine deutsche Provinz. Ich will die Politik Bulgariens keiner näheren Betrachtung unterziehen. Sollte aber der Biververband siegen, so würde wahrscheinlich Bulgarien seine Unabhängigkeit verlieren, das heißt es wird unter seine Nachbarn verteilt. Wir enthalten uns einer Kritik dieser Frage; hier hat der Biververband das Wort. Wir sind mit einem Plebiszit für Mazedonien einverstanden in der festen Ueberzeugung, daß dieses gegen die Pretentionen Bulgariens ausfallen wird.

Nach dem Kriege wollen wir in Frieden leben mit allen unseren Nachbarn. Es ist wünschenswert, daß an dieser Vereinigung (Föderation) der Südslaven auch Bulgarien teilnimmt, unter Wahrung seiner Autonomie mit getrennter Kammer und mit der Garantie freier Entwicklung in seinem nationalen Fortschritt. Unter der gegenwärtigen Regierung Bulgariens ist aber eine Vereinigung undenkbar, weil sie solche Gegensätze vertritt, daß eine Vereinigung von vorneherein zum Fiasko verurteilt ist.“

Der Raum des Blattes gestattet nicht, die Äußerungen von Herrn Paschitsch zu analysieren und den Beweis zu liefern, daß gerade er an dem Unglücke des serbischen Volkes schuldig ist. Wir wollen nur noch erwähnen, daß, um Serbien als selbständigen Staat wieder herzustellen, der Biververband gut organisierte Armeen im Balkan, Bulgaren, Oesterreicher-Ungarn und Deutsche von anderthalb Millionen Menschen vernichten müßte und auch dann des Erfolges nicht sicher wäre, da im Balkan noch weitere sieben Millionen Bulgaren leben, die alle entschlossen sind, für ihre Unabhängigkeit zu sterben. Die kommenden Ereignisse im Balkan werden uns zeigen, was die verbündeten Armeen leisten können.

19. IV. 1916

19
807**Berichte der feindlichen Generalstabe.**

Wien, 18. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Rußland.

17. April. An der Düna beschoß die deutsche Artillerie die Stellungen des Brückenkopfes Nerkill und einen Teil der Stellungen bei Dünaburg; südlich Garbunowka südlich von Dünaburg stellenweise Artilleriekampf, der zwischen dem Miadziol- und dem Naroczsee ziemlich heftig war. Der Feind verwendet Flugzeuge, die auf den Flügeln mit unsern als Erkennungszeichen dienenden Kreisen versehen sind.

Galizien. An der oberen und mittleren Strypa bereiteten wir mehrere Angriffsversuche des Gegners auf unsre Gräben.

Frankreich.

17. April, 11 Uhr nachts. Zwischen More und Dize zerstörten unsre Batterien feindliche Schützengräben und Unterstände in der Gegend von Beuvraignes und Lassigny.

In den Argonnen zerstörendes Feuer auf deutsche Werke nördlich La Harazee. Bei Bauquois sprengte eine unsrer Minen einen kleinen feindlichen Posten mit der Besatzung in die Luft.

Am linken Maasufer lebhafteste Tätigkeit der feindlichen Artillerie gegen die Höhe 304 und unsre zweiten Linien.

Am rechten Maasufer warfen die Deutschen nach immer heftigerer Beschießung, die morgens begann und sich gegen unsre Stellungen von der Maas bis Douaumont richtete, gegen 2 Uhr nachmittags einen mächtigen Angriff mit einem Bestand von mindestens zwei Divisionen vor. Die Sturmwellen brachen sich an einer Front von ungefähr vier Kilometer an unserm Sperr- und Maschinengewehrfeuer und wurden zurückgeworfen, ausgenommen an einem Punkte, wo sie in einem kleinen Vorsprung unsrer Linie südlich des Chauffeurwaldes Fuß faßten. Dabei erlitt der Feind sehr bedeutende Verluste, namentlich westlich des Pfefferhügels und an der Schlucht zwischen Pfefferhügel und dem Walde von Haudremont.

In der Woebre Hagel von Artilleriegeschossen in den Abschnitten am Fuße der Maashöhen.

Flugwesen. In der Nacht des 17. d. warfen unsre Angriffsflugzeuge 22 Bomben auf die Bahnhöfe von Mantillois und Brieuilles, 15 auf Etain und auf das Lager im Walde von Spincourt und 8 auf die Lager von Viéville und Thillot sowie nordwestlich Bieneulles.

Belgischer Bericht.

Im Laufe des Tages war die Artillerietätigkeit an verschiedenen Stellen ziemlich lebhaft, insbesondere in der Gegend von Dostferke und Dymuden.

Eine Gewalttat Englands an den Neutralen. Drohung mit Kaperung der deutschen Kohle.

Wien, 18. April.

Der Mangel an Schiffraum bringt England in immer größere Schwierigkeiten. Die britische Regierung hat von den neutralen Reedern gefordert, sie mögen ihre Schiffe zu Fahrten im Dienste Englands zur Verfügung stellen, sonst werde ihnen England die Bunkerkohle entziehen.

Die Holländer und die anderen Neutralen weigerten sich, dieser Erpressung zu gehorchen. Sie wählten den Ausweg, sich mit deutscher Kohle zu versorgen.

Nun erklärt England, es betrachte die deutsche Kohle als Konterbande und werde daher Schiffe, die nicht beweisen können, daß sie keine deutsche Kohle haben, als Preise betrachten. Das ist eine Höchstleistung der politischen Gewalttätigkeit. Die Neutralen werden vor die Wahl gestellt, entweder die gehorsamen Diener Großbritanniens zu sein und seinen Befehlen zu folgen, oder die Möglichkeit des Verdienstes gänzlich zu verlieren und wirtschaftlich zugrunde zu gehen. Seit der Navigationsakte von Cromwell ist eine ähnliche Form der Selbstüberhebung nicht dagewesen. Das „Pressen“, der Zwang zur Rekrutierung, wie er in früheren Jahrhunderten ausgeübt wurde, ist hier ins Wirtschaftliche umgesezt. Die Neutralen, die kleinen Völker, zu deren Gunsten der Krieg bekanntlich begonnen wurde, müssen Frondienste für England leisten, weil sie sich nicht wehren können, und werden, ohne daß auch nur ein Vorwand gesucht würde, ohne weiteres gezwungen, ihre Neutralität im echten Sinne des Wortes aufzugeben, weil England durch die Unterseeboote in Bedrängnis gekommen ist und sich nicht anders mehr zu helfen weiß.

Die Verweigerung der Kohle ist nicht mehr, nicht weniger als der wirtschaftliche Boykott. Wenn die Neutralen noch die Kraft zu einer entschiedenen Politik aufbrächten, müßten sie diese Verweigerung eines notwendigen wirtschaftlichen Hilfsmittels als unfreundlichen Akt betrachten und dementsprechend beantworten. Der englische Uebergriff würde dann sehr bald seine Grenze finden. Allein dazu ist im gegenwärtigen Moment sehr wenig Aussicht vorhanden. Die Angst vor der Auszehrung und die Hoffnung auf reichen Verdienst ist vielfach stärker als die Erwägungen staatlicher Selbständigkeit und der politischen Latkraft. Deutschland könnte seinerseits mit vollem Recht behaupten, daß englische Kohle Konterbande sei und daß daher alle

Schiffe, welche sie führen, dem Angriffe der Unterseeboote unterliegen.

Sicher ist, daß das große England bereits bei sehr traurigen Hilfsmitteln angelangt ist, um den Verkehr auf dem Meere, das es zu beherrschen glaubte, aufrecht zu erhalten und daß es die eigene Schwäche nicht mehr zu verbergen imstande ist, sondern durch diese Erpressungspolitik an den Kleinen und Schwachen erst recht enthüllt. Der Unterseebootkrieg ist der gewaltigste Feind, den England jemals zu bekämpfen hatte, und alle Künste, alle Willkür gegen die Neutralen werden nicht ausreichen, um diesen Gegner abzuwehren.

Deutsche Bunkerkohle auf neutralen Schiffen wird beschlagnahmt.

London, 18. April.

Das Neuterteils Bureau meldet:

Das Auswärtige Amt teilt mit:

Um Mißverständnissen vorzubeugen, wünscht die Regierung, alle neutralen Schiffseigner warnend aufmerksam zu machen, daß alle Kohle deutschen Ursprungs, sei sie Ladung oder Bunkerkohle, die sich auf neutralen Schiffen befindet, der Wegnahme und Zurückhaltung ebenso unterliegt wie andere Waren, die unter die Verordnung vom 11. März 1915 fallen. Die Eigentümer neutraler Schiffe werden daher in Zukunft gut tun, sich zu vergewissern, daß die von ihnen bezogene Bunkerkohle nicht deutschen Ursprungs ist, und sich von den englischen Konsularvertretungen Bescheinigungen darüber zu verschaffen, daß die von den Schiffen mitgeführte Bunkerkohle mit ihrer Erlaubnis in dem Hafen eingenommen wurde.

Die Proteste Griechenlands gegen die Gewaltakte der Entente.

Eine englische Regierungserklärung.

London, 18. April.

Auf eine Anfrage im Unterhause, ob ein Protest der griechischen Regierung im Zusammenhang mit der Besetzung griechischen Gebiets durch Streitkräfte der Alliierten eingereicht worden sei, antwortete die Regierung:

Gewisse Proteste der hellenischen Regierung hinsichtlich der Maßregeln, welche die alliierten Regierungen auf griechischem Gebiet oder in griechischen Gewässern zu treffen sich genötigt sahen, sind eingelaufen. Die Umstände, die solche Maßnahmen notwendig machten, sind folgende:

Die französische und die englische Regierung beschlossenen bekanntlich ursprünglich, Truppen auf Einladung des damaligen griechischen Ministerpräsidenten nach Serbien zu schicken. Bald darauf trat ein Wechsel in der griechischen Regierung ein, der von einem Wechsel in der Politik Griechenlands begleitet war. Aber die Alliierten konnten damals von dem begonnenen Unternehmen nicht zurücktreten. Das serbische Gebiet war durch feindliche Kräfte überschwemmt. Die Alliierten nahmen die Serben im nächsten verfügbaren Zufluchtsort auf.

Die Anwesenheit der alliierten Streitkräfte in Saloniki und der serbischen auf Korfu führte dazu, daß die Alliierten gewisse Maßregeln der Vorsee auf griechischen Inseln und in den griechischen Gewässern trafen, um für die Sicherheit sowohl der Streitkräfte selbst als der Schifffahrt, welche ihnen ihren Materialbedarf zuführt, zu sorgen. Der Grund für diese Maßregel erhellt aus der Betätigung feindlicher Unterseeboote im Ägäischen Meere, welche dort Operationsbasen haben.

Alle Schritte dieser Art, welche die Alliierten tun könnten, ergeben sich als natürliche Folgerung aus dem Entschluß, eine Hilfsexpedition für Serbien auszusenden, ein Entschluß, der in erster Linie auf Ansuchen Griechenlands gefaßt wurde. (Beifall.)

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 19. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

18. April, 3 Uhr nachmittags. Auf dem linken Maasufer Bombardement auf unsere erste Linie zwischen Loter Mann und Cumières. Auf dem rechten Ufer war die Nacht im allgemeinen ruhig. Es bestätigt sich, daß der gestrige deutsche Angriff auf unsere Stellungen zwischen der Maas und der Gegend von Douaumont einen äußerst heftigen Charakter hatte. Neueren Meldungen zufolge ist diese Offensive durch Truppen ausgeführt worden, die fünf verschiedenen Divisionen angehörten. Westlich des Vorsprunges von Chauffour gelang es dem Feinde, in die Gräben der ersten Linie einzudringen, aus denen er aber teilweise durch Gegenangriff wieder vertrieben werden konnte.

In der Woebre Artilleriekampf im Abschnitte Moulainville. Bei Van de Sapt wurde eine deutsche Aufklärungsabteilung, die sich unsern Gräben in der Richtung auf Hermanpère, nordöstlich St.-Die zu nähern suchte, durch Handgranaten zurückgetrieben.

In der Nacht warfen 17 feindliche Flugzeuge sieben Bomben, darunter eine Brandbombe, auf Belfort a. b. Es werden drei Tote und sechs Verwundete gemeldet. Der Sachschaden ist unbedeutend.

11 Uhr nachts. Artillerietätigkeit in der Gegend von Jour de Paris und auf den Straßen und Verbindungswegen des Feindes. In der Gegend von Verdun behinderte schlechtes Wetter die Operationen. Im Laufe des Tages zeitweilig aussehendes Bombardement westlich der Maas im Abschnitte der Höhe 304 und östlich der Maas in der Gegend südlich von Haudrout (?) und auf unsere Stellungen zwischen Douaumont und Vaux. Keine Infanterietätigkeit. Westlich St.-Mihiel

beschossen unsere Batterien feindliche Ansammlungen in der Gegend von Woinville.

Belgischer Bericht.

Auf der Front wenig lebhaftere Artillerietätigkeit, außer in der Gegend von Steenstrate, wo die Beschickung im Laufe des Nachmittags große Heftigkeit annahm.

Papst Benedikt XV. an die polnischen Bischöfe.

Das Warschauer Blatt „Kurjer Warszawski“ veröffentlicht ein Sendschreiben des Papstes vom 25. März, welches der Gzenstochauer Pfarrer P. Przerdziecki aus Rom mitgebracht hat. Das päpstliche Sendschreiben hat folgenden Wortlaut:

An den geliebten Bruder Alexander, Erzbischof von Warschau, sowie auch an die andern Bischöfe der Warschauer Provinz.

In einem gemeinsamen, von edler Gesinnung getragenen Hirtenschreiben habt Ihr in Erwiderung Unserer Liebe, die Wir in letzter Zeit Eurem Volke bewiesen haben, Eure Ergebenheit und die Dankbarkeit des polnischen Volkes zum Ausdruck gebracht, was in Unserem Herzen Widerhall gefunden hat. Die harten Schicksalsschläge und die blutige Sintflut, die ganz Europa überschwemmt hat, haben Uns Schmerz und Trauer bereitet. Die traurige Lage Polens, dessen Boden von dem Blut der kämpfenden Armeen getränkt ist, findet bei Tag und bei Nacht Unsere Teilnahme. Nach Kräften tun Wir alles, um das Unheil zu lindern, und sind immer gern bereit, Unser Scherflein beizutragen. Durch den zu Uns gesandten Pfarrer Henrik Przerdziecki erihren Wir von dem großen Elend und der Not bei Euch. Wenn Wir auch nicht in der Lage sind, Euren großen Bedürfnissen in vollem Maße Rechnung zu tragen, so werden Wir doch nichts unversucht lassen, so weit es nur in Unserer Macht liegt, um unaußschiebbare Wünsche zu erfüllen. Wir werden Uns bemühen, Eurem vom Schicksal hart geprüften Volke die zum Leben und Unterhalte notwendigen Mittel beizusteuern.

Eurem Hirteneifer und Euren Bemühungen, von denen die vor kurzem stattgefundene Konferenz Zeugnis abgelegt hat, sowie der hingebungsollen Verwaltung Eurer Diözesen in dieser schwierigen Lage zollen Wir das verdiente Lob. Eure Verfügung, am 7. Mai in allen Kirchen Polens für Uns feierliche Gebete zu veranstalten, findet Unsere Anerkennung und bereitet Uns besonderen Trost. Von ganzem Herzen wünschen Wir Eurem Vaterlande die Erlösung. Das wünschen Wir auch der ganzen Menschheit, was immer geschehen mag, so Gott uns gnädig ist. Nach den Schlägen, mit denen Gott fast ganz Europa heimgesucht hat, können wir mit dem Propheten sagen: „Er hat sich grimmig von uns abgewandt, er hat noch seine Hand ausgestreckt, aber das Volk hat sich dem Strafenden nicht zugewandt und die Scharen des Herrn nicht gesucht“ (Jes. IX., XII., XIII.) Wir dürfen uns von Gott nicht abwenden und dürfen nicht müde werden, remühtig zu beten und für unsere Sünden Buße zu tun. Es gereicht uns zu großem Trost, daß zwischen Euch und dem Stellvertreter Christi Verständnisvolle Eintracht herrscht. Möge Euch Gott mit seiner reichen Gabenfülle dafür vergelten, als besonderen Beweis Unseres Wohlwollens erteilen wir Euch, geliebte Brüder, sowie allen Eurer Fürsorge anvertrauten Brüdern von ganzem Herzen Unseren Apostolischen Segen.

Gegeben zu Rom bei St. Peter am 25. März 1916, im zweiten Jahre Unseres Pontifikats.

Benedictus XV., m. p.

Unbegründete Friedensgerüchte. Steigerung aller fremden Valuten in Holland.

Berlin, 18. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus dem Haag: Trotz dem Holland bis jetzt keinen Boden für Friedensgerüchte abgab und die verschiedenen amerikanischen Gerüchte während des Krieges nie beachtete, zirkulieren seit gestern, besonders in finanziellen Kreisen, hartnäckige, aber ganz unbestätigte Gerüchte dieser Art. Die Amsterdamer Börse reagierte hierauf durch die Steigerung der Valuta sämtlicher kriegsführenden Mächte, also durch eine allgemeine Herabsetzung der holländischen Valuta. Es stieg das Pfund Sterling, das allerdings nur sehr wenig unter der gewöhnlichen Parität stand, um 3 Cent, ferner Wechsel auf Berlin um 100, auf Paris um 30, auf die Schweiz um 100, ebenso österreichische und ungarische Kronen um 50, dänische Kronen um 70, schwedische Kronen um 60 Cent. Derartige Steigerungen der einzelnen Valuten können einen Rekord darstellen. Sie haben in ihrer Gesamtheit nie an einem Tage stattgefunden.

Das „Handelsblatt“ bringt ausdrücklich die Steigerung mit unbestätigten Friedensgerüchten in Zusammenhang.

Die Redaktion des „Berliner Tageblatt“ bemerkt hierzu: Hier ist über die Vorgänge, welche die Notensteigerungen erklären könnten, nichts bekannt.

Kolonien und nationale Wehrkraft.

Während des jetzt tobenden gewaltigen Völkerringens ist der Gedanke an unsere koloniale Zukunft und Entwicklung etwas in den Hintergrund getreten. Wer sich jedoch bemüht, die Zusammenhänge politischer Ereignisse etwas klarer zu erfassen, der wird letzten Endes zu dem Schlusse kommen, daß gerade unsere koloniale und weltwirtschaftliche Betätigung, namentlich bei unserem Hauptgegner England, nicht zuletzt einen der wesentlichen Gründe dafür abgegeben hat, daß es seinen Platz an der Seite unserer Gegner einnahm. Die industrielle und wirtschaftliche Stärke ist in einem derartig hohen Maße neben anderen ein Mittposten in der Führung der Völker Europas, wie man es früher nie für möglich gehalten hat. Die Engländer mit ihrem politisch geschnittenen Blick für reale Verhältnisse haben jedoch frühzeitig genug erkannt, daß gerade dieser Teil unserer Volkserziehung geeignet war, unsere Wehrkraft und damit unsere Weltgeltung immer mehr zu stärken und zu kräftigen. Daher ist ihnen, da sie nicht glauben, daß neben ihnen auch für uns Deutsche noch genügend Platz und Raum auf dem Felde kolonialer und weltwirtschaftlicher Betätigung vorhanden sei, jedes Mittel recht in ihrem Bestreben, uns, insbesondere auch wirtschaftlich, zugrunde zu richten.

Man wird nun einwenden können, daß koloniale Betätigung und kolonialer Besitz nicht durchaus erforderliche Voraussetzungen für wirtschaftliche Stärke, handels- und weltpolitische

Bedeutung sind. Man kann zugeben, daß darin eine Teilwahrheit liegt, jedoch auch nur eine solche, denn sobald man das Moment der Sicherheit und Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung mit in Betracht zieht, verändert sich das Bild. Der Grundsatz der offenen Tür ist theoretisch gut gemeint und gedacht, praktisch jedoch nur wirksam, solange es den politisch und wirtschaftlich stärkeren Kontrahenten angemessen und zulässig dünkt. Nur politisch abhängige oder zum mindesten unter einer genügend sicheren verwaltungsrechtlichen Kontrolle und Beeinflussung stehende Gebiete können eine wirkliche Stärkung der nationalen Wehrkraft, wie es Kolonien, übersieische Rohstoffversorgungsgebiete und Absatzmärkte sind, abgeben. Gerade das fehlende Moment der politischen Sicherheit ist ohne Zweifel ein nicht zu übersehender latenter Hemmungsgrund unserer kolonialen Entwicklung gewesen. Die Lehren des heutigen Weltkrieges werden sicher dazu beitragen, daß man diesen Gesichtspunkten größere Beachtung schenkt, und man wird hoffentlich nicht verfehlen, die entsprechenden Schlussfolgerungen aus ihnen zu ziehen.

Doch neben all diesen Erwägungen spielt eine weitere, der man häufig nicht den genügenden Wert beigemessen hat, gerade für uns Deutsche als Kraftquelle militärischer Widerstandsfähigkeit, eine nicht leicht zu überschätzende Rolle. Und zwar ist diese in dem Einfluß zu sehen, den die kolonialwirtschaftliche und kolonialpolitische Betätigung draußen in den Kolonien auf die psychische Entwicklung und Charakterbildung der einzelnen Personen und unmittelbar auf die Struktur eines Volkes ausübt. Die im Dienste und der Durchführung der kolonial- und weltpolitischen geschaffenen Kräfte bilden infolge ihres starken, selbstbewußten, national im besten Sinne empfindenden Wesens jederzeit einen Volksbestandteil, der mit klarem Blick für reale Möglichkeiten erreichbaren Zielen zustrebt, unbedingt die für die Sicherheit und Stärkung der Wehrkraft eines Landes erforderlichen Maßnahmen erkennen und an der Durchführung je nach Zeit und Umständen wirkungsvollen Anteil nehmen wird. Wie sehr die geistig-sittlichen Eigenschaften als Faktor der Wehrkraft eines Volkes ins Gewicht fallen, das braucht man angesichts der Erfahrungen des Weltkrieges wohl nicht weiter zu betonen, und daher soll und muß aus diesem Grunde unser koloniales Wirkungsfeld nach dem Kriege nicht nur uns erhalten bleiben, sondern auch nach Möglichkeit erweitert und verbessert werden.

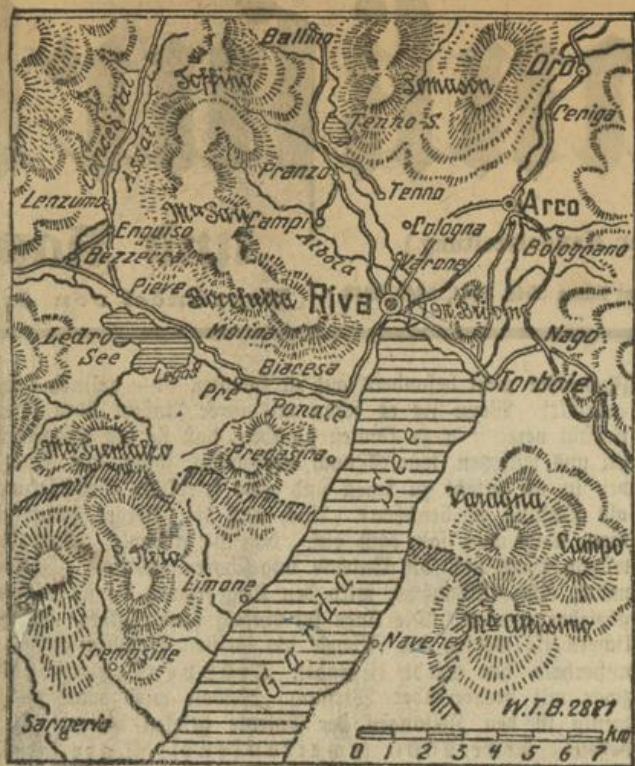
Man kann jetzt häufig, auch in kolonialfreundlichen Kreisen, die Auffassung antreffen: „Ja, was nützen uns die schönsten Kolonien, wenn wir sie draußen nicht verteidigen können, sondern in der Heimat wertvolles Blut dafür zum Opfer bringen müssen. Die Kolonien gehen früher oder später bei ihren beschränkten Verteidigungsmöglichkeiten verloren und bilden dann wertvolle Plandobjekte in den Händen unserer Gegner, die gegen teuer erkaufte, in hoher kultureller Entwicklung stehende europäische Landgebiete angetauscht werden müssen.“ Bismarck hat zwar schon den Satz vertreten, daß unsere Kolonien in der Heimat verteidigt werden. Aber derartig allgemeine politische Grundprinzipien sind cum grano salis zu verstehen und enthalten meist nur eine relative Wahrheit.

Unsere Kolonien sind nicht zuletzt deshalb zum größten Teil trotz tapferer Gegenwehr eine Beute unserer Feinde geworden, weil ihr Wert im Rahmen unserer nationalen Verteidigung in der heute allen und vielen schon früher verständlichen Vertrauen auf freundschaftliche Annäherung an England nicht rechtzeitig erkannt und darum nicht genügend ausgenutzt worden ist. In unseren bisherigen Kolonien war für die Heranziehung der eingeborenen Bevölkerung zur unmittelbaren Verteidigung der Kolonien nur in beschränktem Maße Fürsorge getroffen. Die Zukunft muß in dieser Beziehung durchaus notwendige Verbesserungen bringen. Das Ziel, das zu erreichen, unbedingt angestrebt werden muß ist ein zweifaches. Einmal muß durch die Heranziehung der eingeborenen Bevölkerung die Verteidigung der Kolonien selbst eine in höherem Maße gesicherte Grundlage als bisher erhalten und zum anderen kann und soll darauf gleichzeitig der Zweck erreicht werden, die kolonialen militärischen Hilfskräfte anderer Völker, namentlich soweit es sich um Eingeborenen-Truppen handelt, derartig zu fesseln, daß sie für Kampfhandlungen auf dem europäischen Kontinent nicht zur Verfügung stehen. Dazu gehört vor allem eine vernünftige Eingeborenenpolitik, wie sie durch Rechenberg in Deutsch-Ostafrika durchgeführt worden war und jetzt gute Früchte getragen hat.

In welchem Umfange die Eingeborenenbevölkerung einer Kolonie zum Waffendienst im Interesse des Mutterlandes herangezogen werden kann, ist eine sorgfältig zu prüfende Frage. Es besteht aber wohl kein Zweifel, daß, wenn man auch nicht so weit zu gehen braucht, eine allgemeine Wehrpflicht nach europäischen Vorbildern ins Auge zu fassen, democh die Diensthermachtung der Bevölkerung von Kolonien zur Stärkung der nationalen Wehrkraft in erheblichem Umfange durchführbar ist. Die Gesamtzahl der deutschen Eingeborenen-Schutztruppen einschließlich Polizeitruppen in allen tropischen Kolonien betrug vor dem Kriege nur etwa 7000 Mann. Im Verhältnis zu einer Bevölkerungszahl von etwa 12 Millionen Köpfen ist das ein recht geringer Bruchteil. England und Frankreich nützen ihr koloniales Menschenmaterial in erheblicher höherem Maße für die Zwecke ihrer Wehrmacht aus. Die französische Kolonialarmee besitzt schon in Friedenszeiten eine Stärke von rund 79 000 Mann, darunter über 30 000 Mann Eingeborenen-Truppen, die während des Krieges noch erhebliche Verstärkung erfahren haben. England besitzt in seinem englisch-indischen Heere schon in normalen Friedenszeiten eine Kolonialarmee in Stärke von 281 500 Mann, die zu etwa zwei Dritteln aus Eingeborenen besteht. Infolge des geringen Aufgebots unserer eigenen kolonialen Streitkräfte haben die Franzosen und Engländer, obwohl sie, um ihres Erfolges sicher zu sein, mit erdrückender Uebermacht gegen unsere Kolonien vorgingen, daneben noch beträchtliche Teile ihrer Eingeborenen-Truppen für die Verwendung auf dem Hauptkriegsschauplatz in Frankreich frei gehabt.

Dies in Zukunft durch Aufstellung entsprechender kolonialer Gegenstreitkräfte namentlich zu machen, ist unsere Pflicht. Wir dürfen nicht mehr, wie der Berliner Weltwirtschaftler Professor Joseph in seinem Vortrag zu einer „Weltwirtschaftlichen Forderung“ so treffend betont, von dem „für uns stets fragwürdigen guten Willen Englands“ abhängen, und nie wieder darf das Blut hochwertiger Kulturmenschen no gedrungenweise als Einsatz dienen, um diese mehr oder weniger halbwildem Völkern von unseren heimischen Herden fernzuhalten.

Die Kämpfe an der italienischen Front.



Die Skizze zeigt einen Ausschnitt aus dem Südtiroler Kampfgebiet. Südlich von Riva am Gardasee zieht sich das Sedrotal fast parallel mit der italienischen Grenze leicht nach Nordwesten. Die Straße, die vom Ufer des Gardasees nach dem kleinen Sedrotal führt, heißt Panalestraße; sie ist wegen ihrer landschaftlichen Schönheit bekannt, da sie prächtige Ausichten auf Riva und die steil aufsteigenden Uferberge bietet. Militärisch ist sie durch mehrere Sperrforts gedeckt. Im Norden wird das Sedrotal zwischen Gardasee und Conceital durch den Monte Sperone beherrscht. Hier haben nach den italienischen und österreichischen Tagesberichten vom 13. April und den folgenden Tagen sich ziemlich heftige Kämpfe entwickelt, in denen die Italiener vorübergehende Erfolge erzielten, da die erste österreichische Verteidigungsstellung geräumt werden mußte. Die stärkste Offensive der Italiener an dieser Stelle ist jedoch offenbar nur im Zusammenhang mit der erhöhten Tätigkeit auf der ganzen Südtiroler Front zu betrachten und hat keine abständige strategische Bedeutung. Wie die Karte zeigt, bedeuten in diesem Gebiet kleine Geländevorteile so gut wie nichts, abgesehen davon, daß es dem offensiven Verteidigungsgeist unserer Bundesgenossen regelmäßig gelingt, vorübergehende Vorteile des Gegners sofort auszugleichen.

L. v. B. Wien, 19. April. (Priv.-Tel., zf.) Die in den letzten Wochen begonnene erhöhte Tätigkeit der Italiener an der südwestlichen Kampffront nimmt an Lebhaftigkeit zu. Trotz der großen Zähigkeit und anerkanntswerten Ausdauer, die sie hierbei an den Tag legen, ist den Italienern kein nachhaltiger Erfolg beschieden gewesen. Mächtige Artillerie- und Infanteriemassen wurden von ihnen in den Kampf geworfen, um an irgend einem Ort unsere langgestreckte Front zu durchbrechen. Wenn es den Italienern auch gelang, an einzelnen Stellen, durch ihre Uebermacht begünstigt, festen Fuß in unseren Stellungen zu fassen, so dauerte die Freude nicht lange. Ein kräftiger Gegenstoß unserer Truppen warf sie bald wieder hinaus. So dürfte es auch jenem Gegner ergehen, der sich nach langem Ringen um den seit Monaten heistumstrittenen Col di Lana nach einer gelungenen Sprengung auf der westlichen Kuppe dieses 2464 Meter hohen Berges vorgestern nacht festsetzen konnte. Nach kräftigster Artillerievorbereitung, die bis zum Trommelfeuer an schwoll, setzten die Italiener zum ersten Angriff an, der unter blutigen Verlusten scheiterte. Mehrfache Minensprengungen boten ihnen zuletzt Gelegenheit, in die zerstörten Stellungen des westlichen Gipfelteiles einzudringen. Doch dauern die Kämpfe dort noch weiter an und dürften die Italiener bald die alten Erfahrungs um eine neue bereichern, daß unsere Truppen sich keinen wichtigeren Punkt entreißen lassen und alles daransetzen, dem Feind das Eindringen in das Innere, hier in das Sextental, zu verwehren.

Auch an der Ssonofront auf der Hochfläche von Dobberdo am Görzer und besonders am Tolmeiner Brückentopf mislungen trotz heftigem Trommelfeuer alle italienischen Angriffe, wobei der im Raume von Zagora angelegte Angriff besonders blutige Verluste brachte. Die Bemühungen der Italiener, in der Val Sugana bei St. Oswald Novaledo und den beiderseits der Brenta gelegenen Höhen durchzudringen, scheiterte nicht nur, sondern ein kräftiger Gegenangriff unserer Truppen nahm die italienischen Vorstellungen ein und brachte mehrere hundert Gefangene und vier Maschinengewehre in unsere Hände.

Ein neuerlicher Fliegerangriff auf Triest forderte wohl einige Menschenopfer. Doch vertrieben unsere Flieger im schneidigen Gegenangriff die feindlichen nach Grado. Ihre Bombenabwürfe auf ein dort befindliches Torpedoboot havarierten dasselbe schwer.

Scheidemann gegen die Opposition.

„Es lebe der Frieden!“ Unter diesem Titel ist im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ eine Broschüre des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Philipp Scheidemann erschienen, die recht wirksames Material gegen die Kreditverweigerer enthält. Er führt zur Bekräftigung der Ansicht, daß die Sozialdemokraten, die die Pflicht zur Vaterlandsverteidigung durchaus anerkennen, die Mittel dazu nicht ablehnen können, weil nicht das von ihnen geforderte Volksheer, sondern „nur der Militarismus und Marinismus“ zur Stelle war, ein Gleichnis an:

„In einer Gemeindeverwaltung wird darüber gestritten, was zweckmäßiger sei, dieses oder jenes System einer Feuerspritze zu beschaffen. Die eine Partei tritt ein für Autobetrieb, die andere für Pferdebespannung. Die Pferdefreunde siegen und die entsprechende Spritze wird angeschafft. Eine furchtbare Feuersbrunst bricht aus, die ganze Gemeinde ist gefährdet. Nun stelle man sich vor, daß die Autospritzenpartei hätte beiseite stehen sollen, als ob sie der Brand gar nichts angehe, weil die vorhandene Spritze mit Pferden befördert wurde, während sie die modernsten Kraftfahrzeuge als das Zweckmäßigste gefordert hatte. Wenn es brennt, löscht man, dann streitet man nicht über das beste Spritzensystem.“

Sehr geschickt verwendet Scheidemann gegen die Kreditverweigerer eine Aeußerung des Reichstagsabg. Hoch, der selbst im Dezember 1915 in der Reichstagsfraktion für die Ablehnung der Kriegskredite war, hernach aber im Reichstag den Saal verlassen hat. Abg. Hoch schrieb im Mai 1915 in der von ihm redigierten „Dachdecker-Zeitung“:

„Freilich hätten die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten die Kriegsforderungen verweigern können. Sicher hätte das einen großen Eindruck auf die aufgeklärten Arbeiter gemacht. Sie hätten die Ablehnung der Kriegsforderungen durch sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten als die Aufforderung auffassen müssen, dem Vorbilde ihrer Vertreter im Reichstage möglichst zu folgen, also sich dem Kriegsdienste, wo es irgend geht, zu entziehen, oder, wo der Zwang zum Kriegsdienste unvermeidlich war, sich wenigstens von dem Dienste möglichst zu drücken, den feindlichen Heeren möglichst wenig Schaden zuzufügen, sich bei der ersten Gelegenheit gefangennehmen zu lassen. Ein solches Verhalten der aufgeklärtesten und tatkräftigsten Arbeiter, die infolge dieser Eigenschaften auch als Soldaten in ihrem Kreise am einflußreichsten sind, mußte die Widerstandskraft der Heere um so mehr schwächen, je mehr Sozialdemokraten im Heere sind.“

Die Opposition innerhalb der Sozialdemokratie führt Scheidemann in ihren Anfängen zurück auf einen weltfremden Doktrinarismus: „Aus den Massen selbst kam der Opposition Verstärkung meist aus Anlaß der Lebensmittelteuerung.“ Die gewiß großen Schwierigkeiten auf dem Lebensmittelmarkt sind nach Scheidemann „vielfach in demagogischer Weise gegen die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion benutzt worden, um die Opposition zu vergrößern.“ Es ist beschämend — sagt Scheidemann — „daß eine derartig plumpe Maché Erfolge hat verzeichnen können.“

Scheidemann schließt seine Broschüre mit den Worten: „Die Gegner sehen ihre Siegeshoffnungen auf die Einigkeit und Kriegsentschlossenheit in ihren Ländern und auf die Zwietracht und Kriegsverdrissenheit in unserm Lande. Diese Hoffnungen müssen zerstört werden, je schneller, umso besser. Wer Handlungen begeht, die die Hoffnungen unserer Gegner stärken, hilft den Krieg verlängern. Es lebe der Frieden!“

Hierher paßt auch ein Flugblatt, das der sozialdemokratische Parteivorstand ausgegraben hat und in einer neuen Broschüre im Verlag „Vorwärts“: Sozialdemokraten und nationale Verteidigung“ verwendet. In einem sozialdemokratischen Flugblatt, das im Januar 1907 zur Wahl von Dr. Karl Liebknecht aufforderte, hieß es wörtlich:

„Zu den ganz regelmäßig wiederkehrenden Beschuldigungen... gehört die, daß die Sozialdemokratie „vaterlandslos“ sei, das Vaterland wehrlos machen wolle und Gegnerin des Militarismus sei, also eine schändliche, vaterlandsverräterische Gesinnung besitze.“

Wie sagte doch Eduard Bernstein am 14. Juli 1915 im „Vorwärts“: „Nichtswürdig ist der Politiker, den die Furcht, an Popularität zu verlieren, zum Abweichen von dem veranlaßt, was sein Gewissen ihm vorschreibt.“

Anarchie in der Sozialdemokratie.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratie warnt im „Vorwärts“ vor einem Flugblatt: „Die Lehre des 24. März.“ Es stammt aus den Kreisen der Opposition, die — so sagt der Parteivorstand — „in der Spaltung der sozialistischen Parteien aller Länder das Heil der Zukunft der Arbeiter-Internationale erblicken.“ Das Flugblatt mahnt, der „jaghafte Minderheit der 18“ aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgetretenen Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft den Rücken zu steifen, sie vorwärts zu treiben, damit sie u. a. „in Zukunft alle Kriegskredite ohne Rücksicht auf die militärische Situation unter grundsätzlicher sozialistischer Begründung ablehnen und der Regierung des Belagerungsstandes und des Weltkrieges jegliche wie immer geartete Steuern verweigern.“ Zum Schluß heißt es in dem Flugblatt:

„Hört auf eure Parteigelder an diesen Parteivorstand abzuführen zu lassen, denn er gebraucht eure sauer verdienten Groschen zur Förderung einer Politik, zur Herausgabe von Schriften, die Euch zum geduldeten Kanonenfutter des Imperialismus machen wollen, die zur Verlängerung des Völkermordens dienen. Die Organisationen müssen sich entscheiden, die Parteigelder dem Parteivorstand der Scheidemann-Ebert zu sperren, welche die Volksgroschen dem Moloch des Weltkrieges und der Regierung der Hungersnot und des Belagerungsstandes bewilligen.“

In der Herausgabe dieses Flugblattes erblickt der sozialdemokratische Parteivorstand einen „neuen Beweis dafür, zu welchen unheilvollen Konsequenzen für die Partei die Ministerarbeit der Opposition führen muß.“ Er sagte dazu:

„Gruppen der Minderheit haben sich über ganz Deutschland Sonderorganisationen geschaffen, sie geben eigene Beitragsmarken und Sammellisten heraus, sie halten ihre eigenen Reichskonferenzen ab und eine große Gruppe der Minderheit hat programmatische Leitsätze festgesetzt, die sie als allein bindend für ihre politische Tätigkeit anerkennt. Schon diese Tätigkeit mußte dort, wo die Opposition Anhang hat, zur Desorganisation der Partei führen. Das Flugblatt „Die Lehre des 24. März“ geht noch einen Schritt weiter. Es fordert die Organisationen zur Sperrung der Parteibeiträge auf. Das muß zur Sprengung der Partei führen.“

Der Parteivorstand schließt seinen Aufruf mit der Mahnung, auf der Hut zu sein vor Treibereien jener Gruppe, „die mit voller Absicht auf die Spaltung der sozialdemokratischen Partei hinczielt“, und die „die Spaltung der Partei während des Krieges mit Gewalt herbeiführen will, weil sie wohl weiß, daß sich nach dem Kriege kein Parteitag finden wird, der ihren Auffassungen die Mehrheit brächte.“

Das Flugblatt, aus dem der sozialdemokratische Parteivorstand nur einige Kraftstellen und nicht einmal die kräftigsten wiedergibt, liegt uns in der „Internat. Korresp.“ im Wortlaut vor. Es geht von einer Gruppe aus, die noch sehr viel radikaler ist als die Haase-Gruppe der 18 Separatisten. Es spricht von diesen 18 recht wegwerfend: „Die 18 Genossen hatten während bald zwei Jahren und bis zuletzt im Schoße der Fraktion wahrlich im eigentlichen Sinne nicht eine Opposition, sondern bloß den Schatten einer Opposition gebildet.“ Die „Trennung von dem sozialimperialistischen Flügel der Fraktion wäre schon viel früher unvermeidlich gewesen, wenn Haase und Ledebour eine konsequente grundsätzliche Opposition gegen die Parteiverräter gewagt hätten.“

Auch heute noch — nach dem Ausscheiden aus der Reichstagsfraktion — gelten die Radikalen um Haase und Ledebour für die Verfasser des Flugblattes als recht unsichere Kantonnisten. Denn das Flugblatt sagt wörtlich:

„Seid auf der Hut, Genossinnen und Genossen, seid auf der Wacht, damit von nun an eure Interessen so wahrgenommen und vertreten werden, wie es ganzen Männern gebührt. Ausgeduldeten Lämmern werden nicht in vierundzwanzig Stunden Löwen. Abgeordnete, die fast zwei Jahre lang den grundsätzlichen Grenzstrich zwischen sich und der verräterischen Fraktionsmehrheit nicht zu ziehen vermocht hatten, werden nicht durch die bloße Tatsache der Trennung von jener Mehrheit zu revolutionären Kämpfern. Die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ glaubt sich noch jetzt mehr vor der Rechten für ihr Dasein entschuldigen zu müssen, anstatt jene Rechte offen des Betrugs an der Partei anzuklagen. Diese neue Fraktion scheint bestrebt zu sein, der Welt zu beweisen, daß sie kein Wasserlein in der Partei trüben will, statt zur sichtbaren Fahne der Rebellion gegen die Diktatur der verräterischen Parteinstanzen zu werden.“

Das Flugblatt fordert denn auch direkt zur Rebellion gegen die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten auf mit den Worten:

„Die Partei seid Ihr! Drum frisch ans Werk, um die Partei zurückzuerobern, die von einem Flügel von Verrätern in hohen Ämtern zum Anhängsel des bürgerlichen Imperialismus gemacht worden ist. Laßt Euch den Staatsstreich der Verräter vom 24. März nicht gefallen. Erklärt laut, daß Ihr die Fraktionsmehrheit der David-Heine-Noske nicht mehr als sozialdemokratische Vertretung anerkennt, fordert laut von den Verrätern die Niederlegung ihrer verwickelten Mandate.“

Das sind in der Tat anarchische Zustände in der Sozialdemokratie. Nach den bisherigen Erfahrungen ist allerdings kaum damit zu rechnen, daß die Fahnenträger der Partei-Rebellion sehr starken Anhang finden werden.

Reichstagsabg. Haase und sein Sohn. Reichstagsabg. Haase hat die Nachricht sozialdemokratischer Blätter, daß mit seiner Genehmigung sein Sohn als Kriegsfreiwilliger eingetreten sei, als unrichtig bezeichnet, weil der Sohn im August 1914 militär- und gestellungspflichtig war, sein Eintritt in das Heer also nicht von dem Willen oder der Genehmigung des Vaters abhing. Dazu schreibt die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“: „Gewiß war Haases Sohn militär- und gestellungspflichtig, aber für eine Anzahl von Jahren zurückgestellt. Er hat seine Einberufung nicht abgewartet, sondern ist als Kriegsfreiwilliger beim Telegraphen-Bataillon eingetreten. Daß er diesen Schritt nicht ohne Zustimmung seines Vaters getan hat, bedarf keiner Darlegung.“

Ein Bekenntnis zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Die Bezirksleitung des sozialdemokratischen Bezirks Niederrhein hat mit 18 gegen 7 Stimmen, mit der sie

sich offen auf die Seite derer um Haase stellt: „Die Genossen der neuen Fraktion sind noch wie vor Vertreter der Partei.“ — Zu dem sozialdemokratischen Bezirk Niederrhein gehören 14 Wahlkreise, von denen sechs durch Sozialdemokraten im Reichstag vertreten sind: Pennek-Rettmann (Abg. Dittmann), Elberfeld-Barmen (Abg. Ebert), Solingen (Scheidemann), Düsseldorf (Haberland), Hagen-Schwelm (König), Altena-Flerlohn (Spiegel). Von diesen sechs Reichstagsabgeordneten hat nur Dittmann am 21. Dezember gegen die Kriegskredite gestimmt. Die anderen fünf haben am 24. März dem Beschluß zugestimmt, der den Haase, Ledebour und Genossen die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte absprach. Gegen diese fünf richtet sich also auch der Beschluß der sozialdemokratischen Bezirksleitung für den Niederrhein.

20. IV. 1916

Kriegskalender.

10. April: Im Saganatale schießen die Italiener Caldonazzo in Brand; feindliche Flieger werfen Bomben auf Riva ab; an der Bonalestraße setzt sich der Feind in einigen vorgeschobenen Gräben südlich Sperone fest. — Die Deutschen haben Bethincourt und die französischen Stützpunkte Alsace und Lorraine abgeschnürt und dicht nördlich des Dorfes Avoncourt und südlich des Rabenwaldes feindliche Anlagen und Unterstände ausgeräumt; auch eine Schlucht am Südwestrande des Pfefferrückens wird vom Feinde gesäubert. — In einer Note an Lansing fordert Schweden Amerika zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Rechtsverletzungen Englands auf. — Der britische Dampfer „Jasia“ versenkt.

11. April: Die Italiener beschießen planmäßig Ortschaften hinter unserer Front; die Kämpfe bei Riva dauern fort. — Französische Gegenangriffe gegen die deutschen Stellungen südlich des Forgesbaches zwischen Hautcourt und Bethincourt brechen verlustreich zusammen; südlich des Rabenwaldes werden noch einige französische Blockhäuser sowie südwestlich der Feste Douaumont einige feindliche Verteidigungsanlagen genommen. — Bei Telahie am Tigris werden die Engländer erneut geschlagen. — Der englische Dampfer „Marcan Abbe“, der spanische Dampfer „Santandrino“, der italienische Dampfer „Unione“, der dänische Dampfer „Caledonia“, der schwedische Dampfer „Sibra“ und der französische Dampfer „St. Hubert“ versenkt. — Meldung über das am 7. April unterzeichnete Abkommen zwischen Deutschland und Rumänien über den Warenaustausch.

Aus der Sozialdemokratie.

Sperrung der Mitgliederbeiträge. Wir haben am 14. April berichtet, daß 40 sozialdemokratische Vertrauensmänner der Stadt Duisburg einmütig beschlossen haben, die Parteibeiträge zu sperren, falls innerhalb 14 Tagen die vom Parteivorstand gemahregelten Redakteure des dortigen Parteiblattes nicht wieder eingesetzt sind. Heute wird gemeldet, daß der sozialdemokratische Ortsverein in Leipzig-Eutritzsch in seiner Generalversammlung einstimmig beschlossen hat, an die Kreisversammlung des Wahlkreises Leipzig-Land folgenden Antrag zu stellen:

„In Erwägung der vom Parteivorstand fortwährend angewendeten Maßnahmen zur Bekämpfung und Unterdrückung der Minderheit in der Partei, in Erwägung der Bergwältigung der im Sinne der Minderheit schreibenden Parteizeitungen, soweit diese unter Kontrolle des Parteivorstands stehen, in fernerer Erwägung, daß die zur Bekämpfung der Minderheit nötigen Gelder für Flugblätter, Broschüren, Reisen usw. zum großen Teil Gelder der Minderheit selbst sind, beschließt die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im 13. Sächsischen Reichstagswahlkreis, daß bis auf weiteres Gelder an den Parteivorstand nicht mehr abzuliefern sind.“

Die „Leipz. Volksztg.“ ist mit diesem Beschluß nicht einverstanden, weil „nach dem Organisationsstatut mit der Einstellung der Beitragszahlung an die Parteikasse in Berlin der betreffenden Organisation alle Rechte in der Gesamtpartei verloren gehen, sie das Recht zur Beschickung des Parteitags verliert und damit die Möglichkeit, bei den kommenden wichtigen Entscheidungen in der Partei ihre Stimme in die Waagschale zu werfen.“

Haase und Scheidemann widereinander. In den letzten Tagen haben sich die beiden Reichstagsabg. Haase und Scheidemann in Erklärungen im „Vorwärts“ gestritten, ob Abg. Haase durch eine Bemerkung, daß am folgenden Tage der Reichstag vertagt werden solle, einige Sozialdemokraten zur Abreise bestimmt habe. Abg. Scheidemann hat im Verlaufe dieses Hin und Her im „Vorw.“ geschrieben: „Wenn ich daran denke, daß Millionen deutscher Männer ihr Leben für Heim und Herd in die Schanze schlagen, daß ich mich aber hier mit Haase in einem Bagatelverfahren um einen Eierkuchen zanken soll, dann steigt der Ekel in mir auf.“ — Die „Leipz. Volksztg.“ antwortet darauf, daß mit dem Abg. Scheidemann „alle anständigen Menschen fertig“ sind.

Gegen Sonderorganisationsbestrebungen. Die sozialdemokratischen Vertrauensmänner in Frankfurt a. M. haben nach einem Referat des Reichstagsabg. Dr. Quard mit 98 gegen 7 Stimmen eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Vertrauensmänner erblicken in dem Vorgehen der 18 Genossen einen

schweren Disziplinbruch und eine schwere Gefährdung einer wirksamen Kriegsaktion. Der Parteivorstand wird aufgefordert, mit aller Entschiedenheit gegen Sonderorganisationsbestrebungen vorzugehen. Die Vertrauensmänner sind der Ansicht, daß der „Vorwärts“ seine Pflicht als Zentralorgan gütlich verlegt hat. Er hat die Parteigegensätze, statt sie auszugleichen, verschärft.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 20. April. Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet:

Italien.

17. April. Starke Artillerietätigkeit zwischen den Subitarien und im Frontabschnitt vom Hohen Degano bis zum Hohen But. Im Saganatal griff der Feind unsere Stellungen zwischen dem Larganzabach und dem Monte Colla an. Wir unternahmen einen Gegenangriff, wobei der Feind zurückgeworfen wurde und in unserer Hand zirka sechzig Gefangene, darunter Offiziere, zurückließ. Längs des Sponzo und am Karst geringere Artillerietätigkeit. Unsere Artillerie hatte wiederholt Volltreffer in die feindlichen Batterien, welche in der Gegend von Ragomila (Plabe) in Ravernen postiert sind, zu verzeichnen.

18. April. Auf den rauhen Abhängen des Monte Sperone (Ballebi Ledro) wird unsere methodische Vorrückung fortgesetzt. Am 16. d. wurden neue Schützengräben genommen und sofort gegen den Feind verstärkt. Am selben Tag unternahm der Gegner im Valle Sugana nach starkem Artilleriefeuer einen Angriff mit zirka 14 Bataillonen gegen unsere vorgeschobenen Stellungen zwischen der Kopfstellung von T. Maggio (?) und dem Monte Collo und wurde zurückgeworfen. Ein Gegenangriff brachte in unsere Hände 206 Gefangene, hiebei drei Offiziere. Am selben Nachmittag konzentrierten zahlreiche feindliche Batterien jeden Kalibers ein heftiges Feuer gegen die Stellung von S. Osvaldo. Um unnütze Verluste zu vermeiden, zogen sich unsere Truppen an jenem Punkte auf zirka 500 Meter in die nächsten Stellungen zurück. Am 17. d. erneuerte der Feind drei Angriffe gegen unsere Front im Brentanatal, wurde jedoch jedesmal unter großen Verlusten zurückgeschlagen. Längs des Sponzo und am Karst Situation unverändert.

Feindliche Flieger flogen in vergangener Nacht über Treviso, Motta di Livenza und andern kleinen Dertlichkeiten und warfen zirka 30 Bomben. Es wurden 19 Tote und 20 Verwundungen und einige Gebäudeschäden gemeldet. Ein Hydroplan wurde bei Grado niedergekämpft und die beiden Insassen, davon ein Offizier, gefangengenommen.

Frankreich.

19. April, 3 Uhr nachmittags. Von der ganzen Front ist aus dem Verlauf der Nacht kein bedeutendes Ereignis zu melden, ausgenommen eine ziemlich heftige Beschießung östlich der Maas und in der Gegend südlich des Gehölzes von Saudromont.

11 Uhr nachts. Westlich der Maas beträchtliche Artillerietätigkeit auf Höhe 304 und auf unsern ersten Linien zwischen Toter Mann und Gumières, östlich der Maas heftige Beschießung in der Gegend von Douaumont und Baur.

Im Woeberebiete war der Tag ruhig. In den Abschnitten am Fuße der Maashöhen bei Sparges richtete der Feind heute morgen drei Angriffe hintereinander gegen unsere Stellungen, die sämtlich zurückgeschlagen wurden. Im Laufe des letzten Angriffes wurde der Feind, dem es einen Augenblick geglückt war, in unsern Gräben auf einer Front von ungefähr 200 Meter Fuß zu fassen, daraus gleich durch einen Gegenangriff wieder vertrieben, der ihm ernste Verluste beibrachte.

Von der übrigen Front ist kein Ereignis von Wichtigkeit zu melden.

Belgischer Bericht.

Unbedeutende beiderseitige Artillerietätigkeit an der belgischen Front, namentlich bei Saint-Georges, Dixmuiden und in der Nähe des Fährmannshauses.

Turhan-Pascha über die Friedensvorbereitung.

Genf, 19. April. (Privattelegramm.) Turhan-Pascha, der seinen Aufenthalt in Genf hat, richtete an das „Genfer Journal“ einen Brief, worin er in würdiger und ruhiger Weise auf die Möglichkeiten der Friedenswege hinweist. Er bedauert es tief, daß die Haager Konferenzen, an denen er zweimal teilgenommen habe, nutzlos geblieben seien, da alle Unterzeichner zu Kriegführenden wurden.

Zur Lösung der Frage schlägt er zwei Wege vor: Es müßte ein Druck auf alle Länder und vor allem auf die Neutralen ausgeübt werden, damit sie es als ihre heiligste Aufgabe betrachteten, nach Friedensmöglichkeiten zu suchen. Der Ehre auf den Schlachtfeldern sei nun genug. Man müsse die Segnungen des Friedens wieder zu erhalten trachten. Zweitens müsse eine Zusammenkunft hervorragender Männer von größtem Ansehen aus allen Ländern veranstaltet werden, die die Mission zu übernehmen hätten, für das Wohl der Menschheit zu arbeiten und hinter geschlossenen Türen die Möglichkeit vorzubereiten, diplomatische Bourparlers zu eröffnen. Endlich bittet Turhan-Pascha die Schweizer Blätter, in der Erfüllung dieser schönen Aufgabe mit gutem Beispiel voranzugehen.

* * *

„Brawitelskiwienyi Wiestnik“ hat es für gut befunden, nach „Daily Telegraph“ die sowohl von türkischer als auch von englischer und französischer Seite bereits dementierte Nachricht zu wiederholen, daß höchstwahrscheinlich in der nächsten Zukunft die Friedensverhandlungen zwischen der Entente und der Türkei eingeleitet werden. Diese in einem so offiziellen Blatt aufgenommene Notiz veranlaßt „Utro Rossiji“ zur Bemerkung, daß eine solche Lösung Rußland nicht befriedigen dürfte, wenn seine Interessen in den Meerengen weiter gefährdet sein sollten. Doch — und diese Kundgebung ist an der Sache das Merkwürdigste — meint das Blatt, können wichtige Gründe Rußland zwingen, auf eine Ausöhnung mit der Türkei einzugehen, um den Hauptfeind, Deutschland, niederzuringen. Unverständlich wäre es, einen vorteilhaften, den Interessen eines Kampfes mit Deutschland entsprechenden Frieden zurückzuweisen, nur des-

halb, weil auf eine solche Weise die Frage der Meerengen aufgehoben wird. Ein solcher Friede könnte nur temporär unsere Hoffnungen auf die Lösung des Schwarzen-See- Problems beruhigen.

Die Krise im Kabinett Asquith.

Asquith über den drohenden Zusammenbruch der Regierung.

Vertagung des Unterhauses bis 25. April.

L. London, 19. April. (Unterhaus.) Vor dichtbesetztem Hause sagte Premierminister Asquith, anstatt die erwartete Erklärung über die Rekrutierung abzugeben:

Es sind noch immer wesentliche Punkte vorhanden, über die im Kabinett keine Einigung erzielt werden konnte.

Wenn die Meinungsverschiedenheiten nicht durch eine Verständigung beigelegt werden können, müßte die Folge davon der Zusammenbruch der Regierung sein.

Das Kabinett ist einig in der Anschauung, daß ein solches Ereignis ein nationales Unglück wäre.

Es geschieht in der Hoffnung, dieses Unglück dadurch, daß die Beratungen noch einige Tage fortgesetzt werden, abzuwenden, daß ich jetzt die Vertagung des Hauses bis zum 25. April beantrage.

Die Aufnahme der Erklärung Asquiths im Unterhause.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten Asquith, daß ein Zusammenbruch der Regierung ein nationales Unglück schlimmerer Art wäre, wurde mit lauten Beifallsrufen der Liberalen und vieler Unionisten aufgenommen, aber einige Anzeichen von Meinungsverschiedenheiten waren auf unionistischer Seite bemerkbar.

Carson, von dem man erwartet hatte, daß er den Antrag auf Einführung der allgemeinen Dienstpflicht einbringen würde, falls Asquith nicht die Annahme dieser Postul mittelste, sagte, er wäre der Letzte, vorzuschlagen, daß für die Bemühung, durch eine Verständigung die Rekrutie-

rungspolitik zu sichern, nicht genügend Zeit gelassen werden solle, und er habe an dem von Asquith vorgeschlagenen Ausweg nichts anzusehen.

Die Erklärung fand die allgemeine Zustimmung des Hauses. Die Mitglieder gingen rasch auseinander.

Aus der Sozialdemokratie.

Eduard Bernstein — „ein Typ für sich“. Reichstagsabg. Scheidemann behandelt unter der ironisch gemeinten Ueberschrift „Der revolutionäre Führer“ im sozialdemokratischen „Hamb. Echo“ die Naturgeschichte von Eduard Bernstein. Eduard Bernstein ist nach der Ansicht von Scheidemann „in der deutschen Sozialdemokratie und auch in der sozialistischen Internationale ein Typ für sich. Kein anderer kommt ihm gleich“. Als die hervorragendste Eigenschaft Bernsteins bezeichnet Scheidemann den „immer lebendigen Zweifel an der Richtigkeit dessen, was er selbst gestern für richtig hielt, an allem, was die „anderen“ überhaupt für richtig halten“. Eingehend schildert Scheidemann, wie es Bernstein nach der Rückkehr aus der Verbannung infolge seines Eintretens für den Revisionismus ergangen ist:

„Namentlich Bebel schämte vor But. Mit Kautsky ver-
trachte sich Bernstein immer mehr, so daß seine Feder aus der
„Neuen Zeit“ verschwand. Das Organ Bernsteins wurden die
„Sozialistischen Monatshefte“, die von allen zweifelsfreien Ra-
dikalisten und revolutionären Blättern ebenso in Grund und
Boden verdonnert wurden wie ihr bedeutendster Mitarbeiter.
Der „Vorwärts“, dessen fester Mitarbeiter Bernstein war, setzte
den „grundfähigen Revisionisten“ an die Luft und die bürger-
liche Presse sprach schändlicherweise von einer Maßregelung und
Stockprügeln auf den Wagen des Eigenbrötlers, dem die rich-
tige Gestimmung nun einmal nicht heizubringen war. Bern-
stein wurde einundeinhalb Jahrzehnte lang vom „Vorwärts“
und allen Organen, die sich für radikal hielten oder ausgaben,
wie ein räudiges Schaf behandelt. . . Der „göttliche Mensch“
wurde durch zahllose zielfare und entschiedene Resolutionen, die
energisch den Klassenkampf betonten und rücksichtslos die „An-
näherung an die bürgerliche Gesellschaft“ verurteilten, zeh-
ntausendmal erledigt. Auf jedem Jahlabend wurde er so neben-
bei als ein nicht ernst zu nehmender Mensch immer wieder
von neuem in den Bann getan. Und jetzt ist urplötzlich der-
selbe Bernstein der Oppositionsheilige! Er ist während der
Kriegszeit der fleißigste und hervorragendste Mitarbeiter am
„Vorwärts“ geworden und wird von denen, die ihn früher am
lautesten bekämpft haben, jetzt als einer der bedeutendsten Köpfe
zweiter Jahrhunderte und absolut richtiggehender Marxist ge-
priesen. Der Revisionist Bernstein ist das Haupt der „Radi-
kalen“, der geistige Führer der Gruppe Ledebour-Hersfeld-
Wurm-Cohn geworden. Diesen Witz hätte vor zwei Jahren einer
voraussetzen sollen — man hätte ihn reif für das Narrenhaus
bezeichnet.“

So weit Scheidemann. „Zu Ruß und Frommen aller derer, die
in der Kriegspolitik auf Bernstein schwören,“ veröffentlicht Scheide-
mann aus Bernsteins Werken Lesefrüchte, die „auf seine feigste
Saltung wie die Faust aufs Auge passen“.

**Zum Gesetzentwurf über die Erhöhung der Tabak-
abgaben** liegt eine Aeußerung der Handelskammer zu Berlin vor,
die sich unter Würdigung der ersten Bedenken gegen eine erneute
steuerliche Belastung des Tabaks, nicht grundsätzlich gegen den Geset-
zentwurf, ausspricht. Betreffs dessen Ausgestaltung bittet die Kam-
mer, dafür Sorge zu tragen, daß der Wertzoll, gegen dessen
sachliche Berechtigung man sich nicht wenden wolle, durch einen
Bundesratsbeschluß erst dann in Kraft gesetzt wird, wenn die Ver-
hältnisse auf dem Tabakmarkt mit Rücksicht auf die Einkaufs-
preise und den Stand der holländischen Währung wieder einiger-
maßen normale geworden sind. Im übrigen erscheint es drin-
gend geboten, daß die Arbeitsfreudigkeit der dem Geschäftszweige
Angehörigen, ja in vielen Fällen die Arbeitsmöglichkeit, die durch
das Mißtrauen zu der Zukunft der Branche schwer bedroht ist,
durch die Ueberzeugung gehoben wird, es werde mit der bevor-
stehenden Mehrbelastung des Tabaks für lange Zeit sein Bewenden
haben.

Gegen falsche Friedensgerüchte.

Die „Nordd. Allg. Stg.“ schreibt halbamtlich an der Spitze ihrer gestrigen Abendnummer:

„Erneut sind Gerüchte von Friedensangeboten unserer Feinde in Umlauf gesetzt worden. Es wird z. B. behauptet daß von russischer Seite Schritte zur Anbahnung von Verhandlungen unternommen worden seien. Wir stellen fest, daß an hiesigen amtlichen Stellen von solchen Schritten nichts bekannt ist. Alle diese Gerüchte beruhen auf Erfindung.“

Gerüchte von einer Neigung Rußlands, einen Separatfrieden abzuschließen, sind nichts neues. Sie verfolgen jedesmal einen bestimmten Zweck, meist einen finanziellen, manchmal auch einen politischen. Sie entstehen nicht in Mitteleuropa, sondern werden in jedem Falle von Petersburg in Umlauf gesetzt. Auf solche absichtlich ausgesprengten falschen Meldungen bezog sich die italienische Regierung bei ihrem Eidbruch gegenüber den Mittelmächten. Sie führte zur Rechtfertigung ihres schändlichen Verhaltens unter anderem an, daß angeblich Oesterreich-Ungarn versucht habe, zu einem Sonderfrieden mit Rußland zu gelangen, was, wenn es geschehen wäre, Italien in die bedrängteste Lage gebracht hätte, weshalb Italien sich schleunigst dem Dreiverbände habe anschließen müssen. Auf diese Weise zog der Dreiverband von den falschen Ausstreuungen seinen Vorteil. In anderen Fällen heimste Rußland allein den Nutzen ein. So anlässlich der letzten Reise des russischen Finanzministers Bark nach Paris und London. Das damalige Separatfriedensgerücht war der Revolver, den Rußland seinen Verbündeten an die Brust setzte, um Gelder von ihnen zu bekommen. Der Streich gelang. Jetzt wird er in der gleichen Absicht wiederholt.

Für die Russen handelt es sich in diesem Augenblick wieder um die Bezahlung ihrer Kupons. England, das die amerikanischen Rechnungen für die russischen Kriegsbestellungen bezahlt, soll auch für die Deckung des russischen Zinsdienstes aufkommen. Kein Wunder, daß der englische Finanzminister sich gegen diese neue bedeutende Anforderung sträubt. Aber der russische Schuldnerstaat hat das Heft in der Hand. England wird zahlen müssen. Die Russen können darauf hinweisen, daß in Frankreich unbedingt alles drunter und drüber gehen müßte, wenn die russischen Kupons dort entwertet würden und die Sparer ihr Geld einbüßten. Und wenn diese Drohung nicht genügend zieht, so läßt man dazu noch Sonderfriedensgerüchte aufflattern. Dem Doppeldruck muß England sich beugen.

Späte Erkenntnis. Aus Anlaß des neuen Wilson-Konfliktes schreibt die „Frankf. Ztg.“:

Wenn das deutsche Publikum von der kritischen Zuspitzung dieses Konfliktes überrascht sein sollte, so liegt die Schuld nicht an der Presse, sondern daran, daß die Veröffentlichung der einlaufenden Nachrichten verboten wurde. Aus welchem Grunde das geschieht, wissen wir nicht. Wir vermögen auch nicht, den Nutzen davon zu ermessen. Wenn aber einzelne Beamte der Weisheit letzten Schluß darin sehen, den Kopf solange als möglich in den Sand zu stecken, so macht das deutsche Volk in seiner ungeheuren Mehrheit eine schwachnervige Politik nicht mit. Nach den gewaltigen Leistungen, die das deutsche Volk willig dem Vaterlande bringt, hat dieses Volk ein Recht zu erfahren, woran es ist. Es wird durch neue Schicksalsschläge nicht gebrochen werden, wird ihnen seinen alten unbezähmbaren Mut entgegensetzen, aber es will von niemand als unmündig behandelt werden.

Wir freuen uns, diesen Gedanken einmal in einem Blatt der freisinnig-demokratischen Offiziösendgruppe zu begegnen. Es waren schon seit vielen Monaten unsere Gedanken,

deren Äußerung aber gerade von freisinnig-demokratischer Seite stets als unzeitgemäß verneint wurde. Für eine erfreuliche späte Erkenntnis der „Frankf. Ztg.“ halten wir auch ihre unlängst kundgegebene Meinung: Will Wilson den Bruch, so wird ihn keine Antwort, die von Berlin erteilt werden kann, befriedigen. Will er im Ernst den Frieden erhalten, so muß es Wege geben, um die zwingenden Gebote des deutschen Seekrieges mit den berechtigten Interessen der neutralen Länder in Einklang zu bringen. Daß diese Wege in 21 Kriegsmonaten nicht gefunden werden konnten, spricht nicht gerade dafür, daß Wilson den Bruch nicht will.

Bulgarien und Rumänien.

Eine Unterredung mit dem bulgarischen Gesandten in Bukarest.

Berlin, 20. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
Dr. Leo Lederer, der Berichterstatter des „Berliner Tageblatt“, telegraphiert aus Bukarest eine Unterredung mit dem bulgarischen Gesandten Radew. Der Gesandte erklärte die Gerüchte von unfreundlichen Beziehungen zwischen Bulgarien und Rumänien für völlig unbegründet. Ebenso die Meldungen von angeblichen Truppenkonzentrationen an der rumä-

nischen und bulgarischen Grenze. Die beiden Länder haben einzig und allein zu Maßnahmen der Klugheit gegriffen, die ihren Grund nicht im Gefühle einer Gefahr oder in der Voraussicht eines Zusammenstoßes hatten, sondern aus der allgemeinen Gemütsverfassung der Völker Europas entsprangen, die ihre Grenzen in verteidigtem Zustande sehen wollen.

Bulgarien wünsche keineswegs eine Erniedrigung Rumäniens, im Gegenteil, die bulgarische Politik wünsche den Anschluß eines vergrößerten Rumäniens an das Bündnis mit den Zentralmächten. Bulgarien wünsche ein Groß-Rumänien, das die Donau-Mündungen beherrsche.

Der russische Reichsrat gegen einen Handelskrieg mit Deutschland.

Berlin, 20. April.

Einer Stockholmer Depesche des „Lokalanzeigers“ zufolge wurde im russischen Reichsrat die englische Unterdrückungspolitik gegen die Verbündeten angegriffen. Unter beifälligen Unterbrechungen der überwältigenden Mehrheit des Hauses, darunter von Regierungsmitgliedern, nannte Deputierter Christownikow die Pariser Konferenz zur Fortsetzung des Handelskrieges eine Schlacht, die England den Verbündeten liefere. Rußland habe das lebhafteste Interesse an der deutsch-englischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt. England sauge vampyrartig das russische Wirtschaftsleben aus. Rußland müsse auf der Friedenskonferenz ökonomisch gerüstet sein und deshalb England jetzt eine klare Abfage geben.

21. IV. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 19. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Rußland.

18. April. Bei Birtensee (5 Kilometer von Uezküll) und in einem Unterabschnitt unserer Stellungen bei Jakobstadt Artilleriekämpfe. Ein feindlicher Angriffsversuch in dem Abschnitt bei dem Hofe Miewierischki (Südlich des Flodens Krewo) wurde schon von unsern Vorposten abgewiesen.

Galizien. Am 16. April trug der Feind mit starken Kräften heftige Angriffe gegen „Popows Grab“, einmal sogar in einer Breite von mehr als zwei Werst vor. Alle Angriffe wurden mit schweren Verlusten für den Feind zurückgeschlagen.

Ergänzenden Meldungen zufolge erbeuteten wir bei der Eroberung von „Popows Grab“ am 18. April eine große Menge Handfeuerwaffen, Patronen, Telephongerät, Bohrminen, Flatterminen, Bombenwerfer und dazu vier Kisten Bomben.

19. April. In der Gegend von Dinaburg südlich des Dorfes Garbunowka machten die Deutschen in der Nacht zum 18. April einen Feuerüberfall auf einen unserer Gräben bei dem Dorfe Ginowka (1900 Meter südlich Garbunowka). Darauf griffen sie an und nahmen uns den Graben. Durch einen Gegenangriff trieben wir jedoch der Feind zurück. In der Gegend westlich von Wostawj zerstreute unsre Artillerie eine feindliche Kolonne.

In der Gegend nordwestlich von Kremenez und in der Gegend der oberen Strypa brachte der Feind einige Minen zum Auffliegen.

Falsche Gerüchte über Friedensangebote.

B. Berlin, 20. April. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Erneut wurden Gerüchte von Friedensangeboten unserer Feinde in Umlauf gesetzt.

So wird zum Beispiel behauptet, es seien russischerseits Schritte zur Abahnung von Verhandlungen unternommen worden.

Wir stellen fest, daß an hiesigen amtlichen Stellen von solchen Schritten nichts bekannt ist. Alle diese Gerüchte beruhen auf Erfindung.

Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 20. April. (Meldung der Agence Telegraphique Milli.)
Das Hauptquartier teilt mit:

Trakfront.

Im Abschnitte Felahie griff der Feind am 17. April morgens mit einer über eine Division starken Streitkraft eine auf dem rechten Flügel unserer Stellungen von Felahie gegen das linke Ufer des Tigris und einen Kilometer östlich von der Ortschaft Bend Isa gelegene Vorstellung an und versuchte, diesen Angriff gegen unsere Hauptstellung vorzutragen. Seine Versuche scheiterten vollständig angesichts des Gegenangriffes unserer Truppen. Energisch von unsern Truppen verfolgt, mußte der Feind die Vorstellung, die er am selben Tage besetzt hatte, verlassen und mit schweren Verlusten den Rückzug in östlicher Richtung antreten.

Bei Kut-el-Amara keine Aenderung.

Kaukasusfront.

Unsre mit der Küstenbewachung im Abschnitt Lazistan betrauten Abteilungen leisteten seit dem 12. März außerordentlichen Widerstand gegen die zu Lande und zu Wasser von an Zahl weit überlegenen feindlichen Streitkräften nach und nach unternommenen Angriffe, verteidigten Schritt für Schritt jeden zur Verteidigung geeigneten Fußbreit Bodens und erreichten in würdiger Weise das von der Armee verfolgte Ziel. Schließlich zogen sie sich am 18. d., nachdem sie den Feind gezwungen hatten, sich in der 7 Kilometer östlich von Trapezunt gelegenen Ortschaft Kobata in eine für ihn blutige Schlacht einzulassen,

gemäß dem ihnen erteilten Befehl auf einen Abschnitt zurück, wo sie neue Aufgaben erfüllen. Infolge der Kriegslage, die sich an dem Küstenabschnitte des Kriegsschauplatzes als Ergebnis dieser Operationen entwickelte, wurde die Stadt Trapezunt von uns vollständig geräumt. Die sechs 15-Zentimeter-Kanonen alten Systems die jüngst in der Umgebung der Stadt aufgestellt worden waren, sind nach vollständiger Zerstörung zurückgelassen worden.

Türkisch-rumänische Verhandlungen.

St. Konstantinopel, 19. April. Die Agence Telegraphique Willi meldet: Die zwischen der ottomanischen Regierung und den jüngst hier eingetroffenen rumänischen Delegierten eingeleiteten Verhandlungen behufs Abschlusses eines auf die gegenseitigen Interessen gegründeten Abkommens, nahezu analog dem zwischen Deutschland und Rumänien abgeschlossenen, schreiten dank dem von beiden Seiten kundgegebenen Wunsche, zu einem raschen Uebereinkommen zu gelangen, günstig fort. Die Festigung der zwischen beiden Ländern bestehenden Beziehungen bildet eine Tatsache, die mit Befriedigung verzeichnet zu werden verdient.

Die Kabinettskrise in England.

Eine Erklärung Lansdownes im Oberhaus.

R. London, 19. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)

Die Erklärung des Premierministers Asquith rief große Sensation hervor.

Im Oberhause fand eine kurze Debatte statt.

Minister Lansdowne erklärte, die eingetretene Verzögerung sei nicht auf Entschlußlosigkeit zurückzuführen; aber die Anschauungen, denen die Minister huldigten, seien so tief eingewurzelt, daß im Augenblicke keine Möglichkeit bestehe, einen Mittelweg zu finden, auf dem man aus der schwierigen Lage herausgelangen könnte. Der Zusammenbruch der Regierung würde nicht nur in England, sondern auch bei den Alliierten und in den Dominionen eine bedauernde Wirkung haben.

Nachmittags fand eine Versammlung von mehreren Hundert Liberalen statt, in der eine Resolution gefaßt wurde, daß Asquith kräftig unterstützt werden soll. Auch eine Versammlung der Arbeiterpartei wurde abgehalten, in der die Rekrutierungsfrage besprochen wurde.

Man glaubt vielfach, daß es nicht möglich sein werde, die Differenzen im Kabinet auszugleichen, und daß eine Spaltung in der Regierung unvermeidlich sei. Aber einige Mitglieder des Unterhauses denken optimistischer und hoffen, daß die ernstesten Folgen, die eine solche Spaltung mit sich bringen würde, die Träger der Meinungsverschiedenheiten doch veranlassen werden, einen Ausgleich zu suchen.

Dreistündiger Ministerrat.

Berlin, 20. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die Regierung hielt heute eine dreistündige Beratung ab. Wie schwer auch eine Einigung ist, so ist ein Bruch doch nicht unvermeidlich.

„Star“ lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß die Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht seit dem Ausscheiden von Churchill und Carson in der Regierung schwächer geworden sind.

Meldungen über einen Ausgleich.

R. London, 20. April. Das Reutersche Bureau meldet aus angeblich bester Quelle, daß in der politischen Krise ein Ausgleich erzielt worden sei.

R. London, 20. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Preskbureau meldet:

Das Ministerium einigte sich in seiner heutigen Beratung über die Vorschläge, die es in der Rekrutierungsfrage dem Parlament unterbreiten will. Die Vorschläge werden den beiden Häusern am Dienstag in einer Geheim Sitzung vorgelegt werden.

Der Kompromißvorschlag.

Berlin, 20. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) „D. Z. am Mittag“ meldet aus Christiania: Nach Berichten aus London ist die politische Lage trotz aller Kompromißgerüchte sehr gespannt. Das Kompromiß bewegt sich bekanntlich auf der Linie einer bedarfsweisen späteren Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, deren Notwendigkeit überall anerkannt wird. Diese Lösung soll sowohl von Lloyd George als auch von Ritchener angenommen worden sein. Die Stellung von Bonar Law ist noch unsicher, da sie von dem Entschluß abhängt, den der unter Vorsitz Sir Edward Carson stehende unionistische

... [Illegible text, likely bleed-through or a separate column]

Alliierten im letzten Jahre durch zahlenmäßige Unterlegenheit verursacht wurden.

„Daily News“ wendet sich im Leitartikel gegen diese Vorstellung, die sie eine Verdrehung der Tatsachen nennt. Die Niederlagen Rußlands seien nicht dem Mangel an Mannschaften, sondern dem Mangel an Material zuzuschreiben und die Niederlagen an den Dardanellen der mangelhaften Voraussicht. In Flandern und in Frankreich habe es niemals an Mannschaften gemangelt, auch in diesem Augenblicke sei dies nicht der Fall. Wie könnte man sich sonst erklären, daß große Armeen in Ägypten festgehalten werden, die keine Gefahr laufen, angegriffen zu werden, daß sich zahlreiche Truppen in England befinden, das nicht durch Soldaten, sondern durch die Flotte beschützt werden müßte. Das Land müsse die Gefahr dieser Verzettlungspolitik einsehen lernen. Wenn die Koalition vom Schauplatz verschwinden würde, würde keine liberale Regierung ihren Platz einnehmen. Es sei auch zweifelhaft, ob eine konservative Regierung an die Reihe kommen würde. Die Gefahr, die England drohe, sei, daß es einer Regierung von Extremen zutriebe, von aufgeregten und unbesonnenen Männern, die diktatorischen Ansprüchen huldigen.

Rücktrittsdrohungen Robertsons. — Ein Versprechen.

Berlin, 20. April. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) Aus dem Haag wird dem „Hamburger Fremden-Blatt“ gemeldet: Der Chef des englischen Generalstabes Robertson wurde zu seinem energischen Vorgehen in der Wehrpflicht-Frage nicht so sehr durch Erwägungen militärischer Natur bestimmt als durch die dringenden Vorstellungen Joffre's, dahingehend, daß die Beendigung des ewigen englischen Rekrutierungsstreites mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Frankreichs gebieterisch notwendig sei. Ein weiteres Zögern Englands würde in Frankreich die größte Entmutigung erzeugen, die heute bei der kritischen Lage weittragende Folgen haben könnte. Als Hauptgefahr für das Koalitionskabinet erscheint es, daß der Chef des Generalstabes die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gemäß dem Joffre gegebenen Versprechen durch die Drohung mit seinem Rücktritte zu erzwingen sucht und diese Drohung anscheinend nicht zurücknehmen wird. Die Krise ist nach ihrem ganzen Charakter mehr international als innerpolitisch.

Churchill — Führer der Opposition.

Berlin, 20. April. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) Das „Achtuhrblatt“ meldet aus Lugano: Churchill, der von der Front zurückgekehrt ist, nahm Carsons Partei, um die Führung der Opposition gegen Asquith zu übernehmen.

Streikdrohung der Bergarbeiter gegen die allgemeine Wehrpflicht.

Berlin, 20. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der „Lokalanzeiger“ meldet aus dem Haag: In Cardiff fand eine Versammlung der Bergarbeiter über die Frage der Dienstpflicht statt. Es wurde ein Beschluß angenommen, daß, falls der „Friedensprotest“ gegen die Ausdehnung der Wehrpflicht keinen Erfolg haben sollte, wenn ferner die aus dem Gebiete von Wales ausgewiesenen Führer der Munitionsarbeiter nicht zurückkehren dürfen, ein allgemeiner Streik proklamiert werden soll. Obwohl die Admiralität den Wunsch äußerte, daß diesmal keine Osterfeiertagsruhe in den Bergwerken eintreten solle, beschloßen die Arbeiter doch die Einstellung der Arbeit an den Feiertagen; ein großer Teil der Arbeiter will sogar drei Tage feiern.

Wahl eines Koalitionskandidaten.

R. London, 20. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Bei der Erstwahl in Wimbledon bei London wurde der Kandidat der Koalitionsparteien gewählt.

Holland und der Weltkrieg.

Der ehemalige holländische Ministerpräsident
Ruyper über die Friedensfrage.

Budapest, 21. April.

Der ehemalige holländische Ministerpräsident Ruyper ist gestern zum Besuche seiner Töchter, die seit mehreren Monaten mit der holländischen Mission hier weilen und im Kriegshospital des Wechselmannschen Blindeninstituts als freiwillige Krankenpflegerinnen Samariterdienste leisten, hier eingetroffen.

Er gewährte einem Mitarbeiter des „N. Pester J.“ ein Interview. Auf die Frage, ob die Befestigungen von Vlissingen gegen eine allfällige Landung englischer Truppen in der Scheldemündung Sicherheit bieten, antwortete Ruyper: Das will ich meinen! An dieser Stelle kommt keine Macht mit Gewalt durch und getrost kann ich hinzufügen, auch die englische Flotte nicht. Die neue Festung ist wohl noch nicht völlig ausgebaut, aber die Schelde ist mit Minen belegt und da kann, ich wiederhole, keine Macht der Welt durchkommen. Im übrigen kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß auch unsere wirtschaftliche Bereitschaft genügend groß ist. Wir werden wohl aushalten. Unsere Armee ist ausgezeichnet organisiert und besitzt eine Schlagkraft, die nichts zu wünschen übrig läßt.

Auf die Frage, wie in Holland die Stimmung einerseits gegenüber den Mittelmächten, besonders Deutschland, anderseits gegenüber England und seinen Verbündeten sei, antwortete Ruyper: Ich will die Frage mit der größten Offenheit beantworten. Die Stimmung ist geteilt. Es gibt in unserem Lande zwei Parteien, die eine schwört auf Deutschland und seine Verbündeten, die andere auf England und seine Freunde. Beide Strömungen sind ziemlich stark. Bezüglich der Versenkung der „Lubantia“ ist, wie Sie ja wissen, noch immer nicht einwandsfrei festgestellt worden, wer an ihrem Untergange die Schuld trägt, und dies ist von England gehörig ausgebeutet worden. Es hat diesen Zwischenfall aufgebauscht, um Stimmung gegen Deutschland zu machen. Der Einfall der deutschen Truppen in Belgien hat am meisten dazu beigetragen, eine antideutsche Stimmung in Holland zu erzeugen und den Boden für England zu ebnen. Dagegen hat das Verhalten Englands und seiner Verbündeten Griechenland gegenüber wenig Beifall in Holland gefunden und namentlich die jüngsten Maßnahmen der britischen Regierung in der Frage der Versorgung der holländischen Schiffe mit Kohle sind wenig geeignet, Sympathie zu erwecken. Wir sind als neutrale Macht fortwährend von England bedroht und in unserer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Die feindselige Stimmung gegen England nimmt jetzt überhand. Unsere Schiffe werden durch England bedroht und schon deshalb denkt man in Holland nicht daran, sich gegen Deutschland zu wenden. Ich halte dies für vollständig ausgeschlossen.

Bezüglich des Friedensschlusses kam der frühere holländische Ministerpräsident zunächst auf die jüngst auf der Amsterdamer Börse im Umlauf gewesenen Friedensgerüchte zu sprechen und sagte: Im allgemeinen kann man sagen, daß der Friede jetzt viel näher scheint als ehedem.

Die Einnahme von Trapezunt.

Die amtliche russische Meldung.

Z Budapest, 20. April. (Priv.-Tel.)

Dem Pester Lloyd wird aus Rotterdam berichtet: Ueber die Einnahme von Trapezunt durch die Russen wird von Petersburg amtlich gemeldet:

„Trapezunt ist genommen. Die vereinigten Anstrengungen der Truppen der russischen Kaukasusarmee und der russischen Schwarzen Meer-Flotte sind durch die Eroberung dieses wichtigsten Befestigungspunktes an der kleinasiatischen Küste gefrönt. Die tapferen Truppen der russischen Kaukasusarmee schlugen in den Kämpfen vom 14. April am Saragerifluß die Türken und verfolgten sie auf ihrem Rückzug mit übermenschlichen Anstrengungen in kurzer Entfernung, wobei ihr Widerstand gebrochen wurde. Durch eine kräftige Unterstützung der russischen Flottengeschütze konnte eine frühe Landung durchgeführt werden, und die Schiffgeschütze wirkten gemeinsam mit den in der Küstengegend operierenden übrigen Truppen.“

Zur Kriegslage.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Die letzten 14 Tage vor Verdun. — Die russische und italienische Offensive. — Die Lage im Orient.

Die letzten 14 Tage vor Verdun haben den Stimmen unserer Feinde Unrecht gegeben, die von einem Aufgeben unserer Offensive sprachen. Wenn die von uns genommenen Stellungen nicht von den Franzosen selbst als günstige Ausgangspunkte weiterer Offensive betrachtet worden wären, dann wären ja die fortgesetzten, jedesmal unter blutigsten Opfern zusammenbrechenden Gegenangriffe der Franzosen ein taktischer Wahnsinn gewesen. Ein paar Kilometer Raumspielen rein als Raumgewinn betrachtet in diesem Kriege größter Räume gar keine Rolle. Wenn die französische Führung die Ueberzeugung hätte, daß wir uns mit dem Gewonnenen zufrieden geben, daß wir nicht die Absicht hätten, Schritt für Schritt weiter vorzudringen, dann würde sie uns ruhig im Besitze des Gewonnenen gelassen und nicht Gelatomben ihrer an sich kaum mehr auf dem Etat zu haltenden Armee geopfert haben. Das Verhalten des Gegners ist also eine Anerkennung der gewaltigen Drohung, die in unserem taktischen Verfahren liegt, eine Anerkennung, die nicht durch das militärische Gestammel einiger französischer Blätter aus der Welt geschafft werden kann.

Vom 9. bis 11. April versuchten die Franzosen links und rechts der Maas heftige Gegenangriffe. Die Tatsache, daß am Forges-Bach zwischen Haucourt und Béthincourt bis 10. April 36 Offiziere und über 1200 französische Soldaten unversehrt bei einem Angriff der Franzosen in unsere Hände fielen, beweist, daß die heftigsten Nahkämpfe hier stattgefunden haben. Am 11. April wurden schon wieder deutsche Angriffe im Wald südlich von Douaumont gemeldet, die lediglich zur taktischen Verbesserung der vordersten Kampflinie geführt wurden. Der 12. und 13. brachten unsichtbares Wetter und damit einige Ruhe für die Infanterie. Am 14. folgte ein großer Angriff der Franzosen gegen unsere Stellung am Toten Mann und südlich der Waldstücke des Raben- und Cummidreswaldes ein. Hier zeigte sich, wie vorteilhaft in taktischer Hinsicht die Staffelung unserer Fronten auf beiden Seiten der Maas ist. Dieser französische Angriff, der unserer Stellung bei Champ und Neuville die volle rechte Flanke bot, brach im konzentrischen Feuer unter furchtbaren Verlusten der Franzosen zusammen. Die Franzosen, deren Presse sich über unsere scheinbar planlosen, an dieser und jener Stelle abwechselnd rechts und links der Maas vordringenden Angriffe lustig gemacht hatte, ahmen uns nun selbst nach. Kaum war der Angriff am 14. westlich der Maas zusammengebrochen, da erfolgte am 15. ein gleich starker französischer Gegenangriff östlich der Maas gegen das Gelände südlich Douaumont und in der Baugschlucht. Aber auch dieser brach zusammen. Am 17. war die Reihe der Offensive wieder an uns. Niedersächsische Infanterie nahm in der Nähe der Straße Douaumont—Bras und südlich dieser französische Stellungen im Sturm weg und machte 42 Offiziere und 1700 Mann zu Gefangenen. Damit schiebt sich unsere Angriffsstellung, die zwischen Vacheraville und Douaumont noch etwas nach Norden ausgebogen war, drohend gegen die französische Hauptstellung in Linie Fleury—Côte de Froide Terre vor. Gleich am nächsten Tage antworteten die Franzosen durch einen Gegenangriff gegen die deutschen Linien nordwestlich des Gehöftes Thiaumont, der jedoch scheiterte. Am 19. versuchten sie wieder einmal den Deutschen den Cailletwald zu entreißen, konnten sich aber nur in einer kleinen Ecke festsetzen. Als Gesamtergebnis sehen wir also ein ganz langsames, Verluste nach Möglichkeit ersparendes Vordringen deutscher Linien und ein unter furchtbaren Verlusten ausnahmslos zusammenbrechendes Gegenangreifen der Franzosen. Die Havas vom 18. April meldet: „Trotz ihres erschöpften Zustandes sind die Deutschen moralisch gezwungen, die im Gang befindlichen Operationen fortzusetzen, um ihre hilflose Lage zu verheimlichen und um das Scheitern der Offensive nicht eingestehen zu müssen.“ Wir möchten diesem dialektischen Kunststück nur die von uns soeben skizzierten Tatsachen entgegenhalten. Daß jemand, weil er erschöpft ist, weiter offensiv bleibt, ist eine der lächerlichsten Sophismen, den sich eine Presse in der Absicht, ihr Land zu beruhigen leisten kann. Wenn man taktisch erschöpft ist, kann man nicht mehr offensiv sein, auch wenn man es wollte. Darin liegt ja der Begriff taktischer Erschöpfung begründet.

Warum aber dann, wenn wir so erschöpft sind, diese fortgesetzten Hilferufe an England? Dieses ängstliche Lauern, ob die englische Wehrpflichtfrage durchgeht? Dieses fortgesetzte Betonen, daß Frankreich die ganze Last des Krieges trage? All dieses ist doch einem erschöpften Gegner gegenüber nicht notwendig und verträgt sich doch keineswegs mit dem sonst immer zur Schau getragenen Stolz der „Grande Nation“.

Die französische Armee schlägt sich außerordentlich tapfer, wie sie sich in allen Kriegen ihrer Geschichte tapfer geschlagen hat. Unsere Erfolge im Angriff und in der Zerschmetterung französischer Gegenangriffe, die mit Ungestüm und Schwung bis an unsere Linien herangezogen werden, sind wunderbare Beweise der Vorzüglichkeit unserer Truppen. Der größte Ruhm eines Soldaten besteht darin, einem über jeden Zweifel tapferen Feind gegenüber doch dauernd die Oberhand zu behalten.

Während dieser Ereignisse vor Verdun beginnen auch in der Gegend von Ypern und in der Woëvre-Ebene die taktischen Berührungen wesentlich heftiger zu werden.

Die russische Offensive hat sich von ihrem großen Mißerfolg gegen Hindenburg noch nicht wieder erholt. Kleinere offensive Vorstöße der Russen haben nur den Zweck, das Interesse zu binden und kleine taktische Vorteile zu gewinnen, aber nicht einmal das gelingt den Russen. Gegenüber der galizischen Front sind die Angriffe der Russen heftiger. Es ließ sich in den letzten Wochen vermuten, daß sich hinter der Linie Tarnopol—Czernowitz eine russische Offensive größeren Stiles vorbereite. Auch die ersten taktischen Anzeichen einer solchen ließen sich am 13. April wohl feststellen. Die Ruhe der nächsten Tage beweist noch keineswegs, daß der Offensivgedanke im russischen Großen Hauptquartier aufgegeben ist. Von besonderem militärischen Interesse ist eine Nachricht der japanischen Zeitung „Nitschi-Nitschi“ von dem angeblichen russisch-japanischen Staatsvertrag. Wenn sich bestätigen sollte, daß dieser Vertrag tatsächlich abgeschlossen wurde, so werden wir auf die militärische Seite dieser Angelegenheit noch eingehend zurückkommen.

Auch die italienische Offensive macht sich bemerkbar. In den Operationen des italienischen Generalstabs ist seit Beginn des Krieges ein gewisser Dualismus der Absicht unverkennbar. Man will eigentlich den Isonzo forcieren, weil hier die strategische Ausbeutung des taktischen Erfolges in jeder Hinsicht kräftigere Wirkungen auslöst. Man will aber auch in der Alpenfront durchbrechen, weil hier lokale Erfolge mit rasch zusammengefaßten Ueberlegenheiten gegen die in Gruppen aufgestellte Verteidigung leichter möglich sind als auf dem einheitlichen Schlachtfeld des Isonzo. Die Eroberung des Col di Lana, von der österreichischen Heeresleitung mit erfreulicher Offenheit ruhig eingestanden, scheint den Persönlichkeiten des italienischen Generalstabs Recht zu geben, die das Schwergewicht der Operationen in die Alpen verlegen wollen. Wenn wir uns aber fragen, was der Col di Lana strategisch bedeutet, so kommen wir doch auf einen nur recht beschränkten italienischen Erfolg. Es ist mit der Wegnahme dieses Berges keinerlei strategische Tür für weitere Erfolge geöffnet. Es kann aus der Ferne nicht beurteilt werden, ob der Besitz des Col di Lana den Österreichern als eine taktische Notwendigkeit erscheint. Sollte das der Fall sein, so werden wir in der nächsten Zeit von diesem Berge noch zu hören bekommen.

Auf den türkischen Fronten sind größere Ereignisse in den nächsten Wochen zu erwarten. Die Verhältnisse auf der Front haben sich durch den türkischen taktischen Erfolg am 7. und 9. April bei Telahie wesentlich gebessert. Es bleibt nun abzuwarten, in welcher Weise die eingetroffenen türkischen Verstärkungen verwendet werden. Das kann offenbar in doppelter Richtung geschehen. Einmal offensiv gegen die zum Entsatz herankommenden englischen Truppenteile, dann aber auch unter Verzögerung ihres Herankommens, gegen die in Kut-el-Amara eingeschlossenen Truppen Townshends, um hier einmal aufzuräumen. Einstweilen haben die Russen Trapezunt eingenommen, zweifellos ein Erfolg, mit dem sich journalistisch viel anfangen läßt. Von strategischer Bedeutung für die Russen wäre er nur dann, wenn damit die regelmäßige Versorgung der westlich von Erzerum operierenden russischen Armee über See dadurch sich bewerkstelligen ließe. Die Anlehnung an das Meer hat hier nur für denjenigen strategische Bedeutung, der das Meer beherrscht. Und diese Beherrschung des Meeres wird der russischen Flotte durch die deutschen Unterseeboote und die von deutschen Offizieren kommandierten türkischen Kriegsschiffe doch noch recht streng gemacht. Auch auf dem armenischen Kriegsschauplatz werden erst die nächsten Wochen eine Fixierung der strategischen Lage herbeiführen und wir

werden dann noch reichlich Gelegenheit haben, auf die Fragen russischer Operationsmöglichkeiten und Operationserleichterungen durch das taktische Vortasten am Ufer des Schwarzen Meeres zu sprechen.
F. C. E.

Amerikas Note.

(Drahtbericht unseres Vertreters.)

W. Berlin, 22. April.

Wir stehen vor einer ernstlichen Entscheidung. Die neue amerikanische Note, die Neuter bereits, wenn auch nicht als ein Ultimatum, so doch als ein „letzttes Wort“ bezeichnet hat, verlangt von uns die Preisgabe des U-Bootes im Handelskriege gegen unsere Feinde. Nicht mehr und nicht weniger können wir aus ihr herauslesen. Die Note knüpft an den letzten deutsch-amerikanischen Notentausch an, in dessen Mittelpunkt der „Sussex“-Fall steht, bei dem die deutsche Regierung sich bereit erklärt hat, neues Material von der amerikanischen Regierung entgegenzunehmen und, falls es wünschenswert erscheint, eine gemischte Kommission den Fall untersuchen zu lassen. Amerika glaubt, eine solche Kommission entbehren zu können. Es erklärt den Fall für hinreichend erwiesen, und da es einen Beweis im eigentlichen Sinne nicht anzutreten vermag, so genügt ihm die Zusammenstellung einer Reihe von Indizien zur endgültigen Festlegung seiner Ueberzeugung, daß es nicht nur ein deutscher Torpedo — der ja auch aus englischem Rohre abgeschossen sein könnte —,

sondern auch das in der letzten deutschen Note erwähnte deutsche Torpedoboot gewesen ist, das, trotz gewisser Abweichungen in der räumlichen und zeitlichen Bestimmung, in dem von ihm torpedierten Dampfer die „Sussex“ torpediert hat. „Lusitania“ — „Arabic“ — „Sussex“: Amerika erklärt, die Geduld verloren zu haben.

Die amerikanische Note bedarf eingehender Prüfung, bevor die deutsche Regierung zu ihr Stellung nehmen kann. Insbesondere der „Sussex“-Fall. Sämtliche beteiligten Stellen der deutschen Regierung sind zurzeit mit der Erwägung der Angelegenheit beschäftigt, und mit den Untersuchungen, die sie zur Voraussetzung haben wird. Wir müssen uns daher heute auch aller Urteile über die konkreten Einzelheiten gerade dieses Falles enthalten, obwohl schon aus dem Wortlaut der amerikanischen Note und ihren Anlagen mancher beweiskräftige Trugschluß sich herausstellen ließe, und obwohl es natürlich für den Fall selber gleichgültig ist, wenn die amerikanische Regierung mit deutlicher Absicht uns nach dem Vorbild der amerikanischen Presse unterstreicht, daß sich unter den Passagieren der „Sussex“ nicht nur 25 Amerikaner, sondern vorwiegend Frauen und Kinder und zur Hälfte Neutrale befunden haben. Insbesondere ist kein Schatten eines Beweises gebracht, daß ein deutsches Unterseeboot in Frage kommt, und der bei dem „Tubantla“-Fall selbst sogar in Holland so stark hervorgetretene Verdacht, daß eine englische Kriegsliste vorliegt, allerdings eine von gemeinstem Art, wird völlig übergangen. Wesentlicher ist der ganze Geist, in dem die amerikanische Note gehalten ist, und das, was wir aus ihr zu schließen gezwungen sind.

Amerika hat den Eindruck, daß wir den Ernst der Situation nicht hinreichend würdigen. Immer wieder betont die Note — was der Wahrheit widerspricht —, daß unser U-Bootskrieg der unterschiedlosen Zerstörung aller Dampfer, neutraler und feindlicher, gilt. Immer wieder betont sie auch, daß die Grundsätze der Menschlichkeit und der „Sussex“-Fall eines „der schwächlichen Beispiele der Unmenschlichkeit“ ihre politischen und diplomatischen Erwägungen entscheidend bestimmen. Sie spricht dabei von ihren schmerzlichen Erfahrungen, von ihren echten Freundschaftsgefühlen, von ihrer großen Geduld und ihrer langgehegten Hoffnung, wir würden der Menschlichkeit doch noch die Ehre geben. Aber entkleiden wir ihre Note all dieser Worte und Gefühle, so kommen wir auf die nackte Tatsache zurück, daß sie sich heute für ihre Stellungnahme beruft auf jenen Protest, den sie vor einem Jahre, im Februar 1915, der deutschen Kriegsgebietserklärung im England herum entgegengesetzt hat.

Das hat sie nicht gehindert, ein ganzes Jahr lang die Berechtigung dieser Kriegsgebietserklärung anzuerkennen und aus ihr keinen Konfliktfall zu machen. Das hindert sie auch heute nicht, völlig zu übersehen, daß England damit vorangegangen ist, „einen Teil der hohen See zu schließen“, wie die amerikanische Regierung sich heute auszudrücken beliebt. Sie kommt heute sonach auf Grundsätze zurück, deren Rechtfertigung sie bisher selbst nicht gewagt hat, und gelangt zu dem Schluß, daß der U-Bootskrieg als Verteidigungs- und Abwehrwaffe im Handelskrieg gegen den Aushungerungsplan der Entente überhaupt unberechtigt sei, weil er offensichtliche Grundsätze der Menschlichkeit verletze, die Rechte der Neutrale nicht garantiere, und weil insbesondere die deutsche Regierung trotz ihrer Versprechung leichtfertig mit dieser Waffe umgehe.

Wir sind uns unserer Verantwortung bewußt und wollen in diesem Augenblick kein Wort über das hinaus sagen, was wir sagen müssen. Die neue amerikanische Note läßt keinen anderen Schluß zu, als daß Amerika uns die Anwendung des U-Bootes auch gegen Handelsschiffe des Feindes verbieten will, von den Passagierdampfern zu schweigen, für die wir ja gewisse Garantien übernommen haben. Sie geht damit also hinaus über alles, was sie bisher gefordert hat. Auf der anderen Seite scheint sie unverhohlen den Wahrheitsernst der deutschen Erklärungen anzuzweifeln, wenn sie den „Sussex“-Fall nur einen Fall unter den vielen nennt, genügend zum Beweis für eine „vorbedachte Methode“ und für den ganzen Geist, der die deutsche Seekriegsführung beherrscht. Sie kommt daher zu dem Schluß, daß das U-Boot und seine Verwendung im Kampfe gegen den feindlichen Handel unvereinbar sei mit der Menschlichkeit, den Rechten der Neutrale und dem heiligen Schutz der Nichtkombattanten. Sie erklärt demgemäß die Abwehr des feindlichen Aushungerungsplanes durch U-Boote für eine Unbarmherzigkeit, ohne selber die geringste Barmherzigkeit zu haben für die Frauen und Kinder des deutschen Volkes, deren Aushungerung unsere Feinde planen, und deren Bewahrung vor diesem Schicksal uns eine heiligere Pflicht ist, als es jeder Schutz von einigen hundert Amerikanern sein könnte, die trotz erlassener Warnung den Vorwitz nicht

Amerikas Note.

lassen wollen, im Kriegsgebiet zu fahren. Sie endet, kurz gesagt, also damit, eine unergiebige Aenderung unserer Methode zu verlangen, oder aber die Lösung der deutsch-amerikanischen Beziehungen anzukündigen, „im Interesse der Menschlichkeit und der neutralen Rechte“, d. h. im Interesse jener Menschlichkeit, die sich die Verlängerung des Weltkrieges zum Zweck gesetzt hat, und der die diesem Zweck dienende Munitionslieferung ebenso recht ist, wie ihr die systematische Anechtung der neutralen Rechte durch England billig erscheint.

Wir stehen sonach vor der Tatsache, daß Präsident Wilson uns mit dem Abbruch der deutsch-amerikanischen Beziehungen droht, wenn wir nicht darauf verzichten, das Unterseeboot zur Abwehr gegen den Ausschungerungskrieg unserer Feinde, das heißt als scharfe Waffe im Handelskrieg, zu verwenden. Es ist kein weiter Schritt von hier bis zu der Forderung, daß wir unsere U-Boote überhaupt zu unalten Eisen werfen. Wir müssen uns heute nicht nur jeder Beurteilung der amerikanischen Note in den technischen Einzelheiten enthalten, weil wir hier die Stellungnahme unserer Reichsregierung und unserer Obersten Heeresleitung abzuwarten haben. Wir halten uns auch sonst zurück in unserm Urteil über diese Zumutung, die Präsident Wilson uns stellt. Aber in einem halten wir uns nicht zurück, sondern sprechen es schon heute in aller Schärfe und Klarheit aus: Die scharfe Waffe des U-Bootes lassen wir uns nicht aus der Hand schlagen. Und wenn wir bis an die Grenze des Möglichen gehen und stets gegangen sind in Rücksicht auf die neutralen Interessen, so genießt der feindliche Handel bei uns keinen Schutz, auch wenn der Präsident von Amerika diese Rolle des Beschützers unserer Feinde übernehmen wollte. Unsere Heeresleitung wird nach wie vor den Unterseebootkrieg so verwenden, wie es zur siegreichen Beendigung des Krieges geboten ist, und wird darin nicht zurückweichen, auch nicht vor noch so harmlos und gefühlsmäßig begründeten Argumenten einer außenstehenden Regierung, die sich hier in Dinge mischt, bei denen jeder, der um seine Existenz kämpft, sich solche Einmischung scharf verbitten muß. Die 100 Amerikaner, die bedauerlicherweise ihr Leben verloren haben, weil sie sich ins Kriegsgebiet wagten, stehen gegenüber den Millionen von Deutschen, die in den Schützengräben sich verbluten und in der Heimat durch die heimtückischste und rechtswidrigste aller je dagewesenen Kriegsführungen dem Hungertode überliefert werden sollen. Wo da unser Herz ist, wo unsere Verantwortung und unsere heilige Pflicht, darüber ist kein Zweifel. Wir sehen dem Ernst der Lage offen ins Auge. Aber was wir hier gesagt haben, daran kann nicht gerüttelt werden. Glaubt eine Regierung, sich an uns schadlos halten zu können? Glaubt sie, daß fremde Wahlinteressen Eindruck machen, wenn wir um unser Leben ringen? Wir sind uns klar, was ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika bedeuten würde. Auch wir würden ihm nicht leichten Herzens entgegensehen. Aber ebenso klar sind wir uns über die Notwendigkeiten, die uns allein zum

Siege bringen werden, und darüber, daß es hier zwischen Sieg und Niederlage kein Mittel Ding gibt. Will der Präsident der Vereinigten Staaten dort einspringen, wo unsere Gegner am Ende ihrer Erfolgsmöglichkeiten sind? Das ganze deutsche Volk steht wie ein Mann auf, wenn ihm ein Dritter die Früchte seines Blutes aus der Hand winden wollte. Wir lehnen es ab, deswegen überhaupt zu diskutieren. Es kann sich für uns nur noch um die Frage handeln: Will Amerika — mit dessen Volk wir in Frieden und Freundschaft zu leben wünschen — in seinen amtlichen Stellen den Bruch, oder will es ihn nicht? Unsere Antwort auf die amerikanische Note wird davon abhängen, welche Auffassung hierüber die Oberste Kriegsleitung des Deutschen Reiches nach allen bisherigen und ganz besonders auch nach dieser letzten Note gewonnen hat.

(Nähere Mitteilungen über die Note s. S. Seite.)

Ein neutrales Urteil zur amerikanischen Note.

ca. Karlsruhe, 22. April. (Drahtbericht unseres Vertreters.) Der „Züricher Tagesanzeiger“ schreibt: Die nun seit bald einem Jahre andauernden Verhandlungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten haben nach merkwürdigen Schwankungen und langen Pausen nun neuerdings zu einer scharfen Krisis geführt, die die weiteren Beziehungen der beiden Länder einer harten Probe unterzieht. Präsident Wilson hat sich vollständig zum einseitigen

Schützer der Gegner Deutschlands aufgeworfen, während er mindestens ebenso berechnigte Interessen der Weltmächte, wie der Neutralen ungerne lau und erfolglos vertreten hat. Diese Einseitigkeit, die zur offenen Parteinahme für einen der Kriegführenden neigt, nimmt seinen Forderungen einen beträchtlichen Teil von ihrer sachlichen Berechtigung. Wir kennen die Forderungen Wilsons bisher nur in der von Renier und Sabas aus gegebenen Fassung, die bisher immer versuchten, die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika zu verschärfen. Es ist übrigens nicht ganz ausgeschlossen, daß das scharfe Vorgehen Wilsons mit den schwebenden innerpolitischen Schwierigkeiten der englischen Regierung im Zusammenhang steht.

in London, 22. April. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times“ meldet aus Washington: Graf Bernstorff ist bemüht, eine Milderung der Spannung herbeizuführen. Er hat dem Ministerium des Auswärtigen mitgeteilt, daß infolge der Feiertage bis zum Eintreffen der Antwort aus Berlin etwa zehn Tage vergehen werden.

Grundlose Friedensgerüchte.

N. Berlin, 20. April. (Priv.-Tel.) In dieser Kriegszeit, in der nicht alles gedruckt werden kann, was geschieht, und in der nicht alles gesagt werden kann, was der eine zehne denkt, finden die von Mund zu Mund gehenden Gerüchte einen fetten Nährboden. Das ist von Beginn des Kriegs an so gewesen, wo diese Gerüchte sich hauptsächlich auf militärische Dinge und Ereignisse erstreckt haben. Je länger der Krieg dauert, desto länger beziehen sich die Gerüchte auf Dinge, die mit dem Frieden zusammenhängen. Sie sind in der letzten Zeit sehr üppig geblühen; und wer in dem Verdacht steht, von politischen Dingen etwas zu wissen, vielleicht mehr als öffentlich bekanntgegeben wird, der hat seit Wochen schon schwer zu leiden unter den bequemen telephonischen Anfragen, die sich auf Friedensverhandlungen oder Friedensangebote irgend eines unserer Gegner beziehen. Es ist erstaunlich, wie leichtgläubig selbst Männer, die sich mit Politik beschäftigen, solchen Gerüchten gegenüber sind, und wie oft Fragen gestellt werden, die ein politisch Urteilsfähiger schon auf Grund dessen, was über die militärische und politische Lage klar zu Tage liegt, als unsinnig erkennen müßte.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erwirbt sich heute das Verdienst, in einer öffentlichen Erklärung festzustellen, daß alle Gerüchte von Friedensangeboten unserer Feinde auf Erfindungen beruhen, und daß von irgendwelchen Schritten, zum Beispiel von russischer Seite, die zur Anbahnung von Verhandlungen unternommen sein sollen, den amtlichen Stellen nichts bekannt ist. Ob diese den Tatsachen entsprechenden amtlichen Versicherungen viel nützen werden, ist zweifelhaft. Auf kurze Zeit werden sie wirken, für lange auf keinen Fall. Die Gerüchte, die von unkritischen Leuten verbreitet werden, auch von solchen, denen eine bestimmte politische Tendenz das ruhige Urteil trübt, sind in dieser Zeit einer allgemeinen Spannung viel zu interessant, als daß sie nicht immer wieder Gläubige fänden. Dazu kommt, daß die durch den Krieg und die notwendige Beschränkung der Gespräche in der Öffentlichkeit hervorgerufenen Verhältnisse manchen Persönlichkeiten die Gelegenheit bieten, als geschäftige und gesprächige Privatpolitiker nach einer gesellschaftlichen Bedeutung zu streben, die ihnen sonst nicht zustände. Weil das gedruckte Wort beschränkt ist, gewinnt das gesprochene Wort in dieser Zeit an Bedeutung, und dieses gesprochene Wort, das in Gestalt von Meinungen und Gerüchten sich schnell verbreitet, wirkt, wie ein dieses Thema behandelnder Artikel des „Lokal-Anzeigers“ es heute nennt, als heimliche Zeitung. Es ist für einen politisch Urteilsfähigen unbegreiflich, was für Gerüchte in den letzten Wochen kolportiert und von ernsthaften Menschen sogar geglaubt worden sind.

Eine ganze Klasse dieser Gerüchte bezieht sich auf angebliche englische Versuche, Friedensverhandlungen anzubahnen, und sogar berufene Politiker und Publizisten haben diesen Ausstreunungen, an denen gar nichts weiter ist, so viel Bedeutung beigelegt, daß sie als Männer, die die Niederwerfung Englands als das wichtigste Kriegsziel ansehen wollen, warnende Stimmen erhoben haben: „Lasse Dich von Albion nicht umgarnen!“ Nicht minder üppig sind die Gerüchte ins Kraut geschossen, die von Friedensangeboten Rußlands wissen wollten. Dabei hat offenbar eine irrtümliche Beurteilung der Ursachen, die dem Raufe russischer 4prozentiger Renten zugrunde liegen, stark mitgewirkt. Man hat wieder einmal einen deutschen Bundesfürsten, der als Schwager dem Zaren nahe steht, nach Petersburg reisen lassen. Man läßt ihn nämlich während des Krieges wiederholt dorthin reisen, während er in Wahrheit natürlich noch nie dort war, und man hat dann, das gilt namentlich für die letzten Tage, den Sitz der russischen Friedensangebote nach Stockholm verlegt. Die neutrale Konferenz, die durch die Mitglieder der Ford-Expedition dort veranstaltet worden ist, mag zu dieser Mythembildung den Anstoß gegeben haben. Besonderen Schmutz verließ ihr die von Mund zu Mund gehende Nachricht, Fürst Bülow und Tirpitz seien in Stockholm eingetroffen. Das galt manchem für höchst bedeutsam, obgleich beide Herren natürlich nicht dort sind, und obgleich sich jeder Verständige fragen mußte, was sie denn dort machen wollten. Zwei dänische Minister hat man hierher reisen lassen, und diese Reise, die nie stattgefunden hat, in Verbindung gebracht mit irgendwelchen Friedensverhandlungen. Sogar die Durchreise des früheren holländischen Ministerpräsidenten Ruypert hat man politisch bewerten wollen.

Möglich, daß jetzt die nicht mißzudeutenden Erklärungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ der Verbreitung solcher Gerüchte und dem Glauben an sie kurze Zeit Einhalt tun werden. Die Zahl derer aber, die sich aus der dem Urteil offen liegenden militärischen und politischen Lage eine eigene Meinung bilden und solche Gerüchte abweisen können, ist nicht groß. So werden sie immer wieder auftauchen, bis sie durch die schließlich ja unausbleiblichen Tatsachen abgelöst werden.

nen Landsleute ablehnte, die amerikanischen Bürger vor Reisen ins Kriegsgebiet und zumal auf Schiffen der bezeichneten Art zu warnen.

Die amerikanische Note stellt an die deutsche Regierung eine Forderung, die von einer Drohung begleitet ist, der Drohung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, dem Aeußersten, was in der verfassungsmäßigen Macht des Präsidenten liegt; darüber hinausgehende Beschlüsse könnte nur die amerikanische Volksvertretung fassen. Doch schon die Drohung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist ein tiefenst zu nehmendes Geschehnis, dessen Tragweite aufs Gewissenhafteste erwogen sein will. In der durch die Note geschaffenen Lage darf nur der kühle Kopf sprechen, die sorgsame Prüfung aller Folgen, die sich aus einem Konflikt mit den Vereinigten Staaten ergeben können, aller Mittel, die ihn ohne Preisgabe wesentlicher deutscher Interessen etwa noch abwenden könnten, ebenso aber auch aller Mittel, die uns zur Verfügung stehen, den neuen Gefahren wirksam zu begegnen. All das bildet zurzeit den Gegenstand von Beratungen zwischen den verantwortlichen Leitern unserer äußeren Politik und unseres Heer- und Flottenwesens, die im großen Hauptquartier versammelt sind. Das Ergebnis dieser Beratungen, die einige Tage in Anspruch nehmen dürften, wird Inhalt und Form unserer Antwort an Herrn Wilson bestimmen. Das deutsche Volk darf erwarten, daß diese Antwort sich auf der Höhe seiner Würde halten, es darf aber auch hoffen, daß das amerikanische Volk, in dessen Händen ja die letzte Entscheidung liegt, die deutsche Antwort mit jenem Gerechtigkeitsinn prüfen wird, der bisher stets einen Ruhmestitel der großen freien Nation jenseits des Ozeans gebildet hat.

Wie der „Fall“ Suffex geschaffen wurde.

Drahtmeldung.

Bern, 21. April.

Der Schweizer Journalist, Johann Niederöst, der jahrelang in England für englische und amerikanische Zeitungen geschrieben hat, gehört zu den geretteten Fahrgästen der „Suffex“. Er hat seine Erlebnisse beim Untergang des Schiffes im „Berner Bund“ vom 2. April geschildert und diese Mitteilungen jetzt durch nachfolgende Angaben ergänzt, deren Richtigkeit und Wahrheit zu beschwören er durch notariell beglaubigte Niederschrift sich bereit erklärt hat. Niederöst erzählt:

Am Tage des Unfalls hat keiner der Fahrgäste der „Suffex“ davon gesprochen, daß der Dampfer einem Torpedo zum Opfer gefallen sei; erst am folgenden Tage glaubten die verschiedensten Leute alles mögliche, wie Torpedos und U-Boote gesehen zu haben. Die Explosion erfolgte an der Spitze des Schiffes. Ich habe mit den Schiffsingenieuren zusammen die Unfallstelle besichtigt. Der Dampfer war am Bug einen Fuß über dem Wasserspiegel etwa zehn bis zwölf Fuß schräg aufgerissen. Der Speiseraum erster Kajüte war zertrümmert. Wäre keine Panik auf dem Dampfer ausgebrochen, so wären nur etwa 14 bis 16 Passagiere erster Kajüte verunglückt. Die Schiffsleute, die mit mir das Led besichtigten, äußerten sich dahin, daß der Unfall nur von einer Mine herrühren könne und ein Torpedo kaum in Frage komme; denn wenn es sich um einen Torpedoschuß gehandelt hätte, wäre es ein schlechter Schuß gewesen, so daß das betreffende U-Boot einen zweiten Torpedo nachgeschickt haben würde.

Von der „Suffex“ wurde ich auf dem englischen Torpedoboot „Afridi“ nach Dover zurückgebracht. Dort sprach ich mich in einer Unterredung dahin aus, daß die „Suffex“ nach der Ansicht der Schiffsleute selbst nicht einem Torpedo, sondern einer Mine zum Opfer gefallen sei. Diese Äußerung muß zur Kenntnis der dortigen Behörden gekommen sein. Jedenfalls wurden mir Papiere in Folkestone, wohin ich mich von Dover begeben mußte, zurückbehalten. In Folkestone wurde ich auf dem Generalstabsbüro zuerst von einem englischen Adjutanten befragt und gab ihm eine eingehende Darstellung vom Hergang des Unfalles. Später kam ein General ins Zimmer und der französische Generalkonsul. Man befragte mich über die Ursache des Unglücks. Ich sagte, daß meiner Meinung nach eine Minenexplosion vorläge und gab dafür meine Gründe an. Der General fuhr mir scharf ins Wort und sagte: „Jeder Mann ist einig darüber, daß es ein Torpedo war, und Sie sagen, es ist eine Mine“. Später fand eine Beratung dieser Herren statt, die ungefähr eine halbe Stunde dauerte und der ich nicht beiwohnte. Dann wurde ich auf das Büro der Geheimpolizei geführt, wohin uns der früher genannte Adjutant folgte und wo ich eine Erklärung, die in roter Tinte geschrieben war, unterzeichnete, „daß nach meiner Ansicht die „Suffex“ torpediert worden sei“. Ich gab diese Erklärung am 26. März ab, nur um loszukommen; obgleich ich eigentlich diese Wahrnehmung nicht gemacht hatte. Am 27. März kam ich in Boulogne an und wurde dort von einem englischen Detektiv in Empfang genommen. Ein Major vom Intelligence Office in Boulogne verlangte, daß ich meine in Folkestone abgegebene schriftliche Erklärung vor einem französischen Notar eidlich erhärten sollte. Da die vom Notar verlangten Unterlagen nicht genügten, fand die Verhandlung erst am 28. März statt, und zwar wurde ich durch den englischen Detektiv Hill und einen englischen Major als Zeugen relognosziert. Ich mußte vor dem Notar wiederholen, daß meine in Folkestone abgegebene Erklärung richtig sei, und mußte diese Erklärung unterschreiben und beschwören. Erst nachdem dies geschehen war, erhielt ich meine Papiere zurück und durfte meine Reise nach der Schweiz fortsetzen.

Unter den Fahrgästen der „Suffex“ waren verschiedene Soldaten in Uniform, wie ich mich bestimmt erinnere, ein paar belgische Soldaten, ein belgischer Offizier, zwei bis drei englische und zwei französische Soldaten.

Deutschland und Amerika.

Telegramme des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen wahrscheinlich.

Verlesung der Note durch Wilson in einer gemeinsamen Sitzung des Senats und des Repräsentantenhauses.

Osag, 21. April. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington vom 19. d. M.:

Heute nachmittags um 1 Uhr wird der Präsident der Vereinigten Staaten in einer gemeinsamen Sitzung des Senats und des Repräsentantenhauses die Note verlesen, die das letzte Wort bedeutet, das die Vereinigten Staaten in der Unterseebootfrage an Deutschland richten werden.

Obgleich die Tendenz der Note des Präsidenten Wilson bisher nicht bekannt ist, erwartet man Mitteilungen von höchstem Interesse. Ein Ultimatum oder der Abbruch der diplomatischen Beziehungen wird für wahrscheinlich gehalten.

Die hauptsächlichsten Beamten des Staatsdepartements und die Ausschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten waren eingeladen, heute um 10 Uhr vormittags im Weißen Hause mit dem Präsidenten zusammenzukommen.

Die Eröffnung, daß der Präsident dem Kongreß beiwohnen werde, hat den Kongreß, die offizielle Welt und das diplomatische Korps elektrifiziert.

Der Senat nahm unverzüglich das Gesetz über die Heeresreform an, worin eine reguläre Armee und Reserven von zusammen einer Million Mann vorgesehen werden.

Man ist der Auffassung, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten an einem außerordentlich kritischen Punkt angelangt sind.

Uebersendung der amerikanischen Note in Berlin.

Berlin, 21. April. Das Wolffsche Bureau meldet: Der amerikanische Botschafter hat die Antwortnote der amerikanischen Regierung in Sachen des Unterseebootkrieges gestern um 8 Uhr abends dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes überreicht.

Die Veröffentlichung der Note wird demnächst erfolgen.

Berichte der feindlichen Generalkübe.

Wien, 22. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

21. April, 3 Uhr nachmittags. Westlich der Maas schreitet der geiern von unsern Truppen

in der Gegend des Toten Mannes unternommene Angriff fort. Wir eroberten während der Nacht noch einen Graben am nördlichen Rande des Courettevaldes und nahmen 4 Offiziere und 150 Mann gefangen.

Westlich der Maas folgte einer heftigen Beschießung unserer Stellungen gegen Ende des Tages eine mächtige Angriffsunternehmung des Feindes auf einer Front von zwei Kilometer zwischen Thiaumontgehöft und dem Teich von Baug. Die Deutschen, denen es gelungen war, in unsern Stellungen südlich des Forts Douaumont und nördlich des Teiches von Baug Fuß zu fassen, wurden durch nächtliche Gegenangriffe völlig zurückgedrängt. Zwei Maschinengewehre und einige Gefangene fielen in unsre Hände. Westlich Douaumont im Abschnitt südlich des Saudromontwaldes, machten wir gleichfalls Fortschritte. Wir befreiten einige verwundete Franzosen, die in Gefangenschaft geraten waren, und nahmen ungefähr 20 Deutsche gefangen.

Auf der übrigen Front war die Nacht ruhig, mit Ausnahme der Gegend des Priesterwaldes, wo sich unsre Artillerie ziemlich tätig zeigte.

11 Uhr nachts. In den Argonnen besetzten wir bei der Höhe 265 (Haute-Chevauchee) den Nordrand des Trichters, den die Explosion einer deutschen Mine verursacht hatte.

Auf dem linken Maasufer heftiges Bombardement auf unsre neuen Stellungen bei Toter Mann.

Auf dem rechten Ufer ausgiebige Tätigkeit der feindlichen Artillerie von der Maas bis Fort Baug.

In der Boebre lebhaftes Kanonade in den Abschnitten Chatillon und Nonvaux. Keine Infanterietätigkeit. Eines unserer weittragenden Geschütze beschoß den Bahnhof von Vigneulles und Sattonchatel, nordöstlich St.-Mihiel. Im Norden von Regneville zerstreuten unsre Batterien feindliche Abteilungen auf dem Marsche nach Nonfard.

Von der übrigen Front ist kein wichtiges Ereignis zu melden.

Belgischer Bericht.

Auf den verschiedenen Punkten der belgischen Front lokale Tätigkeit der Artillerie. Das gegenseitige Bombardement breitete sich hauptsächlich in der Gegend von Dirmude aus.

Russische Truppen in Frankreich.

N. Marseille, 20. April. (Meldung der Agence Havas.) Heute früh sind hier russische Truppen angekommen.

N. Marseille, 21. April. (Meldung der Agence Havas.) Die hier angekommenen russischen Truppen sind Elite-Soldaten. Sie begaben sich in das Lager von Mirabeau bei Marseille, und werden morgen nach dem Lager von Mally aufbrechen. General Coquet und General Lachwitsky wechselten herzliche Ansprachen.

N. Paris, 20. April. (Meldung des Neuterischen Bureaus.) In einem Tagesbefehl bewillkommt Generalissimus Joffre die Russen, die an der Seite Frankreichs kämpfen wollen, und begrüßt die russischen Fahnen, auf denen bald die glorreichen Namen gemeinsamer Siege stehen würden.

N. Rotterdam, 21. April. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet aus Paris vom 20. d. M.: Die Ankunft der russischen Truppen wurde mit großer Genugtuung aufgenommen. Man erblickt darin den sichtbaren Beweis für die wirkliche Zusammenarbeit der Verbündeten.

Eine klägliche Komödie.

N. Berlin, 22. April. Die Blätter begleiten die Meldungen über die Ankunft russischer Truppen in Marseille mit der Bemerkung, daß es sich hierbei um eine klägliche Komödie zu handeln scheint. Eine ernsthafte Unterstützung hätte man sicherlich geheim gehalten, aber zu einer ernsthaften Unterstützung Frank-

reichs seien die Russen gar nicht fähig. Daß man in Paris auch die Scheinunterstützung mit solcher Begeisterung begrüße, beweise nur, wie schlecht die Dinge stehen.

Die Zerstörung des Salesianerklosters in Triest.

Die Umstände, die bei dem letzten italienischen Fliegerangriff auf Triest zur Zerstörung des Salesianerklosters geführt haben, sind so eigentümliche, daß man sich des Eindruckes nicht erwehren kann, es handle sich nicht um Zufallstreffer, sondern um ein gewolltes Attentat gegen eine Schulanstalt, die der Irredenta wegen ihres öst. reichischen Wirkens in der italienischen Bevölkerung immer ein Dorn im Auge war.

Die von den Fliegerbomben zerstörte Salesianeranstalt in Triest war eine Schöpfung des Bischofs Nagl, der auch als Kardinal und Erzbischof in Wien ihr Freund und Gönner blieb. In wenigen Jahren brachten es die Salesianer so weit, daß die Anstalt täglich von 300 bis 600 armen Knaben und Jünglingen besucht wurde und an Sonn- und Feiertagen eine Schar von 1200 bis 1400 Kindern aufwies. Nebst einer schönen gotischen Mariakirche, in der 100 Knaben während des Fliegerangriffes am Gründonnerstag der Fußwaschung bewohnten, besaß die Anstalt zahlreiche zweckmäßige Einrichtungen und Räumlichkeiten, Musik- und Gesangsschulen, die Geselligkeitslokale und Billardzimmer für Jünglinge und zwei prächtige Theatersäle. Die ausgezeichnete Musikkapelle wurde wiederholt von Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und von der Erzherzogin Maria Josefa nach Miramar geladen und trat auch gelegentlich des Eucharistischen Kongresses in Wien auf. Die großartigen Erfolge und der Geist der Anstalt, verschafften ihr ein derartiges Ansehen, daß sie in Triest als das populärste Institut galt und zu Konzerten, Theateraufführungen und allerlei Festlichkeiten in ihren Mauern die angesehensten Bürger, die Spitzen der Behörden und den ganzen Adel versammelte. Besondere Gönner waren außer Erzherzogin Maria Josefa und Herzogin von Hohenberg, Bischof Karlin und der Statthalter und jetzige Minister des Innern Prinz Hohenlohe.

Politische Gründe haben nun diese blühende Anstalt zum Zielobjekt italienischer Bomben gemacht. Auf religiöser und patriotischer Grundlage aufgebaut, wirkte sie stets im österreichischen Geiste und wurde deshalb systematisch von freimaurerischen Elementen direkt und durch Gründung von irredentistischen „Ricreatorii“ bekämpft. Mit Hilfe aller kaisertreuen Faktoren bewahrte sie dennoch allezeit die Bedeutung des ersten Jugendhortes in Triest und konnte auch trotz Kriegsausbruch ihre segensreiche Tätigkeit fortsetzen. In letzterer Zeit schuf dort der Salesianerpater Max Majer eine stramme Jugendwehr, die weit über 200 Burschen zählt und vielleicht als das gelungendste Unternehmen dieser Art im Küstenlande anzusehen ist. Dieser edlen und mit stillen Opfern verbundenen Wirksamkeit, sollte nun unter Gefährdung des Lebens von Hunderten von Kindern schonungslos ein Ende gemacht werden. Hoffentlich werden die Salesianer, denen die Italiener merkwürdigerweise auch die Görzer Anstalt gänzlich zerstossen haben, Mittel finden, trotz der Zerstörung des schönen Hauses ihr Werk zum Heile der Jugend und zum Wohle des Vaterlandes weiterzuführen.

Ein amerikanische Note an Oesterreich-Ungarn.

Wegen der Torpedierung des „Imperator“.

Wie wir erfahren, ist im Ministerium des Aeußern eine amerikanische Note eingetroffen, die sich mit der seinerzeitigen Torpedierung des Dampfers „Imperator“ im Mittelmeer befaßt.

Die Note beschränkt sich darauf, eine Anfrage an die k. u. k. Regierung über die näheren Umstände bei dieser Torpedierung zu richten.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 21. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

19. April. Im Adamelloabschnitt verjagten unsere Alpini die letzten feindlichen Abteilungen, die sich auf den Gipfeln herumtrieben, besetzten am 17. d. in einer Höhe von 3402 Meter den Passo di Monte Pumo und besetzten die Stellung. Im Vedroabschnitt schreitet mit der Zerstörung der aufeinanderfolgenden feindlichen Verteidigungslinien auch unser schrittweises Vorgehen gegen den Gipfel des Monte Sperone fort. Artillerietätigkeit im Abschnitt zwischen Etich und Brenta. Im Suganatal brachen sich in der Nacht auf den 18. d. Angriffe des Feindes gegen unsere Stellungen westlich des Larganzabaches an dem festen Widerstand der Unsrigen. In derselben Nacht wurden am Col di Lana durch eine glänzend gelungene Minensprengung die feindlichen Stellungen zerstört, worauf die Unsrigen angriffen und den äußersten Westrand des Berges, der sich noch im Besitz des Feindes befand, eroberten. Die feindliche Abteilung, welche die Gräben besetzt hielt, wurde teils unter den Sprengtrümmern begraben, teils getötet. Die Ueberlebenden, 104 Kaiserjäger, darunter 9 Offiziere, sowie reiche Beute an Waffen, Munition und Kriegsmaterial fielen in unsere Hände. Am 19. d. wurde eine feindliche Kolonne, die gegen den Sief vorging, durch unsere Artillerie zurückgeschlagen und zersprengt. An der übrigen Front keine bemerkenswerten Ereignisse.

Frankreich.

20. April, 3 Uhr nachmittags. In den Argonnen Minenkampf bei Haute-Chevancee, der zu unsern Gunsten ausfiel. Wir ließen eine Quetschmine springen, die unterirdische Arbeiten des Feindes zerstörte.

Am linken Maasufer während der Nacht andauernde Beschießung unserer zweiten Linie.

Am rechten Maasufer führten unsere Truppen gestern gegen Abend einen lebhaften Angriff gegen die deutschen Stellungen nordwestlich vom Teiche von Baur durch; es gelang ihnen, Grabenstücke des Feindes zu besetzen und ein besetztes Schanzwerk zu erobern. Bei dieser Unternehmung, die dem Feinde ernste Verluste verursachte, nahmen wir 10 Offiziere, 16 Unteroffiziere und 214 Mann gefangen, außerdem erbeuteten wir mehrere Maschinengewehre und eine gewisse Menge Kriegsbedarf.

In der Woivre zerstörendes Feuer unserer Artillerie auf die Verbindungswege des Feindes.

Von der übrigen Front kein wichtiges Ereignis zu melden.

11 Uhr nachts. In den Argonnen beschloß unsere Artillerie die Verbindungswege hinter der Front des Feindes und das Gehölz von Malancourt.

Westlich der Maas starke Artillerietätigkeit in den Abschnitten Höhe 304 und Avocourt. Durch einen Angriff in der Gegend des Toten Mannes konnten wir den Feind aus einigen Grabenstücken verjagen, welche er am 10. d. besetzt hatte.

Oestlich der Maas heftiges Geschützfeuer in der Gegend von Douaumont und Baur. Einige Artilleriefalben in der Woivre-Ebene.

An der übrigen Front verlief der Tag verhältnismäßig ruhig.

Belgischer Bericht.

Der Tag erhielt sein Gepräge durch gegenseitige Beschießung an verschiedenen Punkten, besonders im Abschnitt Dignide

Die Einnahme von Trapezunt.

Berlin, 21. April. (Tel. des „Fremden-Blatt“.)
 Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Kopenhagen: Zu der Einnahme von Trapezunt führt „Politiken“ aus: Wenn auch die Einnahme dieser Stadt eine große Bedeutung für den Lokalkrieg Kleinasien hat, so ist es doch übertrieben, wenn von der „Wirschewija Wjedamosti“ behauptet werde, daß die Niederlage des Verbündeten Deutschlands gleichbedeutend sei mit einer Niederlage Deutschlands selbst. Die Stärke der Zentralmächte ist in Deutschland, und so lange dieses nicht gebrochen sei, könnte eine Entscheidung nicht herbeigeführt werden. Nur an zwei Stellen kann Deutschland besetzt werden, nämlich in Nordfrankreich und in den Ostseeprovinzen. Natürlich würde eine Besetzung der Türkei auch eine Schwächung bedeuten, doch liegen zwischen dem Bosphorus und Trapezunt 900 Kilometer. Die Schwierigkeiten wachsen für die vordringenden Russen in dem an Eisenbahnen armen Lande, indes die Chancen der Türken sich bessern, je mehr sie gegen Westen gedrängt werden. Rußland könne aber zu einem derartigen Feldzuge nicht genug Mannschaften und Material stellen, wenn es seine militärische Aufgabe in Europa erfüllen soll.

Budapest, 21. April. (Tel. des „Fremden-Blatt“.)
 „Az Est“ meldet aus Genf: Der Lyoner „Depeche“ wird aus Petersburg gemeldet: Der Angriff gegen Trapezunt wurde von zwei russischen Kräftegruppen vollführt. Die eine Gruppe griff die Stadt an dem befestigten östlichen Teil an, die andere, welche unmittelbar in der Nähe der Stadt von russischen Schiffen gelandet worden war, vom Westen her. Sie wurde von der russischen Flotte unterstützt. Die türkische Garnison, die auf 50.000 Mann geschätzt wird, zog nach zwei Richtungen hin ab.

Nowosielica und Bojan geräumt?

Russische Verteidigungsmaßnahmen an der rumänischen Grenze.

Budapest, 21. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
„As Est“ meldet aus Bukarest: Nach der „Minerva“ erzählen russische Deserteure, daß die Russen schon Nowosielica und Bojan räumten und die Bevölkerung ins Innere des Landes verschickten.

„Steagul“ meldet aus authentischer Quelle, daß die Russen in Bessarabien an der rumänischen Grenze Schützengräben bauen. Die Linie zieht sich den Pruth entlang von Marmornika bis nach Keni.

Die Einigung im englischen Kabinett über die Rekrutierungsfrage.

Unterbereitung der Frage in geheimer Parlaments Sitzung.

London, 20. April.

Die Beendigung der Ministerkrise wird auf allen Seiten mit dem Gefühl der Erleichterung aufgenommen. Der Entschluß, die gesamte Rekrutierungsfrage den beiden Häusern des Parlaments in geheimen Sitzungen zu unterbreiten, war von der Arbeiterpartei befürwortet worden, steht aber in der englischen Verfassungsgeschichte ohne Beispiel da, so daß das Publikum mit seinem Urteil noch zurückhält.

Die Press-Association verbreitet eine Neußerung, worin es heißt, daß Lloyd-George, dessen energisches Eintreten für die allgemeine Wehrpflicht die Krisis hauptsächlich verursacht habe, mit dem Ergebnis des Kabinettsrates ganz zufrieden sei.

Ein weiterer Kabinettsrat wird nicht stattfinden. Die meisten Minister wollen London sofort verlassen und ihren Osterurlaub antreten. Man erwartet, daß nach der Sitzung am nächsten Dienstag sogleich eine weitere kurze Vertagung des Parlaments eintreten werde.

London, 20. April.

Das Reutersche Bureau veröffentlicht folgende Mitteilung des Pressbureaus:

Der Grund für die geheime Parlaments-sitzung ist, das Parlament vertraulich über die wichtigsten Tatsachenziffern zu unterrichten, auf Grund deren das Kabinett seine Entschlüsse gefaßt hat, deren Veröffentlichung aber unerwünscht ist.

Allgemeine Wehrpflicht nach nicht zufriedenstellender sechswöchiger Anwerbung.

London, 21. April.

Das Reutersche Bureau meldet:

Als die Minister sich gestern aus der Kabinetts-sitzung entfernten, zeigte schon ihr Aussehen, daß die Krisis beendet sei. Einige sahen geradezu strahlend aus.

In der Presse kommt einstimmig die Genugtuung zum Ausdruck, daß die Krisis überwunden sei, ohne daß ein einziger Minister zurückgetreten wäre.

„Daily Telegraph“ meint, die Krisis sei einigermaßen übertrieben worden; die Meinungsverschiedenheiten waren nicht so groß. Der Kompromißvorschlag, den das Kabinett annahm, stammt vom Minister Henderson, der aus der Arbeiterpartei hervorging.

Den Zeitungen zufolge fordert Lloyd-George die sofortige Einführung der Wehrpflicht für alle Verheirateten, falls die Freiwilligenrekrutierung nicht eine bestimmte Ziffer per Woche erreiche. Das Kabinett nahm den Vorschlag Hendersons an, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, wennes nach einer neuen, sechswöchigen Propaganda für die Freiwilligenrekrutierung notwendig erscheinen sollte. Henderson versprach, seinen Einfluß bei den Arbeiterorganisationen anzuwenden, um ihre Zustimmung zu der bedingungsweisen Wehrpflicht zu sichern. Die Haltung der Arbeiterschaft war die Hauptschwierigkeit in der ganzen Frage.

„Daily News“ betonen, daß die Arbeiterpartei ihren Zweck erreichte, da Premierminister Asquith in der geheimen Sitzung die Zahl, auf die es ankommt, bekanntgeben wird. Mehrere Arbeiterführer sprachen in Interviews ihre Zufriedenheit aus. Man glaubt, daß die Rede Asquiths am Dienstag den Widerstand der Extremen auf beiden Seiten entwanzen wird. „Daily News“ erklären, die hysterische Pressagitation sei die Ursache der Krisis gewesen. Man müsse strenge Maßregeln ergreifen, um solchen Intrigen und Kabalen ein Ende zu machen.

„Daily Mail“ schreibt: Lloyd-George errang einen Sieg. Die unionistischen Minister mußten ihn weiter unterstützen, wo immer Energie nötig sei, damit der Krieg gewonnen werde und damit man nicht mehr den Unsinn von Verschwörungen und Intrigen höre.

Erwartung einer Rekonstruktion des Kabinetts.

Rotterdam, 21. April.

Zu den Meldungen des Reuterschen Bureaus über die englische Kabinettskrise erfährt der „Nieuwe Rotterdamse Courant“, trotz des Ernstes der Situation sei die Annahme verfrüht, daß der Zerfall der Koalition unvermeidlich sei.

„Manchester Guardian“ erwartet den Austritt der wehrpflichtfreundlichen Minister und eine Rekonstruktion des Kabinetts, gestützt auf die liberale und die Arbeiterpartei.

Jämmerliche Wirkung des Angriffs.

S. Sofia, 21. April. Die Agence Telegraphique Bulgare meldet: Das Erscheinen des feindlichen Flugzeuges über Sofia hat unter den Bewohnern der Stadt große Neugierde erweckt. Die Bevölkerung der Vorstädte drängt sich zu dem Orte, wo die zwei feindlichen Bomben niedergefallen sind, ohne irgend eine Befürchtung für die gewohnte Sicherheit zu empfinden und freut sich im Gegenteil, daß ein so gefährliches Unternehmen eine so jämmerliche Wirkung gehabt hat. Der vom Feinde verfolgte Zweck und insbesondere die mit dem über die Stadt abgeworfenen türkischen Proklamationen verfolgte Absicht ist also vollkommen gescheitert. Dies beweist wieder einmal, daß sich das bulgarische Volk in keiner Weise einschüchtern oder von dem Wege ablenken läßt, den es sich für die Verwirklichung seiner nationalen Geschichte vorgezeichnet hat.

Die herabgeworfene Proklamation.

S. Sofia, 21. April. Die Agence Telegraphique Bulgare meldet: Die von dem feindlichen Flugzeug abgeworfene Proklamation lautet:

„Bulgaren! Erzerum, die größte Festung Kleinasien, ist genommen. Mehrere Zehntausende Gefangene (!), mehr als 500 Geschütze (!) und eine beträchtliche Menge Kriegsmunition sind in den Händen der tapferen russischen Soldaten geblieben, den Nachkommen derjenigen, die am Schipila und bei Plewna gefallen sind, um Euch zu befreien und das heutige Bulgaren zu schaffen. Die russische Armee verfolgt die Trümmer der geschlagenen türkischen Armee und rückt siegreich vor.“

? Wollt Ihr Verbündete Eurer Erbfeinde, der Türken, bleiben? Wollt Ihr im Bündnis bleiben mit Deutschen und Oesterreichern, deren Zweck ist, mit Euren Waffen und Euren Blute die Balkanhalbinsel zu erobern und ihren Händlern und Spekulanten den Weg nach dem Orient zu öffnen? Nein, Bulgaren! Das werdet Ihr nicht wollen! Trennt Euch von Euren falschen und barbarischen Verbündeten! Das ist Eure Pflicht als Bulgaren, als Slaven und als Menschen!“

Papst Benedikt XV. und der Weltkrieg.

Nach Mitteilungen eines hohen kirchlichen Würdenträgers.

Das Herz des Papstes ist von tiefstem Schmerze darüber erfüllt, daß die Menschheit noch immer von dem Unglücke des Weltkrieges heimgesucht wird, und seit dem Anfange des großen europäischen Kampfes ist das Oberhaupt der katholischen Kirche unermüdet und mit Aufgebot aller seiner Kräfte bemüht, die Leiden des Krieges, soweit es ihm möglich ist, zu mildern. Er hat seine ganz besondere Fürsorge der Frage des Loses der Gefangenen zugewendet, und es ist wohl noch erinnerlich, daß es Papst Benedikt gewesen ist, welcher die Anregung zum Austausch der schwerverwundeten Gefangenen gegeben hat. Der Heilige Vater errichtete auch im Vatikan eine Zentralstelle für die Unterstützung von Gefangenen, die, soweit es erlaubt ist, Auskunft über das Schicksal der Kriegsgefangenen in allen kriegführenden Staaten einholt, und die auch Geldspenden für die Gefangenen entgegennimmt und diese Spenden weitergibt. Eine ganz besondere Fürsorge kann der Papst jenen Kriegsgefangenen zuwenden, die sich auf italienischem Boden befinden, das sind also österreichisch-ungarische Soldaten, die in italienische Gefangenschaft geraten sind. Ein hoher kirchlicher Würdenträger besuchte die österreichisch-ungarischen Gefangenen in Sardinien, ein anderer, der Erzbischof von Florenz, das Gefangenenlager, welches sich in der Nähe dieser Stadt befindet. Der Papst hat erst in den letzten Tagen dem Wiener Pronuntius, Kardinal Grafen Scapinelli, ein italienisches Gebetbuch übersandt, mit dem Auftrage, dieses Buch in die Sprachen aller Völker der Monarchie übersetzen zu lassen, damit die österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in Italien jeder in seiner Muttersprache die Gebete verrichten können. Ebenso ist es dem Papste jetzt gelungen, einige italienische Geistliche ausfindig zu machen, welche die ungarische Sprache beherrschen, so daß diese die Seelsorge für die ungarischen Gefangenen übernehmen können. Auch hat Benedikt XV. sehr viel getan, um den österreichisch-ungarischen Gefangenen, die aus Serbien über Albanien nach Italien gebracht wurden und die sich in einem geradezu bejammernswerten Zustande befanden, materielle Hilfe zu bringen. Er hat nach Oesterreich den Kardinal Hüysman zum Besuche der Gefangenenlager geschickt und auch Kardinal Graf Scapinelli besichtigte das Gefangenenlager in Mauthausen. Beide kirchlichen Würdenträger berichteten dem Papste Benedikt, daß die Behandlung der italienischen Gefangenen in der Monarchie durchaus human und vollständig einwandfrei sei.

Es ist selbstverständlich, daß Papst Benedikt sich aufs lebhafteste mit dem Gedanken beschäftigt, welche Wege aus dem Weltkriege zum Frieden führen könnten. Dies ist jedoch nicht so aufzufassen, als ob der Heilige Vater selbst eine Friedensbasis ausfindig gemacht hätte und als ob er daran dächte, mit einem eigenen Vermittlungsvorschlag an die kriegführenden Mächte heranzutreten. Er hält es vielmehr für seine Aufgabe, die Forderungen der beiden kriegführenden Gruppen genau kennen zu lernen und dann an einer Annäherung der beiden Standpunkte zu arbeiten. In vatikanischen Kreisen ist man vielfach der Meinung, daß die letzten Reden des deutschen Reichskanzlers und des englischen Ministerpräsidenten in erster Beziehung, nämlich im Kennenlernen der Forderungen wenigstens zweier großer feindlicher Mächte, nämlich Deutschlands und Englands, einen Schritt nach vorwärts bedeuten und daß es vielleicht nicht ganz ausgeschlossen sei, eine Verkleinerung der allerdings noch sehr großen Differenzen in den beiderseitigen Standpunkten herbeizuführen. Bei dem lebhaften Wunsche des Papstes, sich über die Möglichkeit, einen Weg zum Frieden zu bahnen, genau zu informieren, ist es selbstverständlich, daß Benedikt XV. die Gelegenheit des Besuches, den der englische Ministerpräsident dem Oberhaupt der katholischen Kirche abstattete, wahrgenommen hat, um mit Herrn Asquith über die Friedensfrage zu sprechen. Wenn auch der Papst Herrn Asquith gegenüber seine lebhafteste Sehnsucht bekundete, daß der Krieg ein baldiges Ende finden möge, so trug doch die Unterredung vornehmlich einen informativen Charakter, und die Behauptung Schweizer Blätter, der englische Ministerpräsident habe die Dauer des Krieges auf weitere fünf Jahre dem Papste gegenüber veranschlagt, beruht augenscheinlich auf Erfindung.

Alles in allem stellt der Papst die ungewöhnlichen Gaben seines Geistes und seines Herzens in den Dienst der Idee, die Leiden des Krieges möglichst zu lindern und die Dauer des blutigen Kampfes, der Europa zerfleischt, zu verkürzen.

Unterredung mit Erzherzog Friedrich.

Berlin, 22. April.

Der Vertreter des Berliner „Lokalanzeiger“ Otto König wurde vom Feldmarschall Erzherzog Friedrich empfangen. Der Erzherzog sprach zunächst über die Kämpfe am Isonzo und das, was unsere braven Truppen dort geleistet haben. „Dafür gibt es nicht genug Anerkennung,“ sagte der Herr Erzherzog. „Diese unerschütterliche Ruhe gegen die Angriffe eines an Zahl so übermächtigen Feindes, diese aufopfernde Hingebung und Opferwilligkeit! Es ist mir eine besondere Freude gewesen, wenn ich die Isonzoarmee besuchen konnte. Ich hatte auch Gelegenheit, zu erleben, mit welcher Freude die Soldaten stets dem Besuche ihres Feldmarschalls entgegenzogen.“

Ja, man kann aber nicht immer, wie man gerne möchte, zumal, wenn so viele Armeen und Fronten zu besuchen sind. Ich bin ja vor ein paar Tagen erst von meiner Reise an die Front in Polen zurückgekommen — mit den schönsten Eindrücken. Je weiter nach vorne man kommt, desto zuberichtlicher, gehobener ist die Stimmung unserer Leute, und das okkupierte Hinterland fügt sich mit großer Zufriedenheit in unsere Verwaltung.“

Auf eine Bemerkung über die heroischen Kämpfe in Montenegro sagte Erzherzog Friedrich: „Heroisch, das war der Winterfeldzug in dieser Bergwüste allerdings. Die Bobcen-Erstürmung ist eine Tat, auf die unsere Armee sehr stolz sein kann, denn hier ist wieder einmal etwas möglich gemacht worden, was man in der ganzen Welt für unmöglich gehalten hat. Die unerbittliche Präzision, mit der die Operationen dieses fürchterlichen Gebirgsfeldzuges zu Ende geführt wurden, hat ja auch, soviel ich gehört habe, bei Ihnen im Reiche die verbiente Anerkennung gefunden. Ich habe mich auch über die warmen Worte gefreut, die der Reichskanzler in seiner jüngsten großen Rede unseren braven Soldaten gewidmet hat.“

Nach kurzer Pause fuhr der Feldmarschall fort: „Die ausgezeichnete Rede Ihres Reichskanzlers wird zweifellos die Zuversicht steigern, mit der wir alle dem Ende dieses Krieges entgegensehen.“

Das Gespräch drehte sich dann um die Kämpfe bei Verdun, deren siegreichem Ausgang dank dem unaufhaltbaren Vordringen der deutschen Regimenter der Feldmarschall mit absoluter Zuversicht entgegen sieht.

Guter und schlechter Friede.

Von Graf Julius Andrássy.

Budapest, 21. April.

Die Monarchie und ihre Großmachtsstellung, ihre innere Konsistenz kann durch einen schlechten Frieden geradezu zertrümmert werden wie durch eine Niederlage, und einen guten Frieden zu schließen ist fast ebenso schwierig, wie den Sieg zu erringen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Vorbereitung und der seinerzeitige Abschluß des Friedens eine Aufgabe der Regierung ist. Diese Aufgabe ist aber so wichtig und so schwierig, daß sie einseitig, ohne Mitwirkung der Nation und ohne Kenntnis ihrer Stimmung nicht zu lösen ist. Wenn ausschließlich die amtlichen Kreise auf die Feststellung der Friedensziele Einfluß üben werden und wenn der notwendige Kontakt zwischen der öffentlichen Meinung und der Regierung fehlen wird, so erwarte ich

keinen guten Erfolg und es kann zu unangenehmen Ueber- raschungen kommen. Wenn in den entscheidenden Minuten als gefährlich erachtete Bedingungen trotz aller Zensur durch- sichten würden, so könnte das in weiten Kreisen eine Ver- stimmung erwecken, die auch auf die weiteren Kämpfe von schädlichem Einfluß sein könnte.

Heute übt in allen in den Krieg verwickelten Staaten die Regierung eine außerordentliche Gewalt aus und sie kann jede Kritik unterdrücken. Wenn aber die Regierung diese Ausnahmsgewalt, die sie zum Teil in Folge der patriotischen Einsicht der anderen Elemente des politischen Lebens genießt, dazu benutzen würde, um in Fragen, welche für die ganze Zukunft der Nation entscheidend sind, einseitig unter- lediglich bürokratischer Vorbereitung, ohne Rücksicht auf die Stimmung der Nation vollzogene Tatsachen zu schaffen, so wäre dies ein Mißbrauch, für welchen sie später bitterlich büßen könnte.

Diese Ueberzeugung leitet mich, wenn ich mit Aus- schließung aller Einzelheiten die Aufmerksamkeit des Publikums schon heute auf einige grundlegende, prinzipiell bedeutsame Fragen des Friedensschlusses zu lenken wünsche.

Unser Kampf hat nicht das Ziel, Eroberungen zu machen. Absolut genommen, ist nur jene Ausbreitung wünschenswert, welche Völker mit verwandten Gefühlen an einen bestehenden Staat knüpft und solche neue Staats- bürger erwirbt, die nicht unerbittliche Feinde sind, die sich wenigstens mit einer klugen Politik gewinnen lassen. Wenn sich die Möglichkeit einer derartigen Ausbreitung darbietet, welche eher eine Befreiung als eine Eroberung ist, dann muß man sie mit konsequenter Energie wollen, selbst dann, wenn in den Einzelheiten Schwierigkeiten zu überwinden wären, denn es würden sich uns dadurch neue Kraftquellen erschließen und die Versäumnung einer solchen Gelegenheit mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit des Feindes wäre das Symptom einer moralischen Niederlage und ein Zeichen der Feigheit. Die Loslösung eines Teiles irgendeiner feindlichen Nation aus jenem Ganzen, dem sie organisch angehört hat, und ihre Unterordnung unter die siegreiche Nation besitzt jedoch eine ganz andere Bedeutung. In der Vergangenheit, als das geistige Leben nicht so intensiv und das nationale Leben nicht so stark entwickelt war wie heute, als die vom Mutterland ausgehenden suggestiven Einflüsse an den Zollschranken aufgehalten werden konnten, als der Re- gierungsabsolutismus die natürliche Regierungsform war und die Teilnahme der Völker an der Gesetzgebung nicht als allgemeine Norm galt, konnten auch solche Eroberungen oft nützlich sein. Heute sind sie meist schädlich. Sie fordern den Haß und die Rachsucht der verstümmelten Nation heraus und stabilisieren sie. Daneben schaffen sie innere Feinde, welche die Zuverlässigkeit des Heeres schwächen und Kriegsgeheimnisse verraten können und welche den Frieden der inneren Entwicklung dauernd zu stören vermögen. Und es ist auch nicht gering zu schätzen, daß eine solche Eroberung dem Eroberer auch vor jener mit immer größerem Gewicht und immer lauter auftretenden öffentlichen Meinung schadet, welche sich aus der Auffassung der unmittelbar nicht interessierten Nationen herausbildet, jener Nationen, die, solange es sich nicht um sie selbst und ihre eigenen Interessen handelt, heute höheren ethischen Forderungen huldigen als in früheren Zeiten und die denjenigen, der das Nationalitätenprinzip und den Wunsch der Nationen nach Selbständigkeit mit Füßen tritt, immer schärfer ver- urteilen. Die Erweiterung der Steuerbasis und die Ver-

mehrung der Zahl der Rekruten, der volkswirtschaftliche Gewinn allein, ist nicht imstande, all diese Nachteile aufzu- wiegen. Deshalb kann man sich aber keineswegs jeder Er- oberung verschließen, welche ein fremdes Element in das Leben des Staates einführt und den ausländischen Sitten- richtern nicht gefällt. Große, gebieterische, militärische Interessen können es erfordern, daß der Sieger trotz aller anderen Nachteile gewisse strategische Positionen behalte. Die Geographie ist die vornehmste Norm der Staats- gestaltungen und besitzt ein größeres Gewicht als die Rück- sichten auf die Nationalität. Erscheint die Verteidigung irgendeines notwendigen und bestehenden Besitzes nur durch die Besetzung von fremden, mit feindseligem Geist er-

füllten Gebieten möglich, dann ist auch eine Eroberung not- wendig. So ist zum Beispiel der Besitz von Preussisch-Polen, das zwischen zwei Provinzen der Hohenzollern liegt, eine Existenzbedingung der preussischen Macht. So bedurften wir Bosniens und der Herzegowina zur Rückenbedeckung Dal- matiens. Deshalb trachtete jede französische Regierung, soweit sie es vermochte, nach der Rheingrenze.

Bei der Eroberung von Gebieten, die von einer feind- lichen Nation bewohnt sind, spricht jedoch die Präsumption gegen die Eroberung, zu welcher nur in dem Falle geraten werden kann, wenn es bewiesen ist, daß militärische Inter- essen von wirklich großer Wichtigkeit sie erheischen.

Unter keinen Umständen kann ich mir das jetzt oft gehörte Argument zu eigen machen, daß, wenn wir den Krieg auch keinesfalls gewinnen durften, nur um Eroberungen zu machen, der Sieg doch Eroberungen erfordert, und daß wir vergebens gesiegt haben würden, wenn wir nach- her unser Land nicht vergrößern. Wir haben gekämpft, um zu leben, um einen gegen unseren Bestand vorbereiteten Anschlag abzuwehren, und wenn wir dieses Ziel erreichen, so war es wert, den Krieg zu führen, denn dieser war not- wendig und unvermeidlich. Wir dürfen also ohne Rücksicht auf die gebrachten Opfer nur solche Eroberungen anstreben, von welchen wir nach ruhiger, objektiver Erwägung wissen, daß sie uns trotz aller Nachteile kräftigen. Die gebrachten Opfer, das vergossene Blut verpflichten uns nicht, der Auf- wallung der Eitelkeit und dem Rachegefühl Genüge zu leisten. Sie verpflichten uns nur, die wirklichen Interessen zu wahren, unsere wirkliche und ständige Kraft zu steigern.

Oft kann man hören, daß, wenn auch Eroberungen, die durch die Vivisektion an einer größeren feindlichen Nation erfolgen, gefährlich sind, weil sie zur Rebanche heraus- fordern, es doch einer ganz anderen Beurteilung unterliegt, wenn wir uns ein feindliches Volk, von dem ein Teil innerhalb der Grenzen des Landes lebt, in seiner Gänze unterwerfen. Davon erwarten viele, daß der Irredentismus erlöschen und die in ihrer Gänze unterworfenen Nation die Verwirklichung ihrer Ideale im Rahmen jenes Staates an- streben wird, zu dessen Bestandteil sie geworden ist und dessen Zertrümmerung sie früher naturgemäß heraus- beschwören wollten. Theoretisch ist diese Hypothese denkbar, sie wird aber nur selten zur Verwirklichung gelangen. Am ehesten ist dies denkbar, wenn der eroberte Teil auch früher kein unabhängiges nationales Leben führte, sondern einer anderen Nation untergeordnet war. Sonst wird die Folge einer solchen Eroberung höchstens sein, daß der Irredentismus eine andere Form annimmt. Jene Form des Irredentismus, bei welcher ein Teil der Bevölkerung nach dem Nachbarstaate gravitiert, wird aufhören, an ihre Stelle wird jedoch jene Form des Irredentismus treten, bei welcher das unter einer Fremd- herrschaft vereinigte Volk das Joch wird von sich abschütteln und seine Unabhängigkeit erlangen wollen. Die unter einem Gut vereinigte Nation wird sich in ihrer Gänze vom Er- obererstaate lösen wollen. Das Schlagwort von der Ver- einigung wird durch das Schlagwort von der Befreiung er- setzt werden, welches auch früher schon einen ergänzenden Bestandteil der nationalen Aktion bildete. Ein derartiger Irredentismus bildete die Schwäche des türkischen Reiches, als sich die Griechen, die Serben, die Bulgaren lösen wollten, obgleich kein selbständiges griechisches, serbisches oder bulgarisches Königreich Anziehungskraft auf sie übte. Ein solcher Irredentismus befreite die Niederlande von der Herrschaft Spaniens und riß später die Niederlande selbst in zwei Teile. Je größer das nationale Selbstgefühl der beiden unabhängigen Teile und die Superiorität seiner politischen Schulung und seines politischen Gesichtskreises über die nur ein provinzielles Leben führenden Elemente war, in je größerem Gegensatz seine früheren Ideale zu den Idealen des Erobererstaates standen, je inniger und je älter seine Verbindung mit den Feinden des Erobererstaates war, je größer der gegenseitige Haß gewesen ist, um so gewisser ist es, daß nach der Verwirklichung der Vereinigung der alte Geist zu einem Aufschwung der Unabhängigkeits- bestrebungen führen wird. Was soll die alten Ideale in den

Für die neue Presse für die.

Hintergrund drängen? Vielleicht die bessere Verwaltung und die Befreiung der materiellen Interessen? Wird die in ihrer freien Entwicklung gehinderte Nation vielleicht wegen der väterlichen Fürsorge und wegen der befeeligen Wirkung einer Musteradministration vergessen, daß sie vor kurzem noch eine weltgeschichtliche Rolle spielte, daß sie keiner anderen Nation untergeordnet war, daß sie eine eigene nationale Dynastie hatte, daß sie ihr inneres Leben ganz nach ihrem eigenen freien Willen einrichten konnte? Nein. Solche Berechnungen beruhen meist auf Illusionen, und zwar auf sehr teuren Illusionen, für welche Oesterreich in Italien bereits einen hohen Preis bezahlt hat. Oder werden vielleicht die Segnungen der Freiheit, Rechtsgleichheit und Demokratie imstande sein, die Selbständigkeit zu ersetzen? Auch an die Heilwirkung dieser Schlagworte kann ich nicht glauben. Die unterjochten Nationen pflegen die Mittel des materiellen Wohlstandes und der Freiheit gewöhnlich nur zu benutzen, um sich von denjenigen loszulösen, die ihnen diese Mittel in die Hand gegeben haben. Der Dank für diesen Wohlstand und diese Freiheit wird kein Hindernis dafür bilden. Denn eine Nation, deren staatlicher Bestand in verheerenden Kämpfen vernichtet wurde, ist für die Dankbarkeit nur wenig empfänglich. Oder wird vielleicht ein System der eisernen Hand, wird die militärische Verwaltung und der Zwang die Seelen umformen, die Ungetreuen in Treue verwandeln? Eine Zeitlang, kurze Zeit lang kann eine solche absolutistische Regierung wohl Resultate von zweifelhaftem Wert aufweisen. Lange Zeit jedoch kann man im zwanzigsten Jahrhundert eine Nation im Interesse anderer Nationen, mit Kraft und Gewalt, ohne sie, ja gegen sie nicht regieren. Besonders ist es unmöglich, von der Gewalt ein bleibendes Ergebnis zu erwarten, wenn die unterworfenen Nation früher an ein entwickeltes, verfassungsmäßiges Leben und an ein System der Freiheit gewohnt war, wenn sie draußen viele und mächtige Fürsprecher findet und wenn der Eroberer nicht ein unbedingt einheitlicher, über eine große assimilierende Kraft verfügender Nationalstaat ist.

Und endlich darf man nicht vergessen, daß die Umgliederung einer größeren Zahl von Fremden und feindseligen Elementen auch jene Grundsteine lockern kann, auf welchen die Kraft beruht, welche den Sieg errungen hat. Die unübertreffliche Stärke Deutschlands findet ihre Erklärung in der unbedingten und absoluten Suprematie und in jenem intensiven Nationalgefühl des Deutschtums, mit welchem das in der Weltgeschichte beispiellos dastehende Resultat erzielt werden konnte, daß früher feindliche Dynastien unter Führung eines früheren Rivalen wie ein Körper und eine Seele miteinander kämpften, für eine gemeinsame Idee lebend und sterbend, um jene nationale Einheit zu schaffen, welche notwendigerweise zu einer Einschränkung ihrer Majestätsrechte führen mußte. In schöner Form bringt diesen Gedanken in bezug auf Mitteleuropa der Münchner Professor Marchs zum Ausdruck, indem er schreibt: „Das Ergebnis von 1870 können wir niemals opfern. Dieses reindeutsche, festgeschlossene Reich muß der Kern unseres Lebens bleiben: deutsch, selbstbestimmt, rein in seiner nationalen Zusammensetzung. Es zu verlieren warnt uns die schwerste Vergangenheit.“ Die Unterwerfung fremder und feindseliger Elemente über ein gewisses Maß hinaus könnte diese felsenfeste Grundlage der Größe Deutschlands angreifen und ich weiß gewiß, daß die Deutschen nur mit der größten Behutsamkeit und nur bis zum Maße der unvermeidlichen Notwendigkeit einen Weg betreten werden, der dieses höchste Werkzeug ihrer Superiorität auch nur im geringsten Maße aufs Spiel setzen könnte.

Es ist eine Vorbedingung der Aktionsfähigkeit der Monarchie, und zwar Oesterreichs ebenso wie Ungarns, daß sie nicht aus Elementen zusammengesetzt sei, von welchen ein jedes notwendigerweise nur mit Schädigung des anderen zur Geltung kommen kann, was jede selbstbewußte und energische auswärtige Politik und jede konsequente Aktion ausschließen würde und jenes Lavierens und Fortwursteln, das die Verhältnisse auch schon in der Vergangenheit den Regierungen aufgezwungen haben, zur einzig möglichen Politik machen würde. Die Monarchie in ihrer Gänze und jeder ihrer

beiden Staaten für sich ist ein komplizierter Mechanismus. Die Kompliziertheit allein fürchte ich nicht, solange die lebenden Kräfte, welche den Mechanismus bewegen, sich überwiegend zu demselben Weltssystem bekennen, solange sie identische fundamentale Interessen und Tendenzen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik haben, ja, ich bin fest davon überzeugt, daß die Monarchie auch bei einem komplizierteren Organismus neue Kraft daraus schöpfen wird, wenn die Notwendigkeit dieser Kompliziertheit durch den Anschluß homogener Kräfte verursacht wird. Es wäre aber ein verhängnisvoller Fehler, wenn infolge des Sieges bei uns über das Maß der militärischen Notwendigkeit hinaus jene Elemente vermehrt würden, deren Existenzinteressen den Interessen jener Kräfte, welche erprobte Stützen der Dynastie und der Großmachtstellung der Monarchie sind, diametral zuwiderlaufen, und wenn nach dem Kriege diejenigen im Lande selbst einen schweren Kampf um ihr Dasein führen müßten, die heute auf blutigen Schlachtfeldern begeistert für den gemeinsamen und vereinten Sieg kämpfen und die sich mit der welthistorischen Mission der Dynastie und mit der Großmachtstellung der Monarchie als den Bürgschaften ihres eigenen Bestandes und ihrer eigenen Größe vollständig identifiziert haben.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 22. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

20. April. Im Abschnitt zwischen Etsch und Brenta beschränkte sich die beiderseitige Tätigkeit gestern auf Artillerieaktionen. Durch unser wirksames Geschützfeuer wurde die Zerstörung der österreichischen Forts Luserna und Belvedere fortgesetzt.

Am Col di Lana beträgt die bisher eingebrachte Beute eine Kanone, vier Maschinengewehre, einige hundert Gewehre und eine große Menge Munition und Lebensmittel.

Am Sfonzo verhinderten Regen und Nebel die Tätigkeit unserer Truppen, trotzdem gelang es unserer Artillerie, in der Ortschaft San Martino del Carso Brände zu verursachen und ein Munitionsdepot südöstlich der genannten Ortschaft zur Explosion zu bringen.

Ein feindlicher Flieger warf drei Bomben auf Bassano. Es wurde niemand verletzt und kein Schaden angerichtet.

Osterbetrachtungen.

Von Heinrich Grafen Lühov.
K. u. k. Botschafter a. D.

Wien, 22. April.

Wie lange wird der Krieg noch dauern? fragen sich vielbeschäftigte Männer im Bureau, im Amte oder in der Fabrik, fragen sich elegante Damen am Teetisch, fragt sich der einfache Landmann, dessen emsige und rastlose Tätigkeit es uns in erster Linie ermöglicht, dem Erichöpfungskriege Trost zu bieten. „Sie müssen das doch wissen“, hört man manchmal jemanden mit rührender Naivität ansprechen, von dem angenommen wird, daß, weil er einen entfernten Verwandten in irgendeinem Ministerium hat, er deswegen ein Rätsel zu lösen vermag, das derzeit noch für die Mächtigen dieser Erde in ein undurchdringliches Dunkel gehüllt ist. Unlängst hörte ich eine Aeußerung aus dem Munde eines Mannes, dessen Auffassung mir weniger durch die hohe Rangklasse, der er angehört, als durch seinen oftbewährten politischen Scharfblick beachtenswert erscheint. Er sagte: „Wozu sich ganz zwecklos über die wahrscheinliche Dauer des Krieges den Kopf zerbrechen? Wir müssen uns mit dem Bedanken vertraut machen, den Krieg mit allen den Opfern und Entbehrungen, die er auch den Nichtkombattanten auferlegt, als den Normalzustand anzusehen, und müssen unser Leben dementsprechend einrichten. Manches, das uns früher unentbehrlich schien, haben wir bereits verschmerzen gelernt; hierin müssen wir noch weiter fortfahren, und wenn dann einmal schließlich doch der Friede kommen sollte, werden wir ihn als eine freudige Ueberraschung empfinden.“ Das Wort klingt vielleicht hart, aber es enthält dennoch eine tiefe und beherzigenswerte Wahrheit.

Wenn auch, wie gesagt, sich die wahrscheinliche Dauer des Krieges derzeit jeder menschlichen Berechnung entzieht, so möchte ich doch andererseits wieder glauben, daß das landläufige Schlagwort: „England schließt keinen Frieden und führt nötigenfalls auch ohne Verbündete den Krieg weiter“ sehr cum grano salis zu nehmen ist. Gewiß würden manche Aeußerungen englischer Staatsmänner auf die Berechtigung der vorbezogenen Auffassung schließen lassen, aber doch wohl nur zum Scheine, denn es hieße die politische Urteilskraft der leitenden Männer an der Themse unterschätzen, wollte man ihnen ernstlich die Absicht zumuten, den Krieg, wenn einmal dessen Ausichtslosigkeit erkannt ist, ad infinitum fortzusetzen. Was immer die Fehler der englischen Politik sein mögen, eine kurzfristige ist sie niemals gewesen, und die Aufrechterhaltung des dormaligen Allianzverhältnisses auch nach dem Kriege ist für England ein Interesse allerersten Ranges — man könnte fast sagen eine Lebensbedingung. Gelingt es somit den deutschen Armeen, Frankreich endgültig niederzuringen, so wird England meiner Ueberzeugung nach vorziehen, einen annehmbaren Frieden zu schließen — lieber als daß es den wehrlos gemachten Alliierten der Gnade des Siegers überantwortet und dadurch auf Dezennien hinaus die Sympathien desselben verliert.

Im übrigen kann die letzte Erklärung Mr. Asquiths kaum anders als ein erster Schritt zu einem allmählichen sehr behutsamen Einlenken gedeutet werden, wenn auch natürlich in sehr verkalculierter Form. Der Leser hat nicht mehr den Eindruck, daß die beiderseitigen Auffassungen und Ansprüche durch einen himmelweiten, schier unüberbrückbaren Abstand getrennt sind, wie dies früher der Fall war. Mehr konnte füglich kaum erwartet werden — schon Napoleon sagte: Ces diables d'Anglais; ils ne savent jamais quand ils sont battus. (Diese verfluchten Engländer wissen nie, wenn sie geschlagen sind.) Interessant, weil so unendlich charakteristisch für die englische Mentalität, oder man könnte fast auch sagen für die englische Unkenntnis der kontinentalen Verhältnisse, ist der stets wiederkehrende Refrain von der Notwendigkeit, den preußischen Militarismus zu brechen.

Mr. Asquith sieht offenbar selbst ein, wie sehr dieses etwas nebelhafte Vorhaben einer genaueren Definition bedarf, aber auch seine letzte Rede läßt jede konkrete Andeutung vermischen, wie er sich die Sache eigentlich vorstellt. Will er die allgemeine Wehrpflicht abschaffen oder die preußische Verfassung ändern durch Erweiterung der Befugnisse des Parlaments auf Kosten jener der Krone, oder ist es das Militärkabinett des Königs, das für ihn die Verkörperung des preußischen Militarismus darstellt? Oder soll gar schon

in den Schulen und Erziehungsanstalten jede Vorbereitung für den späteren Militärdienst, jeder Hinweis auf die ruhmvolle Geschichte der preußischen Armee entfallen, und traut sich Mr. Asquith wirklich im Ernste die Macht zu, das durchzusehen, was dem Sieger von Jena nur in beschränktem Maße und auf kurze Dauer gelingen sollte! Das Kriegsziel einer jeden zur Ultimo ratio greifenden Macht pflegt gemeinlich heutzutage etwas wenn nicht absolut Konkretes, so doch zum mindesten klar Definierbares zu sein: Der Kampf Englands gegen den preußischen Militarismus, also gegen eine auf langjährige glorreiche Traditionen gestützte Geistesrichtung und Weltanschauung würde — wenn nicht noch ganz andere Motive mitspielten — fast an die Religionskriege vergangener Jahrhunderte erinnern!

Müchterner, praktischer und gemeinverständlicher als diese Donquichotttade ist die in manchen englischen Kreisen laut werdende Tendenz, den Kampf auch nach dem Friedensschlusse auf wirtschaftlichem Gebiete fortzusetzen. Die Tendenz ist eine psychologisch erklärliche und hat jedenfalls das Gute gehabt, daß sie die Abwehrbewegung, die sich unter dem Schlagworte „Mitteleuropa“ zusammenfassen läßt, mächtig gefördert hat. Eine große Zukunft dürfte ihr schwerlich beschieden sein — dies kann schon heute mit ziemlicher Gewißheit behauptet werden. Es ist interessant, zu beobachten, mit welcher Fähigkeit der Durchschnittsengländer des Mittelstandes auch heute noch, trotz tausend in die Augen springender und leicht zu verwendender Gegenargumente, an dem liebgewordenen alten Dogma des Freihandels festhält. Die Nachricht von der bevorstehenden wirtschaftlichen Konferenz in Paris hat in weiten Kreisen Englands die Besorgnis hervorgerufen, die Regierung könnte bei diesem Anlasse verleitet werden, sich für die Zukunft die Hände zu binden und mit allen Traditionen der Vergangenheit zu brechen. Sofort setzte eine Gegenbewegung ein, die bemerkenswerterweise auch jenseits des Kanals ein weitverbreitetes Echo fand.

Die „Times“ enthielten diesbezüglich kürzlich einen lehrreichen Artikel ihres Pariser Korrespondenten, dem ich nachstehenden Passus entnehmen möchte: „Ein ganzliches Fallenlassen des Freihandelsystems seitens Englands würde hier (Paris) in zahlreichen Kreisen mit Bestürzung aufgenommen werden, denn Frankreich hat, wie allgemein bekannt, von der offenen Tür jenseits des Kanals seinen Profit eingeheimst.“ Jedenfalls ist das Eingeständnis interessant und beherzigenswert; ob wir von unserem österreicherischen Gesichtspunkte aus uns darüber freuen sollen oder nicht, wage ich nicht zu entscheiden. Jede wirtschaftliche Kampfesstellung der Ententemächte führt uns automatisch in ein näheres Verhältnis zu Deutschland und bringt den Begriff des Naumannschen Mitteleuropa seiner Verwirklichung allmählich näher, andererseits wäre für den Menschenfreund der Gedanke tief betäubend, daß der erbitterte Existenzkampf auch nach erfolgtem Friedensschlusse auf anderem Gebiete weitergeführt werden solle. Ich hatte neulich Gelegenheit, die Frage der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland mit einem Staatsmanne zu besprechen, dessen geräuschlose, aber darum um so intensivere und wohlbedachte Tätigkeit mehr und mehr zur Geltung kommt. „Wissen Sie,“ sagte er mir, „nichts ist leichter, als über dieses Thema einen schönen Leitartikel zu schreiben oder einen mit Jubel aufgenommenen Trinkspruch zu halten; das kann ein jeder, der nicht ganz auf den Kopf gefallen ist. Die Schwierigkeiten fangen erst an, wenn man Bleistift und Papier in die Hand nimmt und sich zusammen an den Tisch setzt. „Trotzdem,“ äugte mein Gewährsmann bei, „wird die Annäherung in irgendeiner Form gelingen, weil sie fast eine Naturnotwendigkeit ist.“

Es gibt ein anderes Thema, über welches es fast ebenso leicht ist, Leitartikel zu schreiben und Trinksprüche zu halten; es ist dies die Verjüngung, man könnte fast sagen, die Wiedergeburt unseres Vaterlandes nach dem Kriege. Zahllose Publikationen beweisen, mitunter mit mehr gutem Willen als praktisch durchführbaren Ideen, daß die Notwendigkeit, die jegliche nie wiederkehrende Gelegenheit auszunützen, allseits anerkannt wird. Ja, es fehlt nicht an erfreulichen Symptomen, daß dies allmählich auch von einer Seite geschieht, von der die Beweise der Liebe zum Gesamtwaterlande während der großen Zeit, die wir durchlebt haben und durchleben, nur ziemlich sporadisch an die Oberfläche drangen — im keinen schärferen Ausdruck zu wählen.

Die Liebe zum Vaterlande war, von geringen Ausnahmen abgesehen, im Bereiche der gesamten Monarchie allzeit vorhanden; der Stolz, demselben anzugehören, ist durch die Taten unserer glorreichen Armee gestärkt, gehoben und neubelebt worden: in ihm wollen wir die Bürgschaft einer neuen, besseren Zukunft erblicken.

23./IV 1916

Wilson's Ultimatum.

Was man seit Monaten, namentlich aber nach der Haltung Amerikas in den letzten Wochen, für unabwendbar ansehen mußte, ist eingetreten. Präsident Wilson und sein Staatssekretär Lansing haben, nachdem England seine Getreideeinfuhr im März und April eingebracht hat, den Zeitpunkt für gekommen erachtet, nunmehr offen zu den Gegnern Deutschlands überzutreten und an Deutschland das Verlangen zu stellen, seine bisherige Methode bei der Torpedierung von Passagier- und Frachtschiffen aufzugeben, d. h. auf die Anwendung der Unterseeboote im Handelskriege zu verzichten, „da der Gebrauch von Unterseebooten zur Zerstörung des friedlichen Handels notwendigerweise, gerade wegen des Charakters der verwandten Schiffe unter Angriffsmethoden, die ihre Verwendung naturgemäß mit sich bringt, gänzlich unvereinbar ist mit den Grundsätzen der Menschlichkeit“. Die Erfüllung dieses Verlangens würde uns der Möglichkeit berauben, unseren größten Gegner, England, als dessen Schützer und Bundesgenosse Amerika austritt, jemals so zu treffen, daß er zum Frieden geneigt werden könnte. Es würde unseren Armeen in dem Augenblicke des letzten Ringens die Waffe entwinden, auf die wir unser Vertrauen setzen. Das Verlangen ist unerfüllbar, weil es den Wunsch unserer Niederlage in sich schließt und unseren ehrlichen Kampf unter die Vormundschaft einer fremden Macht stellen würde, die ein Interesse daran hat, uns nicht siegen zu lassen. Es ist unerfüllbar, nach allen Erklärungen der Regierung und des Reichstags und nach dem Gebote der Selbsterhaltung und der nationalen Würde. Präsident Wilson steht auf Seiten Englands, mit dem zusammen er die Vernichtung des deutschen „Militarismus“, die Abschaffung seiner starken Monarchie, die Zerstörung seiner staatlichen und wirtschaftlichen Organisation wünscht, da er in England, den durch die nationalen Interessen, die wirtschaftlichen Verbindungen, die angelsächsische Blutsgemeinschaft gegebenen Freund Amerikas sieht, der ihm auch den drohenden Feind Japan vom Halse halten werde. Wilson hat daher auch auf alle Uebergriffe Englands gegenüber Amerika in diesem Kriege nur papierene Proteste gehabt, die England im stillen Einverständnis mit Amerika geruhig beiseite legte; gegen Deutschland aber stets drohenden Einspruch erhoben, dem Deutschland wiederholt mit weitgehender folgenreicher Nachgiebigkeit entgegen kam. Deutschland will keinen Krieg mit Amerika und hat alles getan, um ihn zu verhindern; aber wie an dieser Stelle schon vor Wochen ein kundiger Amerikaner, Professor Hall, ausführte, konnte diese Nachgiebigkeit Amerika keinen Augenblick bestimmen, von seiner Linie der Deutscheindlichkeit abzuweichen. Amerika hemmte Deutschland durch seine Noten, Forderungen, Beschwerden, so lange England sich von dieser Hemmung mehr Nutzen versprach als von einem offenen Bruche der Beziehungen, der einen rücksichtslosen U-Boot-Krieg schon im vorigen Herbst gebracht hätte, und es droht mit dem Abbruch der Beziehungen, da England mit dem Drucke auf die Neutralen und der allgemeinen moralischen Erschütterung die fehlenden militärischen Erfolge aufwiegen möchte. Mitbestimmend für Wilson's Haltung sind der gewaltige Einfluß der England verbundenen Finanz und der Rüstungsindustrie, die ihre Forderungen von einem siegreichen England sicherer einzutreiben hofft, als von einem besiegten und die Rücksicht auf die Präsidentenwahl im nächsten November. Wilson will wiedergewählt werden und glaubt, sein Ziel am ehesten als Kriegspräsident erreichen zu können, zumal ihm seine Stellungnahme die Hilfe des Großkapitals und Englands einträgt. Eine Zeitlang schien er sich die Rolle des Friedensvermittlers als Vorspann für seine Präsidentenwünsche ausgesucht zu haben; da sich aber der durch Amerika vermittelte „englische“ Friede angesichts der deutschen Waffenerfolge nicht erreichen ließ, führte er wieder die Geschäfte der Kriegspartei, als deren lautester Sprecher sein Rivale Roosevelt auftrat.

Das Ultimatum Wilson's hat die Lage geklärt auch für diejenigen, die bisher nicht sehen wollten. Wenn es 6 Wochen früher gekommen wäre, wäre es für uns günstiger gewesen. Wir können nicht mehr zurückweichen; sondern müssen die Freiheit, die uns der Feind verschafft hat, bemühen zum uneingeschränkten, rücksichtslosen U-Boot-Krieg, und auf die Zuversicht unserer Fachleute bauen, die mit Hilfe dieser Waffe, wenn sie nur nach militärischen Gesichtspunkten angewandt wird, England zum Frieden zwingen zu können hoffen. Der Abbruch der Beziehungen muß, weil unvermeidlich, ertragen werden; es kann unsere günstige mili-

tärische Lage nicht erschüttern, wird aber wohl den Krieg verlängern. Vom Abbruch der Beziehungen bis zur Kriegserklärung an Deutschland ist übrigens noch ein ziemlicher Weg, da die Kriegserklärung nach der amerikanischen Verfassung der Kongreß beschließen müßte, der sich bisher als keineswegs kriegslüsternd gezeigt hat. Wie es aber auch kommen möge, wir wollen die neue Belastung weder unterschätzen, noch überschätzen. Bis jetzt ist das letztere geschehen, um jede Reizung Amerikas zu verhindern. Die Zukunft wird zeigen, daß sich viele der vorgebrachten Besorgnisse als unbegründet herausstellen werden. Für den Gang des Krieges und seine Entscheidung kann der Bruch nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein, und nach dem Kriege wird uns der Wiederaufbau unseres Weltverkehrs in jedem Falle nur möglich sein, wenn wir einen siegreichen Frieden geschlossen haben, der uns allein die wirtschaftliche Gleichberechtigung mit unseren Gegnern schaffen wird. Die Wilson'sche Obergabe zeigt dem deutschen Volke die ganze Furchbarkeit und Schwere unseres Existenzkampfes; aber sie wird uns nicht entmutigen. Sie kann sogar erlösend und befreiend wirken, da sie gebundene Kräfte endlich entfesselt. Auch der neueste Vasall Englands soll uns den Sieg nicht entreißen.

H. R.

Wert der Oster-Friedensgerüchte.

Vom Geheimen Rat Grafen Julius Andrássy,
Minister a. D., Mitglied des ungarischen Reichstages.

Eine Fülle von Friedensgerüchten tauchte in den jüngsten Tagen auf, und wer ihnen Glauben schenkte, hätte hoffen dürfen, daß das diesjährige Osterfest in der Tat der Welt endlich das ersehnte Ende des fürchterlichen Ringens bringen werde. Doch leider sind die neuesten Friedensgerüchte vorerst bloß wieder nur solche Gerüchte, wie sie seit Jahr und Tag häufig aufplättern. Wenn ihnen eine positive Grundlage aber auch derzeit noch fehlt, scheint immerhin eine teilweise Besserung der all-

gemeinen Situation eingetreten zu sein. Die im folgenden mit einigen Strichen gekennzeichnet werden soll.

Es ist unleugbar, daß in den Ententestaaten die Siegeszuversicht abgenommen hat. Der natürliche Verstand der Massen ist für die Dauer nicht irreführend, und der natürliche Verstand sagt unseren Gegnern, daß sie jetzt Schritte machen sollten, um zu einem Friedensschluß zu gelangen, weil für sie die Lage nicht mehr besser werden kann. Sie wissen, daß es für sie unmöglich ist, das militärische Übergewicht der Mittelmächte zu brechen, daß im allerbesten Falle die derzeitige Situation unverändert bleibt und alle neuen Blut- und Geldopfer demzufolge zwecklos sind. Jene feindlichen Gebiete, die in unserem Besitz sind, können uns die Gegner ebensowenig entreißen, wie sie imstande wären, unseren Armeen ernste und fühlbare Schlägen beizubringen. Die Geschichte der letzten Monate spricht da so klar und deutlich, daß jedes Wort des Kommentators überflüssig erscheint. Deshalb kann und muß betont werden, daß die Ententemächte einen besseren Frieden niemals erhalten werden, als sie heute erhalten könnten, denn ihre Situation muß naturgemäß immer ungünstiger, die unserer dagegen im gleichen Verhältnis besser werden.

Die enorme Verantwortung, die die Staatsmänner der gegen uns kämpfenden Staaten belastet, wächst ebenfalls von Stunde zu Stunde. Jener Zustand, der heute noch die Aktionen der gegnerischen Staatsmänner ermöglicht, wird kaum mehr lange währen. Mit der Wiederkehr der Herrschaft des natürlichen Verstandes kommt auch die gerechte Kritik zu Wort, und dann werden die Führer der Ententepolitik, die entweder gar zu kurzfristig oder viel zu egoistisch waren, für ihre Fehler und Verbrechen schwer büßen müssen.

In Oesterreich-Ungarn wurde vielfach angenommen, daß die letzte Rede des englischen Premieres Asquith bereits dem drohenden Umschwung vorbeugen und einen Weg zum Frieden weisen wollte. Daraus sind dann auch die bereits erwähnten Friedensgerüchte entstanden. Aber es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß die Rede Asquiths eine Friedensrede gewesen. Es ist ferner ein Irrtum, zu glauben, daß sie im Wesen anders lautete als seine und seiner Ministerkollegen Reden in den jüngsten Monaten. „Die Zeit“ hat darauf hingewiesen, daß solche Interpretationen der Rede Asquiths unrichtig sind, und dies war auch von allem Anfang meine Meinung. Wenn man in einem großen Teil der Presse behauptete, ich hätte — auch nur einen Moment — die Rede des englischen Ministerpräsidenten für friedlich gehalten und gar als solche bezeichnet, so liegt hier ein neuerlicher arger Irrtum vor. Wer Asquith, die führenden englischen Politiker und die dortigen Verhältnisse kennt, ja, wer überhaupt unboreingenommen, kühl-kritisch die Rede Asquiths las, der konnte zu keinem anderen Schluß kommen, als zu dem, daß diese Rede nicht dem Frieden dienen wollte und ihm nicht dienen wird, wie sie denn auch die Friedensbestrebungen in keiner Weise gefördert hat.

Nichtsdestoweniger wäre es verfehlt, daraus zu folgern, daß die Kriegsbegeisterung in den Ententestaaten nach wie vor unverändert ist. Das Gegenteil ist richtig. Viele Symptome weisen darauf hin, daß sich eine Ermüderung in manchen Schichten bereits zeigt, woraus man vielleicht die Hoffnung ableiten darf, daß der psychologische Moment, der den Frieden bringen wird, nicht mehr allzu fern sei. Gewiß müssen

schon viele unserer Gegner einsehen, daß eine Fortsetzung des Kampfes für sie zwecklos ist, und jeder Tag aufs neue beweist, daß die Mittelmächte militärisch stärker sind, als die Ententemächte. Der letzte aber, der dies einsehen oder einbekennen wird, ist eben Ministerpräsident Asquith: denn im Interesse seiner Partei und in seinem eigenen Interesse liegt es, den Krieg fortzuführen, und ebenso will jene Schicht Eng-

lands, aus der ihre politischen Führer seit jeher hervorgehen, die Fortsetzung des Krieges, weil sie weiß, daß ihre Position heute schon gefährdet ist, bei einer endgültigen Niederlage im Kriege jedoch vollständig untergraben, ja vernichtet wäre. Der „heilige Egoismus“ spielt eben in diesem Weltenskampfe in allen Ententestaaten eine große Rolle.

Daß aber Asquith wohl weiß, daß eine intransigente Politik nicht von allen seinen Landsleuten gebilligt wird, zeigt seine Rede deutlich genug. Im Wesen unterzöhnlich, will sie in der Form doch dem idealistisch denkenden, friedlichen Teil des englischen Volkes die Möglichkeit zu allerlei Hoffnungen offen lassen. Dem Kenner der englischen Politik ist allerdings auch diese Erscheinung nicht neu. Seit jeher lieben die führenden englischen Politiker gewisse volltönende Phrasen, die für die englische Hypokrisie ebenso berechnet sind wie für den englischen Idealismus. So führt fast jeder englische Politiker die großen Worte: Freiheit, Gleichheit, Gleichberechtigung und Schutz der kleinen Nationen im Munde, Worte, über die sich reden und ernsthaft reden ließe, wenn sie auch ernst gemeint sein würden. Doch man bedenke, daß Asquith, während er von derartigen menschenfreundlichen Phrasen überfließt, seit seiner Antwort auf die berühmte Friedensrede des deutschen Reichskanzlers immer wieder — wenigstens nach den vorliegenden Berichten — betont, daß die militärische Kraft Preußens zerschmettert werden müsse! Wäre die Rede Asquiths in allen ihren Details friedlich gewesen — sie war es bekanntlich in keinem einzigen —, auch dann hätte die Forderung, daß Preußens militärische Kraft vernichtet werden solle, jede Friedensverhandlung von vornherein ausgeschlossen. Zwischen Deutschland und Preußen einen Unterschied konstruieren zu wollen, ist ebenso töricht wie bössartig. Preußen ist das Rückgrat Deutschlands. Und wenn England Preußens Militärmacht oder „Militärkaste“ vernichten, dabei aber Deutschland schonen möchte, wie Asquith andeutete, so erinnert das gar zu sehr an Schloß, der auch bloß ein Pfund Fleisch haben wollte, freilich in der sicheren Erwartung, daß dieses Pfund Fleisch ihm die Erfüllung all seiner Erwartungen bringt und damit auch den Triumph seines Gaffes.

Nein, von Friedensverhandlungen zu reden, insolange derartige Forderungen laut werden, ist absurd. Das kann Deutschland ebenso wie Oesterreich-Ungarn bloß mit Entrüstung ablehnen. Anders verhält es sich mit einer Idee, die in der Rede Asquiths aufsteht und die von einem fest begründeten internationalen Recht spricht, das den Einfluß und die Sicherheit der kleinen Staaten für alle Zukunft garantieren soll. Wenn eine solche neue, sicher fundierte Rechtsordnung gesucht wird, wenn sie das Ziel der Ententemächte wäre und wenn durch deren Erfüllung der Friede erreicht werden könnte, so zweifle ich keinen Augenblick daran, daß auf dieser Basis ein Einverständnis erzielt werden könnte. Auf einer solchen Grundlage könnte auch der Friede zustande kommen — wenn, wie gesagt, die ganze Angelegenheit ernst gemeint wäre und ernst genommen werden dürfte. Wie soll man aber an die Seriosität dieses Vorschlages glauben, wenn Asquith nicht einmal konkrete Propositionen macht, wenn er als Wortführer der Ententemächte für die „kleinen Staaten“ eintritt, wo doch das historische Faktum nicht zu leugnen ist, daß England und Rußland die meisten kleinen Staaten niedergedrungen und förmlich Verschlungen haben? Wie soll man an Friedensabsichten überhaupt glauben, wenn Asquith in einem Atem Preußen vernichten — und die kleinen Staaten gegen die Uebergriffe der großen Staaten schützen will?

Es ist zweifellos, daß Asquith den Friedensgedanken mit seiner Rede nicht stärken wollte; aber ebenso gewiß ist, daß die Friedensbestrebungen in den Ententestaaten mächtiger werden. In den Worten Asquiths werden die

Friedensfreunde in den feindlichen Staaten ebeniwenig Genugtuung finden wie die Friedensfreunde bei den Neutralen und bei uns. Trotzdem ist der Friede auf dem Wege. Er wird nicht herbeigeführt werden durch falsche Interpretationen ministerieller Reden, sondern durch die Macht der Thaten. Die Schlacht bei Verdun und der sichere Erfolg unserer Verbündeten dort bestärken die Hoffnung auf den Frieden. Wenn auch die Oesterreichensgerichte noch verkrüht sind, so sind wir doch dem Frieden schon deshalb nahe, weil die Ententemächte nicht mehr lange kämpfen können, ja nicht einmal mehr lange kämpfen wollen.

Kriegskalender.

16. April: An der Küstenländischen und Tiroler Front finden Artilleriekämpfe statt. — Bei Baug werden die Franzosen unter schwerer Einbuße geschlagen. — In der italienischen Kammer bepricht Sonnino die äußere Lage.

17. April: Am oberen Sereth wird ein russischer Vorstoß abgewiesen. — Feindliche Flieger werfen Bomben auf Konstantinopel ab. — Ein Entente-Geschwader blockiert die Sudaibai auf Kreta. — In Oesterreich wird die Kriegsgewinnsteuer eingeführt.

18. April: Feindliche Flieger, die Triest anzureifen, werden verjagt. An der küstenländischen Front entwickeln sich heftige Artilleriekämpfe. — Am Col di Lana wird ein heftiger Angriff der Italiener abge schlagen. Ein zweiter Angriff setzt sie in den Besitz der Westflanke. Im Saganatal werden die Italiener aus ihren vorgeschobenen Stellungen geworfen. Unsere Flieger belegen Treviso mit Bomben. — Weiderseits der Maas entwickeln sich sehr heftige Artilleriekämpfe. Die Deutschen entreißen rechts des Musses den Franzosen im Sturme die Stellungen am Steinbruch südlich des Gehöftes Hautromont und auf den Höhenrücken nordwestlich des Gehöftes Thiaumont. Die Zahl der seit 21. Februar vor Verdun gefangenen Franzosen beträgt bereits 711 Offiziere und 38.155 Mann. — Am Suezkanal greifen die Türken eine feindliche Erkundungsabteilung an.

19. April: Die Kämpfe am Col di Lana dauern fort. — Die Deutschen nehmen östlich der Maas den Steinbruch südlich des Gehöftes Hautromont und schlagen französische Angriffe gegen Thiaumont ab. — An der türkischen Kaukasusfront entwickeln sich offensive Kämpfe. Die Russen nehmen Trabezunt. — England verlangt von den Neutralen, nachdem es deutsche Dünkerkohle auf neutralen Schiffen als Ballast erklärte, daß diese für die Erlaubnis, englische Dünkerkohle zu laden. England 30 Prozent ihres Laderaumes zur Verfügung stellen.

20. April: An der italienischen Front herrschen lebhaftige Artilleriekämpfe. Der Gipfel

des Col di Lana ist im Besitz des Feindes. Im Saganatal wird ein italienischer Angriff abgewiesen. — Vor Verdun herrschen lebhaftige Artilleriekämpfe. — An der türkischen Kaukasusfront wütet eine heftige Schlacht. — Im englischen Unterhaus erklärt Asquith, daß das Parlament sich bis nach Ostern vertagen möge, damit die in der Regierung bestehenden Differenzen in der Wehrpflichtfrage gelöst werden können. Einem Ministerrat gelang es, die Einigung des Kabinetts in dieser Frage zu erzielen. — Wilsons neue Note an Deutschland in der U-Bootfrage wird in Berlin überreicht. — Zwischen der Türkei und Rumänien werden Verhandlungen zum Zwecke eines wirtschaftlichen Abkommens geführt.

21. April: Sieben italienische Flugzeuge werfen Bomben auf Triest ab, durch die neun Zivilisten getötet werden. Am Col di Lana-Gebiet und im Saganatal werden italienische Angriffe abgewehrt. — Im Maasgebiet kommt es zu heftigen Infanteriekämpfen. Die Franzosen werden zurückgeschlagen. — In Marseille werden russische Truppen zur Verstärkung der französischen Front gelandet. — Ein feindlicher Flieger wirft, ohne Schaden anzurichten, zwei Bomben auf eine der Vorstädte von Sofia ab. — Die amerikanische Regierung richtet an die Wiener Regierung eine Anfrage wegen der Torpedierung des „Imperator“. — Im türkischen Hauptquartier stirbt Generalfeldmarschall Freiherr von der Goltz Pascha.

22. April: Nächtliche Angriffsversuche der Italiener bei Monfalcone und im Col di Lana-Gebiet werden abgewiesen. — Westlich der Maas werden drei Angriffe der Franzosen gegen die deutschen Stellungen am „Toten Mann“ abge schlagen. Im Caurettewaldchen entbinnen sich erbitterte Kämpfe. — Am Tigris endet die Schlacht bei Veitissa mit einer Niederlage der Engländer, die 4000 Mann verlieren. — Die deutsche Regierung veröffentlicht die Note Wilsons, in der dieser die sofortige Aufgabe der Vorkriegsweise der deutschen U-Boote verlangt, da er sonst die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrechen müßte.

Europas innerer Widerspruch.

Biel geprüft ist dieses alte Europa. Je nach einigen Jahrzehnten des Friedens ist es immer wieder von gewaltigen Kriegswirren heimgesucht worden und kaum ein Erdteil ist so von Blut getränkt wie dieser, obgleich er fast der kleinste ist. Wie sein Boden durch Berg und Meer zerklüftet, seine Bevölkerung durch Religionen, Sprachen und Kulturen zerrissen ist, so ist sein politisches Schicksal voll Wandel und Unrast. Seit dem Ausgang des Mittelalters geht Europas Passionsweg von Leidensstation zu Leidensstation. Dem Jahrhundert der Reformationskriege folgt der Dreißigjährige Krieg, ihm folgen die Türkenkriege, der spanische und österreichische Erbfolgekrieg; im Gefolge der französischen Revolution erscheinen fünfundschrzwanzig Kriegsjahre, die den Namen Napoleons tragen; nach vierunddreißig Jahren Frieden die Nationalstaatskriege von 1848 bis 1871; an sie reiht sich nach vierundvierzig Jahren des Friedens dieser imperialistische Weltkrieg, der die Opfer, die Schrecken und Verwüstungen aller vorangegangenen Kriegsepochen in den Schatten stellt. Und noch immer ist die Frage offen, ob mit ihm Europa alle Leidensstationen hinter sich und sein Golgatha erklimmen haben wird. Europas Völker aber, die eine Passionswoche von vier Jahrhunderten hinter sich haben, hegen tiefe, leidenschaftliche Sehnsucht nach dem Tage der Auferstehung, nach den Ostern des Friedens!

Einem Wunder gleich ist es zu achten, daß Europa trotz dieser immer wiederkehrenden Erschütterungen, trotz solch periodischer Einbußen an Gut und Blut, trotz so vieler, nie überbrückter innerer Gegensätze, trotz so viel Gewalt und Haß den Weg empor gefunden und der Welt die abendländische Zivilisation und Kultur geschaffen hat. Sein Werdegang war der ständige Kampf im Innern und nach außen. Die ständige Umwälzung aller Beziehungen der Klassen und Völker zueinander, die allseitige Bedrohtheit aller durch alle, jäher Aufstieg und Absturz von einzelnen, von Familien, Ständen, Klassen und Völkern haben gleichsam die Sinne des Europäers geschärft, die Tatkraft gesteigert, Verstand und Willen doppelt regsam gemacht. Die ständige Ueberreiztheit hat alle Gegensätze der menschlichen Natur losgebunden. Je machtvoller die Gewalt in die Geschehnisse eingreift, um so leidenschaftlicher wird die Frage nach dem Rechte, das schlichtet und richtet; je ärger die Zerstörungen durch Revolution und Krieg, um so nachhaltiger das Streben nach schaffender Arbeit; je barbarischer und bestialischer der Kampf, um so hingebender der Fleiß der Zivilisation und der Dienst der Kunst, um so heißer die Liebe zur Kultur! Ein tiefer Antagonismus beherrscht die Geschichte Europas in der Neuzeit, er wurde an deren Schwelle vorbildlich dargestellt in der gährenden Epoche der Renaissance, in ihrer Bestialität wie in ihrer Schöpferkraft. Jeweils zwischen den Pausen der blutigsten Kriege arbeiteten sich Europas Religions-, Natur- und Rechtsphilosophie, seine Wissenschaften und schönen Künste empor. Noch brannten Scheiterhaufen auf den Marktplätzen, als in verräucherter Stube der Gelehrte das Sonnensystem ergründete; als die Revolutionskriege losbrachen, schuf Kant sein Seherbüchlein „Zum ewigen Frieden“; Napoleon und Goethe waren Zeitgenossen. Europa, die Unrast der Welt, erweckt und vereinigt alle Widersprüche der Menschennatur.

Welche Gegensätze diese umspannt, dessen sind wir alle staunende Zeugen geworden. Europa stand im Zeichen der Dekadenz, schien überfeinert und verweichlicht, verwöhnt und verzogen, mut- und kraftlos — wenige Monate darauf haufen Europas Männer in Erdböchern und vollbringen blutigeres Handwerk als die Heerhaufen der Völkerwanderung. Europa war durchaus kosmopolitisch: Seine Staatsmänner, Heerführer, Bankherren, Fabriksgewaltigen und Kaufleute machten sich in allen Bädern, auf Berggipfeln und Sandgestaden gemein — in wenigen Wochen sind sie Feinde geworden, die auf gegenseitige Vernichtung sinnen. In allen Kunsttempeln Europas mischten sich die Geistesheroen aller Zungen, Shakespeare, Molière und Goethe, Zola und Tolstoi u. s. f. — mit einem Schlage gelten die Größen, die uns vertraut waren, als fremdartig, niemals bis zum Ende begreiflich,

nie imstande, uns zu begreifen. Fleißig waren Politiker, Parlamentarier und Staatsfunktionäre an Werke, aus allen anderen Staaten in den eigenen zu überpflanzen, was es dort Neues gab — auf einmal, so scheint es, klaffen Welten zwischen Staatsform und Staatsform und jeder Staat schreibt sich einen eigenen vergleichlosen Geist, seine besondere Idee von Recht und Freiheit zu. Nach wenigen Wochen war Europa im äußeren Anblick wie innerlich das Gegenteil seines früheren Wesens, sein eigenes Gegenteil! So staatlich, wirtschaftlich, volllich, so rechtlich, sittlich, geistig!

Die Seele Europas ist wahrhaftig unendlich weit. Sie trägt in sich einen Himmel wie Valhalla, wo die Männer keine größere Seligkeit kennen, als sich täglich im Kampfe erschlagen zu können, weil sie am Abend durch ein Wunder wieder heil sind, und einen Himmel ewigen Friedens, dessen Seligkeit im Anschauen des Höchsten besteht, sie ist zart wie seine Lyrik und zugleich brutal wie seine Mörder. Diese Zwiespältigkeit hat uns tief bestürzt, hat uns elend gemacht, als der Krieg ausbrach und Europa in wenigen Wochen in den Zustand des Dreißigjährigen Krieges zurückzugleiten schien. Dieselbe Zwiespältigkeit aber tröstet uns und richtet uns wieder auf, nachdem Europa vom Frieden zu reden begonnen hat. Sie gibt uns die Gewähr, daß wir nicht dauernd im geistigen Zustand jener Völker verharren werden, die durch Jahrhunderte vom Gedanken der Blutrache beherrscht blieben. Europa wird vergessen können, ja noch mehr. Unsere andere Natur, so lange zurückgestaut, so lange überwältigt durch den Zwang der Selbstbehauptung, wird mit verdoppelter Wucht hervorbrechen. Das Kulturbewußtsein der Völker wird aufstürmen gegen das, was ihnen da durch ein Verhängnis widerfahren ist. Sichtbar leiden alle Völker heute schon unter dem, was sie tun. Der zornige Trotz, in dem sie handeln, verkleidet und enthüllt zugleich das innere Widerstreben gegen das äußere Gehaben und Erfahren. Und jedermann, ob hoch oder niedrig, wartet mit heißem Begehren darauf, daß es anders werde. Europa kann auch anders, wenn nur einmal der Friede geschlossen ist.

Darum haben die Pessimisten unrecht, die da meinen, daß ein unheilbarer Miß zwischen Volk und Volk klaffen werde, daß die wirtschaftlichen und kulturellen Brücken zwischen den Völkern auf lange hinaus abgebrochen seien, daß der Krieg die Drachensaat des Hasses hinterlassen werde. Freilich wird es in allen Völkern Gruppen geben, die diese Saat in ihre Obhut nehmen und als ein wertvolles geschichtliches Vermächtnis des Krieges den Enkeln überliefern wollen. Ihnen gegenüber stehen jedoch — auch außerhalb des Proletariats — andere, die heute schweigen: Kaufleute, die darauf brennen, ihre alten Kunden über See aufzusuchen, Kceder, die schon heute die Frachtpreise von einem Welthandelshafen zum anderen kalkulieren, Fabrikanten, die das Land ihrer Rohstoffe wie ihrer Käufer in der Seele suchen, Gelehrte, die die Stunde kaum erwarten können, wo sie die fremdsprachigen Fachzeitschriften zweier Jahre nachlesen werden, Politiker, die danach brennen, welche staatlichen Mittel die Feinde zu den gleichen Zwecken angewendet haben wie das Heimatland, Künstler, welche die Kataloge nach den neuen Schöpfungen alter Freunde durchstöbern

wollen. Uebermächtig wird das schaffende Leben durchbrechen, wenn dem Werke der Vernichtung ein Ziel gesetzt ist. Das schaffende Leben aber ist heute international, ist von dem Rückschnitt und der Outmode bis zur Maschinentchnik und Kunstübung unentrinnbar international.

Indessen nicht bloß in den Neuherlichkeiten des Lebens, in Handel und Wandel, werden sich die Völker Europas wieder bald begegnen. Es ist kein Zufall, daß mitten im Dreißigjährigen Kriege Hugo Grotius die Grundsteine des Völkerrechtes legte, daß nach dem spanischen Erbfolgekrieg Saint-Pierre seinen Entwurf des dauernden Friedens schrieb, Kant den Revolutionskriegen sein Buch „Vom ewigen Frieden“ entgegensetzte und daß die Friedensbewegung mitten in den Nationalstaatskriegen machtvoll einsetzte: Immer wenn die Gewalt zum Schiedsrichter der Welt wurde, rief zugleich das Kultur-gewissen Europas das Recht zum Schiedsherrn der Gewalt auf. Schon geraume Zeit vor diesem Kriege war der Gedanke rege, die Streitigkeiten der Völker vor einen internationalen Schiedshof zu weisen, war es gelegentliche Uebung, wie auf dem Wiener (1814), Pariser (1856) und Berliner Kongreß (1878), Fragen gesamt-europäischen Interesses gemeinsam zu regeln. Die Staatengemeinschaft Europas war schon geraume Zeit eine organische Einrichtung, wenn auch noch von zarten und flüchtigem Bau. Staatenkongresse waren ein Ansatz zu einer Regierung über den Regierungen, der Haager Schiedshof zu einem Gericht über den Staaten. Ist einmal der Friede mit Gut und Blut erkauft, so wird er dem Geschlecht, das den Krieg durchgemacht hat, ein kostbares Besitztum bleiben, das es mit den Mitteln des Rechtes wird sichern wollen. Und darum wird ihm Saint-Pierres und Kants wissenschaftliche Frage: Wie ist dauernder Friede möglich? von weit höherem Interesse sein als vor Mitthommer 1914, wo ja allen der Friede noch das Selbstverständliche schien! Dieser Friede aber, den wir so sehr erwarten, ist nicht bloß, wie die meisten vor ihm, der Waffenstillstand zwischen zwei Nachbarn, sondern ein Vertrag fast aller Nationen Europas, er wird in diesem Sinne wirklich ein europäischer Friede sein müssen: Wird er redlichen Sinnes geschlossen, so läßt er Europa vereinigt zurück! Und so wird denn eine Idee, die bis jüngst bloß als Topfblume der Studierstube, als Rose romantischer Schwarmgeisterei galt, in vielen hunderttausend Köpfen lebendige und richtunggebende Vorstellung werden: die Idee von den „Vereinigten Staaten Europas“.

Das andere Europa wird wiederkehren und die Stunde seiner Rückkunft wird seinen Bürgern ein hoher Festtag sein!

Die Wilson-Note im Kongreß.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Kopenhagen, 22. April.

Bevor Wilson sich an den amerikanischen Kongreß wandte, wurde die Note in einer gemeinsamen Konferenz den Ausschüssen des Senats und des Repräsentantenhauses mitgeteilt. Der Präsident äußerte dabei, die Note sei in Wirklichkeit ein Ultimatum, indes wäre, obwohl eine augenblickliche Antwort verlangt worden sei, für diese kein Zeitpunkt festgelegt worden.

Im Kongreß selbst wurde die Botschaft in der gemeinsamen Sitzung beider Häuser von Demokraten wie Republikanern mit Beifall begrüßt. Nach ihrer Verlesung teilte der Präsident seinen Entschluß mit, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abzubrechen, falls dieses seine U-Bootskriegsführung nicht aufhebe und fügte hinzu: „Ich bin zu diesem Beschluß mit dem lebhaftesten Bedauern gekommen. Aber wir können nicht vergessen, daß wir in einer gewissen Weise und durch die Macht der Umstände verantwortliche Vertreter der Rechte der Menschheit geworden sind. Wir können nicht schweigen, während diese Rechte im Begriffe stehen, noch weiter in den Wirbel dieses furchtbaren Krieges mit hineingerissen zu werden. Wir sind es unserer Nation als Nation schuldig, unsere Pflicht anzuerkennen, den Rechten der Neutrals über die ganze Welt Geltung zu verschaffen und jetzt den Standpunkt einzunehmen, die richtige Auffassung von den Rechten der Menschheit zu verteidigen. Ich habe diesen Standpunkt mit der größten Feierlichkeit und Festigung eingenommen, und ich habe ihn eingenommen im Vertrauen darauf, daß er Ihre billige Unterstützung finden wird. Alle nüchtern denkenden Menschen müssen sich in der Hoffnung bezeugen, daß Deutschland, das bei anderen Gelegenheiten als Vorkämpfer für alles das aufgetreten ist, was wir jetzt zu vertreten haben, im Interesse der Menschheit das Berechtigte unserer Forderungen anerkennen wird und sie in dem Geiste, in dem sie verfaßt sind, empfangen wird.“

Im Verlauf der weiteren Sitzung beantragte Senator Pléhan eine Resolution, in der der Kongreß ausspricht, daß Amerika dauernd an der Hoffnung einer Uebereinkunft festhält. — Senator Stone verhinderte indessen eine Erörterung über diesen Vorschlag. Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Repräsentantenhaus bezeichnete die Botschaft Wilsons als eine prächtige Botschaft, die wie aus dem Herzen der Nation gesprochen sei und wies besonders auf jenen Teil der Note hin, in dem der Präsident den wiederholten Bruch der deutschen Versprechungen an die Vereinigten Staaten verurteilt und hervorhebt, daß Deutschland sogar neutrale Schiffe zwischen neutralen Häfen angreife, sowie daß Amerika große Geduld gezeigt habe, aber Schritt für Schritt bis zu dem entscheidenden Punkt, an dem es jetzt stehe, getrieben worden sei, von dem aus ein Rückzug nicht mehr möglich wäre. — Der deutsche Botschafter war bei der Versammlung nicht zugegen.

Von anderer Seite wird, nach englischen Quellen, berichtet: Die Rede des Präsidenten an den Kongreß hat tiefen Eindruck gemacht. Als Wilson sich auf dem Rednerstuhl zeigte, wurde er von den Demokraten mit Hurrarufen empfangen. Nach Beendigung der Rede brach das ganze Haus in Hurrarufe aus. Das Verlesen der Botschaft wurde in tiefster Stille angehört. Die Zuhörerplätze waren während der Versammlung von einer erhitzten Menschenmenge dicht besetzt. Der Berichterstatter der „Times“ meint: Man nimmt an, daß der Präsident nicht glaubt, daß der Krieg unvermeidlich sei, aber einige seiner Ratgeber sind nicht so optimistisch. Die amerikanische Presse vertritt Wilson ihre volle Unterstützung, was auch kommen möge.

Holland und der Vatikan. Aus der Tatsache, daß der neue holländische Gesandte in den letzten Wochen wiederholte Besprechungen mit dem Kardinal-Staatssekretär Gasparrri hatte, wurde gefolgert, daß Benedikt XV. mit der Königin der Niederlande einen Plan von Friedensvorschlägen an die kriegsführenden Mächte ausgearbeitet habe. Näherliegend ist, daß der Vatikan sich über die schwere politische Krise informieren wollte, in welcher sich Holland in den letzten Wochen befand. Die konkreten Friedensrichtlinien hat der Papst durch seine eigenen diplomatischen Vertretungen und durch in Rom bei ihm akkreditierten Diplomaten den Regierungen übermitteln lassen.

**Ausuchen Lansing's an die neutralen Staaten
um Unterstützung des amerikanischen Stand-
punktes.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Genf, 21. April.

Die Depeschenagentur „Fournier“ meldet aus Newyork, daß Unterstaatssekretär Lansing erklärte, er werde die neutralen Staaten von den von Amerika unternommenen Schritten bezüglich des Unterseebootkrieges benachrichtigen. Ferner werde man an diese ein Gesuch richten, mit der Washingtoner Regierung Hand in Hand zu gehen.

Scharfe Kontrolle für Rumänien.

Keine Waren für die Mittelmächte.

zzz Berlin, 25. April. (Priv.-Tel.)

Der Vossischen Zeitung wird aus Rotterdam telegraphiert: England veranlaßt, daß alle Waren für Rumänien einer scharfen Kontrolle unterworfen werden.

Man will verhindern, daß die Mittelmächte notwendige Artikel über Rumänien erhalten. Alle Ueberseeexporte nach Rumänien erfahren dadurch wochenlange Verzögerungen.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.**Italien.**

21. April. An der ganzen Front zeitweilige Artillerietätigkeit und vielfach Fliegeraufklärung. In kleinen Infanteriegefechten im oberen Ostico-, im Sugana- und im oberen Cordevoletal nahmen wir dem Feind ungefähr 30 Gefangene ab. Im Arnabschnitt wurden in der Nacht auf den 20. d. feindliche Abteilungen, die in unsere Linien am Muzli und am Slemo Bomben zu werfen versuchten, abgewiesen.

Am gestrigen Nachmittag bombardierte ein Capronigeschwader die Hydroplanstation bei Trieste mit zirka 60 Granaten mit sichtlich ausgezeichnetem Erfolg. Die Flugzeuge wurden, wie gewöhnlich, von den feindlichen Batterien wirkungslos beschossen und kehrten unverfehrt zurück.

22. April. Artillerietätigkeit im Tonaleabschnitt, im Vedrotal und im Frontabschnitt von Rovereto bis zum oberen Calamentotal. Im Suganatal machte der Feind am 21. d. einen Sturmangriff gegen unsere Linien westlich des Larganzabaches, wurde aber zuerst durch unser Feuer zum Stehen gebracht und hierauf durch einen Gegenangriff zurückgeworfen. Er ließ zahlreiche Leichen am Blake. Neuerdings wird gemeldet, daß die feindliche Infanterie Explosivkygeln verwendet. Im oberen Cordevoletal rücken unsere Truppen über die Cima Lana weiter vor. Hierbei wurden dem Feind etwa 40 Gefangene und ein Maschinengewehr abgenommen. Längs des Isonzo und am Karstplateau einige Artillerietätigkeit, von größerer Intensität im Abschnitt von Blava. Unsere Artillerie zerstörte die feindlichen Verteidigungsstellungen jenseits Bagora und nahm die von dort vertriebenen Besatzungen unter Feuer.

23. April. Im Tonaleabschnitt versuchte der Feind, unsere Verteidigungsanlagen am Paß dreimal hintereinander anzugreifen, wurde aber jedesmal unter Verlusten zurückgeschlagen. Artillerietätigkeit und feindliche Truppenverschiebungen im Frontabschnitt zwischen dem Lagarina- und Suganatal. Im oberen Cordevoletal nahmen feindliche Batterien aller Kaliber den Kamm des Col di Lana unter heftiges konzentrisches Feuer, ohne jedoch den festen Widerstand der Unserigen zu erschüttern. Am oberen und mittleren Isonzo verhinderte das schlechte Wetter die Artillerietätigkeit. Vom Karstplateau wird ein neuer glänzender Erfolg unserer Waffen gemeldet. Im Abschnitt östlich von Selz nahm unsere Infanterie am gestrigen Nachmittag unter gewohnter wirksamer Artillerieunterstützung nach Überwindung des hartnäckigen Widerstandes des Feindes einen stark besetzten, 358 Meter langen Schützengraben. Nach Eintreffen von Verstärkungen unternahm der Feind in der Nacht zwei heftige Gegenangriffe. Nachdem es ihm beim zweiten Angriff gelungen war, in einen Teil des Grabens einzudringen, wurde er nach wütendem Handgemenge, das ihm die schwersten Verluste brachte, wieder hinausgeworfen. Während der ganzen Aktion machten wir 133 Gefangene, darunter sechs Offiziere, und erbeuteten 2 Maschinengewehre, etwa 200 Gewehre, Flammenwerfer sowie zahlreiche Munitions- und Bombenverschläge.

Frankreich.

Wien, 23. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

22. April, 3 Uhr nachmittags. In Belgien beschloß die Artillerie lebhaft den Abschnitt östlich der Straße Ypern-Billem während des Kampfes, in den englische Truppen an dieser Stelle verwickelt waren. Westlich der Maas griff der Feind nach heftiger Artillerievorbereitung im Laufe der Nacht die Stellungen auf den Nordhängen des Toten Mannes an. Die Deutschen, denen es geglückt war, in unserer ersten Linie Fuß zu fassen, wurden bald darauf durch unsern Gegenangriff zurückgeworfen, durch den wir alles Gelände, das wir vorher er-

obert hatten, zurückgewannen. Ein anderer Angriff, der unter Anwendung von brennenden Flüssigkeiten, die auf die Gräben nördlich des Waldes Caurettes geschleudert wurden, unternommen, wurde vollständig zurückgeschlagen. Westlich der Maas besetzten die Deutschen gegen Ende des Tages nach einer heftigen Beschießung unserer Linien von der Maas bis zum Fort Vaux ihre Gräben vor der Front zwischen Teich und Fort Vaux mit Truppen. Die Gegenvorbereitung unserer Artillerie, die sofort einsetzte, ließ ihre Vorbereitungen scheitern und verursachte ihnen ernste Verluste. Im Briesterwald einige Patronillenzusammenstöße in der Nacht. Ruhe auf der übrigen Front.

11 Uhr nachts. In den Argonnen ziemlich lebhafter Minerkampf bei Bauquois und La Fille Morle. Wir beschossen Eisenbahnen und Verbindungswege hinter der feindlichen Front. Westlich der Maas unternahmen die Deutschen nach heftiger Beschießung zwei aufeinanderfolgende Angriffe auf unsere Stellungen zwischen „Toter Mann“ und dem Bethincourtbach. Beide Male nötigte unser Gewehr- und Maschinengewehrfeuer den Feind, mit beträchtlichen Verlusten in seine Gräben zurückzukehren. Westlich der Maas ziemlich lebhafte Beschießung unserer ersten und zweiten Linien. In Woivre war der Tag verhältnismäßig ruhig. Eines unserer weittragenden Geschütze beschloß den Bahnhof Vigneuxles nordöstlich St.-Mihiel. In einem dem Bahnhof benachbarten Gebäude sah man einen Brand ausbrechen. Die Eisenbahnverbindung wurde unterbrochen. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Flugwesen.

Eines unserer Kampfgeschwader warf auf feindliche Lager bei Marnes und Billers-le-Mangiennes nordöstlich Verdun 20 Bomben ab.

Orientarmee.

Zur Vergeltung für die Streife feindlicher Flieger auf die Dörfer an der griechischen Grenze warf einer unserer Flieger vier Bomben auf die Stadt Sofia.

Belgischer Bericht.

Von der belgischen Front ist nichts Besonderes zu melden.

23. April, 3 Uhr nachmittags. Westlich Bauquois versuchten die Deutschen nachts, eines unserer Maschinengewehre zu nehmen, das ihnen besonders lästig war. Sie wurden zurückgeschlagen; acht Gefangene blieben in unsern Händen. Westlich der Maas erneuerte der Feind seine Angriffe gegen Bethincourtbach und Toter Mann nicht. Im Wald von Avocourt nahmen wir durch einen Handstreich mehrere feindliche Hockposten und machten Gefangene. Westlich der Maas und in der Woivre zeitweilige Artillerietätigkeit. Auf der übrigen Front war die Nacht ruhig.

11 Uhr nachts. Südlich der Somme richtete unsere Artillerie ein gesammeltes Feuer auf die deutschen Gräben an den Zugängen von Fronsart und Sattancourt südlich Choulnes. Westlich der Maas ziemlich heftige Beschießung der Anhöhe 304, östlich der Maas und in der Woivre einige Male Geschosshagel. Keine Infanterietätigkeit während des Tages. In Lothringen beschossen wir kräftig die feindlichen Werke im Abschnitte von Leintreh.

Von der übrigen Front ist kein Ereignis zu melden.

Belgischer Bericht.

Die beiderseitige Artillerietätigkeit wurde kräftig wieder aufgenommen, insbesondere im Abschnitt zwischen Nieuport-Dignuiden. Ein deutscher Militärzug wurde bei dem Dorf Beerst wirksam unter Feuer genommen.

Zum Schutze der Redefreiheit.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat zum Etat des Reichstages folgende Anträge eingebracht:

1. Der Reichstag wolle beschließen: Im Hinblick darauf, daß am 8. April ein großer Teil der Abgeordneten durch fortgesetztes Schreien den Abgeordneten Dr. Liebknecht am Sprechen zu verhindern suchte und die Absicht, ihn unter keinen Umständen reden zu lassen, offen aussprach, während der Abgeordnete Dr. Liebknecht, ohne vom Präsidenten unterbrochen zu sein, seine Rede hielt; im Hinblick ferner darauf, daß das Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei Gubrich ihm gewaltsam die Notizblätter entriß und zu Boden schleuderte, daß ferner der Abgeordnete Dr. Müller (Weinigen) sich auf ihn stürzte und ihn gewaltsam anfaßte — den Herrn Präsidenten zu ersuchen, Vorkehrungen zu treffen, daß die Redefreiheit in Zukunft nicht beeinträchtigt wird und daß namentlich Redner dagegen geschützt werden, daß Abgeordnete sie gewaltsam an der Ausübung ihrer parlamentarischen Rechte hindern.

2. Der Reichstag wolle beschließen: Vorkehrungen zu treffen, daß das Recht, wahrheitsgetreue Berichte über die Reichstagsverhandlungen zu veröffentlichen, insbesondere gegenüber der Zensurbehörde sichergestellt wird und daß durch das Präsidium des Reichstages nicht die Presse beeinflusst wird, bloß einen amtlich von ihm festgestellten Bericht zu bringen.

Der Antrieh aus Frankreich.

Der Sieg der Wehrpflichtanhänger in England.
NB Manchester, 25. April.

Der Londoner Korrespondent des Guardian berichtet: Die politische Krise hat mit dem vollständigen Siege der Anhänger der Wehrpflicht geendet. Das Kompromiß, das Asquith und Sander son annahmen, bedeutet einen neuen Derby-Feldzug unter den Verheirateten, worauf für diese unvermeidlich die Wehrpflicht eingeführt wird, wenn nicht der Widerstand dagegen im Parlament und im Lande zu stark ist. Überdies ist nichts zu merken. Man hat allgemein den Eindruck, daß die Krise einen starken Antrieh aus Frankreich erhalten hat, das von England größere Leistungen verlangt.

Daselbe Blatt schreibt im Leitartikel: Die Hauptsache bei der Krise war, daß der Einigungsvorschlag für die Arbeiterpartei annehmbar gemacht wurde; denn hätten die Minister, die der Arbeiterpartei angehören, zurücktreten müssen, so wäre dies das Ende der Koalition gewesen. Das Blatt meint, ein Rücktritt Lloyd Georges hätte viel weniger geschadet, auch wenn zugleich ein paar unionistische Minister zurückgetreten wären, denn Lloyd Georges Hauptaufgabe als Munitionsminister sei vollendet. Es wäre vielleicht zweckmäßig, wenn er mit Carson und Churchill den Kern einer Opposition bildete und damit die Grundlage einer abwechselnden Regierung schaffe.

**Japanischer Protest gegen das amerikanische
Einwanderungsgesetz.**

**Das Gesetz gegen die Würde des japanischen
Volkes verstößend.**

London, 23. April.

„Morning Post“ meldet aus Washington unter dem
21. d.:

Der japanische Botschafter überreichte im
Staatsdepartement einen Einspruch gegen
das Einwanderungsgesetz, das asiatische Ein-
wanderer ausschließt.

Das Gesetz liegt nun nach Erledigung durch das
Repräsentantenhaus dem Senat vor.

Die japanische Regierung erhebt Einspruch, weil das
Gesetz gegen die Würde des japanischen
Volkes verstoße und den guten Glauben der
japanischen Regierung in Frage stelle.

Der japanische Einspruch hat in Regierungskreisen
eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen.

Die amerikanische Note an Deutschland.

Die Adresse Wilsons an den Kongress.

Berlin, 23. April.

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in Newyork meldet durch Funkspruch:

In der Adresse an den Kongress sagt Präsident Wilson: In Verfolgung der Unterseebootkriegführung gegen den Handel seiner Feinde, die Deutschland trotz des ernstesten Einspruches unserer Regierung unternahm, griffen die deutschen Unterseebootkommandanten Handelsschiffe mit immer größerer Lebhaftigkeit nicht nur auf hoher See um England und Irland herum, sondern wo immer sie sie an-

treffen konnten, in einer Weise an, die immer und immer unbarmerziger, immer und immer unterschiedsloser wurde, immer weniger und weniger unter Beachtung irgendwelcher Schranken, und sie richteten bedenkenlos Angriffe auf Schiffe jeder Nationalität, Schiffe, die sich in jeder Art von Diensten befanden. Eine Tragödie auf See folgte der anderen in einer Weise und unter solchen Begleitumständen, daß es offenbar wurde, daß diese Kriegführung, wenn das noch Kriegführung ist, nicht fortgesetzt werden kann, ohne die fühlbarste Verletzung der Gesetze der Menschlichkeit.

Was auch die Ansicht und Absicht der deutschen Regierung ist, sie hat offenbar bewiesen, daß es ihr unmöglich ist, solche Methoden des Angriffs auf den feindlichen Handel innerhalb der Grenzen zu halten, die durch die Vernunft oder die Menschlichkeit gesetzt werden. Einer der letzten und schrecklichsten Vorfälle dieser Kriegführung war die Vernichtung der „Suffey“. Dieser muß, wie die Versenkung der „Lusitania“, als ein so einzigartig tragischer und ungerechtfertigter Fall angesehen werden, daß er ein schreckliches Beispiel für die Unmenschlichkeit der Unterseebootkriegführung ist, wie sie die Kommandanten der deutschen Fahrzeuge in den letzten zwölf Monaten betrieben haben. Wenn dieser Vorfall für sich allein dastünde, könnte irgendeine Erklärung, eine Mißbilligung durch Deutschland und Festlegung des verbrecherischen Fehlers oder willkürlichen Ungehorsams seitens des Kommandanten des Fahrzeuges, das den Torpedo abgefeuert hat, gesucht oder angenommen werden; aber unglücklicherweise steht er nicht allein. Die jüngsten Ereignisse machen den Schluß unauswärtlich, daß er nur ein Beispiel, obwohl eines der schwersten und betrübendsten Beispiele, ist für den Geist und die Art der Kriegführung, die die deutsche Regierung fälschlich angenommen hat und die von Anfang an die deutsche Regierung dem Vorwurfe ausgesetzt hat, daß sie alle Rechte der Neutralen beiseite wirft, indem sie nur ihr eigenes augenblickliches Ziel im Auge hat.

Die amerikanische Regierung hat sich bemüht, sich von jeder zu weitgehenden Handlung oder einem Einspruch durch bedächtige Erwägung der außerordentlichen Umstände dieses Krieges, der keinen Vorgänger in der Geschichte kennt, fernzuhalten, und ließ sich in allem, was sie gesagt oder getan hat, von den Gefühlen echter Freundschaft leiten, die immer das Volk der Vereinigten Staaten gegenüber dem deutschen Volke gehegt hat und auch fortfährt zu hegen.

In bezug auf den Weg, der in Aussicht genommen ist, falls Deutschland nicht sofort seinen Verzicht auf die gegenwärtige Art der Kriegführung gegen Passagier- und Frachtschiffe erklärt und in die Tat umsetzt, sagt Wilson:

Zu dieser Entscheidung bin ich mit schmerzlichen Bedauern gekommen. Ich bin sicher, daß alle bedacht-samen Amerikaner der Möglichkeit eines Vorgehens, wie es in Aussicht genommen ist, mit aufrichtigem Widerstreben entgegensehen werden, aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir in gewisser Weise und durch den Zwang der Umstände die verantwortlichen Vorkühler für die Rechte der Menschheit sind und daß wir nicht stillschweigend dabei stehen dürfen, während diese Rechte allmählich und vollständig beiseite gesetzt werden. In dem zermalmenden Strome dieses schrecklichen Krieges sind wir es der Rücksicht auf unsere eigenen Rechte als Nation, unserem Pflichtgefühl als Vertreter der Rechte der Neutralen der ganzen Welt und der gerechten Auffassung der Rechte der Menschheit schuldig, jetzt mit äußerstem Ernst und mit Festigkeit den Standpunkt einzunehmen, den ich eingenommen habe, und zwar im

Vertrauen darauf, daß ich Ihre Billigung und Ihren Beistand finden werde.

Alle ernst denkenden Männer müssen sich in der Hoffnung vereinigen, daß die deutsche Regierung, die in anderen Fällen als Verfechter alles dessen da stand, wofür wir jetzt im Interesse der Menschlichkeit eintreten, die Berechtigung unserer Forderungen anerkennen und ihnen in dem Geiste begegnen wird, in dem sie gestellt sind.

Während der Verlesung der Adresse herrschte gespannte, ernste Stille. Als Wilson mit dem Ausdruck der Hoffnung schloß, daß Deutschland so handeln werde, daß ein bedauerlicher Bruch mit Amerika abgemieden werden könnte, brach das Haus in Beifallsrufe aus.

Wilson verlangte keinerlei Maßnahmen vom Kongress.

Leichte Besserung.

In der Krise zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten.

Wien, 25. April.

Wir erhalten soeben aus Berlin folgende Nachricht: In der Krise zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, welche durch die Note der amerikanischen Regierung hervorgerufen wurde, ist eine leichte Besserung zu verzeichnen. Die Veröffentlichung der Antwort steht nicht unmittelbar bevor.

Besprechungen in Berlin.

Unterredung des Reichskanzlers mit Botschafter Gerard.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 25. April.

Wie Ihr Korrespondent erfährt, fand heute vormittag eine längere Unterredung zwischen Herrn v. Bethmann Hollweg und dem amerikanischen Botschafter Gerard im Reichskanzlerpalais statt.

Wahrscheinliche Reise des Reichskanzlers zum Kaiser.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 25. April.

Es ist nach dem „Vokalanzeiger“ wahrscheinlich, daß der Reichskanzler sich demnächst wieder zum Kaiser begibt, um seine definitiven Vorschläge bezüglich der amerikanischen Note zu unterbreiten.

Wichtige Ergebnisse der Konferenz.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 25. April.

Der amerikanische Botschafter konferierte heute nach dem „Vokalanzeiger“ über eine Stunde mit dem Reichskanzler im Reichskanzlerpalais, wobei die gegenwärtige Lage besprochen wurde.

Eine endgültige Antwort auf die amerikanische Note hat der amerikanische Botschafter noch nicht erhalten. Er berichtete sofort telegraphisch nach Washington wichtige Ergebnisse der Konferenz.

Die Zusammenkunft mit dem Botschafter wurde vom Reichskanzler am Sonntag abend nach seiner Rückkehr aus dem Hauptquartier vereinbart. Man glaubt, daß der Bericht des Botschafters eine wichtige Information für Washington enthält. Sein Telegramm dürfte in Washington vor dem morgigen Zusammentritt des Kongresses eintreffen.

Handelspolitische Verhandlungen mit Deutschland.

Eintreffen von Vertretern der deutschen Regierung in Wien.

Mittwoch den 26. I. N. treffen hier Vertreter der deutschen Regierung ein, um verschiedene zoll- und wirtschaftspolitische Fragen mit den hiesigen kompetenten Faktoren zu erörtern.

Die betreffenden Sitzungen werden in den nächsten Tagen im Ministerium des Aeußern stattfinden.

Aus der Sozialdemokratie.

Das wilde Flugblatt „Die Lehren des 24. März“, das zur Verweigerung der Parteibeiträge an den Parteivorstand auffordert und die Niederlegung der Reichstagsmandate von der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verlangt, „soll“ nach einer Mitteilung, die der „Chemn. Volksstimme“ aus Berlin zugeht, von dem „Vorwärts“-Redakteur Meyer verfaßt sein. Nach dem Chemnitzer Blatt war es Meyer, der auf den Aufruf des Parteivorstandes gegen dieses anonyme Flugblatt im „Vorwärts“ am Donnerstag schrieb, daß die Parole, an den Parteivorstand kein Geld abzuführen, unter den heutigen Verhältnissen weder zu dem Parteiprogramm noch zu dem organisatorischen Wesen der Partei in Widerspruch stehe, sondern nur eine Abwehrmaßnahme der Organisation gegen Parteizerrüttung darstelle.

Gegen den Reichstagsabg. Pfannkuch, der zu Scheibemanni hält, hat sich eine sozialdemokratische Funktionärskonferenz in seinem III. Berliner Reichstagswahlkreis am 19. April erklärt. Mit 53 gegen 9 Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen wurde u. a. folgende Resolution angenommen:

„Die Kreisokonferenz verurteilt mit aller Entschiedenheit die Absetzung des Genossen Haase als Vorsitzenden der Partei durch den Parteivorstand. Dieses Recht steht nur dem Parteitag zu. Insbesondere verurteilt sie die Haltung des Genossen Pfannkuch, der nie nach dem Beschlüssen seiner Auftraggeber gehandelt hat. In Konsequenz der Haltung des Genossen Pfannkuch gegen Haase im Parteivorstand müßten wir ein weiteres Zusammenarbeiten ablehnen. Wenn wir das nicht tun, so handeln wir nach den Grundsätzen der freien Meinungsäußerung, die verlangt, daß wir so lange zusammenarbeiten, wie der Genosse Pfannkuch Vertreter unseres Kreises ist und bis Verhältnisse eintreten, die eine demokratische Regelung ermöglichen.“

Weiter hat die Konferenz das Vorgehen des Parteivorstandes gegen den „Vorwärts“ gerügt und außerdem erklärt: „Sie betrachtet die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft als die berufene parlamentarische Vertretung der Linken der Partei und fordert die Mitglieder der Fraktion, die für die Ablehnung der Kriegskredite sind, ohne bisher im Plenum gegen sie gestimmt zu haben, auf, sich der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft anzuschließen.“

Seegefecht an der flandrischen Küste.

B. Berlin, 25. April. Das Wolffsche Bureau meldet:

„Am 24. April morgens erschienen vor der flandrischen Küste zahlreiche englische Streitkräfte, aus Monitoren, Torpedobootzerstörern, größeren und kleineren Dampfern bestehend, welche anscheinend Minen suchten und Bojen zur Bezeichnung von Bombardementsstellungen auslegten.

Drei unserer in Flandern befindlichen Torpedoboote stießen mehrfach gegen die Monitore, Zerstörer und Hilfsfahrzeuge vor, drängten sie zurück und hinderten sie an der Fortführung ihrer Arbeiten.

Trotz heftiger Gegenwirkung sind unsere Torpedoboote unbeschädigt geblieben. Die englischen Seeestreitkräfte haben die flandrische Küste wieder verlassen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.“

Berichte der feindlichen Generalstabe.

Wien, 24. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Rußland.

24. April. Der Allerhöchste Kriegsherr verbrachte die Tage der heiligen Karwoche und den Karfreitag im Hauptquartier, um das große Fest der Christenheit im Kreise seines ganzen Generalstabes zu verbringen.

Feindliche Flugzeuge warfen auf Düna-burg einige Bomben ab. Eines unserer Luftschiffe vom Typ „Muramich“ belegte den Bahnhof von Daubsewas (17 Kilometer süd-östlich von Friedrichstadt) mit 13 vierzig-pfundigen Bomben (40 russische Pfund gleich 16,38 Kilogramm). An der übrigen Front Feuerkämpfe.

25. April. In der Nacht vom 22. April und am folgenden Tage beschloß die deutsche Artillerie den Brückentopf Nerküll. Deutsche Flugzeuge überflogen die Gegend von Düna-burg. An einer Stelle des Oginskkanals ließen die Deutschen erstickende Gase ausströmen. Im Laufe des Tages überschritt ein Teil deutscher Aufklärer nördlich des Wjgonowskoje-Sees die Szczara und drang in den Wald ein, wo er von uns umzingelt und niedergemacht wurde; ein Teil der Ueberlebenden gab sich gefangen.

Am 21. April vernichteten wir einen österreichisch-ungarischen Posten bei Chriasi nördlich von Czartorysk. In der Gegend von Sapanow nördlich von Kremieniec ließ der Feind drei Minen springen und versuchte, den Trichter zu besetzen, doch wurde er durch unsere Feuer in seine Gräben getrieben. Wir besetzten den Trichter und erlitten keine Verluste.

Frankreich.

11 Uhr nachts. In Belgien Tätigkeit unserer Artillerie in den Abschnitten Westende-Steenstraete. In den Argonnen richteten wir ein konzentrisches Feuer auf die Gegend von Malancourt.

Westlich der Maas beschloß der Feind im Laufe des Nachmittags heftig unsere Stellungen in der Gegend des Toten Mannes.

Oestlich der Maas und in der Boevreebene zeitweilig aussehende Tätigkeit der Artillerie. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Flugwesen. In der Nacht zum 24. d. führten unsere Geschwader mehrere Unternehmungen aus. 21 Granaten und acht Brandgranaten wurden auf den Bahnhof von Longuyon, fünf Granaten auf den Bahnhof von Stenay, zwölf auf das Truppenlager östlich von Dun, 32 auf das Truppenlager in der Gegend von Montfaucou und auf den Bahnhof von Nantillois geschleudert.

25. April, 3 Uhr nachmittags. Westlich der Maas griffen die Deutschen gestern gegen Ende des Tages nach heftiger Beschießung mehrmals unsere neuen Stellungen in der Gegend des „Toten Mann“ an. Nachdem die beiden ersten Versuche vollständig mißglückt waren, unternahm der Feind einen letzten Angriff unter starker Verwendung von brennenden Flüssigkeiten. Durch das Sperrfeuer und unsere Infanteriefeuer zum Stehen gebracht, wurden die Deutschen gezwungen, mit bedeutenden Verlusten in ihre Linien zurückzukehren.

Hestige Artillerietätigkeit in der Gegend von Avocourt. Im Laufe der Nacht versuchte der Feind ohne Erfolg, vorgeschobene Posten am Kernwerk Avocourt aufzuheben.

Oestlich der Maas ziemlich lebhafter Beschießung unserer ersten und zweiten Linie.

Im Apremontwald Handgranatenkampf.

In Lothringen zerstreuten wir eine starke feindliche Erkundungsabteilung, die versuchte, einen unserer kleinen Posten östlich Neuwiller anzugreifen.

Flugwesen. Heute früh warf ein deutscher Flieger sechs Bomben auf Dirmkirchen, wodurch eine Frau getötet und drei Männer verwundet wurden. Der Sachschaden ist unbedeutend.

Belgischer Bericht.

Gestern gegen Ende des Tages und im Laufe der Nacht heftiger Artilleriekampf im Abschnitt von Ranscapelle. Montag nachmittag setzte die Beschießung mit Hestigkeit in derselben Gegend wieder ein, ebenso wie in der Gegend Dymude-Steenstraete.

26. IV. 1916

Reise des Reichskanzlers ins Hauptquartier.

Mit dem Chef des Admiralstabes nach neuen
Besprechungen mit Botschafter Gerard.

Berlin, 26. April.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Der Reichskanzler hatte heute nach-
mittags nochmals eine längere Unterredung
mit dem amerikanischen Botschafter und
begab sich hierauf mit dem Chef des
Admiralstabes der Marine nach dem Großen
Hauptquartier.

Deutschland und Amerika.

Die Beratungen in Berlin.

B. Berlin, 25. April. Nach der Rückkehr des Reichskanzlers Dr. v. Bethmann Hollweg aus dem Hauptquartier begannen die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und den beteiligten Ressorts über die Behandlung der amerikanischen Note.

Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschlusse gelangt.

Berlin, 25. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) „B. Z. am Mittag“ meldet: Die Berliner Besprechungen über die amerikanische Note werden auch heute fortgesetzt. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ist zur Stunde noch in Berlin. Ueber seine Rückreise in das Hauptquartier ist eine endgiltige Bestimmung noch nicht getroffen. Verständigungsmöglichkeiten, wie sie wohl in der gestrigen langen Unterredung des Reichskanzlers mit dem Botschafter Gerard erörtert worden sein mögen, gelten in politischen Kreisen als nicht ausgeschlossen, doch ist man sich bei allen darauf gerichteten Bemühungen nach wie vor des Ernstes der Lage bewußt.

Berlin, 25. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Ueber den Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen berichtet das „Berliner Tageblatt“: Es läßt sich heute nur sagen, daß die Beratungen darüber, ob und wie der offene Konflikt zu verhindern sei, fortgesetzt werden, daß aber das Resultat sich nicht mit annähernder Bestimmtheit voraussagen läßt. Wenn die Berliner Börse heute so schwach war, so ist das ebenso berechtigt oder unberechtigt wie die Erholung, die an der gestrigen New-Yorker Börse zu verzeichnen ist. Diese Befestigung der Stimmung in New-York ist naturgemäß auf jene zutreffenden Nachrichten hin erfolgt, daß in Berlin zwischen der deutschen Regierung und dem Botschafter Gerard Besprechungen stattfanden, daß die deutsche Regierung keinen prinzipiell abweisenden Standpunkt einnimmt und daß nach Mitteln zur Beseitigung der Spannung gesucht wird. Bei dieser Lage der Dinge braucht die Hoffnung auf ein günstiges Ergebnis nicht aufgegeben zu werden, aber jede Prophezeiung ist schon deshalb gewagt, weil es sehr schwierig ist, sich über die Stimmung in Washington fortlaufend zu informieren. Eine neue Unterredung zwischen dem Reichskanzler oder dem Staatssekretär des Aeußern mit dem amerikanischen Botschafter hat bis zum heutigen Nachmittag nicht stattgefunden.

Reise des Reichskanzlers und des Admiralsstabschefs ins Hauptquartier.

B. Berlin, 25. April. Das Wolffsche Bureau meldet: Der Reichskanzler hatte heute nachmittags nochmals eine längere Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter und begab sich hierauf mit dem Chef des Admiralsstabes der Marine nach dem Großen Hauptquartier.

Die Haltung Wilsons.

Sch. Zürich, 25. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
 Der „Tagesanzeiger“ schreibt: Es hat für die Neutralen
 den Anschein, daß das scharfe Vorgehen Wilsons
 mit den zunehmenden innerpolitischen
 Schwierigkeiten Englands im Zusammen-
 hänge stehen könnte. Heute, da Frankreich verlangt,
 daß England mit einer Riesenarmee eingreife, bricht
 das Kartenhaus der Entente zusammen und
 Wilson muß einspringen. Wilson hat sich
 nicht zum einseitigen Beschützer der Gegner
 Deutschlands aufgeworfen, was seinen Forderungen
 Deutschland jede sachliche Berechtigung
 nimmt.

Berlin, 25. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
 Die „Morning Post“ aus Washington meldet, kann man
 nicht sagen, daß Wilson den Kongreß in der Hand habe.
 Ein großer Teil der Demokraten ist vor den Kopf geschossen,
 weil Wilson dem Kriege zustrebt und sie keinen
 Ausweg sehen. Die Republikaner sind wütend, weil sie sich
 politisch entwaffnet fühlen. Beide Parteien erkennen aber an,
 daß es gefährlich sei, sich gegen die eigene Regierung als Be-
 schützer Deutschlands aufzuspielen. Das Land wünscht
 den Krieg nicht, aber Wilson hat es in eine
 Lage gebracht, daß jeder Bürger sich ent-
 scheiden muß, ob er Yankee oder Deutscher
 sein will.

Berlin, 25. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
 Die „Bosnische Zeitung“ meldet aus Kopenhagen:
 Präsident Wilson wird, nach Londoner Blättermeldungen,
 mit Depeschen und Briefen, die seine Handlungsweise gut-
 heißen, überhäuft. Deutschfreundliche Personen und Friedens-
 Freunde bombardieren den Präsidenten mit Bitten um Auf-
 rechterhaltung des Friedens um jeden Preis. Bryan ist
 in Washington geeilt, um im Kongreß seinen
 Einfluß auszuüben, der freilich in allerhöchstem Grade durch
 die Niederlage geschwächt sein soll, die Bryan kürzlich in
 seinem eigenen Staate Nebraska erlitten hat. Die
 Deutschen in Amerika sind überaus er-
 ättert. Die Washingtoner öffentlichen und privaten Tele-
 graphenstationen werden streng bewacht, ebenso die
 Schiffswerften und Munitionsdepots.

Roosevelt über Wilson.

Berlin, 25. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
 Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Genf: Aus New-York
 wird gemeldet: Den einzigen Mißklang in die allgemeine
 Zustimmung, die Wilson mit seiner Botschaft gefunden
 hat, bringt Roosevelt, der die Haltung Wilsons
 in jeder Hinsicht illustriert: Wenn Deutschland nachgibt, ist
 damit bewiesen, daß Wilson viele Menschenleben hätte retten
 können, wenn er bereits vor 14 Monaten eine feste Haltung
 angenommen hätte. Man muß Wilson dafür tadeln, daß
 er das Land nicht rechtzeitig vorbereitet hat, seine Worte
 mit Taten zu bekräftigen.

Maßnahmen Amerikas.

Berlin, 25. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der
 „Lokalanzeiger“ meldet aus Rotterdam: Aus New-York
 wird gemeldet: Auf den Marinewerften wurden
 Befehle erlassen, um die Ausrüstung der Schiffe zu
 beschleunigen.

An Bord sämtlicher deutscher Schiffe in den
 amerikanischen Häfen wurden Zollbeamte
 zur Ueberwachung eingesetzt.

Nach der „Daily Mail“ weigern sich ameri-
 kanische Bankiers seit Freitag, Wechsel auf
 Deutschland anzunehmen.

Ein Beruhigungstelegramm aus New-York an die Berliner Universität.

B. Berlin, 25. April. Der Rektor der Berliner
 Universität erhielt am ersten Osterfesttage ein Telegramm
 aus New-York, das in Uebersetzung lautet:

„Wir Bürger der Vereinigten Staaten von
 Amerika und Vorsitzende der German University
 League of America möchten Eurer Magnificenz
 unseren lebhaften Wunsch aussprechen, daß zwi-
 schen Amerika und Deutschland der Friede
 erhalten bleibe. Da wir beide Länder gut kennen,
 fürchten wir, Deutschland könnte die Botschaft un-
 seres Präsidenten als Herausforderung
 auffassen, was sicherlich nicht beabsichtigt
 ist. Im Gegenteil, wir sind überzeugt, daß die Mehrheit
 des amerikanischen Volkes die freundschaft-
 lichen Beziehungen aufrechtzuerhalten
 wünscht, die zwischen Ihrem und unserem Lande immer
 bestanden. Um das Unheil einer falschen Auffassung abzu-
 wenden, bitten wir Sie, diese unsere Ansicht dem deutschen
 Volke zur Kenntnis zu bringen.“

Vilh. Huber, Dr. Boldt, Professor Busse, Hein, Doktor
 Krauß, Pagenstecher, Haas, Dr. Schweizer, Professor
 Shepherd, Professor v. Klenze, Dr. v. Mach, Professor
 Cutting, Mc Reil, Dr. Schön, Steinhagen.“

Kut-el-Amara vor dem Falle.

Die englischen Zeitungen bereiten auf die Kapitulation des Generals Townshend mit seinen 10.000 Leuten vor.

R. Mailand, 24. April. „Corriere della Sera“ meldet aus London: Der Mißerfolg bei dem Versuche, die türkischen Linien um Kut-el-Amara zu durchbrechen, macht es immer wahrscheinlicher, daß General Townshend mit seinen 10.000 Leuten, durch Hunger gezwungen, sich den Türken ergeben muß.

Die Evaluierung der Eingeborenen zeigt an, daß General Townshend nach 140tägiger Belagerung seine Hilfsquellen fast erschöpft hat.

Da die Entsatztruppen nicht einmal die äußerste türkische Linie von Sannahat anzutasten vermochten, werden sie schwerlich rechtzeitig an die zehn Meilen dahinter liegende stärkere Stellung von Esfin herankommen.

Einige ministerielle Zeitungen bereiten daher die englische Öffentlichkeit bereits darauf vor, daß man die militärische Tragweite des Falles von Kut-el-Amara für England, geschweige für den ganzen über zehn Millionen Soldaten verfügenden Vorkriegsverband nicht übertreiben dürfe und weisen auch auf die Russen hin, welche angeblich den türkischen Erfolg von Kut-el-Amara alsbald einzuschränken vermögen würden.

Berlin, 25. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die „Bosnische Zeitung“ meldet aus Lugano: Aus London verlautet: Infolge des unglücklichen Gefechtes am Oster-sonntag gilt Kut-el-Amara für verloren. Die Lebensmittel gehen auf die Neige. Die englische Presse bemüht sich, hervorzuheben, daß General Baget durch die Fesselung bedeutender feindlicher Streitkräfte sich ein großes Verdienst erworben habe.

R. London, 24. April. Aus Mesopotamien wird amtlich gemeldet: Die Beschießung von Sannahat dauerte den ganzen gestrigen Tag an.

Ein Gefecht in Ägypten.

R. London, 24. April. Aus Ägypten wird amtlich ein Gefecht gemeldet, das am 23. April im Bezirk Katia stattgefunden hat. Luftaufklärung ergab eine feindliche Truppenansammlung von etwa 200 bis 500 Mann in der Dueidar benachbarten Wüste. Eine Abteilung von 500 Mann machte einen heftigen Angriff auf unseren Posten von Dueidar, wurde aber nach dem Eintreffen unserer Verstärkungen zurückgeschlagen; sie ließ 30 Gefangene in unseren Händen und verlor 40 Tote. Soweit bekannt ist, wurde der Rückzug des Feindes durch eine Abteilung australischer Truppen, welche mit Flugzeugen zusammenwirkten, heunruhigt. Der Feind hatte viel Tote durch das Feuer der Truppen sowie durch Bomben und das Feuer der Maschinengewehre der Flugzeuge. Das Dorf Katia wurde von einer kleinen Truppe Yeomanry besetzt.

Gleichzeitig wurden wir durch eine feindliche Streitmacht von 3000 Mann mit drei Feldgeschützen angegriffen. Nach heftigem Kampfe zogen wir uns aus dem Dorfe zurück.

Ein blutiger Ostermontag in Dublin.

London, 25. April.

Der Cheffekretär für Irland, Birrel, gab im Unterhause bekannt, daß gestern in Dublin schwere Unruhen ausgebrochen seien. Das Postgebäude sei gewaltsam eingenommen und die telegraphische Verbindung abgeschnitten worden. Im Laufe des Tages seien Soldaten angekommen, die jetzt die Lage völlig beherrschten. Zwölf Personen, darunter vier oder fünf Soldaten, hätten das Leben verloren.

Der Konflikt mit Amerika.

Die Berliner Beratungen des Reichskanzlers mit denjenigen Persönlichkeiten, deren Meinung für die Beantwortung der Wilsonschen Note mitbestimmend ist, sind beendet. Die weiteren Beratungen, in denen nun die Entscheidung fallen wird, sind wieder ins Große Hauptquartier verlegt, wo der Reichskanzler heute eintrifft. Den gestrigen Tag hat Herr v. Bethmann Hollweg noch zu Besprechungen verwendet und u. a. gegen Abend auch den amerikanischen Botschafter Herrn Gerard wieder empfangen. An der Beurteilung der Lage hat sich gegen gestern nichts geändert: Noch bestehenden Möglichkeiten, den Zusammenstoß zu vermeiden, wenn auf amerikanischer Seite derselbe gute Wille vorhanden ist wie bei uns. Vor Sonnabend dieser Woche ist auf die Veröffentlichung der deutschen Antwort auf die letzte Note Amerikas nicht zu rechnen.

Das Wolffsche Telegraphen-Büro meldet:

Der Reichskanzler hat heute nachmittag nochmals eine längere Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter gehabt und sich darauf zusammen mit dem Chef des Admiralstabes der Marine nach dem Großen Hauptquartier begeben.

Klotze Roland.

Eine in Dänemark erschienene Schmähschrift. — Von Erich Schläpfer.

(Schluß.)

Wer die historischen Fähigkeiten des Herrn Jörgensen nach immer nicht recht begreifen haben sollte, wird vielleicht durch den folgenden Vorfall zu der entscheidenden Erkenntnis gelangen. Am 2. Dezember 1914 erklärte Bethmann Hollweg im Deutschen Reichstag, daß die belgische Neutralität als einseitige Kriegserklärung Englands Frankreich sei. Bereits am 2. August habe England Frankreich im Fall eines Angriffs der deutschen Flotte auf die französischen Küste seine Hilfe bedingungslos zugesagt. Er fügte hinzu: „Von der belgischen Neutralität verstaute ich mich nicht, und verwies auf das englische Botschaftsprotokoll, und verwies auf das englische Botschaftsprotokoll, wo die fragliche Depesche zu finden sei. Das Wort in dieser Erklärung des deutschen Kanzlers ist sachlich wahr und richtig. Herr Jörgensen aber trieg, wie vorher die Landkarte, so jetzt die Depesche her und stellt fest, daß

in ihr in einem ganz andern Zusammenhang allerdings 64 Worte über die belgische Neutralität zu finden seien. Also: der Kanzler stellt fest, daß von der belgischen Neutralität als Kriegserklärung keine Rede war. Herr Jörgensen aber unterstellt, daß von der belgischen Neutralität überhaupt nicht gesprochen worden sei. Darauf sieht er aus einem ganz andern Teil der Depesche 64 Worte über die belgische Neutralität heraus, hält sie dem Vester Kanzler einer unbilligen Gleichgültigkeit gegen die Wahrheit verfallen sei. An einer andern Stelle beschäftigt er sich mit den Dokumenten, die in Brüssel gefunden wurden und die belgische Neutralität in ein sehr zweifelhaftes Licht rücken. Jedem andern Menschen würde nun der materielle Inhalt der Dokumente die Hauptsache sein; seine dogma-

tische Eifersüchtelei aber heftet sich besonders an die Worte: Conventions anglo-belges, die auf dem Umschlag gestanden haben, in dem sie sagen. Das Wort „Conventions“ macht ihm Wein und so schafft er es mit Hilfe seiner geistigen Beweiskunst aus der Welt. Das eine Dokument wurde im Kriegsministerium, das andere im Ministerium des Aussenverhältnisses gefunden. Wenn die Aktentafel sich aber in einem solchen Ministerium befanden, können sie nie in einem Umschlag gelegen haben, folgert Herr Jörgensen. Aber was soll man machen, wenn man es nun einmal mit einem politischen Anaphabeten zu tun hat? Daß ein Dokument aus seiner Mappe herausgenommen wird und vorübergehend aus dem Ministerium des Aussenverhältnisses naherwandte Kriegsministerium wandert, geht in den ehrs-

in ihr in einem ganz andern Zusammenhang allerdings 64 Worte über die belgische Neutralität zu finden seien. Also: der Kanzler stellt fest, daß von der belgischen Neutralität als Kriegserklärung keine Rede war. Herr Jörgensen aber unterstellt, daß von der belgischen Neutralität überhaupt nicht gesprochen worden sei. Darauf sieht er aus einem ganz andern Teil der Depesche 64 Worte über die belgische Neutralität heraus, hält sie dem Vester Kanzler einer unbilligen Gleichgültigkeit gegen die Wahrheit verfallen sei. An einer andern Stelle beschäftigt er sich mit den Dokumenten, die in Brüssel gefunden wurden und die belgische Neutralität in ein sehr zweifelhaftes Licht rücken. Jedem andern Menschen würde nun der materielle Inhalt der Dokumente die Hauptsache sein; seine dogma-

Aus der Sozialdemokratie.

Nach einer Maßregelung eines sozialdemokratischen Redakteurs. In Braunschweig, dem Wahlkreis des zu Scheidemann haltenden Abg. Blos, herrscht in der Sozialdemokratie die ganz radikale Tonart im Sinne der Haase-Gruppe. Leiter des braunschweiger „Volksfreund“ ist Redakteur Thalheimer, der bis vor einigen Jahren in Württemberg mit dem dort inzwischen aus der Partei ausgeschlossenen Redakteur Crispian zusammen gewirkt hat. Jetzt ist, wie das „Hamb. Echo“ berichtet, der zweite Redakteur des braunschweiger „Volksfreund“, Max, von der Preßkommission seiner Stellung sofort entzogen worden, weil er sich weigerte, nach der bevorstehenden Einziehung Thalheimers die jetzige (radikale) Politik des Blattes fortzusetzen, und er in einer Versammlung seines Bezirks Mitteilungen über den augenblicklichen finanziellen Stand des Geschäfts gemacht haben soll.“

Gegen den Abg. Blos, der auf der Seite von Scheidemann steht, hat der sozialdemokratische Verein in Braunschweig — Abg. Blos ist Vertreter des Wahlkreises Braunschweig — in zwei Versammlungen Stellung genommen. Eine der dort angenommenen Resolutionen lautet: „In der Ausschließung Liebknechts, Müßles und der 18 Genossen der Fraktionsgemeinschaft durch die Mehrheit der Reichstagsfraktion, in den Gewalttaten der Parteinstanzen gegen den „Vorwärts“ und das Duisburger Parteiblatt erblickt die Mitgliederversammlung die Verwandlung der Fraktionsmehrheit und der Vorstandsmehrheit in willkürliche Handlanger des Imperialismus und der herrschenden Klasse.“

Haases Plan.

Aus den Kreisen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird der sozialdemokratischen „Internationalen Korrespond.“ geschrieben:

„Der Abgeordnete Haase hat zu einem Korrespondenten eines ausländischen Blattes geäußert, er hoffe, in kurzer Frist noch mindestens 25 bisherige Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion seinen Spuren folgen zu sehen.

Haase, dessen Mäßigkeit nur durch seine Verschlagenheit übertrossen wird, drückt mit solchen Worten mehr einen Plan als eine Hoffnung aus. Es ist kein Geheimnis, daß sich die führenden Mitglieder der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ schon sehr stark bemüht haben, aus der jetzigen Linken und der Mitte der alten Reichstagsfraktion noch Mitglieder zu sich herüberzuführen; ebensowenig braucht die Tatsache verschwiegen zu werden, daß sich Hoch, Rißel, Simon, Antrick, Emmel und eine Reihe anderer Mitglieder der alten Fraktion den Haase und Ledebour näher verwandt fühlen als ihren Fraktionskollegen Scheidemann und David. Als Haase neulich seine herzlich unbedeutende Rede über die auswärtige Politik hielt, konnte man recht lehrreiche Beispiele von auffallendem Taktmangel oder gesuchter Anbiederung in der Reichstagsfraktion beobachten.

Der linke Flügel der alten Fraktion wird sich angesichts des Haaseschen Planes seiner Verantwortung wohl bewußt sein. Haases jetzige Fraktion ist nicht lebensfähig. Einmal sind die Gegensätze zwischen den extremen Anarchosozialisten Henke, Herzfeld und Runert auf der einen, den alten Gewerkschaftern wie Geyer, Horn und Bock auf der anderen Seite nicht lange und sicher nicht dauernd zu überbrücken; dann fehlt es der Gruppe trotz ihres vielversprechenden Namens an soliden Arbeitsträften; es kommen eigentlich nur Haase, Wurm, für gewisse Gebiete auch Cohn und Stadthagen in Betracht, während Männer wie Ledebour und Dittmann für Fleiß und Kenntnisse erfordernde parlamentarische Arbeit ebensowenig von Belang sind wie die Veteranengruppe. Von der bloßen Opposition gegen die alte Fraktion, von den bekanteten 10- bis 100 prozentigen Zuschlägen zu deren Anträgen und von anderen solchen demagogischen Kniffen kann die „S. A. G.“ ebensowenig leben, wie von Ständalshzenen oder Ledebourschen „Geschäftsordnungs“-Arien.

Das sieht Haase natürlich selbst sehr genau. Und daher sucht er eine neue „Umgruppierung“ herbeizuführen. Schon ein mäßiger Zuwachs von sechs bis acht Mitgliedern würde ihm zunächst gestatten, das Kleeblatt Henke, Herzfeld, Runert, das eigentlich zu Liebknecht und Nölde gehört, entweder aus der „Arbeitsgemeinschaft“ hinauszuführen oder doch völlig kaltzustellen. Das zweite Verfahren ist das wahrscheinlichste, denn es dürfte sich für die Führer der „S. A. G.“ aus bestimmten Gründen nicht empfehlen, mit Herzfeld allzu rücksichtslos umzuspringen. Die bloße Kaltstellung mit Fraktionszwang — den Haase in seiner Gruppe natürlich mit Löwenmut verteidigen wird, so wie er ihn in der großen Fraktion bekämpft hat — genügt auch für den Zweck, mit dem neuen Zuwachs eine leidlich lenkbare Fraktion von mehr als 15 Mann aufzubauen.“

Anstimmigkeiten in der Berliner Sozialdemokratie.

Der Zentralvorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend beschloß am 25. April die Einberufung einer ordentlichen Generalversammlung zur Neuwahl des Verbandsvorstandes. 20 Mitglieder des Zentralvorstandes protestieren gegen diesen Beschluß, weil er aufs neue beweise, daß der Mehrheit des Zentralvorstandes, ohne auf die schwierige Lage der Partei Rücksicht zu nehmen, jedes Mittel recht ist, um die Leitung des Verbandes mit Leuten zu besetzen, die jederzeit auch den parteischädigenden Wünschen unverantwortlicher Kreise willenlos nachkommen. Die 20 protestieren gegen diese

brutale Unterdrückung der Meinungsfreiheit, wie auch gegen das systematische Hinüberschieben der Berliner Parteiorganisation zu den Bestrebungen der Sonderorganisationen.“ Der Beschluß, die nächste Verbandsgeneralversammlung auch dann abzuhalten, wenn ein Bericht der Verbandsleitung und eine freie Aussprache über die Berliner Parteiverhältnisse nicht möglich ist, verstoße gegen Wortlaut und Sinn des Berliner Verbandsstatuts.

Englands Antwort an Amerika.

Ablehnung der Vorstellungen wegen der verschärften Blockade.

London, 25. April.

Die Regierung veröffentlicht eine lange Denkschrift, die der britische Botschafter in Washington am 24. d. dem Staatssekretär Lansing als Antwort auf die Vorstellungen der Vereinigten Staaten bezüglich der Blockade Deutschlands überreicht hat. Darin heißt es:

Die Regierung der Vereinigten Staaten beschwert sich darüber, daß die britischen Methoden zur Erlangung der Gewißheit, ob Güter, die nach neutralen Häfen unterwegs sind, für den Feind bestimmt sind, nicht gerechtfertigt seien. Die richtige Antwort hierauf ist die, daß den neuen Listen zur Uebermittlung von Gütern an den Feind durch neue Methoden der Anwendung des anerkannten Grundgesetzes

Zu der Liste von Fahrzeugen, die in der amerikanischen Note erwähnt werden und deren Ladung zurückgehalten wurde, heißt es in der Denkschrift: Das Auffallendste an dieser Liste ist die Schnelligkeit, womit die Schiffe wieder freigelassen sowie der sehr geringe Verlust und die geringe Unbequemlichkeit, denen sie in der Regel ausgesetzt wurden.

Die Denkschrift fügt hinzu: Die königliche Regierung wünscht den Vereinigten Staaten zu versichern, daß sie die Bemühungen fortsetzen wird, die Ausübung dessen, was sie als Recht eines Kriegführenden betrachtet, so wenig als möglich lästig für die Neutralen zu gestalten.

Meinungen Ruypers über die Ursache des Weltkrieges.

Budapest, 26. April. Der ehemalige holländische Ministerpräsident Dr. van Ruyper, der vorgestern in Wien vom Minister des Auswärtigen Baron Burian empfangen wurde und bis Montag in Budapest verbleibt, äußerte sich einem Vertreter des „N. G.“ gegenüber unter anderem folgendermaßen: Er sei bei Ausbruch des Weltkrieges der Ansicht gewesen, daß letzterer von der österreichisch-ungarischen Monarchie verursacht worden sei. Auch viele seiner Landsleute hätten diese Anschauung geteilt. Nunmehr habe er in wahrer Kenntnis der damaligen Lage die Ueberzeugung gewonnen, daß nicht das Vorgehen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, sondern daß einzig und allein Rußland die Ursache des Weltkrieges sei. Poincaré habe in Petersburg beim Zaren die Mobilisierung durchgesetzt. Jeder objektiv Denkende mußte, fuhr Dr. v. Ruypers fort, die Ueberzeugung gewinnen, daß nur Rußland die Ursache des Krieges sei, Oesterreich-Ungarn aber gar nicht anders handeln können, als es gehandelt habe. Die Rolle Hollands sei die der Feuerwehr, die dreimal ohne Ursache alarmiert war und immer am Brandplatze erschien, wenn auch der Feuerlärm ein blinder gewesen ist. Ein Beweis dafür, daß sie auch beim vierten Alarm am Brandplatze rechtzeitig erscheinen werde. Ein Unglück wäre es bloß, wenn einmal der Brand ausbräche und die Feuerwehr nicht rechtzeitig erschiene. Dieser Fall werde aber bei uns niemals eintreten.

Neuer Schritt der Entente in Athen.

A. Athen, 25. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Gesandten der Ententemächte haben einen neuen Schritt wegen des Transportes serbischer Truppen nach Mazedonien unternommen, wofür sie die Benützung griechischer Eisenbahnen verlangten.

Nach dem Besuche der Diplomaten fand ein Ministerrat statt.

A. Köln, 26. April. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Athen: Der Vierverband begnügt sich nicht mehr mit der Beschlagnahme von Postsendungen der griechischen inländischen Post, sondern vergreift sich auch an der griechischen inländischen Post. Das französische Kriegsschiff „Brug“ beschlagnahmte auf drei griechischen Dampfern gegen 150 Postfäcke, darunter eine Korrespondenz der Behörden und der griechischen Truppenkommanden mit der Zentrale.

27. IV. 1916

Die Mitteilungen Asquiths über die Rekrutierungsfrage.

London, 25. April. (Meldung des Reuterschen Büreaus.) Das Pressbureau teilt mit:

In der geheimen Sitzung des Unterhauses gab Premierminister Asquith Einzelheiten über die Heeresvermehrung und die militärische Tätigkeit des britischen Reiches einschließlich der Kolonien und Indiens. Sodann gab er eine Uebersicht über die Untersuchung der Regierung in der Rekrutierungsfrage, über die Forderungen der Arbeiter, über die Bedürfnisse der Handelsflotte, der Häfen, der Munitionsindustrie und der andern unentbehrlichen Industrien. Der Premierminister verbreitete sich ferner über die Deckung der Kosten der Rekrutierung und über die Subsidien an die Alliierten und sagte, die Rekrutierung habe seit August nicht mehr ausgereicht, um die Armee gehörig zu entwickeln. Die Regierung beschloß daher: erstens den Dienst der Mannschaften, deren Dienstzeit abgelaufen ist, bis Kriegsende zu verlängern; zweitens die Territorial-

truppen mit den Regimentern, die sie brauchen, zu vereinigen, und drittens die befreiten Mannschaften wieder dienstpflichtig zu machen, sobald ihr Befreiungszertifikat abgelaufen ist. Ferner schlägt die Regierung vor, junge Leute, die am 8. August noch nicht achtzehn Jahre alt sind, dienstpflichtig zu machen, sobald sie das achtzehnte Jahr erreicht haben.

Zugleich schlägt die Regierung vor:

1. Sofort Maßregeln zu ergreifen, um durch freiwillige Anwerbung der nichteingeschriebenen Unverheirateten die notwendigen Mannschaften zu erhalten.
2. Die Regierung fordert die Ermächtigung, sofort zu Zwangsmaßregeln überzugehen, wenn am 27. Mai nicht 50,000 von diesen angeworben sind.
3. Dasselbe soll stattfinden, wenn in irgendeiner Woche nach dem 27. Mai weniger als 15,000 Mann eingeschrieben werden.
4. Die unter 1 und 2 angeführten Maßregeln sollen ausgeführt werden, bis die Zahl von 200,000 Mann von den noch nicht eingeschriebenen erreicht worden ist.

An der Debatte nahmen 16 Abgeordnete teil.

Nach der Verhandlung wurde das Haus vertagt.

Am 26. April wird wieder eine geheime Sitzung stattfinden.

Im Oberhause machte Lordpräsident des Geheimen Rates Marquess of Crewe die gleichen Mitteilungen.

Möglichkeit der Anrufung des Haager Schiedsgerichtes.

Berlin, 26. April. (Privattelegramm.) Dem Amsterdamer Korrespondenten der „Vossischen Zeitung“ wird von seinem Londoner Gewährsmann mitgeteilt, daß amerikanische diplomatische Kreise Londons glauben, Wilson könne vom Senat ver-

anlaßt werden, die Streitfrage dem Haager Schiedsgerichte zu unterbreiten. Ein Entgegenkommen Deutschlands würde ihm diese Möglichkeit steigern. Es ist aus der Meldung nicht ersichtlich, ob dabei nur die Versenkung der „Sussex“ in Frage kommen soll, oder ob die Anregung die ganze Unterseebootfrage in ihren Bereich gezogen wissen möchte.

Militärische Vorbereitungen in der Union.

Frankfurt, 26. April. (Privattelegramm.) Die „Frankfurter Ztg.“ meldet aus New-York: Die Blätter erhalten Berliner Telegramme, wonach eine friedliche Lösung möglich erscheint. Indessen werden hier militärische Vorbereitungen getroffen, die größtenteils als Demonstrationen aufzufassen sind. Die Abgeordneten, die Wilsons Kriegspolitik beurteilen, werden von den Chauvinisten und den Jingoblättern mit Telegrammen und Artikeln bombardiert.

Ein amerikanisches Urteil.

New-York, 25. April. (Zuspruch des Vertreters des Wolffschen Bureaus.) In einem „Gelegenheit für Deutschland“ überschriebenen Leitartikel sagt „Evening World“: Wieder und wieder beteuerte Deutschland unsrer Regierung, daß seine rechtswidrige Unterseebootpolitik in dem den britischen Inseln benachbarten Kriegsgebiet nur eine Folge der ungeseglichen Bemühungen Englands sei, den deutschen Handel zu erdroffeln und das deutsche Volk auszuhungern. Im gegenwärtigen Augenblick, wo unser Land zum letztenmal die Forderung stellt, daß die Unterseebootpolitik beendet werde, sollte es scheinen, daß der Bestand der Deutschen ihnen den Weg diffieren sollte, der, abgesehen davon, daß er die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten aufrechterhielte, das deutsche Ansehen in den Augen der ganzen zivilisierten Welt außerordentlich stärken würde. Wenn Deutschland jetzt erklären würde, daß es sich aus Rücksicht auf die Rechte der Amerikaner zur See und um die früher geltenden Grundsätze des Völkerrechtes unverletzt aufrechtzuhalten

entschlossen hätte, den Unterseebootkrieg, so wie er jetzt geführt wird, aufzugeben, und es der Ehre der Vereinigten Staaten überließe, das Völkerrecht und die Rechte des Handels unparteiisch und mit Gerechtigkeit gegen alle Kriegführenden aufrechtzuhalten, wenn Deutschland bereit wäre, dies schnell und ohne Einschränkung zu tun, so könnte es damit etwas vollbringen, was ihm jetzt und in Zukunft mehr wert wäre als die Zerstörung von tausend feindlichen Schiffen.

Amsterdam, 25. April. Das Reutersche Bureau verbreitet folgende Washingtoner Meldung: In dem ungestümen Wunsche, den Kongreß zu beeinflussen, überschwemmen deutsche Agitatoren den Senat mit Telegrammen, die gegen ein Vorgehen Einspruch erheben, das zum Krieg führen könnte. 25.000 Telegramme sind bereits eingetroffen, meistens aus den Staaten des mittleren Westens, wo der deutsch-amerikanische Einfluß vorherrscht.

Englische Stimmen.

London, 25. April. Die englische Presse verherrlicht die Politik des Präsidenten Wilson und seine Note.

„Times“ schreibt: Wilson verließ niemals die Grundsätze, auf die er seine Politik gründete. Wir betonen wiederholt, daß sie den höchsten und beständigsten Charakter haben. Sie sind die Grundlagen, auf denen das ganze System der Völkerrechte beruht. Das Blatt rühmt die Folgerichtigkeit und Beharrlichkeit, womit Wilson seinen Grundanschauungen treu blieb, und seine Geduld und fährt fort: Wir hätten uns gewundert, wenn die amerikanische Presse das Vorgehen des Präsidenten nicht begrüßt hätte. Die amerikanische Presse fühlte, daß sein Vorgehen im Interesse der Zivilisation und der Ehre Amerikas notwendig wurde. Wilson rechtfertigte es mit Gründen, von denen wir stets sagten, daß sie im amerikanischen Volk

Eindruck machen. Wir vertrauen fest, daß Wilson die Billigung und die Unterstützung Amerikas findet, sowohl für das, was er tat, als für das, was er tun wird.

„Morning Post“ sagt: Man muß abwarten, was der Ausdruck über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen bedeutet. Er bedeutet nicht notwendig den Krieg, aber er kann zur Bildung einer Liga der Neutralen gegen den gemeinsamen Feind der Menschheit führen.

„Daily Telegraph“ führt aus: Man kann zwischen den Zeilen der Note lesen, daß alle zivilisierten Mächte der Erde so gut wie einig sind.

„Daily News“ schließen ihren Leitartikel mit der Aussicht auf den Eintritt Amerikas in den Krieg. Das Blatt schreibt: Der moralische Wert eines solchen Bündnisses kann schwerlich unterschätzt werden. Ebenso wenig darf die materielle Wirkung des amerikanischen Einschreitens gering eingeschätzt werden. Amerikas finanzielle und wirtschaftliche Stärke, seine Fähigkeit, dabei mitzuwirken, daß Deutschland an allen Punkten mit einer undurchbrechbaren Blockade umgeben wird, sowie das Freiwerden der in den amerikanischen Häfen liegenden deutschen Schiffe für die gemeinsamen Zwecke der Verbündeten würden Wilson in den Stand setzen, ohne daß er einen Soldaten oder ein Schiff in Bewegung zu setzen braucht, die Kriegsdauer und die Bedingungen des Friedens in der mächtigsten Weise zu beeinflussen.

Die Reise der Sobranje- mitglieder.

Audienzen und Empfänge in Budapest, Wien
und Berlin.

Unter der Führung des Sobranjebizpräsidenten **Montschikow** werden, wie „Az Est“ aus **Sofia**, 25. d. meldet, mehrere Mitglieder der bulgarischen Regierungspartei am 30. d. eine Auslandsreise antreten. Die erste Station wird **Budapest** sein, wo sie vom Grafen **Lizza** und Bürgermeister **Barczy** empfangen werden. Wahrscheinlich werden sie auch einer zu der Zeit tagenden Abgeordnetenhausitzung anwohnen. In **Wien** werden sie von Baron **Burian**, Grafen **Stürgkh** und Bürgermeister **Weiskirchner** empfangen werden. Wahrscheinlich werden sie auch beim Kaiser in Audienz erscheinen. Von **Wien** reist die Abordnung nach **Berlin**, wo sie bei Kaiser **Wilhelm** erscheinen werden, hierauf nach **Wiel** und **Hamburg**, wo ihnen die Häfen der Unterseeboote gezeigt werden.

Aus der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft in Gefangenschaft. Der „Vorwärts“-Redakteur Heinrich Cunow, der innerhalb der Redaktion eine Sonderstellung einnimmt und die radikale Taktik der Stroebel und Genossen verwirft, verspottet den Reichstagsabgeordneten Eduard Bernstein recht artig. Bernstein hat bekanntlich in der Steuerkommission des Reichstags dem sozialdemokratischen Antrag auf Verschärfung der Erbschaftsteuer nicht zugestimmt und diesen rollenwidrigen Seitensprung hernach unter der Überschrift „Keine Bewilligungswut“ mit der Behauptung zu begründen versucht, daß es nicht Aufgabe der Sozialdemokratie sein könne, der Regierung mehr Steuern zu „apportieren“, als sie selbst fordere. Die ganz radikale „Bremer Bürgerztg.“ hat Bernsteins Haltung gebilligt und erklärt: „Die Erledigung der Steuerfrage wird einen großen Einfluß auf die weitere Ausbringung der Kredite haben; sie ist also eine indirekte Form der Kreditbewilligung und würde als solche auch von den Massen aufgefaßt werden!“ — Hierzu sagt nun Heinrich Cunow im „Vorw.“:

„Diese Argumentation scheint auf Bernstein ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Ganz vermochte er sich nicht die Forderung der sogenannten „prinzipiellen Verweigerer“ anzueignen wie denn das Ganze und Entschiedene überhaupt nicht seiner Natur entspricht; aber seinen guten Willen, soweit als möglich das Diktum der Ganzentschiedenen zu respektieren, wollte er doch beweisen — und so stimmte er erst in prinzipieller Beurteilung aller „Bewilligungswut“ gegen den Erbschaftsteuerantrag, dann aber ersaßte auch ihn die gleiche „Bewilligungswut“ und so stimmte er für den Behrsteuerbeitrag. Halb zog sie ihn, halb sand er hin, und ward...? Abzumarten bleibt, wie sich der rechte Flügel der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, die Gruppe Haase-Debour, zu der Frage stellen wird. Wird sie dienstbeflissen die Forderung der Ganzentschiedenen erfüllen und die prinzipielle Verweigerung aller Steuern proklamieren, oder wird sie, wie Bernstein, zwischen dem Einer- und Andererseits hin- und her zu balancieren suchen? Der Fall ist schwierig; denn der Treiber sitzt ihr im Nacken. Die Mitglieder dieser Gruppe sind, wie die Dinge heute liegen, die Gefangenen der Internationalisten, die von ihrem Standpunkt aus entschieden die Konsequenz für sich haben. Immer weitere Nachgiebigkeit gegen deren Befehle, oder baldige Neuschaltung der „Arbeitsgemeinschaft“ — so ist die Frage unerbittlich gestellt.“

„Nicht alle Brücken abbrechen.“ Der sozialdemokratische Bezirksvorstand für Thüringen hat dem Parteivorstand und allen Seiten den gutgemeinten Rat erteilt:

„Ihrerseits nicht alle Brücken abzubauen, die zur späteren Beseitigung der gegenwärtigen Mißstände führen können. Dazu gehört in erster Linie, unter allen Umständen zu verhindern, daß die parlamentarische Vertretung der Arbeiterklasse in zwei Fraktionen gegeneinander arbeitet. Es muß alles daran gesetzt werden, daß ein besonneneres Nebeneinander- und gegebenenfalls ein Miteinanderarbeiten wieder erreicht wird. Die Parteigenossen im Lande hoffen und wünschen, daß die nervöse Erregung einer ruhigeren Ueberlegung und dementsprechendem Handeln weicht, im Interesse der Organisation.“

Für thüringische Wahlkreise gibt es zwei sozialdemokratische Bezirke. Zu Thüringen I gehören die sozialdemokratisch vertretenen Wahlkreise Weimar (Abg. Baudert) und Rudolstadt (Hofmann). Die drei Wahlkreise von Thüringen II sind sämtlich sozialdemokratisch vertreten: Neuß a. L. (Cohen), Neuß j. L. (Wurm), Jena (Leutert). Von diesen fünf Abgeordneten gehört Wurm zur Gruppe Haase, die Abg. Baudert und Leutert zu der Minderheit der Reichstagsfraktion, die im Dezember zunächst in der Fraktion gegen den Kriegskredit stimmten, hernach aber bei der Entscheidung im Reichstag den Reichstagsaal verließen, und die nach dem Ausscheiden der Haase-Gruppe der Fraktion durch eine Erklärung das Recht abspachen, „ein Parteimitglied von der Fraktionsgemeinschaft auszuschließen“.

Kulturarbeit in den okkupierten südöstlichen Gebieten.

In fetter Erinnerung sind noch die todesmutigen Taten heldenhaften Opfermutes unserer Truppen an der südöstlichen Front. Aber ebenso staunenswert ist die Kulturarbeit, die jetzt das Militärgeneralgouvernement in Serbien leistet.

Als die Widerstandskraft des serbischen Heeres zusammenbrach und es den Rückzug antrat, zwang es auch die meisten Zivilbewohner zur Flucht. Ihr Leidensweg, den sie ziehen mußten, ist gezeichnet durch die Leichen der vor Frost, Hunger und Erschöpfung gestorbenen Männer, Frauen und Kinder. Nur wenige gelangten nach Montenegro, wo ihrer die höchste Not harrte und wo die Hungersnot bereits wütete. Die Preise für Lebensmittel erreichten eine phantastische Höhe; manche gaben ihr Pferd, manche ihr ganzes Hab und Gut für ein Stückchen Brot. Selbst in Belgrad war die Not und das Elend ungeheuer groß und noch mehr im übrigen Lande. Nur militärische Energie konnte unter solchen Umständen Hilfe bringen. Es wurden Volksschulen, Suppenanstalten errichtet und Lebensmittel verteilt, um die Bevölkerung vom Hungertode zu retten. Dazu die vielen Krankheiten: Cholera, Flecktyphus, Ruhr, Sturbut im ganzen Lande! Es war eine harte Arbeit für die Verwaltung und für unsere Militärärzte. Jetzt ist jede Gefahr geschwunden, Infektionsspitäler, Quarantänanstalten, Marodenhäuser sind überall errichtet. Wo nur irgendwelcher Verdacht einer Infektionskrankheit auftaucht, tritt sofort der Desinfektionsapparat in Tätigkeit. Gegen Verbreitung der Tuberkulose werden weitgehende Maßnahmen getroffen. Unzählige Badehäuser wurden errichtet. Wohin man schaut, werden Neubauten, Depotbaracken errichtet, Ortschaften und einzelne Häuser für die Zivilbevölkerung hergerichtet, Gärten angelegt, die Felder bebaut. Es entstehen überall wahre Handels- und Industriezentren und Wirtschaftsbetriebe aller Art: Dampfwäscherei, Bäckerei, Molkerei, Weiß- und Lohgerberei, Mühlen und Werkstätten verschiedenster Art. Die besonders dem Hauptverkehr nahe liegenden Berggruben wurden in Betrieb gesetzt.

Die Schulgebäude waren teilweise vernichtet und verwüstet, die Schulkinder gänzlich verwahrloßt und seit dem Balkankrieg ohne Unterricht. Das Schulwesen stand auch in Friedenszeiten auf einer sehr niedrigen Stufe. Ein Schulzwang gab es nicht. Deshalb ist die Zahl der Analphabeten erschreckend groß. Die verwüsteten Schulen wurden hergerichtet und die Schuljugend unter Aufsicht pädagogisch gebildeter Unteroffiziere gestellt, und bald entstanden im ganzen Lande Hunderte von Schulen, die durch die Reinlichkeit, Ordnung im Schulgebäude, sowie durch die tabellose Disziplin der Kinder jeden Besucher angenehm überraschten. In Belgrad und Umgebung sind etwa 20 Schulen eingerichtet, auch eine stinkklassige katholische Volksschule mit 170 Kindern.

Die Zählung elternloser, verwaiseter Kinder begann bald und ergab eine erschreckend große Zahl, bis 10 000. Jetzt sind schon Kinderasyle unter militärischer Aufsicht in Gründung begriffen. Verwahrloste, halbwüchsige Jugend wird in landwirtschaftlichen und Gewerbekursen praktisch unterrichtet und an die Arbeit gewöhnt. Mit jeder Schule ist eine Suppenanstalt verbunden, in der die Kinder armer Eltern unentgeltlich zu essen bekommen. Schulgeld wird nicht bezahlt, selbst die Schulbücher werden gratis verabfolgt.

Wer heute nach Belgrad kommt, findet eine lebhafteste Stadt vor. Zerbrochene Häuser an der Peripherie und namentlich in der Festung Kalimehdan erinnern an die Kämpfe der nahen Vergangenheit; überall jedoch fieberhafte Tätigkeit der Hechtgrauen: Häuser werden in Stand gesetzt, das Pflaster wird ausgebessert, ein großes Elektrizitätswerk wurde installiert und versorgt die ganze Stadt mit Licht; die elektrische Straßenbahn verkehrt auf allen Linien, Geschäfte, Restaurants, Kaffeehäuser, sind geöffnet, es herrscht ein roges Leben in den Straßen. Ueber 60 000 Einwohner sind bereits nach Belgrad zurückgekehrt, und auch die Städte sowie Ortschaften im Innern des Landes bevölkern sich wieder. Disziplin, Ordnung und Reinlichkeit und auch die Wohlfahrts-einrichtungen müssen der Verwaltung unbedingt, wenn auch vorläufig noch nicht die Liebe, aber Achtung und Vertrauen schaffen.

Die gleiche regenreiche Kulturarbeit ist auch in Montenegro wahrzunehmen. Das Militärgeneralgouvernement in Cetinje hat noch mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, um die Not zu lindern und Ordnung in das Land zu bringen. Es ist ihr aber schon vielfach gelungen, gewaltige Arbeit zu leisten, die schon heute ihre reichen Früchte trägt und sich in der Anerkennung der Bevölkerung offenbart.

In Albanien ist die Verwaltungsgewalt in den Händen des höchsten militärischen Kommandos der operierenden Armee. Kulturarbeiten gleicher Art wie in Serbien und Montenegro, besonders aber die sanitären Maßnahmen in diesen verfeuchten Gegenden erforderten viel Arbeit und Energie und wurden auch mit Erfolg bereits durchgeführt. An 70 Arbeiterabteilungen sind hier zum Wohle des Landes beschäftigt.

In allen diesen okkupierten Gebieten widmen unsere Verwaltungen der Instandsetzung der Soldatengräber die größte Sorge um den teuren Gefallenen und Verstorbenen all das zu bieten, was die Liebe und Pietät den teuren Helden zu geben vermögen. Auch für die religiösen Bedürfnisse ist bestens gesorgt. Bei der operierenden Armee in Albanien ist eine entsprechende Anzahl Feldgeistlicher, ebenso in allen Sanitätsanstalten eingeteilt. In Serbien wurde die Pastoration der katholischen Zivilbevölkerung ebenfalls dem Feldklerus anvertraut. Allein in Belgrad sind gegenwärtig über 4 000 Katholiken, für die ein eigener Feldkurat bestellt wurde, der auch den Religionsunterricht in der katholischen Volksschule zu erteilen hat. Leider gibt es nirgends eine Kirche oder Kapelle, und es müssen Baracken und geeignete Lokale hierzu adaptiert werden. Selbst in Belgrad stand nur die kleine Gesandtschaftskapelle, die kaum 150 Personen faßt, zur Verfügung. Durch die Adaptierung und Weihe des Thronsaales im Konak zu einer Kapelle, welche ich am 2. April in feierlicher Weise vorgenommen habe, wurde vorläufig für Belgrad eine Abhilfe geschaffen.

Emmerich Biekt, Bischof, Apostolischer Feldvikar.

Berichte der feindlichen Generalsstäbe.

Wien, 27. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

26. April. In Mori im Sagarinatale verursachten feindliche Granaten einen Brand, der aber sogleich gelöscht

wurde. Unser Geschützfeuer brachte Munitionsdepots in Manzano und Romesino zur Explosion. Im oberen Cordevoletale wurde der gewohnte feindliche Angriff gegen unsre vorgeschobenen Stellungen am Kamn des Col di Lana nordwestlich des Gipfels abgewiesen. Am Fozzo Artillerietätigkeit. Im Abschnitt von Selz (Karstplateau) richtete der Feind gestern nachmittag ein heftiges Zerstörungsfeuer auf den von uns am 22. d. besetzten Graben und griff abends und nachts die Stellung mit Massen von Infanterie an, wurde aber stets unter schweren Verlusten zurückgeschlagen.

Rußland.

26. April. Feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf die Stellungen östlich von Düna-Burg und Düna-Burg selbst und auf die Stellungen westlich von Postawh.

Die feindliche Artillerie war an verschiedenen Abschnitten tätig.

Südlich des Fleckens Krewo scheiterte ein deutscher Angriffsvorstoß.

In derselben Gegend überflogen zahlreiche deutsche Flugzeuge unsre Stellungen. Eines wurde abgeschossen und fiel in unsre Linien südöstlich von Krewo. Luftfahrzeuge des Feindes warfen Bomben auf den Bahnhof von Gundewicze 23 Kilometer südlich von Sinawla und zwischen den Bahnhöfen von Barenowicze und Sumnic.

Frankreich.

26. April, 11 Uhr nachts. Nördlich der Aisne beiderseitige Beschließung der Artillerien in der Gegend von Bois de Buttes. Die Gesamtsumme der von uns im Laufe des gestrigen Angriffes eingebrachten Gefangenen beträgt 150 Mann, darunter 4 Offiziere. Außerdem erbeuteten wir 2 Maschinengewehre und 1 Bombenwerfer. In der Champagne vereinigte unsre Artillerie ihr Feuer auf die feindlichen Artillerieparcs im Tal von Le Dormoise. In den Argonnen entwickelten unsre Batterien eine umfangreiche Tätigkeit gegen deutsche Werke auf der Höhe 285, bei Bauquois und im Gehölz von Cheppy.

Westlich der Maas heftiges Geschützfeuer in den Gegenden von Wocourt, Höhe 304, Esnes und Montzeville. Im Abschnitt Lotez Mann kam es einige Male auf beiden Seiten zu Trommelfeuer.

Ostlich der Maas und in der Woivre die ständige Tätigkeit der Artillerien. Ein weittragendes deutsches Geschütz feuerte morgens in der Richtung auf Barangéville und Lunéville.

In Lothringen wurde ein deutscher Angriff, der gegen unsre Stellungen nördlich

Senones vorzubringen versuchte, durch unser Sperfeuer kurz angehalten. Mehrere Gefangene, darunter ein Offizier, blieben in unsern Händen. Nach neuen Nachrichten muß man die von den Deutschen gestern bei dem Angriff auf unsern Vorsprung von La Chapelle erlittenen Verluste auf ungefähr tausend Mann einschätzen.

Luftkampf. Ein verirrtes Ubiatflugzeug landete heute nacht in der Gegend von Posières an der Dife in unsern Linien. Die beiden Fliegeroffiziere wurden gefangen genommen. Ein feindliches Flugzeug stürzte unter dem Feuer unsrer Ballonabwehrgeschütze brennend bei Bagatelle Pavillon (nördlich Jour de Paris) ab. Das gestern bei Bauquois in den feindlichen Linien abgestürzte, von unsrer Artillerie zerstörte deutsche Flugzeug wurde von Leutnant Navarre abgeschossen, der damit sein neuntes Flugzeug abschloß. In der Nacht zum 26. d. waren unsre Kampfflugzeuge besonders tätig. In der Gegend von Verdun wurden 14 Geschosse auf Artillerieparcs und Bivvaks in der Gegend von Stain abgeworfen, 4 auf Bivvaks bei Dambillers, 6 auf den Bahnhof von Brieulles, 15 auf den Bahnhof von Conflans, 6 auf den Bahnhof von Pierre Pont, 6 auf die Eisenwerke Joux in Somcourt, 6 auf den Bahnhof von Mezières und 2 auf Bethel. In der gleichen Nacht führten unsre Flugzeuge zahlreiche Beschießungen in der Gegend von Rohe aus. 18 Bomben wurden auf ein Munitionsdepot südlich Viller Carbonnel abgeworfen, wo starke Explosionen festgestellt wurden. 12 Bomben wurden auf Pont Biache, 38 auf das Depot von Cremerly Grury nördlich Rohe abgeworfen. In der Nacht zum 26. d. warf ein deutsches lenkbares Luftschiff etwa 12 Bomben in der Gegend von Etalles-Bentin-Paris-Plage ab. Zwei englische Soldaten wurden leicht verwundet. Der Sachschaden ist unbedeutend.

Belgischer Bericht.

Starke Artillerietätigkeit vormittags, besonders in der Gegend von Dirmuiden-Steinstrate. Heute war die beiderseitige Beschießung auf den übrigen Punkten der Front von geringerer Stärke.

Bombenexplosion in der Athener bulgarischen Gesandtschaft.

R. Mailand, 27. April. „Secolo“ meldet aus Athen: Am 25. d. M. explodierte eine Bombe im Gebäude der bulgarischen Gesandtschaft in Athen.

Alle Fenster der Gesandtschaft und der umliegenden Häuser wurden zertrümmert, sonst wurden keine großen Schäden beobachtet.

R. Berlin, 27. April. Der Berichterstatter des Wolffschen Bureaus in Athen meldet: Die Bombe, die auf der Treppe der bulgarischen Gesandtschaft in der Nacht zur Explosion gebracht wurde, riß ein Loch von 40 Zentimeter Tiefe und 80 Zentimeter Breite. Die Lusterschütterung war außerordentlich stark. Sämtliche Fenster der Gesandtschaft und der Häuser der Umgebung wurden zertrümmert.

Der bulgarische Gesandte äußerte gegenüber dem Vertreter des Wolffschen Bureaus, er halte es für ausgeschlossen, daß dieser Anschlag von Griechen verübt worden sei.

Eine zweite Bombe, die nicht zur Explosion kam, wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Die Behörden treffen große Vorsichtsmaßnahmen, um neue Ruhestörungen seitens der der Entente nachstehenden Kreise zu verhindern.

Äußerungen des Gesandten Passarow.

Berlin, 27. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der „Lofalanzeiger“ meldet aus Athen: Der Korrespondent des „Lofalanzeigers“ in Athen hatte eine Unterredung mit dem

bulgarischen Gesandten Passarow über das Bombenattentat, das heute nachts gegen die bulgarische Gesandtschaft verübt wurde: „Uns ist glücklicherweise nichts passiert“, sagte Passarow. „Die einzige Folge des Unternehmens ist, daß wir alle heute in Zugluft sitzen müssen, denn es gibt in der ganzen Gesandtschaft keine heile Fensterscheibe mehr. Das vor der Treppe von der Höllemaschine verursachte Loch werden Sie wohl schon bewundert haben. Ich bin, was Bomben betrifft, kein Fachmann, aber Leute, die etwas verstehen, vom Militär und von der Feuerwehr, versicherten, die Höllemaschine wäre stark genug gewesen, um das ganze Gebäude in die Luft zu sprengen. Die zweite Bombe, die vor der Tür gefunden wurde, kam nicht zur Explosion.“

Ich fragte, welche Kreise dieses Attentat organisiert hätten. „Ich bin überzeugt“, antwortete Passarow, „daß es jedenfalls nicht von Seiten der Griechen verübt wurde.“

„Meinen Excellenz, eine hiesige englische, französische oder serbische Organisation habe den Anschlag ausführen lassen?“

„Ich möchte mich darüber nicht bestimmt äußern“, antwortete der Gesandte, „doch da Sie es selbst sagen und es sich um ein Bombenattentat handelt, könnte man wohl annehmen, daß es sich um eine serbische Kulturtat handle. Die Untersuchung der nichtexplodierten Bombe ergab, daß es sich nicht um ein griechisches Fabrikat handelt.“

Griechenland und die Entente.

Das Verlangen nach Ueberlassung der Bahn
Patras—Larissa abgelehnt.

B. Berlin, 27. April. Der Berichterstatler des Wolff-
schen Bureaus in Athen meldet:

Auf das Verlangen der Diplomatie
der Entente, dieser die Eisenbahn
Patras — Larissa zur Verfügung zu
stellen, lehnte es die griechische Regie-
rung kategorisch ab, eine solche Anfrage
überhaupt zu erörtern.

B. Mailand, 27. April „Secolo“ meldet aus Athen
vom 25. d. M.: Der serbische Gesandte legte dem
Ministerpräsidenten Skuludis die Notwendigkeit dar,
die serbischen Truppen von Korfu nach
Saloniki auf dem Landwege zu befördern und
gab hierbei die Versicherung ab, daß nur die streng not-
wendigen Punkte des griechischen Bodens berührt und die
entsprechenden sanitären Garantien geboten werden würden.

Der französische und der englische Ge-
sandte unterstützten den Schritt des serbischen Gesandten,
indem sie eine Note überreichten, die besagt, daß die Vier-
verbandsmächte bezüglich der Beförderung der serbischen
Truppen ihren Beschluß gefaßt haben und die Zusicherung
geben, es solle über den zeitweiligen Durchmarsch hinaus
keinerlei territoriale Besetzung erfolgen.

Der Besuch bulgarischer Abgeordneter.

Äußerungen des Abg. Dr. M o m s c h i l o w, Vizepräsidenten des Sobranje.

Wie aus Sofia bereits gemeldet wurde, wird am 30. April eine größere Anzahl bulgarischer Abgeordneter nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland reisen.

Unser Korrespondent in Sofia hatte Gelegenheit, mit dem Führer der Abordnung, ersten Vizepräsidenten Dr. Iwan M o m s c h i l o w, zu sprechen, der sich folgendermaßen äußerte:

„Die Reise ist unserem Herzensbedürfnisse entsprungen, dem Bedürfnis, das Bulgarien mit den Mittelmächten geschlossen, auch dadurch Ausdruck zu geben, daß wir als Freunde zu Freunden kommen.

Wir verfolgen mit unserem Besuche keinerlei politische Absichten, denn das Verhältnis Bulgariens zu den Mittelmächten ist ein derartig herzliches und ist die gegenseitige Politik von einem so aufrichtigen Vertrauen durchdrungen, daß es unnötig wäre, durch gegenseitige Aussprachen politische Meinungen austauschen zu wollen. Die Regelung derartiger Angelegenheiten überlassen wir dem Vierverbände.

Das bulgarische Volk steht heute wie ein Mann hinter der Politik Radoslawows und blickt mit felsenfestem Vertrauen auf seine Armee und die Kraft seiner mächtigen Verbündeten, die uns allen ermöglichen wird, wider jedweden Feind unsere von der Gerechtigkeit diktierten Ziele zu erreichen. Was auch kommen möge, unser Schicksal ist mit jenem der Mittelmächte für immer verbunden, und den lächerlichen Versuchen unserer Feinde wird es niemals gelingen, in den mächtigen Viererbund Zwietracht zu säen.

Vom politischen Standpunkte ist unsere Reise nur nach einer Richtung hin von Bedeutung. Es werden bulgarische Volksvertreter aus verschiedenen Landesstellen kommen, um sich mit ihren Freunden auszusprechen, da doch das lebende Wort und die persönliche Aussprache so manches ergeben kann, was für uns alle von Nutzen ist.

Bulgarien ist ein kleiner Staat, hat noch viel zu lernen und will bei den Mittelmächten in die Schule gehen, und hier wollen wir bulgarische Volksvertreter den Anfang machen. Wir wollen uns mit Erfolg nach den gesunden Prinzipien der Organisation der Mittelmächte erziehen. Zu diesem Zwecke jedoch müssen wir selber sehen und lernen. Unser militärisches Bündnis wird jedoch in Zukunft auch auf unser Wirtschaftsleben wirken, und aus diesem Grunde wird es uns wohl nützlich sein, wenn wir mit den kompetenten wirtschaftlichen Faktoren des Landes persönliche Fühlung nehmen und unsere gegenseitigen Meinungen tauschen.

So denke ich, daß unser von innigster Freundschaft getragener Besuch uns reiche Früchte bringen und auch ein wenig dazu beitragen wird, die Schulter an Schulter kämpfenden Förderer für die Friedensperiode vorzubereiten.“

Die Reisetilnehmer sind:

Dr. Iwan M o m s c h i l o w, erster Vizepräsident des Sobranje.

W. K o s n i t s c h k y, ehemaliger erster Vizepräsident der Kammer, Abgeordneter von Rüstendil.

General d. Res. D i m i t e r P o p o w, Abgeordneter von Tirnowo.

Dr. K r i s t o G e o r g i e w, Abgeordneter von Rüstendil, Landgemeinden, Gemeinderat der Stadt Sofia.

Dr. R. P r o w a d a l i e w, Abgeordneter von Dupnica.

Alexander S t a n c i e w, Abgeordneter von Gumuljina.

D i m i t e r K i o r t s c h e w, Abgeordneter von Strumica.

Dr. Iwan K o s t o w, Abgeordneter von Rüstschuf.

Peter D a s k a l o w, Abgeordneter von Kozgrat.

Christo P a n a j o d o w, ehemaliger Justizminister, Abgeordneter von Rüstschuf, Landgemeinden.

Nikola K a l t s c h o w, Abgeordneter von Bela.

Nikola A l i m i r s k y, Abgeordneter von Widdin.

Kosta K a l t s c h o w, Abgeordneter von Philipoppel.

Dr. Iwan K e c h l o b a r o w, Major d. Res. Abgeordneter von Gabromo.

D i m i t e r A b r a m o w, Abgeordneter von Lom.

Die Liste wird vielleicht noch die eine oder andere Veränderung erfahren, da es bei einzelnen Herren noch nicht sicher ist, ob ihre Berufspflichten die Reise gestatten werden.

Die Suda-Bai — ein Stützpunkt der Entente.

Errichtung eines Flottenstützpunktes.

* Wien, 27. April.

Die Südslawische Korrespondenz meldet aus Athen:

Die Errichtung eines Flottenstützpunktes der Entente in der Suda-Bai ist nunmehr effektiv vollzogen. Damit hat England einen schon seit Jahren erhobenen Flottenplan zur Ausführung gebracht.

Das Regierungsblatt Neon Asty meldet über die Vorgänge in der Suda-Bai: Zwei große englische Hilfskreuzer mit starker Besatzung haben die Suda-Bai angelaufen, während zehn andere Ententeschiffe den Hafen blockieren. Eine Gruppe englischer Offiziere wurde ans Land gesetzt und fuhr in Automobilen nach Ranea, wo sie auf dem englischen Konsulat eine Unterredung hatten. Man erwartet stündlich die Ausschiffung von Truppen in der Suda-Bai. Das griechische Generalkommando in Ranea hat sofort ein Bataillon des dortigen Regiments nach Suda abgehen lassen.

London, 27. April.

„Daily News“ melden aus Washington:

Das Staatsdepartement warnte die Korrespondenten der Blätter vor übertriebenem Optimismus.

Der Präsident ordnete eine Untersuchung an, ob Felix Diaz und Villa von deutscher Seite unterstützt würden. (!)

Verletzung der Schweizer Neutralität durch französische Flieger.

Bern, 27. April.

Das Pressbureau des schweizerischen Armestabes teilt mit: Heute um 12 Uhr 35 Minuten und um 1 Uhr 5 Minuten überflog je ein französischer Flieger

die Schweizer Grenze bei *Veurnevesin* um 1 bis 2 Kilometer und kehrte nach etwa 2 Minuten um. Die französischen Abzeichen an den Flugzeugen wurden deutlich erkannt. Unsere Truppen beschossen beide Flugzeuge.

Wie die Schweizer Depeschagentur von zuständiger Stelle erfährt, wird gemäß den verschiedenen Präzedenzfällen, die sich auf Flieger beider kriegsführenden Parteien beziehen, der heute durch die beiden französischen Flieger hervorgerufene Zwischenfall kein diplomatisches Nachspiel haben, da die beiden Flieger, die die Schweizer Grenze überflogen hatten, kehrt gemacht haben, sobald sie den Irrtum erkannt und sich höchstens 2 Minuten über Schweizer Gebiet befunden hatten.

Die Erhebung Irlands.

London, 27. April. (Reuter.)

Im Unterhause teilte Ministerpräsident Asquith mit, daß die Lage in Irland noch immer ernst sei. Die Rebellen hätten noch einige wichtige öffentliche Gebäude in Dublin in Besitz. Die Straßenkämpfe seien noch nicht beendet. Anscheinend sei eine ausgedehnte Aufstandsbewegung besonders im Westen des Landes am Werke. Es müßten strenge Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Die in das Aufstandsgebiet entsandten Truppen seien zahlreich genug, um die Lage zu beherrschen. Ueber ganz Irland werde unverzüglich der Belagerungszustand verhängt werden. General Sir John Maxwell werde die nötigen Vollmachten zur Niederwerfung des Aufstandes erhalten. Die Regierung werde eine eingehende Untersuchung darüber veranstalten, „welches die Gründe des Aufstandes seien und wer die Verantwortung trage“.

Der neue englische Wehrpflichtgesetzentwurf.

II Von der holländischen Grenze, 27. April. (Telegr.) Der parlamentarische Mitarbeiter der Times schreibt über die gestrige Sitzung des englischen Unterhauses:

Die Zuhörer hatten abermals nur einen kurzen Blick auf das Haus, allein ehe die Galerien zum zweiten Male geräumt wurden, kündigte der Erste Minister an, daß noch im Laufe des Tages der Minister für Lokalverwaltung einen Gesetzentwurf über die Wehrpflicht einbringen werde. Das erste Gesetz über die Wehrpflicht ist dasjenige vom Januar dieses Jahres, das dem Wehrzwang die unverheirateten Männer im wehrpflichtigem Alter unterwarf, die nicht bis zum 2. März dieses Jahres als Freiwillige eingetreten waren. Das neue Gesetz ist in der Weise abgefaßt, daß die Regierung imstande ist, Maßnahmen, zu denen sie sich entschlossen hat, sofort zur Durchführung zu bringen. Diese Maßnahmen umfassen die drei „verhältnismäßig mindern Punkte“, die in der gestrigen amtlichen Mitteilung über die geheime Sitzung in folgender Fassung angegeben waren: 1. Verlängerung des Dienstes bis zum Ende des Krieges für die ausgedienten Mannschaften, die gemäß dem jetzigen Gesetz nur um ein weiteres Jahr unter den Waffen erhalten werden können; 2. Ermächtigung für die Militärbehörde zur Überweisung von Mannschaften, die für die Territorialbataillone eingetragen sind, zu jedem beliebigen Truppenteil, wo man ihrer bedarf; 3. Heranziehung eines vom Heeresdienst befreiten Mannes zu militärischen Leistungen gleich nach Ablauf der Frist für seine Befreiung. Dem Vernehmen nach wird der Entwurf auch Bestimmungen enthalten, wonach die am 15. August v. J. noch nicht 18 Jahre alten Jünglinge zum Dienst herangezogen werden können, sobald sie dieses Alter erreichen. Dagegen wird der Regierungsentwurf, der zunächst eingebracht wird, noch keine Bestimmung enthalten, wonach die nicht als Freiwillige eingetretenen Verheirateten zur Wehrpflicht herangezogen werden können.

Es ist anzunehmen, daß der Entwurf einhellige Zustimmung im Parlament finden wird. Lord Crewe erklärte in seiner Rede im Oberhaus am Dienstag, wo eine vorbereitende Verhandlung über die Frage der Wehrpflicht stattfand, die Entschliebung, zu der die Regierung gelangt sei, dürfe wohl den vollen Wünschen der Vertreter der äußersten Richtung nicht entsprechen. Man hat guten Grund zur Annahme, daß es im Unterhaus wenigstens zwei Gedankenrichtungen gibt, denen der Entwurf durchaus nicht annehmbar erscheinen wird. Die wichtigste dieser Gruppen ist der unionistische Kriegsausschuß. Unter der Leitung von Sir Edward Carson hat dieser Ausschuß eine Entschliebung gefaßt, die seine Unzufriedenheit über die Verzögerung, wie sie der Regierungsvorschlag bedingt, ausdrückt. Es ist bezeichnend, daß, während 145 unionistische Mitglieder der Versammlung beizwohnten, in der diese Entschliebung gefaßt wurde, nur 80 sich dagegen aussprachen. Auf der andern Seite der Wage befinden sich die Anhänger Sir John Simons. Ihr Standpunkt ist wohl bekannt und dürfte sich kaum ändern. Bis vor kurzem waren sie der Ansicht, daß man jeglicher Ausdehnung des Wehrzwanges Widerstand bieten müsse, und es kann kaum Zweifel darüber obwalten, daß sie Einspruch gegen den neuen Entwurf erheben werden. Dieser wird wahrscheinlich nächste Woche im Unterhaus die notwendigen Formeln der Beratung durchmachen, so daß fürs erste parlamentarische Ferien wenig wahrscheinlich sind.

In einem Leitartikel führt die Times aus, die Ankündigung des Ersten Ministers habe nichts Unerwartetes gebracht, und ihr Inhalt sei nicht derart, daß er an sich die geheime Behandlung rechtfertige. An sich aber biete er den Vorteil, daß man nun nicht mehr von allerlei persönlichen Auffassungen und der Bearbeitung von Zahlen hören werde, die allzu oft die sachlichen Gründe verdrängt hätten. Die Erklärungen der Regierung seien keine Mißdeutung zu. Alsdann fährt das Blatt zur Kennzeichnung des Inhaltes der Reform fort:

Die Vorschläge umfassen vier sofortige Maßnahmen zur Ergänzung des zugestandenen Mangels an Mannschaften für das Heer. Sie umschreiben im weitern die Bedingungen, unter denen die Minister sich innerhalb eines gewissen Zeitraumes zu einer vollen Wehrpflicht entschließen würden. Zunächst soll, abgesehen von den Ausgedienten, die bis zum Ende des Krieges unter den Waffen bleiben werden, die bisher den Territorialen im Gegensatz zu andern Heeresstellen gekannte Freiheit der Wahl ihres Truppenverbandes aufgehoben werden. Weiter sollen die Befreiungen vom Heeresdienste so lange gelten, wie sie befristet sind, und schließlich soll für die kommenden Jahrgänge das Alter von 18 Jahren die Wehrpflicht mit sich bringen. Das sind die sofortigen Maßnahmen, von denen man nur sagen kann, daß jede für sich einen berechtigten Anteil an der allgemeinen Reform der Wehrverfassung bildet. Ob sie das adäquate Mittel bilden, um eine solche Reform selbst zu ver-

meiden, ist eine andere Frage. Es ist durchaus kennzeichnend für die gegenwärtige Regierung, daß die ersten, die ihre neue „Entschlossenheit“ zu fühlen bekommen, die jungen Leute von 18 Jahren sind, die keine Stimme abzugeben haben, sowie andererseits die ausgedienten Mannschaften, die, auch wenn sie es wollten, keine Gelegenheit zu einem Einspruch haben. Offengesprochen, finden wir es durchaus ungerecht, daß irgendein Zwang diejenigen treffen soll, welche die vollen Leistungen vollbracht haben, zu denen sie sich verbunden hatten; so lange noch andere Mitbürger zur Verfügung stehen, die jeglichem Heeresdienst ausweichen, sollten sie nicht in Betracht kommen. Als Teile eines billigen und umfassenden Systems wären die neuen Vorschriften berechtigt, für ein solch billiges und umfassendes System jedoch werden wir auf später vertröstet. Es wird ein abermaliger Feldzug der „Freiwilligen“ zu Anwerbungen unter den noch nicht gewonnenen Verheirateten einsetzen. Das Ziel geht dahin, bis zum 27. Mai 50 000 Verheiratete zu gewinnen und danach weiter 15 000 Mann wöchentlich, bis insgesamt 200 000 Mann erreicht sind. Werden diese Bedingungen — die ersten 50 000 in einem Monat und die je folgenden 15 000 wöchentlich — nicht erfüllt, so wird „die Regierung unverzüglich das Parlament um Vollmachten für einen Zwang ersuchen“. Nach endlosem Drud und Ausweichen hat sie schließlich den Grundgedanken der allgemeinen Wehrpflicht angenommen. Der Zwang wird nunmehr von dem ganzen Kabinett anerkannt, nicht nur als das gehässige Nachspiel zu einer der gelegentlichen Zusagen Asquiths, sondern als die einfache und richtige Äußerung der nationalen Selbstachtung. Wir sollen daher wenigstens dafür dankbar sein, daß die Frage nicht mehr durch ein einziges Mitglied der Regierung verworren werden kann, das sich als Wortkämpfer der Freiwilligenordnung aufspielen beliebt.

Es ist von Interesse, zu erwähnen, daß zur Herbeiführung der geheimen Verhandlung der Erste Minister sich der alten Formel bediente, indem er dem Sprecher erklärte: „Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß Fremde zugegen sind.“ Darauf stellte der Sprecher die Frage, ob diese Fremden sich zurückziehen müßten. Nur ein Mitglied war dazugegen, und darauf wurde das Haus geräumt, einschließlich der Wandelgänge, wo sich die Berichterstatter ihre Nachrichten holen.

Aus der Sozialdemokratie.

Ein Vorschlag zum Fraktionsstreit wird im „Vorwärts“ von dem Schriftsteller Stampfer gemacht, der auf der Seite von Scheidemann steht. Stampfer verlangt, daß zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen im Reichstag „keine gegenseitige Ueberraschungs- und Ueberrumpelungspolitik getrieben“ wird:

„Eine unnötige Verschärfung läßt sich vermeiden, wenn die Fraktion von den jeweiligen Absichten der „Arbeitsgemeinschaft“ rechtzeitig unterrichtet wird. Daß das Umgekehrte jetzt schon geschieht, ist anzunehmen und ohne weiteres zu billigen. Aber auch die „Arbeitsgemeinschaft“ darf der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber keine Geheimdiplomatie treiben . . . Entweder man beschließe: Jedes Mitglied der einen Fraktion hat das Recht, den Sitzungen auch der anderen Fraktion als Zuhörer beizuwohnen (wobei Voraussetzung wäre, daß nicht gleichzeitig getagt wird). Oder: Jede Fraktion ist berechtigt, einen Vertrauensmann als Berichterstatter zu den Sitzungen der anderen zu entsenden. Oder zum allermindesten: Jede der beiden Fraktionen und jeder der beiden Vorstände sind verpflichtet, ihre Beschlüsse so rasch wie möglich dem Vorstand der anderen Fraktion mitzuteilen. Darüber hinaus wäre die Einsetzung einer Schlichtungskommission wünschenswert.“

Heute stehe die sozialdemokratische Partei „vor der traurigen Tatsache, daß die Vorstände der beiden Fraktionen zwar jeder mit dem Vorstand irgendeiner bürgerlichen Fraktion, aber nicht miteinander verhandeln können.“

„Haase kann mit dem Grafen Westarp ruhig reden, Scheidemann mit Spahn, aber Haase kann nicht mit Scheidemann, Scheidemann nicht mit Haase sprechen.“

Stampfer fordert deshalb den Verzicht auf Geheimnisträumerei und alle Ueberraschungseffekte: „keine persönliche Gehässigkeit, die wie Gift immer weiter frißt, kein unlauterer Wettbewerb und keine Ueberrumpelungsversuche!“ — Der „Vorwärts“ ist gegenüber diesem Vorschlag zur Güte sehr zurückhaltend. Er sagt nur: „Ehe sich zu seinen Vorschlägen etwas sagen läßt, müssen sich erst die beiden Fraktionen als die Hauptbeteiligten zu seinen Anregungen äußern.“

Ein englisches Kriegsschiff im Mittelmeer gesunken.

124 Mann vermisst.

(Telegramm des L. L. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)
London, 27. April. Die Admiralität teilt mit: Das Flaggschiff „Russell“ (14.220 Tonnen) ist im Mittelmeer auf eine Mine gestoßen und gesunken. Es führte die Flagge des Konteradmirals Fremantle. 124 Mann werden vermisst, 676 Mann wurden gerettet.

Der deutsch-amerikanische Streit.

(Telegramme des I. L. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)
Reise des Marinestaatssekretärs in das deutsche Hauptquartier.

Berlin, 28. April. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes v. Capelle ist zum Vortrag beim Kaiser in das Große Hauptquartier abgereist.

Die deutsche Antwort fertiggestellt.

Berlin, 28. April. Das „Berliner Tageblatt“ erfährt, daß die deutsche Antwort auf die amerikanische Note in den Grundzügen fertiggestellt sei; es sei anzunehmen, daß die Antwort in der ersten Hälfte der nächsten Woche in Washington überreicht werden wird.

Angeblliche Untersuchung wegen deutscher Unterstützung für Mexiko.

London, 27. April. „Daily News“ melden aus Washington: Das Staatsdepartement warnte die Korrespondenten der Blätter vor übertriebenem Optimismus. Der Präsident ordnete eine Untersuchung an, ob Felix Diaz und Villa von deutscher Seite unterstützt würden.

Die Stimmung im Kongress.

Berlin, 28. April. (Privat.) Aus New York wird der „Deutschen Tageszeitung“ berichtet: Eine Umfrage der Hearst'schen Blätter bei den Kongressmitgliedern ergab, daß sich 144 Mitglieder entschieden gegen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland und nur 36 dafür erklärten, 239 verweigerten, ihre augenblickliche Stellungnahme kundzutun. Der Rest war abwesend.

Roosevelt, der Kriegsheer bei der Präsidentschaftskandidatur durchgefallen.

Berlin, 28. April. (Privat.) „V. Z. am Mittag“ meldet aus New York: Der Staat Massachusetts und der Staat New Jersey erklärten sich bei der Abstimmung über die Präsidentschaftskandidatur gegen Roosevelt, der bisher in jedem Staat bei der Abstimmung geschlagen wurde. Dieser Umstand sowie die Tatsache, daß Tausende von Telegrammen die Erhaltung des Friedens fordern, machen die offiziellen Kreise in Washington unschlüssig und nachdenklich, doch sind in der Hauptstadt immer noch mächtige Interessengruppen am Werke, um das Kriegssieber zu erregen und zu unterhalten.

Eine neue amerikanische Note an England.

Wegen Verhaftung von Oesterreichern, Deutschen und Türken auf einem amerikanischen Schiffe.

(Telegramm des I. L. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)
 Washington, 27. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Staatssekretär Lansing

teilte mit, daß am 16. April eine neue Note an Großbritannien gerichtet wurde, worin die Freilassung der 38 Oesterreicher, Deutschen und Türken verlangt wird, die vom Dampfer „China“ geholt worden waren.

Asquith zieht das Wehrpflichtgesetz zurück.

London, 27. April. (Reuter.) Im Unterhause brachte der Präsident der Sozialverwaltung Long das Wehrpflichtgesetz ein, das einen Teil der von der Regierung am 25. April angekündigten Politik bildet. Das Gesetz begegnete auf allen Seiten einer kritischen Stimmung, weil einige seiner Bestimmungen als unbillig angesehen werden und weil es ein Teilversuch war, die allgemeine Politik durchzuführen, wie sie von Asquith skizziert war. Walsh (Arbeiterpartei) bekämpfte die Bill und sagte, er werde für den allgemeinen Zwangsdienst stimmen, wenn er beantragt werden sollte. Ministerpräsident Asquith zog im Hinblick auf die allgemeine kritische Stimmung das Gesetz zurück und sagte, er werde den Entschluß der Regierung über die durch die Zurückziehung des Gesetzes geschaffene Lage in der nächsten Woche mitteilen.

Einberufung der Verheirateten.

London, 27. April. (Reuter.) Die verheirateten Männer im Alter von 28 bis 35 Jahren sind für den 29. Mai unter die Fahnen gerufen worden.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 28. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

27. April. An der Trentiner Front vom Gardasee bis zur Brenta Artillerie- und Flieger-tätigkeit. Im oberen Cordevoletal beschloß unsere Artillerie die feindlichen Verteidigungsanlagen am Sief. Im Drautal stand die Eisenbahnstation Innichen unter dem wohlgezielten Feuer unserer schweren Geschütze und erhielt mehrere Treffer. Am Nonzo und am Karstplateau gewohnte Tätigkeit unserer Artillerie. Auf der Straße Dypachia-Jella-Rübbia wurde eine feindliche Trainkolonne von einer unserer Batterien beschossen. Einige Wagen gingen mit großer Detonation in die Luft.

Im Abschnitt östlich von Selz unternahm der Feind mit großer Munitionsverschwendung und unter schweren Verlusten beharrlich weitere Angriffe in der Absicht, uns aus dem von uns besetzten Graben südlich des Tales zu vertreiben. Auch in der vergangenen Nacht führte er nach mehrstündiger heftiger Beschießung nacheinander vier energische Angriffe gegen unsere Stellungen; doch wurden die dichten Infanteriekolonnen von unserer Feuer niedergemäht und die Angriffe jedesmal unter großer Verwirrung beim Feinde abgeschlagen. Hierbei machten wir etwa 20 Gefangene.

Rußland.

27. April. Der Feind setzte die Beschießung des Brückenkopfes von Uerkill fort. Feindliche Flugzeuge überflogen gestern die Gegend von Dinaburg. Ein Apparat trug deutlich unsere Abzeichen. Unsere Flieger griffen die Eisenbahn im Rücken der deutschen Linien an. Ein Luftfahrzeug vom Typ „Muromiek“ warf 13 ein Pud schwere Brandbomben (16,38 Kilogramm) und sieben Sprengbomben auf den Bahnhof von Daudsewas (südöstlich von Friedrichstadt) ab. Die Bomben verursachten Brände im Bahnhof. In der Nacht zum 26. April griff der Feind nach zweistündiger Artillerievorbereitung im Abschnitt Wlasy, Krassyn (nordöstlich von Baranowicze) an. Der Angriff wurde durch das Feuer unserer Posten, Patrouillen und Aufklärer abgewiesen. Am Morgen stellten wir neue feindliche Truppenzusammenziehungen gegen diesen Abschnitt fest, die wir gleichfalls durch unser Feuer zerstörten. Die feindliche Artillerie war besonders tätig in der Gegend des Oginskikanals und der Jasiolba. Feindliche Flugzeuge überflogen an zahlreichen Stellen die Unterkünfte der

Truppen des Generals Ewert und warfen Bomben ab. In der Gegend der Eisenbahn Nowno-Kowel besetzten wir nach Kampf das Dorf Chromiatowa (fünf Kilometer nordwestlich Olyta). Der Feind versuchte, das verlorene Gelände zurückzuerobern, wurde aber durch Feuer abgewiesen.

Ein deutscher Flieger über der Schweiz.

Bombenwürfe über die französische Stadt Delle.

NB Bern, 26. April.

Die Schweizerische Depeschagentur meldet: Um 5 Uhr 25 Minuten morgens übersflog ein Doppeldecker in großer Höhe, vom Norden kommend, unsere Grenze bei Miécourt, in der Richtung All-Bruntrut-Dure. Bei Villase-le-See flog er nach Frankreich. Das Flugzeug traf um 5 Uhr 33 Minuten über Delle ein und warf dort einige Bomben ab. Um 5 Uhr 42 Minuten flog der Apparat neuerdings über unsere Grenze, von Floriment kommend, über Lugnez und Bonsol und verließ unser Land um 5 Uhr 45 Minuten in der Richtung auf Wetterhausen. Von unseren Posten wurde mit Sicherheit an den Tragflächen des Apparats das Eisenerne Kreuz festgestellt. Die deutsche Nationalität des Fliegers sei auch dadurch bestätigt, daß er Bomben auf Delle abwarf. Auf der Strecke Delle-Corcelles wurde er von den Franzosen mit heftigem Feuer verfolgt. Der Flieger bewegte sich in einer Höhe von 1000 bis 1500 Meter. Er wurde von unseren Truppen heftig, der großen Höhe wegen jedoch erfolglos beschossen.

Berichte der feindlichen Generalstabe.

Wien, 29. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

28. April, 3 Uhr nachmittags. Von der gesamten Front wird von der Nacht kein Ereignis von Bedeutung gemeldet, abgesehen von einer zeitweiligen Beschießung in der Gegend von Avocourt und Esnez und einer gewissen Tätigkeit unserer Schützengrabenkampfwerkzeuge im Abschnitte Regnieville, westlich Pont-a-Mousson.

Flugwesen. Gestern wurden von unsern Flugzeugen zahlreiche Luftgefechte geliefert. Ein feindliches Flugzeug wurde in der Gegend von Fromozley abgeschossen, zwei andre feindliche Flugzeuge gingen, von den unsern angegriffen und ernstlich getroffen, nieder, und zwar das eine bei Douaumont, das andre im Walde von Montfaucou. Ein Fokker wurde in der Gegend von Chaulnes durch Maschinengewehrfeuer getroffen und stürzte senkrecht in unsern Linien ab. Am 27. April warf eines unser Flugzeuggeschwader 18 Geschosse auf den Bahnhof von Samarthe in der Woivre.

11 Uhr nachts. Nördlich der Wisne ziemlich lebhaftes Geschützfeuer in der Gegend des Waldes von Buttes. Westlich der Maas Artilleriekampf im Abschnitte des Waldes von Malancourt. Westlich der Maas heftige Beschießung unser Stellungen zwischen dem Pfefferrücken und Douaumont. In der Woivre war der Tag verhältnismäßig ruhig. In den Vogesen nahmen unsere Batterien einen feindlichen Transport an den Zugängen von Mousson, südöstlich Celles, unter Feuer. An der übrigen Front kein wichtiges Ereignis.

Flugwesen.

In der Nacht zum 28. d. bombardierten unsere Flieger den Bahnhof von Audun-le-Roman und das Lager bei Spincourt sowie die Bahnhöfe von Grandpré und Challerenges.

Die Entente gegen Griechenland.

Mailand, 28. April. Die hiesigen Zeitungen berichten aus Athen: Die Hoffnung, den Konflikt durch wechselseitige Zugeständnisse zu lösen, schwindet. Die griechische Regierung zeigt sich unbedingt entschlossen, auch die neuen Vorschläge abzuweisen, denen gemäß die serbischen Truppen nicht über den Piräus und Athen, sondern von einer Dertlichkeit nördlich des Golfes von Korinth, etwa von Itea, zu Fuß bis Bralio oder einem andern Punkt an der Bahnlinie Athen-Larissa und alsdann mit der Bahn bis Katherini befördert würden.

Der serbische Gesandte stellte dies nochmals in der dringlichsten Weise dem Ministerpräsidenten Skuludis vor. Skuludis erklärte seine Weigerung als unwiderruflich, indem er hinzufügte, daß Griechenland gegebenenfalls die Brücken und Tunnel der Eisenbahn sprengen würde.

Der französische Gesandte erklärte auch gegenüber dem König Konstantin, daß er auf dem Verlangen der Beförderung der serbischen Truppen durch Griechenland bestehe. Dienstag unterstützte der russische und Mittwoch der italienische Gesandte bei Skuludis das serbisch-französisch-englische Verlangen. Skuludis erklärte auch ihnen gegenüber eine Beförderung auf dem Landwege als ausgeschlossen.

Die ministeriellen Zeitungen und Parteien sind sehr erregt und vertreten die Ansicht, daß die Passage der serbischen Truppen die Absicht verdeckt, auf Kriegsdauer

die Hauptpunkte Griechenlands zu besetzen sowie innere Unruhen zum Vorteil des Vierverbandes zu nähren. Die Benizelistische Presse bewahrt Zurückhaltung. In einigen Städten haben Volksversammlungen stattgefunden, welche den König und die Regierung zur Verhinderung des Durchzuges der Serben aufforderten.

Deutschland und Amerika.

Die Beratungen im großen Hauptquartier.

Berlin, 28. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Bis zur Stunde ist noch keine Meldung aus dem Großen Hauptquartier eingetroffen, ob die Audienz Gerards beim Kaiser stattgefunden hat. Jedenfalls wird sich die Öffentlichkeit hinsichtlich des Ergebnisses noch ein wenig in Geduld fassen müssen.

Das „Tageblatt“ schreibt: In unserem gestrigen Abendblatt haben wir gesagt, daß die Note, mit welcher die deutsche Regierung die letzte amerikanische Note des Präsidenten Wilson beantwortet wird, in den Grundzügen fertiggestellt worden sei. Das ist hier und da so aufgefaßt worden, als ob bereits ein bestimmter Text der Antwort vereinbart sei. Eine solche Auffassung entspricht nicht den Tatsachen. Es hat sich bisher nur um Entwürfe gehandelt, über die aber eine Entscheidung noch nicht getroffen ist.

Köln, 28. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ dürften die Beratungen im Großen Hauptquartier dem Abschlusse nahe sein. Ohne daß man jetzt genau sagen könnte, wann die Öffentlichkeit über die Ergebnisse unterrichtet werden kann. Der Besuch des amerikanischen Botschafters im Großen Hauptquartier hat den Zweck, daß er sich dort mit den maßgebenden Persönlichkeiten über die Lage ausspreche und es ist anzunehmen, daß er auch selbst die Mitteilung über die endgiltigen Entschlüsse entgegennehmen wird.

Budapest, 29. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der „Pester Lloyd“ bringt einen Bericht von maßgebender Berliner Seite, in welchem es heißt: Man darf überzeugt sein, daß in sachlicher Hinsicht der Reichskanzler und die anderen Stellen es nicht an Bemühungen fehlen lassen werden, den deutschen Standpunkt gegenüber dem Präsidenten Wilson zum Ausdruck zu bringen. Das Ziel, das verfolgt wird, ist natürlich nicht der Bruch mit Amerika. Dazu bedürfte es überhaupt keiner Verhandlungen. Eine solche Wendung könnte man im Handumdrehen herbeiführen. Der Meinungsaustrausch und die Besprechungen im Hauptquartier zielen nach der entgegengesetzten Richtung: zur Beseitigung der Meinungsverschiedenheiten, zur Sicherung guter, freundschaftlicher Beziehungen zu Amerika für den Rest des Krieges. Aus diesem Gedankengange ergibt sich, daß die französischen und englischen Wünsche voraussichtlich nicht auf ihre Rechnung kommen werden. So viel darf gesagt werden, daß es an Deutschland nicht liegen wird, wenn die Bemühungen zum Scheitern kämen. Es besteht aber in politischen Kreisen Vertrauen in die Weisheit und das Verantwortungsgefühl der leitenden Männer der Vereinigten Staaten, daß sie auch ihrerseits gewillt sind, alle offenstehenden Wege im Interesse Amerikas selber zu benützen, auch wenn sie dafür die Unzufriedenheit der englischen und französischen Regierung ernten sollten. Es ist nicht anzunehmen, daß die Antwort vor der nächsten Woche erfolgt. Die Veröffentlichung wird dann aber voraussichtlich nicht lange auf sich warten lassen.

Aus der Sozialdemokratie.

Budgetverweigerer in Bremen. Die sozialdemokratische Bremer Bürgerschaftsfraktion hat, wie der „Vorwärts“ mitteilt, am Mittwoch gegen das Budget gestimmt, während sie im vorigen Jahre dafür gestimmt hatten, weil darin auch die Gelder für die Bremische Kriegsfürsorge enthalten waren. Ueber die Gründe der jetzigen Abstimmung teilt der „Vorwärts“ folgendes mit: „Die Budgetzustimmung erfuhr in einigen bremischen Parteiversammlungen, die jedoch noch nicht zum Schlusse gekommen sind, scharfe Kritik, und da anzunehmen ist, daß eine eingelaufene Mißbilligungsresolution in der Versammlung Annahme finden wird, beschloß die Fraktion, zur Budgetablehnung zurückzukehren.“

Keine Maifeier-Versammlungen in Leipzig. Der Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei in Leipzig hatte für Montag, 1. Mai, abends, fünf öffentliche Versammlungen angemeldet, die als Maifeier gedacht waren. In der Versammlungsanmeldung war erfucht worden, von der Einreichung des Protokollmanuskripts abzusehen und eine Aussprache zu gestatten. Die Polizei verlangt nach der „Leipziger Volkszeitung“ als Bedingung zur Genehmigung der Versammlung, daß von den Referenten alles vermieden werde, was den Burgfrieden stören könnte und daß insbesondere über Kriegsziele und Friedensziele und Lebensmittelleuerung unter keinen Umständen gesprochen werden dürfe. Ferner sollten die Leiter und Redner der Versammlung ehrenwörtlich versichern, dafür einzutreten, daß auch Debatteredner Ausführungen über diese Punkte nicht machten. Da ferner nach einer weiteren Entscheidung der Polizei Befreiung von der vorherigen Einreichung des Protokollmanuskripts nicht stattfinden und eine Aussprache nicht gewährt werden sollte, verzichtete der Bezirksvorstand auf Abhaltung der Versammlungen. Es soll nur ein gemeinsamer Spaziergang gemacht werden.

Brief aus Dänemark.

F. M. C. Kopenhagen, Ende April.

Warum wir Deutschen gerade hier in Dänemark nicht beliebt sind, darüber bedarf es keiner dickleibigen Bücher. Jeder saturierten Bürgerschaft dieses Landes, dessen durchsichtige geistige Atmosphäre nur selten — durch die maßvolle Romanistik eines Juwelen Diebstahls etwa — zart getrübt wird, hat es keines rellamehaften Geschreis über die deutsche Barbarei bedurft, um einer verdeckten Liebe zu uns den Garau zu machen. Seit 1864 haben nur wenige Dänen Deutschland geliebt, aber viele haben es gehaßt. In der Nachbarschaft Strindbergs und Ibsens hat sich dieses Land im Laufe von 50 Jahren wirtschaftlicher Arbeit fast systematisch aller Illusionen entledigt. Schweden und Norwegen haben in diesem Zeitraum das Sondergepräge ihres nationalen Gesichtes herausgearbeitet und verdeutlicht. Dänemark hat die Züge des Seinen verwischt: es hat sich nüchtern — und eben deshalb sicher — internationalisiert. Nur diesen alten Haß gegen Deutschland bewahrt ein Teil seiner Bürgerschaft mit der ganzen gewaltigen Tristitose, wie sie sich einzig um eine vereinsamte Tradition zu sammeln vermag.

Aus dieser inneren Mißstimmung heraus ist die Haltung Dänemarks während des Krieges erwachsen. Von außen gesehen bietet es lediglich den Anschein einer willigen und loyalen Neutralität, und man ahnt im Ausland nicht, mit welchen inneren Schwierigkeiten die Regierung zu kämpfen hat, um diesen Sachverhalt aufrecht zu erhalten. Der alteingesessene Bürger ist hier der Chauvin. Und er läßt es an nichts fehlen, um seine Meinung, seine Antipathien, seinen Haß zu zeigen. Von der billigen Harmlosigkeit des „Joffre-Cognac“ auf dem Schanztisch des Pudlers und dem Hofhund mit dem poetischen Namen Poincaré in einer Hasenstraße, wo es nach Meer riecht und goldene Buddhas aus Indien hinter den Kellerläden blühen, bis zu den raffinierten Rästern der Hezpreffe vom Schlege einiger Kopenhagener Morgen- und Mittagblätter, hat man keinen Ton in dem Konzert unüberzeugender Voreingenommenheit und Erbitterung gegen uns vergessen.

Die Politik aber, die Dänemarks Regierung seit Beginn des Krieges mit unzugewandtem innerpolitischen Witz und kluger Verrechnung verfolgt, hat sich durch diese Gefühlsäußerungen, die letzten Endes eben doch nur ein billiger Ersatz für wahrhafte nationale Auffassungen sind, nicht beirren lassen. Sie will es mit keiner der beiden kriegsführenden Parteien verderben und ist in der Tat bisher mit seltenem Geschick allen Auspostungen in ihrem Verhältnis zu England sowohl wie zu Deutschland aus dem Wege gegangen. Darum spricht man zwar wenig von Dänemark, darum ist aber Dänemark auch in der Zukunft wichtiger für die Wiederherstellung der internationalen Beziehungen als die Mehrzahl der anderen neutralen Staaten, wo es fast überall zu irgendwelchen politisch-handgreiflichen Äußerungen einer inneren Stimmung gekommen ist.

Die Schikanen Englands gegenüber den Neutralen erschweren diese Politik natürlich beträchtlich. Die Aufhebung des § 19 der Londoner Deklaration und die Erklärung deutscher Bunkerkohle als Bannware sind für Dänemark von weittragender Bedeutung, und ein englisches Ultimatum auf Sperrung der Grenze gegen Deutschland kann hier eines Tages ebenso wie in Holland drohen. Wenn aber das augenblickliche Ministerium trotz alledem seinen Kurs bewahren kann, so wird Kopenhagen nach dem Kriege sicher zu einem der Hauptumschlagplätze und einer der lebhaftesten Häfen Europas werden, und das Land wird die Früchte einer erfolgreichen Realpolitik einheimen können. Im Lande selbst ist hierbei die Regierung einerseits, da sie den antideutschen Treibereien keine Zugeständnisse macht, recht unpopulär geworden und hat sich kürzlich nur durch den sehr klugen Zug einer Neuwahlenverschiebung am Ruder zu halten vermocht. Andererseits arbeitet sie aber heute schon einem Teil des dänischen Kapitals große Summen in die Taschen, da sie die Geschäftsmöglichkeit für den Zwischenhandel nach beiden Seiten offenzuhalten bemüht ist, und die Jahresabschlüsse vieler Firmen mit Verdiensten von 25 bis 550 Prozent sind eine berebte Sprache für ihre Erfolge in dieser Richtung.

Das Spiel der Entente gegenüber Dänemark hat sich inzwischen in die Rollen des Expressors und des Provokateurs geteilt. Die des ersteren hat, wie üblich, England übernommen, das neben seinen oben erwähnten Generaluntaten sich auch häufig genug kleinere Spezialübergänge leistet. So hat es z. B. dieser Tage die dänischen Dampfer „Polnia“ und „Gulsof“ auf der Inlandsfahrt zwischen Island und Dänemark anhalten und ihre Post sowie das Gepäck der Reisenden durchsuchen lassen. In die Rolle des zweiten aber haben sich Frankreich und Rußland geteilt. Frankreich, indem es nach Sympathieumgebungen gegenüber einzelnen französischen Privatpersonen angelt, die dann in der Presse

zu Demonstrationen aufgebraucht werden. Die Kopenhagener Universität hatte so bei der Einführung eines französischen Dozenten einen „französischen Tag“, wie man in einigen Blättern triumphierend feststellen ließ, und Schüler der Kopenhagener Kunstakademie überreichten der Pariser Academie des Beaux Arts auf ihre Bitte hin ein Geldgeschenk für verwundete französische Künstler mit einer Adresse, deren Wortlaut vorwiegend auch noch den üblichen entstellenden Pöbel im „Journal“ oder sonstwo erhalten wird. Rußland dagegen sucht Unschick bei der dänischen Kaufmannschaft und unterhält hier ein ganzes Heer seiner in Deutschland und Oesterreich ausgewiesenen Spitzel, die mehr oder weniger auf eigene Rechnung das elegante Kopenhagener Rauteleben zu ihren Fischeien im Trüben auszuheben.

Im übrigen haben die Pressionen der Entente häufig gerade den umgekehrten Erfolg gehabt als den, den man ihnen zugeacht hatte. Man hatte hier zu fühlen begonnen, daß Dänemark bei der geringen Stärke seines Heeres etwaigen Gewalttaten eines der Kriegsführenden fast wehrlos gegenüberstehen würde, und so hat sich der Mühsal derjenigen Kreise gestärkt, die auf eine Vermehrung der dänischen Militärmacht abzielen. Die Entente, die sich ja als Bekämpfer des Militarismus aufspielt, hat also durch ihre ständigen Uebergriffe eine direkte militärische Strömung geschaffen, die in diesem Umfange hier eine neue Erscheinung ist und nicht unterschätzt werden darf. „Man soll seine Handlungen berechnen, man soll nicht tollkühnen“, heißt es in einem kürzlich erschienenen Buch dieser Richtung, „sonst wird Neutralität kein nationaler Einsatz für irgend eine Idee. Dann bedeutet sie nur Versumpfung.“ Und ein anderer Autor schreibt: „Wir müssen unser ganzes Menschennaterial ausnützen, wie andere Staaten es im heutigen Kriege tun und im Balkankriege getan haben... Ein solches Heer bedeutet dann etwas. Warum soll für uns nicht möglich sein, was für andere möglich ist?“ Daß diese Kreise, ohne es klar auszusprechen, nach Deutschland als dem Lande der besten militärischen Organisation hinneigen, ist fast selbstverständlich, und man kann nur mit Genugtuung notieren, daß sich während des Krieges auch in jüngeren literarischen und intelligenten Kreisen des Landes eine Stimmung geltend gemacht hat, die in entschiedenem Gegensatz zu dem blinden Hoß der älteren Generation steht. Sie hat ihren weltweisen und überlegenen Wortführer in keinem Geringeren als Johannes W. Jensen gefunden, der in seinem letzten Werke in ziemlich entschiedenen Worten für Deutschland Stellung nimmt. „Von welcher Küste man sich auch Deutschland nähert“, schreibt er, „empfängt man einen Eindruck von steigender, imponierender Natur, schwächerer und unsicherer Eindrücke dagegen, wenn man sich von ihm entfernt, bis man hinausleitet in die halb-ivilisierte oder univilisierte Nebulose; Deutschland ist der Stern.“

Ein starkes Dänemark ohne Voreingenommenheit gegen uns würde für Deutschland ein natürliches und sicheres Bollwerk bedeuten für den sehr naheliegenden Fall, daß England Eroberungsgelüste auf Kiel und den Kaiser Wilhelm-Kanal bekäme. Der südlische Nachbar könnte es also nur mit Freude begrüßen, wenn die innerpolitischen Schwingungen in Dänemark während dieses Krieges schließlich dazu führen würden, daß das Land mit einer wahrhaften und gekräftigten Neutralität aus dem augenblicklichen Weltchaos hervorgehen würde.

Die Schweizer Fliegerzwischenfälle. Bedauern der deutschen Regierung.

B. Bern, 28. April. Die Schweizerische Depeschenagentur verleiht: Das politische Departement teilt folgendes mit: Der deutsche Gesandte Freiherr v. Romberg hat im besonderen Auftrage des Reichskanzlers beim Vorgesetzten des politischen Departements vorgesprochen, um ihm das aufrichtigste Bedauern über den scharf zu verurteilenden Flug auszusprechen, durch den vorgestern erneut Schweizerisches Gebiet verletzt wurde, und zu erklären, daß die deutsche Reichsregierung diesen und die vorausgegangenen Vorfälle nicht minder lebhaft bedaure als der Bundesrat selbst. Aus den spontan von der deutschen Heeresleitung getroffenen einschneidenden Maßnahmen, wonach der schuldige Flieger strafweise aus dem Fliegerkorps entfernt wurde und grundsätzlich alle Grenzflüge an der schweizerischen Grenze verboten wurden, möge der Bundesrat erkennen, welche großen Wert die deutsche Heeresleitung

darauf legt, jeden Anlaß zur Mißstimmung in der Schweiz zu beseitigen, und wie sehr sie von dem ersten Willen beiseite ist, alles zu vermeiden, was die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen trüben könnte.

Bundesrat Hoffmann empfing nachmittags den schweizerischen Gesandten in Berlin v. Claparède zu einer mehrstündigen Besprechung über die durch die verschiedenen Fliegerzwischenfälle geschaffene Lage. An die Besprechung schloß sich eine außerordentliche Sitzung des Bundesrates, in welcher der Text einer Note an die deutsche Reichsregierung festgesetzt wurde.

Später empfing Bundesrat Hoffmann neuerdings den deutschen Gesandten Freiherrn v. Romberg zu einer längeren Besprechung.

Der Konflikt zwischen Griechenland und der Entente.

Stuludis kündigt die eventuelle Sprengung der Brücken und Tunnels der Eisenbahn nach Larissa an.

A. Mailand, 28. April. Die hiesigen Zeitungen berichten aus Athen:

Die Hoffnung, den Konflikt durch wechselseitige Zugeständnisse zu lösen, schwindet. Die griechische Regierung zeigt sich unbedingt entschlossen, auch die neuen Vorschläge abzuweisen, denen gemäß die serbischen Truppen nicht über den Piräus und Athen, sondern von einer Deckfläche nördlich des Golfes von Korinth, etwa von Itea zu Fuß bis Brallo oder einem anderen Punkte an der Bahnlinie Athen—Larissa und alsdann mit der Bahn bis Katherini befördert würden.

Der serbische Gesandte stellte dies nochmals in der dringendsten Weise dem Ministerpräsidenten Stuludis vor.

Stuludis erklärte seine Weigerung als unwideruflich, indem er hinzufügte, daß Griechenland gegebenenfalls die Brücken und Tunnels der Eisenbahn sprengen würde.

Der französische Gesandte erklärte auch gegenüber dem König Konstantin, daß er auf dem Verlangen der Beförderung der serbischen Truppen durch Griechenland bestche.

Dienstag unterstützte der russische und Mittwoch der italienische Gesandte bei Stuludis das serbisch-französisch-englische Verlangen.

Stuludis erklärte auch ihnen gegenüber eine Beförderung auf dem Landwege als ausgeschlossen.

Die ministeriellen Zeitungen und Parteien sind sehr erregt und vertreten die Anschauung, daß die Passage der serbischen Truppen die Absicht verdecke, auf Kriegsdauer die Hauptpunkte Griechenlands zu besetzen sowie innere Unruhen zum Vorteil des Biververbandes zu nähren. Die Venizelistische Presse bewahrt Zurückhaltung. In einigen Städten haben Volksversammlungen stattgefunden, welche den König und die Regierung zur Verhinderung des Durchzuges der Serben aufforderten.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 29. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

28. April. An der ganzen Front Artillerieaktionen, die in den Abschnitten des Lonale und von Rovereto, im oberen Corbevoletale und am Ursprung des But sich zu besonderer Heftigkeit steigerten. Im Becken von Flitsch gelang es einer feindlichen Abteilung, überraschend in eine unserer vorgeschobenen Stellungen am Monte Culla (?) einzubrechen. Nach Eintreffen unserer Verstärkungen wurde jedoch der Feind sofort durch einen Gegenangriff zurückgeworfen. Am Zaborceß scheiterten mehrmalige Angriffsversuche gegen unsere Stellungen unter großen Verlusten des Feindes. Im Abschnitt von Selz (Karsplateau) beschränkte sich der Feind nach der schweren Niederlage, die er in der Nacht auf den 27. d. erlitten hatte, gestern darauf, den verlorenen Graben unter Geschützfeuer zu nehmen, wagte jedoch keinen Infanterieangriff. Von verschiedenen Punkten der Front wird gemeldet, daß die feindliche Infanterie immer häufiger von Explosionsgeschossen Gebrauch macht.

Deutschland und Amerika.

Eine neue Mitteilung Wilsons über Amerikas Ansichten in der Frage der Bewaffnung von Handelsschiffen.

Berlin, 29. April.

Dem „Lokalanzeiger“ zufolge traf gestern abend auf der amerikanischen Botschaft ein Rundschreiben der amerikanischen Regierung ein, das sich mit der Frage der Bewaffnung von Handelsschiffen befaßt. Das Rundschreiben wurde dem Botschafter ins Hauptquartier zur Uebermittlung an die deutsche Regierung nachgesandt.

Das „Kondominium“ über Russisch-Polen

Von Dr. Adolf Grabowsky (Berlin)
(Schluß)

Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß der selbständige Polenstaat entweder eine Farce wäre oder aber seinerseits einen Machtwillen entwickeln müßte, der gleichbedeutend wäre mit dem Streben nach Zugang zur Ostsee und der uns außerdem in unserem eigenen Lande eine polnische Kredenda schüße. Darüber möge man Näheres in meiner bei Carl Heymann in Berlin erschienenen Schrift nachlesen. Die zweite Lösung aber, und zwar die, welche die Billigung des Polenklubs gefunden hat, würde, so merkwürdig es zunächst auch klingen mag, gerade zu der neuen Teilung Polens führen, die die Polen vor allem vermeiden wollen. Da kein Staat auf selbständige Festlegung seiner Grenzen verzichten kann, bedürften wir gegen das österreichische Großgalizien statt der heutigen in jeder Hinsicht unhaltbaren Grenzen einer natürlichen Grenze, die einzig und allein die Bobr-Narew-Weichsellinie, vielleicht sogar die Warthelinie sein würde. Dies aber hieße unsere Grenzen vorziehen bis wenige Kilometer vor Warschau. Vielleicht meinen die Polen, es genüge, wenn dem Deutschen Reich im künftigen Großgalizien gewisse militärische Rechte eingeräumt würden. Diese Rechte müßten dann aber so weitgehend sein, daß sie ein ständiges Hineinsprechen Deutschlands in eine fremde Verwaltung nach sich ziehen würden, also schwerste Konflikte.

Demgegenüber habe ich eine neuartige Lösung vorgeschlagen. Ich habe sie der Kürze wegen mit dem alten Ausdruck Kondominium umschrieben, obwohl damit der Kern meiner Idee noch nicht sichtbar wird. Ich will ein staatsrechtlich ungeteiltes Russisch-Polen in seinen bisherigen Grenzen. Dies Kongreß-Polen würde Deutschland und Oesterreich-Ungarn als gemeinsame Provinz attachiert werden, ungefähr so, wie Bosnien eine gemeinsame Provinz von Oesterreich und Ungarn ist. Jeder der beiden Zentralmächte wird hierbei ein bestimmter Teil Kongreß-Polens — jeder ihr Vorland — zur Verwaltung zugewiesen. Dennoch aber ist die staatsrechtliche Einheit des Ganzen keineswegs nomineller Natur. Für das ganze Land besteht eine gemeinsame Landesangehörigkeit, eine gemeinsame Gesetzgebung, ein gemeinsamer Zolltarif, gemeinsame Zentralinstanzen, wie vor allem ein Landesobergericht, sowie ein gemeinsamer Statthalter. Somit wird neben den Einzelbudgets der beiden Verwaltungsbezirke ein gemeinsames Budget für das Ganze vorhanden sein. Selbst die Militärverfassung ist gemeinsam und findet in einem gemeinsamen Verteidigungsrat ihre Spitze. Im übrigen zieht jede der beiden Mächte die in ihrem Verwaltungsteil wohnhaften Landesangehörigen in besondere polnische Regimenter für ihre Wehrmacht ein. Von allem Anfang an werden die Landesangehörigen durchaus an der Lösung der Landesaufgaben beteiligt, schon damit sie dies kongreßpolnische Gemeinwesen als ihre eigene Sache betrachten. Die lokale Selbstverwaltung wird man sofort einführen, ebenfalls einen für beide Verwaltungsteile gemeinsamen polnischen Beirat zu Gesetzgebungs- und Budgetzwecken. Dieser Beirat wird dann, je mehr sich die Zustände im Lande festigen, um so weitgehendere Kompetenzen erhalten. Den Schlüsselpunkt der Entwicklung bildet das selbständige polnische Parlament, dessen Wirkungskreis sich auf die speziellen Landesangelegenheiten erstreckt. Also auch hier eine starke Betonung der Zusammengehörigkeit der beiden Verwaltungsteile.

Wie kann man bei dieser Lösung der Frage im Ernst von einer neuen polnischen Teilung sprechen? Zudem habe ich ausdrücklich hervorgehoben, daß, wenn diese Regelung inkraftgenommen — und ihr Funktionieren hängt im wesentlichen von den Polen selbst ab — ein immer innigeres Zusammenwachsen der beiden Verwaltungsbezirke zu erwarten steht. Dann nämlich bildet dies kongreßpolnische Gemeinwesen die Brücke, auf der Deutschland und Oesterreich-Ungarn engere Fühlungnahme erdmöglichst ist, die Brücke für eine immer stärkere Einheit der Zentralmächte. Damit aber wird nicht nur die Einheit Kongreß-Polens inniger, sondern es ist dann später auch die Verschweißung Kongreß-Polens, des ganzen Kongreß-Polens, mit Galizien eine natürliche Sache.

Man hat wohl gegen meine Lösung eingewendet, daß sie Konflikte zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn erzeugen würde. Wern hat man — dies ist ja auch in dem Aufsatz des „Bund“ geschehen — auf das böse Beispiel Schleswig-Holsteins verwiesen. Doch ich habe bereits in meinem Buche dargelegt, daß die Spuren dieses früheren Kondominiums uns nicht schrecken dürfen. Schleswig-Holstein war 1866 nur die äußere Veranlassung, nicht die Ursache zum Kriege zwischen Preußen und Oesterreich. Meine Beweisführung, die ich hier im einzelnen nicht wiederholen kann, ist gerade von deutschen Historikern als richtig anerkannt worden. Gewiß wird gelegentlich einmal eine Meinungsverschiedenheit über Polen zwischen den Zentralmächten entstehen: nur ein Narr wird glauben, daß so etwas überhaupt auszuschließen wäre. Doch bei meiner Lösung, die in allen regulären Verwaltungsangelegenheiten die Ausübung der Verwaltung territorial teilt, kann der allgemeine Gang der Geschichte von einer Meinungsverschiedenheit niemals berührt werden. Vor allem aber ist es höchst unwahrscheinlich, daß die Meinungsverschiedenheit jemals bedenkliche Formen annehmen wird; da Deutschland und Oesterreich-Ungarn heute nicht auseinander, sondern zueinander streben, wird entscheidend sein der beiderseitige gute Wille.

In der Politik kommt ja alles auf den Wind an, der weht. Daß dieser Wind in der Folge nicht abblaut, dafür werden die realen Interessen sorgen, die im Zusammenwirken entstehen und sich durch das Zusammenwirken verstärken.

Schließlich noch etwas sehr Wichtiges: Mein Vorschlag will ein kongreßpolnisches Gemeinwesen durch auspolnische Färbung. Auch die Ostjuden will es nicht etwa zum Vorspann germanisatorischer Politik benutzen, wie das einige deutsche Autoren begehrt haben. Die Ostjuden sind in ihrer ausgesprochenen Sonderheit national zu schützen, aber sie sind kein kulturell deutsches Element und sollen es nicht werden. Sie sollen auch weit stärker als bisher den Polen die Hand reichen zu gemeinsamer Arbeit für das Land. Dies betont polnische Gemeinwesen wird dann eine Anziehungskraft ausüben namentlich auf die preußischen Polen und wird damit auch die preußische Polenfrage aufs einfachste lösen. Je mehr sich im Laufe der Entwicklung der polnische Charakter des Landes ausprägt, desto fester sitzen dort die Polen im Sattel.

Diese Regelung entspricht elementaren Forderungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns und erfüllt doch die beiden Hauptwünsche der Polen: Russisch-Polen bleibt ein Ganzes und es bleibt auch ein polnisches Ganzes.

Das sind die Grundgedanken meiner Schrift.

Der Aufruhr in Irland. Feldmarschall French gegen die Aufständischen geschickt!

London, 28. April.

Feldmarschall French berichtet: Die militärischen Unternehmungen zur Unterdrückung des Aufstandes in Dublin machen „befriedigende Fortschritte“. Die Aufständischen halten „nur“ noch einige wenige Plätze besetzt, vor allem die Gegend von Sackville-Street mit dem Postamt als ihr Hauptquartier. Die Gegend wurde durch eine Truppenlinie abgeschlossen. Die Rebellen sind hier in Barricaden verschanzt. Von Häusern in verschiedenen Teilen der Stadt wird noch immer geschossen, hauptsächlich nordwestlich vom Gerichtsgebäude, das noch immer von Rebellen besetzt ist. Die Räumung der Häuser von diesen Schützen ist eine Frage der Zeit. Es wurde beträchtlicher Schaden durch Brände verursacht.

Die hauptsächlichsten Punkte des Aufstandes im übrigen Irland sind die Grafschaften Galway und Enniscorthy. Auch aus Kilkenny, Clonmel und Sorey werden Unruhen gemeldet. Im

übrigen Irland herrschen ordentliche Verhältnisse. Die Unruhen haben „offenbar“ örtliche Bedeutung.

Nichts könnte den Umfang der Erhebung und die Größe der Britenangst besser verdeutlichen als die Tatsache, daß England seinen stolzesten Armeeführer, den Feldmarschall French, der bis zu seiner Ablösung durch General Haig die britischen Streitkräfte in Frankreich befehligte, mit der Unterdrückung des Aufruhrs betraute. Wenn die Herren Asquith und Birrell die Vorgänge auf der grünen Insel zunächst als unbedeutende Polizeiwidrigkeiten hinstellen wollten, so werden sie durch die Entsendung Frenchs gründlich lägen gestraft. French, der im Burenkriege die Schule Kitcheners, des Massenmörders von Frauen und Kindern in den verächtlichen Konzentrationslagern mitgemacht hat, bedeutet freilich, trotz des irischen Blutes, das in seinen Adern fließt, für das unglückliche, seit einem halben Jahrtausend entsetzlich gemarterte Irenvolk einen britischen Tyrannen mehr. Man kann die Mittel, mit welchen French voraussichtlich „die Ruhe wieder herstellen“ wird, in der englischen Geschichte nachlesen. Und die „kleinen Staaten und Völker“, zu deren Schutze Asquith, Grey und Genossen ihr Gewissen mit der ungeheuren Blutschuld dieses Weltkrieges belasteten, können aus dem Muster Irlands klug werden.

Der erste „Situationsbericht“, den Feldmarschall French vom neuen Kriegsschauplatz nach London schickte, lautet ziemlich düster. Er gibt zu, daß die Aufständischen in Dublin selbst noch immer wichtige Plätze beherrschen, und daß der Aufruhr sich über mehrere Grafs

gestern unbesetzt

Von Paris bis Basel.

Gedanken am Ersten Mai.

Den zweiten Maientag begehrt das Proletariat im Kriege mit tief gesenkter und schwarzumflorter roter Fahne! Unser ehrwürdiges Sinnbild ruhmvoller Vergangenheit und verheißungsreicher Zukunft flattert auch an diesem zweiten Kriegsmai nicht triumphierend durch die Lüfte — trauernd deckt es die Bahre großer Toter, die heimgegangen sind in diesen Unheilsmonden, die Bahre von Jean Jaurès, von Vaillant, von Keir Hardie, trauernd senkt es sich nieder über ungezählte Tausende Proletarier, die im Bruderkrieg der Völker den furchtbarsten Tod erlitten haben, den Tod des Friedesuchenden, dem ein Verhängnis den Krieg augenötigt hat!

Schwer heimgesucht sind die Nationen Europas; über alles Maß in Raum und Zeit und Grausamkeit wütet unter ihnen das Verderben, und das brandende Meer ihrer Leiden mißt das schwache Gefäß menschlichen Wortes nicht aus. Die Sprache ist ohnmächtig geworden angesichts solchen Geschehens. Doppelt und dreifach aber leidet der Sozialist in seiner Seele über das Unfassbare dieses Krieges. Zu dem allgemein menschlichen Leid und Mitleid gesellt sich ihm die tiefe Erschütterung seines Gewissens und Denkens. Denn er war es, der allen anderen voran das Werk des Völkerfriedens mit der ganzen Leidenschaft des Gemüts und der ganzen Kraft des Verstandes zu seines Wollens Ziel und Inhalt gemacht hat. Der Maientag reißt die Wunden seiner Seele mit Gewalt wieder auf — der Maientag sollte der Tag des Völkerfriedens sein und nun ist dieser Tag zum zweitenmal ein Kriegsmai!

Bald ein Menschenalter, volle siebenundzwanzig Jahre sind es, seitdem in Paris der erste Internationale Sozialistenkongress zusammentrat! Es war 1889, hundert Jahre nach dem Bastillensturm, am Gedenktag der französischen Revolution — da unternahmen es die Vertreter der Ausgebeuteten und Entrechteten aller Völker, Männer, die in ihrem Heimatland von den Herrschenden fast geächtet waren, zwischen den Staaten und Nationen der Welt auf den tiefen Grundfesten der Volksmassen verbindende Brücken zu schlagen und die Arbeiterklassen über Ströme von Haß und Abgründe von Verhegung zusammenzuführen zu einer internationalen Brüdergemeinde! Nun schlafen sie beide unter dem marmornen Denkstein, Wilhelm Liebknecht und Eduard Vaillant, der Deutsche und der Franzose, die damals trotz Sedan und trotz Elfsaß-Lothringen Bruderfuß und Handschlag tauschten und dem Kongresswerk gemeinsam vorsahen! Strahlend ist dieses Werk emporgestiegen, die zweite Internationale, strahlend hat sie dem Aufstieg ungezählter Arbeitermillionen vorangeleuchtet in allen Landen vom Ausgang bis zum Niedergang! In diesem Menschenalter hat die Arbeiterklasse der Welt einen gewaltigen Aufstieg gemacht — dieses Menschenalter wird in den Lettern der Geschichte wie in den Herzen des Proletariats unauslöschlich bleiben! Die Lohnsklaven des Mammons, selbst in den ältesten Kulturstaaten Europas noch mit den Ketten politischer Rechtlosigkeit niedergehalten und mit den Anten des Ausnahmrechtes gepöbelt, haben in diesem Zeitalter sich überall, selbst im Rußland des Moskowitserzaren, politische Rechte erkämpft, Eintritt in die Gesetzgebung und die Anfänge staatlichen Schutzes ertrögt: sie haben dem Kapital in jeder Werkstatt

Achtung vor ihrem Menschenrecht abgerungen und ihm ihre Klassenorganisation entgegengesetzt, um gesicherten Lohn und feste Mußestunde, um Brot und Freiheit zu behaupten. Bis in den dunkelsten Fabriksraum und bis in die niedrigste Tagelöhnerhütte drang das Licht der europäischen, der Weltbewegung der Arbeiterklasse, und niemals, seitdem die Welt steht, seit Menschenherzen nach Erlösung ringen, hat es eine Kulturbewegung gegeben wie diese, die die tiefsten Tiefen unseres Geschlechts, die Mühseligen und Beladenen, in so kurzer Spanne Zeit und auf so weitem Akterfeld so gewaltig aufgerüttelt und so stark und heilvoll befruchtet hätte. Gesegnet wird allen Kommenden der Pariser Kongress und sein Werbetag, der Erste Mai, bleiben.

Aber nicht nur in die Tiefe und Weite drang die zweite Internationale. Zu den höchsten Höhen menschheitlichen Wollens stieg sie auf. Von Kongress zu Kongress wuchsen ihre Aufgaben, stieg ihr Gesichtskreis und ihr Einfluß auf die Großen und Mächtigen. Und so erklimmte sie denn ihren Höhepunkt in den Tagen von Basel, im hohen, weitstehenden Dome der Rheinstadt: Dort waltete sie über dem Frieden des kriegschwangeren Abendlandes, dort erstieg sie den Stuhl des Schiedsamtes über all den zerklüfteten Staaten und hazzerrissenen Nationen der Welt und wies ihnen den Ausweg des Friedens und die Bahnen gemeinsamer Kulturarbeit. Welch ein herrliches, hüt-reißendes, berausches Bild, jener Völkerrat in den uralt-heiligen Hallen, die wie eine hundertstimmige Orgelsymphonie das Friedensgelöbniß aller Zungen durchbraust!

Dort strömten zum letztenmal die Vernunft und das Kulturgewissen der Welt zu gewaltigem Afford zusammen, dort erhob sich die zweite Internationale zum unvergänglichen Gleichnis der künftigen, glücklicheren Menschheit, und das jäh hereingebrochene Unheil, die plötzlich uns umschattende Nacht unserer Leiden verklärt das Bild von Basel, rückt es auf zu Sternenhöhe und umwettert es mit magischem, mit prophetischem Lichte: Basel — die Verkündigung des Friedensreiches der Erde, die Vorausnahme einer Welt, die sein wird in Glanz und Herrlichkeit! Wir aber, wir wandern im Dunkeln, um uns nichts als gespensternde Schatten und nur in unseren Herzen brennt lichterloh die heiße Sehnsucht nach dem Reiche Basel.

Der zweiten Internationale hat der Weltkrieg einen zeitlichen Abschluß gegeben: Von 1889 bis 1914: so wird ein inhaltsvolles Kapitel der Weltgeschichte und der Geschichte der Arbeiterbewegung überschrieben sein — und die spätesten Enkel derer, die heute in Schacht und Werkstatt stehen oder in Sappen und Gräben ihr Land verteidigen, werden dieses Kapitel unerhörten Aufstieges der Arbeiterklasse, zäher Kämpfe, ameisenfrieriger Organisationsarbeit und schöpferischer Ideengestaltung mit stammender Ergriffenheit lesen, gerade weil sein Abschluß so furchtbar tragisch ist. Was sich in diesen drei Jahrzehnten abgespielt hat, das ist die Tragödie des einzelnen Vorkämpfers der Idee, der seiner Zeit weit vorausgeeilt ist und am noch unbesiegbaren Widerstand des Alten zusammenbricht, diese individuelle Tragödie, aber auf eine ganze

Von Paris bis Basel

Klasse, auf das Proletariat der ganzen Welt ausgedehnt und vollzogen auf dem Kriegsschauplatz aller Länder und Meere. Basel war eine Kühne Vorannahme späterer Zukunft, unbergänglich als Vorbedeutung, unzerstörbar als Idee, aber praktisch zu scheitern verurteilt in der Welt und Zeit Mammons und Molochs.

Die Katastrophe dieses Weltkrieges steht in ihrem letzten Akt. Die Trümmerstätte, die sie zurückläßt, wird nach Arbeit schreien. Nichts wird die Menschheit nach dieser schweren Heimfuchung mehr brauchen als Frieden und Arbeit. Sie beide werden die „Idee“ der neuen Zeit sein, weil sie ihr innerstes Bedürfnis sind. Frieden und Arbeit — das sind wir! Frieden und Arbeit, das ist der Sozialismus, das ist das Evangelium von Paris und Basel! Darum sind mir wohl traurigen Herzens, aber getrosteten Mutes! Ist uns nicht, als ob Titanen Felsblöcke aneinander in Stücke schlugen, auf daß die Myrmidonen die lautereren Goldförner aus den bloßgelegten Erzadern sammeln können! Unser Werk, das Myrmidonenwerk, beginnt nach dem Kriege. Vor ihm war der Sozialismus seiner Zeit voraus, nach ihm ist die Stunde der Arbeit und des Friedens gekommen. Anders freilich, als wir gewollt und erwartet, zu unserem Schmerze anders. Aber was von Paris bis Basel Verheißung, was in den zwei Kriegsjahren tiefe Enttäuschung war, das wird nach ihnen Erfüllung!

Und so wollen wir von vorn anfangen: Wieder beginnen tief unten in den Werkstätten und Hütten, aufbauen, zusammensaffen, ordnen! Wieder beginnen, jeder in seinem Lande, innerhalb seines Volkes, aufklären, organisieren und zum festen Bunde verschmelzen! Und so wollen wir wieder aufsteigen bis zu der höchsten Aufgabe, der Verbrüderung der Völker und der Organisation der Welt: diesmal jedoch selbst bereichert an Erfahrung und Einsicht, zugleich aber dessen gewiß, daß die Erfahrung der anderen unserem Worte volles Gehör und unserer Macht das volle Gewicht gibt. Karl Marx hat es als das Schicksal der Arbeiterbewegung bezeichnet, immer wieder zurückgeschlagen, immer neu zu beginnen und weiter auszuholen, bis sie unwiderstehlich ist, bis zum Endsieg! Das hat sich zum zweitenmal an uns bewahrheitet. Und so wollen wir denn an diesem Maientag uns vereinigen, nicht bloß in nachdenklichem Gedanken an die zweite Internationale von Paris bis Basel, sondern in dem Gelöbniß, das große Werk wieder aufzunehmen und im neuen Menschenalter zum Siege zu führen! Mit diesem Gelöbniß rufen wir:

Hoch der Erste Mai!

Kriegskalender.

23. April: Gegen den Südmehrstrand der Hochfläche von Doberdo setzt ein feindlicher Angriff ein. Am Col di Lana besetzen unsere Truppen einen Stützpunkt. — Deutsche Flieger belegen die russische Flugstation Papenholm auf der Insel Oesel mit Bomben.

24. April: Die Kämpfe am Doberdo dauern fort. Am Col di Lana werden fünf italienische Angriffe abgeschlagen. — In Berlin werden die Verhandlungen über die Antwort an Amerika nach der Rückkehr des Kanzlers vom Hauptquartier ausgenommen.

25. April: An der Hochfläche von Doberdo werden die italienischen Angriffe abgewiesen. Bei San Martino dringen eigene Abteilungen in die feindliche Stellung ein. — An der spanischen Küste drängen deutsche Torpedoboote englische Seestreitkräfte, die eine Beschießung der Küste vorbereiteten, zurück. — Deutsche Hochseestreitkräfte beschießen erfolgreich die militärischen Anlagen von Great Yarmouth und Lowestoft. Sie nehmen dann feindliche Kriegsschiffe unter Feuer und versenken drei Schiffe. Deutsche Marineflieger greifen die östlichen Grafschaften Englands an. — Der Kanzler reist mit dem Chef des Admiralstabes ins Hauptquartier. — Lord Casement wird bei einer verunglückten Waffenlandung an der irischen Küste verhaftet.

26. April: Am Doberdo kommt es zu neuen heftigen Kämpfen. Alle unsere ursprünglichen Stellungen werden behauptet. Im Buganer Abschnitt räumen die Italiener alle Stellungen zwischen Botto und Roncegno. — In den Bogesen erstürmen die Deutschen bei Celles die

erste und zweite französische Linie. — In Dublin brechen ernste Unruhen aus. Es kommt zu Straßenkämpfen. — In der südlichen Nordsee wird das englische U-Boot „E 22“ versenkt. Ein deutsches U-Boot erzielt einen Torpedotreffer auf einen englischen Kreuzer. — Die türkische Streitmacht, die gegen den Sueskanal vorrückt, reißt vier englische Kavalleriekommandos auf. — England lehnt die amerikanischen Vorstellungen gegen die Verschärfung der Blockade ab.

27. April: An der küstentländischen Front herrschen heftige Artilleriekämpfe. — Deutsche Luftschiffe greifen die Hafenanlagen von Margate an der englischen Ostküste an. — Die Entente unternimmt in Athen einen Schritt, um die Ueberlassung der Bahn Patras-Larissa für den Transport des Serbenheeres nach Saloniki zu erlangen. Skuludis lehnt das Verlangen ab. — Englische Marinemannschaft wird in der Sudabai gelandet.

28. April: Im Rigaischen Meerbusen wird das russische Linien Schiff „Slawa“ von deutschen Fliegern erfolgreich angegriffen. — Das englische Flagggeschiff „Russel“ stößt im Mittelmeer auf eine Mine und sinkt. — Ueber Irland wird der Belagerungszustand verhängt. — Asquith zieht im Unterhaus die Dienstbill zurück.

29. April: An der Kwa erstürmen unsere Truppen eine russische Vorstellung. — Bei einem Vorstoß der Deutschen am Karocz-See werden 5600 Russen gefangen. — Die englische Besatzung von Ant el Amara ergibt sich den Türken. — Ein deutsches U-Boot ist im Kampf gegen die Engländer untergegangen.

Aus der Sozialdemokratie.

Wer stört den Parteifrieden? Die Freunde von Scheidemann sagen: die Leute um Haase, die in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Spaltung verschuldet haben. Nein, sagt Abg. Haase in der „Königsbg. Volksztg.“, in dem er umgekehrt die Anhänger Scheidemanns als Störer des Parteifriedens kennzeichnet:

„Darum handelt es sich: die Partei mit dem alten sozialdemokratischen Geist zu erfüllen. Wer sich dieser Aufgabe entgegenstellt, stört die wirkliche Parteieinheit. Niemand darf das Recht für sich in Anspruch nehmen, sich über den obersten Willen der Partei, wie er in den Parteitagebschlüssen verkörpert ist, hinwegzusetzen, auch eine Fraktionsmehrheit nicht. Wer dies tut, arbeitet den Parteierstörern in die Hände.“

Die Gewerkschaften für die Politik des 4. August. Von der Politik des 24. März 1916 — dem Tag der Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — will die Generalkommission der Gewerkschaften nichts wissen. Sie steht fest zur Politik des 4. August 1914. In dem „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ bezeichnet sein Redakteur U. m. b. r e i t die Politik des 4. August: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich“ als die Politik deutscher Selbsterhaltung und zugleich als „die Politik der Selbsterhaltung der gesamten deutschen Arbeiterbewegung, der politischen wie auch der gewerkschaftlichen“. Er schließt seine Absage an die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft mit der Erklärung: „Die Politik des 4. August 1914 ist die Voraussetzung für die Zukunft der Gewerkschaften, für die Verwirklichung ihrer großen Ziele und Ideale, denn nicht von außen her kommt uns die Befreiung vom ökonomischen Lohnjoch, sondern wir müssen dereinst die Kraft haben, uns selbst zu befreien. Das Volk, das vor dem Parisismus und seinen Verbündeten die Selbsterhaltung preisgibt, hat in der Zukunft des Sozialismus seinen entscheidenden Einfluß verloren!“

Ein Vertrauensvotum für den Abg. Haase. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins von Königsberg i. Pr. hat am 27. April mit 188 gegen 17 Stimmen dem Vertreter für Königsberg, Reichstagsabg. Haase, „ihr unbedingtes Vertrauen“ ausgesprochen.

Aus der Sozialdemokratie.

Der Berliner Zentralvorstand zur „Vorwärts“-Zensur des Parteivorstandes. Zu den Vorgängen zwischen Redaktion, Preßkommission, Parteivorstand und Geschäftsleitung der „Vorwärts“-Druckerei faßte der Zentralvorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend dem „Vorwärts“ zufolge am 28. April folgende Beschlüsse:

„Der Zentralvorstand, dem es obliegt, die Parteiinteressen in den Groß-Berliner Wahlkreisen zu wahren, fordert die von den Parteiorganisationen bestellten Mitglieder der Reuerekommission auf, sofort der mit dem Parteistatut wie mit den Interessen der Berliner Parteigenossen im Widerspruch stehenden Zensur der „Vorwärts“-Redaktion durch den Parteivorstand dadurch ein Ende zu machen, daß sie dem Geschäftsführer Fischer ausgibt, das technische Personal anzuweisen, hinsichtlich der Herstellung des „Vorwärts“ sich nur allein an die Weisungen der Redaktion zu halten.“

Kleine Kriegschronik.**Zur Spaltung in der Sozialdemokratie.**

Köln, 1. Mai. Eine Konferenz der sozialdemokratischen Kreisleiter der Regierungsbezirke Köln, Aachen, Koblenz und Trier nahm nach einem Vortrag des Redakteurs Meerfeld über die Fraktionspaltung und nach ausgiebiger Diskussion einstimmig die folgende Entschliebung an:

Die Konferenz verurteilt das Vorgehen der Ahtzehn ganz entschieden und fordert, daß allen Zersplitterungsversuchen nachdrücklich entgegengetreten wird. Sie verurteilt noch schärfer die offene Parteisplaltung gerichteten Bestrebungen der Gruppe Liebknecht-Rühle. Ebenso verurteilt die Konferenz auch die Aufwerfung unnötiger und verwirrender Streitfragen durch eine Anzahl Genossen des rechten Parteiflügels. Alle Sonderbestrebungen haben in dieser geschichtlich denkwürdigen Zeit hinter dem dringenden Gebot völliger Einheit der Partei zurückzustehen. Indem die Konferenz verspricht, alles aufzubieten, um den unheilvollen Geist zersetzender Zwietracht aus dem Bezirk der oberrheinischen Provinz fernzuhalten, fordert sie zugleich, daß unvermeidliche Auseinandersetzungen innerhalb der Partei streng sachlich und im Geiste der Brüderlichkeit und Duldsamkeit geführt werden.

Mit derselben Einmütigkeit wurde auch eine Entschliebung zur Lebensmittelfrage angenommen.

Abfindung kriegsgefangener Offiziere und oberer Beamten in feindlichen Ländern.

Unter Zusicherung der Gegenseitigkeit ist mit den feindlichen Regierungen folgendes vereinbart worden:

- I. Die kriegsgefangenen deutschen Offiziere erhalten:
 1. In Frankreich monatlich an Gehalt: Divisionskommandeur 832,50fr, Brigadefeldkommandeur 600fr, Oberst 495fr, Major je nach Dienstjahren oder Jahren im Grade 300 bis 337,50fr, Hauptmann je nach Dienstjahren oder Jahren im Grade 210 bis 277,50fr, Oberleutnant je nach Dienstjahren oder Jahren im Grade 150,75 bis 203,25fr, Leutnant nach sechs Dienstjahren 135fr, vor sechs Dienstjahren 120fr. Die Abzüge für Unterhalt dürfen nie mehr als die Hälfte des Gehalts betragen. Die erhöhten Sätze treten rückwirkend vom 1. Dezember 1915 in Kraft. Als Umrechnungskurs sind für 1fr 80g zu rechnen.
 2. In Rußland jährlich an Gehalt: Generale 1500 Rubel, Offiziere bis zum Hauptmann einschließlich 900 Rubel, Offiziere vom Hauptmann aus schließlich abwärts 600 Rubel. Der Umrechnungskurs für Rubel beträgt 0,44 Rubel für 1M. Diese Sätze treten rückwirkend vom 1. Oktober 1915 ab in Kraft. Ein Abzug für Wohnung findet nicht statt. Für gewährten Unterhalt ist die Hälfte des Gehalts in Anrechnung zu bringen.
 3. In England an Gehalt: Hauptleute und höhere Ränge 4 Schilling 6 Pence, die niederen Dienstgrade 4 Schilling. Hieraus sind die Kosten für Verpflegung und Bekleidung zu bestreiten. Für Unterkunft wird ein Abzug nicht gemacht. Die Abzüge für gewährten Unterhalt sind mit der Hälfte des Gehalts zu berechnen. Als Umrechnungskurs sind für 1 Schilling 1M, für 1 Pence 8,5 Pfennig anzusehen.
- II. Für die in Kriegsgefangenschaft geratenen Beamten in Offiziersrang gelten die entsprechenden Gehaltsätze der Offiziere, dabei sind für die Einreihung die Dienstgradabzeichen maßgebend; gegebenenfalls ist das Dienstalter in diesen Gradabzeichen in Betracht zu ziehen; siehe unter I, 1.
- III. Bei den kriegsgefangenen Offizieren und oberen Beamten dürfen grundsätzlich die Familienzahlung sowie die Zuwendung nach § 12, 2 der Kriegsbesoldungsvorschrift und die Hälfte der Sätze zu I, 1 bis 3 zusammen die Feldbesoldung oder das Dienststeinkommen gemäß Allerhöchster Kabinetts-Order vom 1. November 1915 nicht übersteigen. Ist dies bei einzelnen Dienstgraden der Fall, so muß eine entsprechende Kürzung der Familienzahlung oder der Zuwendung nach § 12, 2 der Kriegsbesoldungsvorschrift sogleich vorgenommen werden. Für die Vergangenheit kann von einem Ausgleich abgesehen werden.

Der Aufstand in Irland.

Wie es zum Ausbruche kam.

London, 29. April.

„Daily Mail“ veröffentlicht einen Bericht aus der Umgegend von Dublin vom 27. d. M., worin es heißt: Am Ostermontag hielt die sogenannte Bürgerarmee im Phoenixpark eine Parade ab. Sie marschierte mit geladenen Gewehren und aufgepflanztem Bajonett nach der Stadt zurück. Auf dem Wege traf sie eine Abteilung der Dubliner Garnison, die in der anderen Richtung marschierte. Zwei Mann von der Bürgerarmee schossen auf die Soldaten und töteten drei Offiziere und mehrere Mann. Die Soldaten erwiderten das Feuer, wodurch drei von den Aufständischen erschossen wurden. Dies war das Zeichen für die allgemeine Revolte.

Auf die Meldung von diesem Vorfall rückte Militär aus: Um $\frac{1}{4}$ 12 Uhr begann auf verschiedenen Plätzen, in den Straßen und außerhalb der Stadt der Kampf. Die Absicht der Sinnfeiner war offenbar, die Aufmerksamkeit des Militärs von den Hauptzielen ihres Angriffes, nämlich dem Postamt, dem Schloß, dem Gericht, ein paar anderen Gebäuden und St. Stephens Green abzulenken. Im Postamt wurden von den Postbeamten, die mit den Rebellen unter einer Decke steckten, alle Telegraphenapparate zerstört und die Telephonverbindungen abgeschnitten. Die Postbeamten beteiligten sich von den Fenstern aus an dem Gesecht. Eine Abteilung Soldaten drang in das Gebäude ein. Im Erdgeschoß kam es zu einem wilden Kampf und schließlich wurde dieses mit dem Bajonett gestürmt. Die Rebellen erhielten jedoch Verstärkungen und erneuerten den Angriff. Das Postamt soll im Laufe des Tages und der Nacht dreimal genommen und wieder verloren worden sein. Der Angriff auf das Schloß schlug fehl.

In der Sackville Street bemächtigten sich die Rebellen aller Straßenbahnwagen, die umgestürzt und zum Bau von Barrikaden verwendet wurden. Automobile und Lastwagen wurden in derselben Weise benützt. St. Stephens Green wurde besetzt und Stacheldraht über die Straßen gezogen. Mehrere bekannte Klubs an den Plätzen wurden als Beobachtungsposten und Schützenstände benützt. Man baute aus allen möglichen Gegenständen Barrikaden. Die Bücher der berühmten Gerichtsbibliothek mußten als Schutzmittel dienen. Soldaten bemächtigten sich des Shelburnehotels, stellten auf dem Balkon ein Maschinengewehr auf und beschossen die Rebellen in St. Stephens-Green. Den ganzen Montag wogte der Kampf. Die Stadt lag vollständig im Dunkeln. Alle Straßenlampen waren entweder ausgelöscht oder in Trümmer geschlagen worden. In mehreren Straßen kam es auch zu Plünderungen. Bei Tagesanbruch kamen Verstärkungen an. Die Rebellen bemächtigten sich zweier Zeitungen. Dienstag wurden sie durch Schüsse von einem Kanonenboot, das den Liffeyfluß heraufgefahren war, vertrieben.

Die Rebellen sollen ungefähr 12000 Mann zählen, wovon der sogenannten Bürgerarmee etwa 2000 Mann angehören. Die Verluste des Militärs scheinen erheblich zu sein.

Englische Berichte über bevorstehendes Erlöschen der Bewegung.

„Reuter meldet!“ — Redmond gegen den Aufstand.

London, 29. April. (Reuter.)

Ein besonderer Kurier, der Dublin gestern abend verlassen hatte, teilte mit, daß alle Anzeichen dafür sprächen, daß das Ende des Aufstandes nahe sei. Den ganzen Tag über seien Truppen angekommen und es werde mit Pausen geseuert. Die Rebellen seien im Nachteil.

London, 29. April. (Reuter.)

Den letzten Nachrichten aus Dublin zufolge werde seit Ankunft des Generals Maxwell die Schlinge um die Rebellen immer enger gezogen. Nicht nur das Zentrum der Stadt sei reichlich verstärkt, sondern auch in den Vororten befänden sich starke Wachen, die verhindern sollen, daß die Rebellen in die Berge entkommen.

Ferner meldet das Reutersche Bureau, daß der Führer der irischen Nationalisten, Redmond, eine Erklärung veröffentlicht habe, wonach er sich an die zur Verfügung der Behörden

stelle. Er sei in beständiger Fühlung mit ihnen und habe die nationalistischen Freiwilligen in allen Teilen des Landes beauftragt, sich den Militärbehörden zur Verfügung zu stellen; in vielen Orten außer Dublin seien sie bereits aus eigenem Antrieb mobilisiert, um die Truppen zu unterstützen. Gestern hätten die Freiwilligen von Tipperary ihre Dienste angeboten.

Ein Bericht des General French.

London, 20. April.

Das Reutersche Bureau meldet: Im Bericht Lord Frenchs von Samstag heißt es: Die Lage in Dublin war früh wesentlich gebessert. Die Aufständischen boten aber noch ernstlichen Widerstand in der Gegend der Sackville Street. Der Truppenring schließt diesen Bezirk immer enger ein, aber infolge der Kämpfe von Haus zu Haus geht die Einschließung nur langsam voran. Das Postamt und der Gebäudeblock östlich der Sackville Street wurden durch Feuer zerstört. Ein Trupp Aufständischer wurde durch Kanonen, die auf Automobilen herangebracht worden waren, aus den Bolands-Spinnereien am Kingsend vertrieben; ein Rebellenführer namens Pearse wurde hierbei am Bein verwundet. In einem Berichte, der abends einlief, wird gesagt, daß Pearse bedingungslos sich ergab und auch seine Leute ermächtigte sich zu ergeben. Ein anderer Führer, James Connolly, soll getötet worden sein. Auch der Bezirk, in dem sich das Gerichtsgebäude befindet und der noch immer von Rebellen besetzt ist, wird von einem Truppenring umgeben, der sich langsam schließt.

Alle Nachrichten gestatten den Schluß, daß die Revolution in Dublin im Begriffe ist, zu erlöschen. Eine beträchtliche Anzahl von Rebellen befindet sich in militärischer Gefangenschaft.

Die abends eingelangten Berichte aus dem übrigen Irland lauten im allgemeinen befriedigend. In Belfast und Ulster sind die Verhältnisse normal. Die Lage in Londonderry wird als befriedigend dargestellt. Auch das Gebiet bis 15 Meilen um Galway all ganz geregelte Verhältnisse aufweisen, aber zwischen Athlone und Cranghwellt eine Bande von Rebellen festgestellt. 9 gefangene Rebellen wurden nach Queenstown geschickt. Eine andere Bande von Rebellen soll in Enniscorethy verschannt sein, doch kann die Polizei gegen sie noch immer behaupten. Die Straßen und Eisenbahnen sind bis auf vier Meilen von der Stadt frei. Der Schaden, welcher an der Barrowbrücke auf der Dubliner Südostbahn angerichtet wurde, ist nicht groß.

RB. London, 30. April.

„Central News“ melden: Der Führer der Aufständischen in Irland ist der syndikalistische Agitator James Connolly (der angeblich schon getötet sein soll d. R.), einer der hauptsächlichsten Helfer des Arbeiterführers Parkin, der sich gegenwärtig in den Vereinigten Staaten von Amerika befindet.

Um Aufstand in Irland.

„An einem der kritischsten Punkte des Krieges“.

28. London, 29. April.

„Daily News“ schreiben: Die Regierung und das Land stehen jetzt vor der schwersten Krise seit dem Beginn des Krieges. Ihre ganze Existenz kann in einem der kritischsten Punkte des Krieges in Gefahr geraten. Der Ernst der irischen Rebellion liegt in dem Schlage, den sie der Autorität und dem Ansehen der Regierung versetzt.

Wilson — der Angeber Casements?

Eine schwere Beschuldigung gegen den amerikanischen Präsidenten.

London, 30. April.

Die „Times“ melden aus Washington: Der „Gaelic-American“ wirft dem Präsidenten Wilson vor, daß er für die Gefangenname Sir Roger Casements verantwortlich sei, da er die britische Regierung durch ein Mitglied des Kabinetts habe warnen lassen.

Die „Times“ veröffentlichen einen Brief ihres Korrespondenten in Washington über die irische Agitation in Amerika. Darnach bestehe daselbst eine umfassende irische Organisation, die hauptsächlich alle irischen Bestrebungen der Redmond'schen Richtung bekämpfe. Die Auslagen der führenden Blätter „Irish World“ und „Gaelic-American“ seien gegen früher um das Doppelte und Dreifache gestiegen.

Die Stimmung unter den Iren Amerikas.

Bern, 29. April.

Der „Temps“ meldet in Besprechung der irischen Erhebung: Die Unruhen in Dublin werden in Amerika sehr ernst beurteilt. Die Sinnfeiner und die Separatisten sind erfreut über die Ereignisse und füllen die Zeitungen mit übertriebenen Erklärungen bezüglich der Unruhen, die auf Informationen beruhen, die mit einem sogenannten Geheimcode übermittelt sein sollen. Für Sonntag haben sie bereits Kundgebungen zu Ehren der Witwen und Waisen der Märtyrer von Dublin angekündigt als Protest gegen die Verhaftung Casements. Natürlich schwächt der „Temps“ diese Meldung durch die Be-

hauptung ab, daß die große Mehrheit der amerikanischen Irländer die Vorfälle mit Bedauern aufnehme.

Ein amtlicher Bericht.

707 Personen gefangen.

London, 30. April. (Amtlich.)

Die Lage in Dublin ist viel befriedigender. Im Lande bleibt noch viel zu tun, was Zeit in Anspruch nehmen wird, aber der befehligende Offizier hofft, daß der Aufstand zusammengebrochen ist. Gestern nacht wurden von den Führern der Aufständischen in Dublin an die Rebellenausschüsse in den verschiedenen Bezirken Boten abgeschickt mit der Anordnung, sich zu ergeben. Die Geislichkeit und die königlich irische Polizei tun ihr möglichstes, um die Weisung zu verbreiten. Was die Lage in Dublin selbst betrifft, so haben sich die Aufständischen in den Hauptbollwerken aus freien Stücken ergeben. Mehrere Brandstiftungen haben sich nachts noch in der Sackvillestraße ereignet, aber die Feuerwehr ist jetzt in der Lage, ihren Dienst wieder zu verrichten. Wie weiter berichtet wird, sind bis jetzt 707 Personen gefangen genommen worden.

Die Rebellen sind, wie gemeldet wird, noch im Besitz von Enniscorthy in der Grafschaft Wexford. Aus Wexford ist eine aus Kavallerie, Infanterie und Artillerie zusammengesetzte Abteilung mit einem 47 zölligen Geschütz gegen die Aufständischen von Enniscorthy abgeschickt worden. Die letzten Mitteilungen besagen, daß der Führer der Aufständischen daselbst der Botschaft aus Dublin, sich zu ergeben, nicht glau be und unter Eskorte nach Dublin gefahren sei um sich die Bestätigung zu holen. In der Zwischenzeit herrscht Waffenstillstand. Auch von den Aufständischen in Athbourne wurde zu ähnlichen Zwecken eine Abordnung nach Dublin abgeschickt. In Galway lösen sich die Scharen der Aufständischen auf. Wie man glaubt sind wenige Verhaftungen vorgenommen worden. In den anderen Bezirken ist die Lage normal.

Gegen die Verwaltung Irlands.

Frankfurt a. M., 30. April.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus London meldet, wird Sir Henry Craig am nächsten Dienstag im Unterhause folgende Entschliebung vorschlagen: Das Haus hegt gegen die Verwaltung Irlands ein stetes Mißtrauen und ist überzeugt, daß die jetzige Verwaltung bereits so große Gefahren für die allgemeine Wohlfahrt verursacht hat, daß bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik die Lage noch gefährlicher werden wird. Se. Majestät wird deshalb ehrerbietigst ersucht, den gegenwärtigen Lordleutnant für Irland (Lord Wimbourne) und den Staatssekretär für Irland (Minister Birrell) ihrer Posten zu entheben. Ferner ist sofort eine Kommission zu ernennen, um die Lage zu untersuchen und Berichte darüber zusammenzustellen.

Die Niederlage der englischen Regierung in der Dienstpflichtfrage.

Die irischen Nationalisten entziehen der Regierung die Unterstützung.

London, 29. April.

"Daily News" schreiben: Die Zurückziehung der Rekrutierungsbill hat das Prestige der Regierung geschädigt. Die Arbeiterpartei wurde durch das Fiasco der Bill vollständig aus der Fassung gebracht, weil dadurch die Verhandlungen mit der Regierung ins Wasser gefallen sind. Carson und seine Anhänger werden die Regierung vermutlich drängen, den Lloyd-Georgschen Plan anzunehmen.

Die nationalistische Partei beschloß, der Regierung ihre bisherige Unterstützung zu entziehen und wird sich zukünftig Freiheit bewahren und eine eigene unabhängige Politik befolgen.

Das Fiasco des Regierungskompromisses in der Rekrutierungsfrage wird möglicherweise die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung erneuern und dann sind Rücktritte und die Wiedereröffnung der Ministerkrise möglich.

Die Debatte über die Wehrevorlage.

Rotterdam, 30. April.

Ueber die Sitzung des englischen Unterhauses vom 27. April liegt nunmehr folgender Bericht vor:

Staatssekretär Long legte den von der Regierung ausgearbeiteten Rekrutierungsplan vor. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um die Einstellung der Ahtzehnjährigen und die Verlängerung der Dienstpflicht der Soldaten, namentlich in der Territorialarmee, die sich zum vierjährigen Dienst verpflichtet hatten und deren Dienstzeit abgelaufen ist.

Carson sagte, es sei ausgeschlossen, daß die Bill in einer einzigen Kommissionsberatung erledigt werde, wie Long es wünschte. Er könnte sich gar keine ungerechteren, unlogischeren und unvollständigeren Vorschläge denken als die, welche die Regierung soeben gemacht habe. Die allgemeine Wehrpflicht für alle sei die einzig mögliche Lösung. Die Regierung nehme gegenüber den Bürgerpflichten eine Stellung ein, die jeden Majstab verrücke. Ein Mann an der Front, der sich weigere, in den Schützengraben zu gehen, werde erschossen; wenn aber ein Munitionsarbeiter streike, bekomme er fünf Schilling mehr. Die Einstellung der Ahtzehnjährigen habe Lord Ritchener selbst erst vor kurzem abgelehnt und als unnötig bezeichnet.

Leif Jones (liberal) bekämpfte die Vorschläge der Regierung, weil sie teilweise die Anwendung der allgemeinen Wehrpflicht enthielten. Balfour und Asquith hätten bei der ersten Dienstpflichtbill erklärt, daß sie keine Erweiterung derselben im Auge hätten. Dieser Versuch einer Lösung sei höchst unglücklich und unweise. Er würde im Lande die Empfindung großer Ungerechtigkeit und Ungleichheit hervorrufen.

Walsh (Arbeiterpartei) sagte: Er persönlich würde für die allgemeine Wehrpflicht stimmen, wenn die Maßregel notwendig sei. Wenn man aber die Bergleute nicht dafür gewänne, so wäre jeder Versuch, die Wehrpflicht einzuführen, hoffnungslos. Es würde einen Bürgerkrieg der fürchterlichsten Art geben. Redner erinnerte daran, daß Premierminister Asquith vor einiger Zeit den Arbeiterführern zu verstehen gegeben habe, daß sein erstes Dienstpflichtgesetz kein Vorläufer der allgemeinen Wehrpflicht sein solle und daß, wenn eine solche Maßregel im Parlament eingebracht würde, es unter einem anderen Premierminister geschehen werde. Jetzt scheine Asquith diese Erklärung abzuleugnen zu wollen. Wenn die allgemeine Wehrpflicht kommen müsse, möge sie kommen, aber die heutige Erklärung der Regierung sei die verworrenste, die er je gehört habe. Er werde sein Bestes tun, um die Bill zu Fall zu bringen. Wenn die allgemeine Wehrpflicht notwendig geworden sei, solle die Regierung an die Nation appellieren, sie brauche ihre Antwort nicht zu fürchten.

Duke (Unionist) erklärte, er sei seit Jahren für die allgemeine Wehrpflicht eingetreten, aber jetzt scheine es mit solchen Hoffnungen vorüber zu sein. Rücksicht auf den politischen Zustand und auf die politische Sicherheit verböten Neuwahlen, wenn es sich um den Plan der allgemeinen Wehrpflicht handelte. Aber es sei eine eigene Erscheinung, daß dieser Vorschlag einer Koalitionsregierung den Widerstand aller Parteien herausfordert. Die Bill könne das Gewissen der Nation nicht befriedigen. Sie verkündet den Alliierten nicht, daß England alles tue, was notwendig sei, und sie enthält nicht die eigentliche Politik der Regierung.

Pringle (liberal) sagte, es sei die allgemeine Auffassung, daß die Bill tot geboren sei.

Nachdem Premierminister Asquith, wie gemeldet, erklärt hatte, daß er die Vorschläge der Regierung zurückziehe, sagte Ellie Griffith (liberal), er habe geglaubt, daß die Regierungskrise beendet sei. Das Haus müsse die Versicherung haben, daß sie nun nicht wieder ausbreche. Das Merkwürdigste in der Rede Longs sei gewesen, daß sie nichts über die militärischen Ziffern enthielt, die sie beschaffen solle, worauf doch alles ankomme.

Thomas (Arbeiterpartei) erklärte, Asquith habe Tags vorher eine Anzahl von Arbeiterführern erjucht, eine Rekrutierungskampagne zu eröffnen, und man habe bereits damit begonnen. In welcher Lage befänden sich nun die Arbeiterführer, wenn es jetzt hieße, daß das, was der Premierminister gestern sagte, heute nutzlos sei. Wenn der abgeschlossene Handel rückgängig gemacht würde, könne man nur den Schluß daraus ziehen, daß man den Dienstzwang um seiner selbst willen haben wolle. Es würde daraus eine gewaltige Schwierigkeit entstehen, wenn das Wort des Premierministers, das er gab, als er die Unterstützung der Arbeiterführer erbat, gebrochen würde.

Astor (Unionist) erklärte, die Lage sei in höchstem Maße demütigend.

Dalziel (liberal) betonte, daß kein einziger Redner für die Vorschläge der Regierung eingetreten sei. Dabei sei

die Bill als Säule des neuen Übereinkommens bezeichnet worden, durch das die Koalition verlängert und ein Unheil fürchterlichster Art vermieden werden sollte. Aber nach einer Debatte von einigen Stunden tue die Regierung, was sie so oft getan habe: Sie trete einen glänzenden Rückzug an.

Das Haus erörterte sodann die Zensur über die Nachrichten aus Irland.

Herbert Samuel teilte mit, daß in den großen Bezirken Irlands völlige Ruhe herrsche.

MacNeill erwiderte, die Tatsache, daß Samuel von militärischen Operationen sprach, zeige, daß ernste Gefahren vorhanden sind. Eine militärische Zensur sei bei bloßem Aufbruch nicht nötig, sondern nur bei einem Kriege oder einem Zustand, der dem Kriege nahe käme.

Hodge sagte: Die neuliche Geheimsetzung war, was die Informationen anbetraf, eine reine Farce. Wenn es wieder eine Geheimsetzung gibt, muß man hoffen, daß die Abgeordneten wirkliche Aufklärungen erhalten.

Der Besuch der Sobranjemitglieder in der Monarchie.

Eine Rede des Grafen Tarnowski.

S. Sofia, 30. April. (Meldung der Bulgarischen Telegraphenagentur.) Zu Ehren der Mitglieder des bulgarischen Sobranje, die heute ihre Reise nach Budapest, Wien und Berlin antreten, fand gestern abends auf der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft ein Empfang statt, an dem Ministerpräsident Radoslawow, Finanzminister Tonitschew, die Herren der deutschen Gesandtschaft, sämtliche Mitglieder des Sobranje, die sich an der Reise beteiligen, und mehrere hohe Beamte des Ministeriums des Innern teilnahmen.

Im Verlaufe des Lunch hielt der österreichisch-ungarische Gesandte Graf von Tarnow-Tarnowski, der eben von seinem Urlaube zurückgekehrt ist, folgende Ansprache an seine Gäste: „Da ich — wie ich glaube, den nicht unberechtigten — Wunsch habe, von allen denen verstanden zu werden, an die ich meine Worte richten will, so gebrauche ich die französische Sprache, um meine lebhafteste Freude darüber auszusprechen, daß ich gerade noch rechtzeitig von meinem Urlaube zurückgekehrt bin, um den Herren Mitgliedern des Sobranje, die mit dem Vizepräsidenten der Kammer, meinem Freunde Dr. Momtschilow, morgen nach Budapest und Wien abreisen, glückliche Reise zu wünschen.“

Indem ich den Herren danke, daß Sie meine Einladung für den heutigen Abend angenommen und mir dadurch die Möglichkeit gegeben haben, diesen Wunsch auszusprechen und Ihnen vor Ihrer Abreise die Hand zu drücken, möchte ich Ihnen gleichzeitig die Versicherung geben, daß man Sie in den beiden Hauptstädten der Monarchie mit offenen Armen empfangen wird.

Ebenso wie die Herzlichkeit des Empfanges, den Sie finden werden, Ihnen gestatten wird, die Sympathien, die man bei uns den Bulgaren entgegenbringt, zu würdigen, so wird auch für uns anderer Ihr willkommener Besuch ein wertvoller Beweis Ihrer aufrichtigen Gefühle für Oesterreich-Ungarn sein.

Unsere enge Freundschaft, die bereits so schöne Früchte gezeitigt hat und die, wie es unser aller Ueberzeugung ist, die sicherste Bürgschaft für die Wahrung der Interessen beider Länder in der Zukunft bildet, diese Freundschaft, meine Herren, ist das Ergebnis der durch die Weisheit und das Genie Ihres Herrschers inaugurierten und durch die Regierung, deren Chef in unserer Mitte zu begrüßen wir das Vergnügen haben, zur Durchführung gebrachten Politik.

Es ist nur natürlich, daß wir, die am Vorabend Ihrer Reise, die sozusagen ein Ausfluß der erwähnten Politik ist, hier versammelt sind, unsere Gedanken auf die erhabene Person desjenigen richten, der der Urheber dieser Politik ist. Von diesem Gedanken erfüllt, lade ich Sie, meine Herren, indem ich meine Wünsche für Ihre glückliche Reise erneuere, ein, Ihr Glas zu erheben auf die Gesundheit Sr. Majestät des Königs der Bulgaren.“

Der Vizepräsident der Kammer Dr. Momtschilow erwiderte hierauf mit einer Rede, in der er einen historischen Rückblick auf die Beziehungen zwischen Bulgarien und Oesterreich-Ungarn warf und hierbei insbesondere der treuen Unterstützung gedachte, die die Monarchie dem jungen bulgarischen Königreiche in seinem Kampfe gegen die Eingriffe des russischen Kolosses geliehen hat. Der Redner schloß mit einem Trinksprache auf die Gesundheit Sr. Majestät des Kaisers und Königs Franz Joseph.

Die beiden Trinksprüche wurden mit begeistertester Zustimmung aufgenommen.

Die bulgarischen Deputierten haben heute die Auslandsreise angetreten.

Die Entente und Griechenland.

Neue Gewalttaten des Vierverbandes.

Die „Südslawische Korrespondenz“ meldet aus Athen:

Aus Mitteilungen des Regierungsblattes „Neon Afti“ geht hervor, daß die Entente, scheinbar in Konsequenz des entstandenen scharfen Konfliktes in der Transportfrage der Serben, alle gegen Griechenland bestehenden Zwangsmaßnahmen in außerordentlicher Weise verschärft hat. In erster Linie scheint man Griechenland diesmal ernstlich aushungern zu wollen. So werden Schiffe mit Nahrungsmitteln, die Griechenland in Spanien aufgelaufen hat, von den Engländern mit Beschlag belegt, wobei diese in einem Falle so weit gingen, daß ein von der griechischen Regierung gecharterter spanischer Dampfer, der hauptsächlich Reis und Bohnen geladen hatte, im Hafen von Piräus durch ein dortselbst eingelaufenes englisches Kriegsschiff in dem Momente mit Beschlag belegt wurde, als die Ladung gelöscht werden sollte. Italienische Kriegsschiffe haben für Griechenland bestimmte Transporte von Zucker

unter der Motivierung gelapert, daß der Verfrachter in Amerika ein deutscher Staatsangehöriger sei. In Mazedonien gehen gleichzeitig die französischen Truppen mit unerhörter Rücksichtslosigkeit gegen die griechischen Ortschaften vor. Das Regierungsblatt teilt mit, daß französische Kavallerie den Ort Katschikowo, der kürzlich den Schauplatz eines deutsch-französischen Zusammenstoßes bot, vollständig zerstört habe. Die griechischen Einwohner und die Gendarmen waren vorher gezwungen worden, den Ort zu verlassen.

„Neon Afti“ erklärt zu diesen Vorfällen, das griechische Volk solle sich vor Augen halten, daß die Entente Mächte nunmehr offene Feinde Griechenlands seien. Es sei dringend geboten, Abwehrmaßnahmen gegen eine Fortsetzung dieser Gewaltakte zu ergreifen.

Die Russen besetzen die Ålandsinseln.

Erregung in Schweden.

A. Stockholm, 30. April. Die in der letzten Zeit beschleunigte Besetzung der Ålands-Inseln durch Rußland, worauf „Aftonbladet“ in einer Reihe Aufsehen erregender Aufsätze hinwies, beschäftigt die schwedische Presse immer mehr.

„Stockholms Dagblad“ schreibt: Wer diese Inselgruppe beherrscht, beherrscht tatsächlich das Bottenische Meer. Ein besetztes Åland bedeutet eine scharfe Drohung gegen Norrland.

„Svenska Dagbladet“ wendet sich gegen die Aeußerung von „Dagens Nyheter“, daß Schweden ein von den Großmächten garantiertes Versprechen habe, daß Rußland keine dauernden Befestigungen auf Åland anlegen dürfe, und sagt: 1. hat Schweden kein Versprechen, sondern dieses wurde den Großmächten gegeben; 2. gelobt dieses Versprechen ganz allgemein, daß die Ålandsinseln nicht besetzt werden sollen. Die sogenannten zufälligen Anlagen während des Krieges verstoßen also genau so gegen das Versprechen wie etwaige dauernde.

„Nya Dagbladet“ schlägt angesichts der drohenden Gefahr eine innere Einigung der Parteien vor.

Die Ålandsfrage wurde bisher außer von „Aftonbladet“ von der schwedischen Presse nicht berührt. Es ist daher bedeutungsvoll, daß sich jetzt die wichtigsten Zeitungen eingehend damit beschäftigen.

Der Bombenanschlag auf die Athenener bulgarische Gesandtschaft

Z. Bern, 29. April. Dem „Journal“ zufolge ist im Hofe der bulgarischen Gesandtschaft in Athen eine weitere nicht explodierte Bombe gefunden worden. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Z. Sofia, 29. April. Zum Bombenanschlag gegen die Athenener bulgarische Gesandtschaft schreibt die „Kambana“: Zweifellos ist der Anschlag nicht das Werk von Griechen. Selbst als wir mit Griechenland in Feindschaft standen, wurde gegen unseren Vertreter nichts unternommen. Griechenlands Loyalität ist über jeden Verdacht erhaben. In Athen bestehen jedoch fünf Spionagebureaus der Entente. In Athen wimmelt es von französischen, serbo-russischen und italienischen Banditen, gegen die die griechische Polizei machtlos ist, weil die meisten als Sekretäre, Dragomane und Beamte der Entente-Gesandtschaften angemeldet sind. Wahrscheinlich ist der Attentäter ein Serbe. Nach allen bisherigen Entente-Attentaten hat sich die Entente durch das jetzige Attentat in Athen ein unvergängliches Schandmerkmal auf die Stirne geheftet, das für immerwährende Zeiten in der Geschichte Zeugnis von der sittlichen Niedrigkeit der EntenteStaatsmänner ablegen wird. Dank dem Takt und dem guten und festen Willen der griechischen und der bulgarischen Staatsmänner wird das Attentat die Beziehungen Bulgariens und Griechenlands nicht berühren. Die Entente irrt,

als sie glaubte, durch das Attentat die öffentliche Meinung Bulgariens gegen Griechenland aufzureizen. In Bulgarien ruft das Attentat allerdings Enttäuschung und Abscheu, aber nicht gegen Griechenland, sondern gegen die Entente hervor, die so naiv ist, die Bulgaren für Kinder zu halten. Die EntenteStaatsmänner wissen nicht mehr, was sie tun; sie erregen mit ihren neuesten Handlungen nur mehr Mitleid.

Zur Kriegslage

Zum Fall von Kut-el-Amara

Das Schicksal der englischen Irakarmee, die im November 1915 vor den Toren Bagdads erschien, hat sich am 29. April 1916 bei Kut-el-Amara endgültig entschieden. Als General Townshend, von Asquith verheißungsvoll begrüßt, bis zu den Ruinen von Ktesiphon gelangt war und dort ein schweres Treffen lieferte, wurde dieses als taktischer Erfolg dargestellt, erwies sich aber bei unbefangener Betrachtung als ein Rückschlag, dessen Schwere schon kurz darauf erkannt werden konnte. Am 6. Dezember war das Expeditionskorps schon um mehr als hundert Kilometer bis Kut-el-Amara zurückgegangen, um sich dort zu verschanzen und Entsatz abzuwarten.

Nach 143 tägiger Belagerung, die die Briten mit alter Standfestigkeit ausgehalten, die Türken mit exprobrter Zähigkeit durchgeführt haben, hat sich General Townshend bedingungslos ergeben. Alle Entsatzversuche, die mit großen Kräften vom Schatt-el-Arab her unternommen wurden, sind an den türkischen Sperrstellungen gescheitert, und wenn General Townshend nach englischer Meldung mit 9000, nach deutsch-türkischer mit über 13.000 Mann die Waffen gestreckt hat, so sind damit die Verluste der Engländer noch lange nicht gezählt. England hat in Mesopotamien ein Expeditionskorps von vielleicht 20.000 Mann eingesetzt, aber eine Armee von mehr als doppelter Stärke geopfert. Militärisch und politisch ist das ein schwerer Schlag, der nicht nur die Früchte jahrelanger Anstrengungen zwischen dem Persischen Golf und dem Roten Meer zerstört und das Prestige Englands im Orient und in Indien erschüttert, sondern auch den Türken im kritischen Augenblick die Handlungsfreiheit in starkem Ausmaß in die Hand gibt. Die von den Russen über Kergower vorgetriebene Spitze, die die türkische Irakarmee und Bagdad in der Flanke bedrohen sollte, um die Engländer zu entlasten, ist gegenstandslos geworden und wird nun mit stärkeren türkischen Kräften zu rechnen bekommen. Auch in Hocharmenien wird sich der türkische Erfolg strategisch fühlbar machen und am Suezkanal ist schon seit einigen Wochen deutlich geworden, daß die türkische Heeresleitung sich wieder freier regen kann. Die Dispositionen zur türkischen Gegenoffensive in Mesopotamien wurden von Goltz Pascha getroffen. Nach Aufstellung der türkischen Reservearmee bei Konstantinopel, die Liman von Sanders bei der Verteidigung der Dardanellen als Rückhalt diente, ist von der Goltz im November 1915 eiligst nach Bagdad gerufen worden, wo Gefahr im Verzug war. Die Türken haben sich unter seinem Befehl sehr gut geschlagen. Die Briten fochten mit alter Tapferkeit, mußten aber den auf schwacher operativer Grundlage unternommenen Feldzug teuer bezahlen. Die Entsatzarmee, die seit dem Januar so viele Opfer umsonst gebracht hat, wird nun Anlehnung an Korna suchen müssen, wenn sie nicht früher oder später durch Umfassung oder strategische Umgehung festgelegt werden will. Der Irakkrieg der Engländer ist nach dem Scheitern der waghalsigen Unternehmung Townshends gegen Bagdad als verloren zu betrachten. Ob er neu aufgenommen werden kann, ist mehr als fraglich, wenn man überlegt, welche Fristen dazu notwendig sind. Es darf aber nicht verkannt werden, daß England das Stromdelta und zwar die Mündung bis Basra und Korna noch fest in der Hand hat und diesen Besitz mit allen Kräften verteidigen wird. Greifen die Türken Korna an, so müssen sie ihrer langgestreckten Verbindungslinie sehr sicher sein.

Die Nachosterwoche war für England wirklich eine schwarze Woche, denn sie begann mit dem Aufstand in Dublin, sah Vorstöße deutscher See- und Luftstreitkräfte gegen die englische Küste, brachte die Kunde von dem Gefecht bei El Katie und dem Untergang des „Rusjel“ und endete mit der Kapitulation von Kut-el-Amara. Die politischen Schwierigkeiten, die in dem Zurückziehen des Asquithschen Wehrpflichtkompromisses erblickt werden müssen, sind nicht geeignet, die Woche in hellerem Lichte erscheinen zu lassen. Einen Erfolg der Aufstandsbewegung in Irland halten wir indes nicht für wahrscheinlich, auch die militärische Lage in Ägypten kann noch nicht als bedroht gelten und von der Armee Percy Lake ist anzunehmen, daß sie aus der Katastrophe Townshends gelernt hat, sich nicht einschließen zu lassen. Dagegen halten

wir es für sehr wohl möglich, daß die Ordre de bataille der in England versammelten und wahrscheinlich nicht nur zu Defensiv-, sondern auch schon zu Offensivzwecken bereitgestellten großen Streitkräfte durch den Aufruhr in Dublin schwer gestört worden ist, da zahlreiche Truppen nach Irland geworfen werden mußten. In welchem Maße dadurch englische und französische Offensivpläne, die mit einer Flankenoperation gegen die deutsche Front in Flandern rechnet, beeinträchtigt werden, ist heute noch nicht festzustellen.

H. St.

Einzelheiten aus dem Feldzug in Mesopotamien.

Konstantinobel, 30. April.

„Tanin“ veröffentlicht einen Bericht über den Feldzug in Mesopotamien mit vielfach unbekanntem Einzelheiten. In dem Bericht heißt es: Der Feldzug hat die Türkei überrascht, die in dieser Gegend keinerlei Vorbereitungen gegen unerwartete Angriffe auf die Mündung des Schatt-el-Arab getroffen hatte. Zu Beginn des Krieges beschlossen die schwachen türkischen Streitkräfte, kaum einige tausend Mann, sich kämpfend zurückzuziehen. Sie erlitten hierbei keine ernstesten Verluste, während der nachdrängende Feind fortwährend Verstärkungen erhielt und von mehreren Kanonenbooten unterstützt wurde.

Die türkische Armee, die vor Bagdad Verstärkungen erhielt, beschloß, nicht weiter zurückzugehen. Im vergangenen Herbst rechneten England und alle Anhänger der Entente mit dem Falle Bagdads. Den man für unmittelbar bevorstehend hielt. Am 22. November fand der letzte Ansturm gegen Bagdad statt. Zehn Kanonenboote neuester Konstruktion schützten die englischen Truppen und beschossen gleichzeitig die vorgeschobenen Stellungen der Türken bei Bagdad. Am 23. November ging die Infanterie zum Sturm über. Der erste Angriff gelang. Die türkischen Truppen zogen sich, zweifellos um Townshend an sich zu ziehen und zu ermüden, noch weiter zurück bis zu den Hauptstellungen vor Bagdad.

Der Angriff auf diese wurde tags darauf fortgesetzt, fand jedoch diesmal eine unerschütterliche Mauer. Am

folgenden Tage gingen die türkischen Truppen zum Sturmangriff über und zwangen die Armee des Generals Townshend zum Rückzuge. Die Engländer begründeten damals ihre Niederlage mit Wassermangel. Aber General Townshend konnte nirgends standhalten und setzte seinen Rückzug 200 Kilometer weit bis Kut-el-Amara fort, wobei er auf dem Wege das ganze schwere Material, ja sogar die Kanonenboote und Schiffe mit Lebensmitteln im Stich ließ. Unmittelbar darauf begann die Einschließung von Kut-el-Amara durch türkische Streitkräfte, die sich bemühten, auch alle Wege zu sperren, auf welchen Verstärkungen ankommen könnten. Nach einigen Stürmen, die unternommen wurden, um die Stärke des Feindes zu erkunden, beschränkten sich die türkischen Truppen zur Vermeidung von Verlusten darauf, die Einschließungslinie zu verengen. Am 23. Jänner unternahmen Verstärkungstruppen unter General Ahlmer einen großen Sturmangriff, wurden jedoch zurückgeschlagen. Von diesem Augenblick an begriff man in England das Unglück, das Kut-el-Amara bevorstand. Man bemühte sich, neue Verstärkungen zu schicken, die den Resten der Dardanellenarmee, ja sogar den in Flandern stehenden Truppen entnommen wurden, aber die türkischen Truppen hielten wacker stand und gedachten in den Verschanzungen von Felahie dem Feinde eine neue Dardanellenniederlage zu. Trotz des häufigen Wechsels im Oberbefehl, trotz der fortwährenden Verstärkungen holten sich die Engländer, wie bereits aus den amtlichen Berichten bekannt, eine blutige Niederlage nach der andern.

Der Dank des Sultans.

Konstantinobel, 30. April.

In Erwiderung auf das Telegramm des Vizegeneralissimus Enver Pascha, worin dieser von dem glänzenden Erfolge vor Kut-el-Amara Meldung erstattete, übermittelte die kaiserliche Kanzlei Enver Pascha eine Depesche mit der Mitteilung, der Sieg habe dem Sultan große Freude bereitet. Der Sultan habe die Glückwünsche der Krieger, die seit Monaten dem Feinde kräftigen Widerstand leisteten und die Ehre des Vaterlandes gerettet haben, zu ehren geruht. Der Sultan entbiete allen Soldaten seine Grüße und bete für weitere Erfolge.

Der bulgarische Generalissimus an Enver Pascha.

Konstantinobel, 30. April.

Der bulgarische Generalissimus G. M. Schelow sandte an Kriegsminister Vizegeneralissimus Enver Pascha ein Telegramm, worin er im Namen der bulgarischen Armee die tapfere ottomanische Armee beglückwünscht und ihr neue Siege zum Triumphe der gemeinsamen Sache wünscht.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 1. Mai. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

29. April. An der Trientiner Front beschränkte sich die Kampfaktivität auf Artillerieaktionen. Im Val Sugana wiesen wir kleine feindliche Angriffe gegen den Frontabschnitt von Monte Collo bis zum Tafgrund ab. Unsere schweren Geschütze nahmen die Eisenbahnstation Innichen und Saisitz unter Feuer. Im Becken von Plitsch setzte die feindliche Infanterie nach heftiger Artilleriebeschichtung zu

einem Angriff gegen unsere Stellungen bei Ravnitz an, wurde jedoch durch unser Sperrfeuer zum Stehen gebracht. Gewohntes Artillerieduell an den übrigen Teilen der Front.

30. April. Von den Judikarien bis zum Val Sugana Artillerietätigkeit und Fliegeraufklärung. Feindliche Flieger, welche auf Verona auflogen, wurden durch das Feuer unserer Abwehrbatterien und ein aus der Front aufsteigendes Jagdgeschwader vertrieben. Im oberen Cordeoletal unternahm der Feind in der Nacht auf den 29. April abermals einen Angriff gegen unsere Stellungen am Ramm des Col di Lana, wurde aber nach mitterndem Handgemenge unter schweren Verlusten zurückgeschlagen.

Auf mittleren Fionzo und am Karstplateau Artillerieduell. Feindliche Flieger warfen auf kleine Ortschaften in der Ebene am unteren Fionzo Bomben ab, welche einige Menschen töteten und verletzten und geringen Schaden anrichteten.

Rußland.

29. April. Feindliche Artillerie beschöß Schlod und Baramünde. Bei dem Dorf Ginowka westlich Dinaburg griffen die Deutschen nach Artillerievorbereitung an, mußten jedoch unter unserm Feuer in ihre Ausgangsgräben zurück. Am 28. April, ungefähr um 2 Uhr nachts, überflog ein deutsches Luftschiff Mjezyca und warf Spreng- und Brandbomben ab. Südwestlich des Maroczsees machte die deutsche Artillerie bei Tagesanbruch einen Feuerüberfall, worauf Infanterie in dichten Linien zum Angriff ansetzte. Es gelang den Deutschen, die kürzlich verlorenen Gräben wieder zu nehmen. Besonders heftig gekämpft wurde in den Stellungen bei den Dörfern Zanarocze und Stachowce. Bei Sonnorgen entwickelten die Deutschen ebenfalls heftige Artillerietätigkeit.

30. April. Im Abschnitt von Riga richtete die feindliche Artillerie ein konzentrisches Feuer gegen Schlod und die Gegend südlich der Insel Dalen. Die Gegend beim Bahnhof von Selburg (nordwestlich von Jakobstadt) wurde gleichfalls von der Artillerie des Gegners beschossen. An der Front der Stellungen von Dinaburg an mehreren Stellungen Artilleriekampf. In der Gegend westlich des Maroczsees läßt der Kampf nach. In der Gegend von Krewo wiesen wir einen Versuch des Feindes, seine Hindernislinien zu überschreiten, durch unser Feuer zurück.

Nördlich von Murawica an der Kwa ergriffen die Oesterreicher nach Vorbereitung mit schwerer und leichter Artillerie gestern bei Tagesanbruch mit bedeutenden Kräften die Offensive gegen unsere Gräben, die einen Vorsprung in westlicher Richtung bei den Dörfern Groß- und Klein-Bojarka bildeten und von einer einzigen Kompagnie gehalten wurden. Diese mußte sich zurückziehen. Unsere Truppen eröffneten hierauf ihrerseits ein heftiges Artilleriefeuer und unternahmen einen Gegenangriff. Gegen 1 Uhr nachmittags gelang es den Unsern trotz eines Hagels von Geschossen, den Graben wieder zu nehmen und die Besatzung, zwei magyrische Bataillone mit 22 Offizieren und zwei Ärzten, mehr als 600 Soldaten, zur Waffenstreckung zu zwingen. In den zurückeroberten Gräben lagen Haufen von magyrischen Toten und Verwundeten. Unsere Verluste betragen 4 Offiziere und ungefähr 100 Mann. Wir nahmen eine große Menge von Gewehren, Munition, Patronen, Handgranaten und Eisenstacheln.

Die bulgarische Sobranjedeputation in Budapest.

Budapest, 2. Ra

Besuch der Manfred Weis'schen Fabrik.

Die Mitglieder der bulgarischen Sobranje begaben sich heute früh vom „Hotel Dunapalota“ nach der Insel Csepel, wo sie das Fabriketablissemment der Munition-, Stahl- und Metallwerke-Fabrik Manfred v. Weiß besichtigten.

Die Gäste wurden vom Magnatenhausmitglied Manfred v. Weiß, von den technischen Direktoren königlichen Rat Ritter Richard Stern und v. Kodár und von den Direktoren Oskar v. Wahl, Alfred Mauthner, Eugen Weiß und Alfred Weiß empfangen.

In seiner Begrüßungsansprache erwähnte Magnatenhausmitglied Manfred v. Weiß, daß die Fabrik an der Donau errichtet sei, die sozusagen das Symbol der Freundschaft der bulgarischen und der ungarischen Nation bilde und er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß nach dem blutigen Kriege das Verhältnis zwischen Bulgarien und der Monarchie noch enger geknüpft werden und den Völkern der verbündeten Staaten zum Heile gereichen werde. Er beleuchtete sodann an der Hand von Daten die Tätigkeit und Leistungsfähigkeit der Fabrik.

Die Gäste besichtigten die Fabrikanlagen eingehend, dann setzten sie sich zu einem Dejeuner, das ihnen zu Ehren Herr Manfred v. Weiß gab.

Im Namen der Gäste dankte der Vizepräsident der Sobranje Dr. M o m t s c h i l o w dem Frühstückgeber dafür, daß er ihnen Gelegenheit geboten hatte, das Etablissemment kennen zu lernen, wo die Mittel zum glorreichen Sieg hergestellt werden, und wünschte, daß die ungarisch-bulgarische Waffenbrüderschaft einst auch im Frieden ihre Früchte trage. Herr v. Weiß dankte für den Toast und brachte das Wohl der verbündeten Armeen aus.

Zu der ungarischen Waffenfabrik.

Von Csepel begaben sich die Gäste in die Ungarische Waffen- und Maschinenfabrik, wo sie an der Spitze des Verwaltungsrates durch Generaldirektor Rudolf Frommer empfangen und im Namen der Direktion von Manfred v. Weiß willkommen heißen wurden. Auch diese Fabrik wurde von den bulgarischen Gästen eingehend besichtigt.

Der Empfang im Abgeordnetenhaus.

In einer freundlichen Stunde, die die Frühlings-sonne mit ihren heiteren Strahlen übergießt, wurden heute im ungarischen Abgeordnetenhaus die Delegierten der bulgarischen Sobranje begrüßt.

Der Empfang fand im großen Kuppelsaale des Parlamentsgebäudes statt. Das prachtvolle, gigantisch wirkende Treppenhaus bot einen herrlichen Anblick, der durch das Rot der Paradeuniformen der Parlamentshusaren, die den Ausgang rechts und links flankierten, noch farbiger gestaltet wurde.

Um 1 Uhr mittags hatten sich im Kuppelsaale bereits zahlreiche Abgeordnete aller Parteien versammelt und auch Minister des Innern Johann v. Sándor und Justizminister Eugen v. Balogh waren anwesend. Wenige Minuten nach 1 Uhr erschienen die bulgarischen Abgeordneten, die unter der Führung Dr. Ivan M o m t s c h i l o w s in den Kreis traten, in dem, von den ungarischen Abgeordneten umringt, der Präsident des Abgeordneten-hauses Paul v. Beöthy die Kommenden freundlich willkommen hieß. Präsident Paul v. Beöthy hielt dann eine Begrüßungsrede in französischer Sprache. Die Ausführungen des Präsidenten lauteten:

Mit aufrichtiger Freude und wahrer Freundschaft begrüße ich im Namen des ungarischen Abgeordnetenhauses die verehrten Mitglieder der bulgarischen Sobranje im Hause der ungarischen Gesetzgebung. In dieser Freude offenbart sich nicht nur die Bereitwilligkeit der traditionellen ungarischen Gastfreundschaft gegenüber den ausgezeichneten Vertretern eines benachbarten Staates, sondern es kommt in ihr auch die Aufrichtigkeit der zwischen unseren Nationen bestehenden Waffenbrüderschaft, die Treue zu unserem Bündnis und das in die Zukunft gelebte Vertrauen zum Ausdruck.

Nach dem Vermächtnis der Zeiten, die vor der Völkermigration liegen — eine Ueberlieferung, die der Ungar stets in Ehren hält, auch wenn sie geschichtlich nicht zweifellos erwiesen ist —, waren Ungarn und Bulgaren nebeneinander lebende verwandte Nationen. Im Laufe der geschichtlichen Umwandlungen hat das Schicksal jedem eine andere Rolle und einen andern Platz bezeichnet, und es schien, als würde das verbindende Bewußtsein der gemeinsamen Abstammung in Vergessenheit geraten. Wir Ungarn betrachteten zwar stets mit Sympathie die ersten Schritte Ihres Volkes, das kraft seiner Qualitäten zu einer selbständigen Rolle berufen war, die ersten Schritte in dieser Richtung, als der Prozeß der nationalen Staatsbildung der Völker, die den Balkan bewohnen, einsetzte. Achtungsvoll betrachteten wir die Kraft, die Ausdauer, das Zielbewußtsein, mit dem die bulgarische Nation der Verwirklichung ihres festgesetzten Zieles mit so viel zäher Folgerichtigkeit zustrebte. Aus unmittelbarer Erfahrung kennen wir den unermüdbaren Fleiß, die Strebsamkeit, die Liebe zum Boden und das richtige kaufmännische Gefühl dieses Volkes, die das Pfand seines Gedeihens auch in der Fremde, auch unter schweren Verhältnissen sind. Mit Anerkennung gedenken wir seiner Arbeitsfreude, seiner Nüchternheit, seiner Strebsamkeit. Bei den letzten Umwandlungen auf dem Balkan bewunderten wir die machtvolle Kraft der Bulgaren, ihre erste Intelligenz und die Tapferkeit und Zähigkeit, die die Umwandlung der alten Ordnung auf dem Balkan zur Folge hatte. Und wir waren von Teilnahme und warmem Mitgefühl für sie erfüllt, als sie, nachdem sie den Löwenanteil der erzielten Erfolge erkämpft und in dieser titanischen Kraftanstrengung die größten Opfer gebracht hatten, von den eigenen Waffengenossen meuchlings angegriffen und der Früchte ihrer Tapferkeit beraubt wurden. Wir sahen, wie die bulgarische Nation die Wunden des langen Balkankrieges mit so würdevoller Ergebung ertrug und wie sie die seither verstrichene kurze Zeit zur Heilung und zur neuen Sammlung der Kräfte ausnützte. Und die bulgarische Nation gab ein Zeugnis ihrer politischen Scharfsicht, ihres rechten Gefühls für die eigenen Interessen und die Interessen des europäischen Gleichgewichts, als sie in dem größten Kriege aller Zeiten als aktiver Teilnehmer auf jene Seite trat, auf der die Kämpfenden einen Kampf auf Leben und Tod führen, um ihre territoriale Integrität und um ihre Existenzinteressen gegen jene, die auch die Feinde der Bulgaren sind. Und wir bewunderten schließlich die Organisation, die heispiellose Tapferkeit, mit der unsere treuen Waffenbrüder mit uns und mit unseren deutschen Verbündeten Schulter an Schulter über unsere persiden Nachbarn hinwegschritten und es für alle Zeit unmöglich machten, daß diese ihr dem europäischen Frieden und uns allen so gefährliches Treiben neu begannen. Die Erkenntnis der Entwicklung beider Nationen, das richtige Erwägen unserer Interessen, dabei aber auch die gegenseitige Wertschätzung und das gegenseitige Vertrauen brachten unser ruhmreiches Bündnis zustande, indem wir den militärischen Erfolg errungen haben, den keine Kraft mehr mit der Waffe abändern kann. Zwei Aufgaben harren jetzt unser. Mit der gleichen Tapferkeit, mit derselben Ausdauer, und, wenn notwendig, mit der gleichen Selbsterleugnung und Entfagung müssen wir den wirtschaftlichen Kampf, den unsere Feinde infolge der Hoffnungslosigkeit ihrer bewaffneten Versuche zur Aushungerung gegen uns richteten, standhalten, damit wir, mit den in uns wirkenden höheren sittlichen Kräften auch diesen Angriff besiegend, die Früchte unseres

*Die bulgarische Delegation in
Budapest*

Triumphe genießen und einen langen segensreichen Frieden uns, aber gleichzeitig auch ganz Europa sichern können. Zweitens ist es notwendig, daß wir unsere richtig erkannten Interessen zu unserem Wohl und zum Wohle unserer Verbündeten pflegen und gegenseitig die Wege einer Verständigung der Herzen und des kulturellen und wirtschaftlichen Verständens suchen, um, auf ihnen vorwärtsschreitend, das Ziel unserer Kämpfe, die Prosperierung unserer Nationen und ihr Erblühen zu erreichen.

Daraus, daß Sie, sehr geehrte Kollegen, die Initiative ergriffen haben und uns mit Ihrem freundlichen Besuche beehrten, erkenne ich, daß unsere Ansichten einander auch in dieser Beziehung begegnen, daß unsere Gefühle und unsere Interessen und die richtige Erkenntnis der Ziele identisch sind. Diese Tatsache erweckt in mir und in allen Ungarn die Wärme, das Vertrauen, die Liebe, mit der wir Sie, geehrte Herren, willkommen heißen.

Die Schlussworte der Rede des Präsidenten Paul v. Bédth wurden von den Bulgaren mit Kundgebungen der begeistertsten Sympathie aufgenommen. Dann ergriff Dr. Ivan Momtschilow das Wort, um auf die Ausführung des Präsidenten zu antworten. Dr. Momtschilow führte, von Kundgebungen des Beifalls vielfach unterbrochen, aus:

Herr Präsident, geehrte Herren und liebe Kollegen! Ich bin der glücklichste der Menschen, weil mir die Ehre zuteil wurde, im Namen des bulgarischen Parlaments und ich kann wohl sagen, des ganzen Landes und der bulgarischen Nation Ihnen brüderliche Grüße zu bringen, stehend zu Gott, daß er über dieses Land wache und diese brave Nation bewahre, sie schütze. Der wunderbare Empfang hat uns nicht überrascht, wir waren darauf vorbereitet, denn wir kannten Sie und wir kannten die wahren brüderlichen Gefühle, mit denen die ungarische Nation sich stets für die bulgarische Nation begeisterte. (Begeisterte Clenrufe.) Ebenso waren wir auch davon überzeugt, daß sie an den Leiden teilnahmen, als Leiden unser Los wurde. (Beifall.) Sie nahmen teil daran in Folge der alten geschichtlichen Verbindung, die uns verknüpft und die es unmöglich macht, daß Sie unser Schicksal gleichgültig betrachten. Wir können glücklich feststellen, daß die Stunden, die wir bei Ihnen verbrachten, als unvergängliches Andenken in unseren Herzen leben werden. Wir sind stolz darauf, daß wir mit eigenen Augen die Begeisterung sehen konnten, die Sie mit uns verbindet. Wir sind stolz darauf, daß unsere Brüder und Söhne ihr Blut vereint vergießen konnten mit Ihren Söhnen und Brüdern für die gemeinsame Sache der ungarischen und der bulgarischen Nation. (Beifall.) Seien Sie überzeugt, daß aus dem Blute, das die Anrigen mit so patriotischer Opferwilligkeit auf den Schlachtfeldern vergossen haben, das majestätische Gefühl emporsteigen wird, das Gefühl der ungarisch-bulgarischen Freundschaft. (Stürmischer Beifall.)

Stürmischer Beifall folgte diesen Worten. Hierauf stellte Dr. Momtschilow dem Präsidenten und den Vizepräsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses die Mitglieder der bulgarischen Deputation vor.

Nunmehr ergriff noch Abgeordneter Nikola Kaltschow das Wort, um in ungarischer Sprache den ungarischen Abgeordneten für die Freundlichkeit und Wärme des Empfanges zu danken. Er schloß, indem er die ungarisch-bulgarische Verbrüderung feierte und pries.

Es folgte die Besichtigung des Hauses; namentlich der Sitzungsaal des Abgeordnetenhauses und die Räume des Magnatenhauses fanden die freundliche Anerkennung der Gäste.

Ein Dejeuner.

Um 2 Uhr mittags fand im Hotel „Donau-Palast“ ein Dejeuner statt, das die ungarischen Abgeordneten den bulgarischen Kollegen gaben. An dem Festessen nahmen sämtliche Mitglieder der Regierung und viele Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Magnatenhauses, und zwar Mitglieder aller Parteien, teil. Auch der Obersthofmarschall in Ungarn Graf August Zichy sowie die Generalkonsuln Theodor Retkow, Ahmet Hikmet Bey und Graf Egon Fürstenberg-Stammheim waren erschienen.

Aus der Sozialdemokratie.

„Material zur Fraktionspaltung“ ist vom Sozialdemokratischen Parteivorstand in einem kleinen Heftchen zusammengestellt worden. Darin versichert der Parteivorstand:

„Schon seit Kriegsausbruch hielten die in der Minderheit gebliebenen sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag besondere Sitzungen neben der Fraktion ab, zu der sie nach und nach immer mehr Genossen heranzogen. Ihre Taktik war klar darauf gerichtet, die von der Fraktion beschlossene Politik zu durchkreuzen.“

Bereits im Dezember 1914 drohte Haase in einer Fraktionsvorstandssitzung mit der Spaltung. Im Mai 1915 bildete sich in Berlin eine Organisation, „die die zentrale Leitung der Opposition und die Durchführung einer das Reich umfassenden Organisation übernahm.“ Diese Organisation hat sich Mitte Februar 1916 wegen grundsätzlicher Differenzen wieder gespalten. „Systematisch wurde seit Mitte 1915 die Parterspaltung betrieben.“ Ein eigenes Programm war vorhanden. Von der Opposition wurden Sammellisten zur Aufbringung von Mitteln in Umlauf gebracht. Am Niederrhein befindet sich das Zentrum der Opposition, in Duisburg. Die Redakteure des dortigen sozialdemokratischen Blattes vertreiben Beitragsmarken der Opposition und verweigerten den zuständigen Instanzen die Aufnahme einer Berührung gegen dies Verhalten. Im Oktober 1915 fand in Frankfurt a. M. eine Reichskonferenz der Opposition statt.

Nun kommt der 24. März 1916. Die Fraktion beschloß, dem Notetat zuzustimmen. Dreimal hatte Haase in der Fraktion dazu gesprochen, ohne ein Wort von seiner Absicht zu sagen, daß er im Reichstag gegen die Fraktionsmehrheit reden wolle. Erst mit der Eröffnung der Plenarsitzung teilte Haase dem Fraktionsvorsitzenden Scheidemann mit, daß er zum Notetat, den er und seine Freunde ablehnten, reden werde. „Greude Mitglieder der Minderheit, die von Haase nicht mit ins Vertrauen gezogen waren, äußerten ihre Empörung am heftigsten.“ „Nicht das, was Haase dann sagte“ — so schreibt der Parteivorstand — „war das Empörende, es war der hinterlistige Ueberfall, der Bruch von Treu und Glauben, der jedem klar zeigte: jetzt ist es zu Ende, das ist der Bruch. . . Für den seitherigen Parteivorsitzenden Haase ist es charakteristisch, daß er mit einer fertigen, sorgfältig gearbeiteten Rede in der Tasche der Fraktion seine Absichten verschwie, um dann um so überraschender gegen seine Fraktion vorzustößen.“

Die rheinischen Sozialdemokraten gegen eine Parterspaltung. Wie uns aus Köln gedrängt wird, hat dort am Sonntag eine Konferenz der sozialistischen Kreisleitungen der Regierungsbezirke Köln, Aachen, Koblenz und Trier nach einem Vortrag des Redakteurs Werfeld über die Fraktionspaltung einstimmig eine Entschliebung angenommen, welche das Vorgehen der Haase-Gruppe und noch schärfer die offen auf Parterspaltung gerichteten Bestrebungen der Gruppe Plebsnecht-Köhle, aber auch die Auswerfung unnötiger und verwirrender Streitfragen seitens einiger Genossen des rechten Parteiflügels verurteilt. — In den oben genannten vier rheinischen Regierungsbezirken Köln, Aachen, Koblenz, Trier hat die Sozialdemokratie nur das Reichstagsmandat für Köln inne. Der sozialdemokratische Vertreter für Köln, Hofrichter, ist in der alten Reichstagsfraktion geblieben, er gehört aber dort zu der Minderheit, die am Tage der Fraktionspaltung der Fraktion das Recht absprach, ein Parteimitglied von der Fraktionsgemeinschaft auszuscheiden.

Die Lex Liebknecht.

Wann das Plenum des Reichstages eine Sitzung abhält, steht noch nicht fest. Der 9. Mai ist als Tag der nächsten Sitzung genannt worden. Ein bestimmter Termin ist aber bisher noch nicht endgültig festgesetzt. In der letzten Sitzung vor Ostern erhielt der Präsident die Vollmacht, die nächste Sitzung nach eigenem Ermessen anzusetzen, doch nicht vor dem 2. Mai. Heute sollten die beiden Ausschüsse — der Haushaltsauschuß und der Steuerauschuß — mit ihren Arbeiten beginnen. Allein nur der Haushaltsauschuß hat heute mittag seine Beratungen aufgenommen. Die für heute angeordnete Sitzung des Steueraususses ist in letzter Stunde wegen der Fahrt des Schatzsekretärs Dr. Helfferich zum Kaiser ins Große Hauptquartier verschoben worden.

Der Haushalts-Ausschuß des Reichstags beschäftigte sich heute zunächst mit dem Etat des Reichstags. Der Berichterstatter empfiehlt die unveränderte Annahme. Abgeordneter Ledebour von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft bespricht die Vorgänge in der Sitzung des Plenums vom 8. April. Wenn die alte Bestimmung wieder in Kraft gesetzt würde, daß kein Abgeordneter außer dem Redner und dem Referenten die Rednertribüne betreten dürfe, dann könnten solche Szenen nicht vorkommen. Ledebour kritisiert dann die Berichterstattung über diese Sitzung, die vom Präsidenten beeinflusst worden sei. Wir haben Anträge gestellt, die die wahrheitsgetreue Berichterstattung und die Redefreiheit im Reichstag sichern sollen. Der Vizepräsident hat sich geweigert, diese Anträge dem Reichstage zu unterbreiten, weil sie eine Kritik an der Geschäftsführung des Präsidenten enthielten. Diese Auffassung ist irrig. Die Anträge sollten nur verhindern, daß Abgeordnete durch Gewalttätigkeit am Reden verhindert werden. Der Präsident als solcher habe nicht das Recht, die Presse in der Berichterstattung zu beeinflussen. Der Redner verlas dann neue Anträge seiner Fraktion, die dahingehen, dem Präsidenten aufzugeben, dafür zu sorgen, daß Abgeordnete in ihrer Redefreiheit nicht von anderen Abgeordneten eingeschränkt würden und daß der Präsident die Berichterstattung nicht beeinflussen dürfe.

Vizepräsident Paasche führte daraufhin aus: Wir haben uns seiner Zeit dafür entschieden, daß es nicht zweckmäßig wäre, wenn die Ausführungen des Abg. Liebknecht vielleicht entstellt der Öffentlichkeit übergeben würden, weil dann das Ansehen des Reichstages und die Interessen des Reiches geschädigt werden könnten. Die Zensurbehörde habe nur dem Wunsch des Präsidenten Ausdruck gegeben, die Ausführungen Liebknechts in bestimmter Form zu bringen. Die Anträge der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft enthalten allerdings eine Kritik an der Geschäftsführung des Präsidenten. Für eine solche Kritik schreibt die Geschäftsordnung ganz bestimmte Formen vor. Eine weitere Kritik ist nicht zulässig, es sei denn, daß man die Geschäftsordnung in diesem Punkte ändert.

Der Irenaufstand in Dublin niedergeschlagen.

London, 2. Mai.

Das Reutersche Bureau meldet: Laut einer amtlichen Mitteilung haben sich alle Dubliner Rebellenführer ergeben.

Die Uebergabe erfolgte, als sie aus dem brennenden Hauptpostamt herausgetrieben worden waren. Die Truppen, die die Ausgänge nach der Sackville-Street besetzt hielten, stellten das Feuer ein. Die Rebellenführer näherten sich mit einer Parlamentärflagge. Man schloß zunächst einen Waffenstillstand. Darauf unterzeichnete Pearce, der sogenannte Präsident der provisorischen republikanischen Regierung, die formelle bedingungslose Uebergabe. Alle Kommandanten aller Streitkräfte der Rebellen erhielten den Befehl, die Waffen niederzulegen. Abschriften des Uebergabeprotokolls werden im ganzen Lande angeschlagen werden.

Die Revolution in Irland.

Englische Berichte.

L. London, 1. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Korrespondenten in Dublin, die die letzten Ereignisse beschreiben, berichten von Versuchen, die unbemittelten Kreise der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Die Vorräte, die sich in der Stadt befanden, wurden von den Behörden angefordert. Die Sendungen aus England wurden unter diejenigen verteilt, die sie am nötigsten hatten.

Der Vizekönig und der Staatssekretär Birrell empfingen Freitag einige Journalisten und teilten ihnen mit, daß sich die Rebellen darauf beschränkt hätten, aus den gedeckten Stellungen zu feuern, und daß sie sich, sobald sie ein Haus besetzt hatten, damit begnügten, sich zu verteidigen. Artillerie sei aufgestellt worden, um sie zu vertreiben. — Staatssekretär Birrell sagte ferner, die Rebellen bildeten keine ernste militärische Gefahr. Die einzige Aussicht, die sie hatten, war die Ueberrumpelung der Behörden.

Der Korrespondent, der den Brand des Postamtes schildert, sagt u. a., daß die Flammen die ganze Stadt erhellten; sie schlugen 150 Fuß hoch in die Luft. Dadurch wurde die Aufgabe der Belagerer wesentlich erleichtert. Ein großer Teil der Rebellen wurde aus den stärksten Stellungen vertrieben.

Nach einer anderen Meldung des Reuterschen Bureaus aus Dublin nahte gestern das Ende des Aufstandes, als der Führer der Revolutionäre Pearce verwundet wurde. Das letzte Bollwerk sei der Musiksaal gewesen, von dem die Fahne niedergeholt wurde. Als das Rattern der Maschinengewehre und das Knattern der Gewehre aufhörte, kamen die Menschen langsam wieder zum Vorschein. Die auf den Straßen liegenden Leichen wurden gezählt. Die Gesamtverluste werden wahrscheinlich nie bekannt werden. Sie sind zweifellos groß.

Nach einer Meldung der „Daily Mail“ wurde auch das Dubliner Schloß von den Rebellen belagert, es gelang ihnen aber nicht, in dasselbe einzudringen. Es sollen viele Kinder teils auf der Straße erschossen, teils in brennenden Gebäuden umgekommen sein. Ferner erzählt man, daß Frauen, die mit Revolvern bewaffnet waren, mit den Aufständischen in Dublin einmarschierten.

Militärische Vorbereitungen Italiens an der Schweizer Grenze.

Budapest, 1. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) „Eszék Ujság“ meldet aus Bern: „Le Nouvelliste“ weiß zu berichten, daß seit einiger Zeit die Italiener an der Tessiner Grenze Schützengräben bauen und andere kriegerische Vorbereitungen treffen. Besonders in der Gegend von Ponte Tresa werden Arbeiten in sehr großem Maßstabe betrieben.

Die Pariser Wirtschaftskonferenz. Keine Einigung zwischen Italienern und Engländern.

St. Bern, 1. Mai. Wie das Pariser „Journal“ von der interparlamentarischen Wirtschaftskonferenz in Paris berichtet, erwiderten die englischen Abgeordneten Allen und Baker dem italienischen Delegierten Buzzatti, daß England nicht ohne große Uebelstände auf seinen Vorschlag bezüglich Maßnahmen gegen das Steigen des Wechselkurses eingehen könne. Es kam zu keiner Einigung, so daß ein italienischer und ein englischer Beschlußantrag gefaßt wurden.

Der italienische Antrag fordert einen ständigen Ausschuß von Vertretern der Emissionsbanken und der Schatzämter der einzelnen Staaten zur Prüfung der Maßregeln gegen den Goldabfluß sowie die Schaffung einer Kompensationskammer unter den Alliierten, die die Kurse regeln solle.

Der englische Antrag bezeichnet es als wünschenswert, daß noch vor Friedensschluß ein Ausschuß von Vertretern der Alliierten gebildet werde, um die Mittel ausfindig zu machen, die Industrie und Handel eines jeden Landes begünstigen sollen, und um die Frage der Erzielung einer besonderen Verständigung zu prüfen, die geeignet wäre, den alliierten Völkern bei der Lösung der finanziellen Aufgaben zu helfen, die der Krieg auferlege.

St. Paris, 1. Mai. Wie dem „Temps“ aus London gemeldet wird, wird die Wirtschaftskonferenz der Alliierten in

Paris Anfang Juni wieder zusammentreten. Die Vertreter der alliierten Regierungen würden nicht nur ihre Gedanken austauschen, sondern sich auch bemühen, bestimmte Maßnahmen zu beschließen, um sie gemeinsam nach dem Kriege auszuführen.

Kriegskalender.

12. April: Bei Garbunowka (nordwestlich von Dünaburg) werden Nachtangriffe mehrerer russischer Kompagnien abgewiesen. — Bei Riva werden die Italiener aus einigen vorgeschobenen Gräben und einer Verteidigungsmauer südlich Sperone vertrieben. — Französische Angriffe gegen die deutschen Linien nordöstlich von Avocourt sowie am Pfefferrücken brechen unter schweren Verlusten zusammen. — Die dänischen Dampfer „Sierneborg“ und „Caledonia“ versenkt. — Ententetruppen besetzen Arpofstol. — Rücktritt des portugiesischen Kabinetts.

13. April: Südlich des Karoczees nimmt das russische Artilleriefeuer an Heftigkeit zu. — An der Bonalestraße sind wieder Kämpfe im Gange. — Im Raune um Verdun heftiger Artilleriekampf. — Persische und türkische Abteilungen greifen bei Saubshulak drei russische Kavallerieregimenter an und werfen sie in der Richtung auf Urnia zurück. — Die britischen Dampfer „Anju“ und „Adamohn“, der britische Segler „Inverlyon“ und der schwedische Dampfer „Murjal“ versenkt; der britische Dampfer „Macrithy“ vermisst. — Russische Grenzsperrung gegen Rumänien. — Carranza verlangt den Rückzug der amerikanischen Truppen.

14. April: Im Mündungsgebiete der unteren Strypa und südöstlich von Buczacj starke Vorfeldkämpfe; gegen die Front der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand, an der unteren Strypa, am Dnjestr und nordöstlich Czernowitz erhöhte Tätigkeit der russischen Artillerie. Nordwestlich von Dünaburg (in der Gegend von Garbunowka) und südlich des Karoczees werden russische Vorstöße abgewiesen. — Am Warzi Brh nehmen unsere Truppen eine italienische Vorstellung und weisen wiederholte Gegenangriffe ab. Im Sugana-Abschnitte scheitern feindliche Versuche, sich unserer Stellungen auf den Höhen beiderseits Novaledo zu bemächtigen; an der Bonalestraße räumen unsere Truppen die Verteidigungsmauer südlich Sperone; im Adamellogebiete besetzen Alpini den Grenzücken Doffon di Genova; ein feindlicher Angriff auf den Monte Scorluzo wird abgeschlagen. — Westlich des Wardar lebhaftes Artilleriefeuer des Feindes; Fliegerangriff auf Gjewgeli und Bogorodica. — Die Alliierten verlangen von Griechenland die Ueberlassung der Eisenbahn Patras—Athen—Parißa für serbische Truppentransporte. — Die britischen Dampfer „Ohio“, „Orsol“ „Head“, „Argus“ und der französische Dampfer „Bega“ versenkt. — Baron Burián in Berlin. — Unruhen in Irland.

15. April: Nordwestlich Dünaburg scheitern wieder russische Angriffsversuche. Von feindlichen Flugzeugen, die über Czernowitz erscheinen, wird eines im Luftkampf abgeschossen. — Am Warzi Brh werden neuerliche italienische Angriffe abgewiesen; der Feind beschiebt andauernd und heftig die Spitze des Col di Lana. — Unter schweren Verlusten brechen französische Sturmangriffe gegen die deutschen Stellungen auf „Toter Mann“ und südlich des Raben- und Gumierwaldes zusammen. — Während einer Truppenschau des Zaren in Cholin erscheinen zwei österreichische Flieger über der von dem Zaren besichtigten Division. — Der dänische Schooner „Elisabeth“ und die schwedische Bark „Alma“ mit Bannware an Bord von einem deutschen U-Boot ausgebracht. — In Rumänien wird der Jahrgang 1917 einberufen. — In Oesterreich und Ungarn wird die vierte Kriegsanleihe aufgelegt.

16. April: Im Abschnitte der Hochfläche von Doberdo etwas lebhaftere Gefechtsaktivität. — Die Franzosen greifen unter Einsatz starker Kräfte an der Front vorwärts der Feste Douaumont bis zur Schlucht von Bauv vergeblich an. — Der norwegische Dampfer „Busnamtass“ und der britische Dampfer „Fairport“ versenkt. — In der italienischen Kammer bespricht Sonnino die äußere Lage.

17. April: Am oberen Sereth wird ein russischer Vorstoß abgeschlagen; im Brückenkopf von Dünaburg lebhaftere Tätigkeit des Feindes. — Feindliche Flieger werfen Bomben auf Konstantinopel ab. — Ein Ententegehwader blockiert die Sudabal auf Kreta. — Vertagung der Duma. — In Oesterreich wird die Kriegsgewinnsteuer eingeführt.

18. April: Russische Angriffe gegen die deutschen Stellungen südlich von Garbunowka brechen zusammen. — Bei Zagora wird ein italienischer Angriff abgeschlagen. Der Feind sprengt an mehreren Stellen die Westtuppe des Col di Lana und dringt in die gänzlich zerstörte Stellung ein; der Kampf dauert hier fort. Im Sugana-Tale werden die Italiener aus ihren vorgeschobenen Stellungen geworfen. — Italienische Flieger werfen auf Triest Bomben ab. Unsere Flieger besetzen Treviso mit Bomben. — Die Deutschen entreißen den Franzosen rechts der Maas die Stellungen am Steinbruch südlich des Gehöftes Haubromont und auf dem Höhenrücken nordwestlich des Gehöftes Thiaumont. Seit 21. Februar wurden vor Verdun 38.155 Franzosen gefangen. — Am Suezkanal greifen die Türken eine feindliche Erkundigungsabteilung an. — Der norwegische Dampfer „Papelera“ und die russische Bark „Schwanden“ versenkt. — In Oesterreich-Ungarn wird das erste Aufgebot des Landsturmes zur dritten und das zweite Aufgebot zur zweiten Musterung aufgerufen.

Falsche Gerüchte über bulgarische Friedensverhandlungen.

R. Sofia, 2. Mai. Die Agence Telegraphique Bulgare teilt mit: Das Blatt „La Suisse“ brachte eine Meldung, wonach der bulgarische Gesandte in Wien, T o s c h e w, und der Militärattaché in Bern, Oberstleutnant T s c h e r w e n a k o w, in der Schweiz im Einvernehmen mit türkischen Delegierten mit Vertretern der Vierverhandsmächte Friedensverhandlungen pflegen. Diese Nachricht entbehrt durchaus jeder Begründung.

Das Gerücht hat seinen Ausgang von einer Reise T o s c h e w s und T s c h e r w e n a k o w s nach Genf genommen, wohin sie sich in Geschäften begeben haben, die weder mit dem gegenwärtigen Kriege, noch mit dem zukünftigen Frieden in irgend einem Zusammenhang stehen.

Die Revolution in Irland.

Die Unterwerfung der Aufständischen.

A. Amsterdam, 1. Mai. Eine englische amtliche Meldung besagt: Alle Aufständischen in Dublin haben sich ergeben. Die Sicherheit in der Stadt ist wieder hergestellt. In den ländlichen Gegenden ergeben sich die Aufständischen fliegenden Truppenabteilungen. In Dublin hatte man gestern (hier fehlt die Zahl, die in dem Londoner Telegramm durch die vier Buchstaben abdd angedeutet ist) Gefangene gemacht, wovon 489 nach England gesandt wurden.

In Enniscorthy erboten sich die Aufständischen, ihre Führer auszuliefern und ihre Waffen abzugeben, falls man der Mannschaft gestatte, nach Hause zurückzukehren. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß die Uebergabe bedingungslos sein müsse. Sie ergaben sich jetzt.

In den Grafschaften Cork, Clare, Limerick und Kerry herrscht im großen und ganzen Ruhe.

Ferner meldet das Reutersche Bureau, daß der Rat der Grafschaft Cork, die größte Gemeindeförperschaft in Irland, einstimmig beschlossen hat, dem König seine Ergebenheit auszudrücken und die Regierung in der Fortführung des Krieges zu unterstützen.

A. Amsterdam, 2. Mai. Wie ein hiesiges Blatt meldet, erhielten die „Times“ von einem Augenzeugen eine Schilderung der Ereignisse in Dublin. Darnach verließen Sonntag früh gegen 9 Uhr 500 Sinn-Feiner als Gefangene die Hauptstadt. Die Leute sollen ganz demoralisiert

gewesen sein; nur einige haben Uniformen getragen, die anderen haben sich in einem elenden Zustand befunden. Samstag abends war der Führer der Aufständischen Pearce nach dem Hauptquartier gegangen; er ergab sich bedingungslos. Sodann waren die Rebellen aus den zerstörten Stadteilen zum Vorschein gekommen und aufgelöst worden. Sonntag früh wurde die weiße Fahne gehißt. Im medizinischen Kolleggebäude fand man, nachdem es erobert worden war, 200 Verwundete. In den letzten drei Tagen war die Lebensmittelversorgung schwierig; die Geschäfte waren entweder ausverkauft oder verbarilladiert. Am Freitag konnte man kein frisches Fleisch erlangen. Die Rebellen wurden offensichtlich von Teilen der irischen Bevölkerung unterstützt. Die Haltung der Nationalisten war für die Rebellen eine bittere Enttäuschung. Nach den „Times“ sind verschiedene Fälle von entsetzlicher Wildheit bekannt geworden. Unschuldige Bürger wurden kalten Blutes niedergemacht, unbewaffnete Polizisten niedergeschossen; eines der schönsten Gebäude Irlands und das wichtigste Handelszentrum Dublins sind in Trümmer geschossen. Wie jetzt bekannt wird, ist der Rebellenführer Connolly nicht tot, sondern gefangen.

Nach dem Bericht eines anderen Korrespondenten der „Times“ hat die Sadvillestraße einen unbeschreiblichen Anblick. Jedes Gebäude der Straße, die früher eine der schönsten war, ist verwüstet. Man sah nur rauchende Trümmerhaufen. Vom Postamt sehen nur die äußeren Mauern, wie auch die Gebäude der Internatschule und der beiden größten Hotels „Imperial“ und „Metropole“ Schutthaufen sind.

Berlin, 2. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Amsterdam: Die „Irish Times“ in Dublin bringen eine dramatische Schilderung der letzten Stunden des Aufstandes in Dublin. Sonntag morgens um 9 Uhr verließen 500 Sinn-Feiner das Postamt von Stephens Green; sie waren in schrecklicher Verfassung. Die meisten trugen halbverbrannte Kleppen. Samstag hat sich der Führer Pearce in sein militärisches Hauptquartier begeben und sich bedingungslos unterworfen. Sonntag morgens hißte man auf dem Postamt die weiße Flagge und die Aufständischen kamen hinter den verbrannten Barriladen hervor.

Ein Vertreter der „Daily Mail“ berichtet über seinen Besuch im Hauptquartier der Sinn-Feiner in Cork. Er erfuhr dort, daß die Sinn-Feiner in Cork gut bewaffnet und zum Losschlagen fertig waren, dann aber beschlossen, sich ruhig zu verhalten, da die Nachrichten über die Entwicklung des Aufstandes in Dublin nicht befriedigten. In der Nacht vom Dienstag seien der Bischof und der Lordmayor von Cork zu ihnen gekommen und hätten sie beschworen, die Waffen niederzulegen. Ihre Antwort war: „Kommt und holt sie euch!“ Der Bischof drohte hierauf, jeden der Aufständischen zu exkommunizieren.

Der Papst an Amerika.

Die „Reichspost“ veröffentlicht den authentischen Text der Botschaft, die der Papst, unmittelbar, nachdem Präsident Wilson seine letzte Note an Deutschland gerichtet hatte, durch die „United Press“ der Bevölkerung Nordamerikas als den Ausdruck seiner Auffassung der neuen Weltkrise übermittelte. Der Kardinalstaatssekretär richtete an die „United Press“ das nachfolgende päpstliche Schreiben:

„Der Friede sei mit Euch! Diese herrlichen Worte, welche der erstandene Heiland zu seinen Aposteln spricht, richtet der Heiland an alle Menschen. Die Nationen, welche im Frieden sind, sollen ihn bewahren, Gott dankend für eine so große Wohlthat. Jene, welche im Kriege stehen, mögen endlich das Schwert niederlegen, indem sie ein Ende setzen dem Gemetzel, welches Europa und die Menschheit entehrt! Cardinal Gaspari.“

Asquith über die Rekrutierung. Eine neue Wehrpflichtbill.

L. London, 2. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)

Im Unterhause gab Premierminister Asquith eine Erklärung über die Rekrutierungspolitik der Regierung und über andere Fragen ab. Er betonte, die Beratung des Wehrpflichtgesetzes in der letzten Woche habe gezeigt, daß der Vorschlag der Regierung, die Rekrutierung nach und nach durchzuführen, die Gunst des Hauses nicht sich unverzüglich mit allen Seiten der Frage an der Hand der einzigen Maßnahme beschäftigen, die ihm morgen vorgelegt werden sollte.

Asquith verwies darauf, daß die gesamte Wehrmacht des Reiches zu Wasser und zu Lande seit Kriegsbeginn fünf Millionen Mann überschritten habe und daß die Aufrechterhaltung der Seeherrschaft durch die Flotte und die Handelsmarine und die Finanzierung der Alliierten der britischen Rekrutierung Grenzen setze, die für die anderen kriegführenden Staaten kaum oder überhaupt nicht vorhanden seien.

Die Zahl der Mannschaften, welche der vollständige Entwurf der Regierung zugestehen wolle, werde die gegenwärtig verfügbare Anzahl derjenigen Männer umfassen, die aus der Industrie genommen werden könnten, ohne das Land zur Erfüllung seiner anderen Verantwortlichkeiten unfähig zu machen. Diese Pflichten seien zur erfolgreichen Fortführung des Krieges ebenso wesentlich wie die Aufrechterhaltung der zum Frontdienst festgesetzten Mannschafszahl.

Der Premierminister führte sodann aus, daß es insbesondere die am 27. v. M. abgegebenen Erklärungen der Vertreter der Arbeiterpartei gewesen seien, welche die Regierung ermutigten, zu glauben, daß der allgemeine Wunsch bestehe, die ganze Angelegenheit ein für allemal zu erledigen. Er hoffe, daß der jetzige Entwurf zu diesem Ziele führen werde.

Asquith wandte sich dann gegen die Kritiker der Regierung und erinnerte das Haus daran, daß Pitt und der Herzog von Wellington am Vorabende der Schlacht von Salamanca genau denselben Kritiken ausgesetzt gewesen seien. Seine Antwort an die Kritiker gehe dahin, daß, welche Irrtümer und Fehler auch begangen worden seien, der Anteil des britischen Reiches an der gemeinsamen Sache der Alliierten gewachsen sei und beständig von Monat zu Monat wachse. Auch glaube er, daß die Lage der Alliierten zu Wasser und zu Lande niemals besser gewesen sei als im gegenwärtigen Augenblick.

L. London, 2. Mai. „Daily News“ melden:

Die Regierung ist zu dem Schlusse gekommen, daß nach den jüngsten Ereignissen die allgemeine Wehrpflicht unvermeidlich sei.

Man erwartet, daß Premierminister Asquith heute im Unterhause eine neue Bill einbringen wird, die die militärische Dienstpflicht für alle Männer militärfähigen Alters einführt.

Es scheint, daß die drei der Arbeiterpartei angehörenden Minister Henderson, Roberts und Brace diese Politik billigen, die jetzt auch die Unterstützung eines ziemlich großen Teiles ihrer Partei hat.

Das Blatt schreibt: Asquith wird heute im Parlament eine Lage vorfinden, die so schwierig ist, wie niemals. Er kann sich glücklicherweise darauf berufen, daß der Aufstand in Irland beendet ist, aber die Schwierigkeiten infolge des Aufstandes sind trotzdem sehr groß. Dann muß sich die Regierung über Kute-el-Amara und die Dienstpflicht äußern, die die größten Schwierigkeiten bietet. Vom liberalen Parteistandpunkte aus könnte man die Leitung des Krieges wohl den Konservativen überlassen, aber es würde sich kaum ein konservativer Führer finden, der bereit wäre, die Aufgabe zu übernehmen.

Die „Times“ sagen: Die Ereignisse der vorigen Woche zeigen deutlich, daß Änderungen in der Regierung dringend notwendig sind. Das Kabinett muß verkleinert werden und darf höchstens aus sechs Ministern bestehen.

Der belgische Kongo.

Bern, 1. Mai. Dem „Temps“ zufolge überreichte der französische Gesandte bei der belgischen Regierung dem Minister des Aeußern Baron Beyens eine Erklärung, in der Frankreich, England und Rußland die Integrität des belgischen Kongo garantiren. Italien und Japan nahmen davon Akt. „Temps“ sagt, Frankreich habe auf Grund der Kongoverträge von 1884, 1895 und 1908 dazu die Initiative ergriffen. Die Verträge erkennen das französische Verkaufsrecht auf Gebiete des alten unabhängigen Kongostaates an.

Paris, 2. Mai. („Gavas.“) In der der belgischen Regierung überreichten Erklärung betreffend den Kongo versichert die französische Regierung, daß sie die belgische Regierung bei den Friedensverhandlungen unterstützen werde, damit Belgien den Kongo behalte und eine besondere Entschädigung für die während des Krieges in der Kolonie erlittenen Schäden bekomme. Die Vertreter Englands, Rußlands, Italiens und Japans schlossen sich dieser Erklärung an.

Keine Lex Liebkecht.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages ist gestern bei der Beratung des Etats des Reichstages mit Recht den Anregungen ausgewichen, das Auftreten des Abg. Dr. Liebkecht zu einer Verschärfung der Ordnungsbestimmungen in der Geschäftsordnung zu benutzen. Der Ausschuß hat aber auch, wie vorauszusehen war, die von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zugunsten des Abg. Liebkecht gestellten Anträge abgelehnt. Auch einige Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben gegen die Vorschläge der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gestimmt. Die abgelehnten Anträge des Abg. Ledebour lauten:

1. Es ist unzulässig, daß durch das Präsidium des Reichstags die Presse zu beeinflussen versucht wird, einen von ihm selbst festgestellten Bericht über eine Sitzung des Reichstags oder einen Teil einer solchen zu veröffentlichen, zumal, wenn jeder andere Bericht dadurch ausgeschlossen werden soll.

2. Der Herr Präsident wird ersucht, Vorkehrungen zu treffen, daß die Redefreiheit nicht beeinträchtigt und daß der Redner an der Ausübung seines parlamentarischen Rechts nicht gewaltsam gehindert wird, wie dies am 8. April d. J. gegenüber dem Abg. Dr. Liebkecht geschehen ist.

Aus den gestrigen Verhandlungen des Haushaltsausschusses, über die wir in der Abendausgabe berichtet haben, ist noch hervorzuheben:

Ein fortschrittlicher Abgeordneter vertrat die Ansicht, daß diese Anträge nicht in den Reichshaushalts-, sondern ebenfalls in den Geschäftsordnungsausschuß gehörten; auch bei ihrer Annahme könnten sie keine praktischen Folgen haben. Die Anträge seien auch deshalb zu beanstanden, weil es kein Präsidium, sondern nur einen Präsidenten gebe, und weil es keine Beeinflussung der Presse durch den Präsidenten sei, wenn dieser außerhalb seiner Funktion als Privatmann bitte, Dinge nicht in einer Form zu bringen, die auf die Interessen des Reiches schädigend wirken könnten. Dem Abg. Dr. Liebkecht sei längst das Wort entzogen, ja er sei aus der Sitzung ausgeschlossen gewesen, als der Zusammenstoß zwischen ihm und anderen Abgeordneten stattfand.

Der Präsident des Reichstages nahm darauf das Wort zu der Erklärung, daß er sich in eine Kritik seiner Geschäftsführung nicht einlassen könne. Er übe das Amt nach bestem Ermessen und auch in Anbetracht der Pflichten aus, die er gegen das Vaterland habe. Aus der ausländischen Presse und aus Äußerungen gefangener feindlicher Offiziere sei ihm bekannt, wie schädigend das Auftreten des Abg. Dr. Liebkecht für unser Vaterland gewesen sei. Der Präsident halte es für seine Pflicht, sein Amt so zu führen, daß solche Schädigungen verhindert oder doch möglichst gemindert werden.

Ein Zentrumsredner betonte, daß die Anträge keine praktischen Folgen haben könnten und nur eine Kritik der Geschäftsführung des Präsidenten bedeuteten. Wenn ein Einspänner seine Stellung als Abgeordneter mißbrauche, um Landesverrat zu üben, so brauchte sich der Reichstag das nicht gefallen zu lassen, und ein solcher Mann sollte von keinem anderen Abgeordneten in Schutz genommen werden. Wenn Ausschreitungen anderer Abgeordneten gegen Dr. Liebkecht vorgekommen seien, so wolle sie das Zentrum nicht billigen. Aber habe es ein anderes Mittel gegeben, um vaterlandsschädigende Ausschreitungen Liebkechts zu verhindern? Was jedem Abgeordneten erlaubt sei, nämlich Wünsche in bezug auf die Berichterstattung gegenüber der Presse zu äußern, das müsse auch dem Präsidenten gestattet sein. Praktisch dürfte es sein, nicht jeden Zwischenruf in das Stenogramm aufzunehmen, sondern nur, soweit sie zum Verständnis der weiteren Ausführungen des Redners notwendig sind. Sobald die Glocke des Präsidenten ertöne, müsse die stenographische Aufnahme der Rede aufhören. Jeder Redner müsse sich dem unterwerfen. Die Redefreiheit sei beschränkt durch das Recht des Eingreifens des Präsidenten.

Ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion führte aus, daß alle Abgeordneten das Recht und die Pflicht haben, für Ordnung und Redefreiheit im Reichstage einzutreten. Er bedauere das Auftreten Dr. Liebkechts, aber landesverräterisch seien dessen Ausführungen wohl nicht gewesen. Es wäre vielleicht nützlicher gewesen, ihn reden zu lassen und ihn nach-

her zu berichtigen. Wenn man jetzt solche Anträge stelle, wie es geschehen sei, so werde nichts Gesehites herauskommen. Die bestehende Geschäftsordnung sollte uns gegen solche Vorkommnisse wie am 8. April schützen. Ein Eingriff des Präsidenten in die Berichterstattung liege nicht vor. Es sei eine Selbstverständlichkeit, daß der Präsident sein Amt so zu verwalten habe, daß dem Lande kein Schaden entstehe. Das Recht der Kritik müsse der Reichstag sich vorbehalten. Es würde bedenklich sein, in diesem Augenblick an der Geschäftsordnung zu rütteln.

Der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, Abg. Ledebour, empfahl die von ihm eingebrachte Resolution. Er gab zu, daß sein Antrag einen Tadel der Geschäftsführung des Präsidenten enthalte, wie dies der Präsident Graf Ballestrem als zulässig erklärt habe. Gegen den Präsidenten Simson sei einmal von Debel ein solcher Tadel eingebracht worden.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter führte aus, wenn eine Schädigung des Ansehens des Reiches und des Reiches selbst vorgekommen sei, so war es der Abg. Dr. Liebkecht, der solchen Unfug anstiftete. Er habe dauernd weitergeredet, auch wenn er durch die Glocke des Präsidenten unterbrochen wurde, und erst da hätten andere Abgeordnete eingegriffen. Wenige Tage vor dem 8. April habe Dr. Liebkecht Anfragen gestellt, die geeignet waren, das Vaterland zu schädigen, ebenso wie schon vorher seine Zwischenrufe bei der Rede des Reichskanzlers. Der Abg. Dr. Müller-Meinungen habe den Abg. Dr. Liebkecht angefaßt, nachdem dieser den Präsidenten durch den Zuruf beschimpft habe: „Das ist eine Infamie, mir das Wort zu entziehen.“ Die Störung der Ordnung liege also doch bei Dr. Liebkecht, den der Sprecher der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft als Opfer hinstellen möchte.

Ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion wendet sich gegen die Äußerung des Antragstellers, daß die Ablehnung der Resolution eine Schädigung des Ansehens des Reichstages bedeuten würde. Der Redner glaubt, das Gegenteil würde der Fall sein; die oppositionellen Abgeordneten würden mehr wie bisher in ihrer Redefreiheit beschränkt sein. Punkt 1 der Resolution sei gegenstandslos, weil eine Beschränkung der wahrheitsgemäßen Berichterstattung nicht stattgefunden habe, Punkt 2 würde eine schärfere Geschäftsordnung herbeiführen, sei also im Interesse der Redefreiheit der oppositionellen Abgeordneten zu bekämpfen. Der Redner wolle sich das Recht der Obstruktion, wie seinerzeit beim Posttarif, nicht beschränken lassen. Er empfiehlt Ablehnung der Resolution Ledebour, allenfalls Ueberweisung an den Geschäftsordnungsausschuß.

Ein volksparteilicher Abgeordneter wies darauf hin, daß der Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft selbst zugab, daß eine Beeinflussung der Berichterstattung durch den Präsidenten nicht stattgefunden habe. Man sollte alles vermeiden, was dem Ansehen des Parlaments und des Landes Schaden könnte. Daher sollten alle Abgeordneten zum Präsidenten stehen.

Ein konservativer Abgeordneter erklärte, daß seine Partei die Resolution ablehne. Zu einem Tadel des Präsidenten liege kein Grund vor, im Gegenteil, es müsse anerkannt werden, daß der Präsident am 8. April die Ordnung im Rahmen der Geschäftsordnung aufrecht erhalten und dem Lande einen großen Dienst erwiesen habe. Die konservative Partei lehnt auch die Motive ab, aus denen die Resolution hervorgegangen sei. Es liege kein Grund vor, jetzt die Geschäftsordnung zu ändern.

Ein Mitglied der Minderheit der sozialdemokratischen Fraktion führte aus, selbstverständlich müsse jetzt noch mehr als sonst alles vermieden werden, was geeignet sei, das Ansehen des Parlaments und des Landes zu schädigen. Das Geschehe aber, wenn man gegen Dr. Liebkecht so vorgehe, wie es geschehen sei, anstatt ihn reden zu lassen. Der Reichschatzsekretär würde die Äußerung Dr. Liebkechts schon überzeugend berichtigt haben. Der Resolution, die keinen Tadel des Präsidenten enthalten solle, erklärt der Redner zuzustimmen.

Ein Zentrumsabgeordneter weist den Vorwurf zurück, als wolle seine Partei Entartungen im Reichstage nicht entgegenreten; sie wolle aber verhindern, daß Abg. Dr. Liebkecht Lärmjahren herbeiführe durch Äußerungen, die das Ansehen des Parlaments schädigen und unter den (vom Redner aus dem Reichstagsgesetzbuch erläuterten) Begriff des Landesverrats fallen. Man könne dem Präsidenten nur dankbar sein, daß er gegen diese Ausschreitungen Dr. Liebkechts rechtzeitig und scharf eingegriffen habe.

Bei der Abstimmung wurde, wie schon oben hervorgehoben, vom Ausschuß die Resolution Ledebour abgelehnt, in ihrem ersten Absatz gegen vier, im zweiten Absatz gegen drei sozialdemokratische Stimmen.

In der weiteren Beratung über den Etat für den Reichstag kritisierte ein Sozialdemokrat den zu späten Eingang der schriftlichen Kommissionsberichte; bei ihrer Feststellung sollten diejenigen zugezogen werden, welche den Schlussabstimmungen beigewohnt haben. Ein Zentrumsabgeordneter schlägt vor, den Zeitpunkt der Feststellung des Berichts auf der Tagesordnung des Plenums bekanntzugeben. Damit war der Etat für den Reichstag erledigt, und der Ausschuß wandte sich dem Kapitalabfindungsgesetz zu. Man beschloß, zwei Lesungen durchzuführen und schriftlichen Bericht an das Plenum zu erstatten. Berichterstatter ist der Abg. Meyer-Hersford (natl.). Es soll zunächst eine allgemeine Besprechung stattfinden. Nächste Sitzung: Mittwoch vormittag.

Dr. Liebknecht verhaftet.

Meldung des Wolffschen Tel. Bureaus.

Wie wir hören, befand sich unter den neun Demonstranten, welche am 1. Mai auf dem Potsdamer Platz festgenommen wurden, auch der Abgeordnete Karl Liebknecht. Da Liebknecht, welcher bei seiner Festnahme Zivilkleidung trug, Armierungssoldat ist, hat der zuständige militärische Gerichtsherr die Untersuchung eingeleitet und auf Grund der bisherigen Feststellungen einen Haftbefehl gegen Liebknecht erlassen.

Die Organisation der Parteizerstörung.

Unter dieser Ueberschrift hebt die vom sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wels redigierte „Fackel“, das Organ der sozialdemokratischen Organisation für die Provinz Brandenburg, hervor, mit wie sieberhaftem Eifer von Sozialdemokraten an der Niederreißung des sozialdemokratischen Parteigebäudes gearbeitet wird.

In einem „Spartakusbriefe“ vom 22. April heißt es:

„In der Tat: es geht aufs Ganze. Die Rücksichtslosigkeit des Parteivorstandes kennt keine Grenzen; nur dreifache Rücksichtslosigkeit kann dagegen aufkommen. Jetzt in der Defensive bleiben, heißt kapitulieren. Nur die entschlossenste Offensive kann helfen. Sperrung der Beiträge bleibt das wirksamste Mittel, um die Scheidemann-Ebert unschädlich zu machen. Wenn der Parteivorstand gegen diese Parole in schäumender Wut losschlägt, so beweist das nur, daß sie ins Schwarze trifft, daß sie ein taktischer Schachzug ist, der die Machtposition des P. B. im Kern bedroht. . . . Daß die Beitrags-Sperre als das radikalste Mittel die einzige Sicherung des Sieges bietet. . . . Sie wird und muß sich durchsetzen und wie ein fliegendes Feuer über die ganze Partei verbreiten. . . . Als Machtkampf, nicht als Formelprozeß, muß dieser Entscheidungskampf ausgesprochen werden. . . . Und wahrhaftig: was sollen engherzige Buchstaben bedeuten, was soll kleinliche Paragraphen-Rechnungsträgerei in einem Augenblick von so entscheidender Bedeutung. . . . Diesem Parteisystem, diesen verräterischen Parteinstanzen keinen Mann und keinen Groschen, sondern Kampf bis aufs Messer!“

Die „Fackel“ sagt dazu: „Damit ist das Kampffeld klar. Die letzten Nebel sind geschwunden. Gegen die „Organisationen der Parteizerstörung“ gilt es jetzt den rücksichtslosesten Kampf, es bleibt keine andere Wahl.“

Sozialdemokratische Unstimmigkeiten in Berlin. Die Mehrheit des sozialdemokratischen Vorstandes für Groß-Berlin steht auf dem Standpunkt der Haase-Gruppe und möchte — so behauptet die Minderheit — die zu Scheidemann haltenden Vorstandsmitglieder in einer Generalversammlung aus dem Vorstand entfernen. Gegen diesen Plan hat die bedrohte Minderheit des Vorstandes schon einmal im „Vorwärts“ Einspruch erhoben. Heute veröffentlicht sie — darunter der Vorsitzende Eugen Ernst und die Reichstagsabgeordneten Richard Fischer und Wels — einen neuen Protest. Darin heißt es:

Einer der berufensten Vertreter einer der Sondergruppen hat erst noch am 25. April in Groß-Lichterfelde die Taktik für die Einzelwahlkreise dargelegt. Er beflurwortete dort ein „diplomatisches Vorgehen“, um auf der Kreisgeneralversammlung durch „Ueberrumpelung“ den jetzigen Vorstand „unter allen Umständen“ zu beseitigen. Die Hauptsache sei: „Geld in die Hände zu bekommen“. Der „Vorwärts“ sei aus dem „Hause Lindenstraße 3“ heraus zu bringen und unter die alleinige Kontrolle der Berliner zu stellen. Zuerst sei Fischer zu kündigen, die anderen kämen dann an die Reihe. In wenigen Monaten sei alles erledigt.“

Gerard beim Kaiser.

Die Entscheidung bevorstehend.

□ Frankfurt, 2. Mai. (Priv.-Tel.)

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Berlin: Der amerikanische Botschafter Gerard hat, wie man in hiesigen politischen Kreisen erzählt, im Hauptquartier zweimal beim Kaiser gespeist und Gelegenheit gehabt, die deutschen Truppen in einem wichtigen Teil der Front zu sehen. Er hatte mehrere Unterredungen mit dem Reichskanzler und war, wie in hiesigen amerikanischen Kreisen erzählt wird, auch in telegraphischer Verbindung mit Washington.

Ob während seiner Anwesenheit im Hauptquartier die Entschlüsse über die Antwort auf die Wilsonsche Note und damit die Entscheidung über das weitere Verhältnis Deutschlands zu Amerika gefallen ist, ist zur Stunde in Berlin nicht bekannt. Die Tatsache allein, daß der Botschafter wieder abgereist ist, bietet keinen genügenden Anhaltspunkt zur Beantwortung dieser Frage. Die folgenreiche Entscheidung, die in der Abfassung der Antwort auf die Wilsonsche Note nach sorgfältigen Erwägungen nicht nur der formell dafür verantwortlichen Kreise erfolgt und der man in allen politischen Kreisen mit Spannung entgegenfieht, kann aber auf keinen Fall mehr lange auf sich warten lassen.

Eine befriedigende Formel gefunden.

p München, 2. Mai. (Priv.-Tel.)

Blättermeldungen zufolge soll in den Besprechungen der Vertreter der verschiedenen leitenden Stellen untereinander im Großen Hauptquartier über die Antwort auf die Note Wilsons eine Formel gefunden worden sein, durch die eine befriedigende Lösung höchst wahrscheinlich ist. Jedenfalls ist konstatiert worden, daß sowohl von amerikanischer als auch von deutscher Seite die Neigung zur friedlichen Beilegung vorhanden ist.

Dr. Helfferich im Hauptquartier.

≡ Berlin, 2. Mai. (Priv.-Tel.)

Wie die B. Z. erfährt, ist Staatssekretär Dr. Helfferich im Großen Hauptquartier eingetroffen, um an den dort noch immer fortgesetzten Beratungen über die deutsche Antwort an die amerikanische Regierung teilzunehmen. Infolge der Abwesenheit des Staatssekretärs von Berlin ist die für heute angesetzte Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages verschoben.

Rückkehr Gerards.

≡ Berlin, 2. Mai. (Priv.-Tel.)

Das Tageblatt meldet: Botschafter Gerard trifft morgen um 4 Uhr nachmittags in Berlin

ein. Ueber das Resultat seiner Reise ist noch nichts bekannt; alle Gerüchte über angebliche Ergebnisse sind willkürliche Vermutungen.

Bevorstehende Erklärungen Jagows.

Ueber die deutsch-amerikanische Frage.

≡ Berlin, 2. Mai.

Der Budgetausschuß des Reichstages nahm seine Verhandlungen wieder auf. Zu Beginn der Sitzung kündigte Staatssekretär von Jagow Aufklärungen über die amerikanische Frage für eine der nächsten Sitzungen an. Er sagte, im Hinblick auf die Wichtigkeit der amerikanischen Frage hätte die Regierung über den Stand der Dinge gern schon heute bei Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit Mitteilungen gemacht; die Entscheidung stehe jedoch noch bevor. Sobald der Reichskanzler aus dem Hauptquartier zurückgekehrt sei, beabsichtige er, dem Ausschuss nähere Aufschlüsse zu geben.

Eine Ansprache Wilsons.

Ueber die Kriegsgefahr.

≡ Washington, 1. Mai.

(Meldung des Reuterschen Büreaus.)

Bei der Eröffnung des Uebungslagers für Kriegspflegerinnen sagte Präsident Wilson in einer Ansprache, Gott möge verhüten, daß die Vereinigten Staaten jemals in den Krieg gezogen würden; wenn es aber doch geschähe, so würden sie sich aus ihren Träumen wachrütteln, bis jeder, der an dem Geist der Neuen Welt zweifle, einsehen würde, daß sie noch immer ihre Stimme für die Menschlichkeit erhebe.

Der italienische Generalstabsbericht.

Wien, 2. Juni. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

31. Mai. Auf den Höhen nördlich des Vedrotales und im Abschnitt von Riva intensive Bewegung und ungewohnte Tätigkeit in Verteidigungsarbeiten beim Feinde.

Im Lagarinatal wurden gestern abermalige heftige Angriffe, die durch intensives Feuer schwerer Geschütze vorbereitet und unterstützt und vom Feinde mit Bravour durchgeführt wurden, abgeschlagen und die angreifenden Kolonnen vernichtet. Von längerer Dauer und größerer Erbitterung war der Kampf am Vuolepaz, wo die tapfere Infanterie des 62. (Brigade Sizilia) und 207. (Brigade Taro) Regiments mehreremal aus den Gräben hervortrat und den Feind mit dem Bajonett zurückwarf. Im Abschnitt des Pasubio Artillerieduell. Ein feindlicher Angriff in der Richtung auf Forni Alti wurde abgewiesen.

Zwischen Bosina und dem oberen Asticotale die Schlacht in Entwicklung begriffen. Der Feind verstärkt seine Kräfte speziell im Asticotale. Am gestrigen Morgen wurde ein Angriff im Raume von Campiglia abgewiesen. Weiter östlich zwang intensives konzentrisches feindliches Artilleriefeuer unsere Truppen, die Stellung am Monte Priajora zu räumen. Ein erbitterter Gegenangriff brachte uns wieder in Besitz der umstrittenen Stellungen. Trotzdem zogen sich unsere Truppen wegen des heftigen feindlichen Artilleriefeuers ein Stück auf den südlichen Abhang des Berges zurück.

Auf der Hochfläche von Asiago räumten die Unsrigen Punta Corbin, hielten aber fest dem feindlichen Druck auf der übrigen Front stand.

Im Suganatal ist die Lage unverändert. In Karnien und am Monzo zeitweilige Artillerietätigkeit unsererseits von größerer Intensität. Am oberen But und im Abschnitt von San Martino Kühne Vorstöße kleiner eigener Infanterieabteilungen gegen die feindlichen Linien.

Die italienischen Lügenmeldungen.

Wien, 2. Juni. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Der italienische amtliche Tagesbericht vom 27. Mai enthält die Behauptung, daß ein italienisches Luftgeschwader unsere Verpflegungsdepots in Rößschach im Gailtale mit Bomben zerstörte. Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. In der genannten Ortschaft ist überhaupt kein durch feindliche Fliegerbomben verursachter Schaden zu verzeichnen.

Am 8. Mai meldet Cadorna, daß im Abschnitt Monte San Michel eine von den Italienern durchgeführte Minenexplosion einen ausgedehnten Teil unserer Befestigungen östlich Piteano zerstört hätte, wobei die Besatzung angeblich auf der Flucht unter dem italienischen Feuer fiel. Dieser Darstellung gegenüber muß wahrheitsgetreu festgestellt werden, daß die Italiener am Nordhange des Monte San Michele tatsächlich eine Mine sprengten und ein bedeutendes Stück unserer vorgeschobenen Stellung beschädigten. Cadorna verschwieg aber im amtlichen Bericht die Tatsache, daß die Italiener trotz mehrerer Versuche nicht imstande waren den Sprengtrichter zu besetzen, dieser im Gegenteil von den angeblich fliehenden Verteidigern in Besitz genommen wurde und auch seither gehalten wird. Die Italiener sprengten auch am 29. Mai eine Mine vor unserer Front, und der hier entstandene Trichter wurde ebenfalls durch unsere Truppen besetzt.

Am 29. Mai melden die Italiener, daß ein Gegenangriff ihrer Truppen zwei italienische Batterien am Monte Moschiach (Moschicce nördlich Asiago), als sie bereits unzingelt waren, befreite und daß diese Batterien auch vollkommen in Sicherheit gebracht wurden. Diese Behauptung ist un wahr. Unsere Truppen erbeuteten im fraglichen Gebiet auf dem Monte Dorole sechs italienische Geschütze. Die Italiener machten wohl zur Wiedereroberung der Geschütze einen Gegenangriff, doch wurden sie im Handgemenge und durch das Kartätschenfeuer ihrer eigenen Geschütze, die durch unsere Infanterie bedient wurden, unter schweren Verlusten geworfen. Die Batteriestellung war voll von unbeerdigten italienischen Leichen. Die sechs dort erbeuteten modernen Geschütze befinden sich in unsern Artilleriestellungen.

Die letzte Armee

W. E. Während die Mächte der Entente mit Griechenland über den Durchmarsch der serbischen Armee verhandeln, werden in der russischen Presse Stimmen laut, die sich im Interesse der Zukunft Serbiens sehr entschieden gegen eine Verwendung der Reste der letzten serbischen Armee auf dem Balkan-Kriegsschauplatz aussprechen. Zuerst wollte man bekanntlich die Reste der serbischen Armee nach Tunis bringen. 6000 serbische Soldaten wurden Ende Dezember des vorigen Jahres schon nach Bizerta übergeführt. Infolge der großen Entfernung wurde jedoch dann eine andere Basis und zwar die griechische Insel Korfu für die Unterkunft und Reetablierung der serbischen Armee gewählt. Am 1. Januar kamen die ersten Serben in Korfu an.

Seit dieser Zeit ist stets viel über die Verwendung des neu geschaffenen serbischen Heeres geschrieben worden. Schon lange war in der französischen und italienischen Presse zu lesen, daß das neue serbische Heer vollständig bereit sei, wieder gegen den Feind zu gehen. Unterdessen ist schon die Frage des Transportes der reorganisierten serbischen Truppen durch Griechenland auf die Tagesordnung gekommen. Die endgiltige Lösung dieser Frage aber soll der „Ruskija Wjedomosti“ zufolge erst jetzt während des Aufenthaltes des serbischen Ministerpräsidenten Pašič in Petersburg erfolgen.

Das Moskauer „Ruskije Slowo“ veröffentlicht nun sehr bemerkenswerte Äußerungen des Präsidenten der serbischen Skupschtina, Andreas Nikolič, über die Frage der Verwendung der serbischen Armee. Das auf Korfu neugebildete Heer, so sagt Nikolič, muß geschont werden, wenn überhaupt noch von einer Zukunft Serbiens die Rede sein soll. Was wird mit Serbien geschehen, wenn der Rest der männlichen Bevölkerung verloren geht? Nikolič stellt die in Aussicht genommene Verwendung des neugebildeten serbischen Heeres einer Ausrottung des serbischen Volkes gleich. Dieselbe Meinung vertritt ein serbischer Publizist R. Pešič-Gostuški im großen Moskauer liberalen Blatte „Ruskija Wjedomosti“. Ueber das tragische Schicksal seines Volkes sagt er in einem „Schonet die letzten Serben!“ betitelten Artikel u. a. folgendes:

„Wir Serben haben bei einer Bevölkerungszahl von 2,9 Millionen im Jahre 1912 402,000 Soldaten ins Feld gestellt. Seitdem haben die weiteren Einberufungen nicht aufgehört. Von Feinden umringt, schlugen wir uns bis zum letzten Blutstropfen, kämpften wir nach allen Seiten, vor Hunger sterbend. Serbien ist nun, gleich Belgien, vom Feinde erobert, es besitzt aber zugleich fast keine männliche Bevölkerung mehr! Ein Teil ist gefallen, ein anderer gefangen, ein Teil flüchtete nach Albanien, wo er zugrunde ging; 38,000 Jünglinge, die vor der Einberufung standen, wurden von unseren zurückziehenden Truppen nach Albanien geschafft. Davon sind nicht einmal 10,000 nach Korfu gelangt! Die übrigen kamen in den Schneefeldern Albaniens um, an der Grenze des besetzten Lagers von Valona, wo man die Serben nicht hineinkieß, aus Furcht, sie könnten die Cholera ins Lager schleppen. So ging die Blüte der serbischen Jugend zugrunde, zusammen mit den Veteranen dreier Kriege! Nur kümmerliche Reste wurden schließlich nach Korfu und Bizerta geschafft.“

Wir haben von einem Groß-Serbien geträumt. Und jetzt? In der Behauptung, daß das serbische Volk stirbt, steckt keine Ueber-treibung. Viele Hunderttausende sind in den Kämpfen gegen die Türken, die Bulgaren, die Oesterreicher, die Deutschen und abermals die Bulgaren gefallen; was übrig blieb, ist an der Cholera, dem Flecktyphus, in den Schneefeldern Albaniens zugrunde gegangen. Sollte auch, sagt Pešič-Gostuški, ein Groß-Serbien geschaffen werden, so wird es lediglich aus Frauen, Kindern und unbestell-ten Aedern bestehen. Wir, die Ueberlebenden, fragen uns: Wie, auf welche Weise soll die Wiedergeburt des serbischen Volkes vor sich gehen? Wozu braucht es ein Groß-Serbien, wenn es keine Serben mehr geben wird? Schonen, schonen muß man die letzten serbischen Männer, damit das serbische Volk seiner Zukunft nicht ganz verloren geht. . . .“

Der Schluß dieses erschütternden Hilferufes in der „Ruskija Wjedomosti“ ist von einem großen Zensurstech bedeckt.

Wie wir sehen, sind die Meinungen über die Verwendung des neugebildeten serbischen Heeres im weiteren Kampf sehr geteilt. Dem „Utro Rossiji“ zufolge bestehe sogar die Möglichkeit, daß in Serbien eine provisorische Regierung sich bilden könne, die einen Son-derfrieden abschließen werde.

Die politischen Vorgänge des Tages

Neben den militärischen bemerkt man gegenwärtig auch politische Bewegungen, die das Interesse in Anspruch nehmen. England steht in diesen Tagen vor der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Vorlage, deren Einzelheiten ein Telegramm in dieser Nummer behandelt, ist gestern in erster Lesung angenommen worden und wird heute in zweiter dem englischen Unterhause vorliegen. Aus dieser Tatsache und noch mehr aus der großen Rede, die Asquith gestern hielt, geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Ministeriums nunmehr gehoben sind. Sämtliche Minister, auch die aus der Arbeiterpartei, treten für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ein und aus dieser Einigkeit gewinnt der Premier die Kraft, so entschieden gegen diejenigen aufzutreten, die eine nach seiner Meinung unberechtigte Kritik an der Arbeit des Kabinettes üben. Um sie zu entwaffnen, stellt er die Vertrauensfrage, über die bis jetzt nicht abgestimmt worden ist. Vermutlich geschieht das erst bei der endgültigen Abstimmung über die Wehrvorlage.

Diese selbst dehnt die Wehrpflicht auf alle waffenfähigen Männer (ledig und verheiratet) von 18 bis 41 Jahren aus. Sie wird zweifellos den Engländern eine sehr bedeutende zahlenmäßige Verstärkung ihrer Armee bringen.

Die Revolte in Irland ist nun zu Ende und unter den Opfern befindet sich auch der Staatssekretär für Irland, Birrell. Er ist zwar nicht persönlich umgebracht worden, aber seine Stellung ist unhaltbar geworden. Im Unterhause war schon eine Motion angekündigt, die seine Demission verlangt. Er hat es vorgezogen, zu gehen, bevor das Unterhaus die peinliche Angelegenheit behandelt. Man kann daraus schließen, daß die Angriffe der Presse auf diesen Staatsmann nicht ganz unbegründet waren. Man warf ihm insbesondere vor, er habe sich der drohenden irländischen Gefahr gegenüber allzu gleichgültig erwiesen und seine Ausführungen im Unterhaus scheinen das zu bestätigen.

Während sich England zu einer bedeutenden Verstärkung seiner militärischen Tätigkeit anschickt, ist in Schweden die Erregung wegen der militärischen Befestigung der Ålands-Inseln durch Rußland im wachsen. Schon vor etzigen Tagen haben wir schwedische Pressstimmen wiedergegeben, die sich sehr entschieden gegen diese Bedrohung der Sicherheit Schwedens aussprachen. Nun hat in der ersten Kammer der Reichstagsabgeordnete Professor Gustav Steffen in eindringlicher Rede die Regierung interpelliert. Er kam dabei zum Schluß, Schweden könnte tatsächlich aus seiner neutralen Haltung herausgezogen werden, wenn eine der kriegführenden Mächte es vor die Gefahr stelle, sein strategisches Existenzminimum zu verlieren. Als solches betrachtet Steffen die Möglichkeit Hauptstadt und Nordland wirksam verteidigen zu können.

Ein Blick auf die Karte zeigt, daß die Macht, die die Ålandsinseln als starke Festungen in der Hand hat, zugleich Schweden gewissermaßen in zwei Teile teilt. Der bottenische Meerbusen wird durch diese Seefestungen von der Ostsee abgetrennt und damit die Seeverbindung zwischen dem südlichen und nördlichen Schweden schwer gefährdet. Es kann darüber kein Zweifel bestehen, daß Schweden das allergrößte Interesse daran hat, diese Befestigungen wieder verschwinden zu sehen.

Die Ålandsinseln sind eine Gruppe von vielen hundert Inseln und Klippen, von denen etwa 90 bewohnt sind. Die Entfernung von der finnländischen Küste beträgt 80 bis 150 Kilometer, doch ist hier nicht offenes Meer, sondern ein wahres Labyrinth von winzigen Eilanden, Holmen und Klippen. Im Winter bildet sich fast immer eine feste Eisddecke, die diese Inseln mit dem finnischen Festlande verbindet. Die Bewohner der Ålandsinseln sind schwedischer Herkunft, sie betreiben Landwirtschaft, Fischerei und Robbenfang.

Die Inseln gehörten ja auch jahrhundertlang zu Schweden. Erst nach dem vierten russisch-schwedischen Kriege in den Jahren 1808/1809 fielen sie an Rußland. Im Frieden von Fredrikshamn, der im Jahre 1809 geschlossen wurde, mußte Schweden die Ålandsinseln hergeben, zugleich ging damals Finnland endgültig in den russischen Herrschaftsbereich über.

Die ersten russischen Befestigungen wurden auf den Ålandsinseln schon im Jahre 1835 angelegt und 19 Jahre später bekamen sie sogar aktuelle Bedeutung. Während dem Krimkrieg fuhr im Frühjahr 1854 eine englisch-französische Flotte in die Ostsee ein, besetzte die Ålandsinseln und verließ sie erst im September, nachdem sie alle Festungswerke zerstört hatte.

Der Rücktritt des Staatssekretärs Birrell.

London, 3. Mai.

Der Staatssekretär für Irland, Birrell, sagte im Unterhause über seinen Rücktritt, er habe die möglichen Erfolge der Sinn Fein-Bewegung unzutreffend eingeschätzt. Er habe zwar ihren Charakter, die Zahl ihrer Helfer und der Orte, in denen diese offenbare Treulosigkeit am stärksten überwog, gewürdigt, aber er habe sich nicht die Möglichkeit solcher Vorfälle vorgestellt, wie sie sich ereignet hätten. Er habe dem Ministerpräsidenten Asquith sein Rücktrittsgesuch überreicht, sobald der Aufstand niedergeworfen war. Zum Schlusse sagte Birrell, seit Kriegsbeginn habe er es als die Pflicht angesehen, sich zu bemühen, Europa das Bild ungeteilter Einmütigkeit Irlands sehen zu lassen. Um diese große Aufgabe durchzuführen, habe er ein großes und schweres Risiko übernommen, es sei aber auch viel erreicht worden. Die irischen Soldaten, die auf allen Kriegsschauplätzen kämpften, seien noch immer die besten Vertreter ihres Landes.

Edmond sollte dem Staatssekretär für Irland, Birrell, warme Anerkennung und erklärte, er habe die Ansicht Birrells geteilt, daß keine wirkliche Gefahr des Aufstandes in Sicht gewesen sei. Seine Meinung hätte Birrells Politik vielleicht beeinflusst.

Edmond wie Carson empfahlen dringend, die große Masse der Rebellen nicht mit allzugroßer Härte zu bestrafen.

Die Vereinsgesetz-Novelle.

Die Begründung des Gesetzentwurfs zur Aenderung des Vereinsgesetzes zählt eine Reihe von Wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen auf, von denen nach der Auffassung der Regierung anzunehmen ist, daß sie mit den Aufgaben der Gewerkschaften in Zusammenhang stehen, so daß also nach dem Entwurf die Beschäftigung mit ihnen den Verein nicht zu einem politischen machen würde. Sie erwähnt zunächst die Fragen des Koalitionsrechts.

„Dahin gehört alles, was sich auf Verabredungen oder Vereinigungen zum Behufe der Erlangung oder Erhaltung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen bezieht. Keine Geltung dürfen hierbei die Grenzen haben, die dem § 152 der Gewerbeordnung in der Rechtspredung durch die Auslegungen gezogen werden, daß diese Bestimmung nur Verabredungen und Vereinigungen der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zur Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen in bestimmten Arbeitsverhältnissen, in bestimmten Gewerbebezügen oder an bestimmten Orten betreffe. Weiter sind als Angelegenheiten der Sozialpolitik beispielsweise anzusehen die öffentlich-rechtliche wie die privatrechtliche Stellung der Berufsvereine, das Einigungswesen, das Tarifvertragswesen, Fragen der Lohnregelung, Angelegenheiten des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, des Kinderschutzes, der Heim- und der Hausarbeit, der Volksernährung und der Volksgesundheit, des Wohnungswesens, der Volksbildung, sodann Fragen, die sich auf die Gewerbegerichte und die Kaufmannsgerichte, auf die Gewerbeaufsicht und ähnliche Einrichtungen beziehen. Aus dem Gebiet der Wirtschaftspolitik können hier in Betracht kommen, Fragen der Lebensmittelversorgung, der Preisbildung, Zölle, Steuern usw. Auch Angelegenheiten, die nicht ihrer Natur nach und nicht unter allen Umständen sozial- oder wirtschaftspolitisch sind, haben als solche für das Gebiet des Entwurfs zu gelten, sofern sie eine sozial- oder wirtschaftspolitische Bedeutung haben können und im Einzelfalle mit Rücksicht auf diese Bedeutung behandelt werden. Dies gilt z. B. von Bestimmungen des bürgerlichen Rechts über den Arbeits- oder den Dienstvertrag, über das Zurückbehaltungsrecht, die Aufrechnung und die Pfändung bei Lohn- und Gehaltsansprüchen. Es gilt ebenso von Vorschriften des allgemeinen Strafrechts über Nötigung, Bedrohung, Erpressung usw., die, soweit ihre Anwendbarkeit bei Streit, Aussperrung, Boykott und anderen wirtschaftlichen Kampfmitteln in Frage kommt, sich eng mit dem Koalitionsrecht berühren und somit auch zur Sozialpolitik gehören. In ähnlicher Weise können unter besonderen Gesichtspunkten Fragen wie die der Frauenrechte, der Zuständigkeit von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, der Schaffung neuer Sondergerichte oder anderer Behörden und dergleichen mehr als Angelegenheiten der Sozialpolitik anzusehen sein.“

Man wird zugeben, daß dieser Katalog eine recht stattliche Zahl von politischen Fragen umfaßt.

Ein Artikel des Reichstagsabgeordneten Legie, des Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, im heutigen „Vorwärts“ zeigt, daß er von der Neuregelung ein ausgezeichnetes Tätigkeitsgebiet für die Arbeiterberufsvereine erwartet:

„Da zwischen der Partei und den Gewerkschaften in bezug auf rein politische und gewerkschaftlich-sozialpolitische Betätigung stets eine bewußte und konsequente Arbeitsteilung bestanden hat, ist nicht im geringsten zu befürchten, daß das neue Gesetz den Gewerkschaften noch irgendein unentbehrliches Gebiet politischer Tätigkeit verschlüsse.“

Allerdings stellt Legie noch eine Reihe weiterer Forderungen. Er läßt aber erkennen, daß er sich mit deren Vertagung bis nach dem Frieden abzufinden weiß.

Zum Falle Liebknecht.

Von Dr. B. Mittermann.

Seit Kriegsbeginn hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Liebknecht zu wiederholten Malen von sich reden gemacht. Er ist als der entschiedenste und unbelehrbarste Wortführer jener Richtung der reichsdeutschen Sozialdemokratie aufgetreten, die er im Verein mit dem französischen „Antimilitaristen“ und „Antipatrioten“ Hervé auf dem internationalen Sozialistenkongreß von Stuttgart (1907) vertreten hat. Während aber Hervé längst heimgefunden hat zu einem nachdrücklichen Bekenntnis zum französischen Vaterland, ist sein deutscher Gesinnungsgenosse Liebknecht über seine Stuttgarter Ueberzeugungen nicht hinausgewachsen. Inmitten des Weltkrieges führt Herr Liebknecht seinen Krieg, den frisch-fröhlichen Krieg gegen das wirkliche, geschichtlich gewordene Deutschland, das sich in die Liebknechtsche Denkschablone ganz und gar nicht einfügen läßt. Auf dem Gebiete dieses Kampfes scheint der Mann entwicklungs-fähig zu sein. Sein Eifer wenigstens, seine Grundsätze in recht auffallender Form zur Schau zu tragen, ist in ständiger Zunahme begriffen und hat in den letzten Sitzungen des deutschen Reichstages zu stürmischen Vorgängen geführt, die Herrn Liebknecht das Mißfallen und die Entrüstung des ganzen Hauses einschließlich der großen Mehrheit der Sozialdemokraten deutlich vor Augen führten. Diese Entrüstung ist nur allzu begreiflich, denn der Fall Liebknecht ist eine ganz merkwürdige Erscheinung. Ganz einzig steht es da in der Geschichte des Weltkrieges, daß ein Volksvertreter in einem kriegsführenden Lande sich so völlig in die Denk- und Redeweise der Kriegsgegner hineinfindet, wie dies Herr Liebknecht nunmehr gelungen ist, aus dessen jüngsten Zwischenrufen die unverfälscht englisch-französische Auffassung über Ursache und Ziele des Krieges spricht. Ententedialektik haben wir

vor uns, wenn Liebknecht in seinen Zwischenrufen zur letzten Kanzlerrede erklärt, Deutschland habe den Krieg gewählt, es „überfalle“ seine Nachbarn; wenn er in die Kanzlerworte: „Für Deutschland und nicht für ein fremdes Stück Land bluten und sterben Deutschlands Söhne“ sein: „Das ist nicht wahr!“ hineinruft.

Politiker und Psychologen haben sich um eine Deutung bemüht, die das Verhalten dieses eigenartigen deutschen Abgeordneten verständlich machen soll. Alle diese Deutungsversuche scheinen aber darin in die Irre zu gehen, daß sie sich nur mit der Person des Abg. Liebknecht und nicht mit der politischen Geistesrichtung, der er angehört, beschäftigen. Die Politik Liebknechts und seiner wenigen Gesinnungsgenossen kann nur dann verstanden werden, wenn man sie aus der Gesamtentwicklung der deutschen Demokratie zu erfassen trachtet. Diese große und in vielen Belangen notwendige und segensreiche Strömung entwickelte frühzeitig Richtungen, die eines ihrer Hauptziele in der Bekämpfung alles vaterländischen und nationalen Strebens suchten. Der beharrliche Kampf gegen die deutsche Reaktion ließ schon in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts manchen Vertreter der radikalen Demokratie vergessen, daß auch in außerdeutschen Ländern, auch in dem von dem Glanze des Revolutionsideals verklärten Frankreich, starke reaktionäre Strömungen vorhanden seien. Diese Demokratie trat mit weltbürgerlichen Gebärden auf, sie war stolz darauf, eine Welle im Strom der internationalen Freiheitsbewegung zu sein. Trotzdem galt ihr politisches Denken und Wollen hauptsächlich den inneren Zuständen Deutschlands, und im Kampfe um die deutschen Innenprobleme suchte sie Bundesgenossen bei „allen freien Völkern“. Eine Voraussetzung dieses Kampfes aber und zugleich die Ursache einer ungerechten Beurteilung des deutschen Wesens überhaupt bildete der unbefriedigende staatliche Zustand Deutschlands, seine Zerissenheit und politische Ohnmacht. Aus vielen Kundgebungen jener alten Demokraten klingt ein starker Ton der Sehnsucht nach einem freien, einigen und mächtigen Deutschland. In Herweghs Persönlichkeit kommt die eigentümliche Verbindung französisch-demokratischer Neigungen und warmer Liebe zum deutschen Vaterland zu augenfälligem Ausdruck.

Die deutsche Einheit und mit ihr die Vorbedingung der deutschen Macht wurde geschaffen, aber nicht nach den Wünschen und Träumen der radikalen deutschen Demokratie, die ihre ablehnende Haltung gegen die wirkenden Kräfte des geschichtlichen deutschen Nationalstaates in das sozialdemokratische Lager hinübernahm. Aus dieser Entwicklung ist die Liebknechtsche Denkweise zu begreifen, die wohl als ein Fortwirken frühdemokratischer Neigungen, als ein Steckenbleiben in politischen Anschauungen aus der Zeit um 1840 aufgefaßt werden muß. Als Versteinerung, als überlebte Rückständigkeit ragt die Radikaldemokratie Liebknechts und seiner paar Genossen in das politische Leben des neuen Deutschlands herein. Herr Liebknecht hat sich die Bewunderung des feindlichen Auslandes erworben; für die deutsche Entwicklung ist er ein Ueberbleibsel aus einer längst überwundenen Zeit.

Ein Manifest des Internationalen Sozialistischen Büros.

Anlässlich des 1. Mai hat das Exekutivcomité des Internationalen Sozialistischen Büros im Haag nachstehendes Manifest erlassen:

Internationales Sozialistisches Büro.

Manifest des Exekutivcomités an die angeschlossenen Parteien.

Haag, 1. Mai 1916.

Werte Genossen!

Am traditionellen Tage des 1. Mai demonstriert das Proletariat für den Frieden.

Es ist der sechshundertsebenunddreißigste Tag des Weltkrieges und die Arbeiter, die sich gezwungen sehen, auf den Schlachtfeldern gegeneinander zu streiten, stellen trotz allem die Gesellschaftsklasse dar, die eine Welt schaffen will, wo das Recht an die Stelle der Gewalt tritt.

Unsere Aktion hat nicht aufgehört, von diesem Gedanken ihre Beseelung zu empfangen.

Der dem holländischen sozialistischen Parteitag in Arnheim im Namen des Exekutivcomités vorgelegte Bericht hat euch gezeigt, daß wir keinen einzigen Augenblick abgelaßen haben, die uns durch die internationalen Kongresse übertragene Aufgabe in den Grenzen des Möglichen zu erfüllen.

Wir haben die Verbindung zwischen der Zentrale und den angeschlossenen Parteien aufrecht erhalten. Diese hinwiederum haben ihr treues Festhalten an den leitenden Gedanken unserer internationalen Beschlüsse kundgegeben.

Seit Beginn der Feindseligkeiten haben wir Aufforderungen erhalten, das Büro einzuberufen. Aber von den ersten Tagen an haben wir erwidert, daß selbst dann, wenn das Zustandekommen einer Vollversammlung der Delegierten praktisch möglich sei, es vor allem darauf ankomme, mit Zustimmung und unter der Mitwirkung aller in Frage kommenden Parteien zu handeln — und es stand fest, daß einige von ihnen den richtigen Augenblick noch nicht für gekommen erachteten.

Diese vorsichtige Haltung hat uns manche Kritik eingetragen. Ungebildige Genossen bedachten sich nicht, über den Kopf der konstituierten Parteien hinweg zu handeln, und versuchten, in die Internationale jene Methoden der Zerfegung hineinzutragen, die die sozialistische Bewegung gewisser Länder, wo die Demokratie noch ihrer Entwicklung harret, nur allzusehr kennzeichnen. Anfangs bezeichneten sie sich bescheiden als Organe der Minderheit und verwahrten sich dagegen, das Internationale Sozialistische Büro enteignen zu wollen. Bald aber kam ihre wahre Meinung zum Vorschein. Mit keiner anderen Machtbefugnis als ihrer eigenen verkündeten sie, daß die zweite Internationale tot sei, und zeigten die Geburt einer dritten an, in der jedoch die Parteien der großen Länder, ohne die keine Internationale lebensfähig ist, Platz zu nehmen verweigerten.

Die Erfahrung hat heute schon gezeigt, daß unsere Politik die richtige war. Bedürfte es eines weiteren Beweises hierfür, würde es genügen, auf die Erklärungen der französischen und der englischen Minderheit hinzuweisen, die wohl beide mit Entschiedenheit für die unverzügliche Einberufung des Büros eintreten; aber nichtsdestoweniger erklären, daß sich das Exekutivcomité über die Beschlüsse der angeschlossenen Organisationen nicht hinwegsetzen könne.

Aber ungeachtet aller dieser Dinge hat das Leben der Internationale keinen einzigen Augenblick ausgesetzt. Die Parteien führen fort, innerhalb ihres geschichtlichen Rahmens zu kämpfen. Sie hatten hierbei mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die immer verwickelter waren, je größer ihre Verantwortlichkeit war. Sie konnten nicht tun, was sie wollten. Aber im ganzen und großen haben sie versucht, zu tun, was sie konnten.

Stimme Gehör zu verschaffen, damit der kommende Friede nicht den Keim eines neuen Konflikts in sich trage, und eine Politik zu bekämpfen, die den militärischen Krieg in einem wirtschaftlichen fortsetzen möchte. Sie hat das dringendste Interesse daran, ein demokratisches Europa zu schaffen und den Grund für eine Rechtsordnung zu legen, die uns dem Augenblick näherbringt, wo wir für immer von dem Schreckbild des Krieges befreit sein werden.

Wir ersuchen darum alle angeschlossenen Parteien ohne Unterschied, ohne Säumen alle die politischen Fragen zu untersuchen, die nach ihrer Meinung eine Lösung in den Friedensbestimmungen verlangen. Diese Fragen betreffen sowohl das Ende dieses Krieges wie das Ende der Kriege überhaupt. Sie schließen auch alle besonderen Umstände ein, die in den in Kopenhagen, London und Wien beschlossenen Formeln in Betracht gezogen sind.

Zum Zwecke einer vorläufigen Untersuchung haben wir die Delegierten der sozialistischen und der Arbeiterparteien der neutralen Länder zu einer Vorkonferenz eingeladen, die am 26. Juni 1916 — dem auf Antrag der Delegierten der Vereinigten Staaten und Argentiniens festgestellten Datum — zusammentreten wird.

Genossen!

Wenn der Krieg zwischen den sozialistischen und den Arbeiterparteien Konflikte hervorgerufen hat, so wird es immer deutlicher, daß er den Kapitalismus befestigt hat. Um dieses System zu überwinden und die Freiheit zu gewinnen, ist es nötig, daß sich die ganze Arbeiterklasse ohne Unterschied der Rasse und der Nationalität wieder zusammenschinde!

Die Reise der Bulgaren.

Eine Abordnung bulgarischer Politiker ist in einer Reise begriffen, die sie über Budapest und Wien nach Berlin führen soll. Die Herren sind heute in Wien angekommen. In der Hauptsache suchen sie eine Berührung mit den Parlamentariern der verbündeten Staaten; in Budapest wurden sie auch demgemäß feierlich im Kuppelsaal des Reichstages begrüßt und die ungarischen Abgeordneten gaben ihnen ein Mahl. In Wien werden sie sich mit Surrogaten begnügen müssen; vorläufig sind sie im Bahnhof vom Bürgermeister und Gemeinderäten empfangen worden. Man wird sich demnach die Berichterstattung sparen können. Wir armen Oesterreicher haben eben kein Parlament, also weder Anlaß noch Möglichkeit, vor Fremden mit unserer Politik Staat zu machen...

Bei dem Mahl der Abgeordneten in Budapest hielt den Trinkspruch der Graf Apponyi — in französischer Sprache, was er, der alte Schächer, folgendermaßen erläuterte:

Meine Kollegen haben mich ersucht, der Dolmetsch Ihrer Gefühle zu sein. Ich bitte um die Erlaubnis, zunächst erläutern zu dürfen, warum ich das in einer Sprache tue, die auch von unseren Feinden gesprochen wird. Ich will darüber nur ein Wort sagen. Nicht die Sprache des Herrn Poincaré ist es, in der ich Sie willkommen heiße, sondern die Sprache eines Molière, eines Bossuet, eines Victor Hugo.

Als der Herr Graf Apponyi seine Ausfälle gegen den Dualismus in französischer und in englischer Sprache erscheinen und vertreiben ließ, wird er wohl weder an Molière noch etwa an Byron gedacht haben... Graf Apponyi findet Ähnlichkeiten in dem Schicksal der Magyaren und Bulgaren und legte sie folgendermaßen dar:

Unter den wirkenden Kräften gibt es insbesondere eine, die in der Geschichte beider Nationen augenfällig ist: die Anhänglichkeit an die ewig bedrohte Unabhängigkeit. Im Mittelalter ist Ihre Gefahr Byzanz gewesen, das Byzanz, das Ihnen gegenüber mit seinem Kultureinfluß und dem religiösen Bande, das Sie mit ihm verknüpfte, Mißbrauch getrieben hat. Gleiche Gefahren erwuchsen auch uns von Seite unserer abendländischen Nachbarn. Gern sind wir ihre Schüler gewesen, aber sie wollten uns unter ihre Herrschaft beugen; unsere angebotene Freundschaft ließ in ihnen den unsinnigen Anspruch erstehen, uns in sich völlig aufzusaugen. Daraus wurde nichts, und nie wird auch aus dergleichen etwas werden können. Allein wieviel von unserer Kraft ging darüber zunichte! Wie sehr wurde unser Fortschritt verzögert, bloß weil wir für unser nacktes Dasein zu kämpfen hatten! In der Er kämpfung Ihrer Unabhängigkeit sind Sie zweifellos von Rußland stark unterstützt worden...

O wie sehr verstehen wir Sie! Und mit welcher Sympathie begrüßten wir die Kraftentfaltung, die Sie anzubieten hatten in dem Konflikt, den in Ihnen das Gebot des nationalen Interesses mit ehrenwerten Erwägungen

auszutragen hatte! Denn zwei Jahrhunderte vor Ihnen sind auch wir aus demselben Joch mit fremder Hilfe befreit worden. Auch bei uns sehnte sich der Befreier danach, unserer Herr zu werden. Und auch wir erhoben uns gegen diesen Versuch ebenso, wie dies unser Recht und unsere Pflicht uns geboten. Jawohl, unsere Pflicht. Denn eine Nation darf nicht entsagen. Jede Nation hat ihre besondere Sendung, die ihr der Lenker des Weltalls zugebacht hat. Ihnen und uns gegenüber hat die Geschichte diese Frage andauernd aufgeworfen. Mit Gottes Hilfe haben wir beide sie gelöst, getreu unserer nationalen Pflicht. Bei uns hat das Gleichgewicht der Kräfte es gestattet, ein inniges Bündnis mit der Dynastie und dem österreichischen Volke einzugehen, das vormalig unsere nationale Unabhängigkeit gefährdet hat, die Unabhängigkeit, die heute bereits gesichert ist. Gesichert ist auch der Einfluß des Willens der ungarischen Nation auf die auswärtigen Angelegenheiten, auf welchem Gebiet wir mit Oesterreich solidarisch sind. Bei Ihnen sind die Prämissen anders geartet gewesen und mithin weichen auch die Formen der Lösung im großen von den unseren ab; allein im Grunde genommen ist unser beider Schicksal durch das gleiche Gesetz gestaltet. Darum sind wir darauf angewiesen, uns wechselseitig zu verstehen und zu unterstützen, damit wir beide auch von den übrigen Völkern verstanden werden.

Die Parallele, die Graf Apponyi zwischen dem Befreier Bulgariens und dem Befreier der Magyaren zieht, ist sicherlich, wollen wir sagen, nicht ohne Interesse. In seiner Antwort sagte der Vizepräsident der bulgarischen Sobranje Herr Iwan Mantshilow unter anderem:

Wir haben mit Ihrem Beistand eine große Frage gelöst: die mazedonische Frage, an deren glückliche Lösung sich unsere Lebensinteressen knüpfen. Mazedonien lassen wir nicht los, eher ist jeder Bulgare zu sterben bereit. Und auch eine zweite große Frage haben wir gelöst: wir haben eine der großen Ideen unserer geschichtlichen Vergangenheit verwirklicht, die Idee, Ungarns unmittelbarer Nachbar zu werden. Und Ungarns unmittelbare Nachbarschaft lassen wir ebenfalls nicht los, eher ist jeder Bulgare zu sterben bereit.

Die Novelle zum Reichsvereinsgesetz.

Die politischen Vereine.

Berlin, 2. Mai. (W. B.) Die vom Reichstag wiederholt gewünschte und von der Regierung zugesagte Novelle zum Reichsvereinsgesetz ist dem Reichstag nunmehr zugegangen. Der Gesetzentwurf schlägt vor, daß dem Paragraphen 17 des Vereinsgesetzes ein Auslegungsparagraph 17a folgenden Wortlaut angefügt wird:

Die Vorschriften der §§ 3, 17 über politische Vereine und deren Versammlungen sind auf Vereine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht aus dem Grunde anzuwenden, weil diese Vereine auf solche Angelegenheiten der Sozialpolitik oder der Wirtschaftspolitik einzuwirken bezwecken, die mit der Erlangung oder Erhaltung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen oder mit der Wahrung oder Förderung wirtschaftlicher oder gewerblicher Zwecke zugunsten ihrer Mitglieder oder mit allgemeinen beruflichen Fragen im Zusammenhange stehen.

Der Gedanke, die dem Wesen und den Zwecken der Gewerkschaften und ähnlicher Organisationen entsprechende Betätigung solcher Vereine von den Beschränkungen politischer Vereinsbetätigung frei zu lassen, ist bereits bei den Beratungen über das Reichsvereinsgesetz nicht nur vom Reichstag vertreten, sondern auch von der Regierung in gewissen Grenzen als berechtigt anerkannt worden. Es wurde, wie man dem Berichte über die damaligen Verhandlungen der Reichstagskommission entnehmen kann, ausdrücklich betont, daß „die im § 152 der Gewerbeordnung bezeichneten Angelegenheiten bei richtiger Auslegung des Gesetzes als solche überhaupt nicht politischer Natur seien“. Zu einer ausdrücklichen Festlegung dieses Gedankens im Gesetz ist es freilich damals nicht gekommen, weil man sich nicht über eine geeignete Formulierung einigen konnte, auch eine besondere Bestimmung nicht für nötig hielt.

Die Rechtsprechung und bis zum Kriegsausbruch auch die Verwaltungspraxis hat nun namentlich Gewerkschaften der Arbeitnehmer mehrfach den politischen Vereinen zugezählt und den für diese geltenden Einschränkungen unterworfen. Veranlassung dazu bot die Tatsache, daß die Gewerkschaften sich bei der Förderung der Interessen ihrer Mitglieder mehr und mehr genötigt sahen, sozial- und wirtschaftspolitische Fragen zu behandeln und in der Öffentlichkeit, in der Presse, bei politischen Parteien, bei der Regierung und bei gesetzgebenden Körperschaften für bestimmte Wege, Formen und Ziele ihrer Lösung einzutreten. Diese Einwirkung auf politische Organe und Körperschaften in Angelegenheiten, die die Gesetzgebung und Verwaltung berühren, ist von den Gerichten in weitgehendem Umfang als politische Tätigkeit gedeutet worden.

Der seit langem bei den Gewerkschaften aller Richtungen bestehende Wunsch, die genannten Vereine von den Fesseln dieser Auslegung zu befreien, ist während des Krieges besonders lebhaft geworden und hat zu einem Initiativbeschluss des Reichstages geführt, dem die verbündeten Regierungen nicht zustimmen vermochten, weil er auch andere politische Fragen des Vereinsrechts neu regeln wollte. Die Regierung glaubt in der dem Reichstag heute zugegangenen Vorlage, die einen wesentlich deklaratorischen Charakter hat, die Formel gefunden zu haben, die den Interessen der in Frage kommenden Vereine, der Allgemeinheit und des Staates am vollständigsten und zweckmäßigsten gerecht wird.

Die Aufgabe der damit beabsichtigten gesetzlichen Regelung besteht darin, auf der einen Seite der sozial- und wirtschaftspolitischen Betätigung, die in einem — wenn auch allgemeinen oder mittelbaren — Zusammenhange mit den eigentlichen Zielen der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereine steht, vollkommene Freiheit zu gewähren, auf der anderen Seite zu verhüten, daß eine rein politische Vereinstätigkeit nur deshalb von den Beschränkungen, die ihr sonst im Allgemeininteresse auferlegt sind, frei bleibt, weil die Vereinigung, die sie ausübt, eine Gewerkschaft ist oder auch nur die Etikette einer solchen gewählt hat. Es liegt im Interesse der Gewerkschaftsbewegung selbst, daß sich die ihr angehörenden Verbände auf Wirtschafts- und Sozialpolitik beschränken und von der Behandlung rein politischer Fragen (wie auswärtige Politik, Verfassung, Wahlrecht) fernhalten. Wird diese Grenze von ihnen verwischt, so darf ihnen jedenfalls daraus kein Anspruch auf eine besondere Vorzugsbehandlung für rein politische Propaganda erwachsen.

Die sozial- und wirtschaftspolitische Be-

tätigung ohne die Schranken des politischen Vereins wird den Gewerkschaften und gleichartigen Arbeiter-, Angestellten- und Arbeitgeberverbänden durch den Entwurf im weitesten Umfang ermöglicht. Auch die Behandlung allgemeiner beruflicher Fragen ist eingeschlossen, wenn sie nur mit den wirtschaftlich-sozialen Interessen der Vereinsmitglieder in tatsächlichem Zusammenhange stehen. Die Vorschrift bezieht sich, soweit die in ihr zum Ausdruck gebrachten Voraussetzungen gegeben sind, auf alle Vereine, die dem Geltungsbereich des Reichsvereinsgesetzes angehören, alle nicht etwa nur auf die, deren Mitglieder der Gewerbeordnung unterstehen. Sie greift aber nicht in die sonstige, durch das Reichsvereinsgesetz nicht berührte Gesetzgebung ein und läßt insbesondere die Vorschriften des Landesrechts, die Verhandlungen ländlicher Arbeiter zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit verbieten, unberührt.

Baron Diller an die Bevölkerung des General-Gouvernements Lublin.

Die im österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiet in Polen erscheinenden Zeitungen veröffentlichen folgendes Schreiben des Baron Diller:

„Se. I. u. I. apostolische Majestät, mein Allergnädigster Herr, geruhe gnädigst mich zum Statthalter in Galizien zu ernennen. Ich scheid daher vom Posten des Generalgouverneurs. Es fällt mir nicht leicht, das Land zu verlassen, das ich so sehr liebgewonnen habe. Die Militärverwaltung war unter meiner Leitung bestrebt, die Folgen des Krieges in diesem Lande nach Möglichkeit zu mildern, den hilfsbedürftigen Schichten der Bevölkerung in diesen schweren Zeiten beizustehen und soweit es die Umstände erlauben, das wirtschaftliche und kulturelle Leben des Landes in normale Bahnen zu lenken. Die weitere Arbeit in dieser Hinsicht lege ich mit vollem Vertrauen in die Hände meines Nachfolgers zurück. Viele von euch haben meine Tätigkeit zum öffentlichen Wohl eifrig und opferwillig unterstützt. Diesen allen danke ich im eigenen Namen sowie im Namen der Menschlichkeit. Der Ernst, die Fähigkeiten und der Eifer, die ich in dieser Arbeit bei vielen Bürgern des Landes mit Freude wahrgenommen hatte, lassen die besten Hoffnungen auf die Zukunft dieses Landes hegen. Ich danke gleichfalls der ganzen Bevölkerung für ihre fast ohne Ausnahme korrekte Haltung. Ich nehme daher von euch herzlichen Abschied und wünsche dem Lande Gottes Segen herbei; es möge einer schönen Entwicklung und einer glücklichen Zukunft entgegengehen.“

Lublin, am 23. April 1916.

Erich Baron Diller m. P., Generalmajor.“

**Erinnerungsfeier an die polnische Verfassung
 vom Jahre 1791.**

Seit 101 Jahren zum erstenmal begangen.

Warschau, 4. Mai.

Gestern haben mit Genehmigung des Generalgouverneurs in allen größeren Städten des deutschen Okkupationsgebietes von Polen öffentliche Feiern zur Erinnerung an die vor 125 Jahren durch den polnischen Reichstag beschlossene und vom König Stanislaus August genehmigte Verfassung für das polnische Reich stattgefunden.

Besonders feierlich gestaltete sich diese Kundgebung in Warschau. Um 8 Uhr früh fand unter Vorsitz des Fürsten Lubomirski gemeinsam mit einem besonderen Festausschuß eine Festigung des bürgerlichen Komitees statt. Eine Stunde später zelebrierte Erzbischof Rakowski in der Kathedrale ein Pontifikalamt.

Etwa um 11 Uhr vormittags bewegte sich von der Kathedrale durch die Hauptstraßen der Stadt ein Festzug, an dem ungefähr 250.000 Menschen teilnahmen und der etwa fünf Stunden währte. Im Zuge sah man Vertreter der katholischen und der evangelischen Geistlichkeit sowie Rabbiner, ferner die Lehrkörper und Schüler sämtlicher Schulen, die Professoren und Hörer der Universität und der Technik und weiter Abordnungen aller politischen, literarischen, sozialen und wirtschaftlichen Vereine Warschaus. Eine besondere Gruppe, die freudigst begrüßt wurde, bildeten die Veteranen aus dem Freiheitskampfe des Jahres 1869. In den Zug waren Musikkapellen eingereiht, die an verschiedenen Stellen der Stadt polnische Musikstücke spielten. Beim Wiener Bahnhof löste sich der Zug auf.

Alle Straßen waren mit Abzeichen und Fahnen in den polnischen Nationalfarben geschmückt und von einer dicht gedrängten Menschenmenge gefüllt. Für die Ordnung, die überall musterhaft gehalten wurde, sorgte die städtische Miliz.

Während sich der Zug durch die Straßen bewegte, begab sich mittags eine Abordnung des Festausschusses, bestehend aus dem Dumaabgeordneten Lempicki, dem Prälaten Chelmicki, dem Fürsten Radziwill und dem Professor Pomorski, zum Generalgouverneur General v. Beseler, um ihm namens der Bürger Warschaus für die Genehmigung dieser Feier zu danken.

Um 5 Uhr nachmittags fanden in 96 Lokalen Warschaus Versammlungen statt, in denen über die Verfassung vom Jahre 1791 Vorträge gehalten wurden. Am feierlichsten verlief die Versammlung im Saale der Philharmonie, wo der Vorsitzende des Festausschusses Dumaabgeordneter Lempicki und Prälat Chelmicki Ansprachen hielten. Abends fanden in sämtlichen Theatern Warschaus Festvorstellungen statt.

Seit dem Jahre 1815 war es das erstemal, daß Warschau diesen Gedenktag in so festlicher Weise begehen konnte. Die russische Regierung hat derartige Feiern niemals geduldet. Als vor 25 Jahren die Jahrhundertgedenksfeier der Einführung der Verfassung von den Polen überall begangen wurde, wurden in Warschau Manifestanten, namentlich Studenten, verhaftet und in die Zitadelle abgeführt. Heute verlief der Gedenktag in musterhafter Ordnung und ließ bei der Bevölkerung Gefühle freudigster Art zurück.

Die englische Wehrpflichtbill.

Ausdehnung des Zwangsdienstes auf die Verheirateten.

A. London, 3. Mai. Im Unterhause brachte Premierminister Asquith das neue Wehrpflichtgesetz ein, das die Bestimmungen der am 27. April zurückgezogenen Bill mit dem Zusatz des Zwangsdienstes für Verheiratete zwischen dem 18. und 41. Lebensjahr enthält. Die Bestimmung wird erst einen Monat nach Annahme der Bill in Kraft treten, um den Leuten zu ermöglichen, sich freiwillig einschreiben zu lassen. Ein Sondervorbehalt ist für gediente Leute vorgesehen, die nicht sofort gebraucht werden. Diese können zu ihrer bürgerlichen Beschäftigung zurückkehren, bis sie einberufen werden.

Die erste Lesung des Wehrpflichtgesetzes wurde einstimmig angenommen.

Berlin, 4. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Aus Amsterdam wird dem „Tagebl.“ gemeldet: Gegen Asquiths neue Wehrpflichtbill erwartet man in London den Widerstand von einer starken Minderheit. Einmal von einer radikalen Gruppe unter der Führung des früheren Ministers des Innern Simon, weiters von der unter Macdonald stehenden Gruppe von Arbeitervertretern. Die Mehrheit für die Bill gilt als gesichert.

Stimmen der englischen Presse.

A. Rotterdam, 3. Mai. Der „Rotterdamsche Courant“ meldet aus London: Zu dem heute eingebrachten Dienstpflichtgesetz bemerkt der politische Mitarbeiter der „Times“, daß die Regierung im voraus sicher sein könne, daß die Vorlage ohne Schwierigkeiten durchgehen werde. Gegen Ende der folgenden Woche werde sie vielleicht schon Gesetz sein.

Der parlamentarische Berichterstatter der „Daily News“ berichtet, daß die Arbeiterpartei nach

Asquiths Erklärung eine Versammlung abhielt und beschloß, ihren Mitgliedern anheimzustellen, ob sie für oder gegen das Gesetz stimmen wollen. Das bedeute, daß die Mehrheit dafür und ungefähr ein halbes Duzend Abgeordnete dagegen stimmen würde. Es sei unwahrscheinlich, daß wegen dieser Frage eine nationale Arbeiterkonferenz werde einberufen werden. Die Arbeiterpartei werde abends neuerdings über die Einzelheiten des Gesetzentwurfes beraten. Schon aus einer früheren Debatte sei hervorgegangen, daß die liberale Gruppe um Simon gegen das Gesetz sei und daß auch ohne Zweifel einige Mitglieder dieser Gruppe dagegen stimmen werden. Die wenigen Mitglieder der nationalistischen Partei, die sich augenblicklich in Westminster befinden, werden sich wahrscheinlich der Abstimmung enthalten. Dem Blatte zufolge tritt das unionistische Kriegskomitee mittags zusammen, um über seine Haltung zu beraten. Einige wollen gegen das Gesetz stimmen, weil es nicht auf Irland ausgedehnt wird; aber Carson übt einen mäßigenden Einfluß aus. Die allgemeine Auffassung ist, daß es unklug wäre, in diesem Augenblick Schwierigkeiten mit den Iren heraufzubeschwören.

Der Unionist Lomther wird morgen vorschlagen, daß die Regierung eine Maßregel ergreifen soll, durch die alle Männer und Frauen im Alter zwischen 16 und 60 Jahren in der für den Staat vorteilhaftesten Weise ausgenützt werden. Dies weist darauf hin, daß eine Bewegung für den industriellen Zwang bevorsteht.

„Daily Mail“ jubelt darüber, daß die Dienstpflicht, für die sie sich seit langem eingesetzt habe, endlich durchgeführt werden soll. Durch das neue Gesetz werde England in eine Reihe mit seinen Verbündeten treten.

„Times“ üben noch immer an der Regierung Kritik und schreiben: Wir werden niemals auch nur zu dem Beginn eines Sieges in diesem Kriege gelangen, wenn in die Regierung nicht neues Blut und frischer Geist gebracht wird.

„Daily News“ glauben, daß es möglich sein wird, mit Hilfe des neuen Dienstpflichtgesetzes noch 200.000 Mann aufzubringen. Im übrigen glaubt dieses Blatt nicht, daß Asquith seine Feinde durch dieses äußerste Zugeständnis versöhnen wird. Die Dienstpflichtbewegung bezwecke nur, ihn und die Koalition in Verfall zu bringen.

„Daily Chronicle“ meint, es sei noch zu früh, um feststellen zu können, wie die Neuerung auf die Stimmung der bürgerlichen Bevölkerung hinsichtlich des Krieges wirken werde. Nur ein sehr oberflächlicher Beobachter könne in Abrede stellen, daß bereits ein Unterschied zu bemerken sei, und zwar in ungünstigem Sinne. Man könne aber jetzt, wo man einmal zum Zwang übergegangen sei, nicht mehr den während des Krieges einmal eingeschlagenen Weg verlassen und das Beste, was man tun könne, sei, den Dienstzwang so gut und so logisch wie möglich durchzuführen. Das Blatt ist mit dem Premierminister einer Meinung, daß durch Einführung der Dienstpflicht die Streitfrage, welche hierüber bestand, aus der Welt geräumt werden wird, glaubt aber nicht, daß die Angriffe auf die Regierung aufhören werden.

5. 10. 1916

Der Jahrestag der Schlacht bei Gorlice. Depeſchenwechſel zwiſchen Kaiſer Wilhelm und Erzherzog Friedrich.

Wien, 4. Mai.

Aus dem Kriegſpreſſequartier wird gemeldet:

Feldmarſchall Erzherzog Friedrich hat folgenden
Armee-Oberkommandobefehl erlaſſen:

„Ich habe am erſten Jahrestag der Durchbruch-
ſchlacht von Gorlice-Tarnow an Se. Majeſtät den
Deutſchen Kaiſer folgende Depeſche gerichtet:

Heute vor einem Jahre haben deutſche und öſter-
reichiſch-ungariſche Truppen in ſiegreicher Schlacht die
ruſſiſchen Stellungen in Galizien durchbrochen. In
Kreuz und in Verehrung gedenken ich und meine
braven Kriegsleute an dieſem Ruhmestage Eurer
Majeſtät und des glorreichen deutſchen Heeres!

Jene innige, durch Not und Tod ge-
ſtählte Waſſenbrüderſchaft, die vor Jahres-
friſt einen der größten und folgenreichſten Siege der
Weltgeſchichte errungen hat, wird mit Gotteshilfe auch
weiterhin die ſicherſte Gewähr für
unſeren Erfolg bilden. Mag auch noch harte
Arbeit bevorſtehen, der Sieg bleibt unſer!

Erzherzog Friedrich, Feldmarſchall.

Seine Majeſtät der Deutſche Kaiſer, der treue Freund
und Bundesgenoſſe unſeres Allergnädigſten Oberſten
Kriegsherrn, geruhten hierauf huldvollſt zu antworten:

„Ich danke Dir herzlichſt für Dein freundliches
Telegramm. Auch ich erinnere mich in dieſen Tagen, in
denen ſich der Beginn der großen galiziſchen Offenſive
jährt, dankbaren Herzens aufs neue der Tapfer-
keit und Einmütigkeit, mit der die Sol-
daten unſerer verbündeten Heere be-
geiſtert zum Sturm ſchritten. Ich bitte Dich, dies dem

unter Deinem Kommando ſtehenden Truppen mit-
zuteilen.

Der Rückblick auf die Ruhmestaten des vorigen
Jahres berechtigt uns zu der vertrauens-
vollen Hoffnung, daß der gemeinſame Wille
den endgültigen Sieg erringen wird. Gott helfe dazu!

Wilhelm.“

Die beiden Kundgebungen ſind an alle Truppen
zu verlautbaren.

Erzherzog Friedrich, Feldmarſchall.“

Depeſche des Erzherzogs Friedrich an Mackenſen.

Anläßlich des Jahrestages der Schlacht bei Gorlice-
Tarnow hat Armeeoberkommandant Feldmarſchall Er-
zherzog Friedrich folgende Depeſche an den General-
feldmarſchall v. Mackenſen gerichtet:

„Ich entbiete Eurer Excellenz zum erſten Jahrestage
der Schlacht bei Gorlice-Tarnow meine herzlichſten Glück-
wünſche! Möge es Ihnen, lieber Herr Generalfeld-
marſchall, vergönnt ſein, jener unvergänglichen Ruhmestat
der verbündeten Waſſen und all den zahlreichen Erfolgen,
die ſich für immer an Ihren Namen knüpfen werden,
noch weitere Siege anzufügen, Eurer Excellenz zu Ruhm
und Ehren, der gemeinſamen Sache zum Segen!

Erzherzog Friedrich, Feldmarſchall.“

Ein Dementi des Gesandten Grafen Czernin.

Bukarest, 3. Mai.

Einige Blätter hatten Mitteilungen über angebliche, unerlaubte, die Landesverteidigung betreffende Äußerungen eines rumänischen Generals gegenüber dem k. u. k. Gesandten Grafen Czernin gebracht. In einem in der „Moldova“ veröffentlichten Interview erklärte Graf Czernin diese Mitteilungen als erlogen und gänzlich erfunden.

Die „Independance Roumaine“ übernimmt die Erklärungen des k. u. k. Gesandten und bemerkt hierzu: Wir schätzen die Ansicht des Gesandten, denn sie bezeugt die freundlichen Gefühle, die er für unser Land hegt. Wir erwarteten nicht weniger von dem Grafen, der sich in unserem Lande so viel Sympathien erworben hat.

Die Dienstpflichtbill vor dem Unterhause.**Die Stärke der englischen Truppen angeblich 2,175.000 Mann. — Die Stellung der Arbeiterpartei zur Dienstpflicht.**

London, 3. Mai.

Das Reutersche Bureau meldet:

Im Unterhause sagte Banbury (Unionist) mit Bezug auf Asquiths Erklärung, es befänden sich 83 Divisionen im Felde, die zusammen 1,660.000 Mann stark seien. Premierminister Asquith unterbrach den Redner und bemerkte, daß eine Division auf 25.000 Mann geschätzt werden könne.

Barnes (Arbeiterpartei) sagte, er würde gern für das Dienstpflichtgesetz stimmen. Er sei zwar im Prinzip nicht für den Zwang, aber abstrakte Erwägungen kämen nicht in Betracht, wenn es gelte, die Männer aufzutreiben, die notwendig seien, um den Krieg zu gewinnen. Wenn das Land die gewaltige Größe der ihm gestellten Aufgabe begriffen hätte, hätte es die Dienstpflicht schon vor anderthalb Jahren eingeführt. Die Mehrzahl der Arbeiter wünsche, sich in dieser Krisis nicht von den anderen Klassen zu scheiden.

Eine Partei der deutschen Oeffentlichkeit.

Wien, 4. Mai.

Das gegenwärtige Abgeordnetenhaus ist im Jahre 1911 gewählt worden, seine Lebensdauer wird im nächsten Jahre abgelaufen sein. Hätten wir Frieden, so würde die innere Politik das Herannahen der allgemeinen Reichsratswahlen lebhaft verspüren. Die Parteien würden sich vorbereiten, Rechenschaft über ihre Tätigkeit zu legen, die Wähler würden mit kritischeren Augen auf die parlamentarischen Vorgänge hinzublicken beginnen. Die Unterbrechung in den Verhandlungen der verfassungsmäßigen Körperschaften verdeckt den natürlichen Gärungsprozeß, den der Ablauf der Mandatsperiode in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Wähler und Abgeordneten bringt. Allein alle Fragen, die mit der Verantwortung für die redliche oder lässige Ausübung der Abgeordnetenmandate zusammenhängen, werden sofort aufleben, wenn alle Bestimmungen der Verfassung wieder in ihr Recht treten. Die Abgeordneten werden dann vor Wähler hinzutreten haben, deren politischer Gesichtskreis durch die ungeheuren Ereignisse des Krieges erweitert wurde und die gereift sind durch den Vergleich zwischen den großen staatlichen Existenzfragen, die der Krieg aufgerollt hat, und den zwerghüchigen Methoden, nach denen die Parteien im Frieden an die Staatsgeschäfte herantraten. Die Bevölkerung wird erfahren wollen, ob die Abgeordneten von den erschütternden Katastrophen gelernt haben, ob sie fähig und willens sind, die Politik der kleinlichen Winkelzüge aufzugeben und ihr Mandat nach den ernstesten Bedürfnissen der allgemeinen Wohlfahrt, nach klaren politischen Grundsätzen auszuüben, anstatt vor den Augen der ratlosen Wähler ein unverständliches parlamentarisches Schachspiel aufzuführen. Die deutschen Wähler werden verlangen, daß die Männer ihres Vertrauens eine Politik machen, die in allem das Gegenteil der unfruchtbaren, den Vorwärtsdrang des Volkes hemmenden Couloirpolitik der letzten Jahre ist.

Ehrliche deutsche Volksvertreter verschließen sich nicht der Notwendigkeit, so frühzeitig als möglich an die Neuwahl zu denken und Vorbereitungen zu treffen, damit die deutschen Wähler in der entscheidenden Zeit ihre Stimmen für eine deutsche Partei abgeben, die eine Partei des Volkes und der Oeffentlichkeit sein wird. Die deutschen Wähler sollen mit den Männern vertraut werden, die sie in den Reichsrat entsenden, die Mandatswerber sollen die Bedürfnisse und die Gesinnungen ihrer Wähler wirklich kennen. Diese Selbstverständlichkeiten jedes konstitutionellen Lebens müssen leider bei uns wieder aufgefriecht werden. Man hat sie lange und gröblich vernachlässigt. Die deutschen Fraktionen empfanden geradezu Scheu, mit der Oeffentlichkeit Berührung zu suchen, den ideellen Strömungen näher zu treten, die in der Wählerschaft nie aussterben, in das tägliche Leben der Männer und Frauen hineinzublicken, die um ihre wirtschaftliche Existenz ringen, die die Kraft in sich hätten, den Wohlstand der Gesellschaft zu mehren, der künftigen Generation bessere Daseinsbedingungen zu hinterlassen, wenn nur die Gesetzgebung und die Verwaltung die Bedingungen für ein tüchtiges Bürgerleben schaffen würden.

Die erste Aufgabe einer gesunden deutschen Parteibildung — und es ist allgemeine Ueberzeugung der deutsch-freiheitlichen Wähler, daß die Entstehung einer neuen jugendlich frischen Partei nothwendig ist — ist es, Männer zu gemeinsamer Arbeit zu sammeln, die wieder ins Volk gehen wollen, die die engste Fühlung mit der Oeffentlichkeit suchen. Die parlamentarische Tätigkeit ist nur ein Teil des öffentlichen Lebens einer Nation, die Abgeordneten holen ihre besten Gedanken aus den Anregungen, die die Volksgemeinschaft ihnen gibt, ihre besten Taten führen sie aus, wenn sie den Willen der Oeffentlichkeit vollstrecken. Die Zeit, da parlamentarische Politik mit Volksfremdheit gleichbedeutend war, darf nicht wiederkehren. Das deutsche Volk in Oesterreich will keine Parteien mehr, die sich vor ihm in politische Heimlichkeiten flüchten, es will eine Partei der deutschen Oeffentlichkeit.

Sozialdemokratie und Kriegskredite.

In der „Vergißlichen Arbeiterstimme“ setzt sich der Abgeordnete Scheidemann nochmals mit dem Abg. Dittmann wegen der Frage der Kreditbewilligung auseinander. Er stellt fest, daß Dittmann sowohl am 8. 8. 14 wie am 29. 11. 14 für die Kriegskredite gestimmt hat, aber bei der dritten Bewilligung im März 1915 dagegen stimmte. Scheidemann veröffentlicht auch zwei Briefe der sozialdemokratischen Abgeordneten König und Spiegel. Abg. König, der sozialdemokratische Vertreter für Hagen, schreibt an Scheidemann:

„Dittmann und ich kamen mit dem festen Vorsatz nach Berlin, für die Kriegskredite bedingungslos stimmen zu wollen. Der Sachverhalt ist folgender: Am Montag, den 3. August 1914, bin ich mit Dittmann zusammen von Dortmund nach Berlin gefahren, um an der noch an diesem Tage stattfindenden Fraktionsitzung teilnehmen zu können, die bekanntlich über die Frage der Kriegskreditbewilligung zu entscheiden hatte. . . . Unergeßlich werden mir eine Reihe von Erlebnissen bleiben. Ich sah Reservisten sich stellen und abreisen unter Anstimmung sozialdemokratischer Lieder. Aus unseren sozialistisch „verseuchten“ Landorten wurden die Leute mit Musik und Fahnen zur Stadt gebracht. Einige mir bekannte sozialistische Reservisten sagten mir: Wir ziehen beruhigt in den Krieg, wissen wir doch, daß unsere Partei im Falle unserer Verwundung für uns sorgen wird. . . . Auch wissen wir, daß für unsere Familien mit Hilfe der sozialistischen Partei gesorgt wird, falls es uns nicht vergönnt sein sollte, in die Heimat zurückzukehren. Kurz vor meiner Abfahrt nach Berlin sagte mir noch ein Trupp Reservisten am Bahnhof: „Königl! Ihr fahrt jetzt nach Berlin zur Reichstagsitzung, denkt dort an uns, vergeßt uns nicht, sorgt für uns, damit uns nichts fehlt, sei nicht knauserig in der Bewilligung von Witte!“ Im Eisenbahnzug erzählte ich Dittmann, welchen tiefen Eindruck die Erlebnisse auf mich gemacht hätten. Dittmann antwortete mir, er habe gleichartige Vorkommnisse in großer Zahl erlebt, die auch ihn gerührt hätten. Auf der langen Reise nach Berlin besprachen wir dann stundenlang die allgemeine Situation, unsere Stellung zur Landesverteidigung und die Frage, ob die sozialdemokratische Fraktion die Kriegskredite bewilligen würde. Wir kamen schließlich zu dem Entschluß, die Fraktion müsse unter allen Umständen die Kriegskredite bewilligen. In diesem Sinne müßten wir uns in der Fraktion betätigen, falls es überhaupt andere Auffassung geben sollte. Dittmann sagte noch: „Wenn die Fraktion anders handeln würde, so würde die sozialdemokratische Partei nicht nur einen Sturm der Entrüstung unter den Kriegern und den Dahingeblichenen wachrufen, sondern die sozialistische Organisation würde von dem Unwillen des Volkes über den Haufen gefegt werden.“

Den Umfall des Abg. Dittmann kiert dann der Brief des sozialdemokratischen Abgeordneten Spiegel (Rottbus - Spremberg) auf, der an Scheidemann schreibt:

„Der Umfall Dittmanns! Im März 1915 machte sich eine Opposition im Remscheider Kreise bemerkbar. Es fanden mit Dittmann Verhandlungen statt und es wurde ihm zu verstehen gegeben, daß er weder für die Kredite, noch für den Etat stimmen soll. . . . Am Tage der Abstimmung im März kam Dittmann im Plenum kurz vor der Eröffnung der Sitzung zu mir und zeigte mir ein Telegramm, durch das er aufgefordert wurde, gegen den Etat zu stimmen. Dittmann fragte mich: was sagst Du dazu? Ich antwortete ihm, wenn Du nicht weißt, wie Du zu stimmen hast, tu ich Du mir leid! Dittmann wand ein, man müsse doch mit den Wählern rechnen, worauf ich ihm antwortete: tue, was Du willst, ich weiß, was ich zu tun habe!“

Die Bedrängung Griechenlands durch die Entente.

Telegramme des L. L. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.

Kein weiterer Schritt des Vierverbandes.

Mailand, 4. Mai. „Corriere della Sera“ meldet aus Athen unter dem 2. d. M.: Die Gesandten des Vierverbandes haben keinen weiteren Schritt in Angelegenheit des Durchzugs der serbischen Truppen unternommen; die Regierungstreife beginnen anzunehmen, daß sie auch keinen Schritt mehr tun, sondern die serbischen Truppen zur See, und zwar über die Meerenge von Korinth befördern lassen werden. Die griechischen Zeitungen melden, daß 25.000 Serben inzwischen auf dem Seewege in Saloniki eingetroffen seien.

„Nea Himerá“ erfährt, daß rings um Korfu von Schiffen des Vierverbandes etwa 60 deutsche Torpedominen aufgefunden worden seien. Der Dampfer „Sidney“ sei in Gefahr gewesen, infolge der Explosion dreier Torpedominen unterzugehen.

Flotten der Entente vor Kreta und Korinth.

Athen, 4. Mai. (Privat.) Vor Kreta liegt eine französische Eskader, die den

Befehl erwartet, die an Bord mitgeführten Truppen zu landen.

Nach Meldungen griechischer Blätter liegt auch vor dem Hasen von Korinth eine große englisch-französische Flotte.

Keine Blockade Griechenlands.

London, 3. Mai. Das Reutersche Bureau ist ermächtigt, die in einem großen Teile der griechischen Presse verbreitete Meldung in Abrede zu stellen, daß die Gesandten der Verbandsmächte die Weisung erhielten, einen gemeinsamen Schritt bei der griechischen Regierung zu machen und ihr den Beschluß ihrer Regierungen mitzuteilen, daß sie infolge der Weigerung Griechenlands, die Durchfahrt der Serben zu gestatten, über Griechenland die Blockade verhängen würden. Dieses Gerücht, das bei der Bevölkerung peinlichen Eindruck gemacht habe, sei vollständig un wahr.

Depeeschentwechsel zwischen König Georg und König Konstantin.

Bern, 4. Mai. (Privat.) Nach einer Meldung der Athener „Hestia“ hat der englische König an König Konstantin ein Telegramm gerichtet, in dem er ihn nachdrücklichst darauf aufmerksam macht, daß jetzt der letzte Moment gekommen sei, in dem er sein Land und die Interessen des gesamten Hellenismus gegen sämtliche Eventualitäten durch offenes und entschiedenes Auftreten an der Seite des Vierverbandes retten könne. Griechenland wird durch das Festhalten an der bisherigen Politik nur seine Zukunft gefährden.

König Konstantin antwortete dem englischen König in einem freundschaftlich gehaltenen Telegramme, erklärte aber auf das Entschiedenste, daß die von ihm und seiner Regierung befolgte politische Richtung gerade von den Lebensinteressen Griechenlands und des Hellenismus vorgeschrieben wurde und von diesem seinen Standpunkt könne er mit Rücksicht auf seine Nation nichts ändern. Er sei fest überzeugt, daß das Telegramm des englischen Königs von Wohlwollen gegenüber Griechenland geleitet sei, müsse aber im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit jeden Umstand sorgfältig abwägen und auf diesem Wege weiter schreiten.

Kriegskalender.

19. April: Am Col di Lana fortdauernde Kämpfe. — Westlich der Maas nehmen die Deutschen den Steinbruch südlich des Gehöftes Hautromont. Ein französischer Gegenangriff nordwestlich des Gehöftes Thiaumont scheitert. — Die Russen nehmen Trapezunt. — England erklärt deutsche Bunkertohle auf neutralen Schiffen als Banngut. — Krise im Kabinett Asquith; Vertagung des Unterhauses bis 25. April.

20. April: Im Sugana-Abschnitte scheitern italienische Gegenangriffe; der Gipfel des Col di Lana ist im Besitze des Feindes. — An der Straße Langemarck—Ypern nehmen die Deutschen die feindliche Stellung in etwa 600 Meter Breite; im Cailletewalde wird ein starker französischer Angriff blutigst abgewiesen; in der Boebre und auf der Cote südöstlich von Verdun heftige Artilleriekämpfe. — Mißglückter Angriff der Engländer bei Felahie am Tigris. — In Berlin wird die Note Wilsons über den U-Bootkrieg überreicht. — Die „Nordd. Allg. Zeitung“ dementiert die Gerüchte über russische Friedensangebote.

21. April: Nordwestlich von Dünaburg scheitert ein russischer Angriff. — 7 italienische Flugzeuge werfen Bomben auf Triest ab; das Salesianerkloster wird hierbei zerstört. Italienische Angriffe im Col di Lana-Gebiete sowie gegen unsere neuen Stellungen im Sugana-Abschnitte und ein Angriff auf unsere Linien westlich Sperone werden abgewiesen. — Die Franzosen greifen die deutschen Stellungen auf „Toter Mann“ und östlich davon mit starken Kräften vergeblich an. — Feindlicher Flieger über Sofia. — Amerikanische Note an Oesterreich-Ungarn wegen Torpedierung des „Imperator“. — Generalfeldmarschall Freiherr von der Goltz gestorben.

22. April: Nordwestlich von Dubno sowie südöstlich von Grabunowka scheitern russische Angriffsunternehmungen. — Im Col di Lana-Gebiete bricht ein italienischer Angriff auf dem Sattel zwischen dem Settsaß und Monte Sief zusammen. Auch östlich Monfalcone mißlingen nächtliche Angriffsversuche des Feindes. — An der Straße Langemarck—Ypern erobern die Engländer zwei Drittel ihrer Gräben zurück. Die Franzosen setzen ihre Anstrengungen gegen „Toter Mann“ vergeblich fort.

23. April: Südlich des Karocjsees wird ein russisches Bataillon verlustreich abgewiesen. — Gegen den Südweststrand der Hochfläche von Doberdo greifen die Italiener wieder an; am Col di Lana haben unsere Truppen den Stützpunkt auf dem Grat nordwestlich des Gipfels wieder besetzt. — Die Deutschen nehmen südöstlich von Hautcourt und westlich der Höhe „Toter Mann“ mehrere feindliche Gräben. — Bei Beit-Issa und bei Felahie schlagen die Türken englische Abteilungen, die dabei mehr als 3000 Mann verlieren, zurück. — Japan protestiert in Washington gegen das Einwanderungsgesetz.

24. April: Am Südwestrande der Hochfläche von Doberdo dauern die Kämpfe fort; am Col di Lana schlägt unsere Besatzung des Gratstützpunktes fünf feindliche Angriffe ab. — In der Gegend des Gehöftes Thiaumont bricht ein stärkerer französischer Angriff zusammen. — Die französische Bark „Chanaral“ torpediert.

Die Bedrohung Schwedens.

Stockholm, 4. Mai.

Der in der Mandsfrage von Professor Steffen eingebrachten Interpellation schloß sich die erste schwedische Kammer mit 77 gegen 52 Stimmen an.

Alle Blätter besprechen die Interpellation ausführlich. Sogar die liberale Zeitung „Stockholm Tidningen“ stellt fest, daß es ein starkes schwedisches Interesse sei, daß auf den Mandsinseln keine dauernden Befestigungen angebracht werden dürfen.

Die amerikanische Hochfinanz und der Krieg.

Gestern nachmittag ist die Note, die Deutschlands Antwort auf Wilsons Forderungen beinhaltet, dem Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin übergeben worden. Ihr Wortlaut ist bisher noch nicht bekannt.

Die englisch-amerikanische Presse tat natürlich mittlerweile ihr Neuestes, um die Stimmung in Amerika gegen Deutschland noch mehr aufzureizen, wobei sie jedoch nicht verabsäumt, den Mittelmächten zu Gemüte zu führen, welche ungeheure wirtschaftliche und finanzielle Stärke die Union im Kriegsfall anzubieten in der Lage wäre. Die gewaltige ökonomische Macht der Union wird niemand bestreiten. Eine Frage aber wäre es, ob die Vereinigten Staaten wirklich im Ernstfall imstande wären, unseren Feinden noch wirksamer zu helfen, als sie es bisher ohnehin schon getan haben. Die Vorgänge, die sich in der letzten Zeit an der Effektenbörse von New-York abgespielt haben, deuten augenfällig darauf hin, daß man in den dortigen Finanzkreisen von einer Verschärfung der Lage oder einem kriegerischen Konflikt mit Deutschland durchaus nichts wissen will. Man ist sich klar darüber geworden, welche Folgen hieraus nicht nur während des Krieges, sondern auch für später entstehen können. In Wallstreet wünscht man die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes, wo die amerikanischen Munitionslieferungen ungestört durch die Unterseeboote ihren Fortgang nehmen. Amerika ist heute das Arsenal unserer Gegner und in New-York beklagt man es nur, daß die Zahl der zur Verfügung stehenden Dampfer eher ab- als zunimmt. Im Sinne der Trustmagnaten, die jetzt ungeheure Gewinne einheimsten, wäre es gelegen, wenn noch mehr Schiffe zur Verfügung stünden und dadurch das Ausfuhrgeschäft noch mehr aufblühen könnte. Eine Verschärfung des U-Bootkrieges, wie sie für den Fall eines Konfliktes zwischen Deutschland und Amerika zu erwarten

würde, den einträglichen Geschäften der großen Munitionslieferanten mit einem Schläge ein Ende machen, oder zu mindesten starken Eintrag tun.

Nur so ist es verständlich, wenn in der letzten Zeit von allen Papieren, die an der New-Yorker Börse gehandelt werden, gerade die sogenannten Kriegswerte, das sind die Aktien der Bethlehem Stahlwerke, des Stahltrustes usw. am meisten infolge der Unsicherheit der politischen Lage gelitten haben. An und für sich möchte man meinen, daß gerade die Aktien der Bethlehem Stahlwerke, der einzigen großen amerikanischen Fabrik, die sich mit der Herstellung von Munition schon in Friedenszeiten befaßt, von dem drohenden Konflikt, der die Regierung von Washington zu gewaltigen Aufträgen für die eigene Armee zwingen würde, am meisten profitieren müßten. Wenn die Aktien dieses Unternehmens trotzdem die größten Kurseinbußen aufzuweisen haben — am 1. April kostete eine Aktie 489 Dollar, am 19. April 419 Dollar und am 26. des gleichen Monats 430 Dollar, so ist dies ein hinlängliches Kennzeichen dafür, daß sich selbst die Lage dieses Unternehmens im Fall eines Krieges verschlechtern würde. Aus den gleichen Gründen treten um dieselbe Zeit auch an den amerikanischen Produktenbörsen erhebliche Preisrückgänge ein. In dem Maße aber, wie die politischen Nachrichten wieder hoffnungsvoller lauten, macht auch die allgemeine Abwärtsbewegung an den Effekten- und Warenmärkten wieder einer kräftigen Erholung Platz. Die Rücksicht auf den eigenen Vorteil und nicht die Phrasen von den Gesetzen der Menschlichkeit sind bestimmend für die Friedensliebe der amerikanischen Hautefinance, die in auf-fallendem Gegensatz steht zu der kriegerischen Politik Wilsons und den Dekreten der großen Presse.

Daß dies überhaupt in einem Lande, wo die politische Gewalt völlig im Dienste der Plutokratie steht, möglich ist, daß Wilson diesmal den Munitionslieferanten seine Gefolgschaft zu verweigern sich erühnt, ist nun aus der Haltung J. P. Morgans erklärlich, der bewußt auf einen Konflikt der Vereinigten Staaten mit Deutschland hinarbeitet, und den Präsidenten mit der ganzen ihm zu Gebote stehenden Macht trägt. Morgan hat seinerzeit als der Bankier des Bierverbandes im Verein mit anderen Finanzinstituten eine Anleihe in Höhe von 500 Millionen Dollar mit England und Frankreich abgeschlossen. Viel Glück hat er jedoch mit diesem Geschäft nicht gehabt. Ein großer Teil der amerikanischen Finanzwelt brachte der Angelegenheit wenig Interesse entgegen; boten sich doch auf dem Gebiete der Spekulation in den Kriegswerten bedeutend bessere Gewinn- und Verzinsungsmöglichkeiten. Die kleinen Kapitalisten versagten gleichfalls und die Folge davon war, daß das von Morgan geleitete Konsortium knapp zweihundert Millionen an den Mann brachte, während es mit den übrigen dreihundert Millionen Dollars einfach sitzen blieb. Die Bewegungsfreiheit Morgans wurde hierdurch natürlich in starker Weise beeinträchtigt und es ist leicht verständlich, wenn er kein Mittel unversucht läßt, diese vielen Millionen, die jetzt sein Portefeuille belästigen, auf irgend eine Weise los zu werden. Die Melame in der Presse und der persönliche Einfluß, der ihm sonst an der New-Yorker Börse zustand, haben diesmal versagt. Er nimmt daher die Staatsmaschine in Washington in Anspruch, um mit deren Hilfe die Stimmung des amerikanischen Volkes aufzureizen um die Menge in einen hypnotischen Zustand zu versetzen, der ihm die Möglichkeit bietet, sich die englisch-französischen Anleihepapiere vom Halbe zu schaffen.

Die Bedeutung der gemeinsamen Grenze Oesterreich-Ungarns und Bulgariens.

Von Peter Daskalow.

Mitglied der bulgarischen Sobranje.

(Aus einem Gespräch.)

Wien, 4. Mai.

Einer unserer Mitarbeiter nahm Gelegenheit, mit dem bulgarischen Abgeordneten und Schriftsteller Peter Daskalow, der sich als Mitglied der Deputation der Sobranje gegenwärtig in Wien befindet, über den Besuch der Abordnung der Sobranje zu sprechen. Abgeordneter Daskalow, der zu den angesehensten Mitgliedern der Sobranje gehört, vertritt in der Deputation die Gruppe der Tontschewisten. Er ist ein europäisch gebildeter Mann, steht seit vielen Jahren im Mittelpunkt der bulgarischen Politik und hat seit jeher eine Politik der Anlehnung Bulgariens an Oesterreich-Ungarn vertreten. Im vorigen Jahre unternahm er sich der Mühe, trotz der Schwierigkeiten der Reise Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu besuchen und sowohl die Ost- als auch die Westfront zu besichtigen, um nach der Rückkehr in seine Heimat in Wort und Schrift den Versuch zu unternehmen, seine Landsleute von der Stärke und der Macht der Zentralmächte und der Notwendigkeit des Anschlusses Bulgariens an dieselben zu überzeugen, und man geht nicht zu weit, wenn man behauptet, daß Daskalow ein großes Verdienst an dem Umschwung hat, der sich seither in der Politik Bulgariens vollzogen hat.

Abgeordneter Daskalow äußerte sich folgendermaßen: Unsere Reise nach Budapest und Wien hat uns erst recht vor Augen geführt, welche Bedeutung für uns eine gemeinsame Grenze mit Oesterreich-Ungarn hat. Wenn ich daran denke, welche Schwierigkeiten ich zu bestehen hatte, um vor dem Eingreifen Bulgariens in den Weltkrieg meine Reisen nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu unternehmen, und nun meine damaligen Reisen mit der jetzigen vergleiche, auf der wir gar nicht fühlten, daß wir irgendeine Grenze überschreiten, beziehungsweise in ein anderes Land kamen, dann erhalte ich von neuem die Bestätigung, daß eine der wichtigsten Notwendigkeiten nach dem Kriege die gemeinsame Grenze zwischen Bulgarien und Oesterreich-Ungarn sein wird. Wir sind fest überzeugt, daß nichts uns hindern wird, diese gemeinsame Grenze zu schaffen, und daß in Zukunft niemand mehr imstande sein wird, zwischen uns und den Zentralmächten ein Hindernis zu bilden.

Die gemeinsame Grenze wird dazu beitragen, die Freundschaft zwischen Bulgarien und den Zentralmächten, die durch gemeinsame Interessen entstanden ist und durch das vergossene Blut im Kampfe Schulter an Schulter um die heilige und gerechte Sache gefestigt wurde, noch enger zu gestalten und daß wir dadurch kulturell und wirtschaftlich aneinander geschmiebet werden. Für uns ist diese Grenze mit den Zentralmächten um so notwendiger, als sich ja gezeigt hat, daß es nicht die Entente ist, die für die Freiheit der kleinen Völker kämpft, sondern gerade die Zentralmächte.

Der gemeinsame Kampf, den die Verbündeten heute führen, ist kein Kampf nur für heute, er ist ein Kampf, der uns Garantien für die Zukunft schaffen soll. Nicht nur heute, wo es gilt, dunkle Wolken zu beseitigen und Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, soll uns der Kampf vereint finden, sondern auch in späterer Zukunft, wenn sich wieder solche Wolken zeigen sollten.

Bulgarien hat niemals Landhunger befallen, Bulgarien hat nie danach gestrebt, sich fremde Länder anzueignen. Niemals hat Bulgarien eine Politik gemacht, die darauf abgezielt hätte, das Land zu vergrößern. Unsere Politik ging vielmehr immer nur dahin, eine Vereinigung aller Bulgaren anzustreben. Wir haben nie danach gestrebt, ein Groß-Bulgarien zu werden, aber unser Bestreben war darauf gerichtet, ein im Innern wirtschaftlich und politisch starkes Bulgarien zu schaffen, und es wird unsere Aufgabe nach dem Kriege sein, dieses Ideal, das uns immer vorgeschwebt, zu verwirklichen.

Die heutige Generation, die seit vierzig Jahren im Kampfe um die Realisierung der bulgarischen Ideale steht und für dieselbe vier Kriege geführt hat, braucht nach dem Kriege Ruhe, um sich der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes zu widmen. Denken Sie nur daran, welche Niesenarbeit notwendig sein wird, um den bisher serbischen Teil Mazedoniens wirtschaftlich zu heben! Dieses Land litt unter einer schlechten Verwaltung, zehn Jahre unter Aufständen und nun drei Jahre unter dem Krieg. Es wird deshalb die besondere Sorge des Staates sein, dieses von Natur aus reiche Land, das gegenwärtig zum großen Teile zerstört ist, auf ein entsprechend hohes wirtschaftliches und kulturelles Niveau zu bringen, und es werden zwanzig Jahre vergehen, bis die Saat aufgeht und eine Ernte möglich sein wird.

Wir hoffen, mit der neuen Politik, die wir begonnen haben, unsere Ideale verwirklichen und diese Ziele erreichen zu können. Ich sage mit unserer neuen Politik, denn mit dem Anschluß an die Zentralmächte haben wir mit der alten Politik Bulgariens, das ist mit der Politik der Gefühle der Massen für Rußland und der Anlehnung an Rußland vollständig gebrochen. Ich gehe nicht zu weit, wenn ich sage, daß wir mit der Einleitung der neuen Politik einen förmlichen Staatsstreich durchgeführt haben, und ich bin überzeugt, daß mit der alten Politik für immer gebrochen wurde und ihre Wiederkehr nicht mehr möglich sein wird. Es wird jedoch noch viel zu arbeiten sein, um die Früchte dieser neuen Politik, die das ganze Volk sieht und mit der es sich freut, voll einheimen zu können. Der letzte Bauer wird sehen müssen, daß der Weg, den wir jetzt eingeschlagen, der richtige ist und der bisherige Weg, die Politik der Anlehnung an Rußland, eine vollkommen falsche und schlechte war.

Nicht allein politische Interessen weisen uns auf Oesterreich-Ungarn an, sondern auch, und zwar in erster Reihe, wirtschaftliche Interessen. Seit jeher, auch zur Zeit der russophilsten Politik, unterhielt Bulgarien immer wirtschaftliche Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn, die niemals eine Unterbrechung erfahren haben. Diese Beziehungen werden sich jetzt noch enger gestalten. Die bulgarische Industrie, besonders die landwirtschaftliche, die sich in den letzten Jahren zu heben begonnen hat, wird nach dem Krieg noch weiter ausgebaut werden. Hierfür werden aber fremde Kapitalien notwendig sein, so daß österreichisches, ungarisches und deutsches Kapital lohnenden Verdienst in Bulgarien finden wird. Der Umstand aber, daß wir mit den Zentralmächten sowohl gemeinsame politische als auch wirtschaftliche Interessen haben, ist ein Beweis, daß unser Bündnis ein natürliches ist.

Von dem Sieg des Vierbundes bin ich vollkommen überzeugt und ich kann mir nicht vorstellen, daß es anders kommen könnte. Die Zentralmächte, die seit zwei Jahren ununterbrochen gesiegt haben und die trotz aller Prophezeiungen der Entente nicht ausgehungert werden konnten, können unmöglich besiegt werden. Ich bin auch überzeugt, daß die Ententemächte selbst diesbezüglich nicht anders denken, daß sie selbst zugeben müssen, daß sie bereits besiegt sind. Und wenn sie noch immer von ihrem schließlichen Siege sprechen und noch immer an der Prophezeiung der Aus-

hungerung festhalten, so geschieht es wohl nur wegen der neutralen Staaten.

Was die Haltung Rumäniens und Griechenlands betrifft, so ist es nur natürlich, daß diese beiden Staaten darauf bedacht sind, aus diesem Krieg auch für sich etwas herauszuschlagen. Damit ist aber nicht gesagt, daß sie nur durch den Anschluß an die Entente etwas erreichen können. Bulgarien gibt sich alle Mühe, um mit beiden Staaten die besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten, und diese Bemühungen waren bisher auch von Erfolg begleitet.

Unsere jetzige Reise hat gewiß große Bedeutung. Denn sie wird dazu beitragen, die Freundschaft zwischen uns und unseren Verbündeten noch enger zu gestalten. Wir sind gewissermaßen die ersten Schwalben, und wir bereiten den Weg vor für weitere, größere gegenseitige Besuche und Manifestationen der Freundschaft.

Die Novelle zum Reichsvereinsgesetz.

Ein Artikel Legiens.

N. Berlin, 4. Mai. (Priv.-Tel.) Zu der Novelle zum Reichsvereinsgesetz veröffentlicht der einflussreiche Führer der Freien Gewerkschaften und bekannte Reichstagsabgeordnete Legien im „Vorwärts“ einen Artikel, in dem zunächst die Entstehungsgeschichte der gegenwärtigen Novelle behandelt wird. Die Regierung hätte zunächst die Notwendigkeit einer Aenderung des Vereinsgesetzes bezüglich der Rechtsstellung der Gewerkschaften eingesehen, aber bei der Erfüllung der mehrfach gemachten Zusagen seien von anderer Seite Schwierigkeiten bereitet worden. Das sei ja auch deutlich erkennlich durch die Publikationen des Deutschen Landwirtschaftsrates und des Bundes der Landwirte. Die jetzt von den verbündeten Regierungen dem Reichstage vorgelegte Novelle zum Reichsvereinsgesetz bedeute nun einen Verzicht auf jede Ausnahmebehandlung bestimmter Gewerkschaften und das schlichte Zugeständnis, daß die Gewerkschaften jugendliche Personen als Mitglieder aufnehmen und an ihren Versammlungen teilnehmen lassen können. Der Entwurf umfasse Gewerkschaften aller Art, er umschreibe sie als „Vereine zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Also fielen darunter auch die Vereine der Staats- und Gemeindegewerkschaften, der Bureau- und Kassenangestellten, der Dienstboten und Landarbeiter. Diese würden also nicht als politische Vereine angesehen, falls sie auf solche Angelegenheiten der Sozialpolitik oder der Wirtschaftspolitik einzuwirken bezweckten, die mit der Erlangung oder Erhaltung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen oder mit der Wahrung oder Förderung wirtschaftlicher oder gewerblicher Zwecke zugunsten ihrer Mitglieder oder mit allgemein beruflichen Fragen im Zusammenhang ständen. Da zwischen der Partei und den Gewerkschaften in bezug auf rein politische und gewerkschaftliche sozialpolitische Betätigung stets eine bewußte und konsequente Arbeitsteilung bestanden habe, sei nicht im geringsten zu befürchten, daß das neue Gesetz den Gewerkschaften noch irgend ein unentbehrliches Gebiet politischer Tätigkeit verschlüsse. Es wird weiter hervorgehoben, welsch große Vorteile durch die Novelle für das Gewerkschaftsleben geschaffen seien. Es bedürfe aber keiner besonderen Ausführungen, daß selbstverständlich durch dieses Sondergesetz zugunsten der Gewerkschaften die Forderungen nicht erfüllt seien, die die Sozialdemokraten an eine allgemeine Reform des gesamten Vereins- und Versammlungsrechtes stellen müßten. (Aufhebung des jugendlichen-Paragrafen, Sprachen-Paragrafen u. a. m.) Der Artikel schließt dann mit folgender praktischen Anwendung:

Während des Krieges, wo die Zeit und das Interesse des Reichstages sehr stark durch eine Reihe anderer dringender Aufgaben in Anspruch genommen ist, wird ein Gesetz nur dann zur Annahme gebracht werden können, wenn sich von vornherein eine sichere Mehrheit dafür findet und wenn die Verzögerung durch wochenlange Kommissionsberatungen und Plenardebatten ausgeschlossen ist. Zu Arbeiten, lediglich zu demonstrativen Zwecken, und um nachher lediglich zu konstatieren, daß für einen Entwurf eine Mehrheit nicht zu erlangen sei, dazu ist bei der jetzigen Geschäftslage der Reichstag nicht imstande. Nur haben die verbündeten Regierungen und die Parteien der Rechten sich dagegen erklärt, während des Krieges eine Aenderung des Sprachen-Paragrafen vorzunehmen. Bezüglich der Jugendbestimmungen sind sogar die Fortschrittler in sich gespalten. Wenn wir jetzt auf einem unserer Ueberzeugung und Wünschen entsprechenden Vereinsgesetz bestehen wollten, so würde die Folge nichts als vergebliche Arbeit sein und für die Gewerkschaften würde gar nichts dabei herauskommen. Für diese aber ist es von größter Wichtigkeit, sofort und noch während des Krieges von den einengenden Bestimmungen der Paragrafen 3 und 17 befreit zu werden. Gelingt dies jetzt nicht, so können nach dem Friedensschluß noch Jahre vergehen, ehe diese Reform durchgesetzt ist. Nach dem Kriege wird die Gesetzgebung erst recht an einer schwer zu bewältigenden Ueberfülle gesetzgeberischer Arbeit leiden. Ebenso hat die Sozialdemokratie auch noch ihre besonderen Forderungen hinsichtlich des eine spezielle Anwendung des Vereinsrechtes bildenden Koalitionsrechtes und seiner Sicherung gegen die Beeinträchtigung von Seiten der Arbeitgeber und Behörden. Hier handelt es sich aber erst recht um eine äußerst umfangreiche, das Gebiet des öffentlichen Rechts, des Strafrechts und des bürgerlichen Rechts berührende Materie, die nicht bei einer Aenderung des Vereinsgesetzes geregelt werden kann. Selbstverständlich verlangen wir auch weiterhin Aufhebung gewisser gegen die Streiks gerichteter landesrechtlicher Strafbestimmungen, die jetzt noch zu Ungunsten der Landarbeiter und Dienstboten bestehen, ebenso Beseitigung der Störungen des Koalitionsrechtes durch die Disziplinargewalt von Staats- und Gemeindebehörden ihren Untergebenen gegenüber oder durch erzwungenen vertragmäßigen Verzicht. Alles dies wird Gegenstand späterer Arbeiten und Kämpfe sein, an denen es uns ja wahrscheinlich nicht fehlen wird.“

Zur Kriegslage

Witterung und Kriegslage. Die flandrische Front. Die Lage der Belgier. Die rückwärtigen deutschen Linien in Belgien. Die Stellungskämpfe an der englischen Front. An der Aisne-Front, in der Champagne und in den Argonnen. Im Raume Verdun. Die Entwicklung der Operationen. Die Frage nach den Reserven. Französische Offensivpläne am Oberrhein?

In welchem Maße die allgemeine Kriegslage durch Witterungsbedingungen beeinflusst werden kann, haben die letzten Tage erwiesen. War die russische Offensive zwischen Dünaburg und Baranowitsch schon vor geraumer Weile im Morast erstarrt, nachdem sie vergeblich große Opfer in den deutschen Drahtverhauen gebracht hatte, so ist jetzt auch die deutsche Offensive im Westen durch das schwere Unwetter beeinträchtigt worden. Starke Nebel und heftige Schnee- und Regenböden haben die Ausflüchtung durch Flieger verhindert und damit auch der Belagerungs- und Verteidigungsartillerie die Möglichkeit genommen, zielsicher zu wirken. Es wäre aber falsch zu glauben, daß die ganze Gefechts-tätigkeit auf der Westfront stillgelegt worden sei.

An der flandrischen Front wird hauptsächlich im Abschnitt Ypern - Arras gekämpft, während der schmale Gefechtsstreifen der Belgier zwischen Nieupoort und Dixmuiden nur geringe Tätigkeit aufweist. Die kleine belgische Armee hält ihre Stellungen fest, ist aber nicht in der Lage, sich in Teilaktionen auszugeben und hat schließlich auch kein Interesse daran, stärkere Kräfte auf sich zu ziehen und dadurch ihre eigene Position zu erschweren. Ist es doch für die Belgier ohnehin schwierig genug, ihren militärischen Platz in einem Kriege zu behaupten, dessen Entwicklung längst über Belgien weggeschritten ist und dessen von der Entente erhoffte Fortführung Belgien in Gefahr bringen könnte, noch einmal die Kriegsurie über sich hinwegschreiten zu sehen. Diesmal nicht im Bewegungskrieg, der zwar schon Übergang zur Zerstörung mit sich bringt, sondern im Stellungskampf, wo jeder Fußbreit Boden umstritten wird, jedes Dorf und jede Stadt nur noch die Bedeutung von festen Stützpunkten haben und eine taktische Abgrenzung der Schlachtfelder unmöglich wird. Käme die deutsche Front rückwärts in Bewegung, das heißt gelänge es den Alliierten wider Erwarten, einen umfassenden Angriff vorzutragen, so geriete Belgien vollends unter die Kriegswalze, die es von Grund auf vernichten würde. Die Linie Westende - Roulers - Lille, die hinter der jetzigen deutschen Front als gewaltige Ausnahmestellung ausgebaut ist, böte den Alliierten nach einem erfolgten Durchbruch zuerst Halt, ihre artilleristische Niederzermalung müßte die genannten Städte in Asche legen, wie Dixmuiden, Ypern, La Bassée, Arras in Trümmer gesunken sind. Dahinter fielen die Linien Ostende - Gent gleichem Schicksal anheim, und nicht minder betroffen würde der Talzug der Sambre bis Namur und die Zentralstellung Antwerpen - Mecheln - Namur, wenn eine solche auf Monate und Jahre zu berechnende Stappenoffensive gelingen könnte. Rechnet man ferner, daß eine solche Offensivbewegung nur dann ins Auge gefaßt werden kann, wenn die Engländer von ihrer Mutterbasis aus gegen die Küste vorgehen und ihr schwersten Schiffsgeschütze in Tätigkeit setzen, so ergibt sich als Resultat die völlige Vernichtung Belgiens, ohne daß das Operationsziel gesichert erschiene. Trotzdem läßt sich der Gedanke nicht abweisen, daß eine englische Offensive eine solche Kombination zur Grundlage haben müßte, denn nur dadurch würde, wie bereits in der Betrachtung vom 9. April ausgeführt wurde, eine Umfassung der deutschen Linie ins Werk gesetzt werden können.

Heute sind englische Offensivbewegungen noch nicht sichtbar geworden. Die Kämpfe zwischen Ypern und La Bassée und zwischen La Bassée und Arras haben noch den Charakter eines Belagerungskrieges, der mit Minen und Sappen geführt wird, hüben und drüben zu Quetschungen der Front führt, aber keine strategische Auswirkung außer gegenseitiger Beschäftigung und Bindung der Kräfte nach sich zieht. Da die Engländer früher sehr dicht und in der Tiefe bis zur Küste des Atlantischen Ozeans gestaffelt standen, konnten sie leicht jene Abschnitte zwischen Arras und Mondibier übernehmen, welche die Franzosen zum Teil ertöhlten mußten, um die gewaltigen Kämpfe bei Verdun zu speisen. Daß die Deutschen gezwun-

gen worden seien, sich gegenüber den Engländern abzugeben, halte ich nicht für richtig. Es mögen einzelne Verschiebungen stattgefunden haben, doch sind diese eher als Auswechslung denn als Schwächung zu betrachten und wenn die Engländer hinter der flandrischen Front bis Calais und Rouen sehr dicht standen, so haben die Deutschen auf der anderen Seite nicht versäumt, Belgien stark zu belegen, und sich dadurch den nötigen Rückhalt bis zur Scheidelinie zu verschaffen.

An der Aisnefront ist es verhältnismäßig ruhig geworden. Von Reims bis Craonelle und Berry-au-Bac die vorgeschobene Waldstellung der Franzosen angechnitten worden ist. Offenbar hat die Heranführung von Reserven hier das Gleichgewicht wieder hergestellt. Auch in der Champagne wird nur in kleinen örtlichen Kämpfen Tätigkeit gezeigt, obwohl nach wie vor der Raum zwischen Bouziers und Châlons als der ideale Abschnitt für eine große Durchbruchschlacht anzusehen ist. Ob es noch einmal dazu kommt, wird die Entwicklung, die sich nicht absehen läßt, zu lehren haben. Die Argonnenfront ist bereits stark und direkt durch die Vorgänge im Raume Verdun beeinflusst und die Kämpfe um den Biesmesabschnitt, die früher einmal als Hauptaktion erschienen, sind jetzt zu Flügeloperationen und zwar zu Dedungsmanövern der Verduner Schlacht geworden. Eine Veränderung hat nicht Platz gegriffen, große Offensivstöße wurden bis jetzt weder von deutscher noch von französischer Seite eingeleitet, um zwischen Vienne-le-Château und Bauquois durchzustoßen, aber jähes Festhalten ist für beide Teile von äußerster Wichtigkeit.

Im Raume Verdun hat die deutsche Offensive die am 11. April bestimmte Linie noch nicht überschritten. Es bestätigt sich indes, daß westlich der Maas die Höhe 304 jetzt an der Peripherie zu suchen ist und daß die Franzosen sich hier und an der Südkuppe des Toten Mannes nun an den exzentrischen Punkten ihrer Kampffront befinden. Westlich der Maas haben sich die Deutschen noch um ein Geringes gegen Bras vorgearbeitet, indem sie am Südwesthang des Pfefferrückens Fuß faßten, während sie im Gailletwald standhielten. Die Kampflinie läuft also hier immer noch durch den Gailletwald, der den Deutschen nicht von den Franzosen überlassen werden darf, da der deutsche Keil sonst noch tiefer in die französische Hauptstellung der Nordostfront eindringt und durch innere Umfassung flankierend wirken könnte. Die Verteidigung wird ebenso methodisch geleitet wie der Angriff.

Eine Befristung der Kämpfe vor Verdun läßt sich nicht geben. Die Operationen sind abhängig nicht nur von der Kampfkraft der beiden Gegner, sondern auch von Faktoren, die sich der Berechnung entziehen. Haben die Franzosen die Absicht, Verdun um jeden Preis zu halten, so müssen sie anders rechnen und operieren, als wenn sie nur darauf ausgehen, die Position bis zu einem gewissen Zeitpunkt zu behaupten und zwar etwa bis zum Zeitpunkte, in welchem die Generaloffensive der Alliierten einsetzt. Gefährlich ist es, anzunehmen, die Deutschen seien ihrerseits in höherem oder auch nur in hohem Maße an gewisse Fristen gebunden und hätten zum Beispiel ihre Ostfront oder ihre flandrische Front stark entblößt, um ihre Offensive im Raume Verdun einzuleiten. Selbst wenn das der Fall wäre, hätten sie jetzt schon Zeit genug gehabt, entblößte Abschnitte wieder aufzufüllen, denn an Reserven fehlt es ihnen in keinem Fall.

Der „Temps“ hat in seinem militärischen Bericht vom 11. April auf die Feststellung, daß die deutsche Offensive bei Verdun die Vorbereitungen zur Generaloffensive der Alliierten gestört und die Russen wie die Italiener gezwungen habe, vorzeitig unglückliche Entlastungs-offensiven einzuleiten, daß ferner die Franzosen keine verfügbaren Reserven mehr hätten und die Engländer genötigt worden wären, ihre Front bis zur Somme auszuweihen, folgendes geantwortet: „Wir hatten den englischen Truppen schon einen Teil unserer Linie eingeräumt, als die deutsche Offensive begann; wir hatten starke verfügbare Reserven und haben deren noch (il nous en reste encore).“ Wie man sieht, wird der Zwang zur Entlastungs-offensive seitens der Russen und Italiener — also im Grunde eine strategische Defensivoperation, zu der man vom Gegner gezwungen wird — nicht bestritten, die Tatsache, daß

die Engländer sich bis zur Somme ausbreiten mußten, nur zum Teil auf frühere Dispositionen zurückgeführt und die Frage nach den Reserven nur mit Einschränkung beantwortet.

Man kann auch heute noch nicht sagen, in welchem Umfang die Schlacht von Verdun Entwicklung und Ausgang des Krieges bestimmen hilft, weiß noch weniger, wie die Operation als solche endet, kann aber ermessen, daß sie in einem von den Alliierten unvorhergesehenen Zeitpunkt und mit einer von ihnen nie vermuteten Kraft geführt worden ist und dadurch bestimmend wirkt.

Daß die französische Heeresleitung gezwungen wurde, alle verfügbaren Reserven in den bedrohten Raum zu werfen, geht aus dem Gange der Operationen hervor. Von Souchez und Arras, aus dem Raume südlich der Somme und dem befestigten Lager von Paris, aus dem Lager von Châlons und selbst von Belfort und Toul her wurden Truppen im Raume Verdun angeammelt. Sogar aus der wichtigen Ausfallsstellung von Nancy ist eine Division abgerufen worden, um direkt als Unterstützung einzugreifen, so daß es nicht mehr möglich war, von der Linie Nancy-Toul aus rechts der Maas flankierend vorzustoßen. Dadurch werden wir auf die Erwägung zurückgeführt, daß die französische Ausfallsstellung Verdun-Toul durch die deutsche Offensive in eine Defensivstellung umgebogen worden ist.

Das ist auch von Bedeutung für den Fall einer englisch-französischen Generaloffensive, wenn es den Franzosen nicht gelingt, die Lage im Raume Verdun wiederherzustellen oder relativ sicherzustellen, denn man darf nicht vergessen, daß eine Offensive zwischen Metz und Straßburg einmal im französischen Feldzugsplan figuriert hat und daß ein Generalbefehl Joffre's eine Neuaufnahme der Angriffsbewegung gegen den Rhein in Aussicht stellte. In der Tat wäre eine Offensive zwischen Verdun und Belfort, sei es mit eigenen Zielen, sei es als sekundäre Operation zur indirekten Förderung der von den Engländern einzuleitenden Hauptoffensive wohl denkbar gewesen. Starke französische Kräfte waren in den Räumen Toul und Belfort versammelt und die Möglichkeit gegeben, hier rascher auf feindliches Gebiet zu gelangen, als dies an der flandrischen Front geschehen könnte. Auch befinden sich die Franzosen auf der Linie Dammerkirch-Burnhaupt - Thann - Hartmannswieskopf - Schluchtpaß - St. Die - Nancy - Pont-à-Mousson in günstigen Ausfallsstellungen und verhältnismäßig schwachen deutschen Kräften gegenüber. Diese hatte man in heftigen, durch Teilerfolge gekennzeichneten Kämpfen, besonders am Hartmannswieskopf und im hintern Münsfertal, erkundet. Auch ist durch strategische Bahnen und Straßen in der Belforterschleife und in den Vogesen sehr viel getan worden, um im gegebenen Augenblick handeln zu können. Die Frage, ob auch diese Pläne zu Nichte geworden sind oder ob sie doch noch Gestalt gewinnen, wird vielleicht bei Verdun beantwortet.

Zum Schlusse sei noch die neue Regsamkeit an der süd-russischen Front angemerkt, wo sich russische Angriffe an der Strypa und am Dnjestr abzeichnen. Auch die italienische Initiative hält an und macht sich besonders im Gebiete des Gardasees geltend, wo offenbar der umfassende Angriff auf Riva über das Ledro-Tal hinaus vorgetragen werden soll. Ob die Verschiffungen nach Valona und die angeblich in Athen eingeleiteten Sondierungen für freien Durchmarsch durch Nord-Epirus zur kombinierten Offensive mit Saloniki mehr Geste als Aktion sind, bleibt abzuwarten.

H. St.



Politik
der Stände

Anzeigenpreise: Grundpreis der 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 60 Pf. (Stellengefüge 30 Pf.), im Abendblatt sowie in der Montagausgabe 75 Pf. Reklamen: Die 3 gespalt. Zeile Morgenausgabe 2,50 M., Abendausgabe u. Montagausgabe 3 M. Verlag der Taglichen Rundschau G. m. b. H. in Berlin S.W. 68.

36. Jahrgang

bei Verdun. Vorgangs 1917 in Rumänien.

Das größere Belgien.

Von Dr. P. Ditt,
Mitglied des bayerischen Landtags, Hauptmann d. Landw. (Belgien).

Im feindlichen Auslande finden die belgischen Vergrößerungspläne vielfach uneingeschränkte Zustimmung. Französische Zeitungen schreiben, Belgien sei verloren, wenn es in dem Stande bleibe, wie es vordem war. Der Pariser Professor Douteville entwirft in seiner Broschüre „Frankreich, Deutschland, Holland und Belgien nach dem Kriege“ ein Friedensprogramm, das Belgien nach dem Art von Maurice des Ombiaux auf Kosten Deutschlands und Hollands erweitern will. Eben erschien ein neues Buch „Am Morgen des Sieges“, von Alexis Delaire, wozu der bekannte Vorkämpfer der lateinischen Union, Maurice Barrès, ein Vorwort schrieb. Da herrscht natürlich die schärfste Tonart: Entwaffnung Deutschlands, Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich und Belgien, welches die Regierungsbezirke Aachen, Köln und Düsseldorf erhalten soll, Angliederung Luxemburgs, staatsbürgerliche und wirtschaftliche Entrechtung und Knechtung der Bevölkerung dieser Gebiete, bis sie gänzlich französisiert ist.

Im allgemeinen sehen die Franzosen die Sache ungefähr unter dem gleichen Gesichtswinkel, unter dem sie von jeher auch die belgische Neutralität betrachteten: Ein starkes Belgien mag sein, aber so, daß es unter allen Umständen als Sicherung unserer Nordgrenze dient, als linke Flügeldeckung Frankreichs, über die wir jederzeit verfügen können. Dann mag es sich nach Ost und Nord ausdehnen, und dabei zugleich der Träger der französischen Ausbreitung werden.

Im „Giornale d'Italia“ vertritt Franco Cabura die Wiederaufrichtung Belgiens „unter geschichtlichen, geographischen und strategischen Gesichtspunkten“, also Erlösung der „belgischen Irredenta“, nämlich des rechten Scheldesufers, der 1815 an Preußen und der 1839 an Holland gekommenen Gebiete. In England nimmt sich besonders H. G. Wells, dessen Wort viel gilt, des größeren Belgien an, das zum Schutze Rüttichs das Land zwischen Aachen und Köln bekommen müsse. Er versucht zugleich einen sanften Druck auf Holland auszuüben, das er gerne in den Krieg gegen Deutschland verwickelt sähe. Wenn die Holländer das nicht wollen, müssen sie sich „auf die Nachbarschaft eines größeren und stärkeren Belgien gefaßt machen, das sehr eng mit Frankreich und England verbunden sein wird (1)“. Ganz ähnlich spricht in seiner in Paris erschienenen Schrift „Belgien von morgen“ Eugen Baie, der ehemalige Schriftführer der 1907 entstandenen interparlamentarischen belgisch-holländischen wirtschaftlichen Kommission, die er und seine Hintermänner ehemals vergeblich zu benutzen versuchten, um die Holländer für ein Militärbündnis mit Belgien und damit auch für die Entente zu gewinnen. Baie will das holländische Scheldedegebiet für Belgien haben, die deutschen Rheinlande aber zu einem vom Westen abhängigen Territorium machen.

Wie man sich übrigens das Verhältnis des neuen Belgien zu den Verbandsmächten denkt, das sagt mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit die angesehenere Londoner Zeitschrift „Fortnightly Review“, welche die Fortdauer der belgischen Neutralität jetzt und nach dem Kriege für einen unhaltbaren Zustand erklärt und verlangt, daß das Land baldigt durch Verträge fest an die Westmächte gebunden werde. Und die Pariser „Republique Française“ kündigt an, daß Belgien ein militärisches Vorwerk für den Westmächteverband werden müsse, ob die Belgier nun wollen oder nicht. Wenn sie etwa nach dem Kriege mit militärischen Ausgaben knausern sollten, so müßten Frankreich und England sie einfach zu ausreichenden Rüstungen zwingen und im Notfall die Verteidigung Belgiens selbst in die Hand nehmen, das dann eben ein Vasallenstaat werde.

So sieht die den Belgiern von ihren Freunden zuge dachte „Befreiung“ aus. Und da haben auch die in Holland herauskommenden französisch-belgischen Flüchtlingsblätter noch die Stirn, die Ausführungen des deutschen Reichstanzlers, die sich in berechtigter und notwendiger Abwehr gegen derartige, das Dasein des deutschen Volkes bedrohende Absichten richten, als den Ausdruck eines rücksichtslosen und beutegierigen Er obererwillens hinzustellen und umzufälschen! Und sie schämen sich dabei nicht, die Annegionspläne der Männer von Le

Reichspost.

Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Bezugsspreise:

Selbstlich zweimaliger Zustellung für Wien:
 monatlich K 3.70
 vierteljährlich 11.—
 halbjährlich 22.—
 für Oesterreich-Ungarn:
 monatlich K 4.20
 vierteljährlich 12.—
 halbjährlich 24.—
 Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
 monatlich K 3.70
 vierteljährlich 11.—
 halbjährlich 22.—
 Für Deutschland:
 vierteljährlich Kreuzbandsendung K 16.—
 und durch die Postämter laut dort auflegender Postzettelsliste.
 Käufer des Postpostvereines:
 vierteljährlich Kreuzbandsendung K 22.—
 und durch die Postämter laut dort auflegender Postzettelsliste.

ien, Montag den 17. April 1916

XXIII. Jahrgang

Kritiken der Italiens.

Giolittis Verhalten mag — jedenfalls dringen in der italienischen Kammer schon Anschauungen durch, die stark nach Giolittischer Häresie schmecken. Wenn zum Beispiel Deputierter Bonomi erklärt, die Worte von Freiheit und Gerechtigkeit, mit denen die Wortführer des Vierverbandes jetzt häufig ihre Reden schmücken, könnten der politischen Vernunft nicht genügen, die Lage in der Adria sei verschlimmert, Italien scheine dazu berufen, künftig auf die handelspolitischen Gegensätze zwischen den Mittel- und den Westmächten vermittelnd zu wirken, so klingt dies alles wie ein lauter Widerspruch zu der heutigen Politik Italiens, der dadurch nicht stiller wird, daß Sonnino und Salandra selbst dem Deputierten Bonomi zu seinen Aeußerungen gratulierten.

Die nachfolgenden Erklärungen Sonninos werden die Wirkung, die solche Kammerdebatten in Italien ausüben müssen, kaum zu verwischen vermögen, zumal sie wirklich keinen einzigen neuen Gesichtspunkt in die für Italien so unerfreuliche und in Italien auch so empfundene Sachlage zu bringen vermögen.

Zürich, 16. April.

In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer wurde zunächst eine Mitteilung der russischen Duma, worin dieselbe ihrer Entrüstung über die im Schwarzen Meer erfolgte Versenkung des angeblichen Hospitalsschiffes „Portugal“ Ausdruck gibt, zur Verlesung gebracht. (Nach Feststellungen des deutschen U-Bootführers war das Schiff als Hospitalsschiff nicht vorschriftsmäßig kenntlich gemacht und hatte viel Militär an Bord.) Zwei Deputierte, Minister des Aeußern Sonnino sowie Präsident Marcora erklärten, daß sie die Entrüstung teilen und einen Protest nebst der Versicherung der „heiligen Kulturgefühle des italienischen Volkes“ zum Zeichen der vollen Solidarität nach Petersburg übermitteln wollen. (Wo waren denn diese „heiligen Kulturgefühle“ als ein französisches U-Boot eines unserer Spitalschiffe kürzlich in der Adria bei hellem Sonnenschein und trotz der weithin sichtbaren Bemalung mit dem „Roten Kreuze“ torpedierte? D. R.) Hierauf wurde die Verhandlung des Budgets des Ministeriums des Aeußern fortgesetzt. An der Debatte beteiligten sich einige Deputierte der äußersten Linken und ein zur Opposition übergegangener Rationalist. Auf die Rufe, Minister Sonnino möge sprechen, antwortete dieser, er sei hiezu physisch außerlande und werde morgen sprechen.

Dep. Lapriola beklagte es, daß die Regierung „das Parlament über die äußere Politik und deren Faktoren im Dunkeln gehalten habe“ und daß das Grünbuch vom Mai 1915 unzulängliche, beziehungsweise keine Auskunft darüber gäbe, weshalb der Vertrag mit Oesterreich-Ungarn gekündigt werden mußte und warum Italien gegen Deutschland ein anderes Verhalten beobachte als gegen Oesterreich-Ungarn. Der Dreibundvertrag müsse vollständig veröffentlicht werden, sollen tiefe Verschiedenheiten seiner Deutung, welche das östereich-ungarische Rotbuch und das italienische Grünbuch zeigen, behoben und namentlich die neutralen Staaten, welche gegenüber Italien eine wenig schmeichelhafte Zurückhaltung beobachten, belehrt werden. Schließlich sei man dies auch dem italienischen Volke schuldig, wenn man sich schon entschlossen habe, Blut und Gut des Volkes wegen eines Vertragsartikels zu vergießen. Sehr wichtige Akte der italienischen auswärtigen Politik werden ja nicht einmal dem Ministerrat unterbreitet, sondern der Ministerpräsident, der Minister des Aeußern und der Generalstabschef entscheiden allein über die Schicksale des Volkes in der Frage des Krieges oder des Friedens. Das sei allenfalls in absolutistischen, aber nicht in parlamentarisch regierten Ländern erlaubt und das Volk, welches so wunderbare Proben von Ausdauer

und Opfersinn gebe, habe das Recht, vermittels des Parlaments eine Kontrolle der äußeren Politik zu üben.

Dep. Bonomi führt aus, die Regierung habe wahrscheinlich den Verbündeten gegenüber die Verpflichtung übernommen, über die heikelsten Punkte der Pariser Konferenz Schweigen zu bewahren, und die Kammer könne nicht auf die Regierung zwingen, ihre Verpflichtung zu brechen. Aber die Worte von Freiheit und Gerechtigkeit, mit denen die Häupter des Vierverbandes jetzt häufig ihre Reden ausstatten, könnten der politischen Vernunft nicht genügen, wengleich der Vierverband auch für die Zukunft der deutschen Demokratie kämpfe, die aus den Ruinen des preussischen Militarismus als eine Garantie des künftigen Friedens erblühen werde. Italiens Lage in der Adria sei verschlimmert.

Inbetreff der künftigen wirtschaftspolitischen Verhältnisse Europas sei noch alles in Vorbereitung. Wenn sich die Mittelmächte zu einem wirtschaftlichen Organismus vereinigen, müßten auch die Verbündeten eine entsprechende Organisation zu erreichen suchen. Dennoch sei zu hoffen, daß zwischen den beiden Völkerguppen kein Handelskrieg entbrenne, der für die Verbraucher und die Erzeuger in gleicher Weise verhängnisvoll wäre. Italiener scheine dazu berufen, auf die wirtschaftlichen Gegensätze vermittelnd und ausgleichend einzuwirken. (!) Redner wird von zahlreichen Deputierten sowie auch vom Minister des Aeußern Sonnino, vom Ministerpräsidenten Salandra und anderen Ministern beglückwünscht.

Dep. Deviti-Demarco wünscht eine Klärung der Beziehungen zu Deutschland, zumal ein Sieg Italiens am Tsonzo und in den Alpen ohne einen Sieg des Vierverbandes über Deutschland undenkbar sei. Die Pariser Wirtschaftskonferenzen dürften die natürlichen Handelsströmungen Italiens nicht stören (!) und sollten nur die Zollschranken der gegenwärtigen Verbündeten gegen die italienische Einfuhr ermäßigen.

Dep. Fera erklärt, es sei wünschenswert, daß Frankreich und England, das sie gegen Deutschland doch nichts ausrichten, lieber mit Italien gegen Oesterreich-Ungarn militärisch zusammenwirken und die Orientprobleme Italiens, an denen die Verbündeten programmäßig interessiert seien, lösen helfen sollten.

Deputierter de Felice sagt, er sei stolz daran mitgewirkt zu haben, daß Italien erhobenen Hauptes in die Pariser Konferenz eingetreten sei und sie mit vollen Händen verlassen habe. Es bestehe kein Zweifel mehr über die vollkommene Gleichheit der Ziele Italiens und der Verbündeten (!) sowie über den baldigen gemeinsamen Endsieg, den eine gleichzeitige Aktion auf den verschiedenen Fronten beschleunigen werde. Die Ruhmredigkeit des deutschen Reichskanzlers mache keinen Eindruck und zeige vielmehr, daß es mit den Feinden bergab gehe. Ueberdies habe Italien jetzt tüchtige und zahlreiche Kampfflugzeuge.

Erklärungen Sonninos.

Zürich, 16. April.

In der heutigen Sitzung der italienischen Kammer gab Minister des Aeußern Sonnino folgende Erklärung ab:

Ich bitte die Kammer, einen raschen Blick auf die Tätigkeit der Regierung in den verschiedenen internationalen Fragen der letzten Monate werfen zu wollen, um besser über die Art klar werden zu können, wie die Regierung die Absichten der Kammer bei der Ausführung des weitreichenden Auftrages ausgelegt hat, den die Kammer ihr im Dezember erteilte und um besser beurteilen zu können, ob die Regierung ihr Vertrauen weiter verdient. In der Sitzung am ersten Dezember haben wir nach einem Rückblick auf die Bemühungen der Regierung um die Verteidigung der Unabhängigkeit Serbiens schon vor unserer Teilnahme am Kriege dem Parlament die Absicht mitgeteilt, alles nur mögliche zur Unterstützung der Armee des Königs Peter zu tun, indem wir im Einverständnis mit dem Alliierten ihre Versorgung mit Lebensmitteln und Munition sicherten und ihre Konzentration er-

Das deutsch-rumänische Handelsabkommen.

Bukarest, 15. April. „Vitorul“ veröffentlicht den Wortlaut des Abkommens zwischen Deutschland und Rumänien über den Warenaustausch zwischen den beiden Ländern.

Zum Zwecke der Beseitigung der Schwierigkeiten, die sich in letzter Zeit als Folge des europäischen Krieges in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien eingestellt haben, wurde zwischen den beiden Ländern ein Abkommen getroffen, wonach dieselben in den Grenzen der Möglichkeit gegenseitig die Ausfuhr jener Waren erlauben werden, die sie exportieren können, desgleichen die Durchfuhr gegenseitig erleichtern. Die Kompensationen werden abgeschafft.

Für die Durchführung des Abkommens wird folgendes bestimmt: Die rumänische Zentralkommission für Einfuhr errichtet in Berlin ein Bureau, das mit der Zentraleinkaufsgesellschaft arbeitet. Letztere errichtet in Bukarest ein besonderes Bureau unter dem Namen „Deutsche Ausfuhr-Zentraleinkaufsgesellschaft“, das mit der genannten rumänischen Zentralkommission in Kontakt stehen wird.

Nach einer bei der Zentralkommission oder dem rumänischen Bureau in Berlin eingeholten Aufklärung werden die rumänischen Industriellen und Kaufleute unmittelbar bei den deutschen Lieferanten bestellen. Der Verkäufer verlangt sodann von der Zentraleinkaufsgesellschaft die Bewilligung der Beförderung. Das rumänische Bureau in Berlin gibt die Bewilligung zur Einfuhr nach Rumänien. Rumänische Industrielle und Kaufleute, die Waren ausführen wollen, wie auch deutsche Importeure erhalten die Ausfuhrbewilligung von der rumänischen Zentralkommission, die Transportbewilligung von der Zentraleinkaufsgesellschaft.

Die Zentralkommission und Zentraleinkaufsgesellschaft senden sich zeitweise Listen der Waren zu, die für die Ausfuhr verfügbar sind. Um die Beförderung zu beschleunigen, wird ab 1. Mai im Einvernehmen mit den österreichischen und ungarischen Eisenbahnen ein besonderer Eisenbahndienst zwischen Deutschland und Rumänien eingerichtet. Die Absendung und Verteilung der Waren sowie die Erledigung der Zollformalitäten obliegt der Zentralkommission und der Zentraleinkaufsgesellschaft.

Kriegsmaterial bildet im Sinne dieses Abkommens keinen Handelsgegenstand.

Zwischen den deutschen und rumänischen Eisenbahnverwaltungen hat eine Beratung stattgefunden, in der beschlossen wurde, daß täglich 35 bis 40 Wagen über Predeal mit deutschen Waren eintreffen werden, die mit rumänischen Waren, jedoch nicht mit Getreide,

Deutsche Berater für die Türkei.

Von

Dr. M. Grunwald.

Die Berufung deutscher Fachmänner zur Mitwirkung an der kulturellen Erneuerung der Türkei ist beschlossene Sache. Daß sie erfolgen werde, war schon seit langem nicht mehr zweifelhaft, aber inzwischen hat die Komiteepartei dem Beschluß der Regierung förmlich zugestimmt, und die türkische Botschaft in Berlin ist schon vor einiger Zeit ersucht worden, dem Ministerium geeignete Persönlichkeiten vorzuschlagen. Die Aufgabe, die diese Männer übernehmen, ist verführerisch, aber auch schwer. Man muß sich vorhalten, daß der Türke durch die Erfahrungen von Jahrzehnten zu der Auffassung gekommen ist, daß es dem Fremden an Aufrichtigkeit und gutem Willen für ihn mangelt, und daß die europäischen Völker in der Türkei nur einen Gegenstand der Ausbeutung sehen. Wer den Dingen eine Reihe von Jahren nahgestanden hat, hat alles Verständnis für diese Auffassung, auch wenn er sich der Einsicht nicht verschließen kann, daß Mißwirtschaft und Verschwendungssucht, welche eine über Jahrzehnte reichende Vergangenheit kennzeichnen, zusammen mit dem selbstverschuldeten Verfall der militärischen Macht und des politischen Einflusses der Türkei die räuberischen Triebe falscher Freunde rege machten und die Türkei diesen rettungslos auslieferten. Neben dieser planmäßigen Ausbeutung, an der sich am erfolgreichsten die Franzosen beteiligten, haben die Eifersüchteleien der Mächte am wirksamsten jede Verbesserung der inneren Zustände verhindert. Hatte die Türkei den Angehörigen eines europäischen Staates eine bestimmte Reform übertragen, und war dadurch die Möglichkeit geschaffen, daß der Lehre an Einfluß in der Türkei gewann, so begann unter den Vertretern der anderen Mächte ein unedler Wettstreit, die Arbeit des Mitbewerbers zum Scheitern zu bringen und ein Gegengewicht gegen die Gefahr seines wachsenden Ansehens zu schaffen. So entstanden im Laufe der Zeit in der inneren Verwaltung Einflußgebiete für die einzelnen Staaten. Aber die Türkei hat davon keinen Nutzen gehabt, denn der gewonnene Einfluß wurde nicht zu ihren Gunsten ausgeübt, sondern sollte dem politischen Einfluß, der Industrie, den Großbanken des betreffenden Staates zugute kommen. Man braucht nur an Herren Laurent zu erinnern, der es mit seiner Pflicht als Finanzbeirat der Türkei zu vereinbaren hielt, diese unter eine ausschließliche Finanzkontrolle Frankreichs zu bringen und der Ottomanbank wehrlos ausliefern zu wollen, sowie an den englischen Admiral Lynpus, der seine Vertrauensstellung als Reorganisator der türkischen Marine zu einer ihn und seine Mitarbeiter mit untüchtbarem Schimpf belastenden Sabotage mißbrauchte, um die Türkei zur See vollkommen lahm zu legen.

Zu dem Vorwurf der Ausbeutung und Untreue haben wir Deutschen den Türken nie einen Anlaß gegeben. Was im Honigmond des Verfassungslebens an Vorwürfen gegen uns in der türkischen Presse zum Ausdruck kam, war nicht türkischen, sondern französischen Ursprungs. Ausbeutung und Untreue wären auch mit unserer Politik der Türkei gegenüber nicht vereinbar gewesen, die auf die Erhaltung des osmanischen Reiches gerichtet war, während die Orientpolitik unserer Feinde auf dessen Schwächung und Aufteilung abzielte. Wenn gleichwohl die Beteiligung von Deutschen an der Reformarbeit in der Türkei nicht in allen Fällen von Erfolg begleitet war, so lag das nicht sowohl an der Unzulänglichkeit der in Frage kommenden Personen, als an den Verhältnissen, in denen sie zu wirken berufen waren. Das alte Regime wollte ja gar nicht im Ernst eine Verbesserung der Zustände, und mit der Berufung fremder Lehrmeister sollte der Welt vielfach nur Sand in die Augen gestreut werden. Beweis dafür ist die Leidensgeschichte der ersten deutschen Militärmission vom Jahre 1881. Ihre Bemühungen, die Schlagfertigkeit der türkischen Armee zu erhöhen, sind von oben her planmäßig vereitelt worden. Abdul Hamid lebte stets in der Angst, eine an Mannszucht gewohnte, vom echten Soldatengeist erfüllte Armee könnte sich einmal auch gegen ihn wenden. Deshalb legte er den deutschen Reformern alle erdenklichen Hindernisse in den Weg. Ich habe es aus Goltz Paschas eigenem Munde gehört, wie eine von ihm angeführte Felddienstabübung im letzten Augenblick verboten wurde, weil der Koch eines türkischen Paschas, der die Truppen im Kasernenhof aufgestellt sah, im Jildis die Vermutung geäußert hatte, der deutsche Pascha wolle die Truppen gegen den Sultan führen. Noch ehe diese die Kaserne verlassen hatten, langte dort der Befehl an, daß die Felddienstabübung nicht stattfinden dürfe. Vorgänge dieser Art ereigneten sich täglich und hatten die Wirkung, daß die türkische Armee aus der Arbeit der deutschen Reformen auch nicht ein Drittel des Nutzens zog, den sie hätte haben können, wenn man ihre Lehrer hätte frei gewähren lassen. Ganz ebenso spielten sich die Dinge in anderen Verwaltungszweigen ab. Die deutschen Berater arbeiteten die schönsten Pläne aus und legten ihre Anregungen in umfassenden Berichten nieder. Aber es fehlte entweder an Geld oder an gutem

kommen.

und Fernunft werden diese ihre Herz werden, und wenn die
Sitten, woran nicht zu zweifeln ist, ihnen mit vollem Vertrauen
entgegenkommen und ihnen freie Hand lassen, wird die neue
Reformarbeit mit bestem Erfolg für die Türkei zum Abschluß

Verproviantierungsorgen

Es wäre nichts irriger, als anzunehmen, daß die riesige Tonnenzahl der englischen Handelsflotte die durch den Unterseewoostkrieg verursachte Reduktion des Schiffsraumes nicht zu spüren vermöchte. Alle Anzeichen sprechen gegen eine solche Auffassung. Ganz abgesehen von der kürzlich erfolgten deutschen Zusammenstellung der versenkten Schiffe und dem zum Aufsehen mahnenden Artikel Maurice Hians, des früheren Unterstaatssekretärs der französischen Marine, im „Petit Parisien“ über die „unerhörten Transportkosten“! Wir spüren sie bereits seit geraumer Zeit am eigenen Leibe. Wenn man bedenkt, welche gewaltige Aufgabe der britischen Handelsflotte zugewiesen wurde, wie sie nicht nur das Mutterland versorgt, sondern auch Verproviantierungspflichten gegenüber den übrigen Ententeländern — neuerdings namentlich gegenüber Italien — übernommen hat und zudem in ausgedehntestem Maße für die Verpflegung und den Transport von Truppen in Anspruch genommen werden muß, so versteht man, daß jeder einzelne Schiffsverlust als nicht auszufüllende Lücke empfunden wird. Immer größere Aufgaben werden dem noch kontakten Stamm der Flotte aufgebürdet. Die Reeder sehen sich außerstande, die Schiffe in den Docks der üblichen Reinigung und Reparatur unterziehen zu lassen. Die Zeit fehlt dazu. Infolgedessen vermindert sich die Leistungsfähigkeit der Dampfer um ein Beträchtliches. Daß andererseits die Schiffsfrachten auf eine bisher nie erreichte Höhe ansteigen mußten, liegt klar. Heute betragen sie rund zehnmal mehr als in normalen Zeiten! Das bedeutet eine enorme Belastung aller Länder und Wirtschaftszweige, die auf den überseeischen Verkehr angewiesen sind. Sie trifft schon die seefahrenden Völker, noch viel mehr aber unsern Binnenstaat, der sich hinsichtlich seines überseeischen Verkehrs vollständig auf die Handelsflotten anderer Staaten verlassen muß.

Die den Ueberseeverkehr für die Schweiz vermittelnden Schiffe waren noch unlängst bis zu neunzig Prozent englischer Provenienz. Das hat nun ein Ende. England hat die Schiffe seiner Handelsflotte, die im ersten Vierteljahr 1915 für die schweizerischen Transporte gechartert worden waren, requiriert, mit dem Vorgeben, daß es sie selber nötig brauche. Dadurch war unsere Landesversorgung ernstlich gefährdet. Verhandlungen, die schweizerischerseits sofort eingeleitet wurden, führten glücklicherweise dazu, daß die englische Regierung vier Dampfer freigab, und man hofft auf ein weiteres Entgegenkommen, so daß wenigstens die Getreidezufuhr eine nicht allzu klaffende Lücke erleiden muß. Der kleinste Ausfall ist für unsere Versorgung empfindlich spürbar, wiewiewohl ein solcher von drei Monaten! Die genannte Freigabe ist indessen als eine Ausnahme zu betrachten; englische Schiffe werden in Zukunft überhaupt nicht mehr erhältlich sein. Man hat deshalb auf andere Transportmöglichkeiten Bedacht nehmen müssen und dabei vor allem auf eine straffere Organisation der gesamten Schiffsvermittlung. Die schweizerischen Behörden legten letztere in eine Hand, in diejenige einer sehr angesehenen Schiffsagentur in London, in der ein Schweizer als Teilhaber tätig ist und mit der man seit je in reger Geschäftsverbindung stand. Sie erhält entsprechende Vollmachten zum Chartern der Schiffe aus den Handelsflotten neutraler Länder, wovon hauptsächlich Griechenland, Spanien, Skandinavien und in geringerem Maße Holland und Amerika in Betracht kommen. Die bisherigen Schiffsangebote lassen Gutes hoffen. Die vorgenommene Zentralisation dürfte aber auch ermöglichen, daß das Herauftreiben der Frachtsätze, wie es das bisherige Anwerben der Schiffe durch verschiedene Makler mit sich brachte, aufhört oder doch nachläßt. Jedenfalls ist sie administrativ und kaufmännisch richtig gedacht; die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Es ist bereits gesagt worden, daß unsere Vorräte an Brotgetreide weitere Erschwerungen unserer Zufuhr nicht wohl ertragen würden. Der heutige Stand der Vorräte ist zwar nicht beängstigend, aber auch nicht erfreulich. Er hat sich von seinem tiefen Niveau, das im Herbst 1915 eintrat, nicht aufwärts bewegt. Die Hauptschuld daran trägt, wie am Eintritt des Tiefstandes selbst, der Mangel an Güterwagen. Französisches Wagenmaterial ist bekanntlich nicht mehr erhältlich. Die ganze Aufgabe haben unsere Bundesbahnen zu bewältigen, und dies geschieht natürlich nur mit dem Aufgebot der letzten Mittel. Mehr als bisher kann nicht geleistet werden, und in dieser Stabilität der zur Verfügung stehenden Wagenzahl ist auch der stets gleich große oder gleich klein bleibende Warenzufluß begründet. Der schweizerische Verbrauch an Brotfrucht beläuft sich im Tag

Zur Kriegslage

Verdun und die Frühjahrs offensive der Entente. Störung und Neuordnung der Ententepläne. Die Russen in Armenien. Der Fall von Trapezunt. Die Operationen in Südperisien und Mesopotamien. Verzweifelte Entsatzversuche der Engländer. Die dreizehnte Division. Die Kämpfe vor Verdun. Die Steinbruchstellung von Thiamont. Artilleriekampf im Südostsektor. Die Kuppe 304. Die Italiener im Raume Borgo. Von Korfu nach Saloniki. Die Desterreicher in Elbasan, die Bulgaren in Pristina und Prizren. Saloniki.

Als die deutsche Offensive im Raume Verdun einsetzte, wurden die Vorbereitungen auf der Gegenseite zur großen Frühjahrs offensive erheblich gestört. Nach den vorliegenden Indizien war die Auffassung gegeben, daß eine allgemeine operative Offensive der Entente für den April geplant sei und im wesentlichen aus einer Vorbewegung der französischen Ostfront gegen den Rhein und Metz, einer kombinierten Operation der Engländer in Flandern und gegen die belgische Küste — mit Diversionen gegen östlicher liegende Punkte — ferner aus italienischen und russischen Angriffen und einer Wiederaufnahme der Balkan- und der Kasas offensive bestehen werde. Diese Generaloffensive ist coupiert worden. Die Entente hat sich genötigt gesehen, bis auf weiteres in der strategischen Defensive zu verharrern. Nach Lage der Dinge kann man vermuten, daß die Pariser Konferenz sich einer Situation gegenüber sah, die in keiner Weise mehr den Voraussetzungen entsprach und eine einheitliche Operation ausschloß, solange nicht vollständig neue Gesichtspunkte zur Beurteilung und Wiederherstellung der allgemeinen Lage gewonnen waren.

Die Lage war in der Tat ebenso verworren wie unsicher und reizte zu gewagten Unternehmungen, zur Verquickung politischer und militärischer Gründe und zu gefährlichen Manövern, die den Keim des Mißlingens in sich tragen mußten. Von solchen sind indes nur wenige in Wirklichkeit erwachsen. Man verzichtete angesichts der für den Gegner durchsichtig gewordenen Verhältnisse darauf, sofort von Flandern und dem englischen Mutterland aus anzugreifen, begnügte sich vielmehr mit örtlichen Aktionen und raffte bei Verdun alles zur Verteidigung zusammen. Nur die Russen gaben ihre Reserven her und setzten an der Nordfront zur Entlastungsoffensive an, die besonders im Raume Postavy zu großen Kämpfen führte und schließlich liegen blieb. Auch die Italiener versuchten sich energisch zu betätigen, lehrten aber bald zu ihrer methodischen Kleinarbeit zurück. Vor Saloniki fladerten Scharmüchel auf, die wie Erkundungen vor großen Bewegungen ausfahlen, aber bis heute der Auswirkung entbehren mußten. Von allen Unternehmungen blieb nur eine aussichtslos, die große Offensive der Russen in Armenien, die sich bei Erzerum so gut verankert hatte und schon so im Fluß war, daß sie auch für sich und nicht nur als Teilstück eines Generalplanes größeren Erfolgen entgegenreisen konnte.

Am 23. Januar sind die Russen vor Erzerum erschienen, heute ist Trapezunt gefallen. Damit ist die linke Flügelposition der türkischen Defensivlinie Trapezunt-Ersingian-Diarbekr aus den Angeln gehoben und ein wichtiges türkisches Widerstandszentrum zusammengebrochen. Die Russen hatten nach dem Falle Erzerums das Schwergewicht auf ihren rechten Flügel verlegt und im Zentrum gegen Ersingian und auf dem linken Flügel im Raume Bitlis den Gegner gefesselt, indem sie mit der Mittelgruppe gegen Mamachatun und am linken Flügel bei Bitlis lebhaft demonstrierten. Daß Trapezunt in erster Linie bedroht und stark gefährdet sei, ist hier wiederholt festgestellt worden. Nach dem Falle Erzerums schreiben wir: „Die weitere Entwicklung hängt davon ab, was die Türken zur Wiederherstellung der Lage westlich Erzerum zu tun vermögen. Die Linie Trapezunt-Ersingian-Diarbekr müssen sie unter allen Umständen behaupten. Was ihnen (zur Behauptung Erzerums usw.) am meisten fehlte, war die Bahn Angora-Trapezunt und die Beherrschung des Schwarzen Meeres.“ In diesen Worten war das Problem gegeben, das die Türken nicht lösen konnten. Am 22. Februar befanden sich die Russen zwar noch 170 Kilo-

meter von Trapezunt entfernt, drangen aber an der Küste und, durch ihre Flotte unterstützt, über die querlaufenden Flüsse und Gebirgsketten langsam in der Richtung auf ihr Operationsziel vor. Am 5. März hatten sie den Südjüder überschritten und Mapawri erreicht. Damit begann die Lage Trapezunts kritisch zu werden. In unserer Betrachtung vom 8. März kamen wir zum Schlusse, daß diese Position bei der Ueberlegenheit der russischen Flotte stark gefährdet sei. Am 12. März lautete die Betrachtung: „Der Vormarsch ist in der Richtung auf Osi gediehen und wird Trapezunt in einigen Tagesmärschen erreichen. In welchem Maße Trapezunt selbst verteidigungsfähig ist, hängt weniger von den örtlichen Verhältnissen als von den mobilen Kräften ab, die von den Türken dorthin gelenkt worden sind. Von deren Stärke wird es abhängen, ob die Türken eine Schlacht liefern.“ Es ist zu lebhaften Kämpfen gekommen, deren Ausgang die Türken zur Preisgabe Trapezunts zwang. Da die Türken auch sechzig Kilometer vor Ersingian russische Kolonnen austauschen sahen und im Raume Bitlis den Kurden die Verteidigung nicht allein überlassen konnten, waren sie offenbar zu einer Verzettlung ihrer Kräfte genötigt, die sich am linken Flügel gerächt hat. Am 21. März schreiben wir, daß die Russen bereits dicht vor Trapezunt ständen. Damals haben die Kämpfe begonnen, die von den Türken mit unterlegenen Kräften ausgefochten und vergeblich durch waghalsige Vorstöße ihrer wenigen Kriegsschiffe, vor allem der „Midilli“ („Breslau“) sekundiert wurden. Aber offenbar war der Widerstand fruchtlos, da er mehr mit fliegenden Kolonnen als mit starken, gutbasierten Kräften geleistet wurde. Die spätere Forschung wird klarstellen, ob sich der Verteidiger in der Hauptangriffsrichtung verhalten hat oder ob die operativen Schwierigkeiten so groß waren, daß Trapezunt nicht zu halten war. Jedenfalls haben die Russen in Armenien mit überlegenen Kräften operiert und auch — daran ist kaum noch zu zweifeln — überlegen operiert. Der Fall Trapezuntsichert ihnen vorläufig die großen Erfolge, die sie mit der Einnahme von Erzerum erstritten haben. Bis zu welchem Grade er auf die Preisgabe der Linie Ersingian-Diarbekr wirkt, muß die Entwicklung lehren. Ersingian erscheint eher bedroht als Diarbekr, vor dem der armenische Taurus als natürliche Festungsmauer aufsteigt. Die Gegenmeldungen über den Fall von Trapezunt stehen noch aus.

Eine direkte Wirkung des armenischen Feldzuges auf die Operationen in Südperisien und Mesopotamien ist auch jetzt noch nicht gegeben, obwohl es den Türken immer schwerer wird, über ihre weit auseinandergezogenen Kräfte mit der nötigen Bewegungsfreiheit zu verfügen. Ueber den Vormarsch der Russen im Raume Kengower fehlen seit einiger Zeit zuverlässige Nachrichten. Aus Mesopotamien wissen wir, daß Goringes neuer Entsatzversuch im Sumpf und vor dem Feinde stecken geblieben ist. Zwar ist es dem General gelungen, die erste Linie der Türken rittlings des Flusses zu durchstoßen, doch rächte sich diese „Stoßtaktik“, die auf neue, weiter ausgreifende zweite Linien stieß. Da die türkischen Linien, in der Tiefe breiter gestaffelt, umfassend wirkten, blieb der Durchbruch unter schweren Verlusten in dem verjumpften Gelände liegen. Eine tragische Ironie britischer Kriegsgeschichte ist es, daß General Goringe in diesen Kämpfen jene 13. Division vorgeführt hat, die ursprünglich auf Gallipoli kämpfte und dann zum Entsatz durch den Suezkanal nach dem persischen Golf verschickt wurde, um nun Townshend herauszuhauen, der seinerseits den Echec zu Gallipoli hatte ausgleichen sollen. Wie weit die erstaunliche Widerstandskraft der Engländer im Lager von Kut-el-Amara noch reicht, läßt sich nicht bestimmen. Daß die Engländer selbst die Lage für äußerst ernst halten, geht aus den verzweifeltsten Entsatzversuchen hervor.

Unterdessen hat auch die Hauptaktion des Krieges, die gewaltige Stellungsschlacht im Raume Verdun, ihren Fortgang genommen. Diesmal war ein Abschnitt auf dem rechten Maasufer vom Angreifer sturmreif gemacht worden und zwar ist die wichtige Steinbruchstellung der Franzosen zwischen dem Pfefferrücken und dem Gailletewald auf der Höhe von Thiamont gefallen. Damit haben die Deutschen weiter gegen die Senke Raum gewonnen, die sich zwischen Bras und Fleury nördlich von Froide Terre

hinzieht und durch starke Panzerbauten verriegelt ist. Da die Deutschen bekanntlich im Gailletewald Fuß gefaßt haben, der sich in die rechte Flanke der Stellung von Froide Terre zieht und zugleich flankierende Bewegungen gegen das Fort und die Kuppe von Bauz gestattet, so ist die Situation der Verteidiger auf dem rechten Maasufer verschlechtert worden. Noch hält freilich die Verteidigung energisch stand und Gegenangriffe werden kaum ausbleiben. Ineinander verschoben verlaufen die Linien zwischen Bauz und der Côte du Poivre jetzt beinahe im Zickzack.

Bemerkenswert ist die zunehmende Tätigkeit der französischen Artillerie im Südostsektor von Verdun. Auf dem Westufer der Maas ist die französische Stellung auf der Kuppe 304 zwar erschüttert, aber noch nicht gefallen. Die Verteidigung hat noch Atem und Raum zu direkten Gegenstoßen, macht aber immer noch keine Anstalten, der Umfassung operativ zu begegnen.

Die Tätigkeit der Italiener an der Tirolerfront läßt auf ein gewisses Unbehagen schließen, das vielleicht durch dem Gegner zugeschriebene Offensivabsichten hervorgerufen worden ist. Doch darf nicht übersehen werden, daß Cadorna durch Vordringen seiner Linien gegen Trient für Rückenfreiheit sorgen muß, falls er am 3. März noch einmal zu einer großen Offensive ansetzen will. Nachdem die Italiener sich im LedrotaI gegen Riva vorgearbeitet haben, haben sie nun auf dem rechten Flügel ihrer Tirolerfront im Raume Borgo so scharf gedrückt, daß Dankl zu einem starken Gegenstoß ausholen mußte. Dieser scheint gelungen zu sein und die Italiener südwestlich vom Monte Collo bei dem 15 Kilometer westlich Borgo gelegenen St. Oswald schwer getroffen zu haben. Cadorna sieht sich also immer noch vor den Außenstellungen von Trient im Ledro, Etich- und Suganatal festgehalten und darf sich nicht darauf verlassen, hier vor Rückschlägen gesichert zu sein.

Ob und wann sich die lebhaften Artilleriekämpfe an der Isonzofront zu Aktionen großen Stils verdichten, bleibe dahingestellt.

Starke politisches und militärisches Interesse erwecken die Versuche der Entente, die auf Korfu reetablierten serbischen Streitkräfte und die in Balona stehenden italienischen Truppen über griechisches Gebiet in Bewegung zu setzen. Wichtig ist, daß die Bulgaren Elbasan geräumt und den Desterreichern überlassen haben, um dafür in Pristina und Prizren die Besatzung zu stellen. Das ist gleichbedeutend mit einer engern Vertammlung der bulgarischen Streitkräfte in Mazedonien, wo jetzt auch stärkere deutsche Kontingente nachgewiesen werden und das Geplänkel an der griechisch-mazedonischen Grenze zunimmt. Es wäre aber verfrüht, daraus Schlüsse auf Operationen im Raume Saloniki oder schärferes Vorgehen der Desterreicher in der Richtung Balona zu ziehen.

H. St.

unseren Patrouillen am 19. April entrissenen Gräben an, von denen sie etwa ein Drittel wieder besetzten.

Weiderseits des Kanals von La Bassée sprengten wir mit Erfolg einige Minen.

Feindliches Feuer auf die Städte Lens und Rohe forderte weitere Opfer unter der Bevölkerung; in Rohe wurde ein Kind getötet, zwei Frauen und ein Kind verletzt.

In den Argonnen zerstörten wir durch Sprengungen französische Postenstellungen auf der Höhe La Fille Morle und halten einen umfangreichen Trichter vor unserer Front besetzt.

Westlich der Maas wiederholten die Franzosen ihre Anstrengungen gegen „Toter Mann“. Zweimal wurden sie durch Artilleriesperrfeuer von beiden Ufern zusammen geschossen, ein dritter Angriff brach mit schweren Verlusten an unserer Stellung zusammen. Erbitterte Handgranatenkämpfe um das Grabenstück nahe dem Caurettes-Waldchen brachten es abends wieder in unsere Besitz; nichts gelang es den Franzosen erneut, darin Fuß zu fassen.

Ostlich des Flusses lebhaftere Infanterietätigkeit mit Nahkampfmitteln am Steinbruch südlich Hautromont und südlich der Feste Douaumont.

Das beiderseitige Artillerief Feuer hielt im ganzen Kampfabschnitt des Maasgebietes ohne Unterbrechung Tag und Nacht mit außerordentlicher Stärke an. In der Gegend nordwestlich von Fresnes-en-Boevre wurden Gefangene von der 154. französischen Division gemacht. Hiermit ist festgestellt, daß der Gegner in dem Raume zwischen jenem Ort und Avocout seit dem 21. Februar im ganzen 38 Infanteriedivisionen eingesetzt hat, von denen außerdem vier Divisionen nach längerer Ruhe und Wiederauffüllung durch frische Leute, hauptsächlich aus dem Rekrutenjahrgang 1916, zum zweitenmal ins Gefecht geführt und geschlagen worden sind.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Auch gestern scheiterten russische Angriffsunternehmungen blutig vor unseren Hindernissen südöstlich von Garbunowka.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Französischer Kriegsbericht.

Drahtmeldung.

Paris, 22. April.

Der amtliche französische Bericht von Freitag nachmittag lautet: Westlich der Maas schreitet der gestern von unseren Truppen in der Gegend des Toten Mannes unternommene Angriff fort. Wir haben während der Nacht noch einen Graben am nördlichen Rande des Cauretteswaldes erobert, und vier Offiziere, 150 Mann gefangen genommen. Ostlich der Maas folgte gegen Ende des Tages einer heftigen Beschießung unserer Stellungen eine nächtliche Angriffsunternehmung des Feindes auf einer Front von zwei Kilometern Breite zwischen dem Thiaumont-Gebüst und dem Teiche von Baug. Die Deutschen, denen es gelungen war, in unseren Stellungen südlich des Forts Douaumont und nördlich des Teiches von Baug Fuß zu fassen, wurden durch nächtliche Gegenangriffe völlig zurückgedrängt. Zwei Maschinengewehre und einige Gefangene fielen in unsere Hände. Westlich von Douaumont, im Abschnitt südlich des Hautromont-Waldes, haben wir gleichfalls Fortschritte gemacht. Wir befreiten einige verwundete Franzosen, die in Gefangenschaft geraten waren, und nahmen ungefähr zwanzig Deutsche

Wilson's Drohung an Deutschland.

Die am 20. April abends von dem hiesigen amerikanischen Botschafter überreichte Note lautet in Uebersetzung wie folgt:

Cuer Egzellenz,

Ich habe nicht verfehlt, unverzüglich meiner Regierung telegraphisch die Note Curer Egzellenz vom 10. d. M. zu übermitteln betreffend gewisse Angriffe deutscher Unterseeboote und insbesondere betreffend die unheilvolle Explosion, die den französischen Dampfer „Sussex“ am 24. März im englischen Kanal zerstörte. Den Weisungen meiner Regierung entsprechend, habe ich jetzt die Ehre, Curer Egzellenz die folgende Antwort zu übermitteln:

Durch die jetzt im Besitz der Regierung der Vereinigten Staaten befindlichen Nachrichten wird der

Tatbestand im Fall der „Sussex“

vollkommen festgestellt, und für die Folgerungen, die meine Regierung aus diesen Nachrichten gezogen hat, findet sie eine Bestätigung in Umständen, die in Curer Egzellenz Note vom 10. dieses Monats dargelegt sind.

Am 24. März 1916, ungefähr um 2 Uhr 50 Minuten nachmittags wurde der unbewaffnete Dampfer „Sussex“, mit dreihundertfünf- undzwanzig oder mehr Passagieren an Bord, unter denen eine Anzahl amerikanischer Bürger war, auf der Ueberfahrt von Folkestone nach Diepe torpediert. Die „Sussex“ war niemals bewaffnet; sie war ein Schiff, das, wie bekannt, regelmäßig nur zur Beförderung von Passagieren über den englischen Kanal benutzt wurde; sie folgte nicht der von Truppentransport- oder Proviantschiffen befahrenen Route. Ungefähr 80 Passagiere, Nichtkombattanten jeglichen Alters und Geschlechts, darunter Bürger der Vereinigten Staaten, wurden getötet oder verwundet.

Eine sorgfältige, eingehende und gewissenhaft unparteiische Untersuchung durch Offiziere der Flotte und der Armee der Vereinigten Staaten hat schlüssig die Tatsache ergeben, daß die „Sussex“ ohne Warnung oder Aufforderung zur Uebergabe torpediert wurde, und daß

der Torpedo, durch den sie getroffen wurde, deutscher Herstellung

war. Nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten möchten diese Tatsachen von Anfang an den Schluß unvermeidlich, daß der Torpedo von einem deutschen Unterseeboot abgefeuert war. Sie findet jetzt diese Schlussfolgerung durch die Ausführungen in der Note Curer Egzellenz bekräftigt. Eine vollständige Darlegung des Tatbestandes, auf den die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Schlussfolgerung gegründet hat, ist beigelegt.

Nach sorgfältiger Prüfung der Note der Kaiserlichen Regierung vom 10. April bedauert die Regierung der Vereinigten Staaten sagen zu müssen, daß sie aus den Darlegungen und Vorschlägen dieser Note den Eindruck erhalten hat, daß die Kaiserliche Regierung verfehlt, den Ernst der Situation zu würdigen, die sich nicht nur durch den Angriff auf die „Sussex“ ergeben hat, sondern durch die ganze

Methode und den Charakter des Unterseebootkrieges,

wie sie zutage getreten sind infolge der während eines Zeitraumes von mehr als 12 Monaten von den Befehlshabern der deutschen U-Boote uneingeschränkt gehandhabten Uebung unterschiedsloser Zerstörung von Handelsschiffen aller Art, Nationalität und Bestimmung. Wenn die Versenkung der „Sussex“ ein vereinzelter Fall gewesen wäre, so würde das der Regierung der Vereinigten Staaten die Hoffnung ermöglichen, daß der für die Tat verant-

wortliche Offizier seine Befehle eigenmächtig übertreten oder in strafbarer Fahrlässigkeit die vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln außer acht gelassen habe, und daß der Gerechtigkeit durch seine entsprechende Bestrafung in Verbindung mit einer förmlichen Mißbilligung seiner Handlung und Bezahlung einer angemessenen Entschädigung durch die Kaiserliche Regierung Genüge geschehen könnte. Aber obwohl der Angriff auf die „Sussex“ offenkundig nicht zu verteidigen war und einen so tragischen Verlust an Menschenleben verursachte, daß er als eines der schrecklichsten Beispiele der Unmenschlichkeit des Unterseebootkrieges, wie ihn die Kommandanten der deutschen Schiffe führen, erscheint, so steht er unglücklich erweise nicht allein.

Im Gegenteil, die Regierung der Vereinigten Staaten ist durch Ereignisse der neuesten Zeit zu dem Schluß genötigt, daß es nur ein Fall, wenn auch einer der schwersten und betrübendsten, ist für die vorbedachte Methode und den Geist, womit unterschiedslos Handelsschiffe aller Art, Nationalität und Bestimmung zerstört werden, und die umso unmerkbarer geworden sind, je mehr die Tätigkeit der deutschen Unterseeboote in den letzten Monaten an Intensität und Ausdehnung zunahm.

Die Kaiserliche Regierung wird sich erinnern, daß, als sie im Februar 1915 ihre Absicht ankündigte, die Gewässer um Großbritannien und Irland als

Kriegsgebiet

zu behandeln, alle Handelsschiffe in feindlichem Eigentum, die innerhalb dieser Gefahrenzone angetroffen werden sollten, zu vernichten, und als sie an alle Schiffe, sowohl der Neutralen wie der Kriegführenden die Warnung ergehen ließ, die so verheerenden Gewässer zu meiden oder sich auf eigene Gefahr dorthin zu begeben, die Regierung der Vereinigten Staaten ernstlich protestiert hat. Sie nahm den Standpunkt ein, daß eine solche Politik nicht verfolgt werden könnte, ohne beständige, schwere und offenkundige Verletzungen des anerkannten Völkerrechts, besonders wenn Unterseeboote als ihre Werkzeuge Verwendung finden sollten, insofern als die Regeln des Völkerrechts, Regeln, beruhend auf den Grundsätzen der Menschlichkeit, und zum Schutz des Lebens der Nichtkombattanten auf See aufgestellt, nach der Natur der Sache durch solche Schiffe nicht beachtet werden könnten. Sie gründete ihren Protest darauf, daß Personen neutraler Nationalität und Schiffe neutraler Eigentümer äußersten und unerträglichen Gefahren ausgesetzt sein würden, und daß unter den damals obwaltenden Umständen die Kaiserliche Regierung keinen rechtmäßigen Anspruch dafür geltend machen konnte, einen Teil der hohen See zu schließen. Das hier in Betracht kommende Völkerrecht, auf das die Regierung der Vereinigten Staaten ihren Protest stützte, ist nicht neuen Ursprungs, oder gegründet auf rein willkürliche, durch Vereinbarung aufgestellte Grundsätze. Es beruht im Gegenteil auf offenkundigen Grundsätzen der Menschlichkeit und ist seit langem in Geltung mit Billigung und durch ausdrückliche Zustimmung aller zivilisierten Nationen.

Die Kaiserliche Regierung bestand trotzdem darauf, die angekündigte Politik durchzuführen, indem sie die Hoffnung ausdrückte, daß die bestehenden Gefahren, jedenfalls für neutrale Schiffe, durch die Instruktionen auf ein Mindestmaß beschränkt würden, die sie den Kommandanten ihrer Unterseeboote gegeben hatte, und versicherte der Regierung der Vereinigten Staaten, daß sie jede mögliche Vorsichtsmaßregel anwenden würde, um die Rechte der Neutralen zu achten, und die Leben der Nichtkombattanten zu schützen.

In Verfolg dieser Politik des Unterseebootkrieges gegen den Handel seiner Feinde, die so angekündigt und trotz des feierlichen

22./IV. 1916

Monte Sief in Händen gehabt hätten; aus unserem heutigen Berichte entnehmen wir jedoch, daß alle stärkeren Angriffe der Italiener im Col di Lana-Gebiete abgewiesen wurden.

Auch auf dem Kriegsschauplatz im Westen erleben wir das stets gleiche Nachspiel nach jedem gelungenen deutschen Vorstoße bei Verdun: die Eucht der Franzosen, unmittelbar danach mit überaus heftigen, oft tagelang geführten Gegenangriffen den Deutschen ihre Erfolge wieder zu entreißen.

So ging's auch diesmal nach dem letzten siegreichen Angriff der Deutschen am 17. und 18. bei Sandromont Ferme und bei Thiaumont Ferme.

Schon am 19. hatten diese heftigen Gegenangriffe angefangen, die sich gestern zu einer anscheinend ganz besonderen Höhe erhoben.

Den hiedurch entbrannten Infanteriekämpfen waren selbstredend auf beiden Maasufem unter beiderseitiger großer Kraftentfaltung mächtige Artilleriekämpfe vorausgegangen, die sich bis in die Woebreebene und auf die Höhen südöstlich von Verdun ausgedehnt hatten.

Den Hauptangriff führte die französische Infanterie anscheinend in stärkeren Verbänden westlich der Maas gegen die Höhen des Toten Mannes und östlich davon, wobei es den Franzosen gelungen war, in einem kleinen Grabenstück sich festzusetzen.

Auch rechts der Maas waren die Franzosen, wenngleich erfolglos, gegen die Steinbruchhöhe südlich Sandromont Ferme, dann im Cailletewalde angriffsweise vorgegangen.

Uebrigens erwähnt der deutsche Bericht, daß südlich des Werkes Douaumont noch Nahkämpfe im Gange seien, die sich in einigen französischen Gräben entwickelt hatten.

Diese zähe und tapfere Haltung der französischen Truppen dürfte wohl allgemein überrascht haben, da man, wie auch der Schreiber dieser Zeilen es offen eingesteht, ihnen dieselbe nicht in derartigem Ausmaße zugetraut hatte.

Zweifellos spielen hiebei auch die drakonischen Befehle ihre heilsame Rolle, womit in der französischen Armee in letzter Zeit jeder Kommandant, der nicht alles Erdenkliche für die Behauptung seiner Stellung getan, der nicht genügend starke Reserven an geeigneten Punkten bereitgestellt oder das Eingreifen dieser Reserven zeitgerecht anbefohlen hätte, der kriegsgerichtlichen Behandlung zugeführt wird.

Der Krieg ist eben ein „rauh gewaltsam Handwerk“, das sich in Glacehandschuhen nicht betreiben läßt.

Die Spannung zwischen Deutschland und Amerika.

Die Entwicklung des Konflikts.

Wien, 21. April.

Nach Mitteilungen aus Washington ist die Spannung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika aufs höchste gestiegen und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen in die äußerste Nähe gerückt. Die Gründe, welche den Präsidenten Wilson veranlassen, plötzlich eine scharfe Wendung gegen Deutschland zu machen, sind nicht klar zu durchschauen. Die kritische Zuspitzung, die allerdings schon in den letzten Wochen zu erkennen war, ist ziemlich unerwartet gekommen. Die Schroffheit in der Haltung des amerikanischen Präsidenten ist um so auffallender, als die Meinungsverschiedenheiten über den Unterseebootkrieg über ein Jahr alt sind, ohne daß die amerikanische Regierung sich veranlaßt gesehen hätte, den äußersten Schritt zu tun. Das Vorgehen des Präsidenten Wilson rückt in ein um so merkwürdigeres Licht, als in vielen wesentlichen Punkten des Unterseebootkrieges die amerikanische Regierung theoretisch in ihrer Auffassung sich nicht weit von der Deutschlands entfernt. Allerdings hat die theoretische Ansicht des Präsidenten Wilson diesen niemals gehindert, in seiner Politik sich offen gegen Deutschland zu wenden, sowie andererseits die langatmigen Proteste, die das amerikanische Kabinett wegen der Vergewaltigung des Seekriegsrechtes durch England nach London richtete, die amerikanische Regierung niemals veranlaßt haben, sich ernstlich für die Wahrung des durch England mißhandelten Völkerrechtes einzusetzen.

23/IV. 1916

Freitag Morgenblatt.

Sechzigster Jahrgang.

Sonntag, 23. April 1916.

Frankfurter Zeitung

(Frankfurter Handelszeitung.)

und Handelsblatt.

(Neue Frankfurter Zeitung.)

Für Stadtgespräche: Amt Hanau 5940, 5941, 5942, 5943.

Begründet von Leopold Sonnemann.

Für Auswärts: Amt Fernzimmer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Kolonialzeitung 60 J., Abendsbl. 75 J., ...

Bezugspreis: Ein Vierteljahr in Frankfurt bei der Expedition 4 7.50, bei den Agenturen 4 9.-, b.d. Postämtern in Deutschland 4 9.-, Belgien 4 9.-, Bulgarien L. 23.45, d. Dänemark Kr. 9.75, Griechenland (d. d. Postamt) Triest Kr. 20.44, Holl. d. 7.20, Luxemburg 4 10.84, Norwegen Kr. 9.85, Oesterreich (Wien auch Wollzeile 11) Kr. 18.81, Rumänien Lei 19.-, Schweden Kr. 9.75, Schweiz Fr. 13.25, Türkei (D. P.) Piaster (Silber) 854, Ungarn Kr. 14.60, im Weltpostverein: in New York 20 Broad Street 4 18. las Feld direkt durch die Expedition bezogen monatlich 4 3.-, Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Die Rede des deutschen Kanzlers.

Von Julius Graf Andrassy.

In diesen Tagen, da die Welt durchdrängt ist von Lügen über deutsche Unerfährlichkeit, deutsche Rohheit, deutsche Ambitionen, hat der gemäßigste, edle und in jeder Faser friedliche Ton der jüngsten Kanzlerrede, die sich von den haßschäumenden Neußerungen der führenden Persönlichkeiten unserer Feinde gewaltig unterscheidet, sehr wohlgetan. Es ist ein wohlthuendes Empfinden, mit unmißdeutbarer Sicherheit zu sehen, daß nicht wir die Hunnen sind, nicht der Deutsche die Geißel Gottes, daß nicht die so viel geschmähten Lehren Treitschkes, Niebichs oder Bernhards den Weltfrieden stören, sondern jene zivilisierten Völker des Westens, die so viel von Humanismus, Freiheit, internationalem Recht, den Interessen der kleinen Völker sprechen und schreiben, tatsächlich aber die schonungsloseste und unerträglichste egoistische Politik treiben und bereit sind, über jedes Recht, über jede kleine Nation hinwegzuschreiten, um ihre Machtgier zu befriedigen. Der Standpunkt der beiden Gruppen ist in Neußerungen offizieller Persönlichkeiten klar zum Ausdruck gelangt. Heute kann sie jedermann vergleichen und über sie urteilen.

Der deutsche Kanzler hat ausgesprochen, er sei bereit, Frieden zu schließen, und er hat auch gesagt, er trachte nicht, seine Feinde zu vernichten, was übrigens schon daraus folgt, daß er friedensbereit ist, obwohl keine der feindlichen Großmächte gebrochen ist. Außerdem betont er auch, daß er nach dem Frieden keinen wirtschaftlichen Kampf führen wolle. Demgegenüber haben die englischen und die französischen Minister ausgesprochen, daß sie von einem Frieden so lange nicht einmal hören wollen, als Deutschland nicht geschlagen ist und sie ihren Zweck erreicht haben: den deutschen Militarismus zu vernichten. Und sie erklären, nach dem Kriege müsse Mitteleuropa durch wirtschaftlichen Boykott endgültig gedemütigt und niedergedrückt werden. Wir sind geneigt, Frieden zu machen, wenn wir entsprechende Bedingungen bekommen; unsere Feinde wollen nicht einmal verhandeln, ehe sie uns geschlagen haben.

Die beiden Standpunkte sind eine logische Folge der Voreurteile und entsprechen der Natur der sich messenden Kräfte. Unsere Feinde haben sich gerüffelt, um uns zu erschüttern, um die auf Arbeit, Fleiß, Wissen, Organisation beruhende mitteleuropäische Macht mit roher Kraft zu vernichten, darum können sie die Waffen nicht niederlegen, solange wir ungeschlagen sind; könnten es nicht einmal dann, wenn die Friedensbedingungen billig und annehmbar wären. Wir haben den Kampf aufgenommen, um unsere Machtposition zu schützen, können also Frieden schließen, wiewohl unsere Feinde endgültig noch nicht besiegt sind, sobald wir unsere Verteidigungsposition bis zum erforderlichen Maße befestigt haben.

Die moralische Ueberlegenheit dieses unseres Standpunktes verleiht uns große Stärke, wie dies mit besonderer Unmittelbarkeit und Klarheit zumal aus den Reden Herrn v. Bethmann Hollwegs hervorgeht. Heute fühlt das, wie es scheint, auch das gegnerische Lager, und dem, leider nur dem vermag ich jene letzte Rede Asquiths zuzuschreiben, die mir, während ich diese Zeilen schreibe, zugeht. Ich verneine in dieser Rede keine Veränderung des englischen Standpunktes zu erkennen, ich glaube, ihr Zweck ist nur, die alten Ziele mit einem gefälligeren, vollstimmlicheren Mäntelchen zu umhüllen. Sie vermögen sich der Wucht der Neußerungen des Kanzlers nicht zu verschließen, wehren sich aber nur, indem sie trachten, eine Hülle über die in ihrer Macht abstoßende Wahrheit zu werfen. Es ruft eher Babel hervor, als die Notwendigkeit einer ersten Wiberlegung, wenn man liest, der englische Ministerpräsident sehe auch darin einen Unterschied, daß er nicht den deutschen Militarismus vernichten wolle, sondern bloß den preussischen. Als ob die beiden von einander trennbar wären, als ob der preussische Staat und seine Armee zu brechen wäre, ohne daß die ganze deutsche Nation gebrochen würde, die dem Ausland gegenüber nicht nur zu einer organischen, sondern auch zu einer Gefühlseinheit verschmolzen ist. Auch darin sehe ich keinen Fortschritt, keine Verringerung der Vergangenheit gegenüber, daß Asquith seine Drohungen so auslegt, er wolle die deutsche Nation beiseite nicht vernichten, von der Karte weichen, sondern er sei nur bestrebt, ihre Uebermacht zu brechen, mit der sie Europa terrorisiert, der ewigen Gefahr des Krieges ausgelegt habe; weil diese Uebermacht, die, nebenbei gesagt, seit 35 Jahren bewußt den Frieden aufrechterhalten hat

und in dieser Zeit viel weniger Eroberungen gemacht oder zu machen versucht hat als jene, die sie angeblich terrorisierte, — weil also diese Uebermacht des Deutschtums, die in ihrer ausgezeichneten Organisation, in ihren großen sittlichen und geistigen Eigenschaften beschlossen liegt, nicht vernichtet werden kann, ohne daß die gesamte deutsche Nation vernichtet und gebrochen würde. Zu diesem Friedensziele vermag ein heute geschlossener Friede nicht zu führen. Bei solchem Entschlusse ist es wahrhaftig überflüssiger Zeitverlust, sich an den Verhandlungstisch zu setzen.

Nur jene eine Neußerung Asquiths scheint eine auch heute gewährbare Forderung zu enthalten, in der gesagt wird, es sei der Zweck Englands, das Prinzip einzubürgern, laut dessen internationale Fragen von freien Nationen unter gleichen Bedingungen in freier Verhandlung geschlichtet werden, nicht aber durch das Machtwort einzelner, unter militärischem Einfluß stehender Regierungen. Sollte sich hinter diesen unklaren Worten etwas wie der Gedanke eines internationalen Friedensgerichtes bergen, dem sich die verschiedenen Völker zu unterwerfen hätten, dann könnte hierüber schon heute ohne die vorjährige Vernichtung Deutschlands verhandelt werden. Hat aber Herr Asquith dergleichen vorgeschwebt, dann frage ich, warum hat er seinen Gedanken nicht so erklärt, daß ihn auch gewöhnliche Sterbliche verstehen? Kennt er ein Rechtssystem, eine Organisation, die eine genügende Gewähr des Weltfriedens, des internationalen Rechts und der Gerechtigkeit wäre, eine, für die es gelohnt hat, Millionen Leben auszulöschen, dann führe er seinen Gedanken aus, und er mag überzeugt sein, daß er in allen Ländern der Welt begeisterte Gläubige finden wird. Einen schweren Standpunkt hätte jene Regierung, die den Weltkrieg nur fortsetzen wollte, damit die in Bedingungen fassbaren Grundlagen des ewigen Friedens und der ewigen Gerechtigkeit nicht niedergelegt werden können. Es ist bekannt, daß die größte parlamentarische und Debattequalität Asquiths jene ist, vermöge deren er die verwickeltesten Gedanken und Sagen kurz und klar in Form zu gießen und zum Ausdruck zu bringen versteht. Warum bedient er sich dieser seiner in seinem Vaterlande allgemein bekannten, sehr wertvollen Fähigkeit nicht, wenn er hierdurch der eigenen Sache einen Riesendienst zu leisten und jeden Idealisten zu gewinnen vermöchte, sei er Deutscher, Oesterreicher oder Ungar? Diesem Rätsel finde ich nur die eine Lösung, daß hinter den schlingelnden Phrasen Asquiths kein konkreter Gedanke steht, der umso größere Kraft in sich trägt, je klarer er geprägt ist, sondern diese löbenden Phrasen sollen nur als prunkender Mantel zur Verhüllung alter Ziele dienen, ein Mantel, der seiner Bestimmung nur entspricht, solange er nicht durchsichtig ist. Asquith, glaube ich, sucht die Sicherungen für die Gleichheit und Freiheit der Völker nicht so sehr in neuen Rechten, als vielmehr darin, daß, wenn Deutschland gebrochen und geschwächt ist, auch dem englischen Ministerpräsidenten die Völkerfreiheit gesichert erscheinen wird, obwohl die Meere einzig durch Englands mächtige Flotte beherrscht, alle wichtigen Meerengen von Englands Wehrmacht besetzt gehalten werden und Europa sich mit Lebensmitteln nur so lange zu versehen vermag, als dies England zugeht, und nur jener europäische Staat Kolonialbesitz haben dürfen wird, dem England hierzu Erlaubnis gibt. Asquith, denke ich, wird die Völkerfreiheit, das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf felsenfester Grundlage ruhend nur dann erblicken, wenn alle nur jene Freiheit genießen werden, die heute Griechenland beschieden ist. Jene Freiheit, auf Grund deren Italien, wenn es wollte, Frieden schließen könnte, seine Weiber und Kinder dem sichern Hungertode aussehend, jene Freiheit, mit der Portugal dem Schicksal, das es nichts anacht, fernbleiben kann. Ob aber der internationale Friede, eine derartige Auslegung der Völkerfreiheit wohl beruhigende Wirkung hätte? Asquith wird die Gefahr des Militarismus als erloschen betrachten, sobald die angeblich lediglich von einer rohen Soldateska beherrschte deutsche Armee vernichtet ist. Die den englischen Parlamenten partierende englische Kriegsmarine, die im Dienste französischer bürgerlicher Mangel stehenden Joffres und dem Zarismus gehorchenden Nikolaj Nikolajewitsche hält er für ungefährlich. Asquith weiß aber sehr wohl, daß ein gegen den Militarismus geführter derartiger Feldzug unsere sittliche Ueberlegenheit nicht fraglich zu machen vermöchte, die Idealisten nicht gewinnen würde, und Englands Selbstsucht in seiner Hülfslosigkeit beließe. Es ist ein bekannter Ausspruch, Heudekel sei eine Verneigung vor der Tugend, weil sie die Ueberlegenheit der Tugend anerkennt, und zugeht, das Laster müsse verlarvt einhergehen und habe sich zu schämen. In diesem Belange ist Asquiths letzte Rede ein Fortschritt, in diesem Belange eine Verneigung vor unserer sittlichen Ueberlegenheit, die den für Stimmungen und Notwendigkeiten eine feine Bitterung beiführenden englischen Taktiker gezwungen hat, seine zynischen

Ziele möglichst in Dunkel zu hüllen — leider nur bedeutet dies noch keinen großen Schritt dem Frieden zu, den wir nur dann erlangen werden, wenn wir auf dem gemäßigten Standpunkte des Reichskanzlers verharren und fortwährend siegen, immer von neuem beweisen, daß wir die Stärkeren sind und auch unverändert die Stärkeren bleiben.

Ich halte es für sehr richtig, daß der Reichskanzler auch über die Bedingungen des Friedens sich geäußert hat. Ich finde es natürlich, daß seine Erklärungen sich nur im Allgemeinen bewegt haben.

Nach meinem Dafürhalten ist es außerordentlich notwendig und dringend, daß die deutsche Reichsregierung und unsere Regierungen auch hinsichtlich aller Einzelheiten der Friedensbedingungen sich einigen. Es gilt keine Zeit zu verlieren. Allerdings kann es zu einem endgültigen Abkommen erst dann kommen, wenn die militärischen Ergebnisse des Krieges endgültig sind und es bekannt ist, wieviel zu erreichen ist. Dieser Umstand soll aber von einer Besprechung und Festnagelung der Ziele nicht abhalten, denn unsere Abmachungen können den verschiedenen Möglichkeiten im Vorhinein angepaßt werden. Wollten wir mit dem Abkommen warten, bis auf den Schlachtfeldern die definitive Entscheidung gefallen ist, dann kämen wir damit schon zu spät. Sobald die Verhandlungen beginnen, müssen wir schon auch in bezug auf alle Einzelheiten wissen, was wir wollen. Je eher wir miteinander ins reine kommen, je eher wir wissen, daß sich keine Partei vor der andern in den Weg stellen wird und wir die Friedensverhandlungen mit derselben inneren Eintracht führen werden, mit der wir heute kämpfen, desto größer wird das gegenseitige Vertrauen sein und desto vollständiger das Zusammenwirken auch in jenem späteren Zeitabschnitte in dem wir unsere Wunden werden ausheilen und die verlorene Zeit werden einbringen müssen. Die Festsetzung der Grundprinzipien des mit dem Friedensschlusse zusammenhängenden wirtschaftlichen Ausganges kann schon darum viel Zeit kosten, weil dies auch durch den österreichisch-ungarischen Ausgleich kompliziert wird. Uebrigens muß auf unser Vorgehen in den besetzten Landesgebieten auch der Umstand von großer Einwirkung sein, ob wir das betreffende Gebiet behalten und welchem von den Verbündeten wir es zukommen lassen wollen. Gerieten unsere jetzigen Regierungshandlungen mit der endgültigen Lösung in Widerspruch, so würde dies überflüssige Schwierigkeiten und Reibereien verursachen können und eine solche Enttäuschung, deren Wirkung schädlich zu sein vermöchte. Die Festsetzung der Friedensbedingungen ist also eine bringende Obliegenheit der Regierungen untereinander, es wäre jedoch heute noch verfrüht, sich in eine Verhandlung über die gesamten Fragen vor der großen Öffentlichkeit einzulassen. Es ist indes schon heute richtig, ja notwendig, gewisse Fragen vor die große Öffentlichkeit des In- und Auslandes zu bringen, denn eine entschiedene Stellungnahme zu ihnen ist schon an und für sich eine politische Tat, berufen, die gewünschte Lösung vorzubereiten und unseren Freunden Stärke und Vertrauen einzufößen. Nicht nur das Zögern ist schädlich, sondern schon dessen Anschein.

Es war sehr richtig, sich über die polnische Frage zu äußern; jedes einzelne Wort der Neußerung war notwendig. Rußland die befreite polnische Provinz zurückzugeben wäre ein Armutszeugnis und ein Zeichen von Feigheit. Wenn wir, aus Angst vor einer Vergeltung Rußlands, 12 Millionen Menschen nicht anguldenern wagten, die einen solchen Anschluß für kein Unglück oder keine Demütigung ansehen, sondern davon eine Aufrechterhaltung erhoffen; wenn wir es nicht wagten, uns jenes einzige Volk näherzubringen, das an unseren Grenzen nicht unser unbedingter Feind ist und zu gewinnen wäre, dann wäre es in der Tat eine Sünde gewesen, das Leben sovieler Hunderttausende von Menschen aufs Spiel zu setzen. Es ist kein Argument für das Entgegen, daß wir dadurch den Revanchekrieg vermeiden würden, den die Tatsache der Befreiung der Polen heraufbeschwören könnte, denn durch unsere Feigheit könnten wir hinwegwischen den Krieg herbeiführen, der daraus entstünde, daß die polnische Wunde sich an unserem Leibe wieder öffnete und daß sich die Machtstellung Rußlands befestigen würde, sobald es die Einigung der polnischen Nation auf seine Fahnen schreiben könnte. Wenn wir in dem Falle unseres Sieges die Polen nicht befreien, so würde die Kraft der Tatsachen beweisen, daß sie von uns nichts zu erhoffen haben und daß ihnen nur der Sieg Rußlands eine der Vorbedingungen künftiger Entwicklung: die Einigung dieser zerstückelten Teile zu bieten vermag. Erlitten wir ein eroberbares Gebiet zurück, das von allen seinen Entfindungen nach dem alten Anschlusse hingezogen wird, so mag das der Ausfluß richtiger politischer Berechnung sein; stellen wir aber ein Volk wieder unter russische Oberherrschaft, in dem die Vor-

bedingungen und der Wille zu einem von Rußland unabhängigen Dasein vorhanden sind, so hieße das sich dem Prestige Rußlands beugen, und wir würden siegreichen Schlachten die Folge nehmen, daß Rußland von dem Balkan und aus Mitteleuropa verdrängt würde. Und es war sehr richtig, ja notwendig, unser Vorgehen laut auszusprechen, denn die arme, von so vielen Heimlichungen getroffene polnische Nation darf mit Recht erwarten, in bezug auf die wichtigste Frage ihrer Zukunft zumindest orientiert zu werden. Nur eine offene Bekundung unseres Willens kann als Basis der Stellungnahme der polnischen Nation dienen, von der wir nicht erwarten können, sie möge sich in ihrer verkehrten Lage an unsere Seite stellen, wenn sie nicht einmal weiß, ob wir im Falle unseres Sieges uns ihrer annehmen wollen und ob sie selbst im Falle unseres Erfolges nicht werde für die uns bewiesene Sympathie büßen müssen, da wir nichts für sie zu tun wagen.

Ich begreife, daß der Reichskanzler in seiner verantwortungsvollen Stellung heute noch nicht ausgesprochen hat, was die verbündeten Staaten mit dem befreiten Polen zu beginnen beabsichtigen, doch hoffe ich, daß die Regierungen diese Frage untereinander baldigst klären und binnen kurzem auch in diesem Belange die politischen Kreise orientieren. Bis dahin wünsche auch ich vor der Öffentlichkeit bloß ein paar Grundthesen festzulegen.

Ich halte es für vollständig ausgeschlossen und unmöglich, eine Lösung auf Grund der Idee einer Teilung Russisch-Polens herbeizuführen, denn dies würde die gesamte polnische Nation in das Lager unserer Feinde drängen. Es scheint eine einfache und leichte Sache zu sein, mittels eines Machtwortes Nationen zu zerstückeln: tatsächlich aber ist die grausame Bifurkation, die Tausende von Gefährten und Interessen verletzende Unmenschlichkeit gegen ein Volk, das uns nicht feindlich ist, Sünde und Fehler zugleich, besonders wenn dies nicht einmal im Interesse unserer eigenen Lebensinteressen erforderlich ist. Die Verwerflichkeit dieses Gedankens liegt schon darin, daß er nur gegenseitigen Mißtrauen entspringen kann. Historisch ist die erste Aufteilung Polens darauf zurückzuführen, daß Preußen und Oesterreich Gegner waren und keiner des andern Kräftigung mißtrauten konnte, ohne selber in gleichem Maße an Kraft zugunehmen. Heute ist die Lage verändert. Heute ist es nicht mehr Aufgabe unserer Staatsmänner, dafür zu sorgen, daß das Gleichgewicht Deutschlands und Oesterreich-Ungarns bis auf das letzte Jota das alte bleibe, und daß sie über gegeneinander schützbarer strategische Grenzen verfügen. Heute müssen sie einem beideren und für jede der Parteien nützlicheren Gedanken dienen. Heute müssen unsere Staatsmänner darum besorgt sein, daß die beiden, infolge vitaler Interessen aufeinander angewiesenen Mächte nie einander gegenüber geraten mögen, noch können, sondern inmitten aller Heimlichungen nebeneinander zu stehen kommen. Heute müssen wir unser gegenseitiges Verhältnis derart fixieren, daß nur die nach Rußland blickenden Grenzen für uns beide von Wichtigkeit seien, was auch ohne Verletzung der bestehenden Waffenbrüderschaft und des nationalen und staatlichen Selbstbewußtseins erreichbar ist.

Für völlig ausgeschlossen halte ich auch eine Lösung, die einen Gebietsverlust der siegreichen Großmächte nach sich zöge, also die Einigung der drei polnischen Landesteile und die Begründung eines unabhängigen Königreichs in Galizien und Polen. Deutsch-Polen ist das sine-qua-non von Preußens Stärke. Der wäre nicht bei klaren Sinnen, der daran dächte, Preußen solle geneigt sein, die den territorialen Zusammenhang seiner eigenen Provinzen sichernden polnischen Gebiete nach einem deutschen Siege hinzugeben. Auch muß jeder Pole wissen, daß in diesem Belange die Geschichte nicht rückgängig gemacht werden kann. Die Wichtigkeit Galiziens vom Standpunkte Oesterreich-Ungarns aus kann nach dem jetzigen Feldzuge jedenfalls nicht geleugnet werden. In Galizien haben wir Ungarn, Schlesiens und Mährens verteidigt. Und es kann auch nicht der Lohn unserer übermenschlichen Anstrengungen sein, daß wir unsere militärische Position verfallkommen lassen.

Auch würde ich es nicht für zweckmäßig halten, wenn unter Beibehaltung der heutigen Dreiteilung aus der Provinz Warschau ein selbständiges polnisches Königreich als Pufferstaat gemacht würde. Eingeleitet zwischen drei Mächte, die viel größer sind als dieses Königreich wäre, hätte es nicht die Vorbedingungen selbständigen Lebens und empfangen den natürlichen Trieb, die zu Preußen und zu Oesterreich gehörenden Teile zu erwerben und dort Precedentismus anzufachen. Wäre dieses neugegründete polnische Königreich wirklich selbständig, so könnte es tatsächlich passieren, daß es von Rußland für sich gewonnen würde. Von allen seinen Nachbarn wäre Rußland der einzige, der den Gedanken einer Eroberung der übrigen Teile aufrichtig unterliegen könnte, naturgemäß mit dem Hintergedanken, in der Folge das vereinte Polen von neuem zu unterjochen. Dem russischen Einfluß würde

zu feigen: „Ach, unser arme Männer, ach, warum misse dem ja arme Männer keine ...“

Frühlingshoffnungen — Zukunfts-
sorgen.

Von Dr. Müller-Meinungen.

Oberlandesgerichtsrat, Mitglied des Reichstages
(München).

Und aus Sommer ward Winter, und der Frühling streut zum zweitenmal seine Gaben über das erstarrte Land — über so viel Verzweid der Völker, über so viel Völkerwahnwitz!

Auch unsere Wägen draußen in den Gräben janchen dem Frühling entgegen. Und der Denz lacht wie sonst. Die Verähe jubiliert trotz all des Nordens. Zwei Duzend der größten Verbrecher, die je die Weltgeschichte sah, ziehen den Völkern der „Einfreisungsmächte“ den Ring durch die Nase, phantazieren trotz eäter deutscher Siebe von der „Niederwerfung des Preußentums“, konferieren, organistieren, dupieren und scharmuzieren, als wenn es sich nicht um das Leben von Millionen, sondern um einen Sport oder eine Modefache handeln würde. Der fürchtbare Ernst der Situation wird den Völkern und Verführern nicht erbart bleiben: das Erwachen wird einst fürchterlich werden.

Aber der Frühling geht seinen Weg und bereitet den Segen vor, um den schmachvollsten Plan, den je ein Menschenhirn erdacht, die Aus-hungerrung von 125 Millionen Menschen, zu-schanden zu machen. So erfüllen uns Oster-gedanken mit Dank gegen die Vorsehung, die göttliche ewig gerechte Natur, mit der Ahnung, daß auch dieser Zustand des Schreckens und des Wahnsinnes den menschlichen Gefühlen des Ver-ehens, der gegenseitigen Achtung, des Bewußt-seins der Zusammengehörigkeit einmal weichen muß, daß Recht, Kultur und Menschentum die Schmachzeiten vergessen lernen, die die Kriegs-psychose über die Menschheit gebracht.

So unabsehbar das Völkervürgen dauert, so wird die Frage: „Was wird nach all den Greueln?“ von Tag zu Tag lebendiger. Nicht bloß mit den Feinden. Mehr noch: „Was wird zwischen denen, die das Blut zusammengeschweiß hat? Mit den Bundesbrüdern von gestern und heute?“ Nicht wollen wir fragen: „Wer hat dem andern mehr genützt?“ Unklare Gehirne oder großenwahnige Ideen, die unsere Feinde mephistophelisch nähren, werfen diese Frage auf. Immer wollen wir uns sagen: „Wer uns trennt, will den Untergang aller Teile.“ Jeder ist so viel wert, als er sich und dem Freunde leistet. Völker großer Reiche sind keine Schachergilden, die nach Kostäuscherart den anderen zu benachteiligen vermögen. Um Himmels willen keine alten Diplomaten-rezepte! Freilich, die großen Ideen ge-winnen mit der Zeit nur schwer größere Klar-heit. Wie unendlich viel spricht man und schreibt man von unserer wirtschaftspolitischen Zukunft, der „Annäherung der beiden Reiche“. Vereine, Zeitungen, Unternehmungen, die dieser Idee dienen wollen, wachsen wie die Pilze aus dem Boden. Manchmal wird einem angst über all diesem Eifer. Denn die Klarheit über das Wollen steht oft im umgekehrten Verhältnis zu den Bergen von Zeitungspapier, die von „Zollunion“, „Zollverträgen“, „Barzugs“, „Zwischenzöllen“, „Meistbegünstigung“ usw. pre-chen. „Mitteleuropa“ heißt das populärste Schlagwort, unter sich aber denken keine zwei wirklich über das große Problem dasselbe.

Und sie alle meinen's so heralich aut! Und weil sie es so gut meinen, kommen sie — echt deutlich — schon heute in Worten mächtig hintereinander. Wa. Dr. Baasche hat neulich dem preußischen Handelsminister Sydow ge-hörig den Text gelesen, weil er zu fast das Stillestehen mit den Händen an der Hofennaht im preußischen Abgeordnetenhause betreffend die zukünftige handelspolitische Gestaltung des Verhältnisses des Deutschen Reiches mit Oester-reich-Ungarn dekretiert hätte. Hat jemand jemals die Bureaufratie warnherzia gesehen? Zweifelt jemand, daß sie auch, was an ihr liegt, tut, um das Verhältnis der Völker mög-lichst nichtern, möglichst kalt, ja einfach kalkula-torisch zu gestalten? Ultra posse nemo tenetur. Sie kann's nicht anders.

Hat man von der Geschichte der letzten hundert Jahre und darüber noch immer nichts gelernt? Wenn aber ja, dann müssen die Völker wissen, daß sie die großen Fragen: Wie machen wir die Beziehungen der Völker der zwei großen Zentral-reiche aus einer Diplomaten- zu einer Herzenssache, wie schalten wir jede krankmachende Erkältung aus ihrem Leben aus? — einzig und allein selbst lösen können. Wehe, wenn sie der Bureaufratie das Mandat ausstellen!

Dabei habe ich überhaupt den Eindruck, daß man die zollpolitischen Verein-barungen und ihren Wert — ich unter-schätze ihn sicherlich nicht — doch manchmal etwas überschätzt. Maßnahmen der Ver-kehrspolitik, auf die ich neben militär-politischen das Hauptgewicht lege, können sie völlig aufheben oder in ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Wirkung hemmen. Eine vernünftige Ausgestaltung der Verkehrsfragen erwärmt die Völker, die sie zusammenführt. Die Frage des Vertrages über den Ausbau und die Unterhaltung der Wasserstraßen, über ihren Betrieb und ihre Abgaben, die sich alle mehr oder weniger um die Zukunft der Donau gruppieren, erscheint mir mit das Allerwichtigste. Sie ist für beide Reiche, in erster Linie aber für die wirtschaftliche Zu-kunft Oesterreich-Ungarns, eine Lebensfrage. Das praktische Vorgehen Wiens findet Dank und wärmste Unterstützung unsererseits. Selbst wenn ein verständiger Zollvertrag nicht zu-stande käme (die Zollunion halte ich für ganz unmöglich), müßte die große Frage der Sicherung unserer Ernährung, müßte die Lebendigmachung des Schlagwortes Hamburg—Bagdad—Basra für alle Fälle gelöst werden: um jeden Preis! Kleinliche Partikularis-men diesseits oder jenseits der schwarz-weißen Grenzspähle müssen überwunden werden. Jetzt oder nie! Gerade da wir auf dem Standpunkt der Aufrechterhaltung der vollen Unabhingigkeit und Souveränität der beiden Mächte stehen, treten wir für die ver-tragsmäßige Ordnung all der Fragen ein, die uns in Zukunft wieder auseinander-reißen könnten. Wir können so meines Erachtens auch um eine Militär-konvention nicht herum. Gegen sie läßt sich die Einrede der Beschränkung der Souveränität vernünftigerweise nur dann erheben, wenn man überhaupt in jeder völkerrechtlichen, vertragsmäßigen Bindung eines Staates eine solche Beschränkung sieht. Verträge, insbesondere über Wehrfragen, sind natürlich nicht die Hauptsache, sondern der Geist, der gute Wille, die Ueberzeugung von der absoluten Notwendigkeit der Durch-führung solcher wichtigen gegenseitigen Siche-rungen und Deckungen. Die Hunderttausende von kleinen und kleinsten Fäden, die ich von hüben wie drüben durch geschäftliche, gefellige, wissenschaftliche Fühlungnahme der Völker gewoben haben will, die ihren Mittelpunkt in der Erinnerung an unbergängliche gemeinsame Ruhmesstaten in Polen und in Galizien, in Serbien und am Alpenwall finden, sollen das nötige Band der Völker als stärkste Stütze solchen Diplomatenwerkes schaffen. Kennen lernen, uns gegenseitig verstehen, das ist und bleibt die Forderung des Tages für die Völker und ihre Vertretungen! Mit staatsmännischer

augurenhafter „Ueberlegenheit“, an die nur wenige recht harmlose heute innerlich noch glauben, kommen wir so wenig weiter wie mit den fortwurstelnden Nebensarten von „Zuwarten“, „mangelnder Reife der Dinge“, „mangelnder Stellungnahme der Regierungen, die abzuwarten sei“.

Wollen wir uns doch durch den „Ruspä-t-bund“ unserer Feinde warnen lassen! Sie werden ihre teuflischen Legebüchsen bald spielen lassen. Wenn wir weiter ehrlich Organe schaffen wollen, die in planmäßiger Zusammenarbeit durch Aufklärung und Gedonkenaustausch die Fühlung zwischen den Reichen aufrechterhalten, das gegenseitige Ver-trauen stärken und übereinstimmende Akte der Gesetzgebung und Verwaltung, vor allem auf dem Gebiete des Verkehrs, des Handels, der Gewerbe, des Gesundheitswesens, der sozialen Fürsorge und des Rechtslebens, vorbereiten wollen, dann ist's wahrlich allmählich Zeit, dann dürfen wir nicht im staatsrechtlichen Formelkram der Vorber-handlungen stecken bleiben, ja ersticken. Müssen wir denn absolut in des Teufels Namen alle über alle Einzelheiten nach einer Schablone denken? Die Schwierigkeiten der Fragen kennen wir nun allmählich, und es war höchste Zeit, daß wir sie kennen lernten. Wir lassen uns aber nicht von ihnen abschrecken, denn wir wissen, daß es sich hier um nicht weniger als Sein oder Nichtsein handelt. Nicht für den einen, nein, für alle Teile in gleicher Weise! Und wir erkennen an, daß sie für Oesterreich ungleich größer sind als für uns. Die Rege-lung der Verhältnisse der Nationen und die notwendige Verwaltungsreform machen unseren österreichischen Freunden die Arbeit doppelt und dreifach schwer. Wir müssen um so mehr Geduld und Verständnis für diese unaebueren Schwierigkeiten haben und wecken. Es gilt das Verständnis für die welthistorische Aufgabe vorbereiten. Die Völker müssen aus Ueber-zeugung die kulturelle, politische und mate-rielle Zusammenarbeit wollen, um den Bestand der beiden großen Reiche zu sichern, die gegen-über den großen russischen, englischen, ost-asiatischen und amerikanischen Weltmetropolen nur verhältnismäßig kleine Teile der Erd-oberfläche beherrschen — so stark und über-mächtig sie sich heute auch im Welträngen be-weisen: Wir beide kamen bei der Teilung der Erde zu spät! Auch dieses gleiche Gesärd führt uns zusammen! Die Unterlassungen der Ver-gangenheit können nur so noch einigermaßen gutgemacht werden, daß die beiden Zentral-mächte von unerträglichen fremden politischen und wirtschaftlichen Einflüssen unabhängig gemacht werden, um ihren bitter beneideten Wohlstand zu erhalten und zu heben.

Verdun zeigt Frühling, Siegesfrühling für unsere Länder. Völker, die so Gewaltiges leisten, werden auch die Friedensschwierig-keiten der Vergangenheit und Zukunft zu über-winden wissen: Die Zeit will es! Sei der Schlachtruf! Die ungeheure Wucht des Kolosses, der in wenigen Jahrzehnten neuerlich den Versuch machen wird, den Westen zu überrennen und an den Atlantischen Ozean und das Mittelmeer zu kommen, möge uns ewige Mahnung, weltpolitischer Ruf auf Eintrachtspflicht sein!

Zur Kriegslage

Von der strategischen Entwicklung. Die Russen in Frankreich. Hinter der Westfront. Im Raume Verdun. Avocourt-Esnes-Cumieres. Baug-Bras. Von Ypern bis Tracy-le-Bal. Postavy-Tza. Die Lage an der italienischen Front. Die Russen in Hocharmenien. Die Kämpfe im Raume Bitlis. Der Weg ins Tigris-tal. Die Entsatzkämpfe von Kut-el-Amara.

Hinter den Möglichkeiten des deutsch-amerikanischen Konfliktes, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet fühlbar machen könnten, sind die kriegerischen Ereignisse der letzten Tage mehr zurückgetreten, als in der Entwicklung der Vorgänge begründet liegt. Allerdings sind keine militärischen Ereignisse zur Reife gediehen seit die Russen sich in den Besitz von Trapezunt, die Italiener in den des Col di Lana, die Deutschen in den der Steinhöhe zwischen Baug und dem Pfeffertüden gesetzt haben und die englische Entsatzarmee westlich Kut-el-Amara neuerdings zurückgeschlagen worden ist. Es darf aber nicht übersehen werden, daß der einheitliche strategische Charakter des vielgestaltigen Kriegsbildes nun auf das Deutlichste erkennbar geworden ist und daß auch an sich kleine Vorgänge und geringe Verschiebungen in ihrer Summierung die Entwicklung des Krieges heute sichtbarer bestimmen helfen, als dies früher der Fall war. Die Landung der Russen in Marseille ist hierfür ein treffendes Beispiel. Sie zeigt, wie mit an sich unbedeutenden Beständen — bis jetzt ist knapp eine Division nachweisbar, die in Staffeln über Lyon nach Besançon und Châlons befördert wird — große Wirkungen ausgelöst werden sollen, ähnlich wie vor Verdun mit Einheiten von Bataillons- bis Brigadestärken angegriffen wird, statt eine ganze Armee a tempo in Bewegung zu setzen.

Die Ausschiffung der Russen in Frankreich hat in Paris zweifellos moralisch sehr günstig gewirkt, eine militärische Verstärkung von größerem Gewicht stellt sie bis auf weiteres nicht dar. Ob die Truppe weiter verstärkt wird oder als russische Fahnenwacht auf französischem Boden mehr symbolisch als handelnd auftreten soll, wird sich erst später feststellen lassen. Immerhin fällt mit ihrer Landung gesteigerte Regsamkeit hinter den französischen Fronten zusammen, wo neuerdings größere Verschiebungen im Gange sind. Parallel mit diesen sind Bewegungen an der deutschen Westfront wahrzunehmen und wir haben keinen Grund die wiederholt vertretene Auffassung, daß mit noch stärkerer Tätigkeit an der Westfront gerechnet werden müsse, preiszugeben.

Soweit sich heute feststellen läßt, ist die russische Landung auf Entschlüsse zurückzuführen, die schon im Dezember gefaßt worden sind. Dadurch würde die Vermutung bestätigt, daß es sich um eine, sei es nun reale, sei es symbolische Verstärkung für die Frühjahrsoffensive der Entente handelt, die bekanntlich für den Mai geplant war. Hat diese Offensive auch durch die Operationen der Deutschen gegen Verdun eine schwere Störung erlitten und großes Material und unerfessliche französische Truppen im voraus eingebüßt, so ist sie darum doch wohl nicht aufgegeben. Wir haben diese Dinge in unserer Betrachtung vom 9. April ausführlich dargestellt und besonders darauf hingewiesen, daß man bei einer Ententeoffensive im Westen zum mindesten mit Diversionen, wenn nicht mit einer durchzuführenden Aktion der Engländer vom Mutterlande aus und zur See rechnen könne. Heute erscheinen nun zum ersten Male Anzeichen, die als Einleitung von Unternehmungen in dieser Richtung gedeutet werden können. Nach deutscher amtlicher Meldung sind vor der flandrischen Küste zahlreiche englische Seestreitkräfte erschienen, um Minen zu suchen und Merkmale zur Einnahme von Gefechtsstellungen anzubringen. Auch der Gegenstoß eines deutschen Aufklärungsgeschwaders in der Richtung auf die englische Ostküste, der bis auf die Höhe von Lowestoft, südlich Portsmouth, gelangt ist, verdient Beachtung. Neue Zeppelinraids über Ostengland und sehr rege Fliegertätigkeit auf der ganzen Westfront ergänzen das Bild. Allmählich drückt die Last des Krieges immer schwerer auf Englands Schultern, das nun für das erschöpfte Frankreich einspringen muß.

Im Raume Verdun sind Angriff und Verteidigung in den letzten Tagen kleben geblieben.

Westlich der Maas wird immer noch um die eingedrückte Stellung 304—395 gekämpft, wo Angriffe und Gegenangriffe sich augenblicklich die Wage zu halten scheinen. Solange die Franzosen nicht hinter die Straße Avocourt-Esnes-Cumieres zurückfallen, kann von sichtbaren Veränderungen im Nordwestsektor nicht die Rede sein, wobei indes zu beachten bleibt, daß die artilleristischen Wirkungen sich bis zur Auslösung des Infanteriesturmes der Betrachtung entziehen. Auch östlich der Maas haben die Franzosen auf Gegenangriff nicht verzichtet und gehen sowohl hier als auch im Südostsektor in der Gegend von Les Esparges-Combres mit aufgefüllten Regimentern unverzagt immer wieder vor. Gelingt es ihnen auch selten den von den Deutschen erstrittenen Gewinn wieder an sich zu bringen, so hemmen sie doch den Fortschritt des gewaltigen Angriffs, der trotzdem nun zwischen Baug und Bras an und in die Linie der permanenten Befestigungen herangelangt ist. Für die weitere Entwicklung des Kampfes sind nach wie vor Frist- und Zeitbestimmungen nicht zu geben.

Die strategische Lage der Franzosen erscheint eher gebessert, und es wird sich nun entscheiden müssen, ob der Angreifer seine operativen Zwecke ungestört und kräftig genug weiter verfolgen kann oder durch Gegenmaßnahmen offensiven Stiles, die auf breiter Basis angeordnet werden, gezwungen wird, sich mit dem errungenen Erfolge zu bescheiden.

An den übrigen Abschnitten der Westfront hält die örtliche Gefechts-tätigkeit unvermindert an, nimmt aber bis jetzt weder an der englischen noch an der französischen Front den Charakter von Offensivunternehmungen an. Immer noch handelt es sich um Angriff und Gegenangriff, hauptsächlich im Raume Ypern, wo St. Eloi als Brennpunkt aufblüht, ferner zwischen La Bassée und Arras, wo Souchez hervortritt und im Raume Albert bei Fricourt, Mamez und Thiepval. Diese ganze Linie wird bekanntlich jetzt von den Engländern gehalten. Die Franzosen traten besonders im Mündungswinkel von Aisne und Duse bei Tracy-le-Bal in Tätigkeit.

An der Ostfront ist die verhältnismäßige Ruhe seit dem Zusammenbruche der russischen Entlastungsoffensive in der Seengegend nicht gestört worden, doch sind auch dort Vorbereitungen im Gange, die auf Wiederaufnahme der Operationen durch die Russen schließen lassen, und es ist anzunehmen, daß die russische Front nach der Aufrückung der Wege, also etwa im Mai, wieder in Bewegung kommt. Dann wird sich zeigen, ob sie die März-kämpfe taktisch nützen und den Angriff mit der allgemeinen Richtung Wilna wieder erneuern können. Daß sie am 18. März mit ungeheurer Gewalt angegriffen haben und besonders im Raume Postavy nördlich, im Raume Tza südwestlich des Naroczles um jeden Preis den Durchbruch erzwingen wollten, ist mittlerweile vollständig ins Klare gestellt worden. Darüber hinausgehende Anstrengungen können sie nur auf breiterer Basis anstreben und auch diese nur dann glücklich einleiten, wenn ihnen der Gegner nicht durch eine Störungsoffensive zuvorkommt. Am regsten sind sie jetzt immer noch bei dem vielumkämpften Garbunowka. Hier, im Vorfeld von Dünaburg, haben sich beide Gegner im Hin und Her von Angriff und Gegenangriff verbißten. Südlich der Rokitnosümpfe beschränkt sich die Gefechts-tätigkeit auf örtliche Unternehmungen, die für die Entwicklung ohne Bedeutung bleiben.

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz hat die österreichische Initiative, die eine Zeitlang im Raume Tolmein zur Geltung gelangte und zuletzt einen Gegenstoß im Raume Borgo brachte, sich scheinbar wieder beruhigt. Es wäre aber verkehrt, daraus Schlüsse zu ziehen. Die Italiener haben bei Selz am Dorberdomassiv etwas Boden gewonnen und sich offenbar in der genommenen Stellung behauptet; auch auf dem Col di Lana halten sie unter schwerem Artilleriefeuer stand und suchen den Angriff gegen den Nordwestgrat vorzutragen, um im Hochcordole vollends Boden zu fassen. Das ist ihnen bis jetzt noch nicht gelungen. Im Suganatal macht sich der österreichische Gegendruck noch stärker geltend als bisher und strahlt jetzt von der Trientiner Zentralstellung so kräftig aus, daß auf eine Ansammlung großer Streitkräfte in dieser Flankenposition geschlossen

werden muß. Cadorna hat weniger Grund als je, Truppen nach anderen Kriegsschauplätzen abzugeben, und man begreift, daß die Italiener ihre rückwärtigen Linien methodisch mit allen Mitteln ausbauen und sichern.

In Hocharmenien hat die russische Offensive mit der Eroberung der Linie Trapezunt-Erzerum vorläufig kulminiert, und es bleibt nun, wie bereits festgestellt, abzuwarten, ob den Russen der Ausbau ihrer Verbindungen in einem so weitgehenden Maße glückt, daß sie ihre Offensive ungestört von Trapezunt am rechten Flügel, von Mamachatum im Zentrum und von Bitlis am linken Flügel weiter vortragen können. Am Schwarzen Meere werden sie mit Hilfe der Flotte das Ufergelände auch westlich Trapezunt beunruhigen und zum Teil besetzen können, im Raume Erzingian sind sie indessen schon auf versteiften Widerstand westlich Mamachatum gestoßen. Im Raume Bitlis geht es jetzt um die Pässe des armenischen Taurus, und zwar scheint der russische Vormarsch sich den Weg von Bitlis südwärts auf Sertins Tigris-tal erzwingen zu wollen. Dabei ist es nach türkischer Meldung zu scharfen Kämpfen gekommen, die mit dem Rückzuge der Russen in der Richtung auf Bitlis geendet haben. Da es für die persische Pointe der Russen und für die Entlastung der Engländer in Mesopotamien von größter Wichtigkeit wäre, wenn die Kaukasusarmee von Bitlis ins Tigris-tal gelangte und sich in der Richtung Mosul Bahn bräche — wir haben schon vor längerer Zeit diese Verhältnisse eingehender besprochen — so ist anzunehmen, daß die Türken nun hier genügende Streitkräfte zu versammeln suchten, um die Tauruspässe mit besserem Erfolge zu verteidigen, als die Linie Erzerum-Trapezunt.

Die größten Kämpfe finden jetzt an der Front statt, wo die Engländer nicht müde werden, ihre Entsatkolonnen gegen die türkische Barrierestellung am Tigris vorzuführen. Der letzte Angriff, der am 22. April nach zweitägiger Artillerievorbereitung einsetzte und auf dem linken Tigrisufer zwischen Strom und Sumpf angeordnet wurde, hat abermals mit einem schweren Rückschlage geendet. Die auf schmaler Front zusammenge-drängte englische Spizenbrigade ist dabei offenbar vernichtet worden. General Townshend besitzt nur noch Kraft zur Verteidigung seines festen Lagers und vermag sich nicht mehr durch Ausfälle Luft zu machen oder der Entsatzarmee die Hand zu reichen. Es haben also seit dem 17. April rechts und links des Tigris unaufhörlich Kämpfe stattgefunden, die dem englischen Angreifer schwere Verluste, aber keinen Erfolg gebracht haben. Ob unter diesen Umständen Kut-el-Amara noch Aussicht auf Entsatz hat, darf bezweifelt werden, da Townshend kaum noch über Mund- und Schießvorräte von Bedeutung verfügt. Bevor bei Kut-el-Amara die letzte Entscheidung gefallen ist, hat der Oberbefehlshaber der türkischen Trakarmee, Feldmarschall von der Goltz, sich zum Sterben hingelegt. Die militärische Entwicklung der Dinge in Mesopotamien wird durch diesen Kommandowechsel nicht beeinflusst werden. H. St.

25. IV. 1916

Das amerikanische Volk über die Note.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Amsterdam, 24. April.

Die „Morning Post“ erfährt unter dem 20. aus Washington: Enthusiasmus über einen Krieg mit Deutschland gibt es im ganzen Lande nicht, weder in der Presse noch in der Öffentlichkeit. Senator Stones, im Repräsentantenhaus gesprochene Worte „you look as sad, as I feel“ drücken genau die Gesamtstimmung des Landes aus. Wilson wird von der deutschen Presse Amerikas bitter und scharf angegriffen. „St. Louis Amerika“ sagt, Amerika werde durch einen Krieg eine englische Kolonie werden und seine Unabhängigkeit verlieren. Roosevelt greift Wilson wegen seiner bisherigen Haltung an, die veranlaßt habe, daß Amerika in Deutschland nicht ernst genommen wurde. Bryan ist bemüht, das Aeußerste zu verhüten. Von den Mitgliedern des Kongresses greifen bisher besonders die folgenden drei Wilson offen an: der Führer der Republikaner im Repräsentantenhaus Mann, der sagt: Wilson will das Land in einen Krieg treiben um seiner eigenen politischen Zwecke willen und weil er die Deutschen haßt; Senator Smith aus Michigan, ein Republikaner, der Wilson Mangel an Voraussicht und Torheit vorwirft, und Senator Boardman aus Mississippi, ein Demokrat, der Wilson unneutral nennt, weil er England bevorzuge. Vieles lassen sich die andern englischen Blätter melden. Alle enthalten sich jeglicher reaktionellen Besprechung ihrer Berichte.

New York, 22. April.

Funzipruch des W. T. B.

Die amerikanischen Zeitungen geben mit wenigen Ausnahmen der Meinung Ausdruck, daß das Land sich hinter Präsident Wilson stellen müsse, wobei sie betonen, daß die Entscheidung jetzt bei der Berliner Regierung liege.

„New York Globe“ schreibt: In einer Sprache, die fest aber höflich ist, deutlich ist, aber unnötige Drohungen vermeidet, hat Wilson Deutschland mitgeteilt, daß die Beziehungen unseres Landes mit ihm aufhören müssen, wenn die völkerrechtswidrige Unterseebootkriegführung fortgesetzt wird.

„New York Evening Mail“ sagt: Wenn jetzt der Kongreß nicht eingreift, so gibt es Krieg. Der Unterseebootkrieg wird durch unser Vorgehen nicht gemildert, sondern verschärft werden, denn mit dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen werden alle Versprechungen hinfällig, die Deutschland uns gegeben hat. Wenn englische Schiffe weiter torpediert werden und Amerikaner sich weiter auf ihnen befinden sollten, dann muß es Fälle geben, in denen das Leben von Amerikanern zu beklagen sein wird. Präsident Wilson wirft hiermit gleichzeitig mit unseren diplomatischen Beziehungen die Möglichkeit der Ausklärung, Entschuldigung und Entschädigung beiseite.

„New York World“ meint: Deutschland kann mit den Vereinigten Staaten freundschaftliche diplomatische Beziehungen aufrecht erhalten, wenn es Wert darauf legt. Deutschland kann Frieden mit den Vereinigten Staaten haben, wenn es Wert auf Frieden legt. Das Ultimatum Wilsons ist keine Drohung, es ist eine Warnung, die die Bedingungen umschreibt, unter denen die diplomatischen Beziehungen fortgesetzt werden können.

„Washington Post“ erklärt: Angesichts des gerechten Verlangens, daß die deutschen Unterseeboote nicht länger in so unterschicksloser Weise verwendet werden sollen, daß sie amerikanische Fahrgäste in Gefahr bringen oder ums Leben bringen, ist es keine Frage und es kann gar kein Zweifel sein, daß Deutschland anerkannt wird, daß dieses Verlangen berechtigt ist. Deutschland muß als unser Freund solche Maßnahmen vermeiden, die amerikanisches Leben zugrunde richten. Deutschland hat gezeigt, daß es keinen Krieg mit den Vereinigten Staaten sucht. Zweifellos wird es jetzt dafür sorgen, weitere Ursache zu Mergernis zu vermeiden. Das würde eine Aenderung der Methoden, nicht eine Aufgabe der Verwendung von Unterseebooten bedeuten.

In der „Philadelphia Press“ heißt es: Deutschland hat noch einmal Gelegenheit, sein Vorgehen zu ändern. Unser Land will keinen Krieg mit irgend einem Volke; wenn er uns aber ausgenutzt wird, so werden wir ihn anzunehmen und mit aller zur Verfügung stehenden Kraft und Energie zu führen haben.

Im „Philadelphia Public Ledger“ steht: Es wird keinen Krieg geben, es sei denn, Deutschland wäre entschlossen, ihn herauszubekämpfen.

Im „Boston Traveller“ liest man: Es ist immer noch möglich, daß Deutschland in der Erkenntnis, daß eine richtige Beweisführung gegeben worden ist, gegen seinen Willen gezwungen sein wird, das zu tun, was es in allen Ehren und mit Anstand gern tun sollte.

„Bridgeport Telegram“ behauptet: Wenn wir eine Krise haben, so ist es eine Krise, die ihren Ursprung in Deutschland hat.

„Anaconda Standard“ schreibt: Man kann noch Hoffnung haben, daß der Bruch mit Deutschland vermieden werden kann, wie es bisher der Fall gewesen ist. Die Herausforderung war sehr stark und die Geduld des Präsidenten Wilson und der amerikanischen Regierung erstaunlich, aber diese Geduld ist nicht unerschöpflich.

„Butte Evening Post“ erklärt: Es gibt noch genug Gelegenheit, zu einer billigen und gerechten Verständigung zwischen Berlin und Washington zu gelangen. Wir glauben, daß es, wie die Lage auch aussehen mag, aufrechte amerikanische Bürger geben wird, und zwar nicht wenige, die sich taum enthalten werden, die Frage aufzuwerfen: Wenn Präsident Wilson einmal dabei ist, warum spricht er zum Kongreß, wenn er persönlich dort erscheint, nicht auch über unsere Beschwerden gegen England und warum sagt er nicht gerade heraus, daß er erklären wird, daß die Londoner Regierung das eine oder das andere tun muß.

Im „Wisconsin Republican“ heißt es: Das amerikanische Volk wünscht keinen Krieg mit Deutschland, und wir glauben nicht, daß Deutschland einen Krieg mit den Vereinigten Staaten

wünscht. Wir haben das Gefühl, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern verbessert würden, wenn sie zu einer aufrichtigen Verständigung gelangten.

„New Orleans Times-Picayune“ meinen: Nicht Amerika ist schuld an dem Streite. Seine friedliche Beilegung ist noch leicht. Deutschland kann ohne Selbsterniedrigung oder Preisgabe irgendwelcher nationaler Rechte oder einer rechtmäßigen Waffe die Versicherungen, die es bereits gegeben hat, wahr machen und einen Bruch vermeiden.

Im „El Paso Herald“ heißt es: Abgesehen von unbedingten Parteigängern der Alliierten wird der Abbruch der diplomatischen Beziehungen in weiten Kreisen gebilligt werden, namentlich von solchen Leuten, die sich um die Folgen nicht kümmern und einen beschränkten Gesichtskreis haben; aber nur durch eine wohlüberlegte Agitation kann die Mehrheit des amerikanischen Volkes zur Billigung eines Krieges mit Deutschland unter den gegenwärtigen Verhältnissen gebracht werden.

Im „San Francisco Chronicle“ liest man: So ernst die Umstände sind, so rechtfertigen sie doch nicht einen Krieg. „New York American“ schreibt: Wir glauben nicht, daß unser Land in den europäischen Krieg eingreifen sollte. Wir sind vollkommen sicher, daß die überwiegende Mehrheit des amerikanischen Volkes unserer Meinung ist.

In einem weiteren Artikel betont „Evening Mail“, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika den Krieg bedeuten würde, und sucht damit dem offensibaren Wunsche Washingtoner Kreise, die Folgen eines diplomatischen Bruches zu verkleinern, entgegenzutreten.

Der New Yorker „Tribune“ wird aus Washington gemeldet: Ein einziger weiterer Fall völkerrechtswidrigen Angriff auf irgendein Schiff, sei es eines Kriegführenden oder Neutralen, ob sich Amerikaner an Bord befinden oder nicht, nachdem Deutschland Zeit gehabt hat, seinen Unterseebootkommandanten neue Anweisungen zu übermitteln, wird den Abbruch aller Beziehungen bedeuten. Das ist die Ansicht in Washington über Wilsons Adresse an den Kongreß und seine Note an die Regierung in Berlin.

Stimmen aus der Schweiz.

Drahtmeldung.

Bern, 22. April.

Die „Berner Tagwacht“ hebt die in Wilsons Worten zu Tage tretende Geringschätzung und unverhüllte Drohung hervor und stellt dem amerikanischen Protest gegen Deutschland den amerikanischen Protest gegen England gegenüber, das auf die elementarsten Regeln der Humanität pfeife und mit den Neutralen in einer Weise umspringe, die ein Schand auf jeden völkerrechtlichen Grundsatz sei. England gegenüber sei der Ton immer sanfter. Noch auffälliger sei es, daß die englischen Weigerungen, die amerikanischen Forderungen zu berücksichtigen, stets seelenruhig hingenommen würden. Deshalb sei es wohl nicht zuviel gesagt, wenn man Wilsons Drohungen weit mehr von der Sorge um das bedrohte amerikanische Lieferungs-geschäft an den Bierverband ausgehend bezeichne, denn von der Absicht, dem Völkerrecht Achtung zu verschaffen. Die „Neuen Zürcher Nachrichten“ schreiben: Die ganze Welt scheint sich gegen die Mittelmächte aufzulehnen, aber auch das vermag dem guten Rechte, für das sie streiten, keinen Eintrag zu tun, auch nicht den Sympathien für sie.

Die schweigende holländische Presse.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Amsterdam, 24. April.

Die holländischen Blätter geben die amerikanische Note in ihrem vollen Umfang und mit ausgiebigen Kommentaren aus deutschen Zeitungen aller Richtungen wieder. Sie selbst enthalten sich jeder Meinungsäußerung.

Kloffe Roland.

Eine in Dänemark erschienene Schmähchrift
Von Erich Schlaifer.

Die folgenden Zeilen wenden sich mit aller gebotenen Schärfe gegen ein Buch, das an schmachtvoller Gefinnung von keinem Erzeugnis der feindlichen Verleumdungsliteratur überboten werden dürfte. In wilden Formen deliriert hier ein kranker Geist von den Greuelthaten, mit denen die Deutschen das Antlitz der Erde geschändet haben sollen. Der Titel bezieht sich auf eine Glocke in Genf, die den Namen Roland führt oder führte, und müßte also im Deutschen mit Rolandsglocke wiedergegeben werden. Der Verfasser, ein Herr Johannes Jörgensen, benutzte nun diese seine Rolandsglocke, um Sturm zu läuten gegen die deutschen Bestien, die aus angeborener Mordlust die Frauen schänden, die Kinder töten, die heiligen Gefäße der Kirche beschmutzen und in den Städten sengen und plündern. Wie ein geller Schrei des Wahnsinns klingt die Stimme dieser Glocke in die Welt hinaus. Wachtet alle miteinander auf und haßt die Deutschen! Sie sind der Auswurf der Erde! Sie sind ein Volk von Verbrechern und waren es von jeher! Sie sind der ewige Barbarenaufbruch, der die gestitteten Völker bedroht. Sie sind ein Schwert, das sich an Blut satt trinkt

muß. Sie schlagen allem Menschlichen und Göttlichen mit frecher Faust ins Gesicht. Sie haben eine gemeine Freude daran, ihre Notdurft in geweihte Gefäße zu verrichten und dem Heiligen ins Gesicht zu speien. Haßt die Deutschen! Legt sie in Ketten! Sperret sie in ein unterirdisches Gewölbe der europäischen Welt! Die Glocke schreit und überschreit sich und ihre Stimme zerbricht in einem Wimmern, während dem Verfasser der Schaum des Geisers vom Munde fliegt.

Man könnte vielleicht sagen: legen wir den verstorbenen Unsinn zu allem übrigen und geben wir ihn nach dem Krieg mit sorgsamem Notizen und Anmerkungen in der Sammlung von Kulturdokumenten heraus, die wir unseren Feinden und den nachfolgenden Geschlechtern schuldig sind. Für den Verfasser dieser Zeilen war es eine ungewöhnlich schwere Arbeit, mit den unheimlichen Ideen des Buches nicht nur umzugehen, sondern sie auch festhalten und einer Kritik unterwerfen zu müssen. Ich selber war also mehr als einmal in Versuchung, den Blunder in den Ofen zu stecken, um dann einige befreiende Atemzüge in Gottes frischer Luft zu tun. Nichtsdestoweniger nahm mich das Kreuz der Arbeit auf, weil die Feldgrauen draußen in diesem Fall den journalistischen Krieg von uns verlangen können. Die Verbreitung des Buches ist heute bereits so stark, daß wir der Schamlosigkeit schuldig wären, wenn wir der weiteren Verbreitung gelassen zuschauen wollten. Das Buch hat allein in dem kleinen Dänemark 17 Auflagen erlebt, was in Deutschland einer Verbreitung in mehr als 340 Auflagen gleichkäme. Daß die Zahl der verkauften Exemplare von den gelesenen noch sehr stark übertrifft wird, versteht sich von selber. Man hat außerdem den Eindruck, daß für die Arbeit im ganzen feindlichen Europa eine unterirdische Wühlarbeit stattzufinden scheint. Sie ist unseres Wissens bereits jetzt in alle europäischen Hauptsprachen überfetzt, und die Pariser Presse feiert den unternehmenden Mann in langen Artikeln. Wie die erste Seite uns verrät, ist die Arbeit vielfach dem bekannten deutschfeindlichen belgischen Kardinal Mercier „in ehrerbietiger Freundschaft“ zugeeignet.

Unter diesen Umständen scheint uns eine schonungslose Abrechnung nötig zu sein, und da wir überdies an einem weithin sichtbaren Fall die Verleumdungsmethode unserer Feinde aufdecken können, werden wir über die Abwehr hinaus auch zu einem positiven Ergebnis gelangen. Die Methode, nach der gegen uns gearbeitet wird, kann gar nicht besser entschleiert werden, als an diesem Buch, und unsere deutschen Herzen werden froh, wenn wir die Mittel ansehen, zu denen man sich entschließen muß, wenn man uns befeuern will.

Der Verfasser also ist ein Herr Johannes Jörgensen, der vor reichlich 20 Jahren mit den Anschauungen seiner radikalen Jugend brach und zum Katholizismus übertrat. Der ästhetische Uebertritt zum Katholizismus war weder damals noch ist er heute in der internationalen europäischen Literatur eine Seltenheit. Immerhin mußte der Bekenntnisschrift, mit der Herr Jörgensen als gläubiger Katholik damals auftrat, ein sachlicher Klang nachgerühmt werden, der zum mindesten als Zeitercheinung ein bestimmtes Interesse hatte. Es ergibt sich denn auch aus dem vorliegenden Buch, daß er heute vom finstersten Dogmatismus nicht sowohl befeelt, als geradezu befehen ist. Was er im übrigen geschrieben hat, geht uns Deutsche nichts an. Die vorliegende Rolandsglocke ist ihrem künstlerischen Wert nach ein bluttriefender Kolportageroman, der durch verlogene und rohe Effekte auf das Gemüt unwissender Leser zu wirken sucht.

Die literarische Form mag indessen eine Sache der dänischen Kritiker bleiben, die sich mit dieser Belastung ihres ästhetischen Kontos auseinanderzusetzen haben. Uns andere interessiert in erster Linie der materielle Inhalt und, soweit ein gesunder Verstand in dieser undüsteren Welt zuständig ist, meinen wir in der Hauptsache drei Grundstoffe wahrgenommen zu haben: eine wahnverstörte Phantasie, eine bodenlose Unwissenheit und ein Fanatismus, der bedenkenlos zu den schwersten Fälschungen greift. Wir kommen

am ehesten zum Ziel, wenn wir diese vortrefflichen Dinge nacheinander einer Betrachtung unterwerfen.

Herr Jörgensen hat sich offenbar mit gewissen theologischen Dingen stärker beschäftigt, als seinem Verstand und dem Gleichgewicht seiner Seele zuträglich gewesen ist. Das erste Kapitel seines Buches führt die Ueberschrift „Dem Jüngsten Tag entgegen“, und er meint das nicht in irgendeiner übertragenen oder symbolischen Form, sondern in des Wortes schrecklichster Nüchternheit. „Es gibt wohl nur wenig denkende Menschen, die daran zweifeln, daß der Jüngste Tag hereinbricht“, sagt er auf S. 18. Er sieht im Weltkrieg die sichere Einleitung zum Jüngsten Gericht, und wir Deutschen sind offenbar diejenigen, die das große Morden zu besorgen im Begriff sind, das nach seiner Zeichenbedeutung dem Ende der Welt voraufgehen soll. Die von ihm verehrten Staatsmänner in London, Paris und Moskau scheinen die Angelegenheit allerdings mit mehr geschäftsmäßigem Realismus zu betrachten. Sie würden schwerlich immer wieder die Vernichtung Deutschlands fordern, wenn ohnehin das Ende aller Dinge vor der Tür stünde. Immerhin: mag Herr Jörgensen uns auch in diesem Zusammenhang eine wenig schmeichelhafte Rolle zuweisen, wir spüren hier einen in seiner Art ehrlichen religiösen Wahn. Wir fühlen die Flammen eines unheimlichen Feuers in einer franken Seele brennen und legen dieser Erscheinung gegenüber unsere Waffen beiseite. Soweit Herr Jörgensen überhaupt entlastet werden kann, kann er es nur durch diesen seelischen Zustand, und eben darum stellen wir ihn an die Spitze. Allerdings bleibt zu bedauern, daß die Nähe des Jüngsten Gerichts auf die sachliche Redlichkeit seiner Ausführungen so ganz und gar keinen Einfluß hat gewinnen können. Am Ende dürfen wir Weltkinder daraus den Schluß ziehen, daß die himmlische Abschreckungstheorie nicht verfängt und daß ein literarischer Fälschmünzer auch durch den offenen Höllenrachen nicht gehindert wird, den inneren Bedingungen seiner Natur zu folgen.

Wenn wir uns nun der bodenlosen Unwissenheit des Verfassers zuwenden, wollen wir zunächst gerne einräumen, daß er in seinem Buch der historischen Wissenschaft zu einer Methode verholpen hat, die in ihrer schlichten Einfachheit manchen Vorzug aufweist. Er legt links auf seinen Schreibtisch den bekannten „Aufruf an die Kulturwelt“, den 93 Deutsche als Protest erließen und ergänzt ihn durch ein kleines Schriftchen von 168 Seiten „Die Wahrheit über den Krieg“, das von Naumann, Erzberger und anderen herausgegeben worden ist. Rechts stapelt er dann eine ganze Bibliothek von französisch-belgischen Greuelbehauptungen auf, die er ohne jede kritische Untersuchung hin nimmt. Was sein eigentliches Beweisthema sein müßte, nämlich die angeblichen deutschen Greuel in Belgien, nimmt er von vornherein als lautere Wahrheit an, als eine so buchstäbliche Wirklichkeit wie das Kommen des Jüngsten Gerichts. Und wagt uns mit blasphemischer Annahme als die „persönlichen Feinde Gottes“ zu bezeichnen. Was er an eigenem historischen Tiefinn dem Buch beigemengt hat, ist nicht viel, aber wir müßten vor Scham in die Erde sinken, wenn wir behaupten wollten, daß es gar nichts sei. In seiner Art ist es vielmehr von einer wissenschaftlichen Ursprünglichkeit, die für die geistige Zukunft des Herrn Jörgensen das Beste vermuten ließe, wenn er nicht in so hohem Maße ein Mann des Vergangenen und der Vergangenheit wäre.

In dem eben erwähnten Aufruf an die Kulturwelt wird unter anderem gesagt: „Erst als eine schon lange an den Grenzen lauernde Uebermacht von drei Seiten über unser Volk herfiel, hat es sich erhoben wie ein Mann“, und dieser Satz wird nun zunächst von Herrn Jörgensen mit unbarmherziger Kritik wissenschaftlich zerlegt. Er stellt noch einmal die ehernen Tatsachen fest: von drei Seiten wurde Deutschland überfallen, an drei Grenzen lauerte die Uebermacht, und holt dann mit anerkannter Gründlichkeit einen Schulatlas herbei. Wer grenzt an Deutschland? fragt er dann, und jeder unverdorben Mensch sieht nunmehr ein, daß die Frage mit allem wissenschaftlichen Raffinement gelöst werden soll. An Deutschland grenzt Dänemark,

fährt er fort, aber wir sind es nicht gewesen. Auch Rußland grenzt an Deutschland, aber Rußland ist es auch nicht gewesen, denn die Kriegserklärung ging von Berlin aus. Dann haben wir hier das gesegnete Frankreich. Es war nie so frei von Schuld und Fehle, wie in diesem Krieg. Oder steht vielleicht nicht fest, daß auch hier die Kriegserklärung von Deutschland ausging? Eine kleine Störung erleidet diese geniale Beweisführung dann bei England. England hat uns den Krieg erklärt. Herr Jörgensen kann es nicht leugnen, aber ein Mensch von seinen Qualitäten ist nur eine Sekunde lang fassungslos. Es ist wahr, meint er, und nicht sonderlich angenehm, daß England die Kriegserklärung ausgesprochen hat, aber England grenzt nicht an Deutschland. Der Aufruf aber spricht von einer Uebermacht, die an den Grenzen lauerte. Wie kann England an der Grenze lauern, wenn es gegen Deutschland gar keine Grenzen hat? Ja, ich bitte höflich, mich wegen dieses Blödsinns nicht gleich steinig zu wollen. Nur ein Schelm gibt mehr, als er hat, und ich muß schon die Banalitäten so weitergeben, wie ich sie von Herrn Jörgensen erhalte. Auf Grund dieser glorreichen Methode kommt er dann zu dem Schluß: es kann nur Belgien gewesen sein. Belgien war die an den Grenzen lauernde Uebermacht; das große starke Belgien fiel über das kleine neutrale Deutschland her, und so weiter. . . mich eckelt die Wiedergabe dieser nachgeäfften Ironie. Schlimm genug, daß ein so blöder Possentram auf den Markt kommen konnte!

(Schluß folgt.)

Die deutsch-amerikanische Frage und die Frachtkrise.

Von Dr. Johann Aupfiker.

Generaldirektor-Stellvertreter des Oesterreichischen Lloyd.

Wien, 25. April.

Die Dsternote Amerikas wegen des Unterseebootkrieges steht mehr als jedes andere Kriegsereignis im Mittelpunkt des Interesses aller Vorgänge des Weltkrieges und man sieht mit größter Spannung der weiteren Entwicklung entgegen. Man wird sicherlich nicht fehlgehen, wenn man die englische Diplomatie als eines der treibenden Elemente bezeichnet, die, unter dem Hochdruck eines aufs Aeußerste gestiegenen Mangels an Schiffsraum, alle Wägen springen läßt, um Deutschland bezüglich des Gebrauches der Unterseeboote in den Arm zu fallen. Daß aber diese Not sich in bedrückendster Weise fühlbar macht, geht nicht nur aus der phantastischen Steigerung der Schiffsrachraten und der hiedurch bewirkten außerordentlichen Verteuerung der Lebensmittel in England und in den mit ihm verbündeten Mächten hervor, sondern auch aus den verzweifelten Versuchen, durch Organisation diesem sich immer mehr potenzierenden Uebel beizukommen.

Vor kurzem erst hat sich das englische Unterhaus neuerdings, wie seit Monaten zum wiederholten Male, mit diesen krisenhaften Verhältnissen beschäftigt, ebenso mit dem Parlament erörtern diese Frage die Zeitungen, welche förmliche Enquêtes abhalten, sodann die industriellen und kaufmännischen Körperschaften und sämtliche Handels- und Gewerbekammern des großen britischen Reiches. Das Ergebnis war bisher ein unbefriedigendes und dürfte, wie aus dem Nachstehenden geschlossen werden kann, voraussichtlich unbefriedigend bleiben. Der alte lateinische Spruch bewährt sich aufs neue, daß, wenn einer Krankheit nicht gleich zu ihrem Beginne entgegengetreten wird, späterhin das Heilmittel schwer zu finden sei.

Betrachten wir einmal Entstehung und Stand des Übels und wie es seit den ersten Wochen nach Kriegsausbruch gewachsen ist. Der internationale Frachtmärkte, der in den Jahren 1912 und 1913 vielfach Nordfrachtbegeiz hatte, ließ zu Beginn 1914 einen merklichen Abfall erkennen und diese Richtung verschärfte sich, so daß im Juli, dem letzten dem Kriegsausbruch vorausgegangenen Monat, ein allgemeiner Tiefstand der Seefrachtraten zu verzeichnen war. Anfang August 1914 war auch die Reederei von Panik beherrscht und erst nach Wochen kam ein mehr oder weniger regelmäßiger Reedereibetrieb zustande. Nun fingen die Frachtraten zu steigen an, bis sie die heutige Höhe erreichten, die bisher niemals, seitdem ein Schiffsfahrtsbetrieb besteht, in die Erscheinung getreten ist.

An einzelnen Beispielen, einem englischen Frachtbillet entnommen, sei im folgenden, mit Berücksichtigung der wichtigsten Handelsartikel, das Ausmaß der Frachterhöhung beleuchtet:

Heimwärtsfrachten.

Von	nach	Artikel	Frachtmass	gegenwärtige Rate	niederste Rate 1915	vormalige höchste Rate
England	Australien od. Kontinent	Getreide	1016 Kg.	150	—	43/3(1912)
Chile	"	Salpeter	1016 Kg.	120	—	61/3(1914)
Philippinen	"	Coprah	70 Kbfuß	157/6	—	55 (1913)
Burma	"	Reis	1016 Kg.	130	—	10 (1871)
Kalkutta	"	Zur	52 Kbfuß	150	34/6	92/6(1872)
Amerika	"	Baumwolle	100 "	282/6	82/6	—
"	"	Getreide	480 lb.	17/6	7/3	7/6(1874-1913)

Ausfrachten von England.

Wales	Alexandrien	Kohle	1016 Kg.	72/6	20	207/1/2 (1913)
"	Bombay	"	1016 "	52/6	25	35 (1869)
"	Genoa	"	1016 "	100	22/6	18 (1913)
"	Port Said	"	1016 "	70	20/6	21/6(1913)

Diese ungeheuerlichen, noch nie dagewesenen Frachtraten verursachen naturgemäß jene Teuerung, die im reichen England, wenn auch mürbisch, ertragen wird, die aber in anderen Ländern, wie beispielsweise in Italien, zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen kann. In diesem Blatte wurde jüngst dargelegt, daß der Kohlenimport Italiens zirka 11 Millionen Tonnen im Jahre betrage, ferner daß der Kohlenpreis von 25 bis 30 Lire per 1000 Kilogramm auf 240 Lire gestiegen ist. Man denke, was das bedeutet, wenn für einen Meterzentner Kohle statt eines Preises von 2 Lire 40 Centesimi 24 Lire gezahlt werden müssen, wie dies die Bahnen, die gesamte Industrie, insbesondere die Gasanstalten belastet, wie dies aber auch in das Budget der armen Bevölkerung einschneidet.

Nun hat die englische Regierung angeordnet, daß alle nicht für militärische Zwecke oder Nahrungsmittelversorgung eingelegenen Schiffe für Kohlentransporte nach Italien zur Verfügung gestellt werden, und dies zu Admiralsratsraten, die, wenn auch nicht bekannt, doch sicherlich erheblich unter den Raten des offenen Marktes stehen dürften. Welches Resultat hatte nun diese Verfügung? Mit Mühe gelang es, für einen Monat so viele Schiffe aufzubringen, daß damit zirka 100.000 Tonnen Kohle nach Italien gebracht werden können, das ist netto 10 Prozent des Normalbedarfes, während der Kriegsbedarf sicher ansehnlich höher ist. Der Kohlenpreis in Mailand soll durch diese großmütige Maßnahme der englischen Regierung um 1 Lire 50 Centesimi gefallen sein, beträgt daher — welche Erleichterung! — statt wie normal 2 Lire 40 Centesimi und wie bis vor kurzem 24 Lire, nunmehr 22 Lire 50 Centesimi.

Die Not an Schiffsraum hat ihre ganz natürlichen Ursachen. Vor allem hat die Welt handelsflotte infolge des Krieges eine bedeutende Herabminderung erfahren, da die Handelsmarine Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und zum großen Teile Rußlands stillgelegt

sind. Mit rund sechs Millionen Bruttoregistertonnen, die eine Tragfähigkeit von zirka neun Millionen Tonnen im Gewicht darstellen, ist dieser Ausfall nicht zu gering veranschlagt. Ende 1913 betrug der Bruttoregistertonnengehalt der Welt handelsflotte nach Lloyds Register rund 47 Millionen Tonnen. Der Jahreszuwachs an Frachtraum betrug vor dem Kriege, nach Abzug des durch Ausfall und Abbruch aus dem Verkehr geschwundenen Materials (zirka 700.000 bis 800.000 Tonnen), rund zwei Millionen Bruttoregistertonnen. Demgegenüber wurden im Jahre 1915 in der ganzen Welt insgesamt 1.671.000 Tonnen neu gebaut, während die Schiffsverluste sich in außerordentlicher Weise erhöht haben. Der Unterseebootkrieg, der von den Engländern anfänglich so bespottet wurde, hat während seiner einjährigen Dauer, das ist vom 18. Februar 1915 bis zum 17. Februar 1916, nicht weniger als 1097 Schiffe mit 2.128.754 Tonnen in den Ortus gesendet. (In der Zahl der Schiffe befinden sich 867 englische, 84 französische, 67 italienische, 55 russische, 13 belgische, 9 japanische und 2 montenegrinische Fahrzeuge.) Dem allgemeinen Verständnis werden diese monströsen Zahlen in ihrer Bedeutung näher gerückt, wenn angeführt wird, daß die gesamte österreichische Handelsmarine über zirka 240 Schiffe mit etwa 700.000 Bruttoregistertonnen verfügt.

Wenn nun auch die ganze Handelsmarine Deutschlands und Oesterreich-Ungarns bei der Beurteilung des Raumbedürfnisses ausgeschaltet werden kann, da durch sie die Bedürfnisse der bezüglichen Volkswirtschaften gedeckt werden können, und wenn auch andererseits die in englischen Häfen bei Kriegsausbruch zurückgehaltenen deutschen und österreichisch-ungarischen Schiffe den zu Englands Verfügung stehenden Schiffsfrachtraum vielleicht um 600.000 bis 700.000 Tonnen erhöht haben dürften, so erklärt sich doch das Sinken des Angebotes von Schiffsraum, dem eine außerordentliche, durch die Kriegsbedürfnisse hervorgerufene Nachfrage in feindlichen Ländern gegenübersteht, in einfacher Weise. Dazu kommt noch, daß die englische Regierung in immer steigendem Maße für die Bedürfnisse der Heeresverwaltung nicht nur für England selbst, sondern auch für solche ihrer Verbündeten ihre eigenen (britischen) Handelsfahrzeuge einziehen mußte, wodurch allmählich nahezu 47 Prozent der britischen Handelsmarine unter die Kontrolle der englischen Regierung gelangten.

Weiter steigerte sich der Raumbedarf der Entente durch die Sperrung des Suezkanals und des Panamakanals, wodurch die Reisedauer der einzelnen Fahrten um ein Erhebliches erhöht wurde, was einer Verminderung des Angebotes an Schiffsraum in entsprechender Weise gleichkommt. Endlich wird in England allgemein geklagt, daß die Regierung vermöge eines bürokratischen Apparates nicht imstande sei, eine richtige Verwendung des Schiffsraumes zu treffen und daß auch solcherart der Raumangel gesteigert werde.

Die englische Regierung sucht diesen Verhältnissen durch Organisation beizukommen und man kann nicht leugnen, daß eine stattliche Anzahl von Stellen geschaffen wurde, die mit der Kontrolle des englischen Schiffsparques betraut sind. Offenbar schwebt den englischen Organisationsfaktoren das allerdings ruhmreiche und müßergültige Beispiel deutscher Organisation vor, aber wenn man sieht, wieviel Organisationen ins Leben gerufen wurden und wie wenig Organisation hiedurch geschaffen wurde, wird man nur an den Ausspruch erinnert: „Wie er sich räuspert, wie er spukt“ usw.

Es mag nicht ohne Interesse sein, die einzelnen Komittees kennen zu lernen, denen die bisher ungelöste Aufgabe anvertraut wurde, Ordnung in das Chaos des Frachtmärktes zu bringen. Es bestehen: 1. ein Transportdepartement der Admiralität, dem ein Beratungskomitee (advisory committee), bestehend aus Reedern, beigegeben ist; dieses Departement requiriert die Schiffe der Handelsmarine für den Bedarf der Kriegsflotte und für Soldatentransporte; 2. das Requisitionskomitee, welches für die Heimbeförderung von Nahrungsmitteln zu sorgen hat; 3. das Erlaubnis- (Licensing-) Komitee, welches befugt ist, einzelnen Reedern zu gestatten, den Transport von Gütern zwischen fremden Häfen zu übernehmen; 4. das Hafens- und Transitreferatvskomitee, das sich mit der Organisation der Einrichtungen von Arbeiten in den britischen Häfen befaßt; 5. das Eisenbahnzulassungskomitee, welches dafür sorgen soll, jeweils die notwendige Anzahl von Eisenbahnwagen für den Abtransport der anlangenden Güter zu beschaffen; 6. das Kriegshandelsdepartement, das ist die Kohlenabteilung, welches insbesondere den Kohlenexport zu regeln hat; 7. die Commission internationale de ravitaillement, welche Kommission für die Bedürfnisse der Alliierten vorzulehren hat; 8. das International Joint Committee bestimmt, den Weizenimport zu überwachen und zu regulieren.

Neuerdings ist noch ein weiteres Komitee geschaffen worden: das Curzon-Komitee, welches speziell die Aufgabe hat, die „freien Schiffe“, das sind solche, welche nicht durch britische oder verbündete Regierungen requiriert wurden, oder die der Admiralität nicht als für Verbündeten transport bestimmte Schiffe bekanntgegeben wurden, zu Admiralsratsraten den verbündeten Regierungen zur Verfügung zu stellen.

Eine Flut von Hohn und galliger Kritik ergießt sich über die Häupter der Regierung aus allen Kreisen der Bevölkerung, nicht am wenigsten aus Reederkreisen, über die vorgenannten Einrichtungen, die alle neben- und durcheinander arbeiten, wobei es fast die Regel ist, daß ein Komitee von den Verfügungen des anderen nichts weiß, so daß das Ende heillosen Betwirrung und maßloser Mißbrauch von Schiffsraum ist. Nun wird enquettiert und debattiert und — die Frachten steigen weiter. Diesem frenetischen Aufstiege der Raten wird durch Organisation, wenn eine solche überhaupt zeitgerecht und auf vernünftiger Basis ins Leben treten sollte, nur in beschränktem Maße Einhalt getan werden können, nämlich dann, wenn der vorhandene Schiffsraum richtig ausgenützt wird.

Im besetzten Polen

Eine Reise nach Lublin

(Von unserem Wiener Korrespondenten)

nk. Schon seit längerer Zeit ist auch für Zivilpersonen der Reiseverkehr nach dem von den österreichischen Truppen okkupierten und von unserem Armeekorps nun im Wege des vor kurzem errichteten „f. u. i. Militärgeneralgouvernements für das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet in Polen“ verwaltete Gebiet in Russisch-Polen freigegeben. Ja, die Fahrt dahin kann nach Erledigung der im übrigen ziemlich geringen Pafschwierigkeiten sogar schon sehr bequem erfolgen, denn die österreichisch-ungarischen Heeresbahnen führen bereits auf den Hauptlinien Schnellzüge, denen sogar Speisewagen beigegeben sind.

Zur Fahrt nach Lublin, dem Sitz des Militärgouvernements, stehen zwei Linien zur Verfügung. Die eine geht von der seinerzeit wichtigsten Einbruchsstation des österreichischen Verkehrs nach Rußland, von Granica (nordwestlich von Krakau) über Kielce, Radom und Zwangorod, die zweite, weit kürzere über eine von den Russen während des Weltkrieges neuverbaute Bahn, die von Rozwadow, einer Station der österreichischen Staatsbahnen an der Grenze Galiziens, abzweigt, über den, durch die große, für die österreichisch-ungarischen Truppen so erfolgreiche Schlacht im August 1914 bekannt gewordenen Ort **Krasnik** direkt nach Lublin.

Ich wählte die letztere Route zu meiner Reise, schon um der alten schönen Königsstadt **Krakau** wieder einen kurzen Besuch machen zu können. Man sieht dort wenig vom Krieg. In den Straßen fallen nur die prächtigen Gestalten der polnischen Legionäre auf, insbesondere die Offiziere ihrer Kavallerie mit der historischen, gutkleidenden, festen „Conföderatka“ am Kopf. In Krakau erscheint seit kurzem eine deutsche Zeitung, die „**Krakauer Zeitung**“. Auch eine Erzeugnis des Weltkrieges, denn bisher gab es in Galizien nicht ein einziges deutsches Tagblatt.

Raum hat man Krakau verlassen, so gelangt man in das Gebiet, in dem heute noch Ruinen und Schuttstätten Kunde geben von den Schrecken des Krieges. Doch sieht man hier und da schon, wie mancher Schaden, wenigstens notdürftig, wieder ausgebessert wurde. Insbesondere sind es die fast durchwegs zerstört gewesenen Bahnhöfe, die wenigstens für die wichtigsten Bedürfnisse des Verkehrs von Soldaten und Arbeitern bereits wieder instand gesetzt worden sind. Wir fahren an dem Bezirksstädtchen **Tarnobrzeg** vorbei, das ein fürchtbares Bild der Zerstörung bietet, und erreichen bald darauf die Grenzstation **Rozwadow**, wo die Pafsch- und Zollrevision stattfindet, denn die okkupierten Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie bilden mit jenen des deutschen Reiches zusammen ein eigenes gemeinsames Zollgebiet.

Trotz der Ausnahmeverhältnisse, unter welchen man auch jetzt noch in Galizien lebt, und obwohl dieses österreichische Land stets einen sehr eigenen „östlichen“ Anstrich hatte, wird man doch recht peinlich überrascht, wenn man jenseits der Grenze in die bisher russischen Gebiete gelangt. Fast nirgends trifft das Auge auf Zeichen von Kultur; das ist um so trauriger, als die Vorbedingungen einer solchen reichlich vorhanden wären; unermessliche Strecken fetten Ackerbodens, ausgedehnte Weiden und Wälder. Aber auf unserer ganzen Fahrt sehen wir kaum eine Straße, kaum einen Menschen. Und das ist nicht etwa nur eine Folge des Krieges. Denn man sieht nur selten größere Ansiedelungen oder wenigstens Spuren von solchen. Dafür kommen wir allerdings an vielen Gräbern vorbei, an einzelstehenden und friedhofartigen Anlagen. Tröstlich ist, daß die Felder durchwegs bestellt sind, und gewiß ist die Hoffnung nicht zu kühn, daß ein großer Teil des hier zu sechsenden Getreides auch dem Hinterland zugute kommen wird.

Lublin gilt nach Warschau für die schönste Stadt Polens. Das Interessanteste ist, daß man auch hier vom Kriege wenig merkt, und daß allem Anscheine nach sich nur wenig seit der Zeit vor dem Kriege verändert hat. Man bemerkt zwar, daß die Stadt nun eine österreichisch-ungarische Verwaltung hat, aber das sieht fast selbstverständlich aus, und nirgends kann man Spuren entdecken, daß man sich in einer vom „Feinde“ besetzten Stadt befindet. Die neue Verwaltung besleißigt sich eines überaus großen Entgegenkommens gegenüber der heimischen Bevölkerung und hat auch anscheinend bereits die volle Sympathie derselben sich erobert. Der Generalgouverneur, Freiherr von Diller, ist geradezu populär! Ganz begreiflich. Die österreichisch-ungarische Verwaltung und ihre Organe haben schon Großes erreicht trotz der Schwierigkeiten,

die anfangs zu überwinden waren. Man darf nicht vergessen, daß über jene Gebiete, die jetzt von uns okkupiert sind, wiederholt unsere und die russischen Truppen hin- und zurückgezogen sind, daß viel zerstört worden ist und daß die Bevölkerung ganz verschüchtert worden war. Hierzu kommt, daß alle früheren Verwaltungsbeamten und auch sonstige Juristen geflohen sind, so daß es sehr schwer war, die zur Verwaltung dringend notwendigen Behelfe, wie Gesetzbücher, Akten, Grundbücher usw., die zum größten Teil vernichtet oder verschleppt worden waren beizubringen. Im Sinne der Bestimmungen der zweiten Haager Konferenz geschieht nämlich die Verwaltung durch das österreichisch-ungarische Militärgouvernement, sofern kein zwingendes Hindernis dem entgegensteht nach den bisherigen (russischen) Gesetzen und Bestimmungen des Landes. Ein solches „zwingendes Hindernis“ lag allerdings in den Ausnahmegesetzen der Russen gegen die Juden. Bei den menschenfreundlichen, gerechten Tendenzen der österreichisch-ungarischen Verwaltung war es für die Monarchie als für einen Kulturstaat eine „impossibilité absolue“, den Juden wie bisher eine Sonderstellung anzuweisen. Die Verordnung des Armeekorps-Oberkommandanten vom 7. März 1915 bestimmte daher an ihrer Spitze: „Der Genuß der öffentlichen und privaten Rechte ist vom Religionsbekenntnis unabhängig. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf durch das Religionsbekenntnis kein Abbruch geschehen. Die in der ganzen österreichisch-ungarischen Monarchie gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften haben im Okkupationsgebiete nach Maßgabe dieser Verordnung dieselben Rechte und Pflichten, wie in den angrenzenden Teilen der Monarchie.“

Es ist sehr bedauerlich, daß, obwohl sich die Juden nun der vollen Gleichberechtigung erfreuen, die feindliche Presse des Westens — ohne Rücksicht auf die darin liegende Ironie gegen die russischen Alliierten — Oesterreich-Ungarn vorgeworfen hat, daß es die Juden in Polen schlecht behandle. Dies ist, wie aus der obigen Verordnung hervorgeht, ganz falsch, und tatsächlich befinden sich jetzt schon in den autonomen Körperschaften und in den neugeschaffenen Approvisionierungskomitees im Lande auch zahlreiche Juden. In Lublin spielt die jüdische Bevölkerung durch ihre Zahl eine große Rolle. Ueberall auf den Straßen sieht man Gruppen von Juden im Raftan und das Handels- und Gewerbedepartement des Kreiskommandos wird von solchen geradezu umlagert. Durchwegs machen diese Leute aber einen sehr glücklichen Eindruck; man sieht, wie froh sie sind, endlich als vollwertige Menschen angesehen und behandelt zu werden.

Auch sonst machen die Menschen in Lublin den Eindruck, ganz zufrieden zu sein, und die österreichisch-ungarische Verwaltung sorgt augenscheinlich dafür, daß sie es bleiben werden.

Der Wirtschaftskrieg im Weltkriege.

Von Dr. Moritz v. Pöschel,
I. I. Sektionschef a. D.

Der gegenwärtige Weltkrieg ist mehr als je ein Krieg zuvor charakterisiert durch einen planmäßigen Wirtschaftskrieg, der neben dem militärischen Kriege einhergeht und dessen Wucht verstärken und ergänzen soll. Die Kriegsführung unserer Feinde unter Englands Leitung richtet sich nicht nur gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn als Staaten, gegen deren Heere und Staatsvermögen, sondern auch gegen die einzelnen Angehörigen dieser Staaten, soweit sie irgendwie in den feindlichen Machtbereich kommen. Vermögen und Person der einzelnen wird betroffen; die Person nicht nur mit Rücksicht auf die Wehrfähigkeit, sondern auch Greise, Frauen, Kinder, sei es aus Spionensfurcht, sei es aus Geißlichkeit, die bei der Bevölkerung der feindlichen Länder oft unter der suggestiven Wirkung von Regierungsmaßnahmen genährt wird. Gegen das Vermögen unserer Staatsangehörigen richtet sich in den Feindesländern, besonders in England, Frankreich und Rußland, ein organischer Komplex von eigens des Krieges halber erlassenen wirtschaftlichen Gesetzen und behördlichen Verfügungen, die dann — doch nur zum Teile — auch von uns und Deutschland im Vergeltungswege erwidert wurden, ein eigenes Recht des Wirtschaftskrieges, dessen Waffen in erster Linie Regierungsmaßnahmen sind, das wirtschaftliche „Kampfrecht“, wie es nach dem von Professor Striffler geschaffenen Ausdruck am treffendsten bezeichnet wird. Dieses Kampfrecht geht wohl grundsätzlich und in der Regel nicht auf Konfiskation des Vermögens der feindlichen Ausländer, nicht auf Entziehung des Eigentums, wohl aber der Eigentumsverfügung in bald ärgerem, bald minderem Grade, woraus fast immer Vermögensschädigungen der feindlichen Ausländer entstehen, die sich bei besonders brutalen Eingriffen, wie Zwangsliquidierung der betreffenden Vermögensschaften durch Konquesten, bis zur Wirkung voller Eigentumszerstörung ausbreiten können, ganz abgesehen von den Vermögenszerstörungen durch die bekannten, unter Konkubenz oder Duldung feindlicher Regierungen vorgekommenen Plünderungen.

Müßig wäre es, derzeit der Frage nachzugehen, ob die systematischen Gewalttätigkeiten gegen Privatpersonen und Privatvermögen, wie sie im gegenwärtigen Kriege geübt

werden, früher niemals dagewesen oder doch ein Rückfall in längstvergangene Barbarei sind. Alle Roheiten der Kriege des Altertums bis herauf zum Dreißigjährigen Kriege und bis zu den Türkenkriegen und den Reunionskriegen Ludwig XIV. (Franzosenkreuel in der Pfalz) eignen sich hier nicht zur Vergleichung. Sicher ist, daß seit etwa hundert Jahren, auch schon zur Zeit der Napoleonischen Kontinentalsperre, die Führung eines Wirtschaftskrieges in einer dem gegenwärtigen gleichen Ausgestaltung nicht vorkam und daß die jeitherige, bereits weit vorgeschrittene Entwicklung zur Weltwirtschaft die Eingriffe eines Wirtschaftskrieges wie des gegenwärtigen weitaus empfindlicher machen mußte, als es jemals früher hätte der Fall sein können.

Aber der Tatsache der Gewalttätigkeiten unserer Feinde im Wirtschaftskriege bis zur vollsten Rücksichtslosigkeit gegen am Kriege unbeteiligte Wehrlose und bis zur Ausnützung der letzten Machtmöglichkeiten sollten wir nicht übermäßiger Wehleidigkeit oder Aufregung Raum geben, nach Art unserer Feinde und nach der Natur der Kriegsführung überhaupt war und ist nichts anderes zu erwarten. Wenn also England und seine Verbündeten behufs Aushungerung der gesamten Bevölkerung Deutschlands und unserer Monarchie gleich einer belagerten Festung alle verfügbaren Mittel der Uebermacht zur See anwenden und zum gleichen Zwecke durch Vorenthaltung eigener Erzeugnisse und anderer in der eigenen Territorialhoheit gelegenen Maßnahmen Pressionen auf die neutralen Staaten ausüben, so mag uns dies kalt und ruhig lassen, ein anderes entspräche wenig der Leistungskraft unserer bisherigen Wirtschaftskriegsführung.

Soweit aber England durch immer weiter getriebene Annäherung einer alleinigen Herrschaft über das Meer gleich einem eigenen Territorium den ganzen Handelsverkehr der neutralen Staaten, selbst deren Küstenschiffahrt und Landverkehr, nach eigener Willkür einzuschränken unternimmt und den bei verschiedenen Anlässen vorgeschickten Humanitätsriefen zugleich ins Gesicht schlägt, wird allerdings unsererseits Diplomatie und öffentliche Meinung gut tun, möglichst lauten Protest zu erheben, sowohl wegen der bei längerer Kriegsdauer vielleicht nicht bedeutungslosen moralischen Wirkung auf Regierungen und Bevölkerungen der neutralen, ja selbst der feindlichen Staaten, als auch um den eigenen Rechtsstandpunkt für etwaige Repressalien und für die Forderungen bei den künftigen Friedensverhandlungen zu bezeichnen.

ichtig zu den Schiffen. Aber es ist noch alles still. Nur immer Rauch. Friedensrauch.

22. Mai, 4 Uhr nachmittags. Noch immer nichts. Des Ueberflüssigen ausgeschifft, von 7 Uhr an sogar die alte ausgeschält und nur mehr auf einer Trocke im Doppelbart an der Boje gelegen. Um 10 Uhr Feuer abgeben! Die Italiener haben sich noch immer nicht erklärt. Die Kriegssitzung verlief doch glänzend für den Krieg. Öffentlich dauert es nicht mehr lange.

23. Mai, Pfingstsonntag, 4 Uhr 25 Minuten. Soeben Krieg erklärt. Hurra! Die Flotte heizt an!

26. Mai — 11 Uhr vormittags. Endlich kann ich unserelebnisse niederschreiben. Wir liefen nach 9 Uhr abends als letztes Schiff der Flotte aus. Seewärts trennten wir uns von der „Novara“ und begleitet von zwei Torpedos als Begleitern steuerten wir mit zwölf Seemeilen Fahrt gegen unser Ziel Rimini. Wir hatten die Aufgabe, dort die Eisenbahndämme, Bahnhöfe und Gasometer zu zerstören. Wir fuhren klar Schiffszustand, Gefechtsalarm: In zwei Touren steuerte der Stab und Mannschaft in ihren Stationen ruhen. Doch nicht die wenigsten hievon Gebrauch. Gegen zwei Uhr nachts entdeckten wir einen Dampfer, auf den Jagd gemacht wurde, er stoppte auf Signal, ein Boot mit einem Offizier wurde hinübergeschickt. Doch konnte der Dampfer nicht als Prise erklärt werden, da er ein von Triest fahrender griechischer Rastler war. In Nähe der italienischen Küste, es dämmerte schon, erschien gegen drei dreiviertel ein rigibile, von weit gesehen anscheinend System „Schütte“ Der Anblick des Ballons war wunderschön. Mit Aluminiumfarbe gestrichen, glänzte seine riesige Hülle durchs erste Morgengrauen. Wir waren auf ein paar Bomben wartend. Es kam aber nichts. Anscheinend hatte er uns nicht als Feind erkannt. Erst als wir das Feuer eröffneten, bemerkte er ab. Er machte dabei den Eindruck, als ob er sinken

Kloster Roland.

würdigen Denkerschädel dieses Forschers nicht hinein. Wenn nach dem Tode eines Dichters ein Romankapitel in seinem Arbeitstisch, das zweite aber bei seinem Verleger gefunden wird, können diese Kapitel nie zusammengehört haben, da sie ja an verschiedenen Orten gefunden wurden. Die Sache wäre gerade gut genug, um in einem Witzblatt durchgehacht zu werden. Es bleibt aber leider der bittere Umstand zurück, daß der Mensch auf dieser Grundlage die deutschen Behörden beschuldigt, den fraglichen Umschlag mit voller Absichtlichkeit gefälscht zu haben. Ist seine Stirn nun wirklich so eisern, daß die einfachsten Gedanken nicht hindurchgehen? Oder hat er die Stirn zu seinem Unterfangen, weil er ohnehin die Scham nicht kennt?

Aus der religiösen Flugschrift eines katholischen Münchener Hospredigers klaubt er ein Zitat von drei bis vier Linien heraus, in dem die schweren Kriegsleiden, die unsern umzingelten Volk auferlegt wurden, durch Bilder aus der Passionsgeschichte symbolisiert sind. Bilder aus der Passionsgeschichte werden meines Wissens auch im Dänischen fortwährend gebraucht, um menschliches Elend auszudrücken. Auch im Dänischen trinkt man den „Kelch des Leidens“ und auch im Dänischen nimmt man „sein Kreuz“ auf sich. Das Zitat des Hospredigers nun vergleicht in sprachlich korrekter Form das Gleichartige mit dem Gleichartigen, die schrecklichen Leiden des Krieges mit denen des Nazareners. Herr Jörgensen aber nimmt dies Zitat in seine sachkundigen Finger, dehnt es selbstherrlich über die deutlich gekennzeichneten Vergleichsmomente aus und unterstellt dann dem Verfasser die häßliche Annahme, daß er für das deutsche Volk die Rolle eines neuen Christus in Anspruch nehme. Es wird mit keinem Wort untersucht, ob die verrückte Annahme durch den Text der Abhandlung unterstützt oder vielleicht geradezu aufgehoben wird. Vom materiellen Inhalt der Abhandlung erfahren wir keine Silbe. Einige Linien werden herausgerissen, ihr besonderer Inhalt wird in einen allgemeinen verwandelt, und das deutsche Volk in der angemachten Rolle des neuen Christus ist fertig. Herr Jörgensen braucht jetzt nur noch die Greuel der belgisch-französischen Literatur aufmarschieren zu lassen — dann hat er den Kontrast zwischen der heiligen Stille des Nazareners und den deutschen „Verbrechen“, auf den es ihm ankommt. Ist das auch Unwissenheit? Mir ist, als wäre die Methode zu fein durchgebildet, um lediglich aus einer noch so tiefen Unwissenheit erklärt werden zu können. Aber gehen wir zunächst weiter.

In dem Ausruf an die Kulturwelt wird ausgesprochen, daß auch nicht eines einzigen belgischen Bürgers Leben und Eigentum von unsern Soldaten angetastet worden sei, ohne daß die bitterste Notwehr es gebot. Die Worte beziehen sich auf eine behauptete widerrechtliche Zerstörung belgischen Eigentums. Das erhellt aus dem Zusammenhang und geht außerdem aus dem Wort „antasten“ hervor. Was tut nun Herr Jörgensen? Er läßt mit sichtlich rührender einen persönlichen Bekannten auftreten, dessen Haus bei der Beschädigung Antwerpens daran hat glauben müssen. Er vertauscht also die widerrechtliche Zerstörung mit der völlig einwandfreien und selbstverständlichen Zerstörung einer bombardierten Festung!

Nachdem wir so unsern Lesern gezeigt haben, was Herr Jörgensen nicht versteht, gereicht es uns zur Genugtuung, ihm auf einem besonderen Gebiet eine virtuose Meisterschaft nachrühmen zu können. Sein Buch will vor allen Dingen den Haß gegen uns Deutsche aufpeitschen. Es ist eine Agitationschrift, die alle, aber auch alle Mittel in ihren Dienst nimmt, und so muß es ihrem Verfasser um sinnfällige Vergleiche und sinnfällige Wirkungen zu tun sein. Was man auch sonst gegen seine historische Methode und wissenschaftliche Bildung einwenden mag: das versteht er. Das versteht er sogar aus dem Ff. Er weiß ganz genau, wie man einen Vergleich einrichten muß, damit er das Blut in Wallung bringt und den Haß des Lesers schürt. Ein Beispiel! Von deutscher Seite wurde behauptet, daß der Einmarsch in Belgien eine militärische Notwendigkeit

gewesen sei, weil nach den uns bekannten Kriegsplänen die Franzosen durch Belgien gegen unsere Westgrenze vorstoßen wollten. Nicht wahr, ruft Herr Johannes Jörgensen aus, das ist doch klar. Auf einer Bank liegt ein Geldbeutel, und ich stehle ihn, weil ihn ja sonst doch ein anderer gestohlen hätte. Ist das nicht hübsch und mit anerkannter Tüchtigkeit gemacht? Das wesentliche der deutschen Behauptung ruht darin, daß wir durch den geplanten französischen Durchmarsch bedroht waren und mithin im moralischen Stand der Notwehr handelten. Herr Jörgensen verkörpert in seinem Vergleich aus dem Alltagsleben diese Bedrohung durch einen Geldbeutel, der einsam auf einer Bank liegt und selbstverständlich niemand bedroht. Mit anderen Worten: er ersinnt einen Vergleich, in dem der zu vergleichende Punkt restlos unterschlagen ist, und erreicht auf diese Weise seinen verhehrenden Zweck. Wenn er wie ein ehrlicher Mensch reden wollte, hätte er schreiben müssen: auf einer Bank lag ein geladener Revolver. Ich wußte, daß dieser Revolver gegen mich gebraucht werden sollte, darum nahm ich ihn an mich. Dann hätte er den Vergleichspunkt der Bedrohung beibehalten, aber dann wäre allerdings die Entrüstung des Lesers ausgeblieben. Auf Seite 52 schwören wir einen falschen Eid, weil sonst ein anderer ihn gegen uns geschworen hätte; auf Seite 97 brechen wir als Räuber in das belgische Haus ein und so weiter. Noch einmal: Hier beugen wir uns vor der Meisterschaft unseres Autors. Daß er seine agitatorischen Wirkungen durch eine Fälschung erreicht, werden seine Leser nicht merken, und ihm wird es gewiß nichts ausmachen.

Nunmehr kennen wir den Mann und seine Methode genug, um ihn angemessen zu bewundern, wenn er den entscheidenden Hieb führt, der uns Deutsche für alle Zeiten zermalmen soll. Er läßt uns in Belgien morden, sengen, plündern, vergewaltigen und so weiter. Er läßt uns jede Schandtat begehen, die eine höllengläubige Phantasie überhaupt erfinden kann, und er bestreitet, daß die Belgier uns in irgendwie nennenswerter Weise gereizt hätten. Ja, er geht so weit, die von uns vorgebrachten Anklagen gegen den belgischen Mordmord ausdrücklich als verdächtig hinzustellen. „Die deutschen Beweise“, sagt er, „haben alle ein Gemeinsames — sie sind fast alle verschwommen, in unbestimmten Formen gehalten. Entweder keine oder nur vage Ortsangaben. Die Personen, von denen die Rede ist, sind nicht mit Namen genannt.“

Wie steht es nun damit? Zu unserer großen Freude können wir Herrn Jörgensen hier mit den Worten eines anderen Dänen antworten, der in der Kopenhagener Zeitschrift „Spectator“ eine ausgezeichnete Artikelreihe gegen das schändliche Buch geschrieben hat. Im zweiten Artikel, der sich mit der Arbeitsweise des Herrn Jörgensen befaßt, heißt es: „Ein anderer Einwand gegen Johannes Jörgensens Methode ist ernsthafterer Natur. Es liegt von deutscher Seite eine Dokumentensammlung vor, die völlig der französisch-englisch-belgischen entspricht. Warum hat Johannes Jörgensen diese Sammlung nicht in seine Betrachtung aufgenommen? Sie lag vielleicht nicht vor, als er sein Buch begann; sie war aber lange vor dem Erscheinen vorhanden. Wenn es nun Johannes Jörgensen darauf angekommen wäre, die Wahrheit darzustellen und nicht um jeden Preis die Leser auf einen bestimmten Standpunkt zu heben, hätte er sich der unabwiesbaren Pflicht nicht entziehen können, den fraglichen Abschnitt umzuarbeiten. „Der belgische Volkskrieg und seine völkerrechtswidrige Führung“ (in berechtigtster Uebersetzung von Louis v. Kohl) nimmt seiner Beweisführung völlig die Grundlage fort.... Im „belgischen Volkskrieg“ werden außer einigen dienstlichen Rapporten von deutschen Offizieren in Belgien annähernd 200 beschworene Zeugenaussagen von deutschen Soldaten und Offizieren vorgelegt, die den Nachweis bezwecken, daß von der belgischen Bevölkerung sowohl ein Frankireurkrieg großen Stils geführt worden ist (was Johannes Jörgensen mit frohem Mut bestreitet) als

auch Grausamkeiten gegen die deutschen Soldaten begangen worden sind (was Johannes Jörgensen als reine Erfindung stempelt), und fast alle diese Berichte, die im Wege des gerichtlichen Verhörs zustande gekommen und beschworen sind, geben sehr genaue und gründliche Nachrichten über die Erlebnisse der in Frage kommenden Personen.“

Warum hat Johannes Jörgensen die deutsche Dokumentensammlung nicht in seine Betrachtung aufgenommen? fragt Carl Gad, der den eben zitierten Artikel geschrieben hat. Ja, warum klaubte er aus der Flugschrift des Münchener Hospredigers drei bis vier Linien heraus, während er den ganzen sachlichen Inhalt der Abhandlung unterschlug? Warum unterschlug er in Bethmann Hollwegs Aeußerung den klaren logischen Zusammenhang? Warum vertauschte er durch eine kleine diskrete Handbewegung die widerrechtliche Zerstörung belgischen Eigentums mit der im Krieg gesetzmäßigen Zerstörung einer bombardierten Festung? Warum unterschlug er in seinen aufreizenden agitatorischen Beispielen den zu vergleichenden Punkt? Warum sagt er auf Seite 176, daß das Weib kein Gefühl für Wahrheit und kein Gewissen habe, während er auf Seite 3 die Aussage eines belgischen Weibes übernimmt, ohne auch nur die Kritik walten zu lassen, die jeder Aussage gegenüber nötig ist? Warum singt er sein Loblied auf die sogenannte westliche Kultur, ohne mit einer Silbe den für Skandinavien nicht unwesentlichen Umstand zu verraten, daß sie mit der russischen Krute in einem soliden Bündnis ist? Warum unterstellt er auf Seite 131 dem Major Mantuffel, daß er die Soldaten in Bürgerquartiere gelegt habe, um einen Konflikt mit der Bevölkerung hervorzurufen, während jeder gesunde Mensch einsehen muß, daß er die Häuser belegen ließ, um den Häuserkrieg unmöglich zu machen? Warum ließ er sich nicht aus den Briefen der Nordschleswiger Dänen darüber befehlen, daß die belgische Zivilbevölkerung sogar unsere Verwundeten transporte beschloß? Warum unterstellt er den blühenden Unsinn, daß der Krieg gegen Belgien sich zu einem Religionskrieg entwickelt habe, der von „protestantischen Regimentern“ geführt worden sei? Aus welchem andern Grunde wohl, als weil er im nächsten Kapitel erzählen will, daß die Soldaten die heiligen Gefäße der Katholiken geschändet hätten? Warum listet er an herausgerissenen Zitaten, vertauscht rechts und links, mißdeutet vernünftige militärische Maßnahmen, unterschlägt, unterstellt und fälscht? Warum weht der Atem der verworfenen Lüge durch alle Seiten seines Buches? Warum — wenn nicht aus der sehr berechtigten Besorgnis heraus, daß er mit einer sachlich erwogenen Klarheit und Wahrheit keinen Eindruck machen würde? Und warum sollten wir Deutsche, denen es auf eine Handvoll Verleumdungen schließlich nicht mehr ankommen kann, uns nicht darüber freuen, daß unsere Gegner einen wahren Hezenabbath der historischen Unredlichkeit entfesseln müssen, wenn sie uns an den Leib wollen? Herr Johannes Jörgensen hat unsern Namen besudeln wollen — ohne Zweifel. In Wirklichkeit aber hat er bewiesen, daß man die Wahrheit in den Keller sperren muß, wenn man uns mit einigem Erfolg begeistern will.

Und dieser Nachweis soll uns für den tüchtigen Fanatismus seines Buchs reichlich schadlos halten.

27. April 1916.

5

hintergrund treten, Jetzt, im Frühling beginnt gegen Englands wertvollste Kolonie, von neuem die Offensive und setzt gleich mit vereisungsvollem Erfolg ein. Eines deutlicheren Beweises von bloß örtlichem Charakter der Kämpfe im Kaukasus kann es wohl nicht geben wie der Vormarsch der Türken gegen den Suezkanal. Des Sultans Feldherren wissen eben ganz genau, daß der Großfürst trotz Erzerum und Trapezunt in der Sackgasse steckt.

Im Fratz sind für General Townshend die Tage der Agonie gekommen, und gegen Ägypten zieht eine starke türkische Streitmacht. An der Maas aber blicken die schwer blutenden Franzosenarmeen in stets größerer Nervosität nach dem versprochenen Millionenheer Englands aus. Es wird nie kommen. Oder man müßte John Bulls Gemüt nicht kennen: Wird er vielleicht Persien aufgeben und Ägypten gefährdet lassen, bloß, um der Franzosen Verdun zu retten?!

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 26. April. Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet: Berichte der feindlichen Generalstäbe:

Italien.

24. April. Das anhaltend schlechte Wetter beeinträchtigt die Tätigkeit unserer Truppen, ohne sie jedoch völlig lahmzulegen.

Im oberen Cordevotal wurden neue hartnäckige Angriffe des Feindes gegen den Kamm des Col di Lana abgewiesen. Am oberen Ende des Sertentales nahmen wir den Passo della Sentinella in 2717 Meter Höhe vollständig in Besitz; hierbei machten wir etwa zehn Gefangene und erbeuteten eine Maschinengewehr sowie Waffen und Munition. Am Karstplateau überschüttete gestern die feindliche Artillerie den von uns eroberten Graben östlich von Selz mit Geschossen aller Kaliber. Unsere Truppen räumten nördlich des Tales vom Selz ein kurzes Stück, das dem feindlichen Feuer besonders ausgesetzt war. Am Abend machte der Feind abermals einen Sturmangriff gegen das südlich des Tales

faßt
rück-
stet.
nterches
den
urch
end
nen
fiel
ern
ug-
irer
ges
rat,
ster
in
der
ren
chs
ioneb-
nd23-
nd
neen
en
ée,
ir
ndim
er
fig
h-
en
b.

zu

Die Entente und Rumänien

(Von unserem Korrespondenten)

3 Paris, im April.

Das zwischen Deutschland und Rumänien abgeschlossene Handelsabkommen vom 7. April beschäftigt die öffentliche Meinung ziemlich stark. Man hat schon so oft davon gesprochen, daß ein Eingreifen Rumäniens in den Krieg an Seite der Entente unmittelbar bevorstehe, daß viele Leute nur noch auf die Verkündung der diesbezüglichen Kriegserklärungen warteten. Da nun der Abschluß eines wichtigen wirtschaftlichen Abkommens zwischen zwei Staaten nicht das Zeichen zur Eröffnung der Feindseligkeiten zu sein pflegt, können weite Kreise eine starke Enttäuschung nicht verhehlen.

Verwunderlich ist das nicht, auch wenn man lediglich die für Deutschland aus dem Abkommen unmittelbar hervorgehenden Vorteile ins Auge faßt. Man hat hier ausgerechnet, daß die rumänischen Getreidevorräte so ziemlich genügen werden, um den deutschen Mangel zu decken. Das Abkommen schwächt also eine der Wirkungen der englischen Sperre ab. Außerdem ist hier darauf hingewiesen worden, daß Rumänien den deutschen Waren, die nach dem Orient gehen, sowie den türkischen und bulgarischen Waren das Durchgangsrecht durch sein Gebiet einräumt. So ist der Weg der Orientbahn, der hin und wieder durch Truppentransporte in Anspruch genommen sein kann, für den Handelsverkehr durch den Weg Budapest - Bukarest - Giurgevo - Rustschuk verdoppelt. Zwischen Giurgevo und Rustschuk allerdings müßten die Züge über die Donau geschifft werden. Ein unüberwindliches Hindernis ist das nicht. Außerdem haben zwischen dem rumänischen Minister und der Sozialistischer Regierung kürzlich Verhandlungen wegen eines Brückenbaus über die Donau stattgefunden, und man scheint Grund zur Annahme zu haben, daß eine Einigung erzielt worden ist.

Die Sache ist also bedeutend genug, und es ist verständlich, daß alle diejenigen, die die Enttäuschungen der Balkanpolitik noch nicht vergessen haben, von diesem neuen deutschen diplomatischen Erfolge nicht eben erbaut sind. Wohl versichert man, und auch die Deutschen legen Gewicht darauf, es zu betonen, daß das Abkommen lediglich wirtschaftliche Bedeutung habe. Aber jedermann weiß, daß gemeinsame kommerzielle Interessen die beste Grundlage für politische Verständigungen sind. Darum erschien es verständlich, daß das „Journal des Débats“ vor zwei Tagen folgendes schrieb: „Die Nachricht von diesem Abkommen hat unsere Behörden sicher nicht unvorbereitet getroffen. Aber gleichzeitig haben sie die Pflicht, sich genau über die allgemeine Tragweite des Uebereinkommens zu unterrichten und durch eine ernsthafte Untersuchung, wenn nötig durch ein Verlangen auf Aufklärung zu verifizieren, ob es sich wohl auch nur um eine ausschließlich wirtschaftliche Verständigung handelt und nicht um einen politisch-kommerziellen Vertrag, dessen Rückwirkungen auf den Gang der Ereignisse ernst sein könnten.“

Dieser pessimistischen Auffassung ist dann von zwei Seiten her entgegengearbeitet worden, von der rumänischen und der französischen. Rumänische Staatsmänner beeilten sich, der französischen Presse Erklärungen abzugeben, worin versichert wird, daß die traditionelle Freundschaft der Rumänen für die Entente immer noch fortbestehe, und daß der deutsch-rumänische Vertrag wirklich nur kommerzielle Bedeutung habe. Im „Petit Parisien“ wies eine „hochgestellte rumänische Persönlichkeit“ darauf hin, daß Rumänien kein Industrieland sei und Fabrikate im Ausland kaufen müsse. Die Schließung der Dardanellen und die Zeit der Spannung mit Frankreich habe Rumänien die Möglichkeit genommen, sich wie vorher zu versorgen. Es fehle am Notwendigsten, ein Paar Schuhe koste 100 Franken und ein Meter Stoff 30 Franken. Deutschland könne das Notwendigste liefern, aber nur gegen Dinge, die es nötig habe. In Bukarest werde eine Ausfuhr- und eine Einfuhrkommission walten. Gegen die Produkte seiner Landwirtschaft werde Rumänien für etwa 150 Millionen Fabrikate, außerdem 68 Lokomotiven, Eisen und Stahl usw. erhalten. Aus diesen Erklärungen geht hervor, daß Deutschland für das rumänische Getreide kein Gold ausführen muß. Im offiziellen „Temps“ wird nicht bestritten, daß

die Vereinbarung sowohl für Deutschland als für Rumänien von großer Wichtigkeit sei; man sei aber in Paris davon überzeugt, daß die Uebereinkommen vom 7. April nicht über das kommerzielle Gebiet hinausgehen. Rumänien wisse sehr wohl, daß nur der Sieg der Alliierten ihm seine nationale Einheit geben könne. Die Dauer dieses Vertrages werde um so weniger lang sein, als die militärischen Ereignisse Rumänien erlaubten, die halbige Wiederherstellung seiner alten Verbindungen zu hoffen. Das sei dann auch der Augenblick, wo sich die Regierung von Bukarest endgültig entscheiden werde. Bis jetzt nütze es einfach Neutralität einbringen könne. Andere Blätter weisen auf das Beispiel Italiens hin, das seinen kommerziellen Vorteil gewahrt habe, bis es in den Krieg eintrat.

Diese Ausführungen sind vielleicht geeignet, die Befürchtungen vieler Kreise abzuschwächen; denn es ist unverkennbar, daß Rumänien in einer heikeln Lage ist, die die Deutschen ausgezeichnet zu nützen verstanden. Wem will Rumänien sein Zuziel an Getreide verkaufen? Und vor allem, wo sollte es die nötigen Fabrikate hernehmen? Die einzige Ententemacht, mit der Rumänien in Verbindung steht, ist Rußland, und dieses hat selbst genug Getreide und zu wenig Fabrikate. Die Entente hat es nicht verstanden, den Eintritt Bulgariens in den Krieg vorzusehen; sie hat es dann nicht verstanden, Serbien vor dem Erdrücktwerden zu schützen. Diese Fehler rächen sich jetzt in Rumänien. Man hat gut, den Rumänen Mangel an Idealismus und Mangel an Beständigkeit für die hohen Ziele der rumänischen Nation vorzuwerfen, wie es Clemenceau in seinem Blatte tut. Aber auch für Rumänien gilt das „zuerst leben“. Ob nun Rumänien das Abkommen mit Deutschland so verstanden hat, wie der „Temps“ meint, wissen wir nicht, doch muß man annehmen, daß Deutschland gewisse Vorsichtsmaßregeln nicht außer Auge gelassen haben wird. Von da an bis zum eigentlichen politischen Abkommen ist noch ein Schritt. Ob der von den Rumänen noch zurückgelegt wird, oder ob im Gegenteil Rumänien einmal alles über Bord wirft und mit der Entente geht, möchten wir nicht voraussagen. Wahrscheinlich erscheint nach wie vor, daß Rumänien nicht bis zum Schluß neutral bleibt, und daß es sein möglichstes tun wird, sich auf die Seite zu stellen, die den endgültigen Sieg erzielt.

Sozialdemokratie und nationale Verteidigung.

Der Streit in der deutschen Sozialdemokratie, der täglich noch in den örtlichen Parteigruppen seine Wellen schlägt, hat bekanntlich seine Wurzeln in der Zustimmung zu den Kriegskrediten, in der sogenannten Politik des 4. Augusts. Die Minderheit behauptet, die Partei habe, als sie die Gelder für die Kriegsführung bewilligte, mit ihrer Vergangenheit gebrochen. Diese Handlungsweise stehe in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den Beschlüssen aller Parteitage und internationalen Kongresse; zwischen der Sozialdemokratie, wie die Welt sie vor dem 4. August 1914 kannte, und der Sozialdemokratie von heute gähne eine tiefe Kluft. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gibt nun, um diesen Behauptungen entgegenzutreten, im Verlage der Buchhandlung Vorwärts eine kleine Schrift heraus: Sozialdemokratie und nationale Verteidigung, die nachweisen soll, was an diesen Behauptungen richtig und was an ihnen falsch ist.

„Es wäre unehrlich, und es wäre unsinnig“, so heißt es im ersten Abschnitt dieser Schrift, „wollten wir leugnen, daß die Erfahrungen des Weltkrieges in mehr als einem Punkte gewisse Anschauungen und Erwartungen Lügen gestraft haben, in die sich die große Mehrzahl unserer Parteigenossen hineingelegt hatten. Hatten wir auf der einen Seite die Widerstandskraft erheblich überschätzt, die das organisierte internationale Proletariat dem Ausbruch eines Weltkrieges werde entgegenzusetzen können, so hat uns auf der anderen Seite die Lebenskraft und Anpassungsfähigkeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise den ungeheuren Kriegserschütterungen gegenüber mehr als eine Überraschung gebracht. Niemand von uns hätte es für möglich gehalten, daß diese Wirtschaftsweise einen Krieg von solcher Dauer und von solchem Umfange würde aushalten können. Aus diesen neuen Erkenntnissen die notwendigen Schlussfolgerungen für die politische Praxis zu ziehen, das ist eine Selbstverständlichkeit. Der wäre ein netter Sozialdemokrat, der gleichsam mit verbundenen Augen durch die Welt laufen wollte, der Augen und Ohren gewaltsam verschließen wollte vor allem, was um ihn herum vorgeht. Marx, Engels und Lassalle, Wilhelm Liebknecht und August Bebel haben niemals von einer derartigen Sorte von „Prinzipienfestigkeit“ etwas wissen wollen, und auf sie am allerwenigsten darf unsere Parteiposition sich berufen.“

Die Sozialdemokratie hat also, wie hier ihr Parteivorstand selbst zugestehet, doch in gewisser Beziehung umgelernt. Sie hat nicht nur erkannt, daß der Kapitalismus, den sie längst für todesreif hielt, doch noch eine außerordentliche Widerstands- und Leistungskraft besitzt, sie hat auch noch eine zweite Erfahrung gemacht. Die Internationale hat Schiffbruch gelitten, sobald die ersten Wellen gegen ihr Schiff schlugen. Eine Säule des Parteigebäudes ist geborsten. Das will die Minderheit, die um Liebknecht und auch die um Haase, nicht einsehen; sie handelt genau so und möchte auch die Politik der Partei genau so einrichten, als ob die Internationale noch ihr Zepher über die Partei hielte. Die Mehrheit der Sozialdemokratie dagegen hat aus dem Versagen des internationalen Gedankens die Folgerungen gezogen und hat damit festen Boden unter den Füßen gewonnen. Es wird ihr jetzt nicht schwer, ihre Haltung, die Notwendigkeit der Vaterlandsverteidigung und damit der Kreditbewilligung, auch historisch zu begründen, denn der Internationalismus war stets ein Fremdkörper in der deutschen Arbeiterbewegung. Mit gutem Glück bemüht sich deshalb die Schrift des Parteivorstandes um den Beweis, daß der Gedanke der Vaterlandsverteidigung im allgemeinen und der Gedanke, daß die Sozialdemokratie insbesondere die heilige Pflicht habe, jeden Angriff des russischen Barbaren- und Despotenstaates von Deutschlands Grenzen abzuwehren, sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte der Partei hindurchziehe.

Wir können von den zum Beweise angeführten Reden und Schriften natürlich nur ganz wenig anführen. Vieles davon ist ja hinreichend bekannt. Häufig erinnert man daran, daß im Jahre 1870 bei der Abstimmung über die Kriegskredite Liebknecht und Bebel sich der Abstimmung enthielten. Sie lehnten also die Kredite nicht etwa ab, wie das die Gruppe getan hat, die sich jetzt rühmt, die Tradition der Sozialdemokratie zu vertreten. Liebknecht und Bebel enthielten sich auch nicht etwa aus irgendwelchen „prinzipiellen“ Bedenken, sondern ausschließlich deshalb, weil sie damals im schärfsten Kampfe gegen das Ministerium Bismarcks standen, dem sie durch die Stimmenthaltung ihr schroffstes Mißtrauen zum Ausdruck bringen wollten. Wenn die Minderheit ihr Verhalten heute nach ähnlichen Gesichtspunkten einrichten wollte, so müßte sie notwendigerweise zu einer Bewilligung der Kredite gekommen sein. Im Gegensatz zu Bebel und Liebknecht stimmten damals die drei andern sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, also die damalige Mehrheit, den Kriegskrediten zu. Das Parteiorgan schrieb sogar: „Jeder Deutsche, der sich dem Friedensbrecher entgegenwirft, der kämpft nicht nur für Vaterland, der kämpft gegen den Hauptfeind der Ideen der Zukunft, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.“

Fast alle Führer der deutschen Sozialdemokratie, wie Friedrich Engels, Auer, Vollmar werden angeführt, wie sie sich gegen den Vorwurf wehren, die Sozialdemokratie habe kein Vaterland, und wie sie die Möglichkeit und Notwendigkeit zugeben, daß die Sozialdemokraten im Falle eines Krieges ihr Vaterland verteidigen müßten. Von besonderem Interesse ist vielleicht im Hinblick auf

das Herostratentum des Sohnes, was der alte Wilhelm Liebknecht gesagt hat. Schon im Jahre 1866 auf dem Nürnberger Arbeitertag, als er sich gegen die allgemeine Entwaffnung aussprach, sagte er u. a.: „Es bleibt uns noch eine blutige Arbeit zu verrichten und eine heilige Pflicht zu erfüllen: die Zertrümmerung Russlands, die Wiederherstellung Polens.“ Außer dieser Äußerung, die geradezu aktuell wirkt, finden wir noch eine über Frankreich. Am 28. November 1888 sagte Liebknecht im Reichstage: „Greift Frankreich an, dann ist keine Partei in Deutschland, auf die es rechnen kann, und dann ist der letzte Sozialdemokrat verpflichtet und bereit, gegen den Angreifer zu marschieren.“ Und noch im Jahre 1900 sprach Liebknecht in seiner Dresdener Rede Worte, die ganz erheblich von denen abstecken, mit denen sich der Sohn berühmt zu machen sucht. „Was mich persönlich betrifft“, so sagte damals Wilhelm Liebknecht, „so hat niemand einen vernünftigen Grund, mir vorzuwerfen, ich wolle Deutschland nicht groß und stark sehen. Ich habe schon als 20jähriger Jüngling für Deutschlands Freiheit und Größe gekämpft, ich habe mein Leben dafür eingesetzt, aber ich bin meinen Anschauungen und Idealen treu geblieben.“ Von den vielen Bekenntnissen August Bebels sei nur das hervorgehoben, was als sein politisches Testament betrachtet werden kann, als er wenige Wochen vor seinem Tode im Sommer 1913 in der Budgetkommission u. a. folgende Ausführungen machte:

Es gibt in Deutschland überhaupt keinen Menschen, der sein Vaterland fremden Angriffen wehrlos preisgeben möchte. Das gilt namentlich auch für die Sozialdemokratie, der ihre Gegner, die zum Teil unverständlich, zum Teil aber auch gehässig sind, oftmals den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit gemacht haben. Die Sozialdemokratie hat, im Gegensatz zu dieser Behauptung, niemals verkannt, daß die geographische und politische Lage des Reiches die Vorbereitung einer starken Schutzwehr notwendig machen. Wir müssen in Deutschland mit der Möglichkeit eines Angriffskrieges von außen leider einstweilen noch rechnen, namentlich von Osten her. Wenn einmal ein solcher Krieg ausbrechen sollte, den wir alle zu vermeiden wünschen und dem auszuweichen wohl auch die deutsche Reichsregierung bemüht gewesen ist, dann müßte es bei dem heutigen Stande der Waffentechnik, bei der Organisation des Heerwesens und bei der Gestaltung der Staatenbündnisse in Westeuropa ungeheuren Umfang annehmen, er würde zum Weltkrieg werden und unser Vaterland vielleicht vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen. Infolgedessen rechtfertigt sich nicht nur die Wehrhaftmachung des letzten Mannes bei uns, sondern sie ist eine notwendige Forderung.

Die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie hat in diesem Krieg, den Bebel damals vorausgesagt hat, so gehandelt, wie ihr großer Führer das angekündigt hat. Die Arbeiter wissen, um was das Ringen geht, nicht nur um unsere politische und kulturelle Zukunft, an der sie vielleicht nicht allzu beteiligt zu sein glauben, sondern vor allem um die Erhaltung oder Zerstörung unserer wirtschaftlichen Kultur. An ihrer Erhaltung aber haben die Arbeitnehmer als die widerstandsunfähigen mindestens daselbe Interesse wie die Arbeitgeber. Wie sich die beiden Parteien nach dem Kriege auseinandersetzen werden, das wird die Zukunft lehren. An ein Schwinden der innern Gegensätze darf man leider nicht glauben; wohl aber werden diese Kämpfe ihren gehässigen Unterton verlieren, wenn der deutsche Arbeiter ebenso wie der deutsche Arbeitgeber in diesem Kriege das gelernt hat, was jüngst Volksgang Heine forderte: den sittlichen Ernst im Denken und Handeln seines Volksgenossen auch da zu würdigen, wo er selber andere Wege für richtig hält. Was in der besprochenen Schrift von der Sozialdemokratie gesagt wird, daß man aus neuen Erkenntnissen die notwendigen Schlussfolgerungen für die politische Praxis ziehen müsse, das gilt ja nicht minder auch von den übrigen Parteien in ihrem Verhältnis zur Sozialdemokratie. Es gibt immer noch Politiker, denen es nicht einleuchtet, daß dieser Krieg die Parteibegriffe ganz gründlich durcheinandergeschüttelt hat, die immer noch an den bequemen alten Schlagwörtern haften. Ihnen hat auch die Trennung in der deutschen Sozialdemokratie noch nicht bewiesen, daß schon vor dem Kriege in dieser Partei die verschiedensten Elemente beieinanderwohnten, die nur die Unzufriedenheit zusammenhielt. In einem entscheidenden Punkt, in der Stellung der Sozialdemokratie zum eigenen Lande und zu seiner Verteidigung, gingen die Ansichten schon stets auseinander; aber erst ein Krieg wie der jetzige konnte den Beweis erbringen von der innern Zwiespältigkeit der Partei, konnte zeigen, auf welche Teile der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit zutrifft und auf welche nicht. Vor dem Kriege galt vielen die Sozialdemokratie als eine internationale Partei, mit der schon aus vaterländischen Gründen jedes Zusammenarbeiten unmöglich war. Auch diese Ansicht hat durch die Erfahrungen des Krieges ihren Todesstoß erhalten.

Eine Rechtfertigung.

Solingen, 27. April. Im Reichstagswahlkreise Solingen steht der Abgeordnete des Wahlkreises, Scheidemann, auf Seiten der Mehrheit, dagegen vertritt das sozialdemokratische Parteiorgan, die Arbeiterstimme, die von dem Abg. Dittmann redigiert wird, den Standpunkt der Minderheit und veröffentlicht fortgesetzt auch Artikel anderer Minderheitsmitglieder. Gegen einen solchen Artikel von dem Vorwärtsredakteur Ströbel, der Scheidemann insbesondere seine Stellung gegenüber der Resolution im U-Bootkrieg vorwirft, bemerkt Scheidemann in einer Erwiderung:

Wenn wir die U-Boote nicht anwenden wollen, dürfen wir dann die in Solingen angefertigten Säbel und Dolche anwenden? Müßten wir dann nicht auf jede Schneide die Worte ähen: „Du sollst nicht töten!“ Wenn es einen friedlich gesinnten Menschen gibt, dann bin ich es. Aber wenn mir einer zu Leibe rückt, dann wehre ich mich. Und

wenn eine furchtbare Koalition von Großmächten dem Handel und der Industrie meines Heimatlandes zu Leibe rückt, dem Lande selbst also im wahren Sinne des Wortes ans Leben will, dann muß ich verlangen, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die feindlichen Pläne zunichte gemacht werden. Es handelt sich darum, die Lebensmöglichkeit unseres Landes zu sichern, nicht darum, Eroberungen zu machen oder andere Völker zu vergewaltigen. Deshalb habe ich in meiner Rede, für die Ströbel und die Redaktion der Berg. Arbeiterstimme leider kein Verständnis zu haben scheinen, auch erinnert an das Kriegsziel des englischen Handelsministers Runciman:

„Wenn wir Krieg führen, führen wir ihn als Krieg. Im Bereich unserer Machtmittel muß natürlich auch der Wirtschaftskrieg zählen. Wie lange dieser Wirtschaftskrieg dauern soll, ist eine andere Frage. In jedem Falle müssen wir darauf achten, daß, wenn wir den Krieg siegreich beendigen, wir Deutschland die Möglichkeit abschneiden müssen, seine Stellung auf dem Weltmarkt wiedergewinnen zu können.“

Was soll denn, um ein für mich als Solinger Vertreter im Reichstage naheliegenderes Beispiel zu erwähnen, aus der Solinger Industrie werden, wenn Runcimans Plan in Erfüllung ginge? Ich erinnere an die ersten Wochen nach dem Ausbruch des Krieges. Jede Ausfuhrmöglichkeit war abgeschnitten, die Arbeitslosigkeit war in Solingen, das in ganz hervorragendem Maße auf den Export angewiesen ist, enorm. Die Verwirklichung des Runcimanschen Planes wäre der Ruin auch der deutschen Stahlwarenindustrie. Wenn ich auch wünsche, daß die Sheffielder Schmelzer zu essen und zu leben haben, so kann es mir doch wahrhaftig nicht gleichgültig sein, wie die Solinger Arbeiter leben, und da sie unmöglich alle in der Redaktion der Bergischen Arbeiterstimme beschäftigt werden können, sich vom Fischfang in der Wupper auch schwerlich nähren wollen, so muß ich darauf hinzuwirken suchen, daß für Deutschland und damit auch für Solingen die Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung gesichert wird.

Ich glaube, das alles ist deutlich genug. Ich bin im Reichstag sehr energisch dafür eingetreten, daß dem entschlichen Ringen sobald wie irgend möglich ein Ende gemacht wird. Wenn dieser Krieg auch nur einen einzigen Tag länger geführt werden sollte, als er auf Grund des Verhaltens der Feinde geführt werden muß, wenn er etwa kapitalistischer Interessen wegen auch nur um einen einzigen Tag länger geführt werden sollte, dann müßten wir uns dem alle widersehen.“

Diesen Standpunkt nimmt die gesamte sozialdemokratische Partei Deutschlands ein. Von der deutschen Reichsregierung wissen wir, daß sie zu Friedensverhandlungen bereit ist; von den gegnerischen Regierungen wissen wir das Gegenteil. Zu einer andern Stellungnahme kann die feindliche Koalition, die jetzt noch durch das Verhalten Amerikas gewaltige Unterstützung bekommen hat, am schnellsten dann gezwungen werden, wenn man ihre Hoffnungen auf wachsender Zweiseitigkeit in Deutschland zerstört. Daraus ergeben sich mit absoluter Notwendigkeit die Konsequenzen, die ich ziehe, nicht die, die Ströbel und seine Freunde ziehen, denn deren Politik läuft — gegen ihren Willen! — nach meiner festen Überzeugung auf eine Verlängerung des Krieges hinaus.

Ich aber will baldigen Frieden!

nach Verhegung ist der bleibende Eindruck, den die letzten Betrachtungen Poincarés über die bewaffnete Gerechtigkeit und den Kampf gegen die Feinde der Menschheit hinterläßt.

Die revolutionären Vorgänge in Irland.

Rotterdam, 28. April. (Privattelegramm.) Nach hier vorliegenden Nachrichten wurde in ganz Irland gestern das Kriegrecht proklamiert.

Berlin, 28. April. (Privattelegramm.) Ueber die Revolution in Irland wird dem „Volksanzeiger“ aus dem Haag telegraphiert: Ein königlicher Erlass hebt vorübergehend die Verhandlungen von Kapitalverbrechen durch die Geschwornengerichte auf, so daß Anklagen wegen Aufruhr, Verkauf oder Einfuhr von Waffen usw. nur durch einen Einzelrichter, der fast immer Engländer ist, ohne Verhör abgeurteilt werden.

Der Minister für Irland Birrell ist nach Dublin in Begleitung von drei amerikanischen und mehreren Londoner Journalisten abgereist, welche die Lage persönlich prüfen sollen.

Aus der Umgebung von Dublin werden neue Unruhen gemeldet.

Ferner wird der „Deutschen Tageszeitung“ aus Rotterdam telegraphiert: Die erste drahtlose Meldung über den Ausbruch der Revolution wurde am 25. d. ausgegeben, traf aber in London erst am 26. abends ein. Die Aufständischen hatten die Bahn- und Postverbindung abgeschnitten. Sie sind nach den letzten Meldungen aus Dublin nach wie vor im Besitz von fünf Stadtteilen. Sie nahmen am Montag mehrere englische Offiziere gefangen, als diese vom Rennen kamen.

Der Aufruhr breitet sich auf fünf weitere Grafschaften aus. Auch in den übrigen Grafschaften ist die Lage bedrohlich. Ueberall herrscht Säugung, und es kommt zu tumultuösen Auftritten. In Dublin selbst wird in den Straßen weitergekämpft. Bis gestern abend hatten die Truppen 15 Tote und 21 Verwundete verloren. Außerdem wurden zwei irische Freiwillige getötet und sechs verwundet. Die Verluste der Rebellen sind unbekannt.

London, 27. April. „Daily Telegraph“ meldet: Die Nachricht von der Rebellion in Dublin wurde durch Reisende herübergebracht und sprach sich alsbald in der Stadt herum.

„Daily Chronicle“ schreibt: Die Mitteilungen des Staatssekretärs für Irland im Parlament waren für das Haus eine vollständige Ueberraschung.

„Daily Mail“ schreibt: Dieser kolossale Fehler der Regierung stellt alle andern Fehler während des Krieges in Schatten. Wie lange wird die Nation sich noch unter der Herrschaft von Führern dahintreiben lassen, die nicht führen, nicht handeln wollen und an chronischer Entschlußlosigkeit leiden.

„Daily News“ sagen: Man wird natürlich fragen, ob die Bewegung, die zu der Rebellion führte, im letzten Jahre mit gebührender Energie behandelt worden ist.

„Manchester Guardian“ bezeichnet den Zustand in Dublin als einen äußerst unangenehmen Zwischenfall. Das Blatt kritisiert es, daß die Regierung von Irland in verschiedenen Fällen wider den Rat der Nationalistenpartei, ohne sie zu befragen, gehandelt habe. Dadurch habe sie die Autorität der Partei, auf deren Mitwirkung die Regierung angewiesen sei, untergraben. Als Birrell im Unterhause seine Mitteilungen über die Rebellion machte, war von den irischen Führern nur Redmond anwesend. Es wurde bemerkt, daß die irischen Abgeordneten sich schweigend verhielten.

Die Bestürzung im Parlament.

London, 27. April. In der vorgestrigen Sitzung des Unterhauses fragte Pemberton-Billing, nachdem Staatssekretär Birrell die Mitteilung über die Revolution in Irland gemacht hatte, ob der Premierminister dem Parlament und der Nation die Versicherung geben könne, daß Casement sofort erschossen würde.

Premierminister Asquith erwiderte, diese Frage hätte in diesem Augenblick nicht gestellt werden sollen.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses sagte Staatssekretär Birrell, er wisse nicht, ob die Postverbindung mit Irland funktioniere und ob die regelmäßigen Postzüge abfahren; zwei Dampferlinien seien unterbrochen.

Oberst Sherman Crawford fragte, ob er auf diese Weise keine Aussicht habe, sich nach Irland zu begeben, um sich an die Spitze seines dortigen Bataillons zu stellen.

Staatssekretär Birrell gab zu, daß die Nachrichten aus Irland der Zensur unterworfen seien, und sagte: Es lag uns viel daran, daß keine Nachrichten die neutralen Länder, vor allem Amerika, erreichten, die dort einen falschen Eindruck von der Lage machen könnten.

London, 27. April. (Oberhaus.) Lord Middleton kritisierte die Erklärungen der Regierung, daß sie die Lage in Irland beherrsche; das Umgekehrte scheine der Fall zu sein. Die Regierung sage, die Lage sei ausgezeichnet und außer in Dublin seien keine Unruhen in Irland entstanden. Redner wünschte, die Regierung möge versichern, daß sie in den übrigen Teilen Irlands genug Truppen habe, um die Ausbreitung der Bewegung zu verhindern. Die Regierung scheine durch den Ausbruch der Unruhen in Dublin völlig überrascht worden zu sein, aber sie sei von zuständiger Seite wiederholt gewarnt worden.

Redner fuhr fort: Seit langer Zeit gab es in Dublin große Körperschaften von Sinn-Feinern, die vollständig bewaffnet und ausgerüstet waren und seit Monaten militärisch ausgebildet wurden. Sie waren im Besitz von erheblichen Mengen Explosivstoffen und hatten viel Geld. Die gesprochenen Pläne der Sinn-Feinern wurden in einer Anzahl von Blättern Woche für Woche verkündigt. Die Regierung machte nur sehr geringe Anstrengungen, diese zu unterdrücken. Die Häupter der Bewegung waren der Regierung wohl bekannt, aber nur in zwei Fällen wurde gegen sie eingeschritten. Redner sprach die bestimmte Erwartung aus, daß Staatssekretär Birrell sich ungesäumt auf seinen Posten in Irland begeben werde, wenn er es noch nicht getan habe. Es handle sich vor allem darum, die Ausbreitung des Aufstandes außerhalb Dublins zu verhindern. Die Lage in Irland sei äußerst gefährlich, wenn man ihrer nicht schnell Herr werde. Die Untätigkeit der Regierung in den letzten Wochen habe die lokale Bevölkerung sehr entmutigt.

Lord Lansdowne antwortete im Namen der Regierung, er könne die Anzahl der Rebellen in Dublin nicht angeben.

Lord Middleton wiederholte sodann seine Angabe, daß die Regierung von sehr einflußreichen Personen in der deutlichsten Weise gewarnt worden sei.

Lord Peel bestätigte dies.

Lord Salisbury sagte, das Parlament würde Aufklärungen verlangen müssen, weshalb die Regierung trotz dieser Warnungen nichts getan habe.

Im Verlaufe der Debatte wurde erklärt, daß ein großer Teil der Nachrichten aus Irland auf drahtlosem Wege nach England käme, da die Rebellen ihre Kabel durchschnitten haben.

Berlin, 28. April. (Privattelegramm.) Wie dem „Nacht- und Abendblatt“ aus Kopenhagen telegraphiert wird, greift die konservative englische Presse den irischen Staatssekretär Birrell heftig an und beschuldigt ihn der Unfähigkeit und Leichtgläubigkeit. „Daily Express“ verlangt die Entsendung Lord Ritcheners als Vordileutnant nach Irland, wodurch die Unruhen sofort beendet werden würden.

London, 28. April. Das Reutersche Bureau meldet: Redmond hat aus allen Teilen der Welt Telegramme von Iren erhalten, worin die Entrüstung über den Aufstand in Irland ausgesprochen wird.

Notiz: Das Reutersche Bureau gibt in der Depesche verschiedene Orte in Australien und Kanada an, woher solche Depeschen an

Le-
ver-
Mer-
is-
ffen
en
be-
al-
eine
hme
ird,
ggs-
be-
g s-
h n

ische
Uhr
e l-
her-
ase-
zeug
und
Uhr
ings
her-
ver-
der

cheit
erne
des
er
rede
osen
be-
1500
ftig,
be-

S.
ber-
er-
in
cla-
ang
ten,
doch
Be-
olge
nicht
rne
ben
be-
sein

am
ten
nur
se-
weis
ein
sche
tter
tste
ver-

Er-
r 6
aris
bin-
tige
nes
ein
len
gen
hen
pon
den,
men
te
e s
n n-
ng,
tögt
ben

Aufstandes außerhalb Dublins zu verhindern. Die Lage in Irland sei äußerst gefährlich, wenn man ihrer nicht schnell Herr werde. Die Untätigkeit der Regierung in den letzten Wochen habe die lokale Bevölkerung sehr entmutigt.

Lord Lansdowne antwortete im Namen der Regierung, er könne die Anzahl der Rebellen in Dublin nicht angeben.

Lord Middleton wiederholte sodann seine Angabe, daß die Regierung von sehr einflussreichen Personen in der deutlichsten Weise gewarnt worden sei.

Lord Peel bestätigte dies. Lord Salisbury sagte, das Parlament würde Aufklärungen verlangen müssen, weshalb die Regierung trotz dieser Warnungen nichts getan habe.

Die Kabel von den Rebellen durchschnitten.

In Verlaufe der Debatte wurde erklärt, daß ein großer Teil der Nachrichten aus Irland auf drahtlosem Wege nach England läme, da die Rebellen die Kabel durchschnitten haben.

Verlangen nach sofortiger Erziehung Casements.

A. London, 27. April. In der vorgestrigen Sitzung des Unterhauses fragte Pemberton Billing, nachdem Staatssekretär Birrell die Mitteilung über die Revolution in Irland gemacht hatte, ob der Premierminister dem Parlament und der Nation die Versicherung geben könne, daß Casements sofort erschossen würde.

Premierminister Asquith erwiderte, diese Frage hätte in diesem Augenblicke nicht gestellt werden sollen.

Der gestörte Verkehr mit Irland.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses sagte Staatssekretär Birrell, er wisse nicht ob die Postverbindung mit Irland funktioniere und ob die regelmäßigen Postzüge abfahren; zwei Dampferlinien seien unterbrochen.

Oberst Sherman Crawford fragte, ob er auf diese Weise keine Aussicht habe, sich nach Irland zu begeben, um sich an die Spitze seines dortigen Bataillons zu stellen.

Der Staatssekretär Birrell und die Zensur.

Staatssekretär Birrell gab zu, daß die Nachrichten aus Irland der Zensur unterworfen seien, und sagte: Es lag uns viel daran, daß keine Nachrichten die neutralen Länder, vor allem Amerika, erreichten, die dort einen falschen Eindruck von der Lage machen könnten.

Berlin, 28. April. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Amsterdam: „Daily Mail“ schreibt: Der Wikbold Birrell sehe nicht einmal ein, daß eine Erklärung, wie er sie gestern abgab, nämlich, daß er die schärfste Zensur über alle irischen Nachrichten eingeführt habe, um zu verhindern, daß irgendwelche Nachrichten die Neutralen und namentlich unsere Freunde in Amerika erreichen, mehr als irgend etwas geeignet sei, die Neutralen voreingenommen zu machen, namentlich nachdem Birrell diese dritte Erklärung auch noch veröffentlichte. Die Revolution sei eine Folge der irischen Regierungspolitik. Birrell und Asquith ahnen, was vorging, und äußerten sich nicht. Sie glauben, man könne eine Revolution verhindern, wenn man nicht hinstehe. Hätten die Zeitungen veröffentlicht dürfen, was sie Sonntag abends wußten, dann wären die Behörden vielleicht auch zeitiger aus ihrer Schlaftrunkenheit erwacht, aber die Regierung hat jetzt der Presse den Maulkorb angehängt und der Wachhund kann nicht mehr bellen. Birrell mag in ganz netter alter Herr für einen Kaffeelassch sein, die Regierung Irlands aber gehört in stärkere Hände.

Reise Birrells nach Dublin.

Berlin, 28. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der „Lokalanzeiger“ meldet aus dem Haag: Minister Birrell ist heute in Begleitung mehrerer englischer und amerikanischer Journalisten nach Dublin gereist, damit sie die Lage persönlich prüfen können.

Scharfe Kritik der Londoner Blätter.

A. London, 27. April. „Daily Telegraph“ meldet: Die Nachricht von der Rebellion in Dublin wurde durch Reisende herübergebracht und sprach sich alsbald in der Stadt herum.

„Daily Chronicle“ schreibt: Die Mitteilungen des Staatssekretärs für Irland im Parlament waren für das Haus eine vollständige Ueberraschung.

„Daily Mail“ schreibt: Dieser kolossale Fehler der Regierung stellt alle anderen Fehler während des Krieges in Schatten. Wie lange wird die Nation sich noch unter der Herrschaft von Führern dahintreiben lassen, die nicht führen, nicht handeln wollen und an chronischer Entschlußlosigkeit leiden.

„Daily News“ sagen: Man wird natürlich fragen, ob die Bewegung, die zu der Rebellion führte, im letzten Jahre mit gebührender Energie behandelt worden ist.

„Manchester Guardian“ bezeichnet den Ausbruch in Dublin als einen äußerst unangenehmen Zwischenfall. Das Blatt kritisiert es, daß die Regierung von Irland in verschiedenen Fällen wider den Rat der Nationalistenpartei, ohne sie zu befragen, gehandelt habe. Dadurch habe sie die Autorität der Partei, auf dessen Mitwirkung die Regierung angewiesen sei, untergraben. Als Birrell im Unterhause seine Mitteilungen über die Rebellion machte, war von den irischen Führern nur Redmond anwesend. Es wurde bemerkt, daß die irischen Abgeordneten sich schweigend verhielten.

Das Anlaufen der irischen Häfen verboten.

S. Rotterdam, 28. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Eine Zirkularverfügung der englischen Regierung, die den ausländischen Gesandtschaften in London zugestellt wurde, untersagt allen neutralen Handelsschiffen das Anlaufen der irischen Häfen einschließlich Belfast.

Die irischen Abgeordneten ohne Verbindung mit dem Lande.

A. Amsterdam, 28. April. Einem hiesigen Blatte wird aus London berichtet, daß die irischen Abgeordneten vorläufig keine Möglichkeit haben, sich mit Irland in Verbindung zu setzen, und deshalb nicht in der Lage sind, über die Unruhen in Dublin, die sie völlig überrascht haben, irgendwelche Aufschlüsse zu geben.

Depeschen an Redmond.

A. London, 28. April. Das Reutersche Bureau meldet: Redmond hat aus allen Teilen der Welt Telegramme von Iren erhalten, worin die Entrüstung über den Aufstand in Irland ausgesprochen wird.

Notiz: Das Reutersche Bureau gibt in der Depesche verschiedene Orte in Australien und Kanada an, aus denen solche Depeschen an Redmond geschickt worden seien, aber keinen einzigen Ort in den Vereinigten Staaten.

Eine französische Stimme.

Berlin, 28. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) „B. Z. am Mittag“ meldet aus Paris: Zum Aufbruch in Dublin bemerkt das Gewerkschaftsblatt „La Bataille“: Es ist bekannt, daß die Fabrier gewisser Großgrundbesitzer in England ebenso wie in Frankreich die Landbevölkerung verbittert hat. Diese Verbitterung hat leider tiefe Wurzeln. Wir können sie bedauern, aber wir können sie nicht verurteilen, weil wir nicht wissen, was die Irländer gelitten haben.

Beängstigender Eindruck in Italien.

Berlin, 28. April. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Lugano: Die weitere Ausdehnung des irischen Aufstandes und die Erklärung des Belagerungszustandes über das ganze Land haben in Italien einen beängstigenden Eindruck gemacht. Die Blätter haben aufgehört, das Ereignis als ein deutsches Fiasko darzustellen und weisen darauf hin, daß es nicht möglich sei, die volle Wahrheit über Irland zu erfahren, da alle Nachrichten einer strengen englischen Zensur unterworfen werden. Der Londoner Korrespondent des „Corriere della Sera“ meldet, die Äußerungen der Regierung im Parlament hätten den Eindruck hervorgerufen, daß die Lage noch immer ernst sei. Die Aufständischen in Dublin hätten die wichtigsten öffentlichen Gebäude noch immer in Händen. Besonders wichtig sei der Umstand, daß die beiden Bahnhöfe sich im Besitz der Revolutionäre befänden. hauptsächlich wichtig insofern der Tatsache, daß alle Offiziere der Garnison wegen der Osterferien fern von Dublin seien. Das Truppenkommando zögere, mit Kanonen gegen die Stellungen der Rebellen vorzugehen, um die wertvollen Gebäude zu schonen.

Die englische Wehrpflichtkrise.

Berlin, 28. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Amsterdam: Die Zurückziehung der Wehrpflichtvorlage durch Asquith bedeutet nach einer hier vorliegenden Nachricht nicht den Rücktritt des Kabinetts oder einzelner Minister. Als Asquith sich von den übrigen Ministern verabschiedete, sagte er: „Die Kabinettskrise ist vorbei.“

Die Regierung wird über die nun zu treffenden Maßnahmen schlüssig werden. Unter dem Vorstehe Carson's hat sich eine außerordentliche Sitzung des unionistischen Kriegskomitees gegen das neue bedingte Wehrpflichtgesetz mit 137 gegen 8 Stimmen ausgesprochen.

Deutschland und Amerika.

Staatssekretär v. Capelle im Großen Hauptquartier.

A. Berlin, 28. April. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, v. Capelle, ist zum Vortrag beim Kaiser in das Große Hauptquartier abgereist.

Die Audienz des Botschafters Gerard.

Berlin, 28. April. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) Das „Nachrichtenblatt“ schreibt: Die Reise des Botschafters der Vereinigten Staaten in das Hauptquartier, wo neben dem Kaiser alle maßgebenden Stellen der Reichsregierung versammelt sind, hat vielfach die Auffassung gezeitigt, als ob alle Schwierigkeiten bereits hoben seien und die Verständigung mit Amerika als feststehende Tatsache angenommen werden könnte. Diese Annahme eilt den Ereignissen weit voraus, denn der in ihr zum Ausdruck kommende Optimismus ist ebenso wenig berechtigt, wie es der Pessimismus in den Tagen vorher gewesen ist. Die Besprechungen nehmen ihren Fortgang und von der Entscheidung des Kaisers, der die Vorschläge der verantwortlichen Stellen prüft, wird es abhängen, in welchem Sinne die Antwort für Washington abgefaßt wird. Die Lage ist nach wie vor die gleiche, und die Anwesenheit des Herrn Gerard im Hauptquartier spricht nur für die Bereitwilligkeit der Reichsregierung, alle Wege zu einer Verständigung offen zu halten. Herr Gerard ist erst heute nachmittags im Hauptquartier angekommen, so daß er frühestens heute abends die Audienz beim Kaiser haben kann. Die Rückkehr des Botschafters dürfte daher kaum vor Sonntag erfolgen.

Fremdenbl

Der Aufstand in Irland.

Angriffe auf die Regierung im Oberhause.

A. London, 27. April. (Oberhaus.) Lord Middleton kritisierte die Erklärungen der Regierung, daß sie die Lage in Irland beherrsche; das Umgekehrte scheine der Fall zu sein. Die Regierung sage, die Lage sei ausgezeichnet und außer in Dublin seien keine Unruhen in Irland entstanden. Redner wünschte, die Regierung möge versichern, daß sie in den übrigen Teilen Irlands genug Truppen habe, um die Ausbreitung der Bewegung zu verhindern. Die Regierung scheine durch den Ausbruch der Unruhen in Dublin völlig überrascht worden zu sein, aber sie sei von zuständiger Seite wiederholt gewarnt worden.

Redner fuhr fort: Seit langer Zeit gab es in Dublin große Körperschaften von Sinnfeinern, die vollständig bewaffnet und ausgerüstet waren und seit Monaten militärisch ausgebildet wurden. Sie waren im Besitze von erheblichen Mengen Explosivstoffen und hatten viel Geld. Die ausgesprochenen Pläne der Sinnfeiner wurden in einer Anzahl von Blättern Woche für Woche verkündigt. Die Regierung machte nur sehr geringe Anstrengungen, diese zu unterdrücken. Die Häupter der Bewegung waren der Regierung wohl bekannt, aber nur in zwei Fällen wurde gegen sie eingeschritten. Redner sprach die bestimmte Erwartung aus, daß Staatssekretär Birrell sich ungefähr auf seinen Posten in Irland begeben werde, wenn er es noch nicht getan habe. Es handle sich vor allem darum, die Ausbreitung des

**Besuch bulgarischer Sobranjemitglieder
in Budapest.**

— Von unserem Korrespondenten. —
Sophia, 26. April.

Montag früh wird eine Abordnung von fünfzehn Mitgliedern der bulgarischen Sobranje in Budapest eintreffen; die bulgarischen Volksvertreter sind durchweg Politiker, die sich in ihrem Vaterlande des besten Namens erfreuen; es sind Männer, die seit Anbeginn des großen Krieges für den Anschluß Bulgariens an die Mittelmächte mit zielbewusster Energie eingetreten sind; nach ihren Wahlbezirken setzen sich die Abgeordneten aus den verschiedensten Provinzen des Königreiches zusammen; bemerkenswert ist, daß die an der Donau liegenden Städte Widin, Lom, Sistow und Rustschuk vertreten sind. Die bulgarischen Gäste werden zwei Tage in Budapest verweilen und die Gelegenheit wahrnehmen, um mit den hauptstädtischen politischen und wirtschaftlichen Kreisen in Fühlung zu treten.

Der Führer der Abordnung Dr. Ivan Romtschilow äußerte sich zu Ihrem Korrespondenten wie folgt:

„Unsere Besuchsreise in Ungarn, Oesterreich und Deutschland ist unserem spontanen Wunsch entsprungen, mit den politischen und wirtschaftlichen Kreisen der uns treu verbündeten Länder persönliche Bekanntschaft zu machen.

Wir kommen als Freunde zu Freunden, ohne politische Missionen erfüllen zu wollen; unser Bündnis ist zu fest, unsere Beziehungen sind zu offenkundig herzlich, als daß wir es nötig hätten, grundsätzliche politische Meinungen auszutauschen; derlei Arbeiten überlassen wir unseren Feinden.

Was wir wollen, ist, unseren treuen Freunden dankbar die Hände zu drücken, uns über unsere große wirtschaftliche Zukunft auszusprechen, bei ihnen zu sehen und zu lernen.

Unser junges tatkräftiges Volk braucht unsere Verbündeten als Lehrer, damit es im mächtiger politischen Block seine kulturelle Aufgabe ebenso erfülle, wie es sich seiner militärischen bis jetzt entledigt hat. Die persönliche Aussprache ist für uns, die wir uns in treuer Waffenbrüderschaft unzertrennlich verbunden fühlen, ein heißersehnter Wunsch und soll dazu beitragen, die notorische Interessengemeinschaft unserer Völker zu vertiefen.

Wir kommen als bescheidene Schüler zu unseren unübertrefflichen Meistern, und wollen dankbar sein für alles, was wir zum Wohle unseres Volkes bei ihnen lernen werden.

Führer der Abordnung ist der erste Vizepräsident der Sobranje Dr. Ivan Romtschilow; der Name dieses um sein Vaterland verdienstvollen Mannes ist auch unserer Oeffentlichkeit wohlbekannt. Romtschilow ist Arzt von Beruf und vertritt im Parlament seit fünfzehn Jahren seine Vaterstadt Gorna Orehowiza, das Zentrum des berühmten bulgarischen Gärtnergewerbes; als tief überzeugter Anhänger der Zentralmächtepolitik kämpfte er mit dem ihm eigenen ungestümen Temperament für den Anschluß Bulgariens an den Dreibund. In zahllosen Aufsätzen der heimatischen, der ungarischen, österreichischen und deutschen Presse gab er stets seiner rückhaltlosen Ueberzeugung Ausdruck, trotz vielfacher Angriffe von russischer und russophiler Seite, die in ihm einen gefährlichen Gegner erblickte.

Der Reisegesellschaft gehören ferner an:

Generalleutnant d. R. Ivan Popow, Abgeordneter von Tirnowo, bekannt durch seine hervorragenden militärischen Leistungen im ersten Balkankriege. Er ist ein treuer Anhänger Radossawows.

Wasil Roznitschyn, Abgeordneter von Rustendil, ehemaliger Vizepräsident der Kammer, langjähriger Vertreter eines bulgarisch-serbischen Grenzgebietes; er gilt als ausgezeichnete Kenner des serbisch-bulgarischen Problems.

hängnisvolle Entwicklung höchstens die Folge innerpolitischer Unzufriedenheit, in unserem Verhältnisse zur Türkei wäre es eine außenpolitische Katastrophe. Es muß also alles getan werden, um diese Raubpolitik der Privatinitiative, die ihrem Wesen nach nur egozentrisch eingestellt sein kann, zu verhindern, was am besten durch türkische Gesetze, vor allem durch einen auf ausschließlich türkische Interessen eingestellten Zolltarif geschieht. Wenn dadurch auch manche Hoffnung deutscher Interessen zerstört wird, so wird unsere Regierung mit Rücksicht auf die Gesamtpolitik hier nicht einschreiten dürfen. Es wird für den deutschen Kaufmann im Orient immer noch genug zu verdienen geben; aber übertriebene Erwartungen möge sich niemand machen. Die Türkei braucht eine wirtschaftliche Schonzeit von mehreren Jahrzehnten. Hat sie sich selbst gefrästigt, dann wird sie in doppeltem Maße aufnahmefähig sein für die Produkte unserer Industrie. Ein Kulturland ist ein dankbareres Arbeitsfeld als ein unentwickelter orientalischer Staat.

Eine stärkere wirtschaftliche Betätigung ist also erst zu erhoffen, wenn der kulturelle Zustand der Türkei sich gehoben haben wird. Benützen wir die Zeit, die bis dahin noch vergehen wird, um den Orient näher zu studieren. Die Naivität, mit der selbst der Gebildete der orientalischen Hygiene gegenübersteht, hat etwas erschreckendes. Würden wir jetzt in unserer nahten Unkenntnis auf den Orient losgelassen, so wäre eine gegenseitige Mißstimmung unausbleiblich. So mancher kommt schon jetzt enttäuscht aus dem Orient zurück, zumeist weil er ei seiner Ausreise ohne jede Sachkenntnis war. Vergessen wir aber dabei nicht, daß die Enttäuschung gewiß ebenso auch umgekehrt vorkommt. Behandlung fremder Völker hat uns nie sehr gelegen. Das beweist unsere Unbeliebtheit in der ganzen Welt. In den Kolonien hat der Deutsche Großes, ja vielleicht mehr als andere Völker geleistet. Dort war auch unsere schulfmeisterliche Art am Platze. Bei selbständigen Völkern aber wird uns unsere Nationalität zum Verhängnis. Drum also Vorsicht in der Behandlung der Türkei! Hier herrscht der Islam, der als Kultur eine eigentümliche Mischung von griechischem Geist und altorientalischem Gefühl darstellt. Der Orient stand bis vor kurzem unter despotischer Herrschaft, und erst langsam ist die Freude am Dasein, am Staat, am Wirtschaftsleben wieder erwacht. Zurzeit überwiegt noch immer eine uns unverständliche Passivität und Indolenz, die nur durch einen gewissen Intellektualismus vergoldet wird. Wir verstehen diesen Mangel an Arbeitslust, an Initiative einfach nicht, er ist aber in höherer Maße die Folge der wirtschaftlichen und politischen Lage als der ethnischen und religiösen Basis der ganzen Kultur. Was nützt die Arbeit, wenn jeder Ertrag über das Existenzminimum dem Arbeitenden sofort wieder geraubt wird. Kommt hier einmal Ordnung in das Staatswesen, so wird auch die Arbeitsfreudigkeit wachsen. Dann wird auch langsam die Volksbildung sich heben, und dann werden die Völker des Orients zeigen können, was sie wert sind.

Heutigen Tags tritt uns die höhere Bildung des Orients in französischem Gewand entgegen, und zwar mit allen Licht- und Schattenseiten des französischen Geistes. Bei vielen ist es nur ein europäischer Kultursinn; aber bei der türkischen Oberschicht sieht die französische Bildung doch recht tief, wie schon ein Blick auf die türkische Literatur und die Programme der türkischen Parteien zeigt. Bilden wir uns nur nicht ein, daß wir diesen gewaltigen Vorsprung der Franzosen im Orient schnell einholen könnten. Wohl sieht bereits heute die türkische Bildung den Vorteil eines politischen Zusammengehens mit Deutschland ein, aber die gesellschaftlichen, literarischen und überhaupt kulturellen Sympathien gehören doch nach wie vor der französischen Welt. Man weiß eben noch zu wenig von Deutschland. Man kennt nur unsere militärische und wirtschaftliche Tüchtigkeit und bewundert sie; man kennt uns selber nur in unserem bald zu schneidigen, bald zu servilen Auftreten. Von den liebenswürdigen Seiten unserer Kultur hat man noch wenig Ahnung.

Geduld heißt es also auch hier! Nur keine Ueberstürzung! Nur keine Aufdringlichkeit, sondern ruhige und stetige Arbeit. Wer nur seinen eigenen Vorteil sucht, gehört jetzt noch nicht in die Türkei. Wir brauchen Kulturpioniere, die sich vom vaterländischen Geist leiten lassen und das Zukunftinteresse der Nation, nicht die Befriedigung ihres Abenteuerdranges im Orient suchen. Nur die besten sind nach arabischer und nicht nur sprachlicher (französisch!) Vorbereitung imstande, den Türken zu beweisen, daß die deutsche Kultur der französischen auch innerlich überlegen ist. Dabei aber muß es deutsche Parole sein: Wir wollen die Türken nicht zu halben Deutschen machen, wie sie jetzt halbe Franzosen sind, sie sollen echte Türken sein und bleiben. Dafür wird übrigens schon das hoch gesteigerte Nationalgefühl sorgen. Jedenfalls schenke uns Gott die Sachkunde und den Takt, die wir für jede Zukunftarbeit in der Türkei brauchen.

Wichtige Kundgebungen in Konstantinopel.

Bei einem Bankett der jungtürkischen Partei zu Ehren der deutschen Abgeordneten.

Konstantinopel, 28. April.

Die parlamentarische Partei für Einheit und Fortschritt gab abends zu Ehren der deutschen Reichstags-Abgeordneten ein Mahl, zu dem 150 Gäste geladen waren, darunter der Minister des Innern und interimistische Minister der Finanzen und des Krieges Talaat Bey sowie Minister des Außern Halil Bey, Justizminister Ibrahim Bey, Unterrichtsminister Achmet Bey, die Präsidenten der Kammer und des Senates, der deutsche Botschafter Graf Wolff-Meiternich mit den Mitgliedern der Botschaft, höhere türkische und deutsche Offiziere, Abgeordnete und Senatoren, die deutschen Pro-

fessoren der hiesigen Universität sowie eine Abordnung der „Lentonia“.

Rede des Ministers des Außern Halil.

Minister des Außern Halil Bey hielt hierbei folgende, mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede: Als der Weltkrieg ausbrach, welcher jetzt mit einer Festigkeit fortbauert, welche die ganze Menschheit sowie die ganze Kultur zu verschlingen droht, da zweifelte niemand bei uns, daß er von den Russen unter der Aneiferung Englands angestiftet worden war. Wir wußten auch, daß die Russen den Weltbrand entfesselt hatten, um ihr Ideal und nationales Ziel zu erreichen, das sie zum Gegenstande aller Kriege gemacht hatten, die Rußland, seitdem es sich seiner politischen Bestimmung bewußt geworden war, geführt hatte. Dieses Ideal war nichts anderes, als der Besitz der Meerengen sowie der freie Zutritt zu den Meeren. Der Balkankrieg hatte den Russen einige Hoffnung hierauf eröffnet. Die von England versprochene Unterstützung gab Rußland den notwendigen Mut, um allen Gefahren zu trotzen, die aus einem solchen Unternehmen entstehen konnten. Die Sitzungen der russischen Duma sowie des englischen Parlamentes nach dem Eintritt der Türkei in den Weltkrieg und die von der feindlichen Presse geführte Sprache bewiesen die Richtigkeit unseres Standpunktes.

Nach unserem Eintritt in den Weltkrieg erklärte Sasnow in der Duma, der historische Augenblick sei gekommen, der Weltkrieg werde den Russen den freien Zugang zum Meere eröffnen. Andererseits zögerten die russischen Parteiführer und die russische Presse nicht, zu erklären, daß der Besitz der Meerengen eine politische Notwendigkeit für die russische Nation bildet. Jede Gelegenheit war diesen Persönlichkeiten gut, um diese Ziele und Gefühle zu bekräftigen. Der englische Ministerpräsident erklärte öffentlich in Erwiderung auf die Rede Sasonows, man müsse die russischen Ziele hinsichtlich der Meerengen sich zu eigen machen, und so erhielt das bezüglich dieser Frage hergestellte Einvernehmen die Sanktion beider Mächte.

Ich glaube keinen Widersinn auszusprechen, wenn ich behaupte, daß dieselben Gründe, welche einst das Verhalten Englands gegen Rußland bestimmten, es veranlaßten, sich heute mit den Russen zu verbinden, um uns und unsere Bundesgenossen zu bekriegen. Dies zu beweisen, fällt nicht schwer. Seit jeher haben die Engländer alle ihre Macht darauf gerichtet, sich zu Herren der Meere zu machen und mittelst des Seeweges den Weltmarkt zu beherrschen. Zwei politische Richtungen lösten im Laufe der Zeit einander ab, ohne jedoch von diesem Ziele abzuweichen. Als England eine Gefährdung seiner Interessen durch eine Ausbreitung Rußlands auf den Meeren befürchtete, hatte es sich während des Primkrieges uns angegeschlossen. Indessen hatte die internationale politische Lage große Umwälzungen unter der eisernen Faust des großen Reichszanlers Bismarck erfahren. Die Deutschen schlossen sich zusammen, um einen einheitlichen starken Block zu bilden. Dieses Volk hat dank seinem Organisationstalent und seiner besonderen Arbeitsmethode staunenerregende Fortschritte gemacht und ist auf allen Märkten der Welt, ja sogar in England selbst, als Nebenbuhler der englischen Produktion aufgetreten und hatte überdies mittelst seiner Schiffe nach allen Teilen der Welt seine Erzeugnisse ausgeführt. Es hat eine Flotte gebaut, die auf den fernsten Meeren die deutschen Interessen verteidigte. England, das einst durch eine Reihe von Kriegen die europäischen Nationen gegen Frankreich in Bewegung gesetzt hatte, wollte diesmal seine Bemühungen auf die Vernichtung seines jungen mächtigen Rivalen richten; es zögerte nicht, sich zu diesem Behufe mit Rußland zu verbinden und nahm natürlicherweise keinen Anstand daran, uns zu opfern. Andererseits wurde England durch die Gefahr, von Rußland in Indien eingeschlossen zu werden, veranlaßt, mit uns in guten Beziehungen zu leben. Als jedoch die Gründung des mächtigen japanischen Reiches im äußersten Osten und sein Bündnis mit England die moskowitzische Gefahr beseitigte, hatte es England nicht mehr für notwendig erachtet, auf uns Rücksicht zu nehmen und uns zu schonen.

Freilich spielte unsere Verfassung eine sehr große Rolle bei der Aenderung der Haltung Englands. Der in Stambul ausgegangene Freiheitsstern verbreitete überall sein wohlthätiges Licht und rief in der ganzen Welt eine Zauberwirkung hervor; namentlich die die Welt bevölkernden Muselmanen hatten vor ihren Augen die Hoffnungen auf die Entwicklung zu einem besseren Los aufleuchten gesehen. Der Islam verfolgte mit Sympathie und Dankbarkeit die von den ottomanischen Patrioten aufgenommenen Kämpfe. Der tripolitanische Krieg bot die Gelegenheit zu einer großartigen Kundgebung der unter den Muselmanen durch diesen ungerechten Krieg hervorgerufenen Gärung. Das Mißgeschick im Balkankriege rief eher die Freude Englands als die Rußlands hervor, denn England erkannte durch diese Niederlage, daß auch Deutschland beginne, im Süden bedroht zu sein; überdies bot diese Niederlage England das Schauspiel der Vernichtung der Bestrebungen nach Wiederaufrichtung der Ottomanen.

Aber die göttliche Gerechtigkeit empörte sich gegen einen solchen Zynismus, und der Balkanblock, das Werk Englands und dessen Mitschuldigen, war nur von kurzer Lebensdauer. Unsere bulgarischen Machbarn befreiten sich schließlich aus der heimtückischen Falle, in der sie geraten waren, und schlossen sich unserer Sache an. So traten in diesem Kriege alle Elemente des Erfolges auf unsere Seite. Noch vor einiger Zeit hatten einige unserer Landesgenossen, welche sich in keiner Weise der in der politischen Welt eingetretenen Aenderungen bewußt waren, mit Jubel das Eintreffen eines englischen Diplomaten im Wagen eines unserer Großwesire vor der Hohen Pforte verkündet, aber durch ihr Vorgehen hatten sie

Zur Kriegslage

Kämpfe in der Nordsee und im Kanal. Die Nordflanke der Westfront. Kämpfe zwischen La Bassée und Arras und an der Aisnefront. Die Lage im Raume Verdun. Die Vogesenfront. Dünaburg und Görz. Die Lage auf dem Balkan. Die Konzentrationen vor Saloniki. Die Entwicklung in Armenien. Trapezunt, Ardassa, Baiburt, Mamachatur, Bitlis und Sert. Der Trassfeldzug. Das Treffen von El-Ratie und die Lage am Suezkanal. Verluste zur See.

Ergänzend ausstrahlend gewinnt der Krieg in diesen Tagen erneutes Interesse, das durch militärische Operationen in den britischen Gewässern und an der ägyptischen Grenze gekennzeichnet wird.

Am 25. April sind deutsche Hochseestreitkräfte gegen die Küste von Norfolk vorgebrochen; gleichzeitig haben Zeppelinische angegriffen. Es ist anzunehmen, daß das Geschwader von Wilhelmshaven ausgelaufen ist, also etwa 500 Kilometer Fahrt hinter sich hatte, als es die britische Küstensperre durchbrach und Portsmouth und Lowestoft beschloß. Die Engländer gingen nach Zusammenziehung der nötigen Streitkräfte zum Gegenangriff über, vermochten aber den raschen Feind nicht mehr zu stellen. Ob diese Unternehmung im Zusammenhang mit dem Versuch eines Aufstiehs in Irland steht, kann dahingestellt bleiben. Von der Gegenseite wurden Flüge über dem Kanal und der belgischen Küste ausgeführt und Mariaferle beschossen. Die Operationen im Kanal beginnen sich zu größeren Aktionen zu entwickeln. Ersichtlich wachsen die Kriegshandlungen am rechten Flügel und in der Nordflanke der Westfront und gewinnen mehr und mehr operative Bedeutung, was der wiederholt dargestellten strategischen Lage durchaus entspricht.

Immer lebhafter entwickelt sich auch der Minenkrieg zwischen La Bassée und Arras, wo bei Givenchy im Raume Souchez scharfe Kämpfe gemeldet werden. An der Aisnefront ist es den Franzosen geglückt, Erkundungen vorzutreiben, dasselbe melden die Deutschen zwischen Bailly und Craonne. In der großen Champagneebene bleibt es verhältnismäßig ruhig. Die Aktion im Raume Verdun steht noch im Artillerieduell fest und wird durch die unvermindert anhaltende Konzentration französischer Kräfte in den bedrohten Defensivstellungen gekennzeichnet. Die französische Artillerie wirkt mehr durch weittragende Geschütze, die auf die Parks und Lager hinter den deutschen Angriffsstellungen gerichtet sind, und sucht offenbar die rückwärtigen Verbindungen zu stören, während die deutsche Artillerie französische Gegenstöße zu hindern hat und Infanterieangriffen vorarbeitet. Die französische Linie verläuft noch von Combrès und Les Eparges hart am Rande der Côte Lorraine über Eiz zur Kuppe von Baux, behauptet sich in dem immer noch umstrittenen Gailletwald, ist zwischen Baux und Bras trotz des Verlustes der Steinbruchstellungen noch so verankert, daß auch der schon von zwei Seiten halb umfaßte Pfefferrücken noch Verteidigungsmöglichkeiten bietet und behauptet sich auf dem linken Maasufer bei Cumidres, am Cauretteswalde und an den Hängen des Toten Mannes bis zum noch vollständig gehaltenen Punkt 304 und dem äußersten Zipfel des Wäldchens von Avocourt. Dahinter reißt sich Stellung an Stellung und entstehen in unermüdlicher Spatenarbeit stets neue Linien. Aus der Ferne betrachtet, erscheint die Lage der Verteidiger auch heute noch gebessert und es bleibt abzuwarten, wie lange die relative Operationspause dauert; danach regelt sich das Urteil.

Am Meurtheabschnitt finden örtliche Unternehmungen statt, und zwar melden die Deutschen einen glücklichen Teilangriff im Plaineval, wo sie gegen die Höhe 542 bei Celles Raum gewonnen haben, während die Franzosen von abgewiesenen Handstreichern sprechen. Es wird sich also nur um örtlich gebundene kleinere Kampfhandlungen drehen, die aber Beachtung verdienen, da der Abschnitt Toul-Epinal durch die erzwungene Ansammlung im Raume Verdun besondere Bedeutung erhalten hat.

An der russischen und der italienischen Front finden fortgesetzt Kämpfe statt, die sich auf den gegebenen allgemeinen Richtlinien bewegen und im Osten immer noch um Dünaburg und den Karaczsee, im Süden um die Vorstellungen von Trient und im

Raume Görz gruppieren. Die Italiener melden, daß sie die von ihnen am 22. April eroberten Verschanzungen bei Selz am Doberdormassiv behauptet haben, während die Österreicher von gelungenen Gegenangriffen sprechen, durch welche die Italiener um diese Eroberung gebracht worden seien. Wie dem auch sei — gesteigerte Tätigkeit und starke Vorbereitungen sind auf beiden Seiten als sicher anzunehmen, wovon die Kämpfe bei Doberdo, im Buchensteinertal und im Suganatal Zeugnis geben.

Vollständige Ruhe herrscht auf dem Balkan, wo nur die Vorposten an der mazedonischen Grenze scharmühen, vor Balona ist es vollends still geworden. Die Konzentration der bulgarischen Armee gegenüber den englisch-französischen Stellungen vor Saloniki kann als abgeschlossen betrachtet werden. Von Monastir bis zum See von Doiran sind mächtige Verteidigungsanlagen geschaffen, die sich einem immerhin noch möglichen Vormarsch der Entente truppen entgegenstellen. Daß General Sarrail nicht müde wurde, seinerseits Befestigungen aufzuwerfen und die besetzte Zone möglichst weit auszudehnen, ist bekannt. Die Scharmühen der letzten Tage lassen auf nahe Berührung der gegnerischen Befestigungen schließen. Hat zwischen Bulgarien und Rumänien, wie aus gewissen Anzeichen gefolgert werden kann, eine Entspannung platzgegriffen, so ist die Konzentration der bulgarischen Heereskräfte an der mazedonisch-griechischen Grenze bedeutend erleichtert worden. Man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß die große Masse des bulgarischen Feldheeres dort schlagbereit ist, während die stark armierte Donaugrenze als Defensivlinie vor Ueberraschungen aus dem Norden sichert.

Daß im Lager von Saloniki lebhaftere Bewegung herrscht und die Dislokation des Erzerumheeres noch nicht als abgeschlossen gelten kann, geht aus den Umständen hervor, und es ist jetzt wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß General Sarrail wieder Truppen nach Frankreich abgeben mußte. Ob dafür namhafte Verstärkungen aus Algerien und Ägypten eingetroffen sind, ist schwer zu sagen. Jedenfalls ist die russische Kampfgruppe, die vor Monaten über die sibirische Bahn und die östlichen Meere in Bewegung gesetzt wurde, um an der großen Frühjahrsoffensive der Entente mitzuwirken und auf dem Balkan eingesetzt werden sollte, jetzt zum Teil an die Westfront geschickt worden. Es ist aber wohl möglich, daß auch im Lager von Saloniki eine kleine russische Truppe angelangt ist. Größere Operationen sind indes immer noch nicht sichtbar geworden; nach wie vor muß man die im Lager von Saloniki versammelten Streitkräfte der Entente als ausgeschaltet und festgenagelt betrachten.

Ueber die Entwicklung der militärischen Operationen in Armenien schreiben wir am Mittwoch: „In Hocharmenien hat die russische Offensive mit der Eroberung der Linie Trapezunt-Erzerum vorläufig kulminiert, und es bleibt nun abzuwarten, ob den Russen der Aufbau ihrer Verbindungen in einem so weitgehenden Maße glückt, daß sie ihre Offensive ungestraft von Trapezunt am rechten Flügel, von Mamachatur im Zentrum und von Bitlis am linken Flügel weiter vortragen können.“

Die russische Heeresleitung meldet nun unterm 27. April Vorhutkämpfe in den Gegenden von Mamachatur und Musch und die Vertreibung der Türken aus günstigen Stellungen südlich von Bitlis. Dagegen berichten die Türken von abgeschlagenen Angriffen südlich Bitlis, von Ruhe im Zentrum und von russischen Angriffen im Raume Dzewislik, also an ihrem linken Flügel. Daraus ist zu entnehmen, daß die Russen sich von Trapezunt auf Ardassa Bahn zu brechen suchen, um die Straße Ardassa-Erzerum zu unterbinden und dadurch die im Tschoroktale festgebannte linke Kolonne ihrer küstentändischen Armee freizubekommen. Gelingt dies, so wird das auf der idealen Linie Trapezunt-Erzerum liegende Baiburt im Rücken bedroht. Im Zentrum ist auf immer noch stehende Kämpfe bei Mamachatur - Aschakala zu schließen und die dort vermutete starke Ansammlung türkischer Kräfte in Erinnerung zu rufen. Ob die Türken in der Lage wären, von Mamachatur über Aschakala im Karasutal wieder gegen Erzerum Raum zu gewinnen, wird durch die jetzt eingeleiteten Kämpfe entschieden werden. Die Kämpfe bei

Bitlis und Musch sind, wie bereits festgestellt, im wesentlichen Kämpfe um die Pässe des armenischen Taurus. Den Vormarsch auf Sert ins Tigrisstal haben die Russen noch nicht erzwungen, drücken aber stark.

Der Trassfeldzug nimmt jetzt in den Betrachtungen der englischen Militärkritiker die erste Stelle ein. Ist doch das Schicksal von Kut-el-Amara der Erfüllung nahe, wenn es den Engländern nicht gelingt, unter schwersten, militärisch kaum zu rechtfertigenden Opfern zu der zusammengeschmolzenen Division Townshend durchzubrechen oder den noch kampfs- und bewegungsfähigen Elementen der Belagerten glückt, in verzweifelterm Ausfall sich nach Osten durchzuschlagen. Die letzten Nachrichten lassen erkennen, daß die Türken jetzt die Zufuhr auf dem Tigris unterbunden haben und daß es Percy Lake unmöglich war, die opfervollen Frontalstürme gegen die türkischen Sperrstellungen fortzuführen. General Townshend hat sich aller unnützen Esser entledigt, indem er sie zu den Türken sandte und verteilt halbe Rationen. Fällt Kut-el-Amara, so wird die Entzäharmee Anlehnung in der Richtung Korna suchen müssen.

Die interessanteste Meldung der letzten Tage ist der Bericht von dem Treffen bei Katia oder El-Ratie am Suezkanal. Die Engländer haben sich im Lauf der letzten Monate am Suezkanal defensiv so weitschichtig eingerichtet, daß sie auch Punkte östlich des Kanals in den Bereich ihrer Verteidigung zogen. Sie rückten über Kantara auf El-Ratie vor, um auch diese wichtige Oase und den Bir el Abd, also die Brunnenstation, in die Hand zu bekommen. El-Ratie ist nur noch vierzig Kilometer vom Kanal entfernt und kann als Ausgangspunkt jeder Unternehmung gegen die Linie Port Said - Kantara gelten. So lange die Engländer El-Ratie fest in der Hand hielten, war das Herankommen an ihre Kanalstellung von El-Arisch her unmöglich gemacht. Doch war die Stellung selbst so weit vorgeschoben, daß die dort aufgestellte Truppe von überlegenen Kräften angefallen und umfaßt werden konnte, wenn sie nicht mit den Hauptstellungen Verbindung hielt. Da Arisich schon seit Jahresfrist von starken türkischen Kräften gehalten und der Bahn- und Straßenbau in der Richtung auf den Kanal seither emsig gefördert worden ist, wurde Katia immer mehr zum gegebenen Kampfort. Am 23. und 24. April fand der Zusammenstoß statt, über den die Meldungen auseinandergehen, doch sind sie, was den Ausgang des Treffens betrifft, vollständig in Uebereinstimmung zu bringen. Die Engländer sind nach glücklichen Einleitungskämpfen — es scheint, daß die Australier nach vorn durchgingen — umfaßt und geworfen worden, zum Teil sogar hängen geblieben. Offenbar waren die Verluste sehr schwer, die Nachhut scheint vernichtet worden zu sein. Größere Bedeutung besäße die Affäre indes nur, wenn dahinter der Vormarsch starker türkischer Kräfte sichtbar würde. Obwohl die Türken den Bau der Anmarschstraßen in den letzten Monaten bedeutend gefördert haben und z. T. vermutlich auf etwa fünfzig Kilometer an die Kanalzone herangekommen sind, wäre eine Offensive großen Stils in dieser Jahreszeit etwas so Ungewöhnliches, daß man schon deswegen aus dem Gesicht von El-Ratie nicht auf weitere Operationen schließen darf. Die Bedrohung der ägyptischen Westfront ist nach der Abweisung der Senussi dahingefallen. Gegen Westen und Süden hat sich General Maxwell durch weitläufige besetzte Linien gedeckt, am Kanal das vorerwähnte mächtige Verteidigungssystem ausgebaut und wartet nun der Dinge, deren Entwicklung er weniger zu fürchten braucht, wenn es ihm gelingt, im Lande selbst Ruhe zu halten und er nicht genötigt wird, stärkere Kontingente nach Saloniki oder Mesopotamien abzugeben.

Zur See sind — abgesehen von den im Handelskrieg versenkten Schiffen, in der letzten Woche namhafte Verluste entstanden. Leichte englische Hilfsstreitkräfte und Zerstörer erlitten schwere Schäden, englische und deutsche Tauchboote gingen zugrunde, und im Mittelmeer ist der englische Panzer „Russell“, Konteradmiral Freemantles Flaggschiff (ein Schiff von 14,200 Tonnen und 1814 kg Breitseitegewicht aus dem Jahre 1901), auf eine Mine gelaufen und zerstört worden.

Tägliche Rundschau

Irland als ein Faktor des Friedens.

Von Sir Roger Casement.

Wir entnehmen diesen Aufsatz (etwas gekürzt) um der Sache und um des Verfassers willen der Nr. 28 von „Heber Land und Meer“. Wenn er auch vor den neuesten Ereignissen geschrieben ist, die Irland und Casement betroffen haben, behält er doch um seiner zahlenmäßigen Feststellungen seinen Wert. D. S. C. r. i. f. t.

Ein interessantes Licht auf Irlands Haltung im Kriege werfen die jüngsten Unterhauserörterungen über die Dienstzwangsvorlage und das der britischen Regierung abgezwungene Geständnis, daß man nicht wagt, Irland in den Rahmen dieser Maßregel miteinzuschließen.

Eine von jenen Inseln, die mehr als ein Viertel der ganzen Fläche des Königreichs ausmacht und von einem vollen Zehntel der Gesamtbevölkerung bewohnt wird, muß von der Bill ausgenommen und so behandelt werden, als ob König und Reichsparlament dort nichts zu sagen hätten — als ob Irland in der Tat ein fremdes Land wäre — und das aus dem eingestandenem Grund, weil es zu gefährlich sein würde, das Landesgesetz jenem großen Teile des Königreichs aufzuzwingen.

Es ist, als ob in Deutschland zum Beispiel Bayern von aller militärischen Verpflichtung für das Reich ausgenommen wäre und als Neutraler, mit verschränkten Armen, abseits vom Kriege stehen dürfte, weil ein Zwang zur Erfüllung seiner militärischen Verpflichtung für das Reich die Anwendung von Wassengewalt und andere Uebel mit sich brächte, die größer wären als die, welche etwa durch sein Fernbleiben entständen.

Vielleicht ist nirgendwo ein verhängnisvollerer Fehlschlag britischer Politik seit Kriegsbeginn an den Tag gekommen.

Angeichts der großen Ausgaben, in die das britische Reich verwickelt worden ist, und der ungeheuren Aufwendungen an Menschen und Stoffen, die Großbritannien und seine „selfgoverning“ Kolonien machen, ist das Fernbleiben Irlands vom Kriege ganz unverträglich mit dem Anspruch Englands, daß Irland mit Großbritannien ein Reich bilden soll, geeinigt durch die gemeinsame Ergebenheit gegen eine gemeinsame Krone.

In den ersten Tagen des Krieges wurde der Welt durch Sir Edward Grey verkündet, daß Irland der „eine glänzende Fleck“ in Englands Aussicht auf die Welt wäre. Die irische „Ergebenheit“, so sagte man uns, war durch die „Gabe“ der Homerule festgekittet, und die Iren würden mit ihren britischen Kameraden Schulter an Schulter stehen bei Abwehr des deutschen „Angriffes auf die Freiheit der kleinen Nationen und der ganzen Welt“.

Wenn wir die Ziffern prüfen, die dem Parlament auf offiziellem Wege geliefert wurden, die Ziffern, die da angeben, wie groß die verfügbare Menge an Männern im militärfähigen Alter in England ist, und daneben die Zahl derer, die dem Ruf zu den britischen Fahnen folgten, seit der Krieg begann, dann wird die Haltung Irlands zum Kriege interessant für alle Völker.

Unbewaffnet und wehrlos, erringt es einen Sieg für Frieden, Gesundheit und Vernunft und wirft durch ein entschlossenes Nein den Anschlag derer über den Haufen, deren Hauptanstrengung darauf geht, die Ausdehnung des Krieges zu vergrößern und immer neue Opfer in ihren groß angelegten Zerstörungsplan hineinzuziehen.

Bei Beantwortung einer Frage hat der Hauptsekretär für Irland kürzlich (am 10. Januar) im Parlament festgestellt, daß man am 15. August 1915 die Männer im wehrfähigen Alter — das heißt zwischen 19 und 41 Jahren — in Irland auf 562 115 schätzte. Die Zahl derer, die „freiwillig“ sich den britischen Streitkräften, Heer und Flotte, angeschlossen hatten, gab er — bis zum 15. Dezember — mit 94 997 an.

Diese Ziffern, darauf sollte man achten, stimmen mit den statistischen Ausweisen aus dem Jahre 1911 nicht überein; sie zeigten eine viel größere Zahl von Männern wehrpflichtigen Alters in Irland. Aber wenn wir uns

vorerst auf den Bericht beschränken, der jetzt dem Parlament vorgelegt wurde, und das Ergebnis von sechzehn Monaten prüfen, in denen man sich unablässig bemühte, Iren in die Armee zu locken, dann muß man zugeben, daß der Bischof von Limerick und die extreme Gruppe der irischen Nationalisten — in ihrem Appell an die Iren, diesen Krieg als „Englands Krieg, nicht als Irlands Krieg“ aufzufassen — weit treffender die irischen Leberzeugungen vertreten haben als einerseits die Herren Redmond und Dillon und andererseits die inspirierten Organe der Regierungspresse, die Irland hinzustellen suchten, als nähme es an Englands Seite begeistert an diesem „heiligsten der Kriege“ teil.

Folgende Ziffern wurden dem Parlament am 10. Januar vorgelegt:

Männer wehrfähigen Alters in Irland (nach Provinzen) am 15. August 1915	Zahl der Angeworbenen in Heer und Flotte bis zum 15. Dezember 1915
Leinster 174 597	27 458
Ulster 169 489	49 760
Munster 136 637	14 190
Connaught 81 392	3 589
in ganz Irland 562 115	94 997

Wenn man diese Ziffern von innen heraus prüft, wird man finden, daß die Iren den britischen Streitkräften aus moralischen und religiösen Gründen ebensofern ferngeblieben sind wie aus nationalen — worauf der Bischof von Limerick als der erste öffentlich hingewiesen hat.

Ulster, vorwiegend protestantisch, mit einer verfügbaren wehrfähigen Bevölkerung von 169 489, gab in sechzehn Monaten 49 760 Mann zur britischen Armee und Flotte.

Die drei nationalitätlichen Provinzen Leinster, Munster und Connaught, überwiegend katholisch, mit nahezu 400 000 Mann wehrfähigen Alters (392 626) gaben nur 45 237, und der größte Teil von diesen kam aus den Städten Dublin, Cork, Limerick und Waterford, wo äußerste Armut, Obdach- und Arbeitslosigkeit schon in normalen Zeiten die Hauptrekrutierungsgründe für die britische Armee in Irland schafften.

Wenn wir, wie wir getrost können, 25 000 Rekruten für diese vier Städte abziehen, bleiben als kleines Kontingent einige 20 000 Mann, die von der großen Masse, von 2 500 000 katholischen Farmern und Ackerbauern, der ländlichen Bevölkerung dieser drei Provinzen, gestellt werden.

Wo England 3 000 000 Mann gegeben hat — so sagt man uns — und Schottland nach dem Parlamentsmitglied für Edinburg „wenigstens 400 000 Mann“ (vgl. M. Hogg's Rede im Unterhause am 17. Januar), hat Irland gut unter 100 000 entsandt, und beinahe die Hälfte (einige 40 000) werden als Ulsterprotestanten in Anspruch genommen, die Irland leidenschaftlich hassen und sich stolz Englands „ergebene Garnison“ nennen. Vom Rest, einigen 50 000 irischen Katholiken, die durch Bestechung, Beschwörung, Hunger und Einschüchterung dahin gebracht wurden, für England zu fechten (nach sechzehnmonatiger unaufhörlicher Anstrengung!), hatten nicht mehr als 20 000 wirklich den Wunsch, England zu helfen, und der Rest diente nur der Sache — ihrer Mägen. Als Kanadier, Australier, Neuseeländer, Südafrikaner zu den Fahnen geströmt waren, um dem weit entfernten „Mutterland“ zu helfen, da war Irland hartnäckig zu Hause geblieben und hatte es abgelehnt, die Last eines Krieges zu teilen, der, wie man versicherte, in „den höchsten Interessen der Menschlichkeit“ unternommen wurde. Irland war der eine schwarze Fleck — das schwarze Schaf in der britischen Völkerverfamilie, und wenn Zwang irgendwo im britischen Reiche geboten war, dann war es sicherlich hier.

Wenn wir uns den Ziffern der Zählung von 1911 zuwenden, wird man finden, daß — so ungünstig die Lage nach den parlamentarischen Angaben vom 10. und 17. Januar erscheint — sie noch viel schlechter wird, wenn die Ergebnisse jener Volkszählung als zuverlässiger angesehen werden dürfen.

Nach dem Volkszählungsbericht gab es 1911 in Irland ungefähr 760 000 Männer im Alter von 18 bis 41 Jahren. Die genauen Ziffern des Berichts sind 735 707 Männer im

Alter von 18 bis 40 Jahren. Wenn wir die annähernde Zahl derer von 40 bis 41 Jahren hinzufügen, nämlich 25 497, erhalten wir 761 204 als Gesamtsumme der Männer wehrfähigen Alters in Irland — von 18 bis 41 Jahren.

Da weniger als 100 000 sich haben anwerben lassen, seit der Krieg begann, so ist es klar, daß Irland eine Reserve von gut 600 000 Mann hat, die durch das Gesetz gezwungen werden sollten (wie Engländer, Schotten und Waliser jetzt gezwungen werden), „für ihren König und ihr Land zu kämpfen“.

Jeder Versuch, sie auf freiwilligem Weg dafür zu gewinnen, ist fehlgeschlagen.

Lord Derby verpflichtete in zwei Monaten, so erzählt man uns, auf der benachbarten Insel Großbritannien 2 184 000 Mann. Während das Derbysystem in Großbritannien angewendet wurde, unternahm es der Bizetkönig von Irland an der Spitze eines Vertreterauschusses (darunter Mr. Redmond, „der nationale Führer der irischen Rasse daheim und über See“), in Irland Rekruten zu werben.

Gegenüber Lord Derbys 2 184 000 Briten sicherten Lord Wimborne und Mr. Redmond in derselben Zeit 10 000 Iren.

Die Bevölkerung von Großbritannien ist heute neunmal so groß wie die von Irland.

Hätte Großbritannien so reagiert wie Irland, würde Lord Derby nur 90 000 Mann bekommen haben. Wäre Irland dem Rufe gefolgt wie England und Schottland, würde Lord Wimborne 242 000 Iren bekommen haben.

Wenn irgendwo, da die Fahne der Freiheit und Gleichheit flatterte, so sollte hier Zwang angewendet werden.

Und gerade hier geschieht es, angesichts einer so kläglichen Antwort auf die Töne von „nationaler Pflicht“, daß die britische Regierung sich außerstande erklärt, das Gesetz anzuwenden.

Im Unterhause trat am 17. Januar Mr. Bonar Law, der mit der National Service Bill betraute Minister, einem Amendement entgegen, das durch einen Vertreter von Ulster eingebracht war, um die Vorlage für Irland anwendbar zu machen, und erklärte: „Ich bemerkte, daß mein ehrenwerter Freund, der den Zusatzantrag stellte, weiterging und sagte, daß seiner Ansicht nach die Idee, daß es ernstem Widerstand in Irland gäbe, unbegründet sei. Wenn die Regierung diese Ansicht teilte, würden wir nicht berechtigt sein, Irland von diesem Gesetz auszuschließen. Aber ich teile nicht die Ansicht. Ich glaube so fest, wie ich irgend etwas glaube, daß, wenn wir Irland so ansehen, wie es tatsächlich ist — und es ist nicht gut, unsere Augen dem zu verschließen, was wir alle wissen —, daß ich es für unmöglich halte, diese Vorlage auf Irland in Anwendung zu bringen, ohne daß man Wassengewalt dazu aufbieten müßte, und zwar eine beträchtliche Streitkraft.“ (Vgl. Parlamentsbericht der „Times“ vom 18. Januar 1916.)

Aus diesem Grunde allein hat das Unterhaus den Zusatzantrag, Irland in die Vorlage einzubeziehen, abgelehnt, und dieser große Teil des Vereinigten Königreichs ist nun durch Gesetz ausgeschlossen von der militärischen Verpflichtung, die allen anderen Untertanen der Krone aufgezungen wurde, ausgeschlossen, weil die englische Regierung nach ihrem eigenen Eingeständnis es für zu gefährlich hält, Zwang auf Irland auszuüben, da das ja die „Aufbietung von Wassengewalt, und zwar einer beträchtlichen Streitkraft“ mit sich bringen würde.

Die Tatsache, daß die englische Regierung, angesichts einer Bewegung von solcher Widerstandskraft, im Herzen des Staates bedroht durch einen Streit von nie zuvor dagewesenem Ernst, es abgelehnt hat, die widerstrebende Bevölkerung zur Erfüllung der Verpflichtung zu zwingen, die sie allen anderen Teilen des Königreichs auferlegt hat — diese Tatsache ist der klarste Beweis dafür, daß in Irland noch ein Geist nationalen Selbstvertrauens lebt, den selbst England während seines Krieges mit Deutschland nicht angzugreifen wagt.

Soweit das katholische Irland in Betracht kommt, existiert der Krieg nicht. Er existiert nicht als moralische, religiöse oder nationale Verpflichtung. Um wieder mit dem jüngsten offenen Brief des Bischofs von Limerick an das irische Volk zu reden, so sagt dort Irland zu England:

Die bulgarische Sobranjedeputation in Budapest.

Budapest, 1. Mai.

Die Ankunft.

Die Deputation der bulgarischen Sobranje ist heute früh um 7 Uhr 30 Minuten mit dem Balkanzuge in Budapest eingetroffen. Zum Empfange der Deputation waren im Bahnhofe erschienen: der Präsident des Landeskomitees zur Unterstützung des bulgarischen Roten Kreuzes Graf Albert Apponyi, in Vertretung des Ministerpräsidentiums Ministerialsekretär Dr. Ivor Marischowski, von Seiten des Präsidiums des Abgeordnetenhauses Sektionsrat Dr. Franz Lóth, das Personal des bulgarischen Generalkonsulats unter Führung des Generalkonsuls Retlow, eine aus 25 Personen bestehende Deputation der Budapester bulgarischen Kolonie, die Reichstagsabgeordneten Julius Bekár und Julius Muzsa, sowie ein zahlreiches Publikum.

Graf Albert Apponyi begrüßte die Gäste, in deren Namen Abgeordneter Kosta Kalkschew in ungarischer Sprache für den Empfang dankte und seine Rede mit dem dreimaligen: „Aufe „Eljen Magyarországnak!“ schloß.

Die bulgarischen Gäste begaben sich vom Bahnhof im Automobil in das „Donaupalast-Hotel“, wo sie wohnen; auf den zu ihren Ehren mit den Fahnen und Wappen der verbündeten Staaten reich geschmückten Straßen begrüßte ein zahlreiches Publikum die Gäste in der herzlichsten Weise.

Besuch im bulgarischen Generalkonsulat.

Die bulgarischen Abgeordneten besuchten dann den bulgarischen Generalkonsul, der zu ihren Ehren ein Dejeuner gab.

Die Mitglieder der unter der Führung des Vizepräsidenten Dr. Ivan Momtschilow stehenden Deputation sind: der frühere Justizminister Kristo Panajodow, der General i. R. Ivan Popow, der frühere Vizepräsident der Sobranje Wasil Koznitsch, Kosta Kalkschew, Peter Daskalow, Dr. Kristo Georgiew, Dr. Ivan Kostow, Nikola Altimiersch, Dr. J. Kschlibarow, Alexander Stancsiew, Dr. Kosta Pravadaliew, Demeter Riorekew, Nikola Kalcow und Demeter Abramow.

Besichtigungen.

Um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags besuchten die bulgarischen Abgeordneten das Landwirtschaftliche Museum, wo sie von dem Direktor Ministerialrat Georg v. Radisch, Direktor Raitr, den Sektionsräten Raif und Kövess und den Funktionären des Museums empfangen wurden. Die Sobranjemitglieder trugen ihren Namen in das Gedebuch des Museums ein, dann wurde ihnen ein Frühstück geboten, in dessen Verlauf Dr. Ivan Momtschilow, der Führer der Abordnung, einen kurzen Trinkspruch ausbrachte.

— Mit Freude haben wir die ungarische Schwesternation besucht — sagte er — und es freut uns, auch schon zu sehen, wie groß ihr Fortschritt auf allen Gebieten ist. Ich erhebe mein Glas auf die noch größere, noch ruhmreichere Zukunft der ungarischen Nation!

Die Gäste besichtigten hierauf das Museum, dann das Széchenyi-Bad, von wo sie nach dem Museum der Schönen Künste fuhren. Hier machte Kustos Dr. Soltán v. Takács ihren Führer durch die klassische und die moderne Galerie.

Beim ungarisch-bulgarischen Roten Kreuz.

Es war programmgemäß Punkt 1 Uhr, als die bulgarischen Gäste in den Sälen des ungarisch-bulgarischen Roten Kreuzes im Magnatenhause eintrafen, wo sie vom Präsidenten Grafen Albert Apponyi, dem Vizepräsidenten Dr. Roland Hegedüs sowie den Mitgliedern des Komitees Grafen Julius Andrássy, Landesverteidigungsminister Baron Szajai, dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften Geheimen Rat Dr. Albert Berzeviczy, Geheimen Rat Julius Blasics, dem Abgeordneten Julius Bekár, Direktor Dr. Ellinger und anderen empfangen wurden.

Die bulgarischen Gäste unterhielten sich mit den Genannten in französischer Sprache und gedachten mit liebenswürdiger Dankbarkeit der Tätigkeit des ungarisch-bulgarischen Roten Kreuzes. Es wurden unter die Gäste die vom Komitee ausgegebenen Ansichtskarten verteilt, die dazu bestimmt sind, die Tätigkeit des Komitees zu fördern.

Schließlich ergriff der bulgarische Sanitätsoberinspektor Dr. Kristo Georgiew zu folgender deutscher Ansprache das Wort:

In den Momenten des größten Ringens, das die Welt je erlebt, wo alles Menschliche, alles Humane und Hohe der Wut der Vernichtung preisgegeben, ist jedes Zeichen der Mithilfe der Barmherzigkeit umso erfreulicher.

Wir, das kleine Bulgarien, beraubt um die Früchte der ungeheuren Opfer, um sein Recht von treulosen Verbündeten, mußten, als die Stunde schlug, uns an die Seite der wirklichen Kämpfer für Freiheit und Fortschritt stellen. Dank Gott und den tapferen Scharen der siegreichen Verbündeten wurde das Werk der Gerechtigkeit von dem größten Erfolge getront.

In dieser Hinsicht bin ich, der ich die Ehre habe, das Zentralkomitee des bulgarischen Roten Kreuzes zu vertreten, und sind auch meine Kollegen ungemein erfreut, daß uns Gelegenheit geboten wurde, den Dank unserer Nation auszusprechen für die Hingebung und Liebe, die uns von der brüderlichen ungarischen Nation bezeugt wurde. Die Bemühungen des ungarischen Hilfskomitees für das bulgarische Rote Kreuz, die Anteilnahme der ganzen ungarischen Nation sind vom größten Erfolge getront. Uns ist dieser Beweis der Liebe umso erfreulicher, als wir überzeugt sind, daß das, was gegeben wurde, von aufrichtigem Herzen gegeben worden ist. Ich kann Sie versichern, meine Herren, daß der Ausdruck der Sympathie für das bulgarische Volk mit der größten Gegenliebe erwidert wird. Mögen unsere Völker auch weiterhin in Friedenszeiten ihre Beziehungen enger knüpfen und sich gegenseitig in ihren politischen, kulturellen und ökonomischen Bestrebungen zu unterstützen trachten.

Graf Albert Apponyi antwortete in deutscher Sprache folgendes:

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Freundlichkeit, die Sie hieher geführt hat, in die Werkstätte des ungarischen Nationalkomitees zur Unterstützung des bulgarischen Roten Kreuzes. Ich will bei dieser Gelegenheit gar nicht die politische Seite unseres Zusammenwirkens berühren. Dafür wird sich vielleicht eine andere Gelegenheit bieten. Ich beschränke mich darauf, was hier geschieht. Die Werkstätte des ungarischen Komitees zur Unterstützung des bulgarischen Roten Kreuzes ist lediglich das Werk des Herzens und der brüderlichen Liebe, welche abseits aller politischen Sympathien steht, wobei wir allerdings mit dieser politischen Sympathie, die tief im Herzen liegt, uns auch angeeifert fühlen, dieses Werk der Liebe noch eifriger zu betreiben. Was das Resultat anbelangt, können wir uns natürlich nicht messen mit unseren reicheren Verbündeten. Wir können uns nicht messen damit, was Deutschland und auch was Oesterreich, von den gleichen Gefühlen befeelt, aber mit viel mehr materieller Kraft zu leisten vermögen. Aber was wir tun können, das tun wir von ganzem Herzen und werden dabei von unserem Herrn Landesverteidigungsminister auf das freundlichste unterstützt. Seien Sie versichert, meine Herren, daß alles, was in Ungarn für Bulgarien geschieht, mit voller Ueberlegung, aber auch aus vollem Herzen getan wird. Ich freue mich ungemein, Sie in unserer Mitte begrüßen zu können und hier die Gelegenheit zur gegenseitigen Aussprache zu finden. Ich danke nochmals für Ihren freundlichen Besuch.

Nach diesen mit Beifall aufgenommenen Worten entfernten sich die bulgarischen Gäste.

Empfang beim Ministerpräsidenten.

Um 1 $\frac{3}{4}$ Uhr begaben sich die bulgarischen Abgeordneten vom Országház-ter aus im Automobil in die Ofner Festung, wo sie im Ministerpräsidentium vom Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza empfangen wurden.

Zur Palais des Ministerpräsidentiums veranstalteten Graf Tisza und Gemahlin um zwei Uhr ein Mittagmahle, dem außer den Mitgliedern der Sobranjedeputation, den Gastgebern Graf Stefan Tisza und Gemahlin, dem Sohne des Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza junior und der Nichte des Ministerpräsidenten Margit von Zeyl anwohnten: die Minister Baron Szajai, Dr. Jankovich, Dr. Telekhy, v. Sidoghéthy, der bulgarische Generalkonsul Retlow, der deutsche Generalkonsul Graf Fürstenberg, der türkische Generalkonsul Hikmet Bey, die Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Karl Szász und Dr. Clemens Simontsits, die Geheimen Räte Albert v. Berzeviczy und Graf Karl Rhuen-Söderbarn, die Reichstagsabgeordneten Franz Herczeg, Roland v. Hegedüs, Graf Nikolaus Bánffy und Baron Alexander Wojnich.

ie feindlichen Schützengräben ein, stachen ihnen Teil der Gegner mit dem Bajonett nieder, machten einen Offizier, 62 Soldaten u. Gefangenen und zogen sich wieder zurück, nachdem sie die feindlichen Arbeiten zerstört hatten. Gegen 5 Uhr morgens ergriff der Feind seinerseits die Offensive, die jedoch durch unser Feuer angehalten wurde. Ein Gegenangriff trieb ihn in die Flucht und brachte uns abermals sechs unverwundete und 20 verwundete Gefangene. Wir machten im ganzen Laufe dieser Gefechts-handlungen einen Offizier und 96 Oesterreicher zu Gefangenen, erbeuteten 111 Gewehre, 2 Kisten mit Handgranaten und ebenfalls viel Material.

Frankreich.

29. April, 3 Uhr nachmittags. In den Argonnen gestattete ein im Laufe der Nacht nördlich von Four-de-Paris unternommener Handstreich, die feindlichen Schützengräben zu säubern und einige Gefangene einzubringen.

Auf dem linken Maasufer stauten sich die Deutschen gestern nachmittags um 5 Uhr in den Laufgräben nördlich von der Höhe 304, um gegen unsere Linien vorzugehen. Ein alsbald versuchter Handgranatenangriff des Feindes gelangte nicht zum Durchbruch und zerfiel. Die Artillerie brachte ein Munitionsdepot zum Aufschlagen. In der gleichen Gegend war während der Nacht Bombardement in der Gesamtheit des Abschnittes, besonders lebhaft in den Gegenden von Avocourt und Esnes und der Höhe 304.

Auf dem rechten Ufer unternahm die Deutschen gestern gegen Tagesende nach einer heftigen, gegen die ersten Linien gerichteten Artillerievorbereitung und Sperrfeuer von großer Heftigkeit unter Verhinderung brennender Flüssigkeiten einen Angriff auf die Schützengräben westlich von der Meierei Thiaumont. Vom Feuer der Geschütze und der Maschinengewehre dahingemäht, wurde der Feind unter starken Verlusten zurückgeworfen.

Um die gleiche Stunde wurde ein Angriff auf die Stellungen zwischen Douaumont und Baug ebenfalls durch Feuer angehalten.

Auf diesem Frontteil verlief der Rest der Nacht verhältnismäßig ruhig.

In Lothringen schlugen wir eine starke feindliche Aufklärungsabteilung vor dem Gehölz von Banal, südlich von Domèvre, zurück.

In den Vogesen wurde ein kleiner deutscher Handgranatenangriff auf einen unserer Schützengräben bei Chapelotte durch unser Sperrfeuer jäh angehalten.

* * *

29. April, 11 Uhr nachts. Das Hauptmerkmal des Tages war die Artillerietätigkeit, die

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 30. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Rußland.

28. April. Beim Dorfe G i n o w k a (westlich von Dünaburg) kamen wir wiederum etwas vorwärts. Nördlich des Dryswjathsee's schoß unsre Artillerie ein feindliches Flugzeug ab, das hinter den feindlichen Linien abstürzte. Deutsche Luftschiffe warfen einige 30 Bomben auf das Dorf Ostrow (21 Kilometer nordöstlich von Stolbch's) und töteten einige gefangene Oesterreicher.

Galizien: An der Strypa südwestlich von Tarnopol näherten sich unsre Truppen, ohne bemerkt zu werden, den Oesterreichern, welche auf der Höhe östlich von Bohattowee (38 Kilometer nördlich Buczac's) arbeiteten. Sie griffen mit dem Bajonett an, drangen in

Der türkische Minister des Aeußern über die Politik der Türkei

Konstantinopel, 28. April. Die Parlamentsfraktion „Einheit und Fortschritt“ hat gestern Abend den Reichstagsabgeordneten zu Ehren ein Essen von 150 Gedecken gegeben, an welchem der Minister des Innern, zugleich stellvertretender Finanz- und Kriegsminister, die Minister des Auswärtigen, der Justiz und für Unterricht, die Präsidenten von Kammer und Senat und der deutsche Botschafter mit den Herren der Botschaft, höhere deutsche und türkische Offiziere, Deputierte und Senatoren, deutsche Professoren von der Universität Konstantinopel und eine Abordnung des deutschen Vereins Teutonia teilnahmen.

Der Minister des Aeußern, Halil Bei, hielt unter starkem Beifall folgende Rede:

„Als der gegenwärtig noch andauernde allgemeine Krieg mit einer Heftigkeit losbrach, welche alle Humanität und die ganze Zivilisation zu zerstören drohte, war bei uns niemand im Zweifel, daß er von den Russen, die durch England ermutigt waren, angestiftet sei. Wir wußten auch, daß die Russen diesen Brand entzündet hatten, um ihr ideales nationales Ziel zu erreichen, welches der Zweck aller von Rußland durchgeführten Kriege gewesen ist, seitdem es sich seiner politischen Bestimmung bewußt geworden ist. Dieses Ideal war kein anderes, als der Besitz der Meere und der Zugang zum freien Meere. Der Balkankrieg hatte Rußland einige Hoffnung gegeben. Die von England versprochene Hilfe hatte ihm den Mut eingeflößt, allen möglichen Gefahren eines solchen Unternehmens zu trotzen. Die Sitzungen der Duma und des englischen Parlaments nach dem Eintritt der Türkei in den Weltkampf und die Sprache der feindlichen Presse haben die Richtigkeit unserer Ansicht bewiesen. So erklärte Sjasonow nach unserem Eintritt in den Weltkrieg in der Duma, daß der geschichtliche Augenblick gekommen sei, und daß der allgemeine Krieg den Russen den Zugang zum freien Meere öffnen werde. Demgegenüber zögerten auch die russischen Parteiführer und die russische Presse nicht, zu versichern, daß der Besitz der Meere eine politische Notwendigkeit für die russische Nation sei. Jede Gelegenheit war diesen Persönlichkeiten willkommen, um diese ihre Ziele und Ansichten kundzugeben. Der englische Premierminister erklärte als Antwort auf die Rede Sjasonows öffentlich, man müsse die russischen Bestrebungen betreffend die Meere akzeptieren. So enthüllte die dargelegte Uebereinstimmung in dieser Frage ein vertragsmäßiges Einverständnis (sanction) der beiden Mächte.

Ich spreche keinen Widerspruch aus, wenn ich betone, daß dieselben Gründe, welche England einstmals zum Kampf gegen die Russen getrieben haben, es heute antreiben, sich mit den Russen zum Kriege gegen uns und unsere Verbündeten zu vereinigen. Es ist leicht, diese Behauptung zu beweisen. So sehr, wie die Bemühungen der Russen dahin gehen, einen Ausgang zum freien Meere zu erlangen, so sehr vereinigen die Engländer ihre Kräfte, um sich zu Herren des Meeres zu machen und um zugleich mittels des Seeweges

den Weltmarkt zu beherrschen.

Die Politik beider hatte zeitweise ihre Richtung geändert, ohne ihr Ziel aus dem Auge zu verlieren. England hatte sich, da es wegen seiner Interessen Rußlands Ausbreitung an die Meere fürchtete, während des Krimkrieges mit uns verbunden. Aber die internationale politische Lage hatte unter der Eisenaust des großen Reichkanzlers Bismarck große Veränderungen erfahren. Alle deutschen Staaten einigten sich, um einen einigten und starken Block zu bilden. Diese Nation verwirklichte durch ihren organisatorischen Geist und ihre besondere Arbeitsart wunderbare Erfolge und erhob sich auf allen Märkten der Welt, darunter auch den englischen, als Rivale in der englischen Erzeugung. Sie hatte überdies durch ihre Schiffe ihre Erzeugnisse in alle Teile der Welt geschickt. Sie baute eine Flotte, die in den fernen Meeren die deutschen Interessen verteidigte. England, das einstmals in aufeinanderfolgenden Kriegen die europäischen Nationen gegen Frankreich geführt hatte, vereinte jetzt seine Anstrengungen, um den jungen und mächtigen Rivalen zu vernichten. Es beehrte sich, sich mit den Russen zu verbinden, um seine Ziele zu verwirklichen, und sah natürlich nichts Unzuträgliches darin, uns zu opfern. Auf der anderen Seite führte die Gefahr eines russischen Eindringens in Indien England dazu, mit uns in guten Beziehungen zu leben. Aber da die Gründung eines mächtigen japanischen Reiches im äußersten Osten und dessen Bündnis mit England die moskowitische Gefahr beseitigten, glaubte England, daß es uns gegenüber keine Rücksichten und keine Schonung mehr zu haben brauche. Es ist wahr, daß unsere Verfassung eine sehr große Rolle in der veränderten Haltung Englands spielte. Das Freiheitsgestirn von Stambul verbreitete überall sehr wohlthuendes Licht und übte auf die ganze Welt einen magischen Eindruck aus. Besonders aber hatten die Moslems in der ganzen Welt vor ihren Augen die Hoffnung auf die Entwicklung zu einem besseren Geschick aufleuchten sehen. Der Islam verfolgte mit einer von Dankbarkeit erfüllten Sympathie die von den türkischen Patrioten eingeleiteten Kämpfe. Der Krieg in Tripolis bot eine großartige Gelegenheit, die durch diesen ungerechten Krieg unter den Moslems hervorgerufene Lebendigkeit zu bekunden. Späterhin haben die von indischen Moslems nach der Türkei gesandte Mission des Roten Kreuzes und der Protest des islamitischen Ausschusses in London die besondere Wirkung gehabt, die englischen Kreise auszuschalten. Das Unheil auf dem Balkan hat in England früher als in Rußland Freude hervorgerufen, denn England erkannte durch diese Niederlage, daß Deutschland anfang,

auch von Süden her eingekreist

zu werden. Außerdem bot dieser Niederlage England das Schauspiel eines Erbseins des türkischen Erwachens. Aber die göttliche Gerechtigkeit war über soviel Synismus empört, und der Balkanblock, das Werk Englands und seiner Helfershelfer, war von kurzer Dauer. Unsere bulgarischen Nachbarn befreiten sich schließlich aus der perfiden Falle, in die sie geraten waren, und vereinigten sich mit unserer Sache. So haben sich in diesem Kriege alle Elemente des Erfolges auf unsere Seite gestellt.

Chemals verkündeten einige unserer Landsteute, die keine Ahnung von den Veränderungen in der politischen Welt hatten, unter Freudenkumgebungen die Ankunft eines englischen Diplomaten in einem Wagen unserer Großwesire vor der hohen Pforte. Aber durch ihre Handlungsweise haben sie das Band schwer für ihren Mißgriff büßen lassen. Um nicht von neuem in einen solchen unheilvollen Irrtum zu verfallen, haben wir ungefährnt unser mächtiges Banner mit den ruhmreichen Wldern vereinigt, die sich gegen die Russen und ihre Verbündeten erheben. Denn wir waren überzeugt, daß die Russen den Krieg für den Ausgang nach den freien

Meeren führen. Wir befanden uns auf ihrem Wege, und die Franzosen warteten auf unser Ende.

Von dem Tage ab, wo der allgemeine Krieg ausbrach, bis zu unserem Eintritt in denselben wurden unserer Regierung von beiden Seiten verschiedene Vorschläge gemacht. Die Entente bot uns an, uns die Unverletzlichkeit unseres Gebietes zu verbürgen. Aber da wir wußten, daß dieses Garantiesystem, das durch den Pariser Vertrag geschaffen war, nur eine drückende Vormundschaft bedeutete, und da andererseits die schreckliche Erinnerung an die Gebietsverluste, welche wir für Rechnung der Entente erlitten hatten, in unserem Bewußtsein lebte, um uns als Lehre zu dienen, so konnten wir natürlich ein solches Entgegenkommen nicht annehmen. Im Gegensatz hierzu schlug Deutschland uns

ein Bündnis zu gleichen Rechten

und von langer Dauer auf der Grundlage gegenseitigen und gleichwertigen Beistandes gegen jede Gefahr vor. Uebrigens waren wir von der Notwendigkeit überzeugt, uns mit den Mittelmächten zu vereinigen, um den Staat vor der Sintflut zu retten. Der Wille unseres erhabenen Herrschers gab sich gleichfalls in diesem Sinne zu erkennen. Wir nahmen, immer mit Ermächtigung Seiner kaiserlichen Majestät, den deutschen Vorschlag an und unterzeichneten voll Aufrichtigkeit den Vertrag, die Frucht ebenso aufrichtiger Erörterungen, und so wurde unser Staat von der Vormundschaft Europas erlöst und der Gefahr enthoben, welche aus seinem Schicksal entsprang, dauernd von zwei Mächten hin und her geschoben zu werden. Kurz: die Türkei gewann ihre Unabhängigkeit wieder, um als eines der Glieder des Dreibundes zu figurieren.

Deutschland, welches uns in dem Augenblick, da es den Vertrag unterzeichnen wollte, seinen Beistand in der Frage der

Abkündigung der Kapitulationen

versprochen hatte, hat sein Versprechen treu gehalten; lange vor uns entwarf und förderte es Vorschläge zu Konventionen, welche die Beziehungen zwischen den beiden Mächten regeln sollten und sich auf Fragen bezogen, wie diejenigen wegen einer Konsularkonvention, wegen des Aufenthaltsrechts, der Staatsangehörigkeit, der gegenseitigen Auslieferung und gegenseitiger gerichtlicher Hilfe. Wir haben diese Entwürfe studiert und nicht einen Schatten der Kapitulationen darin gefunden. Weiter haben wir einen Delegierten nach Berlin geschickt, wo seit vier Monaten Besprechungen stattfinden. Ich rechne es mir zur Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß bis auf einige Einzelfragen ein endgültiges Einverständnis erreicht ist. Der in Rede stehende Vertrag wird binnen kurzem die Ratifikation durch die beiden Souveräne erhalten und in den Zeitungen veröffentlicht werden. Ich halte es nicht für angebracht, auf Einzelheiten einzugehen, aber ich kann Ihnen sagen, daß die deutschen Konsuln in der Türkei dieselben Rechte und Befugnisse genießen werden, wie die osmanischen Konsuln in Deutschland. Die Untertanen beider Länder werden in beiden Ländern gleiche Rechte genießen. Ich kann auch dieses hinzufügen: die Bedingungen, welche Staaten wie zum Beispiel Frankreich und England einander stellen würden, um ihre Beziehungen zu regeln, haben wir uns in den Konventionen gestellt, deren Abschluß bevorsteht. Mit einem Wort: Die beiden Staaten, welche sich durch die politischen Geschicke egoistischer Feinde gegenübergestellt sehen, haben sich auf der Grundlage gegenseitiger Achtung ihrer gegenseitigen Rechte und ihrer Souveränität geeinigt und trotz der Kriegsjorgen Konventionen beraten und abgeschlossen, um ihre künftigen Beziehungen vor jeder falschen Auslegung zu sichern.

Während nun die Souveräne und die Regierungen beschäftigt sind, das Feld ihrer Tätigkeit und die Beziehungen der beiden Länder auf feste Grundlagen zu stellen, und während unsere tapferen Armeen unseren Feinden tödliche Schläge beibringen, kann nichts schweichelhafter sein, als die Führer der verschiedenen Parteien der verbündeten Macht in unserer Mitte zu sehen, welche gekommen sind, um die beiden Nationen einander herzlicher zu nähern und zwischen den beiden Parlamenten ein ewiges Band zu knüpfen, welches dazu dienen wird, die Folgen möglicher Mißverständnisse und persönlicher Reibungen zu zerstreuen. Ich rufe unseren verehrten Gästen von neuem ein herzliches Willkommen zu und trinke auf die Gesundheit Seiner Majestät Wilhelms II., des mächtigen Deutschen Kaisers, und zugleich auf das Glück ganz Deutschlands.“

Der deutsche Botschafter hielt auf deutsch eine Rede mit folgendem Hauptinhalt:

„Unser Bündnis ist besiegelt durch die Politik der Regierungen. Es wird aber auch getragen von dem Willen unserer Völker. Es ist nützlich, dies festzustellen, nicht so sehr um unserer selbst willen, die wir mit vollem Vertrauen aufeinander bauen, als vielmehr der Versuche wegen, die von Zeit zu Zeit gemacht werden, um den Eindruck zu erwecken, als ob wir in Deutschland Kriegsmüde seien oder als ob in der Türkei gesonderte Bestrebungen beständen, welche zu einem voreiligen Frieden drängten. Gewiß, wir wünschen alle den Frieden und wünschen alle, daß die Kriegsfurie vorüberzieht und dem friedlichen Schaffen der Menschen Platz macht, wollen aber nur einen solchen Frieden, der unser Dasein und unsere Zukunft sichert. Bis dahin bieten wir mutig der ganzen Welt die Stirn und vertrauen auf unsere Bundesgenossen, wie diese auf uns. Die Türkei machte gewaltige Anstrengungen in diesem Kriege. Ihr Heer wuchs an Zahl und innerer Geschlossenheit stetig. Sie setzte ihre ganze Kraft zur Sicherung ihrer Unabhängigkeit und Zukunft ein. Wir tun ein Gleiches. Sie weiß, daß wir

keine Nebengedanken

haben, und daß wir auch nach dem Kriege treue Verbündete sein werden. Sie weiß, daß wir im Gegensatz zu anderen keine Interessengebiete beanspruchen, noch eine Stellung einnehmen wollen, die mit ihrer Würde und Unabhängigkeit im Widerspruch stände. Sie weiß, daß wir gern bereit sind, ihr die Freundeshand zu reichen, ihr in ihrem Bestreben, sich immer weiter aufzurichten, zu helfen, und daß wir bereit sind, ihr auf ihren Wunsch unsere organisatorischen und geistigen Kräfte zu leihen. Bei unseren und der Türkei Feinden liegt diese Uneigennützigkeit nicht, und wenn einer unter diesen die hämische Frage stellen sollte, weshalb denn bei uns? lautet die Antwort einfach und klar, wie die Wahrheit: Weil wir auch in Zukunft eine starke Türkei wünschen, die auf eigenen Füßen steht, und die wie in der Gegenwart, so auch für spätere Zeiten ein wertvoller und treuer Bundesgenosse sein soll.“

2./V. 1916

2. Mai 1916.

Oriental, der Veteranenverein und eine große Volksmenge. In der Pfarrkirche hielt Defan v. Reith eine schwungvolle Festpredigt, worauf ein feierliches Leben abgehalten wurde. Der Festgottesdienst schloß mit der Absingung der Volkshymne. Dierauf hielt Abg. Dr. Stumpf vor der Kirche eine begeisterte Festrede; Statthalter Graf Toggenburg sprach einige auf die Festteilnehmer bezughabende Worte. Die Festteilnehmer sandten sodann an den Kaiser ein Glückwunschk Telegramm ab. Mittags fanden ein gemeinsames Festmahl statt, bei welchem begeisterte Trinksprüche ausgebracht wurden.

Bei unsern Soldaten in Albanien.

Von unserm Spezialberichterstatter.

(Vom Kriegspressequartier genehmigt.)

Skodra, im April.

VI.

Die wenigen türkischen Karaulen (Wachhäuser) vor den Toren Skodras waren, wie schon bemerkt, bisher die Grenzen, jenseits deren das Gebiet der bisher völlig unabhängigen und nach ihrem eigenen Gubei dünkten lebenden Stämme der Malcijs und Mirdita beginnt und nur mehr der uralte Geseß der Berge Geltung hohen Wildheit, Nachedurst, geringe Einschätzung fremden Lebens, tiefste Unwissenheit und Weh-abgeschiedenheit haben den Hochländern Afrikanens einen fast sagenhaften gefährlichen Ruf verschafft. Nunmehr, da auch zu diesen Bergregionen die Pforte geöffnet und das armselige, ungezügeltere Leben der Gebirgsleut allmählich in bessere und zivilisiertere Formen sich umwandeln wird, ist es vielleicht wissenstwert, einiges über die Art der Malcija und Mirdita zu erfahren.

Ueber die Natur des Landes kann hier, ohne weitläufige geographische Erörterungen zu vermeiden, die ja ohne Beigabe einer genauigen Karte wertlos wären, nur gesagt werden, daß es sich um ein größtenteils verkarstetes Alpengebiet mit bedeutenden Erhebungen handelt, das von mehreren Wasserläufen, hauptsächlich aber von dem aus dem Schwarzen und Weißes Drin zusammensießenden Drinfluß, durchströmt wird. Die Täler sind meist eng, die Talsohle vom Wasserlauf ausgefüllt, so daß die Wege, elende, von Blöcken besäte Saumpfade, gewöhnlich hoch an einem der Talhänge entlang laufen und dann zu einem der Pässe übergänge ansteigen. Die Ansiedlungen bestehen aus Gruppen (Dörfern) weit auseinanderliegender Steinhütten und aus Unterhütten auf den Almen, auf denen im Sommer das Vieh weidet. Im allgemeinen machen diese fahlen Berggebiete einen trostlosen, wilden Eindruck, der teilweise durch die eigenartige weißgraue Farbe der nackten Berge noch erhöht wird. Doch gibt es stellenweise freundliche grüne Täler mit reichem Anbau und einzelne prächtige Waldgebiete. Im allgemeinen aber trägt das Hochland überall den Stempel bitterster Armut und Not.

Die in diesen Gebieten lebenden Menschen sind völlig reinrassige Albaner. Das hartentbehrungsreiche Leben hat ein starkes und sehr männliches Geschlecht gezeugt. Die Männer sind groß, schlank und fehnig, die Frauen kleiner und zierlicher. Vorwiegend haben die Bergbewohner dunkles Haar und Adlernasen, doch sieht man auch viele Blonde und Blauäugige unter ihnen. Geltung hat hier nur der Mann; die Frau wird zwar nicht so, aber äußerst geringschätzig behandelt, meist stets in respektvoller Distanz hinter ihm gehen und viele Stunden lang die schwersten Lasten tragen, sowie fast alle Feld- und häuslichen Arbeiten verrichten, an die ein „Trin“ (Geld) nicht ohne äußerste Not Hand anlegen. Schon der im Gebirge übliche, allerdings zuge-dankenlosen Redensart gewordene Gruß „A ije hur i fort?“ (Bist du ein stark Mann?) offenbart die Lebensanschauung der Leute. Die Mädchen sind sehr streng gehalten, sehr scheu und blicken fremde Männer kaum an. Das Leben ist bei den katholischen und mohammedanischen Bergbewohnern ziemlich gleichartig, denn das Religionsbekenntnis bildet unter den Leuten keine streng trennende Schranke. So kommt es zum Beispiel unter den Katholiken öfter vor, daß ein Mann zu

Familie, voranzusehen vermögen. Ihnen vor allem wird zwar nicht das gleiche Los wie ihren glücklicheren Schwestern in zivilisierten Ländern, aber doch ein weit besseres als bisher zuteil werden. Wenn es einmal nicht mehr als dem Hinterhalt zu erschießen und Herde zu stehlen, wird sich auch der Sinn der Männer, die bisher oft tagelang im Freien schliefen, nur um einen Mann aus feindlichem Stamme ab-zunehmen, mehr den eigensten Angelegenheiten, seinem Hauswesen, seiner Frau und seinen Kindern zuwenden. Und hier liegt der Grundstein eines glücklichen Gemeinwesens.

Paul Bujon.

Ordnung bis jetzt nicht erreicht worden. Es kommen hierfür in Betracht: ältere gewohnheitsrechtliche, aber vielfach im festigsten Streit der Meinungen befangene Sätze, die in der Praxis verschiedene, nicht selten geradezu entgegengesetzte, Anwendung finden; ältere allgemeine Staatsverträge, wie insbesondere die Pariser Seerechtsdeklaration von 1856; endlich eine Reihe von Staatsverträgen, die auf der zweiten Friedenskonferenz von 1907 über Einzelfragen des Seekriegsrechtes vereinbart werden. Einen gewaltigen Fortschritt hatte die — theoretische — Arbeit der Kodifikation des Seekriegsrechtes gemacht in der viel-erörterten Londoner Seerechtsdeklaration von 1909; bekanntlich wurde diese Deklaration von England und infolge dieses Verhaltens Englands natürlich auch von den übrigen Mächten nicht ratifiziert und auch der theoretische Fortschritt, den die Londoner Deklaration darstellt, wurde durch das praktische Verhalten Englands im gegenwärtigen Kriege vollkommen zertrümmert und mit Füßen getreten. Dieses traurige Kapitel der Geschichte des Völkerrechts im Rahmen der großen Weltgeschichte bleibt hier unerörtert.

Was an Regeln des Seekriegsrechtes vorhanden ist, bezieht sich jedenfalls nur auf die Kriegsführung zur See und ist von dieser Voraussetzung bestimmt und beherrscht; darin liegt die grundsätzliche Abgrenzung dieser Gruppe von Vorschriften von der Gruppe der Regeln des Landkriegsrechtes.

Die Landkriegsordnung enthält jedoch eine Reihe von Vorschriften, welche, wenn auch zunächst und ausdrücklich nur für die Kriegsführung zu Lande bestimmt und gegeben, doch einen allgemeinen Charakter tragen und demgemäß auch für die Kriegsführung zur See ohne weiteres anwendbar sind und auch tatsächlich angewandt werden; es seien hier nur beispielsweise die Vorschriften über die Kriegsgefangenen (Land-Kr.-D. Art. 4ff.) sowie über die erlaubten Kriegsmittel (Art. 22ff.) genannt. In einem bereits vorgeschrittenen Abschnitte der zweiten Friedenskonferenz wurde die Arbeit in Angriff genommen, die Vorschriften der Landkriegsordnung, die auch für den Seekrieg anwendbar und verbindlich sein sollten, festzustellen; da es sich aber alsbald zeigte, daß diese Arbeit doch eine Reihe schwieriger Einzelfragen in sich schloße, wurde sie abgebrochen und führte nur zu einem der Konferenz erstatteten und in ihren Protokollen enthaltenen vorläufigen Bericht, sowie zur Annahme eines „Wunsches“: „daß die Ausarbeitung einer Ordnung der Geseze und Gebräuche des Seekrieges in das Programm der nächsten Konferenz ausgenommen werde und daß jedenfalls die Mächte die Grundzüge des Abkommens über Geseze und Gebräuche des Landkrieges so weit wie möglich auf den Seekrieg anwenden“. (Näheres bei Jörn: Die beiden Haager Friedenskonferenzen in Stier-Somlos Band 2. 1. Völkerrecht III, 2. S. 92ff.). Weiteres ist in der Sache nicht mehr geschehen.

Wir haben also, um dies abschließend festzustellen, 1. eine ziemlich vollständige Ordnung über die Regeln der Kriegsführung zu Lande, 2. eine Reihe von Einzelvorschriften über die Regeln der Kriegsführung zur See, 3. in der Landkriegsordnung sind nicht wenige und nicht unwichtige Vorschriften enthalten, die einen allgemeinen kriegsrechtlichen Charakter tragen.

Zu dem Landkrieg und Seekrieg ist nun im gegenwärtigen Weltkriege in großem Umfange der Luftkrieg hinzuge treten. Welche Regeln gelten für die Kriegsführung in der Luft? Die Frage ist zweifellos von höchster Bedeutung und sie ist keineswegs einfach zu beantworten. Weder besteht hierfür irgendwelches Gewohnheitsrecht, noch sind Staatsverträge hierüber vorhanden; die völkerrechtliche Literatur, auch die neuere, bietet, was ja erklärlich ist, nur ganz geringe Ausbeute für Beantwortung der Frage des Luftkrieges.

Mit einem hier einschlagenden Punkte allerdings hatte sich die erste Friedenskonferenz 1899 beschäftigt und hierüber eine „Deklaration“ vereinbart; sie verbot „das Werfen von Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen oder auf andern ähnlichen neuen Wegen“. Dieses absolute Verbot war auch von allen wichtigsten Staaten ratifiziert worden, es war jedoch nur auf fünf Jahre begrenzt, somit im Jahre 1907 bei Beginn der zweiten Friedenskonferenz bereits außer Kraft getreten; eine Erneuerung des Verbots war auf der zweiten Konferenz zwar mit Stimmenmehrheit beschlossen worden, aber infolge des Widerspruchs der wichtigsten Großmächte nicht zustande gekommen (s. auch hierüber Jörn, Haager Friedenskonferenzen S. 11, 82.). Die „Deklaration“ von 1899 steht somit heute nicht mehr in Kraft; anderweite vertragmäßige Vorschriften für den Luftkrieg aber waren und sind nicht vorhanden.

Man wird allerdings als selbstverständlich anerkennen müssen, daß solche Vorschriften notwendig sind; wie der Land- und der Seekrieg, so bedarf auch der Luftkrieg einer Regelung durch internationale Rechtsätze. Da die Interessen der Staaten in dieser Frage durchaus auf Gegenseitigkeit beruhen, so wird die Feststellung der Rechtsregeln des Luftkrieges auch kaum auf unüber-

Flugzeuge und Völkerrecht.

Von Philipp Jörn.

Zum ersten Male in großem Umfang findet in dem gegenwärtigen Weltkriege das Kriegsmittel der Flugzeuge Verwendung. Die technische Konstruktion der Flugzeuge ist eine verschiedene; eben den eigentlichen Flugzeugen, die ihrerseits wieder verschiedene Typen aufweisen, kommen in Betracht die großen Luftschiffe, ferner die sogenannten Wasserflugzeuge, deren Eigenartlichkeit darin besteht, daß sie, behufs Erfüllung ihrer Hauptaufgabe als Flugzeuge, vom Wasser aus Schiffen aufzusteigen und sich auch als Boote im Wasser zu bewegen imstande sind; die höhere Erörterung dieser Dinge ist ausschließlich technischer Natur; die Hauptaufgabe aller Arten von Flugzeugen, als Kampfmittel des Krieges durch Tätigkeit in der Luft zu dienen, wird davon nicht berührt. Auch die Wasserflugzeuge sind grundsätzlich Flugzeuge, ihre Betätigung auf dem Wasser aber gestattet die Annahme, daß sie rechtlich als Schiffe, somit nach See-Kriegsrecht, zu behandeln wären; jedenfalls aber bedürfte dies, um als Rechtsatz zu gelten, einer Vereinbarung unter den Staaten. Die am Weltkriege beteiligten Mächte sind in verschiedener Weise mit Luftfahrzeugen ausgestattet; Luftschiffe hat nur Deutschland, einige wenige auch Frankreich; die übrigen Arten von Flugzeugen werden in ziemlich gleicher Art von allen am Kriege beteiligten Mächten verwendet.

Völkerrechtliche Regeln für die Verwendung von Luftfahrzeugen im Kriege sind bis jetzt nicht vorhanden; weder konnte sich bisher ein Gewohnheitsrecht hierfür ausbilden, noch bestehen hierüber Staatsverträge. Bekanntlich zerfallen die völkerrechtlichen Regeln der Kriegsführung zurzeit in zwei große Gruppen, deren eine die Regeln des Landkrieges, deren andere die Regeln des Seekrieges bilden. Die erstern sind zusammengesetzt in der großen Landkriegsordnung, die — auf der Grundlage der sogenannten Brüsseler Deklaration — das eine der beiden großen Werke der ersten Friedenskonferenz von 1899 ist, und die nicht sehr bedeutende Veränderung und Ergänzung durch die zweite Friedenskonferenz von 1907 fand; in dieser Fassung steht die Landkriegsordnung heute in Kraft. Allerdings treten noch mehrere wichtige Einzelverträge hinzu, so die Petersburger Konvention, die Genfer Konvention, die beiden Haager Deklarationen über Explosivgeschosse.

Zweck und Absicht der Landkriegsordnung war die Regelung der Kriegsführung zu Lande; ausdrücklich ist dies in der Einleitung ausgesprochen, und es muß daran festgehalten werden, daß nur die Kriegsführung zu Lande durch die Staatsverträge von 1899 bzw. 1907 „über die Geseze und Gebräuche des Landkrieges“ geregelt werden sollte und wollte.

Die zweite Gruppe bilden die Regeln des Seekrieges. Während die Landkriegsordnung eine ziemlich vollständige „Kodifikation“ darstellt, ist für die Regeln des Seekrieges eine solche

der bulgarischen Sobranjedeputation
in Budapest.

PESTER LLOYD

Die bulgarische Sobranjedeputation in Budapest.

Budapest, 1. Mai.

Der Empfang beim Ministerpräsidenten.

Bei dem Mittagmahl, das Graf Stefan Tisza und Gemahlin zu Ehren der bulgarischen Gäste gaben, begrüßte Ministerpräsident Graf Stefan Tisza die bulgarischen Abgeordneten mit folgender Rede:

Meine Herren! Ich ergreife das Wort, um jene hervorragenden Mitglieder des bulgarischen Parlaments zu begrüßen, die uns die Ehre ihres Besuches erwiesen haben.

Meine Herren! Seien Sie davon überzeugt, daß Sie sich unter Freunden, unter aufrichtigen und alten Freunden Ihres Vaterlandes befinden.

Die Gefühle, die ganz Ungarn für die bulgarische Nation hegt, datieren nicht von den Zeiten der jüngsten politischen Ereignisse. Der Eintritt Bulgariens in das Bündnis der Centralmächte war nur die Krone des Gebäudes, er repräsentiert eine logische Folge einer natürlichen Evolution, gegeben sowohl durch den bulgarischen Nationalcharakter, als durch die historische Rolle Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan.

Ich bedauere lebhaft, mich nicht in diesen Gegenstand vertiefen zu können; ich kann bloß einen flüchtigen Blick auf die Ereignisse werfen, um zu konstatieren, daß die Idee, die Lösung des Balkanproblems in der Freiheit und Unabhängigkeit der Balkanvölker zu suchen, zu allererst vor ungefähr vierzig Jahren durch die damals an der Spitze der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns stehenden ungarischen Staatsmänner entwickelt wurde.

Sie waren es, die diese Politik inauguriert hatten, sie sind ihr treu geblieben, inmitten aller Versuchungen der ersten großen Krise Bulgariens, sie haben sie zur ständigen Basis unserer auswärtigen Politik gemacht, nicht nur, weil sie unseren Sympathien entspricht, sondern auch weil sie sich im Einklange mit unseren Lebensinteressen, mit der historischen Mission der Doppelmonarchie, befindet.

Hier in diesen Räumen war ich zunächst als Student, dann als junger Abgeordneter der nahe Beobachter der Ereignisse und kann das lebhafteste Interesse bezeugen, welches diese Staatsmänner an der Entwicklung Bulgariens nahmen.

Wir wollten damals dasselbe, was wir noch heute wollen: die Ordnung, die Freiheit und die Unabhängigkeit des Balkans. Die Frage war die: Wird Bulgarien ein Element der Ordnung, der Freiheit, der Unabhängigkeit sein, oder wird es sich durch Rußland beherrschen, durch russischen Ehrgeiz ausbeuten, sich zum servilen Werkzeug dieses Bedrückers der Völker erniedrigen lassen?

Die Ereignisse zögerten nicht lange mit der Antwort. Kaum acht Jahre nach dem Berliner Kongreß, wußte sich Bulgarien vom Joche Rußlands zu befreien; die bulgarische Nation legte Zeugenschaft ab vom stolzen Freiheitsinn, von zäher Entschlossenheit, die Wege seiner eigenen Bestimmung zu schreiten, von mannhafter Energie inmitten aller Gefahren, die ihr für alle Ewigkeit den Platz an der Seite der für die Freiheit gereizten Völker angewiesen haben.

Es ist zu hoffen, daß die Peripetien dieser denkwürdigen Krise unserem Gedächtnis nicht entschwinden werden.

Sie werden sich sicherlich erinnern, meine Herren, welche Rolle Oesterreich-Ungarn während dieser Krise gespielt hat. Sie erinnern sich, nicht wahr, daß der hervorragende Staatsmann, welcher zurzeit der unmittelbare Leiter der auswärtigen Politik der Monarchie ist, sein glänzendes Debüt zu jener Zeit als diplomatischer Agent der Monarchie in Sophia gemacht hatte? Ich habe nur hinzuzufügen, daß die damaligen Ereignisse einen tiefen Eindruck auf die öffentliche Meinung der ganzen Monarchie machten. Seit dieser Probe hat sich die bulgarische Nation für immer die Hochachtung und die Sympathie für ihr mannhafte Wesen gesichert; seit jener Zeit erachten wir sie als die natürliche Stütze unserer auf die Freiheit des Balkans gerichteten Politik.

Gewiß hatten Sie einen langen Weg zurückzulegen, um die definitive Lösung der Richtung Ihrer Politik zu finden, einen Weg voll von Kämpfen, Erfolgen und Enttäuschungen.

Niemals während des Schicksalslaufes dieser Evolution ist das Interesse erlahmt, welches wir an den Geschicken Bulgariens nahmen. Niemals zweifelten wir an dem Ende dieser Evolution.

Wir erwarteten Sie, meine Herren, denn wir kannten Ihre Mannessele, und wir waren dessen sicher, daß Sie, früher oder später, die ständigen Garantien Ihrer Freiheit, Ihrer Unabhängigkeit, Ihrer nationalen Integrität in jener Mächtegruppe suchen werden, in welcher allein Sie dieselbe finden können.

Kaum hatte sich die Regierung, deren Vorsitz zu führen ich die Ehre habe, konstituiert, als Bulgarien die harte Probe des zweiten Balkankrieges zu bestehen hatte. Unsere Bemühungen, Ihnen den Bukarester Frieden zu ersparen, oder dessen Revision durchzusetzen, waren nicht von Erfolg gekrönt. Sie mußten diese große Ungerechtigkeit und diesen schweren politischen Fehler erdulden. Ueberzeugt davon, daß diese Situation auf die Dauer nicht haltbar sein könne, verloren wir nicht die Hoffnung, späterhin ein Gleichgewicht auf dem Balkan zu schaffen, welches jedem die notwendigen Garantien bieten werde, und eine Ordnung der Dinge herzustellen, die sich besser im Einklange mit den Lebensinteressen, den nationalen Aspirationen Bulgariens befinden werde.

Zahlreiche Hindernisse verlegten uns den Weg. Nur durch eine von langer Hand vorbereitete, durchaus friedliche Arbeit konnten wir hoffen, das Ziel zu erreichen.

Die Vorsehung entschied anders. Das monströse Attentat von Sarajevo zerriß den Schleier der Hypokrisie, welcher die Pläne unserer Gegner verbarg. Ein Orkan von Gehässigkeit, von Verbrechen, von Eifersucht und Begehrlichkeit entfesselte sich auf das Haupt der Centralmächte. Der Weltkrieg brach aus, das große Problem von Leben und Tod war aufgerollt, die Lösung aller schwebenden Fragen auf die Tagesordnung gesetzt.

Meine Herren! In diesem historischen Moment erwies sich Bulgarien als dasjenige, das wir erwartet hatten. Mit der klaren Erfassung seiner Interessen und dem Mute, allen Gefahren Trotz zu bieten, um seine zukünftige Größe zu sichern, ist es in die Reihe der Kämpfer getreten, und die heroischen Anstrengungen unserer vereinigten Armeen wurden von einem glorreichen Erfolg gekrönt.

Meine Herren, Sie haben den Platz eingenommen, der Ihnen gebührt. Sie haben Ihrer Politik die Richtung gegeben, die unerschütterlich auf den Lebensinteressen Ihres Vaterlandes basiert. Der Einklang unserer Interessen bürgt für die Dauerhaftigkeit unseres Bündnisses, die gegenseitigen Gefühle der Achtung und Freundschaft machen diese sympathisch für die Völker, der gemeinsame Ruhm und das Blut, das unsere Söhne auf denselben Schlachtfeldern vergossen, bilden den Kitt einer innigen und tief empfundenen Seelengemeinschaft.

Das Herz von Dank erfüllt für die Vorsehung, welche unsere Waffengeeint und gesegnet hat, aus der Tiefe meines Herzens das Aufblühen Bulgariens ersiehend, erhebe ich meinen Blick zur erhabenen Person seines Herrschers.

Sicherlich ist es nicht bloß ein Spiel des Zufalls, daß Bulgarien diese für immer denkwürdige Epoche seiner Geschichte unter der Herrschaft eines Königs erlebt, welcher mit den Eigenschaften des großen Staatsmannes die Gefühle lebhafter Freundschaft für die Doppelmonarchie vereint. Vor kurzem erst hatte ich die Ehre, die bereedete und rührende Zeugenschaft zu hören, welche Sr. Majestät von diesen seinen Gefühlen abgelegt hat, und voll von Anerkennung und ehrerbietiger Anhänglichkeit lade ich Sie ein, meine Herren, Ihr Glas zu erheben auf die Gesundheit Sr. Majestät des Zarers Ferdinand von Bulgarien.

Der Führer der Deputation, Vizepräsident der Kammer Dr. Ivan Romtschilow, entgegnete mit folgenden Worten:

— Wir sind gekommen, unsere Dankbarkeit auszudrücken der ungarischen Nation für die mächtige Hilfe, die sie uns bei der Verwirklichung unserer großen nationalen Träume geliehen hat. Daß heute die Einheit des bulgarischen Volkes kein Traum mehr ist, verdanken wir nicht nur allein unserer Kraft, sondern auch der Hilfe und der Freundschaft, die wir stets bei Ihnen gefunden haben. Wir sind gekommen, die Hände unserer Waffenbrüder zu drücken und der Gefährten unserer Kämpfe und Siege, unserer historischen Blutsverwandten und unserer Nachbarn von heute, einer Nachbarschaft, die seit jeher gewesen ist ein Traum, der in unserem Innersten stets heilig war. Und diese Nachbarschaft möge, so Gott wolle, bestehen, solange es Sterne gibt auf diesem schönen Himmel, der sich über uns wölbt, und solange Wasser fließt in diesem herrlich schönen Donaustrom. Wir sind gekommen, um Ihnen zu sagen, daß wir ebenso wie uns in der Vergan-

Innerpolitische Probleme in Frankreich

(Von unserem Korrespondenten)

3 Paris, 27. April.

Die französischen Kammern sind für beinahe vier Wochen in die Ferien gezogen. Diese Pause wird als viel zu lang oder als viel zu kurz angesehen, je nachdem die Kritiker Anhänger oder Gegner des Parlaments sind. In der Kammer selbst kämpften zwei Strömungen miteinander, und der kurze Ferienmonat ist das Ergebnis eines Kompromisses. Rein technisch wäre der Verlängerung der Ferien bis in den Juni hinein nichts entgegengestanden, denn die provisorischen Budgetwölffel sind bis Ende des ersten Halbjahres angenommen. Aber auf der Linken will man nichts von einer längeren Abwesenheit des Parlaments wissen und wäre auch jetzt mit der fast vierwöchigen Pause nicht einverstanden gewesen, wenn nicht die Versammlung der Generalräte das auch für sie wünschbar gemacht hätte. Die Regierung nahm natürlich zu dieser Ferienfrage, die allein das Parlament angeht, nicht offiziell Stellung. Ihre Mitglieder werden aber nicht unzufrieden sein; Parlamentsferien bedeuten für die Regierung Schonzeit, nicht etwa bloß weil keine Interpellationen gestellt werden können, sondern weil die unendlichen Audienzen, die Besprechungen mit Gruppen und Kommissionen und nicht zuletzt die Sitzungen vor dem Plenum wegfallen.

Seit dem Beginn der ordentlichen Legislaturperiode, die im Juli dieses Jahres abgeschlossen wird, haben vor allem zwei Probleme die Gesetzgeber beschäftigt: die Besteuerung der Kriegsgewinne und die Behandlung der rückständigen Mieten. Die Kammer hat für die Besteuerung der Kriegsgewinne einen Text aufgestellt, der gegenwärtig vor dem Senat ist und dort weidlich zerpfückt wird. Der Senat ist naturgemäß etwas konservativer als die Kammer, und besonders in Steuerfragen folgt er den Neuerungen der Kammer nicht oder nur langsam und bildet die letzte Hoffnung der steuerscheuen Bourgeoisie. Auf der andern Seite allerdings stellt manchmal die Kammer Texte auf, die man gar nicht anwenden könnte und verläßt sich auf den Senat, der sie schon verbessern werde. So scheint man es auch mit dem Entwurf über die Besteuerung der Kriegsgewinne gehalten zu haben. Und wenn man gewissen Leuten glaubt, so ist es beim Gesetzesentwurf über die Regelung der Frage der Mietzinse nicht anders gewesen. Diesen Gesetzesentwurf hat die Kammer noch unter Dach gebracht, bevor sie in die Ferien zog. Das Werk der Kammer hat eine sehr schlechte Presse; die Mieter sind damit ebensowenig zufrieden wie die Vermieter, und die einzigen Verteidiger finden sich unter den Schöpfern des Gesetzes. Wer weiß, vielleicht ist diese allgemeine Gegnerschaft ein gutes Zeichen und ein Beweis dafür, daß die Kammer niemanden allzusehr bevorzugt hat.

Da der Senat sich mit dem Entwurf noch zu beschäftigen haben wird, ist es vorsichtiger, noch nicht auf die Einzelheiten des Systems der Kammer einzugehen und nur an die allgemeinen Grundzüge zu erinnern, die schließlich den Sieg davongetragen haben. Seit Kriegsausbruch zahlen sehr viele Leute in Frankreich ihren Hauszins nicht mehr; die einen, weil ihnen der Krieg die Mittel genommen hat, sich dieser Verpflichtung zu entledigen, die andern, weil sie die gesetzliche Regelung der Frage abwarten wollten, um nicht Gefahr zu laufen, mehr getan zu haben als die andern. Die Hausbesitzer hatten kein Mittel in der Hand, Mobilisierte oder Angehörige von Mobilisierten, sowie Bedürftige zur Bezahlung zu zwingen, was in der Praxis darauf hinauskam, daß die Hausbesitzer gegenüber denen, die ihre Mietzinse nicht bezahlen wollten, machtlos waren. Dieser Zustand durfte sich nicht verlängern. In solchen Dingen, die den wirtschaftlichen Bau des Staates ebenso sehr berühren wie den innern Frieden, ist die Unsicherheit am verderblichsten. Das sah die Regierung schließlich ein und kam mit einem Projekte, von dem die Kammer übrigens nicht mehr viel übrig gelassen hat. Schon zu Anfang der überaus langwierigen Diskussion sah man, daß die ganze Kammer wenigstens über einen Grundsatze einig war. Der Soldat, der sich für sein Land schlägt, muß darüber durchaus beruhigt sein, daß der Herd seiner Familie vollständig

gesichert ist. Man kam darum überein, daß die bedürftigen Familien aller Mobilisierten ohne jegliche Ausnahme während der Dauer des Krieges und sechs Monate nachher nicht gezwungen werden können, irgend einen Mietzins zu bezahlen. Als bedürftig werden ohne weiteres diejenigen angesehen, die vor dem Kriege nicht mehr als einen gewissen Hauszins bezahlt haben (in Paris jährlich Fr. 600, in anderen Städten weniger, auf dem Lande 100 oder 60 Franken). Diese Mieter hat der Hausbesitzer ohne weiteres in Ruhe zu lassen, es sei denn, er könne vor Gericht den Beweis antreten, daß sie wohl imstande sind, zu bezahlen.

Aber es gibt auch Mieter der mittleren Stände, die vor dem Kriege einen mittleren oder großen Hauszins bezahlten und infolge des Krieges nicht mehr imstande sind, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Vermieter nachzukommen. Sollen die Familien dieser Mobilisierten auf die Straße gesetzt werden können? Die Kammer hat diese Frage verneint. Auch diese Familien bleiben frei, hingegen hat man, um Mißbräuchen vorzubeugen, bestimmt, daß sie vor einem Gericht, das zu gleichen Teilen aus Mietern und Vermietern besteht, den Beweis anzutreten haben, daß sie außerstande sind, ihre Rückstände ganz oder teilweise zu bezahlen. Diese prinzipiell angenommenen Laiengerichte, die unter dem Vorsitz eines Berufsrichters sitzen, sind eine Neuerung für Frankreich.

Aber was geschieht mit den Hausbesitzern? Ihre Interessen wurden in der Kammer sehr geschickt verteidigt, so geschickt, daß der alte gemäßigte Finanzminister Ribot auf den Plan treten und Theorien entwickeln mußte, die seine politischen Freunde konsternierten. Man hatte vorgeschlagen, der Ausfall der Hausbesitzer solle durch den Staat gedeckt werden, also durch die Steuerzahler. Ribot wandte sich energisch gegen diese Auffassung. Der Hausbesitzer sei ein Kapitalist wie ein anderer, der eben durch eine so große Katastrophe mitgenommen werden könne. Wenn der Staat für seine Verluste aufkommen müßte, so könnten andere durch den Krieg geschädigte Interessen ebenfalls Ansprüche machen. Wohin würde das führen? Jeder solle eben seinen Teil tragen und sich einschränken, wenn dadurch sein Einkommen herabgemindert werde. Nun gibt es aber Hausbesitzer, die nicht besser daran sind als die Mieter. Mit ihnen zeigte die Kammer Mitleid. Den kleinen Hausbesitzern, denen die nur Fr. 3000 Jahreseinkommen haben, wird durch die Vermittlung des Crédit foncier bis zur Hälfte ihrer Verluste aus unbezahlten Mieten durch den Staat rückvergütet. Dies bedeutet für den Staat schon eine ganz bedeutende Last, und die Kammer war der Ansicht, daß nicht weiter gegangen werden könne.

So sieht in der Hauptsache das Gesetz aus, das die Kammer nach wochenlangen Diskussionen zustande gebracht hat. Die Annahme war nicht glänzend; es stimmten zwar nur etwa zwanzig Deputierte dagegen; aber ein großer Teil enthielt sich der Stimmabgabe. Es wäre kühn, etwas über das Schicksal dieses Werkes vor dem Senat voraussagen zu wollen. Die Sache wird den bedächtigen Herren des Luxembourgpalastes wohl kaum gefallen, andererseits aber werden auch sie einen Konflikt mit der Kammer in einer Frage vermeiden wollen, die für den innern Frieden so gefährlich ist, wenn man sie engherzig behandelt.

Französische Frühlingshoffnungen.

Die Pause in der Parlamentstagung wird zu tiefsinnigen Betrachtungen über das Vergangene und zum Hinaus-schmettern neuer Triumphansaren für die Zukunft verwandt. Frankreich lebt weiter von den Märchen, die ihm die offiziöse Scheherazade vorerzählt. Das Frankreich von 1916 gleicht ganz und gar dem Frankreich des Winters 1870/71, und dies Frankreich war verkörpert in dem Oberst Jouve der Daudetschen Geschichte. Der Oberst Jouve — ein „vieux de la vieille“ — hat sich bei Kriegsausbruch eine Wohnung in den Champs-Élysées gemietet, um den siegreichen Einzug der französischen Truppen in allem Behagen anschauen und genießen zu können. Bei der Nachricht von der ersten französischen Niederlage wird er vom Schlage gerührt und von nun an wagt ihm seine Umgebung nicht mehr, die Wahrheit über den Kriegsverlauf zu sagen, man berichtet ihm nur noch vom unaufhaltsamen Siegeszug der Rothosen mitten ins deutsche Land hinein. Schließlich hört der Alte vom Einzug der Truppen sprechen und glaubt natürlich an die Heimkehr der jubelnden französischen Eroberer. Er quillt seinen gebrechlichen Körper in die alte Prunkuniform, um vom Balkon herab die neue Gloire Frankreichs zu grüßen — da sprengen unten preußische Mänen vorbei! Der Alte schreit auf und bricht tot zusammen. Wenn Frankreich diesmal unter den Folgen der gewissenlosen Politik seiner Advokaten und Kriegsspekulanten zusammenbricht, wird das wieder nicht ohne Rückwirkungen auf seinen Verfassungsbau abgehen. Aber das ist ja nicht unsere Sache. Wer betrogen sein will, dem ist eben nicht zu helfen. Die Deputierten haben unter Hymnen auf den nun bald errungenen „succès final“ Paris verlassen. Unter welchem Leitmotiv werden sie wieder zusammenkommen?

In voriger Woche feierte man den „Sieg“ von Verdun und den von Trapezunt. Die bekannte Presseagentur Fournier verbreitete überall in Frankreich die Freudenboischaft von entsetzlichen Straßenschlachten am Berliner Reichstagsgebäude. Mehr als 200 Tote und zahllose Verwundete! Die „Boches“ schlachten sich untereinander ab — das Ende Germaniens ist da! Liebknecht, Haase, Rühle als Triumvirn der neuen deutschen Republik unterzeichnen den Frieden, der den Rest des ehemaligen Bismarckreiches — unter französischer Aufsicht — zwischen Elbe und Oder, zwischen Prenzlau und Rottbus bestehen läßt. Berlin wird behandelt wie einst Lyon in der großen Revolution: „Berlin bekriegt die Freiheit (d. h. den Bierverband), Berlin ist nicht mehr.“ Wenn einmal Berlin dem Erdboden gleich gemacht ist, können Bernau und Köpenick sich um die Ehre streiten, Hauptstadt des früheren Deutschland zu werden.

Die heutigen Franzosen kann man — bei aller Hochachtung vor ihrer kriegerischen Tüchtigkeit — politisch nur ernst nehmen in derselben Weise, wie man sich den Anschein gibt, die Narheiten von unglücklichen Geisteskranken ernst zu nehmen. Die Landung der paar tausend Russen hat die Tartarins noch verrückter gemacht, als sie schon waren. Aus den paar tausend wurden binnen wenigen Stunden 200 000 bis 300 000, und am nächsten Morgen waren es schon eine Million! Die Elyséediktatoren ließen zuerst den „Mann in der Strafe“ seinen Freudenrausch austoben und dann verkündeten sie, daß es sich nicht um eine militärische, sondern um eine moralische Stärkung Frankreichs und des Entente-Einheitsgedankens handele. A la bonne heure! Wenn ein paar Regimenter zarische Freiheitskämpfer und Läuferzüchter den gesunkenen Mut der parfümierten Republik heben helfen müssen, dann ist es allerdings weit gekommen mit unserer Nachbarin. Ein neuer Triumph folgte sogleich: die Engländer haben ihre Front um ganze zehn Kilometer ausgedehnt — die Franzosen also um ebensoviel entlastet. Was sagt man zu solcher Selbstlosigkeit britischer Bundesfreundschaft? Nun werden auch die Humbert, Hervé, Clemenceau, Béranger, Capus und andere Nörgler verstummen müssen, die das berühmte angelsächsische Phlegma in allen militärischen Angelegenheiten auf die Dauer etwas befremdlich fanden. Und dann: in London fängt man an, sich ganz ernstlich mit dem Gedanken einer wirklichen allgemeinen Kriegsdienstpflicht zu beschäftigen. Welch' ein riesenhafter Fortschritt!

Kaum hat man sich über diese wonnenvolle Neuigkeit beruhigt, hört man von einem weltgeschichtlichen Ereignis, das alles bisher Dagewesene und Geahnte weit hinter sich läßt: „Deutschland sieht sich urplötzlich der einzigen Macht

„Der Handel mit dem Feinde.“

Englisches Recht gegen Völkerrecht.

Von Dr. Karl Strupp (Frankfurt).

I.

England darf, wie auf dem Gebiete des Seekriegsrechts, auch in der praktisch nicht minder bedeutsamen Frage, welchen Einfluß der Krieg auf Schuldverhältnisse zwischen Angehörigen feindlicher Staaten auszuüben vermag, das traurige Verdienst für sich in Anspruch nehmen, an die Stelle geltenden Völkerrechts englisches Landesrecht als maßgeblichen Normenkomples im gegenwärtigen Völkerringen gesetzt zu haben. Wenn — was meine feste Ueberzeugung ist — die Beobachtung des Völkerrechts in einem bestimmten Staate einen Gradmesser für die jeweilige Höhe der jeweils in ihm herrschenden Kultur- und Zivilisationsanschauungen abgibt, so bleibt das England von heute erheblich hinter der Zeit zurück, da Rousseau den Satz vom Krieg als Rechtsbeziehung lediglich von Staat zu Staat geprägt hat. Auch den Franzosen sei dies in Erinnerung gebracht. Gerade ihnen; denn es beweist, bis zu welchem Grad slavischer Abhängigkeit Frankreich gegenüber Großbritannien bereits gelangt ist, wenn es, unter völliger Beiseitigung von Rechtsätzen, die von einem eigenen Gerichte vor mehr als einem Jahrhundert als solche anerkannt worden waren, heute in blindwütendem Haß gegen Deutschland und seine Verbündeten von anderen ihm aufstrotzigen Normen ohne Bestimmung übernimmt: Ein einzigartiges Schauspiel für wahr, das den Völkerpsychologen fast noch mehr angeht, als den Juristen, wie ein Staat, der sich stets als den Vorkämpfer von Kultur und Zivilisation betrachtet, sich mit fester Hand betätigtigen Staatenvereinbarungen in Widerspruch setzt und Normen seine schrankenlose Zustimmung gibt, die einen Rückschlag in Barbarei und Unkultur darstellen, die auf fremden Boden gewachsen, niemals außerhalb desselben, vor allem nicht im Völkerrecht, offizielle Anerkennung hatten finden können. Merkwürdigerweise ist die Frage, welchen Einfluß der Krieg auf Privatschuldverhältnisse nach dem englischen Rechte, wie es vor Beginn des gegenwärtigen Krieges bestand, wie auf das seitdem geschaffene auszuüben vermag, in Tageszeitungen so gut wie nicht erörtert worden. Und doch handelt es sich um eine Frage von eminent praktischer Bedeutung für alle diejenigen, die bei Ausbruch des Krieges in Rechtsbeziehungen zu englischen Privatpersonen als Schuldner oder Gläubiger — denn nur dieser Teil des gegen uns unternommenen Wirtschaftskrieges und nur soweit er den intellektuellen Urheber desselben, England, betrifft, soll hier erörtert werden — gestanden hatten.

II.

Sollen nun in Folgendem zunächst die englischen Rechtsgrundsätze vor Beginn des Weltkrieges dargestellt werden, so muß vor allem auf eine, bei uns nicht genügend bekannte Eigenschaft aufmerksam gemacht werden, die dem englischen Rechte anhaftet, und die bei der Ermittlung zu Tage trat, wo eine bestimmte Person als „Feind“ aufgefaßt werden soll: der Begriff „alien enemy“, worunter hier ausschließlich Privatpersonen zu verstehen sind, bezieht sich nicht mit dem eines Angehörigen des feindlichen Staates, vielmehr ist, dem anglo-amerikanischen Domizilprinzip entsprechend, in erster Linie der Wohnsitz bzw. die geschäftliche Niederlassung entscheidend. Bei Aktiengesellschaften beurteilt sich der feindliche Charakter danach, ob es sich um eine nach den Gesetzen des feindlichen Staates errichtete Gesellschaft handelt, sowie auch nach dem Sitz. Ursprünglich nur für den Handel in enger Bedeutung, also den Güter- und Warenaustausch, später für jeden Verkehr mit einem „Feinde“ in dem oben umschriebenen Sinn, hat sich nun in England, vermittelt durch die Sprechpraxis der englischen Gerichte, ein Recht herausgebildet, das jedenfalls im Jahre 1907, da die zweite Haager Friedenskonferenz tagte, noch in voller Geltung stand. Zwar schöpfte dieses seine Kraft aus (bewußt oder unbewußt) völlig mißverstandenen Stellen älterer Völkerrechtsschriftsteller. Das hat aber nicht gehindert, daß die auf falscher Auslegung aufgebauten Urteile in England durch gleichmäßige Übung, also auf gewohnheitsrechtlichem Wege, zu Rechtsätzen erstarkt sind. Dabei hat man dann, wo das englische Recht nicht ausreichte, zu bekannter Beihilfe in der amerikanischen Rechtsprechung Hülfe und Unterstützung für in England zu treffende Entscheidungen gesucht und gefunden.

Der Kernsatz des englischen Rechtes nun, um den herum sich alle aus ihm abgeleiteten oder sonstwie ermittelten

Rechtsgrundsätze, ist schon im Jahre 1799 in dem Kassisch gewordenen Falle *Hoop* aufgestellt worden: Er enthält das automatische mit Kriegsbeginn eintretende Verbot des Handels mit dem Feinde, und das weitere Verbot an dessen Adresse, vor englischen Gerichten Klagen aufzutreten.

Es war nur ein kleiner, noch im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts unternommener Schritt, wenn man mit juristischen Utrobatenkünsten von einem Handelsverbot zu einem ganz allgemeinen Verbot jeglichen Verkehrs mit dem Feinde überhaupt gelangte. Und damit wieder in vollem Einklang steht es, wenn alle während eines Krieges abgeschlossenen Verträge als ungültig betrachtet werden, ein Satz, der jedoch von einer Reihe von Ausnahmen durchbrochen wird.

Praktisch viel wichtiger ist aber die Behandlung der vor Kriegsausbruch abgeschlossenen Verträge. Für sie gilt die Regel: Zu Beginn eines Krieges zwischen England und einem andern Staate bestehende Schuldverhältnisse von Privatpersonen, die durch die Kriegslinie getrennt sind, werden durch den Krieg suspendiert, mit der Wirkung, daß während des Krieges weder auf Grund der Verträge eine Leistung gefordert, noch auch eine auf ihre Durchführung hinielende Klage vor englischen Gerichten erhoben werden kann. Diese Regel erfährt eine Durchbrechung im Sinne der Rückkehr zu der Auffassung von der Nichtigkeit der Forderungen dann, wenn die Erfüllung ihrer Natur nach oder auf Grund der Vertragsbestimmungen nur während des Krieges möglich wäre. So wird ein Frachtvertrag durch die Kriegserklärung ipso facto aufgelöst, wenn der Transport während des Krieges bewirkt werden sollte.

III.

Der vor einigen Jahren verstorbene holländische General den Beer Portugael, ein hervorragender Kenner des Kriegsvölkerrechts und als solcher Delegierter seines Landes auf der zweiten Haager Konferenz, hat dort den Ausdruck getan, daß der Satz, der Krieg stelle rechtlich nur ohne Beziehung von Staat zu Staat dar, sich als Leitmotiv in beinahe allen Akten der Konferenz finde. Bewußte und gewollte Folgerung aus jenem Satze war es, wenn auf deutschen Antrag in die Haager Landkriegsordnung (Art. 23 h) die Bestimmung aufgenommen wurde:

„Abgesehen von den durch Sonderverträge aufgestellten Verböten ist namentlich untersagt: . . . die Aufhebung oder zeitweilige Aufhebung der Rechte und Forderungen von Angehörigen der Gegenpartei oder die Ausschließung ihrer Magbarkeit.“

Damit schien, nachdem England (und, mit anderen Staaten, auch Deutschland und Frankreich) die entsprechende Haager Konvention ratifiziert hatte, das alte anglo-amerikanische Recht zugunsten der modernen kontinentalen Auffassung beseitigt. Hierin war denn auch nahezu die ganze internationale Völkerrechtswissenschaft einig. Englands auswärtiges Amt hat es, unter stumpelsofer Hinwegsetzung über anerkannte Vertragsgrundsätze und unter Desavouierung seiner Haager Vertreter, fertiggebracht, Art. 23 h jedes juristischen Wertes zu entkleiden und die Frage, die in der Völkerrechtswissenschaft sehr ausführlich erörtert worden ist, hat heute nur akademisches Interesse: Nebenfalls dann, wenn man die Landkriegsordnung von 1907, als nicht von allen Kriegsteilnehmern ratifiziert, als unerschöpflich wachtet.

IV.

Der Krieg wird nicht allein von den bewaffneten Mächten geführt und ist nicht ausschließlich gegen den feindlichen Staat als solchen gerichtet. Die Störung des Handels ist eine Waffe, die nicht weniger tödlich ist als die Kugel oder die Granate. Alle Untertanen des feindlichen Staates zu schädigen, die Quellen ihres Wohlstandes trodenzulegen, die Preise ihrer Lebensmittel in die Höhe zu treiben und ihren Handel und ihren Verkehr mit der Welt zu verhindern, ist genau so gut eine patriotische Pflicht wie die Beteiligung am wirklichen Gefecht. . . . Diese höchst angreifbaren Sätze aus der Feder Sir Ernest Schusters, des ehemaligen Deutschen und Präsidenten der Deutsch-englischen Handelskammer, umschreiben klar die heutige englische Rechtsauffassung.

Das ist für die hier interessierenden Fragen nicht von Anfang an in gleicher Schärfe zum Ausdruck gekommen. Noch in der englischen Regierungsdenkschrift vom 19. April 1915 heißt es wörtlich: „Bei jeglicher Handlung gegen feindliche Unternehmen in dem Vereinigten Königreich hat sich S. M. Regierung lediglich von dem Wunsche leiten lassen, den Handel mit dem Feind und insbesondere die Uebermittlung von Geld nach feindlichen Ländern zu verhindern.“ Und mit dem gleichen Grund wird die Einsetzung der „controllers“ zu Zwecken der Einsicht in die Geschäftsbücher verdächtiger

Die Abreise der bulgarischen Sobranje-Deputation.

Budapest, 3. Mai.

Ein Abschiedswort des Sobranje-Vizepräsidenten Moutschilow an Ungarn.

Der Führer der bulgarischen Abgeordneten und Vizepräsident der Sobranje Herr Dr. Moutschilow hat die Liebenswürdigkeit gehabt, heute früh vor seiner Abreise einen unserer Mitarbeiter zu empfangen und uns bei dieser Gelegenheit gebeten, der Bevölkerung Budapests den herzlichsten Dank der bulgarischen Abgeordneten für den warmherzigen und großartigen Empfang, den ihnen die Hauptstadt Ungarns bereitet hat, zu übermitteln.

— Für viele von uns, sagte Herr Dr. Moutschilow, ist Ungarn kein unbekanntes Land gewesen, aber das, was wir in diesen Tagen an kulturellem und wirtschaftlichem Fortschritt gesehen haben, hat uns dennoch eine große Ueberraschung bereitet. Niemand von uns hatte eine Ahnung, in welchem großartigem Umfang die ungarische Industrie zu der eisernen Rüstung der Zentralmächte und ihrer Verbündeten in diesem Kampfe beiträgt.

— In dem Empfang, der uns bereitet worden ist, hat sich wieder einmal die Großherzigkeit und

die Liebenswürdigkeit des Ungarertums in ihrem schönsten Lichte gezeigt. Es wird uns schwer, von dieser schönen Stadt zu scheiden, und die Tage, die wir in ihrer Mitte verleben durften, werden uns allen eine unergeßliche Erinnerung bleiben. Mehr als je sind wir heute davon überzeugt, daß die Waffenbrüderschaft zwischen Ungarn und Bulgarien, auf den Schlachtfeldern des Balkans erblüht, für alle Zeiten geschaffen ist und unvergängliche Früchte tragen wird. Wir scheiden mit dem innigen Wunsch, daß auch Ungarn uns seine freundliche Erinnerung bewahrt, und wir recht oft und recht bald Gelegenheit haben, auch bei uns Ungarn als unsere Gäste begrüßen zu dürfen.

Das Abschiedsbankett.

Dem Abschiedsbankett, das das Präsidium des Komitees zur Unterstützung des bulgarischen Roten Kreuzes gestern nach der Galavorstellung in der Oper den bulgarischen Gästen zu Ehren im „Hotel Hungaria“ veranstaltete, wohnten außer den Sophioter Parlamentariern bei: Graf Albert Apponyi, Baron Samuel Szalai, Graf Karl Rhuen-Héderváry, die Geheimen Räte Albert v. Berzeviczy, Julius v. Lassics, Graf Madár Zichy, Ignaz Darányi, Bischof Alex. Petri, die Abgeordneten Roland Hegedüs, Julius Bekár, Graf Nikolaus Bánffy, Graf Paul Teleki, ferner Alois Baykrt, Julius Ellinger usw. Beim dritten Gange brachte Geheimer Rat v. Berzeviczy in französischer Sprache folgenden Trinkspruch aus:

„Meine Herren, namens des Ungarischen Landeskomitees zur Unterstützung des bulgarischen Roten Kreuzes nehme ich das Wort, um Sie nochmals jener Freundschaftsgefühle zu versichern, die Sie hier allenthalben umgeben, und um Ihnen vor Ihrer Abreise aus Budapest Worte des Abschiedes zu sagen.

In unseren Tagen ist jene Aktion der Bohlthätigkeit, zu der unser Komitee begründet worden ist, ist jenes Bestreben, das wir auf Binderung der Leiden und Greuel des Krieges richten, das einzige Gebiet, auf dem das Zusammenwirken sämtlicher Nationen freigestellt bleibt. Unsere Aktion aber, die zwischen unseren in Freundschaft lebenden Nationen neue Bande schafft, ist von derselben Sympathie und Brüderlichkeit durchdrungen, die wir als Waffenbrüder auf dem Schlachtfelde bekunden, und die inmitten der Pflege unserer Verwundeten und Kranken unsere Bande nur noch enger ziehen.

Die Geschichte lehrt, unsere beiden Nationen seien gemeinsamen Ursprungs: sie sind Abstammlinge der turanischen Rasse. Wir sind also Blutsverwandte, was zu Freundschaft und gemeinsamem Verufe verweist. Die Geschichte lehrt aber auch, daß Verwandtschaft allein im politischen Leben ständige Bündnisse weder hervorzubringen, noch aufrechtzuerhalten vermag. Die Vereinigten Staaten von Amerika mußten sich um den Preis blutigen Ringens von der Tyrannei der englischen Schweserrasse befreien, der sie sich heute, scheint es, freiwillig unterwerfen, unter der Herrschaft eines anderen „W“, — denn an Washingtons Stelle ist Wilson gekommen. Und in unseren Tagen lobert die Flamme tief wurzelnden, erbitterten Hasses zwischen der deutschen und der englischen Rasse.

Unsere Verwandtschaft aber steht in glücklichem Einklang mit unseren Lebensinteressen und unserer politischen Ideologie. Uns macht unsere Herkunft zu Verwandten, unser Empfinden zu Freunden, unser Interesse zu Bundesgenossen. So müssen wir zu Nachbarn werden und es auch bleiben bis zu der Zeiten Ausgang. (Lebhafter Beifall, Cljenrufe und Applaus.) Ich hoffe, auch diese auf zwei Tage anberaumte Zusammenkunft wird dazu beitragen, daß dieser Einklang so tief als möglich wurzle und sich zu einer Entente entwickele, die viel realer sein möge als jene, nach der unsere Feinde ihr Bündnis zubenannt haben.

Meine Herren! Sie werden jetzt Wien und Berlin besuchen. Sie werden viel glanzvollere Großstädte sehen, als die ungrige ist, viel größere Nationen, viel reichere Länder: nirgend aber werden Sie Herzen voll heißerer Empfindung finden. (Beifall und Applaus.) Als Wortsprecher dieser unserer freundschaftsglühenden Herzen grüße ich Sie. Ich sage Ihnen nicht Lebewohl, sondern ich sage: auf Wiedersehen, auf baldiges Wiedersehen. Unsere bulgarischen Freunde, — hurra! (Begeisterte Cljenrufe.)

Nach dieser Rede ergriff der Oberinspektor des bulgarischen Sanitätswesens Dr. Christo Georgiew das Wort zu folgender Ansprache:

Sehr verehrte Herren!

Da wir zu unserem Bedauern die reizende Hauptstadt des ungarischen Königreiches morgen verlassen, sei es mir gestattet, hier den Vertretern der ungarischen Nation einige Worte des Dankes auszusprechen.

Als wir die Heimat verließen, um unseren großen Verbündeten die herzlichsten Grüße des bulgarischen Volkes zu überbringen, hat es uns sehr gefreut, unseren neuen heißersehnten Nachbar als ersten begrüßen zu können. Wir wußten, meine Herren, daß uns in Budapest treue, aufrichtige Freunde erwarten. Die Gefühle der ungarischen Nation kennen wir ja sehr gut. Der Ungar ist unser alter, guter Freund. Aus dieser Freundschaft, die auf der festen Basis der gemeinsamen Interessen ruht, ist unser Bund, Gott sei Dank, emporgewachsen, und unsere Helden haben auf dem Felde der Ehre durch das gemeinsam vergossene Blut die unlöslichen Bande der Waffenbrüderschaft geknüpft. Diese Brüderschaft zu pflegen ist unsere heilige Pflicht. Die warme Aufnahme, die wir hier gefunden haben, berechtigt uns zu den besten Hoffnungen. Das Entgegenkommen, die Gastlichkeit, die Herzlichkeit, die Liebe, die von allen Kreisen uns bewiesen wurde, hat unsere kühnsten Erwartungen weit übertroffen. Meine Kollegen und ich finden nicht genügende Worte des Dankes. Eins können wir versichern: daß die Tage, die wir unter Ihnen verbracht haben, zu den angenehmsten Stunden unseres Lebens zählen werden. Die Ehren, die den Vertretern des bulgarischen Volkes erwiesen wurden, werden bei uns in Bulgarien den größten Widerhall finden. Nochmals Dank, vielen Dank. Ich fordere Sie, meine Herren, auf, nach altem Brauche, die Gläser auf die unlösliche Brüderschaft unserer Väter, auf die Wohlfahrt und Größe der edlen ungarischen Nation, auf die Gesundheit Ihres erhabenen Königs, Seiner Majestät Franz Josephs I. zu leeren!

(Lien-, Lebhafter Cljenrufe- und Applaus.)

Der Vizepräsident der Sobranje Dr. Jwan Moutschilow dankte hierauf in vor Dankbarkeit überfließenden Worten für die auf ungarischer Erde genossene Gastfreundschaft, die alle bulgarischen Erwartungen weit übertroffen habe. Unter lebhaften Beifallstundgebungen lud er die Mitglieder des ungarischen Parlaments nach Sophia ein, wo sie wohl vielleicht minder glanzvoll, aber nicht minder herzlich und warm würden empfangen werden. Er feierte begeistert die ungarisch-bulgarische Freundschaft, die gewiß fest bestehen werde, auch wenn das Schicksal sie nochmals auf die Probe stellte. Er brachte sein Glas auf die Gesundheit aller Abgeordneten des ungarischen Abgeordnetenhauses aus (Cljenrufe.)

Das Bankett währte noch eine Weile und verlief in gehobener Stimmung.

Die Abreise.

Die Mitglieder der bulgarischen Sobranje-Deputation verließen heute früh 7 Uhr 55 Minuten mit dem Marchegger Gilzuge die Hauptstadt. Im Westbahnhof waren zum Abschied erschienen: Graf Albert Apponyi, der Direktionspräsident der Staatsbahnen Kornel v. Tolnay, von Seiten des Ministerpräsidiums die Ministerialräte Dr. Andreas Batinovits und Dr. Jvor Marsofsky, von Seiten des Handelsministeriums Dr. Elemér Szarmay, in Vertretung der Hauptstadt Magistratsnotar Dr. Elemér Miklós, das Personal des bulgarischen Generalkonsulats unter Führung des Generalkonsuls Theodor Kefkow, Direktor Julius Ellinger und zahlreiche Mitglieder der Budapester bulgarischen Kolonie.

Die Gäste unterhielten sich vor Abfahrt des Zuges mit den zur Verabschiedung erschienenen Persönlichkeiten und äußerten sich mit Worten des höchsten Lobes über die ewig unvergeßliche Wärme des Budapestempfanges.

Nach einer herzlichen Verabschiedung bestiegen die Mitglieder der Sobranje-Deputation die für sie reservierten Wagen.

Das anwesende Publikum brach in stürmische Cljenrufe aus, die die Mitglieder der Deputation mit den Rufen: Eljen a magyar! Eljen Budapest! Eljen a magyar-holgár testvériség! erwiderten.

Ankunft in Wien.

(Telegramm des „Pester Lloyd“)

Wien, 3. Mai.

Die Deputierten des bulgarischen Parlaments sind heute mittag unter Führung des Vizepräsidenten der Sobranje Dr. Jwan Moutschilow in Wien eingetroffen.

Im Westbahnhof hatten sich die Vertreter der Gemeinde Wien mit dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner an der Spitze, sowie die Vertreter der Handels- und Gewerbelammer zur Begrüßung der Gäste eingefunden.

Die bulgarische Sobranjedeputation in Budapest.

Besichtigungen. — Dejeuner im Abgeordnetenhaus.
— Besuch der Oper.

Die bulgarischen Sobranjemitglieder setzten heute die Besichtigungen fort. Um ein Uhr sand ihnen zu Ehren im Kuppelsaal des Parlamentsgebäudes ein festlicher Empfang statt, dem um zwei Uhr das von den ungarischen Abgeordneten ihren bulgarischen Kollegen gegebene Dejeuner folgte. Abends wohnten die bulgarischen Gäste der „Bánk bán“-Vorstellung in der kön. ung. Oper bei.

Besichtigungen.

Heute Morgens begaben sich die in Budapest weilenden Sobranjemitglieder auf die Insel Csepel, wo sie die Munitions-, Stahl- und Metallwertfabrik Manfred v. Weiß besichtigten. Die Gäste wurden vom Magnatenhausmitglied Manfred v. Weiß, von den technischen Direktoren kön. Rath Ritter Richard Stern und v. Kodár und von den Direktoren Oskar v. Wahl, Alfred Mauthner, Eugen Weiß und Alfred Weiß empfangen. Manfred v. Weiß begrüßte die Gäste und führte aus, daß die Fabrik an der Donau errichtet sei, die sozusagen das Symbol der Freundschaft der bulgarischen und der ungarischen Nation bilde; er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß nach dem blutigen Kriege das Verhältnis zwischen Bulgarien und der Monarchie noch enger geknüpft und den Völkern der verbündeten Staaten zum Heile gereichen werde. Er schilderte sodann die Thätigkeit und Leistungsfähigkeit der Fabrik. Die Gäste besichtigten die Fabrikanlagen eingehend, dann setzten sie sich zu einem Lunch, das ihnen zu Ehren Herr Manfred v. Weiß gab. Im Namen der Gäste dankte der Vizepräsident der Sobranje Dr. M o m t s c h i l o w Herrn v. Weiß dafür, daß er ihnen Gelegenheit geboten hatte, das Etablissement kennen zu lernen, wo die Mittel zum glorreichen Sieg hergestellt werden, und wünschte, daß die ungarisch-bulgarische Waffenbrüderschaft einst auch im Frieden ihre Früchte trage. Herr v. Weiß dankte für den Toast und brachte das Wohl der verbündeten Armeen aus.

Von Csepel begaben sich die bulgarischen Gäste in die Ungarische Waffen- und Maschinenfabrik, wo sie an der Spitze des Verwaltungsrathes durch Generaldirektor Rudolf Frommer empfangen und im Namen der Direktion von Manfred v. Weiß willkommen geheißten wurden. Auch diese Fabrik wurde eingehend besichtigt.

Der Empfang im Abgeordnetenhaus.

Im Kuppelsaal des Parlamentsgebäudes fand um 1 Uhr der Empfang der Sobranjedeputation durch die ungarischen Reichstagsabgeordneten statt. Neben Vertretern sämtlicher parlamentarischer Parteien hatten sich auch die Minister Johann v. Sándor und Eugen v. Balogh eingefunden. Die unter Führung Dr. Zwan M o m t s c h i l o w's erschienenen bulgarischen Abgeordneten wurden vom Präsidenten Paul v. Beöthy begrüßt.

Beöthy betonte in seiner Ansprache die Aufrichtigkeit der zwischen den beiden Nationen bestehenden Waffenbrüderschaft, die Treue zu unserem Bündniß und das in die Zukunft gesetzte Vertrauen. Bei den letzten Umwandlungen auf dem Balkan bewunderten wir — so führte Redner aus — die machtvolle Kraft der Bulgaren, ihre erste Intelligenz und die Tapferkeit und Zähigkeit, die die Umwandlung der alten Ordnung auf dem Balkan zur Folge hatte. Und wir waren von Theilnahme und warmem Mitgefühl für sie erfüllt, als sie, nachdem sie den Löwenantheil der erzielten Erfolge erkämpft und in dieser titanischen Kraftanstrengung die größten Opfer gebracht hatten, von den eigenen Waffengenossen meuchlings angegriffen und der Früchte ihrer Tapferkeit beraubt wurden. Die bulgarische Nation gab ein Zeugniß ihrer politischen Scharfsicht, ihres rechten Gefühls für die eigenen Interessen und die Interessen des europäischen Gleichgewichts, als sie in dem größten Kriege aller Zeiten als aktiver Theilnehmer auf jene Seite trat, auf der die Kämpfenden einen Kampf um Leben und Tod führen, um ihre territoriale Integrität und um ihre Existenzinteressen gegen jene, die auch die Feinde der Bulgaren sind. Und wir bewunderten schließlich die Organisation, die beispiellose Tapferkeit, mit der unsere treuen Waffenbrüder mit uns und mit unseren deutschen Verbündeten Schulter an Schulter über unsere perfiden Nachbarn hinwegschritten. Daraus, daß Sie, sehr geehrte Kollegen, die Initiative ergriffen haben und uns mit Ihrem freundlichen Besuche beehrten, erkenne ich, daß unsere Gefühle und unsere Interessen und die richtige Erkenntniß der Ziele identisch sind. Diese Thatsache erweckt in mir und in allen Ungarn

die Wärme, das Vertrauen, die Liebe, mit der wir Sie, geehrte Herren, willkommen heißen. (Stürmischer Beifall.)

Namens der Bulgaren ergriff hierauf Dr. Zwan M o m t s c h i l o w das Wort. Er führte aus:

Ich bin der glücklichste der Menschen, weil mir die Ehre zutheil wurde, im Namen des bulgarischen Parlaments, und ich kann wohl sagen, des ganzen Landes und der bulgarischen Nation, Ihnen brüderliche Grüße zu bringen, stehend zu Gott, daß er über dieses Land wache und diese brave Nation bewahre, sie schütze. Wir sind stolz darauf, daß unsere Brüder und Söhne ihr Blut vereint vergießen konnten mit Ihren Söhnen und Brüdern für die gemeinsame Sache der ungarischen und der bulgarischen Nation. (Beifall.) Seien Sie überzeugt, daß aus dem Blute, das die Unserigen mit so patriotischer Opferwilligkeit auf den Schlachtfeldern vergossen haben, das majestätische Gefühl emporkeimen wird, das Gefühl der ungarisch-bulgarischen Freundschaft. (Stürmischer Beifall.)

Noch sprach Abgeordneter Nikola K a l i t s c h o w, um in ungarischer Sprache den Abgeordneten für die Freundlichkeit und Wärme des Empfanges zu danken. Es folgte die Besichtigung des Hauses.

Das Banket der Abgeordneten.

Um zwei Uhr Nachmittag veranstalteten die Mitglieder des ungarischen Abgeordnetenhauses zu Ehren ihrer bulgarischen Kollegen im „Donau-Palast-Hotel“ ein Banket.

Den ersten Trinkspruch hielt Präsident Paul v. Beöthy in französischer Sprache. Seine Rede klang in ein Hoch auf Kaiser-König Franz Joseph und König Ferdinand von Bulgarien aus. Der Trinkspruch wurde von der Gesellschaft stehend angehört.

Rede des Grafen Albert Apponyi.

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit erhob sich hierauf Graf Albert Apponyi. Er begann seine Rede damit, daß er sich jener Sprache bedienen wolle, die auch unsere Feinde sprechen, dies sei aber nicht die Sprache des Herrn Poincaré, sondern jene Mollière's, Bossuet's und Victor Hugo's. Die Vertreter der bulgarischen Nation haben auf ihrer Rundreise nach dem Westen zuerst die Hauptstadt Ungarns besucht. Wir haben diese Priorität wohl unserer geographischen Lage zu verdanken, aber die geographische Lage schreibt eine solche Bestimmung fest, die von der Politik verstanden werden muß. In diesem Falle hat uns die Politik jene Mission bestimmt, die innigen Bande zu schaffen, welche die beiden benachbarten Nationen, die bulgarische und die ungarische, mit einander vereinigen. In der Geschichte der beiden Nationen finden wir viele analoge Bestrebungen, in erster Reihe das Bestreben, die ewig gefährdete Unabhängigkeit zu wahren. (Stürmischer Beifall und Applaus.) Ihre großartige nationale Auferstehung ist die Auferstehung einer Nation, die ihrem Grabe entstiegen ist. Rußland hat Ihre Nation zweifellos in der Erringung der Unabhängigkeit unterstützt. Wäre Rußland aufrichtig gewesen in der Rolle des Befreiers, dann wäre ihm der Dank und die Anerkennung Bulgariens gewiß gewesen. Sie hätten sich in diesem Falle an die Seite Rußlands gestellt. Aber Rußland, oder wenigstens jene, die die Geschichte Rußlands lenken, besaßen nicht genug Scharfsinn, um diesen großen Gedanken zu erfassen. Seither hat sich die Lage wesentlich verändert, und bei Ihnen ist man zur Einsicht gekommen, daß, wenn Bulgarien unter Rußlands Macht geräth, ein Wunder geschehen müßte, wenn es seine Unabhängigkeit bewahrt haben würde. Angesichts einer derartigen Möglichkeit empörte sich die bulgarische Volkseele. Sie wollten dankbar sein, aber nicht zu Sklaven werden. Sie wollten treue Freunde sein, aber keine blinden Werkzeuge. (Stürmischer Beifall.)

O, wie verstehen wir Sie! Und mit welcher Sympathie begrüßen wir die Anstrengungen, die Sie in diesem großen Konflikt machen mußten! Hat man doch auch uns vor zwei Jahrhunderten von demselben Joch befreit und der Befreier wollte unser Herr werden. Eine Nation darf nicht entzagen! Jede Nation hat ihre eigene Mission. Auf diese Mission verzichten hieße mit den Gesetzen der Weltordnung in Widerspruch gerathen. Bei uns hat es das Gleichgewicht der Kräfte gestattet, in einen innigen Bund zu treten mit der Dynastie und mit dem österreichischen Volke, das in alter Zeit unsere nationale Unabhängigkeit gefährdet hat, jene Unabhängigkeit, die heute bereits gesichert ist. Und gesichert ist auch der Einfluß der ungarischen Nation auf die auswärtigen Angelegenheiten, auf welchem Gebiete wir mit Oesterreich solidarisch sind. Bei Ihnen war die Situation eine andere und so weicht auch die Form der Lösung von jener der unserigen ab, aber im Grunde genommen wird unser Schicksal durch dasselbe Gesetz aneinander geknüpft.

Auf Ihrer Reise werden Sie in der stolzen Stadt Wien treffen, wo von tiefer Ehrfurcht umgeben unser König als Kaiser herrscht. Dort werden Sie zweifelsohne von der Aufmerksamkeit eines liebenswürdigen Volkes im Kreise einer reichen und alten Kultur umgeben sein. In Berlin werden Sie den Eindruck einer centralisirten riesigen Kraft gewinnen, einer Kraft, die unbesiegbar und unüberwindlich ist. Nie habe ich in Deutschland geweilt, ohne die Empfindung gehabt zu haben, wie gut es ist, der Verbündete einer so großen Nation zu sein. Nur der Reid sagt Deutschland nach, daß es gewaltthätig ist, denn in Wirklichkeit will

Könyvelő

ki a kézművészetekben már működött, kerestetik. Ajánlatok „Perfekt 55190” jelige alatt Schwarz József hirdetés iródjába, Budapest, Andrássy-ut 7, kettős borítékban.

Die bulgarische Sobranjedeputation in Budapest.

Budapest, 2. Mai.

Das Dejeuner der ungarischen Abgeordneten.

Das Dejeuner, das die ungarischen Reichstagsabgeordneten der bulgarischen Sobranjeabordnung gaben, fand, wie bereits gemeldet, um 2 Uhr nachmittags im „Hotel Donaupalais“ statt. Der Saal war mit Blumen und tropischen Gewächsen reich geziert, die Speisefolge war in bulgarischer und ungarischer Sprache abgefäht.

Den ersten Trinkspruch brachte der Präsident des Abgeordnetenhauses Raul v. Bethy in französischer Sprache aus. Der Trinkspruch des Präsidenten lautete:

— „Der erste Ungar ist der König,“ singt unser Dichter, und seine Worte sind aus den Seelentiefen des ungarischen Volkes geschöpft. Bei einer selbstbewußten Nation, die mit Recht stolz darauf ist, aus eigener Kraft ihre selbständige nationale Staatlichkeit begründet und inmitten von tausend Gefahren durch tausend Jahre behauptet zu haben, wohnt diesen Worten eine tiefe Bedeutung inne. Sie bedeuten die restlose Verschmelzung der Nation mit dem glorreichen Herrscherhause, sie bedeuten die Treue, die Hingebung, die Begeisterung, mit der jeder Sohn dieser Nation seinem König ergeben ist, der während seiner langen, weisen und segensreichen Regierung die Hand am Herzen seiner treuen ungarischen Nation hielt und für den jedes ungarische Herz bis zu seinem letzten Schlage pocht. (Lebhafte Clenrufe.)

Ein zu Hohem berufenes Volk, das bulgarische, das gleichfalls der Schmied seiner eigenen Unabhängigkeit, seines raschen Wachstums war und seiner eigenen Weisheit es dankt, sein würdiges Oberhaupt gefunden zu haben, befindet sich auf dem Wege oder hat es schon erreicht, mit seinem Herrscher in gleichem Verhältnis zu leben. Wir Ungarn sind durch mancherlei Fäden mit dem gesalbten Träger der bulgarischen Zarenkrone verknüpft. Unser König hat immerdar väterliche Freundschaft für ihn gehegt, was nach den Empfindungen unseres Herzens auch für uns verpflichtend ist. Auch hat der Zar der Bulgaren bei uns seine militärische Laufbahn als ungarischer Honvédhufarenoffizier begonnen. Eines unserer Husarenregimenter führt auch heute stolz seinen Namen als den seines Inhabers. Und endlich spricht der Bulgarenzar auch unsere Sprache, und er ist Besitzer eines Stückes unserer teureren ungarischen Erde, wo er oft Erholung von den Mühen seiner Herrscher Sorgen findet. (Beifall und Clenrufe.) Vielleicht haben wir also das Recht, bis zu einem gewissen Grade Ihren großen Herrscher auch als den unseren zu betrachten, diesen König, der sein Volk zu stolzen Erfolgen geführt hat, der stark war in schweren Stunden und noch stärker im Kampfe.

Ich bringe mein Glas aus auf das Wohl Sr. Majestät des Königs Franz Josef und Sr. Majestät des Zaren der Bulgaren Ferdinand. (Anhaltende lebhafte Clenrufe und Applaus.)

Der Trinkspruch wurde von der Gesellschaft stehend angehört und mit stürmischer Begeisterung aufgenommen. Sodann erhob sich für mich gespannter Aufmerksamkeit Graf Albert Apponyi, um folgenden französischen Trinkspruch auszubringen:

— Meine Kollegen haben mich ersucht, der Dolmetsch ihrer Gefühle zu sein. Ich bitte um die Erlaubnis, zunächst erläutern zu dürfen, warum ich das in einer Sprache tue, die auch von unseren Feinden gesprochen wird. Ich will darüber nur ein Wort sagen.

Nicht die Sprache des Herrn Poincaré ist es, in der ich Sie willkommen heiße, sondern die Sprache eines Molière, eines Bossuet, eines Viktor Hugo. (Stürmischer Beifall und Applaus.)

Auf Ihrer Besuchsreise nach dem Westen halten die Vertreter der bulgarischen Nation ihre erste Station in Ungarns Hauptstadt. Diese Priorität danken wir sicherlich unserer geographischen Lage; aber eben diese geographische Lage bedingt eine Bestimmung, die auch von der Politik begriffen werden soll. Im gegebenen Falle hat sie uns die Sendung zugeordnet, das besonders intime Band herzustellen, das im Schoße des großen Bündnisses der Zentralmächte die beiden Nachbarvölker, das bulgarische und das ungarische, miteinander verknüpfen soll.

Die Offenbarung der freiwillig keimenden Sympathien, die uns aufeinander anweist, entspringt vor allen Dingen aus der unbewußten Wirkung, die von dieser Bestimmung auf das Leben dieser beiden Länder geübt wird. Dies analysierend, könnte ich in ferne Vergangenheiten zurückweisen. Ich könnte sprechen von unserer Rassenverwandtschaft und von so manchen Analogien unserer Geschichte. Allein, wenn ich auch die ständig sich geltend machende Kraft dieser Fernwirkungen nicht bezweifle, möchte ich mich heute gleichwohl darauf beschränken, was das heutige Geschlecht mit eigenen Augen geschaut hat, und darauf, was es auch in der gegenwärtigen Stunde erlebt. Ich will daher nicht die Vergangenheit berühren, höchstens insofern, als sie die wirkenden Kräfte beleuchtet, die wir der Gegenwart danken.

Unter diesen gibt es insbesondere eine, die in der Geschichte beider Nationen augenfällig ist: die Anhänglichkeit an die ewig bedrohte Unabhängigkeit. (Stürmischer Beifall und Applaus.) Im Mittelalter ist Ihre Gefahr Byzanz gewesen, das Byzanz, das Ihnen gegenüber mit seinem Kultureinfluß und dem religiösen Bunde, das Sie mit ihm verknüpfte, Mißbrauch

getrieben hat. Gleiche Gefahren erwuchsen auch uns von Seiten unserer abendländischen Nachbarn. Gern sind wir ihre Schüler gewesen, aber sie wollten uns unter ihre Herrschaft beugen; unsere angebotene Freundschaft ließ in ihnen den unsinnigen Anspruch erstehen, uns in sich völlig aufzujaugen. Daraus wurde nichts, und nie wird auch aus dergleichen etwas werden können. (Stürmischer Beifall und Applaus.) Allein wieviel von unserer Kraft ging darüber zunichte! Wie sehr wurde unser Fortschritt verzögert, bloß weil wir für unser nacktes Dasein zu kämpfen hatten! (Beifall.)

Ihre großartige nationale Auferstehung, die von Lebenskraft ströht, diese Auferstehung einer Nation, die ihr Grab gesprengt hat, nachdem wir sie seit nun nahezu vier Jahrhunderten verscharrt wähten, Ihre herrliche Wiedergeburt, deren bewundernde Zeugen wir alle sind: das alles war nicht frei von Prüfungen. Ich darf ohne Zaudern davon sprechen, obgleich dieser Gegenstand peinlich ist, denn eine Freundschaft, wie ich unsere Freundschaft sehen möchte, gestattet nicht das Verschweigen der Dinge. (Beifall.)

In der Erklämpfung ihrer Unabhängigkeit sind sie zweifellos von Rußland stark unterstützt worden. Wäre Rußland in der Rolle der befreundeten Macht aufrichtig gewesen, hätte es auch weiterhin gutgläubig diese Rolle gespielt, so würde ihm die Dankbarkeit und die Anhänglichkeit der Bulgaren gesichert geblieben sein. Sie würden in solchem Falle zu Rußland gestanden haben, und dies wäre das natürlichste Ding von der Welt gewesen. Allein Rußland oder zumindest diejenigen, die Rußlands Schicksal lenken, brachten weder den Scharfbild, noch den hohen Sinn auf, um diesen großen Gedanken zu begreifen. Die Herrschsucht, die Instinkte der Eroberung, die das Wesen der politischen Ueberlieferungen Rußlands ausmachen, diese Ueberlieferungen, die unerschütterlich bleiben, bis nicht dieses große Volk durch eine völlige Umwälzung seiner Zustände seine Neugeburt erlebt, haben dahin geführt, daß Rußland sich über jene edleren Gefühle hinweggesetzt hat, obschon diese zugleich die beste Politik gewesen wären. Seither aber hat die Lage einen gründlichen Wandel erfahren. Der Befreier, der nach der Rolle des Beherrschers strebt, bekennet Farbe: die Farbe des Eroberers, des Geschäftsmannes, fast möchte man sagen: des politischen Wucherers. Er will Sie unter ein viel schlimmeres Joch beugen, als das Joch war, aus dem Sie freigeworden; denn seine Macht ist bedeutend größer als die Macht Ihrer früheren Beherrscher. Wer einmal in Rußlands Gewalt gerät, kann sich aus ihr nur mehr durch ein Wunder losringen, durch ein Wunder, wie ein solches jetzt Polen rettet; ansonsten aber bedeutet das russische Joch die Vernichtung des nationalen Daseins. Im Angesichte einer solchen Möglichkeit bäumte sich die bulgarische Volksseele auf. Nur wer das bulgarische Volk nicht kannte, nur wer in den ausschließlichen, rohen Kult der materiellen Gewalt untergetaucht war, nur wer sich umfassen ließ von der dichten Finsternis des Nichterkennens seelischer Kräfte, nur der konnte sich darüber wundern. Dankbar wollten die Bulgaren sein, aber nicht zu Knechten werden. Sie wollten treue Freunde sein, aber nicht blinde Werkzeuge. Sie wollten auch Slaven sein, wenn es sein mußte, ungeachtet ihrer turanischen Abstammung. Aber Bulgaren wollten sie bleiben, Bulgaren vor allen übrigen Dingen. (Stürmischer Beifall und Applaus.)

Dies war die Offenbarung, die Ihrem Herzen entsprang mit der Spontanität des mächtigsten und legitimsten Instinktes, mit dem Instinkt, der leben will, nicht einerlei wie immer leben, sondern das bleiben, wozu der liebe Gott ein Volk erschaffen, und mit der vollen Freiheit, die Kraftquellen zu entfalten, die in der nationalen Individualität liegen. Und dann näherten Sie sich dem Bündnis, das von Ihnen nichts anderes wollte als dies, und das bloß die wechselseitige Sicherung jener Unabhängigkeit erreichen will, die dieses Bündnis bedeutet. Daß dem tatsächlich so ist, ersieht durch die Tatsache erwiesen, daß Sie auch uns hier finden. (Beifall.)

O, wie sehr verstehen wir Sie! Und mit welcher Sympathie begrüßten wir die Kraftentfaltung, die Sie aufzubieten hatten in dem Konflikt, den in Ihnen das Gebot des nationalen Interesses mit ehrenwerten Empfindungen auszutragen hatte! Denn zwei Jahrhunderte vor Ihnen sind auch wir aus demselben Joch mit fremder Hilfe befreit worden. Auch bei uns sehnte sich der Befreier danach, unserer Herr zu werden. Und auch wir erhoben uns gegen diesen Versuch ebenso, wie dies unser Recht und unsere Pflicht uns geboten.

Jawohl, unsere Pflicht. Denn eine Nation darf nicht entsagen. Jede Nation hat ihre besondere Sendung, die ihr der Lenker des Weltalls zugeordnet hat. Dieser Sendung entsagen, hieße sich in Widerspruch setzen mit den Geboten der Vorsehung, wäre also eine Pietätlosigkeit und eine Feigheit zugleich. In dem Leben der meisten Nationen taucht das Problem der Entjagung oder des Ausharrens in dem Lebensinstinkt überhaupt nicht auf. Ihnen und uns gegenüber hat die Geschichte diese Frage andauernd aufgeworfen. Mit Gottes Hilfe haben wir beide sie gelöst, getreu unserer nationalen Pflicht. Bei uns hat das Gleichgewicht der Kräfte es gestattet, ein inniges Bündnis mit der Dynastie und dem österreichischen Volk einzugehen, das vormalig unsere nationale Unabhängigkeit gefährdet hat, die Unabhängigkeit, die heute bereits gesichert ist. Gesichert ist auch der Einfluß des Willens der ungarischen Nation auf die auswärtigen Angelegenheiten, auf welchem Gebiete wir mit Oesterreich solidarisirt sind. Bei Ihnen sind die Prämissen anders geartet gewesen, und mithin weichen auch die Formen der Lösung im großen von den unseren ab; allein im Grunde genommen, ist unser beider Schicksal durch das gleiche Gesetz gestaltet. Darum sind wir darauf angewiesen, uns wechselseitig zu verstehen und zu unterstützen, damit wir beide auch von den

zung, den Krieg an der Fronten, und in Petersburg das Abwarten der ersten günstigen Gelegenheit, sich von England zu trennen und einen Separatfrieden zu schließen. Alles in allem genommen steht es unzweifelhaft fest: der Bismarckvertrag zerfällt.

Die Novelle zum Vereinsgesetz.

Die Novelle zum Vereinsgesetz ist, wie wir im heutigen Morgenblatt meldeten, vom Bundesrat verabschiedet worden und dem Reichstage zugegangen. Eine langerwartete Entscheidung der Regierung und eine vielumstrittene Frage von großer innerpolitischer Bedeutung rückt damit wieder in das engere Gesichtsfeld. Sie stellt eine starke Belastungsprobe des Burgfriedens dar; denn sie gehört zu jenen Problemen, an denen sich früher die Geister schieden.

Die Regierung erkennt an, daß die Gewerkschaften, denen auch in Zukunft eine rein politische Betätigung versagt bleibt, „sich zur Förderung der Interessen ihrer Mitglieder mehr und mehr genötigt sehen, sozial- und wirtschaftspolitische Fragen zu behandeln“. Sie will ihnen darum eine größere Freiheit gewähren, indem sie sie von der Verpflichtung entbindet, ihre Satzungen und das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen und Jugendliche unter 18 Jahren auszuschließen. Auf der anderen Seite wünscht sie aber zu verhüten, „daß eine reinpolitische Vereinsstätigkeit nur deshalb von den Beschränkungen, die ihr sonst im allgemeinen Interesse auferlegt sind, frei bleibt, weil die Vereinigung, die sie ausübt, eine Gewerkschaft ist oder auch nur die Etikette einer solchen gewählt hat“. In diesem Sinne glaubt die Regierung eine Formel gefunden zu haben, die den Interessen der in Frage kommenden Vereine, der Allgemeinheit und des Staates am vollständigsten und zweckmäßigsten gerecht wird.

Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß die kriegerische Bereitwilligkeit und Leistungsfähigkeit irgendwelcher Glieder des deutschen Volkes eine innerpolitische Belohnung zu erwarten berechtigt sei. Es erscheint uns als die selbstverständliche Pflicht eines jeden Deutschen Mannes, in dem furchtbaren Kampfe, den das deutsche Volk um Ehre und Leben zu kämpfen hat, in die Reihe zu springen und bis zum letzten Atemzuge auszuhalten. Das ist nicht um Lohnes willen geschehen und darf auch nicht nachträglich den Stempel erhalten, als sei es darum unternommen worden. Wir sind aber andererseits durchaus der Meinung, daß die für die Zukunft Deutschlands und seinen inneren Ausbau verantwortlichen Köpfe nicht an Kräften und Werten vorbeigehen dürfen, die ein hohes Maß produktiver Arbeit leisten und zugleich durch ihre Tätigkeit während der Kriegszeit beweisen, welches Vertrauen sie verdienen. Der Krieg wird notwendigerweise auch im innerpolitischen Leben große Entwicklung zur Folge haben. Sprunghaften Charakter dürfen sie nicht annehmen. Jeder gesunde Fortschrittsgedanke wird sich auf einer mittleren Linie bewegen müssen, besonders derjenige, der noch während des Krieges ausgesprochen wird und in die Tat umgesetzt werden soll.

Zweifellos bewegt sich die Regierungsnovelle auf einer mittleren Linie. Sie hat aus der Haltung der Gewerkschaften während des Krieges die notwendigen, aber nicht die letzten Folgerungen gezogen. Sie wird daher in beiden extremen Lagern Enttäuschung hervorrufen, um so mehr, als das Koalitionsverbot für landwirtschaftliche Arbeiter, soweit es besteht, aufrechterhalten bleibt. Die innerpolitischen Anschauungen, die vor dem Kriege auf den äußersten Flügeln bestanden, sind selbstverständlich nicht von Grund aus verändert. Eine allgemeine weiche Verbrüderung ist weder denkbar noch wünschenswert gewesen. Wie weit aber ein Ausgleich der parteipolitischen Gegensätze stattgefunden hat, der, weil er nur durch eine Milderung der Parteiselbstsucht entstehen kann, freudlich wäre, das muß die Zukunft lehren. Die Eingaben des deutschen Landwirtschaftsrats und des Bundes der Landwirte zum Vereinsgesetz, die schon in der beabsichtigten Einbringung der Novelle einen starken Bruch des Burgfriedens erblickten, sind in dieser Beziehung nicht sehr aussichtsreich.

Wenn die jetzt vorliegende Novelle zum Reichsvereinsgesetz als ein Anzeichen dafür aufgefaßt werden kann, welchen Kurs die Regierung in Zukunft steuern werde, so wird aus den künftigen Reichstagsverhandlungen ersichtlich werden, ob und bis zu welchem Grade das deutsche Parteilieben sich von jenen Schladen befreit hat, die ihm vor dem Kriege anhafteten. Das deutsche Volk hat ebenso sehr das Vertrauen der Regierung verdient, wie die Regierung das des deutschen Volkes. Wir sind überzeugt, daß, so lebhaft die Debatten über die neue Novelle auch sein werden, dieses Vertrauen auf beiden Seiten zum Ausdruck kommen wird. Wenn das geschieht, wird der Burgfriede in Zukunft einen kräftigeren Gehalt haben als die Kirchhofsstille, die ihm bisher anhaftete.

Die Regierungsnovelle ist noch nicht Gesetz, und es ist sehr wohl möglicherweise, daß die Regierung sich zu Änderungen veranlaßt sieht. Wir müssen die gesetzgeberische Tätigkeit des Reichstags abwarten. Nicht allein das, was sie ergibt, sondern auch die Art, wie das Ergebnis zustande kommt, wird lehrreich sein für die Frage, welcher Zukunft wir entgegengehen. Weniger die Rücksicht auf das Ausland als die Verantwortung vor der Geschichte, die einmal über die politische Reife und Höhe des deutschen Volkes ebenso urteilen wird wie über seine kriegerische Kraft, wird bei der Arbeit über das Reichsvereinsgesetz als der ersten entscheidenden Frage über unsern innerpolitischen Ausbau die deutschen Volksvertreter leiten müssen.

wb. Berlin, 3. Mai. (Drathbericht.) Die vom Reichstag wiederholt gewünschte und von der Regierung zugesagte Novelle zum Reichsvereinsgesetz ist dem Reichstag nunmehr zugegangen. Der Gesetzentwurf schlägt vor, daß dem Paragraphen 17 des Vereinsgesetzes ein Auslegungsparagraph 17a folgenden Wortlaut angefügt wird:

Die Vorschriften der §§ 3, 17 über politische Vereine und deren Versammlungen sind auf Vereine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht aus dem Grunde anzuwenden, weil diese Vereine auf solche Angelegenheiten der Sozialpolitik oder der Wirtschaftspolitik einzuwirken bezwecken, die mit der Erlangung oder Erhaltung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen oder mit der Wahrung oder Förderung wirtschaftlicher oder gewerblicher Zwecke zugunsten ihrer Mitglieder oder mit allgemeinen beruflichen Fragen im Zusammenhange stehen.“

Der Gedanke, die dem Wesen und den Zwecken der Gewerkschaften und ähnlicher Organisationen entsprechende Betätigung solcher Vereine von den Beschränkungen politischer Vereinsbetätigung freizulassen, ist bereits bei den Beratungen über das Reichsvereinsgesetz nicht nur vom Reichstag vertreten, sondern auch von der Regierung in gewissen Grenzen als berechtigt anerkannt worden. Es wurde, wie man dem Bericht über die damaligen Verhandlungen der Reichstagskommission entnehmen kann, ausdrücklich betont, daß die im § 152 der Gewerbeordnung bezeichneten Angelegenheiten bei richtiger Auslegung des Gesetzes als solche überhaupt nicht politischer Natur seien“. Zu einer ausdrücklichen Festlegung dieses Gedankens im Gesetz ist es damals freilich nicht gekommen, weil man sich nicht über eine geeignete Formulierung einigen konnte, auch eine besondere Bestimmung nicht für nötig hielt.

Die Rechtsprechung, und bis zum Kriegsausbruch auch die Verwaltungspraxis, hat nun namentlich Gewerkschaften der Arbeitnehmer mehrfach den politischen Vereinen zugezählt und den für diese geltenden Einschränkungen unterworfen. Veranlassung dazu bot die Tatsache, daß die Gewerkschaften sich bei der Förderung der Interessen ihrer Mitglieder mehr und mehr genötigt sahen, sozial- und wirtschaftspolitische Fragen zu behandeln und in der Öffentlichkeit, in der Presse, bei politischen Parteitagen, bei der Regierung und bei gesetzgebenden Körperschaften für bestimmte Wege, Formen und Ziele ihrer Lösung einzutreten. Diese Einwirkung auf politische Organe und Körperschaften in Angelegenheiten, die die Gesetzgebung und Verwaltung betreffen, ist von den Gerichten in weitgehendem Umfang als politische Tätigkeit gedeutet worden.

Der seit langem bei den Gewerkschaften aller Richtungen bestehende Wunsch, die genannten Vereine von den Fesseln dieser Auslegung zu befreien, ist während des Krieges besonders lebhaft geworden und hat zu einem Initiativbeschluss des Reichstages geführt, dem die verbündeten Regierungen nicht zustimmen vermochten, weil er auch andere politische Fragen des Vereinsrechts neu regeln wollte. Die Regierung glaubte in der dem Reichstag heute zugegangenen Vorlage, die einen wesentlich deklaratorischen Charakter hat, die Formel gefunden zu haben, die den Interessen der in Frage kommenden Vereine, der Allgemeinheit und des Staates am vollständigsten und zweckmäßigsten gerecht wird.

Die Aufgabe der damit beabsichtigten gesetzlichen Regelung besteht darin, auf der einen Seite der sozial- und wirtschaftspolitischen Betätigung, die in einem, wenn auch allgemeinen oder mittelbaren Zusammenhange mit den eigentlichen Zielen der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereine steht, vollkommene Freiheit zu gewähren, auf der anderen Seite zu verhüten, daß eine rein politische Vereinsstätigkeit nur deshalb von den Beschränkungen, die ihr sonst im Allgemeininteresse auferlegt sind, frei bleibt, weil die Vereinigung, die sie ausübt, eine Gewerkschaft ist oder auch nur die Etikette einer solchen gewählt hat. Es liegt im Interesse der Gewerkschaftsbewegung selbst, daß sie die ihr angehörenden Verbände auf Wirtschafts- und Sozialpolitik beschränken und von der Behandlung rein politischer Fragen (wie auswärtige Politik, Verfassung, Wahlrecht) fernhalten.

Wird diese Grenze von ihnen verletzt, so darf ihnen jedenfalls daraus kein Anspruch auf eine besondere Vorzugsbehandlung für rein politische Propaganda erwachsen.

Die sozial- und wirtschaftspolitische Betätigung ohne die Schwächen des politischen Vereins wird den Gewerkschaften und gleichartigen Arbeiter-, Angestellten- und Arbeitgeberverbänden durch den Entwurf im weitesten Umfang ermöglicht. Auch die Behandlung allgemeiner beruflicher Fragen ist eingeschlossen, wenn sie nur mit den wirtschaftlich-sozialen Interessen der Vereinsmitglieder in tatsächlichem Zusammenhange stehen. Die Vorschrift bezieht sich, soweit die in ihr zum Ausdruck gebrachten Voraussetzungen gegeben sind, auf alle Vereine, die dem Geltungsbereich des Reichsvereinsgesetzes angehören, also nicht etwa nur auf die, deren Mitglieder der Gewerbeordnung unterstehen. Sie greift aber nicht in die sonstige, durch das Reichsversicherungs-gesetz nicht berührte Gesetzgebung ein und läßt insbesondere die Vorschriften des Landesrechts, die Verabredung ländlicher Arbeiter zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit verbieten, unberührt.

Eingaben von landwirtschaftlicher Seite zum Vereinsgesetz.

Wie rechtsstehende Blätter mitteilen, faßte der Deutsche Landwirtschaftsrat am 1. Mai unter Teilnahme von Vertretern der landwirtschaftlichen Körperschaften in den deutschen Bundesstaaten einmütig den Beschluß:

„Die Forderungen des Abgeordneten Scheidemann auf Abänderung des Reichsvereinsgesetzes in der Sitzung am 6. April würde im Falle der Verwirklichung die größten Gefahren nicht nur in wirtschaftlicher, sozialer und politischer, sondern namentlich in sittlicher und religiöser Hinsicht mit Sicherheit heraufbeschwören. Der Deutsche Landwirtschaftsrat, der berufene Vertreter der deutschen Landwirtschaft, erblickt in der Zusage der Reichsleitung, die Novelle zum Reichsvereinsgesetz einzubringen, einen so starken Bruch des Burgfriedens, daß die allerbedenklichsten Folgen innerpolitischer Art unausbleiblich erscheinen. Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrats richtete an den Reichskanzler eine Eingabe, in der gebeten wird, keiner Novelle zum Reichsvereinsgesetz die Zustimmung erteilen zu wollen, die die bisherigen friedlichen Verhältnisse in unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung irgendwie berühren oder auch nur für die Zukunft gefährden könnte.“

Auch der Vorstand des Bundes der Landwirte richtete in der gleichen Angelegenheit eine Eingabe an das preussische Staatsministerium.

Zur Kriegslage

Die Lage vor Verdun. Französische Gegenangriffe. Das Zerreiben der lebendigen Kräfte. 1914 und 1916. Minenkämpfe bei St. Eloi. Von der Somme bis zu den Vogesen. Deutscher Gegenangriff am Marocjsee. Von der Düna zur Iwa. Die Kämpfe an der italienischen Front. Saloniki und die Lage der Griechen. Ardassja-Ersingian - Diarbekr - Sert. Baratow und Bagdad. Kerind - Ispahan. Nach dem Falle Kut-el-Amaras.

Die von den Deutschen im Raume Verdun unternommene Operation ist nach den starken Angriffen, durch welche die Franzosen im Nordostsektor auf die permanente Verteidigungslinie, im Südostsektor auf die Maashöhen und im Nordwestsektor auf die Linie Anocourt-Punkt 304, „Toten Mann“-Cumières zurückgedrückt wurden, nicht mehr sichtbar vorwärts gegangen. Aber wenn es auch den Anschein hat, als sei der Kulminationspunkt des deutschen Angriffs überstiegen, so bleibt doch die Möglichkeit eines weiteren Fortschrittes der Offensive vorbehalten, da wohl französische Gegenangriffe von großer Stärke eingesezt haben, eine operative Gegenwirkung aber noch nicht erfolgt ist.

Nach den Berichten der letzten Tage ist anzunehmen, daß die Franzosen nun in ihren Linien artilleristisch so gefestigt sind, daß sie ihre Gegenangriffe methodischer entwickeln können als bisher der Fall war. Die Deutschen beschließen fortgesetzt die Hauptwiderstandspunkte und zwar östlich der Maas die Befestigungen von Froide Terre und den Pfeiserrücken, westlich der Maas Punkt 304 und die Gegend am „Toten Mann“. Nicht vergessen bleiben darf, daß sie auch die Côte Veraine mit schweren Granaten abtasten und die ganze Hügelkette von Combres bis Haudiomont und Ronvaux abwechselnd unter Feuer genommen haben. Bei Combres und Les Eparges handelt es sich vielleicht um Offensivabsichten gegen diese vorgeschobenen Stellungen, bei Haudiomont und Ronvaux eher um Ablenkung von der Nordfront. Bei Haudiomont tritt die große, von Verdun über Fort Rosselier nach Manheulles und Fresnes führende Straße aus dem Gebirge. Um den „Toten Mann“ und die Waldstellungen von Gaillette und Le Chapitre wird von der Infanterie in Angriff und Gegenangriff gerungen.

Die französische Regierung hat General Pétaïn und seine Kruppenführer dekoriert und dadurch der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Verduner Schlacht im wesentlichen zu ihren Gunsten entschieden sei, obwohl noch eifrig gekämpft wird.

Es sind hartnäckige Kämpfe, die zweifellos auch viel Blut kosten, mehr, als bei der Beharrung des Kampfes auf dem Flecke aus der Ferne erkennbar wird. Ob die Aktionen schon den Charakter von Grabenkämpfen angenommen haben und in kleine Teilstücke auseinanderbrechen oder wieder größeren Zuschnitt bekommen, läßt sich nicht sagen. Jedenfalls tritt an Stelle eines weiteren großen und faßbaren Ergebnisses mehr und mehr das Zerreiben der lebendigen Kräfte in den Vordergrund. Und von diesem Standpunkt aus betrachtet bleibt die Operation für die französische Armee, die sich konzentrischer Artilleriewirkung und doppelseitiger Pressung ausgesetzt sieht, bedenklicher als für den außenstehenden Angreifer, besonders da der Verbrauch an Kräften bei den Franzosen schon von Beginn der deutschen Offensive an sehr groß war. Die relativ gebesserte strategische Lage des französischen Heeres sagt daher nichts über die Zerreibung seiner vitalen Kräfte. Darüber wird erst die weitere Entwicklung Aufschluß geben, und vielleicht liegt der Schlüssel dazu an einem ganz andern Orte als zwischen Mosel und Maas.

In den Räumen Ypern und Arras wird auch heute noch — oder heute wieder — auf das lebhafteste gekämpft. Die Engländer, die seit der verlustreichen und kurzatmigen Offensive von Neuvechappelle und Hulluch darauf verzichtet haben, in die Breite gehende Angriffe auszuführen, sind bei St. Eloi um so intensiver mit spiz angelegten Minenattaken vorgegangen. Sie vermochten indes die im März erkämpften Vorteile nicht zu behaupten und mußten die gewaltigen Sprengtrichter nach verzweifeltstem Kampf wieder räumen. Die Trüm-

mer von St. Eloi sind indes fest in ihrer Hand geblieben, wobei aber zu bemerken ist, daß eine deutsche Offensive mit der Zurückgewinnung der Trichterstellung kaum beabsichtigt war. Auch im Abschnitt La Bassée-Arras-Albert wird mit Mine und Sappe gekämpft; auch hier einzelne kräftige Stöße und Gegenstöße, die immer wieder Verluste kosten, ohne die Lage zu verändern, also auf die übliche gegenseitige Abnutzung hinauslaufen. Dabei hat der geschultere und ökonomischer verfahrenende Partner den Vorteil.

Südlich der Somme und an der Aisne flüchern ebenfalls immer wieder Geschehte auf, ohne daß bisher auf Veränderungen geschlossen werden könnte. Bemerkenswert ist die größere Regsamkeit der Franzosen im Luftkrieg. Treffen die letzten Meldungen von französischer Seite zu, so haben sie die im letzten Jahr eingetretene Unterlegenheit wieder ausgeglichen. An der lothringischen Front, wo zuletzt im Abschnitt Celles-Chapelotte gekämpft wurde, brennen die Kämpfe mit schwächerer Flamme fort; auch an der Vogesenfront, zwischen dem Schluchtpaß und dem Hartmannsweilerkopf ist nicht etwa Ruhe eingelehrt, sondern herrscht nach wie vor der auf die Initiative der Unterführung gestellte Stellungskrieg einzelner Unternehmungen. Im allgemeinen täuscht die Lage im Westen eine gewisse Entspannung vor, die aber sicher nur scheinbar ist und über kurz oder lang einer neuen gewaltigen Kraftanstrengung explosiver Natur Platz machen muß, wenn man davon hüben und drüben noch etwas hofft.

Im Osten wird die Lage durch einen starken Gegenstoß der Deutschen südlich Pottanng gekennzeichnet. Während sich die Russen von ihrer Märzoffensive zu erholen trachten, ihnen am Marocjsee die mit so blutigen Opfern erkaufte Hügelwelle von Bliznik-Mokryza am 29. April wieder entrispen worden. Die Stellung war für den Verteidiger wertvoll, weil sie, zwischen Sumpf und See gelegen, gute Unterkunft- und Verteidigungsmöglichkeiten bietet. Da die Russen nun wieder gegen die jetzt vollständig aufgetauten Sümpfe südöstlich des Marocjsees gedrückt worden sind, wo sie nur im Winter ungestraft kampieren konnten, so ist zu erwarten, daß sie den Kampf erneuern werden. Der Verlust der Stellung war für sie mit sehr schweren Verlusten, besonders an Gefangenen, verknüpft, die aber russischen Verhältnissen entsprechen und von ihnen ertragen werden können. Südlich des Pripjet ist von den Desterreichern an der Iwa angegriffen und eine russische Stellung nach Artillerievorbereitung genommen worden, doch vermochten sich die Angreifer bei dem präzise einsehenden, gut vorbereiteten Gegenangriff nicht zu behaupten und mußten die eroberten Gräben unter Verlusten fahren lassen. Änderungen von Belang sind trotz örtlicher Kämpfe im Südbereich der russischen Front nicht erfolgt. Auch im Osten ist die Tätigkeit der Flieger reger, und es fallen besonders die Erkundungs- und Angriffsflüge der Deutschen über der Düna und den Inseln der Rigaischen Meerbusens ins Auge.

Die Tätigkeit an der italienischen Front steckt wieder vollkommen in Einzelunternehmungen fest. Die in monatelanger Arbeit geförderte Minierung und Sprengung des Col di Lana ist ein Bravourstückchen italienischer Mineure geblieben, hat aber die strategische Lage auch örtlich noch nicht beeinflusst. Im Hochcordevole ist für sie noch kein Vorwärtkommen. Auch im Adamellogebiet und am Monte Sperone, sowie auf dem Plateau von Lavarone mühen sie sich in Kämpfen und bleiben im Suganatal starkem Gegendruck ausgesetzt. Dagegen haben die Desterreicher weder bei Fliisch noch im Vorfeld des Tolmeiner Brückenkopfes weiter ausgegriffen, und am untern Sonzo wird immer noch im Hin und Her der Grabenkämpfe um die untern Staffeln des Doberdomassins gerungen. Von keiner Seite ist noch das Zeichen zu einer großen Offensive gegeben worden, und doch muß auch dort einmal, trotz der Ungunst der Verhältnisse, zum Mittel der großen Operationen gegriffen werden, wenn einer der beiden Gegne auf die Entscheidung drücken will.

Zur Lage vor Saloniki bemerkten wir der Betrachtung vom 30. April, daß die Schmelze der letzten Tage auf nahe Berühr-

der gegnerischen Befestigungen schließen ließen. Das wird durch die französische Meldung vom 1. Mai ausdrücklich bestätigt, in welcher die vom 15. bis 30. April erfolgten Zusammenstöße als bedeutungslose Scharmügel bezeichnet werden, „die indes häufiger wurden infolge der großen Nähe der verbündeten Truppen und der deutsch-bulgarischen Streitkräfte, die an gewissen Punkten weniger als ein Kilometer voneinander entfernt sind.“ Auch hier fällt vermehrte Tätigkeit der französischen Flieger auf, Vorbewegungen sind nicht nachzuweisen. Offenbar will man die noch auf Korsu liegenden Kontingente abwarten, deren Transport auf den griechischen Bahnen immer noch Gegenstand lebhafter Unterhandlungen zwischen Athen und den Verbündeten ist.

Ueber die russische Offensive in Socharmenien unterrichtet eine sehr allgemein gehaltene Meldung des russischen Generalstabes vom 1. Mai, die vom Zurückdrängen der Türken in der Richtung von Diarbekr gegen Westen spricht, nachdem am Tage vorher von türkischer Offensive in der Gegend von Diarbekr die Rede war. Die Ortsbezeichnung ist wohl sehr allgemein gefaßt, denn von Diarbekr sind die Russen noch weit entfernt. Auf der Paßstraße von Bitlis gegen Sert, einem Lebenspunkt der türkischen Defensive, scheinen sie noch nicht weiter Raum gewonnen zu haben. Bei Ersingian werden starke türkische Kräfte sichtbar und um die Straße Trapezunt-Ardassja wird immer noch gekämpft. Man hat also auch heute noch nicht den Eindruck, als ob die russische Offensive nach der Einnahme von Trapezunt wesentlich vom Fleck gekommen sei oder sich strategisch konsolidiert habe.

Die Katastrophe von Kut-el-Amara ringt in der russischen Meldung vom 1. Mai an, in der vom Zurückziehen türkischer Abteilungen in der Richtung Bagdad die Rede ist. Wahrscheinlich wird mit der Erwähnung Bagdads als Richtungspunkt einer russischen Offensive eine moralische Wirkung bezweckt, denn militärisch sagt eine Meldung nichts, welche das im besten Falle noch über 170 Luftkilometer entfernte und durch eine Gebirgskette und einen Wüstengürtel geschützte Bagdad als Operationsziel einer fliegenden Kolonne bezeichnet. Geht die Meldung, wie wir annehmen, auf Operationen des Generals Baratow im Raume Kermanschan zurück, so deutet sie vielleicht darauf hin, daß die in der Richtung Bagdad abgezweigte Kolonne Fortschritte über Kerind hinaus gemacht hat. Von der nach Ispahan südöstlich abgelenkten russischen Kolonne hat man nichts mehr gehört. Es kann sein, daß sie in Ispahan festliegt, ist aber auch möglich, daß sie sich weiter zum Persischen Golf hinuntergezogen hat.

Den Engländern in Mesopotamien hilft nach dem Falle Kut-el-Amara keine russische Diversion mehr, wenn sie selbst nicht imstande sind, zur Kooperation stromaufwärts vorzustößen, und dafür liegen die Umstände jetzt ungünstiger als zuvor. Ob Percy Lake schon im Begriff ist, sich auf Korna rückwärts zu konzentrieren, entzieht sich noch der Beurteilung. Sind die Türken stark genug, eine Umfassungskolonie von Kut gegen den Euphrat abzuzweigen, so muß er eilen. Möglicherweise läßt die türkische Heeresleitung aber das Spiel bei Kut-el-Amara stehen, um dringendere Aufgaben zu erledigen und die entbehrlichen Truppen wieder näher an die strategische Zentralstellung und die 700 Kilometer entfernte Eisenbahnbasis heranzuziehen.

H. St.

cher Artilleriewirkung und dop-
pelseitiger Pressung ausgesetzt sieht, bedent-
licher als für die außenstehenden Angreifer,
besonders, da der Verbrauch an Kräf-
ten bei den Franzosen sehr groß war.
Die strategische Lage des französischen Heeres
sei nichts als die Zerreibung seiner vitalen
Kräfte. Darüber werde erst die weitere Ent-
wicklung Aufschluß geben, und vielleicht, so
urteilt der „Bund“, liege der Schlüssel dazu an
ganz anderem Ort als zwischen Maas und
Mosel.

Maßregeln gegen die Deutschen in Portugal.

Mb. Köln, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.)
Laut der „Köln. Ztg.“ schreibt einer ihrer Mit-
arbeiter: Nunmehr bestätigt auch die spani-
sche Presse die von Havas vorausgesagte Maß-
regelung der noch in Portugal verbliebenen
Deutschen. Wie dem „Imparcial“ unterm
21. April aus Lissabon telegraphiert wird,
veröffentlicht das Amtsblatt von diesem Tage
die Erlasse von dem Aufenthalt der Vermögens-
werte und des industriellen und kommerziellen
Eigentums der Deutschen in Portugal. Danach
werden die im dienstpflichtigen Alter stehenden
deutschen Untertanen innerhalb
fünf Tagen ausgewiesen. Alle übrigen
haben sich innerhalb 24 Stunden den Militär-
behörden zwecks Ueberführung in ein Kon-
zentrationlager zu stellen. Da es in
dem Telegramm heißt, daß am 21. schon un-
gefähr 400 Deutsche ihren Einschiffungsbefehl
empfangen haben, so sieht es so aus, als ob sie
nach auswärts verschifft werden sollen. Ihre
Güter werden mit Beschlagnahme belegt und
ihnen davon nur das zum Lebensunterhalt un-
bedingt Notwendige ausgeliefert.
Ein weiterer Erlaß bestimmt, daß alle
deutschen Schiffe, die sich bei Ausbruch
des Krieges in portugiesischen Gewässern be-
fanden, als Kriegspreise zu betrachten seien,
so daß also die bei ihrer Requirierung ver-
sprochene Entschädigung null und nichtig
sei.

Die Lehren des Weltkrieges für unsere Kolonialpolitik.

Die Deutsche Kolonialgesell-
schaft, Abteilung Hamburg, hatte
am Mittwoch abend die Ehre, den Staats-
sekretär des Reichskolonialamts, Dr. Solff, bei
sich zu sehen, der sich zu einem Vortrage über
„Die Lehren des Weltkrieges für
unsere Kolonialpolitik“ bereit-
erklärt hatte. Die Aussicht, aus dem Munde die-
ses Sachverständigen ein Urteil über unsere
Kolonialpolitik und ihre Zukunft zu hören,
hatte einer außerordentlich großen Zahl von
Damen und Herren Veranlassung gegeben, sich
im großen Saale des Conventgartens einzu-
finden, so daß der große Raum einschließlich
der Galerien bis auf den letzten Platz besetzt
war. Unter den Erschienenen befanden sich die
Mehrzahl der Mitglieder des Senats mit den
Herren Bürgermeister Dr. Schröder, Bür-
germeister Dr. von Melle und Bürgermeister
Oswald an der Spitze, der Kaiserl. Ge-
sandte Graf von Quadt, beauftragt mit
der Leitung der preussischen Gesandtschaft, die
Generalität von Hamburg und Altona, viele
Mitglieder der Bürgerschaft mit den Herren
Präsident Dr. A. Schön und 2. Vizepräsident
Dr. Bagge, und diesen schlossen sich alle
kaufmännischen und geistigen Größen unserer
Vaterstadt fast lückenlos an.

Der Vorsitzende der Abteilung Hamburg der
Deutschen Kolonialgesellschaft,
Herr Senator Strandes,
eröffnete die Sitzung mit folgender An-
sprache:

Meine sehr geehrten Anwesenden!
Die Abteilung Hamburg der Deutschen
Kolonialgesellschaft hat heute die Ehre, in
einem Kreise, der durch Gäste aus allen Schich-
ten der Bevölkerung erweitert ist, Seine Ex-
zellenz den Staatssekretär des Reichskolonial-
amts, Herrn Dr. Solff, bei sich zu sehen.
Seine Excellenz wird uns den Vorzug er-
weisen, uns seine Gedanken über die Lehren
des Weltkrieges für die deutsche Kolonial-
politik zu entwickeln. Ich weiß nicht, wohin
seine Ausführungen im einzelnen gehen wer-
den und welche Ziele er uns zeigen wird.
Ueber eins aber fühle ich mich sicher. Er wird
mit uns Hamburgern darin einig gehen, daß
die Lehren dieses Krieges nicht zu einem Ver-
zicht, sondern zu einer Ausdehnung und
Verstärkung unserer kolonialen
und überseeischen Politik drängen.
Zwar sind uns nach hebenmüttiger Gegenwehr
unsere Kolonien in Ostasien und im Westen und
Südwesten Afrikas von unseren Feinden ent-
rissen worden; zwar haben wir in der Südsee
der Uebermacht weichen müssen, und wir haben
mit Sorgen, wenn auch nicht ohne Hoffnung,
unsere Blicke nach Ostafrika zu wenden, ob es
dort der kleinen Schar unserer Landsleute, ab-
geschnitten von allen Hilfsmitteln der Heimat,
gelingen wird, auf die Dauer dem Ansturm
der Feinde standzuhalten. Aber niemand von
uns wird darum der Meinung sein, daß da-
mit unsere Kolonialwirtschaft am Ende stehe.
Mögen wir als Siegespreis des uns aufge-
brungenen Nothwehrkampfes zum Schutz unserer
heimischen Grenzen Landerwerbungen im Osten
und Westen erringen, mögen uns durch unsere
Bundesgenossenschaften neue, reiche Gebiete zur
wirtschaftlichen Betätigung im Balkan und im
nahen Orient erschlossen werden, wir wären

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 3. Mai. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

1. Mai. Im Frontabschnitt zwischen Gardasee und Brenta Artillerietätigkeit, die sich in der Gebirgszone nördlich der Niederung von Loppio zu größerer Heftigkeit steigerte. Feindliches Geschützfeuer verursachte in Castione südlich von Mori einen Brand; unsere Artillerie zerstörte zur Erwiderung die Ortschaft Pannone und brachte ein Munitionsdepot im Grestatale zur Explosion. Im Gebirgsmassiv der Marmolata bemächtigte sich eine eigene Abteilung nach kühner Ueberwindung bedeutender Terrainschwierigkeiten und des erbitterten Widerstandes des Feindes einer starken Stellung in mehr als 3000 Meter

von ...
Schaden und Brand. Das ...
Faktion in der ...
freie ...
Vogel ...
Fahrt durch ...
gelangte eines ...
geschlagen wurde. In ...
30. ...
verfuchte der ...
In den ...
dem ...
Kriegsmaterial ...
Abteilung ...
Sobal es ...

man, daß die Vorlage im ganzen den am 25. April ange- deuteten Regierungsplan enthalten dürfte.

S. Berlin, 3. Mai. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) Aus Rotterdam wird gemeldet: Londoner Zeitungs- meldungen zufolge wird die vom Cabinet angenommene neue Wehrpflichtbill bereits am 17. Mai im Parlament in geheimer Sitzung zur Abstimmung ge- bracht.

Der Aufruhr in Irland.

Rücktritt des Cheffekretärs für Irland.

S. London, 3. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Im Unterhaus wurde die Demission des Cheffekretärs für Irland, Birrell, mit- geteilt.

Reuter berichtet.

S. London, 2. Mai. Das Reutersche Bureau meldet aus Dublin vom 2. Mai: Außer dem großen in der Endville Street angerichteten Schaden wurden auch in der Abbey Street große Vermüstungen festgestellt. Auch dort sind fast alle Gebäude zerstört. Die Gerichtsgebäude, die sogenannten Four Courts, haben gelitten und weisen Spuren auf, daß sie ziemlich heftig beschossen wurden. In der Grafton Street wurde weniger Schaden angerichtet; soweit Schaden entstand, rührt er zumeist von Plünderern her. In einigen ärmeren Stadtvierteln sieht man Merkmale des heftigen Kampfes; viele Häuser sind ein- gestürzt, kaum ein Fenster ist ganz geblieben. Fast alle Seitenstraßen weisen Kampfspuren auf.

Morgens war alles ruhig, nur vereinzelte Schüsse von Scharfschützen wurden gehört. Man sagt, daß sich unter den Gefangenen Frauen in Männer- kleidern befinden. Es ist sicher, daß unter den be- waffneten Rebellen junge Frauen waren, die sich als Scharfschützen auszeichneten. Andererseits ver- mutheten sich auch Männer in Frauenkleidern. Die ge- fangenen Mannschaften wurden nach England gebracht. Un- gefähr 1000 Mann fielen dem Militär in die Hände.

Dublin gewährt jetzt das Bild eines gewöhnlichen Bankfeiertages. Das Publikum darf ungehindert durch die Straßen gehen. Viel Militär wurde wieder zurückgezogen. Manen besorgen den Patrouillen dienst.

Morgens wurde in der Nachbarschaft von Belle Bridge, unweit Dublin, feuern gehört. Ein dort ver- schanzter kleiner Trupp Aufständischer ist vielleicht noch einige Tage imstande, sich zu halten.

Auf dem Lande, vor allem im Westen, gibt es noch Rebellenbanden, die nicht glauben wollen, daß die eigentliche Revolution beendet sei und sich die Kameraden ergeben haben.

In Killarney und Clonmel sehen noch Rebellen im Felde. Da aber die Verbindungen zer- stört sind, fehlen verlässliche Nachrichten.

Fortsetzung des Kleinkrieges.

Berlin, 3. Mai. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus dem Haag: Aus den Mittheilungen der englischen Zeitungen geht hervor, daß die Sinnfeiner ihren Kleinkrieg in Dublin selbst fortsetzen und daß in vielen Theilen der Stadt aus geschützten Stellen unvermuthet Schüsse fallen.

„Morning Post“ weist darauf hin, daß die Vorräte an Munition augenblicklich von neuem verstärkt werden. In der Provinz ist immer noch die Thätigkeit der Rebellen bemerkbar. Es werden ver- schiedene Städte erwähnt, die noch im Besitze der Aufständischen sind.

Eventueller Wiederausbruch der Revolution.

Berlin, 3. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Rotterdam: Der „Nieuwe Courant“ gibt einen Bericht der „Times“ aus Dublin wieder, in dem es heißt: Leute, die Sinnfein und seine Anhänger kennen, erwarten, daß die Revolution von neuem beginnen wird, sobald neue Muni- tion zur Verfügung stehen wird. Die englischen Behörden würden sich indes nicht wieder überraschen lassen. Die Munition der Sinnfeiner sei größtenteils englischer Herkunft.

Gerüchtweise verlautet, daß unter den getöteten Re- volutionären auch einzelne Offiziere seien.

Eine Proklamation der provisorischen Regierung

Berlin, 3. Mai. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Rotterdam: Englische Blätter enthalten den Wortlaut der Proklamation der pr- visorischen Regierung der irischen Republik an das Volk von Irland, worin die irische Re- publik ihre Brüder zu den Fahnen ruft, um mit Unterstützung der Stammesangehörigen in Amerika und ihrer Bundes- genossen in Europa den Kampf für die Freiheit zu beginnen. Die Republik verbürgt die religiöse Freiheit und gleiches Recht für alle Staatsangehörigen. Es heißt weiter: Wir stellen die Sache der irischen Republik dem Schutze des allmächtigen Gottes anheim, dessen Segen wir für unsere Fahnen erbitten, und erwarten, daß niemand der Sache der irischen Republik seine Dienste zu widmen sich weigern wird.

Fünfstausend Rebellen.

S. Amsterdam, 3. Mai. Wie ein hiesiges Blatt aus London erfährt, schätzt der Korrespondent der „Times“ in Dublin die Anzahl der Rebellen, die an dem Aufstande von Anbeginn teilnahmen, auf fünfstausend. Ihre

Deutschlands äußerstes Zugeständnis.

Nachstehende Note ist in Beantwortung der amerikanischen Note vom 20. v. Mts. über die Führung des deutschen U-Bootkrieges dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika gestern abend übergeben worden:

Der Unterzeichnete beehrt sich, im Namen der Kaiserlich Deutschen Regierung Selner Exzellenz dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Jan. W. Gerard, auf das Schreiben vom 20. v. Mts. über die Führung des deutschen Unterseebootkrieges Nachstehendes zu erwidern:

Die Deutsche Regierung hat das ihr von der Regierung der Vereinigten Staaten in Sachen der „Suffez“ mitgeteilte Material an die beteiligten Marinestellen zur Prüfung weitergegeben. Auf Grund des bisherigen Ergebnisses dieser Prüfung verschließt sie sich nicht der Möglichkeit, daß das in ihrer Note vom 10. v. Mts. erwähnte, von einem deutschen Unterseeboot torpedierte Schiff in der Tat mit der „Suffez“ identisch ist. Die Deutsche Regierung darf sich eine weitere Mitteilung hierüber vorbehalten, bis einige noch ausstehende für die Beurteilung des Sachverhalts ausschlaggebende Feststellungen erfolgt sind. Falls es sich erweisen sollte, daß die Annahme des Kommandanten, ein Kriegsschiff vor sich zu haben, irrig war, so wird die Deutsche Regierung die sich hieraus ergebenden Folgerungen ziehen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat an den Fall der „Suffez“ eine Reihe von Behauptungen geknüpft, die in dem Sagedingfeln, daß dieser Fall nur ein Beispiel für die vorbedachte Methode unterschiedsloser Zerstörung von Schiffen aller Art, Nationalität und Bestimmung durch die Befehlshaber der deutschen Unterseeboote sei. Die Deutsche Regierung muß diese Behauptung

mit Entschiedenheit zurückweisen.

Auf eine ins einzelne gehende Zurückweisung glaubt sie indessen im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit verzichten zu sollen, zumal da die Amerikanische Regierung es unterlassen hat, ihre Behauptung durch konkrete Angaben zu begründen. Die Deutsche Regierung begnügt sich mit der Feststellung, daß sie, und zwar lediglich mit Rücksicht auf die Interessen der Neutralen, in dem Gebrauch der Unterseebootwaffe sich weitgehende Beschränkungen auferlegt hat, obwohl diese Beschränkungen notwendigerweise auch den Feinden Deutschlands zugute kommen, — eine Rücksicht, der die Neutralen bei England und seinen Verbündeten nicht begegnet sind.

In der Tat sind die deutschen Seestreitkräfte angewiesen, den Unterseebootkrieg nach den allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen über die Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelschiffen zu führen, mit der einzigen Ausnahme des Handelskrieges gegen die im englischen Kriegsgebiet betroffenen feindlichen Frachtschiffe, deren Weg von der Regierung der Vereinigten Staaten niemals, auch nicht durch die Erklärung vom 8. Februar d. J., eine Zusicherung gegeben worden ist. Einen Zweifel daran, daß die entsprechenden Befehle loyal gegeben worden sind und loyal ausgeführt werden, kann die Deutsche Regierung niemandem gestatten. Irrtümer, wie sie tatsächlich vorgekommen sind, lassen sich bei keiner Art der Kriegführung ganz vermeiden und sind in dem Seekrieg gegen einen Feind, der sich aller erlaubten und unerlaubten Listen bedient, erklärlich. Aber auch abgesehen von Irrtümern birgt der Seekrieg genau wie der Landkrieg für neutrale Personen und Güter, die in den Bereich der Kämpfe gelangen, unvermeidliche Gefahren in sich. Selbst in Fällen, in denen die Kampfhandlung sich lediglich in den Formen des Kreuzerrieges abgespielt hat, sind wiederholt neutrale Personen und Güter zu

Schaden gekommen. Auf die Minengefahr, der zahlreiche Schiffe zum Opfer gefallen sind, hat die Deutsche Regierung wiederholt aufmerksam gemacht.

Die Deutsche Regierung hat der Regierung der Vereinigten Staaten mehrfach Vorschläge gemacht, die bestimmt waren, die unvermeidlichen

Gefahren des Seekrieges für amerikanische Reisende

und Güter auf ein Mindestmaß zurückzuführen. Leider hat die Regierung der Vereinigten Staaten nicht geglaubt, auf diese Vorschläge eingehen zu sollen; anderenfalls würde sie dazu beigetragen haben, einen großen Teil der Unfälle zu verhindern, von denen inzwischen amerikanische Staatsangehörige betroffen worden sind. Die Deutsche Regierung hält auch heute noch an ihrem Angebot fest, Vereinbarungen in dieser Richtung zu treffen.

Entsprechend den wiederholt von ihr abgegebenen Erklärungen kann die Deutsche Regierung auf den Gebrauch der Unterseebootwaffe auch im Handelskrieg nicht verzichten. Wenn sie sich heute in der Anpassung der Methoden des Unterseebootkrieges an die Interessen der Neutralen zu einem weiteren Entgegenkommen entschließt, so sind für sie Gründe bestimmend, die sich über die Bedeutung der vorliegenden Streitfrage erheben.

Die Deutsche Regierung mißt den hohen Geboten der Menschlichkeit keine geringere Bedeutung bei als die Regierung der Vereinigten Staaten. Sie trägt auch voll Rechnung der langen gemeinschaftlichen Arbeit der beiden Regierungen an einer von diesen Geboten geleiteten Ausgestaltung des Völkerrechts, deren Ziel stets die Beschränkung des Land- und Seekriegs auf die bewaffnete Macht der Kriegführenden und die tüchteste Sicherung der Nichtkämpfenden gegen die Grausamkeiten des Krieges gewesen ist.

Für sich allein würden jedoch diese Gesichtspunkte, so bedeutsam sie sind, für die Deutsche Regierung bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht den Ausschlag geben können.

Denn gegenüber dem Appell der Regierung der Vereinigten Staaten an die geheiligten Grundsätze der Menschlichkeit und des Völkerrechts muß die Deutsche Regierung erneut und mit allem Nachdruck feststellen, daß es nicht die deutsche, sondern die britische Regierung gewesen ist, die diesen furchtbaren Krieg unter Mißachtung aller zwischen den Völkern vereinbarten Rechtsnormen auf Leben und Eigentum der Nichtkämpfer ausgedehnt hat, und zwar ohne jede Rücksicht auf die durch diese Art der Kriegführung schwer geschädigten Interessen und Rechte der Neutralen und Nichtkämpfenden.

In der bittersten Notwehr

gegen die rechtswidrige Kriegführung Englands, im Kampf um das Dasein des deutschen Volkes hat die deutsche Kriegführung zu dem harten, aber wirksamen Mittel des Unterseebootkrieges greifen müssen. Bei dieser Sachlage kann die Deutsche Regierung nur erneut ihr Bedauern darüber aussprechen, daß die humanitären Gefühle der Amerikanischen Regierung, die sich mit so großer Wärme den bedauernswerten Opfern des Unterseebootkrieges zuwenden, sich nicht mit der gleichen Wärme auch auf die vielen Millionen von Frauen und Kindern erstrecken, die nach dem

Beschwendung von Schiffsraum seitens der Regierung müsse aufhören. Auch die Waren-Einfuhr, um den Frachtraum nicht noch mehr zu belasten, könne verringert werden.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich, dass die Beschränkung der Waren-Einfuhr, um den Frachtraum nicht noch mehr zu belasten, könne verringert werden.

Englands Kampf gegen die deutsche Bunkerkohle

Von Professor Dr. Heinrich Pohl, Greifswald.

Nach der Times vom 18. April 1916 erließ das Foreign Office folgende Warnung an neutrale Schiffseigentümer:

„Um Mißverständnisse zu vermeiden, wünscht die Regierung Sr. Majestät neutrale Schiffseigentümer davon in Kenntnis zu setzen, daß alle auf neutralen Schiffen beförderte Kohle deutschen Ursprungs gleichviel ob sie Ladung oder Bunkerkohle ist, der Wegnahme und Beschlagnahme in der gleichen Weise unterliegt, wie andere Güter auf Grund der Order in Council vom 11. März 1915. Die Kapitäne neutraler Schiffe werden daher in Zukunft gut tun, sich zu vergewissern, daß die ihnen gelieferte Bunkerkohle nicht deutschen Ursprungs ist, und sich mit Bescheinigungen von Konsularbeamten Sr. Majestät zu versehen, daß die auf ihren Schiffen geführte Bunkerkohle mit Zustimmung des Konsuls Sr. Majestät in dem Bunkerhafen eingenommen worden ist.“

Diese englische Warnung vom 18. April 1916 steht in schroffem Widerspruch zu den anerkannten Regeln des internationalen Rechts. Es gibt keinen Völkerrechtsatz, auf den sich England zur Rechtfertigung seines neuesten Gewaltaktes gegen die Neutralen berufen könnte. Die Order in Council vom 11. März 1915, die sich unter Verletzung der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 gegen Waren deutschen Ursprungs oder deutschen Eigentums auf Schiffen irgendwelcher Flagge richtet, gibt sich zwar in ihren Eingangsworten als Vergeltungsmaßnahme gegen die deutsche Kriegsgebietserklärung vom 4. Februar 1915 aus. Demgegenüber braucht kaum daran erinnert zu werden, daß jene deutsche Kriegsgebietserklärung eine gerechte Vergeltung für die zahlreichen englischen Verstöße gegen unbestreitbare Seekriegsrechtsätze darstellte und daß es gegen gerechte Vergeltung kein Vergeltungsrecht gibt. Darüber die Welt hinwegzutäuschen und die Sach- und Rechtslage zu verdrehen, sind die englische Regierung sowie die ihr dienende Presse und Justiz eifrigst bemüht. So hat der Londoner Preisrichter Sir Samuel Evans bei der Verhandlung über die Entschädigungsansprüche der Eigentümer des norwegischen Schiffes „Stigstad“ jene Order in Council als zu Recht bestehend und für das Preisgericht bindend erklärt (The Times vom 15. April 1916). Sir Samuel meinte, die in der Order vom 11. März 1915 angewandten Mittel legten den Neutralen nicht einen Grad von Unbequemlichkeit auf, der — wenn man alle Umstände des Falles in Betracht ziehe — unangemessen erscheine; daher könne nicht gesagt werden, daß durch die angewandten Mittel die Order in Council selber ungesetzlich sei!

Die gegen die deutsche Bunkerkohle angedrohte völkerrechtswidrige Maßnahme rief in den betroffenen neutralen Staaten, insbesondere in Holland, keine geringe Aufregung hervor. Die niederländische Presse entrüstete sich darüber, daß niederländisches Eigentum von niederländischen Schiffen geholt werden soll. Das englische Vorgehen sei im Widerspruch mit allem Recht und aller Billigkeit. Bunkerkohlen gehörten zum Schiffsgerät; ihre Wegnahme sei ebenso ungerechtfertigt wie etwa das Herausbrechen deutscher Maschinen aus einem holländischen Schiff. Die englische Maßnahme sei eine um so schwerer zu ertragende Exzession, als sie nicht die Schädigung des Feindes bezwecke, sondern auf Kosten der Neutralen den englischen Mangel an Frachtraum zu decken bestimmt sei. Die Enten kämpfe angeblich für Recht und Freiheit; um Hollands Recht und Freiheit kümmerne sie sich keinen Pfifferling. England falle aus seiner Rolle als Beschützer der kleinen Nationen. Die Nieuwe Rotterdamse Courant schrieb in ihrem Abendblatt G vom 18. April:

Wenn man weiß, daß z. B. in Rotterdam bei den regelmäßigen, wie bei den andern Linien fast ausschließlich mit deutschen Kohlen geheizt wird, dann begreift man die Tragweite der von dem englischen Minister für auswärtige Angelegenheiten erlassenen Bekanntmachung. Es ist dann wohl begreiflich, daß die „Bereinigten Reedereien“ heute in Amsterdam diese Angelegenheit besprachen, worauf eine Konferenz mit unserer Regierung folgen wird. Um weiter die Schwierigkeiten zu verstehen, die England unserer Schifffahrt macht, nicht so sehr zum Nachteil Deutschlands — dieser Erfolg wird sehr klein sein — als um sich selbst mehr Frachtraum zu verschaffen, sei erwähnt, daß England bereits vor einigen Wochen Forderungen ähnlicher Art stellte. Schiffe, die in England Kohlen nahmen, mußten 30 v. H. Frachtraum freigeben, um die Kohlen zu bekommen. Das Material für in Holland zu bauende oder im Bau begriffene Schiffe kann man seit einigen Wochen nicht mehr von England bekommen, es sei denn unter den gleichen Bedingungen, wobei auch noch andere Forderungen gestellt werden. Es kommt noch hinzu, daß aus England nicht genügend englische Kohlen geliefert werden, und selbst, wenn sie hier liegen, dürfen sie nicht gebunkert werden ohne Erlaubnis des englischen Konsulats. . . mit den daran geknüpften Bedingungen. Der Gebrauch holländischer Kohlen ist nicht zweckmäßig, da sie im Vergleich mit andern Kohlen zu mager sind. Wahrscheinlich wird man jetzt wohl gezwungenermaßen das inländische Produkt gebrauchen müssen, wenn man auch davon mehr nötig hat, und die Bedienungsmannschaften vermehrt werden müssen. Für die Linien, die nach Nord-Amerika fahren, werden die Nachteile, die sich aus dem Beschluß der englischen Regierung ergeben, nicht so groß, wie für die andern sein, da sie in Nord-Amerika bunkern können, was freilich einen Verlust von 10 v. H. an Laderaum gibt, da man tie